

Sandrine Mayoraz, Frithjof Benjamin Schenk, Ueli Mäder (Hg.)

# Hundert Jahre Basler Friedens- kongress (1912-2012)

Die erhoffte „Verbrüderung der Völker“

Basel / Zürich 2015



## Inhalt

Einleitung	7
<b>Der Kongress von 1912 und seine Erinnerungen</b>	
<i>Bernard Degen</i> Die Basler Arbeiterbewegung organisierte den eindrucklichsten internationalen Sozialisten-Kongress	13
<i>Ruedi Brassel</i> Der Kongress in der Kirche	24
<i>Regina Wecker</i> Weibliche Delegierte auf dem Friedenskongress und die „friedfertigen Frauen“	33
<i>Erik Petry</i> Zwischen Frieden und Zionismus? Jüdische Delegierte am Basler Kongress 1912	44
<i>Peter Huber</i> Die Delegierten aus Frankreich: eine soziobiographische Annäherung	52
<i>André Vanocini</i> Louis Aragons ‚Die Glocken von Basel‘	64
<i>Georg Kreis</i> Rekonstruktion aktueller Vergangenheit	73
<b>Südosteuropa, Balkankriege und Sozialdemokratie</b>	
<i>Svetlana Stefanović</i> „Wir sind in Blut getränkt“: Die Balkankriege (1912/13) im Denken und Handeln serbischer Frauen	83

<i>Kathrin Pavić</i> „Der Balkan den Balkanvölkern“: Die sozialistische Betrachtungsweise der Balkanstaaten im Vorfeld des Ausserordentlichen Kongresses „Gegen den Krieg“ im ‚Basler Vorwärts‘	94
<i>Walter Dausch</i> Balkanföderation, Balkankriege und Internationale: Sozialdemokratie in Südosteuropa 1908-1914	109
<i>Sabine Rutar</i> Wahrnehmungen der Balkankriege und der allgemeinen Kriegsgefahr bei den Sozialisten in Triest	119
<i>Rolf Wörsdörfer</i> Koloniale <i>Latecomers</i> und Antikriegspolitik: SPD und PSI von den „Hottentottenwahlen“ bis zum Parteitag in Reggio Emilia (1907-1912)	128
<i>Jürg Ulrich</i> Die Kommentare von Antid Oto zu den Balkankriegen von 1912/13 in der liberalen Kiewer Zeitung ‚Kievskaja mysl‘ (Leo Trotzki)	141
<b>Die Zweite Internationale: Nationalismus, Internationalismus und Krieg</b>	
<i>Bruno Schoch</i> Zum Spannungsverhältnis zwischen Internationalismus und Nationalismus in der Zweiten Internationale	151
<i>Christian Mielenz</i> Internationale Solidarität – ein Paradox?	162
<i>Christian Koller</i> Ein Narrativ gegen Krieg und Nationalismus?	176
<i>Ottokar Luban</i> Die revolutionären Massenaktionen gegen den Krieg in Deutschland, 1916-1918	187
<b>Transnationale Friedensbewegung, internationale Friedensdiskurse und Visionen der Kriegsprävention</b>	
<i>Fabian Klose</i> Frieden durch Krieg?	201

<i>Jörg Plass</i> Die Folgen des Krieges erkennen, um ihn zu vermeiden	213
<i>Markus Furrer</i> Der kurze Atem des ersten internationalen Kriegs- und Friedensmuseums 1902/1910-1919 in Luzern	228
<i>Günther Sandner</i> Zur politischen Ökonomie des Krieges	240
<i>Joseph Jurt</i> Die Debatte zwischen Charles Andler und Jean Jaurès über den Friedenswillen der deutschen Sozialdemokraten	251
<i>Annelis Laschitza</i> Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Anliegen im Kampf gegen den Krieg 1911-1913	263
<b>Friedensforschung, Konfliktforschung und Friedenspolitik damals und heute</b>	
<i>Wolfram Wette</i> Kriegsverhütung, damals und heute	277
<i>Egbert Jahn</i> Der Basler Friedenskongress der Sozialistischen Internationale und die Entwicklung des Krieges und der Friedensbestrebungen im Jahrhundert danach	292
<i>Jan Hansen</i> Nachrüsten? Europäische Sozialdemokratie und Friedensfrage in den 1980er Jahren	314
<i>Ruth Daellenbach</i> Nachhaltige Entwicklung bedingt soziale Gerechtigkeit und Frieden: Rolle und Potenziale der Zivilgesellschaft im Entwicklungsprozess	324
<i>Kathy Zarnegin</i> Der Trieb zum Krieg	335
<i>Michael Mülli</i> Durch (Un-)Sicherheit und Zirkulationsfreiheit regieren	340
<i>Josef Lang</i> Der „Krieg gegen den Terror“ – Bilanz einer Katastrophe	351

Herausgeberin und Herausgeber	359
Autorinnen- und Autorenverzeichnis	360

# Einleitung

Sandrine Mayoraz, Frithjof Benjamin Schenk, Ueli Mäder

1912 rückte die Stadt Basel für zwei Tage ins Zentrum der Weltöffentlichkeit. Führende Vertreterinnen und Vertreter der sozialistischen Bewegung aus fast allen europäischen Ländern trafen sich hier, um anlässlich des «Friedenskongress der Sozialistischen Internationale» für den Frieden und gegen den drohenden Weltkrieg zu demonstrieren. Der «Ausserordentliche Internationale Sozialistenkongress» von 1912 fand vor dem Hintergrund der Balkankriege 1912/13 und der wachsenden Furcht vor einer militärischen Auseinandersetzung der Grossmächte in Europa statt. Die in Basel versammelten Sozialistinnen und Sozialisten aus 23 Ländern wollten bei diesem Treffen ihren Friedenswillen und ihre Bereitschaft demonstrieren, einen drohenden Weltkrieg mit allen Mitteln zu verhindern. Nicht nur die grosse Zahl der über 500 Delegierten war beeindruckend, sondern auch die Resonanz der Veranstaltung weit über die Grenzen von Basel hinaus. Die Ansprachen bedeutender Sozialisten wie Jean Jaurès und Victor Adler im Basler Münster und die Verabschiedung des Basler Friedensmanifests hinterliessen in vielen Ländern Europas einen nachhaltigen Eindruck. Über den Basler Friedensmarsch am 24. November 1912, an dem sich über 10'000 Personen aus der ganzen Schweiz sowie aus dem benachbarten Elsass und Baden beteiligten, wurde in zahlreichen nationalen und internationalen Zeitungen berichtet. Die Veranstaltung fand dabei nicht nur in sozialistischen Kreisen, sondern auch im bürgerlichen Lager grossen Widerhall. Vor allem in der ausländischen Berichterstattung wurde – zum Teil mit Erstaunen – hervorgehoben, dass das Basler Münster für die Versammlung der sozialistischen Delegierten seine Tore geöffnet hatte und dass die Veranstaltung mit einem Grusswort der Kantonsregierung eröffnet worden war. Basel wurde 1912 nicht zufällig als Konferenzort ausgewählt. 1869 hatte hier bereits der 4. Kongress der Ersten Internationale stattgefunden. Die Basler Arbeiterbewegung befand sich seit der Jahrhundertwende im Aufschwung; die Sozialdemokratie stellte die stärkste Fraktion im Grossen Rat und war im Regierungsrat vertreten. Darüber hinaus spielte die Neutralität der Schweiz für die Wahl Basels eine wichtige Rolle.

Mit dem Thema der Kriegsprävention hatte sich die Zweite Internationale beim Basler Friedenskongress eine Zielsetzung von brennender Aktualität gegeben, welche die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in der Folgezeit kurzfristig deutlich belebte. Als mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges jedoch das Scheitern der in Basel formulierten Ziele offensichtlich wurde, war auch

der Zusammenhalt der internationalen sozialistischen Bewegung bedroht. – Welche historische Bedeutung sollten wir dem Basler Friedenskongress 1912 aus heutiger Sicht zumessen? War er angesichts des zwei Jahre später ausbrechenden Weltkrieges nicht eher eine unbedeutende Fussnote der Geschichte? Hat die Sozialistische Internationale im Jahr 1912 versagt?

Der ausserordentliche Kongress der Sozialistischen Internationale fand vor dem Hintergrund der im Herbst 1912 ausgebrochenen Balkankriege statt. Nicht nur die Sozialistische Internationale befürchtete, dass dieser blutige Konflikt auf dem Balkan nur die Vorstufe eines noch grösseren, noch brutaleren Krieges sein könnte, der den europäischen Kontinent in naher Zukunft in ein Schlachtfeld ungeahnter Dimension verwandeln würde. Nicht nur mit Blick auf die Balkankriege waren die Zeichen der Zeit im Jahre 1912 höchst alarmierend. Der zeitliche Abstand in der Abfolge internationalen Krisen, die in einen Waffengang der Grossmächte umzuschlagen drohten, wurde immer kleiner. Europa erlebte einen bislang ungekannten Rüstungswettlauf, der von Kriegstreibern in zahlreichen europäischen Staaten – allen voran in Deutschland – angefacht wurde. Die politischen Debatten in den europäischen Hauptstädten waren von Grossmachtgehab und der Betonung nationaler Antagonismen geprägt. Manche Intellektuelle sehnten den Krieg der Zukunft gar als „reinigendes Gewitter“ herbei und sprachen vom Krieg als ästhetischem Ausdruck des modernen Zeitalters. Andere betrachteten den Krieg als Naturgewalt, deren Ausbruch der Mensch nicht verhindern könne.

Dem Kriegsdiskurs der Zeit, dem Wettrüsten, der kriegerischen Machtpolitik und der fatalistischen Weltsicht, dass Kriege nicht verhindert werden können, stellten sich die Vorkämpfer der europäischen Linken im Jahr 1912 vehement entgegen. In relativ kurzer Zeit gelang es, Delegierte aus allen europäischen Staaten in Basel zu versammeln und gemeinsam ein Zeichen des Friedenswillens der Arbeiterschaft in die Welt zu senden. Die grosse Friedensdemonstration in Basel am 24. November 1912 reihte sich ein in eine Serie ähnlicher Kundgebungen in anderen europäischen Städten, die in diesen Tagen zum Teil über 100'000 Menschen auf die Strassen zogen. Trotz internationaler Koordination und transnationaler Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft für die Sache des Friedens gelang es der Sozialistischen Internationale 1912 nicht, den zwei Jahre später ausbrechenden Weltkrieg zu verhindern. Dies hat mehrere Gründe.

Lesen wir heute das Protokoll der Friedenskundgebung im Basler Münster von 1912 so beeindruckt das grosse Selbstbewusstsein, mit dem die Vorkämpfer des Sozialismus in Europa auftraten. Keir Hardie, der Mitbegründer der *Labour Party*, oder Hermann Greulich, der Begründer der ersten Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, betonten in ihren Reden, dass eine millionenstarke Mitglieder- und Wählerschaft in ganz Europa hinter den in Basel versammelten Parteiführern stünden. Diese Beschwörung von Zahlen kann jedoch auch als Zeichen der Hilflosigkeit und der tatsächlich äusserst beschränkten Macht der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Europa im Jahre 1912 gelesen werden. In der Tat waren die Möglichkeiten der politischen Linken, im Jahr 1912 einen Weltkrieg zu verhindern, äusserst

beschränkt, und dessen war man sich auch bewusst. Der General- oder Militärstreik der Arbeiterschaft wurde nur von einer kleinen Minderheit als Mittel der Kriegsverhinderung propagiert. Für die Mehrheit sprach beispielsweise August Bebel, der davor warnte, ein Generalstreik könne im Kriegsfall zu einer Ausrufung des Belagerungszustands, zur bewaffneten Konfrontation von Armee und Arbeitern und zur Zerschlagung der eigenen Parteistrukturen führen. Aus diesem Grund findet sich die Forderung nach einem Generalstreik auch nicht in der relativ unverbindlichen Resolution des Basler Friedenskongresses von 1912 wieder.

1912 waren Sozialdemokraten und Sozialisten in allen Ländern Europas weit von den Schalthebeln der Macht entfernt. Die Entscheidung über Krieg und Frieden in Europa wurde nicht auf Kongressen der Sozialistischen Internationale getroffen. Auch die grossen Antikriegsdemonstrationen in vielen europäischen Städten im Jahr 1912 sollten nicht darüber hinweg täuschen, dass die dort versammelten Friedensaktivisten in ihren Ländern vermutlich eine Minderheit darstellten. Noch wichtiger war jedoch, dass sich die europäischen Eliten und die Entscheidungsträger in Regierungen und Militärs dem nicht zu überhörenden Ruf nach Frieden verschlossen hatten. In den meisten europäischen Ländern – nicht zuletzt in Deutschland – war die innenpolitische Landschaft derart polarisiert, dass Friedensappelle der Sozialisten in den verfeindeten politischen Lagern gehörlos verhallten.

Dass im Sommer 1914 in allen europäischen Staaten mit einem parlamentarischen System die Sozialisten den Kriegskrediten zustimmten, hatte schliesslich damit zu tun, dass die europäische Linke weder 1912 noch 1914 eine radikalpazifistische Position vertrat. Zwar lehnte man allorts einen Angriffskrieg entschieden ab. Die Option eines Verteidigungskrieges wollte jedoch niemand aufgeben. Es gehört insbesondere zu den historischen Traumata der deutschen Sozialdemokratie, dass sie sich in der Julikrise 1914 von Reichskanzler Bethman Hollweg täuschen liess, Deutschland müsse seine nationalen Interessen gegen eine Aggression des zaristischen Russland verteidigen. Aber auch hier ist sich die Forschung relativ einig, dass eine Weigerung der SPD, den Kriegskrediten bei der entscheidenden Abstimmung im Reichstag im August 1914 zuzustimmen, den Ausbruch des Weltkrieges nicht verhindert hätte.

\*\*\*

Vom 22. bis 24. November 2012 fand an der Universität Basel eine internationale wissenschaftliche Tagung statt, die sich mit den historischen Hintergründen, dem Verlauf und den Folgen des Basler Friedenskongresses befasste und über die Aktualität der 1912 verhandelten Fragen der Friedensbewahrung und Kriegsprävention diskutierte. Über 50 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Bereichen der Geschichts-, Sozial- und Politikwissenschaften präsentierten in diesem Rahmen ihre Forschungsbeiträge (vgl. auch: <http://www.basel1912-2012.ch>). In der vorliegenden Publikation veröffentlichen wir eine Auswahl der Tagungsbeiträge in überarbeiteter Form. Allen Autorinnen und Autoren sei an dieser Stelle herzlich für die gute Zusammenarbeit gedankt.

Die Tagung im November 2012 wurde durch die grosszügige Unterstützung zahlreicher Personen und Institutionen ermöglicht, denen wir an dieser Stelle nochmals ausdrücklich danken möchten. An allererster Stelle sind hier die Stiftung für Sozialgeschichte Osteuropas und deren langjähriger Stiftungsratsvorsitzende Prof. em. Dr. med. Jürg Ulrich zu nennen, denen nicht nur die Initiative zu der Konferenz, sondern auch die grosszügige Finanzierung einer wissenschaftlichen Koordinationsstelle für diese Veranstaltung zu verdanken ist. Es ist uns eine besondere Freude und Ehre, dass Prof. Ulrich auch mit einem eigenen Vortrag das Programm unserer Tagung bereichert hat, den wir in leicht überarbeiteter Form hier publizieren. – Ohne die finanzielle Förderung durch den Schweizerischen Nationalfonds, die Freiwillige Akademische Gesellschaft Basel und das Rektorat der Universität Basel wäre die Durchführung der Konferenz nicht möglich gewesen. Logistisch wurden wir vom Departement Geschichte, dem Seminar für Soziologie sowie der Abteilung «Marketing und Event» der Universität Basel tatkräftig unterstützt. Namentlich möchten wir hier insbesondere Dr. Bernard Degen, Prof. em. Dr. Heiko Haumann, Dr. Pascal Maeder, Nicole Mathys, Dr. Laura Polexe, Hans Syfrig Fongione und Lionel Wirz für Ihr Engagement und ihre Hilfe danken.

Um die Tagungsergebnisse einem möglichst breiten Leserinnen- und Leserkreis zugänglich zu machen, haben wir uns entschieden, dieses Buch (und die einzelnen Aufsätze) in elektronischer Form online zu publizieren. Wir danken dem Schweizerischen Sozialarchiv (Zürich), insbesondere Dr. Anita Ulrich, Prof. Dr. Christian Koller, Urs Kälin und Jürg Scheidegger, sehr herzlich für die professionelle Beratung und Betreuung dieses Vorhabens sowie für die Bereitstellung der technischen Infrastruktur für die Publikation und dauerhafte Archivierung der Daten.

# Der Kongress von 1912 und seine Erinnerungen



## Die Basler Arbeiterbewegung organisierte den eindrücklichsten internationalen Sozialisten-Kongress<sup>1</sup>

Bernard Degen

Der Balkankrieg, der sich wegen der Verwicklung der europäischen Grossmächte zu einem allgemeinen Krieg auszudehnen drohte, mobilisierte im Herbst 1912 auch Gegenkräfte, von denen sich die Zweite Internationale als wichtigste erwies. Diese war keine zentrale Organisation, sondern ein loser Verbund von sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, vorwiegend aus europäischen Ländern. Für die Internationale standen – anders als für die nationalen Parteien – nicht kontinuierliche politische Aktivitäten im Vordergrund, sondern Debatten, Stellungnahmen zu Grundsatzfragen und international koordinierte Aktionen.<sup>2</sup> Zu ihren am breitesten abgestützten Grundwerten gehörte der Widerstand gegen Militarismus und Krieg.<sup>3</sup> Obwohl seit der Gründung im Juli 1889 immer wieder Beschlüsse zum Thema gefasst wurden, trat die Friedenserhaltung erst mit der Marokkokrise 1905/06 ins Zentrum der Aktivitäten. Vor allem der Franzose Jean Jaurès erkannte klarer als fast alle Zeitgenossen die Gefahren des Imperialismus und die schrecklichen Dimensionen eines künftigen Krieges. Zu dessen Verhinderung führte er während fast eines Jahrzehnts eine in dieser Breite selten gesehene Kampagne.<sup>4</sup> Die erste eingehende Debatte erfolgte auf dem Stuttgarter Kongress der Internationale von 1907. Dem von den Franzosen Jaurès und Edouard Vaillant vorgeschlagenen Massenstreik gegen den Krieg wurde im Stuttgarter Manifest das unverbindlichere Bekenntnis zu den „am wirksamsten erscheinenden Mittel[n] den Ausbruch des Krieges zu verhindern“ vorgezogen.<sup>5</sup> Dafür rief der Schlusssatz im Falle eines Krieges zur Aufrüttelung des Volkes und dadurch zur schnelleren Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft

---

<sup>1</sup> Der Text baut auf älteren Texten des Autors auf, liefert aber erstmals einen umfassenden Quellenachweis. Vgl. zum Beispiel Bernard Degen, *Krieg dem Kriege! Der Basler Friedenskongress der Sozialistischen Internationale von 1912*, Basel 1990.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Laura Polexe, *Netzwerke und Freundschaft. Sozialdemokraten in Rumänien, Russland und der Schweiz an der Schwelle zum 20. Jahrhundert*, Göttingen 2011; Kevin J. Callahan, *Demonstration Culture. European Socialism and the Second International, 1889-1914*, Leicester UK 2010.

<sup>3</sup> Ivan Müller, *De la guerre. Le discours de la Deuxième Internationale 1889-1914*, Genève 1980; Hans-Josef Steinberg, *Die Stellung der II. Internationale zu Krieg und Frieden*, Trier 1972.

<sup>4</sup> Jean-Léon Jaurès, *Œuvres*, Paris 1931-1939, v.a. Bde 2, 5, 7, 9.

<sup>5</sup> *Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912* [Protokoll], Berlin 1912, S. 49.

auf. Dem Kopenhagener Kongress 1910 lag ein gemeinsamer Antrag des Briten James Keir Hardie und wiederum Vaillants vor, die den Generalstreik als besonders wirksames Mittel gegen den Krieg vorschlugen. Wegen seiner Sprengkraft wurde er zur Prüfung an die Exekutive, das Internationale Sozialistische Bureau (ISB) überwiesen und nicht in die Kongress-Resolution aufgenommen.

Der vorliegende Beitrag verfolgt nicht die Debatte in der Internationale. Vielmehr rekonstruiert er den Ablauf des Basler Kongresses nicht zuletzt anhand von lokalen Quellen. Er zeigt, wie die Sozialisten für ihre öffentliche Kundgebung das Münster zur Verfügung gestellt erhielten, wie die Basler Sozialdemokratie trotz ihrer bescheidenen Ressourcen eine beeindruckende Organisation auf die Beine stellte, wie der Kongress und die ihn begleitenden Veranstaltungen abliefen und wie die Basler Politik und weite Teile der Bevölkerung das Ereignis aufnahmen.

### **Bewilligung des Münsters für die Kundgebung**

Am 28. Oktober 1912, als der Balkankrieg in seiner blutigsten Phase war, tagte in Brüssel das ISB. Nach kontroverser Diskussion beschloss es, noch vor Ende Jahr einen ausserordentlichen Kongress durchzuführen und den für 1913 vorgesehenen ordentlichen zu verschieben. Der Schweizer Fritz Studer wies auf die günstigen Rahmenbedingungen für eine solche Tagung in seinem Lande hin. Das ISB nannte im Beschluss Basel oder Zürich als mögliche Versammlungsorte.<sup>6</sup> Zwei Tage später meldete der ‚Basler Vorwärts‘, die lokale Arbeiterzeitung, dass zum Protest gegen den Krieg ein Kongress der Internationale in der Schweiz geplant sei. Am folgenden Tag erfuhr die Leserschaft, dass sich die Sozialdemokratische Partei Basel beim ISB erfolgreich um die Durchführung beworben habe.<sup>7</sup> Die Basler hatten sich offenbar unter Umgehung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) direkt an das ISB gewandt, behandelte diese die Frage doch erst am 1. November.<sup>8</sup> Obwohl nicht alle glaubten, dass die Stadt am Rheinknie 1'000 Personen sowie die internationale Presse unterbringen könnte, erhielt sie den Zuschlag.

Die Basler Arbeiterbewegung konnte damit bereits zum zweiten Male eine wichtige internationale Tagung durchführen. Im September 1869 fand im Tanzsaal des heutigen Café Spitz ein Kongress der Internationalen Arbeiter-Association statt, dessen 40. Jahrestag 1909 selbstbewusst gefeiert wurde.<sup>9</sup> Die lokale Sozialdemokratie erlebte nach der Wahlrechtsreform von 1905, als das Verhältniswahlrecht das Mehr-

---

<sup>6</sup> Protokoll der Sitzung in *Le Peuple* (Bruxelles), 29. Oktober 1912.

<sup>7</sup> *Basler Vorwärts*, Nr. 254, 30. Oktober und Nr. 255, 31. Oktober 1912.

<sup>8</sup> August Bebel in Victor Adler, *Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky*, Wien 1954, S. 554; Schweizerisches Sozialarchiv (SSA), Ar 1 [Sozialdemokratische Partei der Schweiz], MFC 1, Protokoll der Geschäftsleitung, 1. November 1912.

<sup>9</sup> Wilfried Haerberli, «Der erste Klassenkampf in Basel (Winter 1868/69) und die Tätigkeit der Internationalen Arbeiter-Association (1866-1876)», in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 64 (1964), S. 199-205; *Basler Vorwärts*, Nr. 276, 24. November 1912; *Vorwärts* (Berlin), Nr. 275, 24. November 1912.

heitswahlrecht ablöste, einen gewaltigen Aufschwung und etablierte sich 1908 als stärkste Partei. Bereits 1902 zog mit Eugen Wullschleger einer der Ihren in die Kantonsregierung ein, und 1910 folgte mit Hermann Blocher ein zweiter. Damit besetzte die Linke im Herbst 1912 zwei von sieben Sitzen in der Regierung.<sup>10</sup>

Die Kongressvorbereitungen verliefen nicht nach den Vorstellungen der Basler Organisatoren, die mit einem Termin Ende Dezember gerechnet hatten. Diesen verlegte das ISB angesichts der Zuspitzung der internationalen Lage auf den 24. November vor. Am 9. November veröffentlichte es die Einladung, die auch die Aufforderung enthielt, am 17. November in den Grossstädten Europas Meetings gegen den Krieg zu organisieren. Weiter kündigte es an, dass der Kongress am 24., 25. und eventuell 26. November in der Burgvogtei – dem heutigen Volkshaus – stattfinden solle. Einziges Traktandum: „Die internationale Lage und die Vereinbarung für eine Aktion gegen den Krieg.“<sup>11</sup>

Die Raumfrage wurde von verschiedener Seite zunächst kritisch betrachtet. Die Halle der Burgvogtei galt als wenig repräsentativ. Das Stadtcasino wäre erst am Montag zu haben gewesen, alle anderen grösseren Lokale waren ausgebucht.<sup>12</sup> Spätestens am 9. November fragte deshalb Nationalrat Johannes Frei, Redaktor beim ‚Basler Vorwärts‘, den für Kirchenangelegenheiten zuständigen Regierungsrat Carl Christoph Burckhardt, ob der Sozialisten-Kongress unter Umständen im spätromanisch-gotischen Münster tagen könne. Dieser leitete die Anfrage an den Antistes – den Hauptpfarrer – des Münsters, Arnold von Salis, weiter.<sup>13</sup> Der am 11. November tagende evangelisch-reformierte Kirchenrat erklärte sich für nicht zuständig, da der Instanzenweg nicht eingehalten worden war.<sup>14</sup> Am nächsten Tag trat wiederum zufällig die Synode, das Parlament der Kirche, im Grossratssaal zusammen. Dort beantragte der sozialdemokratische Grossrat und Synodale Gottfried Krebs zusammen mit zwei weiteren Sozialdemokraten, die Überlassung des Münsters sofort zu diskutieren. Die Versammlung lehnte zwar die Dringlichkeit ab, zeigte aber Sympathie für das Begehren.<sup>15</sup> Unter dem Eindruck dieser positiven Stimmung entsprach der Kirchenvorstand der Münstergemeinde am Nachmittag des 13. November oppositionslos dem Gesuch.<sup>16</sup> Krebs wurde umgehend telefonisch unterrichtet, und am nächsten Tag folgte die schriftliche Bestätigung. Der ‚Basler Vorwärts‘ verbreitete den Beschluss zehn Tage vor dem geplanten Ereignis: „Es sei zum Zweck der Friedenskundgebung des internationalen Arbeiterkongresses in Basel die Benützung der Münster-

<sup>10</sup> Wilfried Haerberli, *Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914*, Bd. 2, Basel 1987, S. 113-131.

<sup>11</sup> *Bulletin périodique du Bureau Socialiste International*, Nr. 9.

<sup>12</sup> Bebel in V. Adler, *op. cit.*, S. 555; *Basler Vorwärts*, Nr. 263, 9. November 1912.

<sup>13</sup> Bericht von Arnold von Salis vom 14. November 1912, Historisches zum ‚Internationalen Arbeiter- (vulgo Sozialisten-) Kongress‘ in Basel. Archiv der evangelischen Kirchenverwaltung.

<sup>14</sup> Protokoll des ev.-ref. Kirchenrates Basel-Stadt vom 11. November 1912. Archiv der evangelischen Kirchenverwaltung.

<sup>15</sup> Protokoll der Synode vom 12. November 1912. Archiv der evangelischen Kirchenverwaltung.

<sup>16</sup> Bericht von Arnold von Salis, *op. cit.*

kirche am 24. November von nachmittags 3 Uhr an zu bewilligen, in der Voraussetzung, dass die Würde des Ortes sowohl durch die Redner als auch durch die Versammlung durchaus gewahrt werde.“<sup>17</sup>

### Vorbereitung des Kongresses

Mit der Bewilligung des Münsters hatten die Organisatoren ihr schwierigstes Problem gelöst. Antistes von Salis liess sich noch die Texte der vorgesehenen Lieder unterbreiten, der sozialdemokratische Regierungsrat Blocher genehmigte als Vorsteher des Polizeidepartementes das Geläut. Die Aktivistinnen und Aktivisten der Sozialdemokratie waren dermassen beschäftigt, dass sie die gleichzeitig stattfindenden Bürgerratswahlen völlig vernachlässigten. Am 13. November bildete das Parteikomitee fünf Ausschüsse: ein Organisationskomitee, präsiert von Regierungsrat Wullschleger, ein Empfangskomitee, präsiert von Regierungsrat Blocher, ein Quartierkomitee, präsiert von Grossrat und Gastwirt Oskar Türke, ein Zugskomitee, präsiert von Grossrat und Altstoffhändler Tobias Levy sowie ein Kongresskomitee, präsiert vom ehemaligen Grossrat und Mitarbeiter des Internationalen Arbeitsamtes in Basel Marius Fallet.<sup>18</sup>

Die Abrechnung ermöglicht einen Einblick in wichtige Aktivitäten der Organisatoren. Insgesamt kostete der Kongress gut 14'000 Franken, wovon in Basel selbst durch den Verkauf von 12'367 Festabzeichen und 3'762 Festpostkarten sowie durch einen Beitrag der lokalen Sozialdemokratie über ein Fünftel aufgebracht wurde. Den Rest übernahm die Internationale, die ihrerseits wiederum knapp ein Viertel des gesamten Aufwandes beanspruchte. Fast die Hälfte der verbleibenden gut 10'600 Franken ging auf das Konto der Tagung in der Burgvogtei. Dabei erwiesen sich die Kongressmappen sowie einige Broschüren mit fast 2'200, die Dekoration mit 930, die Telefone mit 650 und die Miete mit 520 Franken als gewichtigste Posten. Knapp 2'500 Franken verschlang die Organisation, vor allem die Herstellung von Plakaten und anderen Drucksachen. Der Demonstrationszug kostete 1'600 Franken, wovon allein 1'000 an Musiker und Tambouren flossen. Die Feier im Münster dagegen erwies sich mit Ausgaben von 850 Franken als geradezu billig.<sup>19</sup>

Damals waren es Sozialisten in vielen Ländern gewöhnt, verfolgt, zensuriert oder zumindest schikaniert zu werden, wie dies etwa 1907 in Stuttgart noch der Fall war. In Basel dagegen beschloss die Regierung am 20. November auf Antrag des Konservativen Paul Speiser, ein Begrüssungsschreiben an die Delegierten zu richten, worin sie festhielt: „Die Behörde der Stadt [...] wünscht von Herzen, dass Sie Ihr

<sup>17</sup> *Basler Vorwärts*, Nr. 268, 15. November 1912.

<sup>18</sup> Bericht von der Sitzung des Parteikomitees vom 13. November, in *Basler Vorwärts*, Nr. 268, 15. November 1912.

<sup>19</sup> Abrechnung des Sozialisten-Kongresses in Basel. Archives Camille Huysmans, Antwerpen, I 648/193. Damals verdiente in Basel ein Schreiner ca. 0,70 Fr. pro Stunde, ein Seidenbandweber ca. 0,44 Fr.

Ziel erreichen möchten, und entbietet Ihnen ihren Gruss.<sup>20</sup> Zwar erhielten die Basler Polizisten die Anweisung, die Stadt nicht zu verlassen. Zum Einsatz wurden aber nur wenige aufgeboten, und die Kompetenzverteilung dürfte ebenfalls Erstaunen hervorgerufen haben. Der sozialdemokratische Grossrat und Leiter der Genossenschaftsdruckerei Arnold Jeggli konnte bei Bedarf die neun Mann auf dem Claraposten zur nahegelegenen Burgvogtei beordern, dem sozialdemokratischen Grossrat Levy standen drei Berittene zur Verfügung, um dem geplanten Demonstrationszug den Weg frei zu machen, und weitere 25, um den Münsterplatz abzusperren.<sup>21</sup>

Der Protest gegen den Krieg sollte nicht Angelegenheit der führenden Persönlichkeiten bleiben, sondern von der gesamten Arbeiterbewegung getragen werden. In seiner Einladung hatte das ISB deshalb alle sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und Arbeiter-Genossenschaften aufgefordert, selbst aktiv zu werden. Dabei konnte es sich auf die Erfahrung vom Vorjahr stützen, als vom Juli bis September anlässlich der zweiten Marokko-Krise und Anfang November anlässlich des osmanisch-italienischen Krieges wegen Libyen Arbeiterorganisationen auf internationaler Ebene demonstrierten. Bereits ab Oktober 1912 fanden verschiedenenorts Demonstrationen gegen den Krieg statt.<sup>22</sup> Den Höhepunkt der ersten Welle bildete die Massenkundgebung vom 20. Oktober im Treptower Park in Berlin mit rund 250'000 Teilnehmern. Der Korrespondent der ‚Basler Nachrichten‘ stellte allerdings die Bedeutung dieser Veranstaltung in Frage:

„Im Anblick dieser korrekten Hunderttausende, musste man sich fragen, ob sie im Ernstfalle die ihnen so heftig eingepredigten Ideale wirklich in die Tat umsetzen, ob sie ihre wahre Gesinnung einmal handgreiflicher als durch eine blosse Stimmabgabe ausdrücken könnten. [...] War dieses ganze Betragen ein Übermass von innerer Kraft, von Selbstdisziplin, oder bloss Temperamentslosigkeit, blosse Unfähigkeit zur Begeisterung, zum Entschluss der entscheidenden Tat?“<sup>23</sup>

Auch in Wien und andern österreichischen Zentren folgten am 10. November Grosskundgebungen. Selbst in der Berner Reitschul-Halle und im Zürcher Velodrom strömten anfangs November Tausende zusammen, um gegen den Krieg zu protestieren.

---

<sup>20</sup> Faksimile des Briefes in *Basler Vorwärts*, Nr. 277, 26. November 1912.

<sup>21</sup> Polizei-Inspektorat Basel-Stadt, Tagesbefehl No. 86 (21. November 1912). Staatsarchiv Basel-Stadt, Vereine und Gesellschaften A 1.

<sup>22</sup> Zur Übersicht über die Kundgebungen vgl. Kevin J. Callahan, «The International Socialist Peace Movement on the Eve of World War I Revisited: The Campaign of ‚War against War!‘ and the Basle International Socialist Congress in 1912», in *Peace & Change* 29, 2 (2004), S. 147-176; Fritz Klein, «Die Antikriegskundgebungen der II. Internationale am 17. November 1912», in *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 23 (1975), S. 1411-1423.

<sup>23</sup> *Basler Nachrichten*, Nr. 319, 23. November 1912.

Der Höhepunkt der vom ISB veranlassten Demonstrationen wurde am 17. November, eine Woche vor dem Basler Kongress, erreicht.<sup>24</sup> Die Arbeiterbewegung protestierte in Böhmen, Ungarn, Italien, England, Holland, Schweden, Dänemark, Spanien, Deutschland und Frankreich in zum Teil eindrucklicher Zahl. Im Vordergrund stand diesmal Paris mit rund 100'000 Beteiligten. Bewusst wurden Redner über Staaten und sogar über Bündnissysteme hinweg ausgetauscht. So sprachen etwa in Rom der Russe Georgi Plechanow, in Berlin der Franzose Jaurès oder in Paris der Deutsche Philipp Scheidemann. Insgesamt wurden 63 Versammlungen in 43 Städten mit geschätzten 290'000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern registriert.<sup>25</sup>

### Kundgebung im Münster

Am Sonntag, dem 24. November 1912, begann im Saal der Burgvogtei der Kongress. Über der Bühne hingen die Losung der Internationale: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ und das Motto des Kongresses: „Krieg dem Kriege!“ Von den überfüllten Galerien grüssten die roten Fahnen der schweizerischen Arbeiterorganisationen. Nach 10.30 Uhr erschienen, von stürmischem Jubel begrüsst, prominente Delegierte wie August Bebel, Herman Greulich, Victor Adler, Karl Kautsky und Jean Jaurès. Um 11 Uhr eröffnete der Belgier Edouard Anseele für den krankheitshalber abwesenden Präsidenten der Internationale Emile Vandervelde die Tagung. Regierungsrat Wullschleger überbrachte die Grüsse der Regierung. Nach der Wahl des fünfköpfigen Präsidiums unter Greulich vertagte sich der Kongress um 12 Uhr auf Montagvormittag.<sup>26</sup>

Für den Sonntagnachmittag war eine Friedenskundgebung angesagt, die den glanzvollen Schlusspunkt der europaweiten Bewegung des vorangegangenen Wochenendes bilden sollte. Die Arbeiterorganisationen hatten Mitglieder und Nahestehende für einen möglichst wirkungsvollen Auftritt mobilisiert.<sup>27</sup> „Keine Grütlifahne – gleichviel, ob politischer Verein, ob Sänger, Turner oder Schützen –, keine Fahne einer Union, einer Mitgliedschaft oder eines Arbeitervereins, kein Gewerkschaftsbanner, kein Berufs-Emblem bleibe zu Hause“, hiess es etwa im Aufruf der SPS.<sup>28</sup>

Schon mit den Morgenzügen kamen Scharen von Arbeiterinnen und Arbeitern aus der ganzen Schweiz sowie aus den Nachbarregionen Elsass und Baden nach Basel. Die Besammlung erfolgte ausgerechnet im Hof der Kaserne und in den umliegenden Strassen. Um 14 Uhr setzte sich der Zug – angeführt vom Arbeiterradfahrerverein Solidarität – in Bewegung, zuerst via Klybeckstrasse, Feldbergstrasse, Hammerstrasse und Clarastrasse zu einer Runde durch Kleinbasel, dann via Greifen-

<sup>24</sup> Zusammenstellung der vom ISB organisierten Kundgebungen mit Rednerliste und Beteiligung bei K. J. Callahan 2004, *op. cit.*, S. 160-163.

<sup>25</sup> F. Klein, *op. cit.* S. 1416.

<sup>26</sup> *Basler Vorwärts*, Nr. 277, 26. November 1912.

<sup>27</sup> Vgl. die Vereinschronik im *Basler Vorwärts*, zum Beispiel Nr. 275, 23. November 1912.

<sup>28</sup> Auf zur schweizerischen Friedensdemonstration (Flugblatt). Schweizerisches Sozialarchiv, 335/139 Z I.

gasse, Mittlere Brücke, Eisengasse, Freie Strasse, St. Alban-Graben und Rittergasse zum Münster.<sup>29</sup> Die dichten Sechserreihen wurden aufgelockert durch einen bekränzten Wagen mit der Friedensgöttin, durch weissgekleidete Kinder mit Palmzweigen, etwa ein Dutzend – mehrheitlich bürgerliche – Musik- und Tambourencorps sowie Hunderte von Fahnen.<sup>30</sup> Ausländische Beobachter überraschten vor allem die Bunttheit und die Farbenpracht des Zuges und die Kostüme und Requisiten – Wilhelm Tell, Berufsembleme usw. – zahlreicher Teilnehmender.<sup>31</sup> Der Vorbeimarsch der 10'000 bis 20'000 dauerte trotz zügigem Schritt über eine halbe Stunde. Zehntausende von Neugierigen säumten die Strassen. Der Münsterplatz wurde lange vor der Ankunft des Zuges abgesperrt, und nur Besitzer von Eintrittskarten erhielten Zugang.<sup>32</sup>

Den europaweit Aufsehen erregenden Höhepunkt des Kongresses bildete die Friedenskundgebung im Münster. Um 15 Uhr begann der Festzug die grosse Kirche – die über 5'000 Personen aufnehmen konnte – zu füllen, was nahezu eine halbe Stunde dauerte. Neben den Delegierten waren der Grosse Rat, der Bürgerrat, die Kirchensynode und der Kirchenrat geladen. Auch die internationale Presse fand sich ein. Tausende von Lichtern erhellten den Raum vom hohen Kranzgesimse. Unter dem *Donna pacem* aus Beethovens *Missa solemnis* des Münsterorganisten bezogen die Gäste ihre Plätze.<sup>33</sup> Der sozialdemokratische Regierungspräsident Blocher – zugleich Präsident des Empfangskomitees – begrüßte die Anwesenden. Er pries die Arbeiterschaft als starke Friedensmacht, da sie frei von wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Interessen am Krieg sei.<sup>34</sup>

Dann stiegen nacheinander die Grossen des europäischen Sozialismus auf die Münsterkanzel. Den Anfang machte der Reichstagsabgeordnete Hugo Haase, einer der beiden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er vertrat den gesundheitlich angeschlagenen Bebel, der unten im Mittelschiff sass, und der sich vor dem Kongress angesichts der ständig wechselnden politischen Lage ausserstande erklärt hatte, selbst zu sprechen.<sup>35</sup> Haase liess mit seinem nicht sehr deutlichen und wenig packenden Vortrag den alten und einst feurigen Bebel nicht vergessen. Ausgehend von den Gräueln des Balkankrieges skizzierte er die Aufgaben der Arbei-

<sup>29</sup> *Grütliauer*, 26. November 1912.

<sup>30</sup> Auf der Abrechnung finden sich die Namen von 13 Musikcorps aus der Stadt und aus den Vororten, vgl. Abrechnung des Sozialisten-Kongresses in Basel. Archives Camille Huysmans, Antwerpen, I 648/193.

<sup>31</sup> *Humanité*, Nr. 3144, 25. November 1912; *Vorwärts* (Berlin), Nr. 276, 26. November 1912.

<sup>32</sup> *Basler Nachrichten*, Nr. 321, 25. November 1912; *National-Zeitung*, Nr. 278, 26. November 1912; *Volkswacht* (Freiburg i. Br.), Nr. 275, 25. November 1912.

<sup>33</sup> *National-Zeitung*, Nr. 278, 26. November 1912.

<sup>34</sup> Sozialisten-Kongress, *op. cit.*, S. 10-12. Zur Charakterisierung der einzelnen Reden vgl. die Berichte der *National-Zeitung*, Nr. 278, 26. November 1912, und der *Basler Nachrichten*, Nr. 321, 25. November 1912.

<sup>35</sup> Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt a.M. 1973, S. 360-361.

terbewegung. Diese müsse den Herrschenden klar machen, dass sie im Kriegsfall nicht auf begeisterte Unterstützung der Arbeiterschaft zählen könnten.<sup>36</sup>

Eine glänzende Ovation empfing Keir Hardie, dessen zusammen mit Vaillant am Kongress in Kopenhagen 1910 eingereichter Antrag für einen Generalstreik gegen den Krieg noch immer nicht behandelt worden war. Der weisshaarige Vorkämpfer der britischen Arbeiterbewegung hielt die schärfste Rede, wobei allerdings sein schottischer Akzent es auch den des Englischen Kundigen nicht leicht machte, seinen Ausführungen zu folgen. Als einziger schlug er konkrete Massnahmen zur Verhinderung des Krieges vor. Falls die politische Aktion nicht ausreiche, so sei vom internationalen „revolutionären Gegenkriegsstreik“ Gebrauch zu machen.<sup>37</sup>

Der älteste Redner war der siebzigjährige Schweizer Herman Greulich, der schon am Basler Kongress der Internationalen Arbeiter-Association 1869 dabei gewesen war und dort an einer Abendveranstaltung für die direkte Volksgesetzgebung geworben hatte. Als einziger äusserte er volles Vertrauen in die Regierung seines Heimatstaates. Die Schweizer Armee diene nicht dem Kriege. Ihren Aufmarsch zu verhindern hiesse, fremde Heere einzuladen, die Schweiz zum Kriegsschauplatz zu machen.<sup>38</sup> Seine Aussagen wurden in den Kongressverhandlungen in einer gemeinsamen Erklärung der Parteien Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Finnlands, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande und der Schweiz durch den Niederländer Pieter Jelles Troelstra stark relativiert.<sup>39</sup>

Der Bulgare Janko Sakasow, der einzige Sozialist im bulgarischen Abgeordnetenhaus, befand sich auf dem Höhepunkt seiner Popularität. In einer tumultuösen Sitzung hatte er in dem *Sobranje* (dem bulgarischen Parlament) als einziger gegen die Kriegskredite gestimmt, was ihm in der Arbeiterbewegung grosses Ansehen verschaffte. In gebrochenem Deutsch schilderte er die Schrecken des Balkankrieges. Er hoffte auf die Unterstützung der europäischen Sozialdemokratie, um die Menschenschlächtere abzuschaffen.<sup>40</sup>

Victor Adler, der als nächster auf der Kanzel stand, war zwar ein gewandter und temperamentvoller Redner und sprach mit seinem österreichischen Tonfall die Zuhörerschaft an. Er brachte aber nicht mehr wie die anderen unbegrenztes Vertrauen in die Stärke der Arbeiterbewegung auf. Zudem ahnte er, dass ein Krieg unabhängig vom Ausgang das Ende der Donaumonarchie einläuten würde. Die Antwort auf die Frage, ob die Arbeiterschaft widerstandslos auf die Schlachtfelder geschickt werden könnte, liess er bewusst offen. Seine abschliessend geäusserte Hoffnung, dass die Arbeiterbewegung einmal das Schwert gegen die Kriegstreiber erheben werde, erwies sich mit Blick auf 1917/18 durchaus als berechtigt, klang aber 1912 eher resigniert.<sup>41</sup>

---

<sup>36</sup> Sozialisten-Kongress, *op. cit.*, S. 12-13.

<sup>37</sup> *Ibid.*, S. 13-14.

<sup>38</sup> *Ibid.*, S. 14-15.

<sup>39</sup> *Ibid.*, S. 32, vgl. auch *Berner Tagwacht*, 27. November 1912.

<sup>40</sup> Sozialisten-Kongress, *op. cit.*, S. 16-17.

<sup>41</sup> *Ibid.*, S. 17-19.

Den Höhepunkt der Kundgebung setzte der Franzose Jean Jaurès. Mit klarer Stimme und prachtvollem Französisch elektrisierte er die Versammlung geradezu. „Lebhafter ist wohl noch nie auf der Münsterkanzel gestikuliert worden“, meinte der Berichterstatter der ‚Basler Nachrichten‘.<sup>42</sup> Immer wieder unterbrach tosender Beifall den Redner. Er wies auf die inneren Widersprüche in der herrschenden Klasse hin und unterstrich unter diesen Umständen die Bedeutung einer breiten Kampagne für den Frieden. Abschliessend rief er die Regierungen auf, daran zu denken, dass die Völker zum Schluss kommen könnten, „dass ihre eigene Revolution sie weniger Opfer kosten würde als der Krieg der anderen!“<sup>43</sup>

Nach diesem rhetorischen Feuerwerk hatte der letzte Redner, der spätere polnische Ministerpräsident Ignacy Daszyński, einen schweren Stand. Er beschwor den Bankrott von Diplomatie und Militärwissenschaft im Balkankrieg und hoffte auf eine bessere Zukunft. Etwa um 17.30 Uhr wurde die eindrucksvolle Kundgebung mit dem Lied ‚Denn die Völker wollen Frieden, Frieden jedes Menschenherz‘ abgeschlossen.<sup>44</sup>

Rund 10'000 bis 15'000 Personen hatten im Münster keinen Platz gefunden. Da damals das Geschehen nicht mittels Lautsprecher übertragen werden konnte, boten die Organisatoren den draussen Gebliebenen ein eigenes Programm und stellten zu diesem Zwecke in der Nähe vier Tische als Rednertribünen auf.<sup>45</sup> Vor dem Mentelinhof, gegenüber dem Hauptportal des Münsters, sprachen unter der Leitung von Nationalrat Fritz Studer aus Winterthur unter anderen Pieter Jelles Troelstra und Edouard Vaillant. Die zweite Tribüne mit Rednern aus Polen, Dänemark, England und Frankreich präsierte vor dem Reinacherhof Nationalrat Paul Pflüger aus Zürich. Der ehemalige Basler Arbeitersekretär und jetzige Chefredaktor der ‚Berner Tagwacht‘, Nationalrat Robert Grimm, erteilte das Wort vor der Lesegesellschaft vorab Vertretern osteuropäischer Länder. Schliesslich konnte Emil Angst, Präsident der Verwaltungskommission des Allgemeinen Konsumvereins, auf der Pfalz unter anderen die Russin Alexandra Kollontai und Hjalmar Branting, später erster sozialdemokratischer Ministerpräsident in Schweden, ankündigen. Verschiedene der Rednerinnen und Redner warnten die Regierungen, im Falle eines Krieges drohe ein Generalstreik oder gar eine Revolution. Etwa um 16.30 Uhr löste sich die Menschenmenge auf dem Platz langsam auf.

---

<sup>42</sup> *Basler Nachrichten*, Nr. 321, 25. November 1912.

<sup>43</sup> Sozialisten-Kongress, *op. cit.*, S. 20.

<sup>44</sup> *Ibid.*, S. 20-21.

<sup>45</sup> Zusammenfassung des Ablaufes in *Bulletin périodique du Bureau Socialiste International*, Nr. 10, [o.J.], S. 37-42; Zusammenfassung der meisten Reden in *Basler Vorwärts*, Nr. 281, 30. November, Nr. 282, 1. Dezember, Nr. 283, 3. Dezember, Nr. 285, 5. Dezember und Nr. 286, 6. Dezember 1912.

## Die Kongressverhandlungen

Die eigentlichen Verhandlungen vom Montag, dem 25. November, in der Burgvogtei warfen keine hohen Wellen. Bereits am Vorabend des Kongresses hatten im Nobelhotel Drei Könige über dem linken Rheinufer Jaurès, Vaillant, Bebel, Keir Hardie, Adler, Ilja Rubanowitsch und Camille Huysmans – die Weisen der Internationale – getagt. Sie versuchten vor allem die Spannungen, die der 1910 von Vaillant und Keir Hardie in Kopenhagen eingereichte Generalstreik-Antrag hervorrief, intern abzubauen. Die Kommission arbeitete hinter verschlossenen Türen und verabschiedete nach langen, heftigen Debatten den Entwurf eines Manifestes. Diesen bereinigte ebenfalls unter Ausschluss der Öffentlichkeit das ISB.<sup>46</sup>

An der Plenarsitzung vom Montag stellten Jaurès das Manifest auf Französisch, Adler auf Deutsch und Keir Hardie auf Englisch vor, und die 555 Delegierten aus 23 Ländern konnten dazu Stellung nehmen. Schon bei der Eröffnung bat der Vorsitzende Greulich, Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen. Tatsächlich blieben lebhafte Debatten wie an früheren Kongressen aus. Einzig der alte Kämpfer Vaillant wies auf Differenzen innerhalb der Kommission hin. Nur weil eine schärfere Formulierung für andere Sektionen wegen befürchteter Repressalien in ihren Heimatländern nicht annehmbar gewesen sei, könnten die Franzosen dem Manifest zustimmen. Vaillants Stellungnahme wurde übrigens im deutschsprachigen Protokoll entschärft.<sup>47</sup> Das Manifest begann mit dem erwähnten Schluss der Stuttgarter Resolution von 1907. Es folgte eine Kritik des Rüstungswahnsinns und der ständigen Kriegsdrohungen. Stärker als bei früheren Resolutionen kam diesmal der realistische Diskurs zum Ausdruck. Eine genauere Umschreibung der im Kriegsfall anzuwendenden Mittel fehlte erneut, nicht aber die abstrakte Drohung mit sozialer Unrast.<sup>48</sup> Die Delegierten billigten das Manifest einstimmig mit grosser Begeisterung und sangen danach die Internationale.<sup>49</sup> Zum Abschluss dankte der alte und bereits schwer kranke Bebel in einer launigen Ansprache den Organisatoren, den Behörden und der Kirche.<sup>50</sup>

Anders als bei früheren Sozialistenkongressen fand diesmal keine Frauenkonferenz statt. Der Arbeiterinnenverein Basel nutzte aber die Anwesenheit prominenter Sozialistinnen zu einer Frauenversammlung im Bernoullianum, einem den Naturwissenschaften errichteten Gebäude der Universität.<sup>51</sup> Im überfüllten grossen Hörsaal – viele blieben wegen Platzmangels draussen – setzte sich Clara Zetkin, die Sekretärin

<sup>46</sup> Georges Haupt, Introduction, in: *Congrès international extraordinaire, Bâle 24-25 novembre 1912*, Genève 1980, S. 7-8.

<sup>47</sup> Georges Haupt, *Der Kongress fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914*, Wien u.a. 1967, S. 70.

<sup>48</sup> Sozialisten-Kongress, *op. cit.*, S. 23-27.

<sup>49</sup> *Ibid.*, S. 38.

<sup>50</sup> *Ibid.*, S. 40-41.

<sup>51</sup> Vgl. Sandrine Mayoraz, «Frauen am Kongress und die Frauenversammlung», in: Bernard Degen, Heiko Haumann, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe, Frithjof Benjamin Schenk (Hg.), *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Basel 2012, S. 56-68.

der Frauen-Internationale, vehement für das Frauenwahlrecht ein, geisselte die Engländerin Dora Montefiore die Unterwerfung der ganzen Welt durch die imperialistischen Grossmächte und schilderte die Österreicherin Adelheid Popp den Feldzug der Kirche gegen ihre Partei in Wien. Schliesslich berichtete Alexandra Kollontai an Stelle der verhinderten Rosa Luxemburg über die Erfolge der russischen Arbeiterbewegung und erntete für ihre Hinweise auf die Rolle der Frauen lange anhaltenden Applaus.<sup>52</sup>

## Bilanz

Sozialisten bildeten vor dem Krieg in den meisten Ländern eine kleine – gelegentlich wie in Deutschland eine starke – Minderheit, die über bescheidene Machtmittel verfügte. Sie konnten nur versuchen, die vorherrschende, auf Krieg als legitime Fortsetzung der Politik ausgerichtete Grundstimmung aufzuweichen. Damit ein solches Vorhaben Breitenwirkung entfalten konnte, war eine überzeugende Inszenierung nötig. Diese Aufgabe löste die an internationalen Massstäben gemessen kleine Basler Arbeiterbewegung hervorragend. Dank guter Beziehungen zu den städtischen Behörden und zu den Organen der reformierten Kirche gelang es ihr, einen europaweit stark beachteten Kongress zu organisieren. Namentlich die Kundgebung im Münster verfehlte ihre Wirkung nicht. Noch lange galten die Glocken des Basler Münsters als Symbol einer friedlicheren Welt.<sup>53</sup>

---

<sup>52</sup> *Basler Nachrichten*, Nr. 323, 27. November 1912; *Basler Vorwärts*, Nr. 278, 27. November 1912.

<sup>53</sup> Louis Aragon, *Les cloches de Bâle*, 1934. Zu Aragon und seinem Werk ‚*Les cloches de Bâle*‘ siehe André Vanoncini, Louis Aragon und der Basler Friedenskongress: ‚*Les Cloches de Bâle*‘, in: Bernard Degen, Heiko Haumann, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe, Frithjof Benjamin Schenk (Hg.), *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Basel 2012, S. 168-173.

## **Der Kongress in der Kirche**

### Zur Resonanz des Friedenskongresses im Schweizerischen Protestantismus

Ruedi Brassel

Das Verhältnis zwischen den Kirchen und der Arbeiterbewegung war Anfang des 20. Jahrhunderts durchaus von Spannungen durchzogen. Der ideologische Mainstream des Sozialismus verstand sich durchwegs als laizistisch oder gar antiklerikal. Allerdings gab es – nicht zuletzt mit dem aufkommenden religiösen Sozialismus – Strömungen, die solche Fronten unterliefen. Wenn anlässlich des Friedenskongresses der Zweiten Internationale im November 1912 die Friedensfeier im Basler Münster – die am Sonntagnachmittag des 24. Novembers im Anschluss an einen Demonstrationzug mit über 10'000 Teilnehmenden durchgeführt wurde und an welcher praktisch allen Grössen des damaligen internationalen Sozialismus teilnahmen – zum herausragenden Ereignis wurde, ist das kein Zufall.

Dass dieser Festakt im altherwürdigen Basler Münster, in einem kirchlichen Raum, stattfinden konnte, war für die meisten Zeitgenossen ungewöhnlich. Kaum weniger selbstverständlich war es, dass dies innert kürzester Vorbereitungszeit – von der ersten Anfrage bis zum Anlass vergingen bloss zwei Wochen – bewerkstelligt werden konnte. Umso mehr fragt man sich, wie diese Kooperation von statten ging und ob sie über rein organisatorische Belange hinaus reichte. Zeichnete sich hier, in der gemeinsamen Verantwortung für den Frieden, eine Annäherung zwischen der Kirche und der Arbeiterbewegung ab, die noch kurz zuvor kaum für möglich gehalten wurde? Um darauf antworten zu können, muss zuerst auf die Situation in der Kirche und ihrem Verhältnis zur Arbeiterbewegung eingegangen werden.

### **Das Umfeld: Sozialismus und Kirche – Entstehen der religiös-sozialen Bewegung**

Die kirchlichen Auseinandersetzungen im schweizerischen Protestantismus waren zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach wie vor geprägt durch den Gegensatz zwischen den eher pietistisch ausgerichteten „Positiven“ einerseits (Schweizerischer evangelisch-kirchlicher Verein, Badener Konferenz) und den „Liberalen“, den Vertretern einer – nicht zwingend politisch zu verstehenden – freisinnigen Richtung, die eine histo-

risch-kritisch fundierte Theologie vertraten („Reformverein“).<sup>1</sup> Angesichts der zunehmenden Industrialisierung und Urbanisierung drängte sich aber auch für die Kirche eine Reaktion auf die „Soziale Frage“ auf. Diese äusserte sich etwa im Aufbau der „Inneren Mission“, in der Entwicklung von diakonischen Werken aber auch dadurch, dass Pfarrer für die Anliegen der Arbeiterschaft eintraten und ihnen im kirchlichen Rahmen Gehör verschafften.

Ein herausragendes Beispiel dafür war die sogenannte „Maurerstreikpredigt“ des im Frühjahr 1903 neu installierten Basler Münsterpfarrers Leonhard Ragaz im Basler Münster. Er sah im Arbeitskampf der 2'500 Maurer<sup>2</sup> und in den Bajonettbewaffneten militärischen Ordnungstruppen „Sturmvögel, Vorboten der gewaltigen, weltumgestaltenden Kämpfe und Katastrophen, denen wir immer näher kommen“. Und er schloss daraus in jener Predigt von der Münsterkanzel herab:

„Die religiöse Gemeinschaft darf nicht den Sturm des geschichtlichen Werdens um die Mauern des Gotteshauses brausen lassen und tun, als hörte sie ihn nicht. Das wäre ihr Tod. Wenn das offizielle Christentum kalt und verständnislos dem Werden einer neuen Welt zuschauen wollte, die doch aus dem Herzen des Evangeliums hervorgegangen ist, dann wäre das Salz der Erde faul geworden.“<sup>3</sup>

Diese Äusserungen von L. Ragaz waren keine isolierten Annäherungen kirchlicher Exponenten an die Arbeiterbewegung. Sie lehnten sich an ähnliche Positionsbezüge – wie etwa durch Hermann Kutter in seinem Buch ‚Sie müssen!‘, in dem die Rede war vom „unbewussten Christentum“, das in der Hoffnung der Sozialdemokratie zum Ausdruck komme.<sup>4</sup> Sie inspirierten sich aus dem Engagement des Appenzeller Weberpfarrers Howard Eugster-Züst, der im Jahr 1900 den Appenzeller Weverband gegründet hatte.<sup>5</sup> Und sie standen nicht zuletzt unter dem Eindruck des Aufsehen erregenden Eintretens des süddeutschen Theologen Christoph Blumhardt für die Arbeiterbewegung in der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Württemberg. Im Umfeld solcher Stellungnahmen entstand dann im Jahr 1906 die religiös-soziale Bewegung. Diese verband innerhalb der Kirche sowohl Elemente der Innerlichkeit und des starken Bibelbezugs der positiven Richtung wie auch das offenere Auftreten gegenüber den modernen Strömungen und Bewegungen in der Gesellschaft, das mehr in der freisinnig-liberalen Tradition lag. Gleichzeitig erschien, herausgegeben von eben diesen Kreisen, die Zeitschrift ‚Neue Wege‘. Zuerst als Organ von „Suchenden für Suchende“ konzipiert, wurde dort in sozialpolitischen und mit der Zeit

<sup>1</sup> Vgl. Markus Mattmüller, *Leonhard Ragaz, Eine Biographie*, Bd. 1, Zürich 1957, S. 34-36; Rudolf Pfister, *Kirchengeschichte der Schweiz*, Bd. 3, Zürich 1984, S. 260-262.

<sup>2</sup> Am 5. April 1903 waren in Basel etwa 2'500 Maurer und Bauhandlanger in einen Streik getreten, um die Reduktion der Arbeitszeit von 10 auf 9,5 Stunden pro Tag und einen höheren Minimallohn zu erreichen. Nach knapp zwei Wochen ging der Streik erfolglos zu Ende.

<sup>3</sup> Ruedi Brassel, Willy Spieler (Hg.), *Leonhard Ragaz, Eingriffe ins Zeitgeschehen*, Luzern 1995, S. 30.

<sup>4</sup> Hermann Kutter, *Sie müssen, Ein offenes Wort an die christliche Gesellschaft*, Zürich 1903.

<sup>5</sup> Louis Specker, *Der Weberpfarrer Howard Eugster-Züst 1861-1932*, St. Gallen 1975.

auch in friedenspolitischen Fragen immer dezidierter Stellung genommen, so dass die Zeitschrift bald als „ragazisches Sozialistenblatt“ etikettiert wurde.<sup>6</sup>

Leonhard Ragaz wurde zur zentralen Figur dieser Bewegung. Prägend waren seine Jahre als Pfarrer am Basler Münster (1902-1908) und danach bis 1921 als Theologieprofessor in Zürich. Dort setzte er sich in den Augen der bürgerlichen Gesellschaft mit der vielbeachteten Solidarisierung mit dem Zürcher Generalstreik, der im Juni 1912 stattgefunden hatte, vollends ins Abseits, gewann aber einen erheblichen Einfluss in der Arbeiterbewegung.

Obwohl im kirchlichen Umfeld klar minoritär, waren diese Bestrebungen in der Schweiz der Vorkriegszeit besonders ausgeprägt. Das Programm blieb aber die Annäherung einer religiös und ethisch begründeten Grundhaltung und das soziale und politische Engagement. Dahinter lag das Credo, dass das Kommen des Reiches Gottes nicht eine Angelegenheit des Jenseits sein dürfe, sondern sich vielmehr nicht zuletzt in der Befreiungsbewegung des Proletariats manifestiere.<sup>7</sup>

### Wie kam es dazu, dass das Münster benutzt werden konnte?

Die organisatorischen Auseinandersetzungen im Vorfeld des Friedenskongresses von 1912 mit der überraschenden Vorverlegung des Kongresses auf Ende November sind an dieser Stelle nicht eingehender zu behandeln.<sup>8</sup> Hier geht es vor allem um die Frage der Benutzung des Basler Münsters durch den sozialistischen Friedenskongress. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass schon anlässlich des Kongresses der Ersten Internationale 1869 in Basel ein Gesuch für die Benutzung des Münsters gestellt worden war. Dieses war damals aber abschlägig behandelt worden.<sup>9</sup>

Das Bewilligungsverfahren verlief auch 1912 nicht ganz reibungslos, aber wenigstens in einem Rekordtempo. Formal zuständig war der Hauptpfarrer am Münster, Arnold von Salis. Dieser legte die vom Organisationskomitee des Kongresses vorgebrachte Anfrage dem kantonalen Kirchenrat vor, wo den drei zustimmenden Voten der Pfarrer Gustav Benz und Ernst Staehelin sowie von Edouard Böhringer eine Mehrheit gegenüberstand, die eine Zusage eher ablehnte, das Gremium des Kirchenrats aber für unzuständig erklärte. Von Salis trat deshalb an den Kirchenvorstand der Münstergemeinde heran. Dieser befürwortete darauf einstimmig, das Münster zur Verfügung zu stellen. In der Zwischenzeit war aber die ganze Geschichte an die Öffentlichkeit gelangt, da die Synode der evangelisch-reformierten Kirche tagte und die Frage der Nutzung des Münsters dort ein Thema wurde. So verlangte G. Krebs, Mitglied der evangelisch-reformierten Synode mit dringlichem Antrag die Überlassung des Münsters, weil dieses aufgrund der Vorverlegung des Friedenskongresses der einzige verfügbare Raum in Basel für eine Kundgebung dieser Grösse und Bedeutung

<sup>6</sup> Vgl. Stefan Howald, Willy Spieler, Ruedi Brassel, *Für die Freiheit des Wortes*, Zürich 2008, S. 21.

<sup>7</sup> Vgl. Markus Mattmüller, *Leonhard Ragaz. Eine Biographie*, 2 Bd., Zürich 1957 und 1968.

<sup>8</sup> Vgl. dazu den Beitrag von Bernard Degen im diesem Band.

<sup>9</sup> Vgl. Markus Mattmüller, *Leonhard Ragaz. Eine Biographie*, Bd. 2, Zürich 1968, S. 12-13.

sei. Doch auch an der Synode wurde die eigene Zuständigkeit bestritten. Gegen solche formale Einwände wandte sich Theologieprofessor Paul Wernle. Wernle – der 1906 die Zeitschrift ‚Neue Wege‘ mitbegründet, sich aber mittlerweile vom radikaleren Kurs der Zeitschrift abgewandt hatte – unterstützte das Anliegen und meinte, „dass man in einem Ausnahmefall wie dem vorliegenden die formellen Bedenken sollte fallen lassen [sic!]. Es wäre ein schweres Manko unserer Kirche, wenn sie die Interessen des Friedens und des Evangeliums hinter formelle Bedenken stellte.“<sup>10</sup> Die Synode lehnte aber die Dringlichkeit mit 35 gegen 27 Stimmen ab, behielt sich aber vor, in einer Sondersitzung darauf zurückzukommen, falls der Vorstand der Münstergemeinde die Bewilligung nicht erteilen würde.

Diese Zustimmung erfolgte dann aber einstimmig. Am 13. November liess sich der Kirchenrat der Münstergemeinde verlauten:

„Es sei zum Zweck der Friedenskundgebung des internationalen Arbeiterkongresses in Basel die Benutzung der Münsterkirche [...] zu bewilligen, in der Voraussetzung, dass die Würde des Ortes sowohl durch die Redner als auch durch die Versammlung durchaus gewahrt werde.“<sup>11</sup>

In diesem etwas wirren Hin- und Herschieben der Zuständigkeiten mag sich eine gewisse Scheu vor dem zu treffenden Entscheid manifestieren. Hintergrund war jedoch auch, dass die Organisationsstruktur der Basler Kirche eben erst im Vorjahr neu aufgegleist worden war. Die Befugnisse in der neu weitgehend von der früheren Verquickung mit dem Staat getrennten Landeskirche waren offenbar noch nicht so fest eingeschliffen. Im Fall der Benutzung des Münsters durch die Arbeiterinternationale setzte sich schliesslich aber die Bereitschaft durch, mit dem Öffnen des Münsters auch ein Zeichen für die Öffnung der Kirche zu setzen.

Diese Öffnung wurde auch eindrücklich dadurch unterstrichen, dass an der Feier nicht nur die fünf Regierungsräte teilnahmen, sondern auch zahlreiche Mitglieder des Kirchenrates. Die ‚Basler Nachrichten‘ hielten gar fest, dass die Basler Geistlichkeit fast vollständig erschienen sei.<sup>12</sup>

### Wie wurde der Kongress in der Kirche wahrgenommen?

Im ‚Kirchenblatt für die reformierte Schweiz‘, der Stimme der freisinnigen Richtung, berichtete der Basler Pfarrer Eberhard Vischer es sei „eine imposante Kundgebung zu Gunsten des Friedens“ geworden und sie sei so verlaufen, „dass wohl kein Mitglied des Kirchenvorstandes bereut haben wird, seine Erlaubnis zur Benutzung des Münsters gegeben zu haben.“<sup>13</sup> Offenbar hatte aber das Beifallsklatschen im Münster bei einigen Missfallen erregt. Vischer bemühte sich diplomatisch, darin keine Missachtung des vom Kirchenvorstand geforderten „Würde des Ortes“ zu sehen, entspreche

<sup>10</sup> Zitiert nach *Basler Nachrichten*, 13. November 1912.

<sup>11</sup> Zitiert nach *Basler Nachrichten*, 15. November 1912.

<sup>12</sup> *Basler Nachrichten*, 25. November 1912.

<sup>13</sup> *Kirchenblatt für die reformierte Schweiz*, Nr. 48, 30. November 1912, S. 192.

das Klatschen in der Kirche doch durchaus den in anderen Ländern herrschenden Sitten.

In der gleichen Ausgabe ging auch der den Religiös-Sozialen nahestehende Theologe Rudolf Liechtenhan auf die Feier ein. Für ihn war die Bewilligung des Münsters „das Ereignis“, das von „Bedeutung für die religiöse Entwicklung“ sei. Es sei nicht richtig, wie die ‚Basler Nachrichten‘ es täten, abschätzig davon zu reden, dass gegenüber der Kirche „Komplimente“ verteilt worden seien. Liechtenhan verortete vielmehr neue Töne: „Jede Religionshetze war abgeschnitten, und manchen begann etwas zu dämmern, dass es auch noch anderes Christentum gebe als das Zerrbild, das man sich davon zurechtgemacht hatte.“<sup>14</sup>

Ähnlich positiv beurteilte auch das ‚Schweizerische Protestantenblatt‘ den als „Mene Tekel“ apostrophierten Anlass, der „an Wucht und weltgeschichtlicher Bedeutung alles“ überragt habe, was das Münster bisher erlebt habe. Und der Autor, Pfarrer Hans Baur, sprach den Wunsch aus, dass die Kirchen andernorts sich vom Geschehen in Basel anstecken lassen möchten: „Wenn sie es nur verstünden, die Kirchen draussen in der Welt, dass die Basler Kirche den rechten Weg zum Herzen eines grossen Volks gefunden hat.“<sup>15</sup>

Auch der deutsche Theologe und liberale Politiker Martin Rade empfand die Anwesenheit der Basler Geistlichkeit am Friedenskongress als „Ehrenrettung der Kirche, ob auch eine noch so bescheidene“.<sup>16</sup>

Es gab aber durchaus auch sehr kritische Stimmen. Sie machten sich tendenziell eher an Äusserlichkeiten fest. Hinter dieser Kritik versteckte sich aber oft eine grundsätzlichere Ablehnung. So kritisierte die in Genf erscheinende ‚*Semaine religieuse*‘, dass verschiedene Besucher sich angesichts der roten Fahnen im Münster nicht eines Missbehagens hätten erwehren können.<sup>17</sup>

Die in Basel vom Schweizerischen evangelisch-kirchlichen Verein herausgegebene Zeitschrift ‚Der Kirchenfreund‘ gestand zwar ein, dass die Versammlung im grossen Ganzen zwar einen „würdigen Verlauf genommen“ habe, störte sich aber nicht nur daran, dass einige in der Kirche ihren Hut nicht abgenommen hätten, sondern auch am Beifall bei „Kraftstellen“, in denen vornehmlich der Kapitalismus als Ursache des Krieges gegeisselt worden sei. „Möchten doch die“, hielt der ‚Kirchenfreund‘ dem entgegen, „welche beständig von dem Verbrechen des Kapitalismus reden, sich einmal darüber besinnen, ob es nicht das grösste Verbrechen an der

---

<sup>14</sup> Ibid., S. 194.

<sup>15</sup> Hans Baur, «Ein Mene Tekel», in: *Schweizerisches Protestantenblatt*, Nr. 48, 30. November 1912, S. 383.

<sup>16</sup> Martin Rade, «Glossen zum Balkankrieg 4», in: *Christliche Welt, Gemeindeblatt für Gebildete aller Stände*, Nr. 50, 12. Dezember 1912, Spalte 1196.

<sup>17</sup> Zitiert nach Rudolf Schwarz, «Das kirchliche Leben in der Schweiz in der 2. Hälfte des Jahres 1912», in: *Kirchenblatt für die reformierte Schweiz*, Nr. 16, 19. April 1913, S. 62.

Menschheit ist, sie einzig auf das Diesseits zu verweisen und ihr alle transzendentalen Hoffnungen zu rauben“.<sup>18</sup>

### Echo bei den Religiös-Sozialen

Auch Jean Jaurès hatte in seiner Rede explizit die Übereinstimmung von Kirche und Arbeiterbewegung hervorgehoben. „Hier in Basel haben die Christen uns ihr Münster geöffnet. Unser Ziel ist auch ihr Gedanke, ist auf ihr Wille: den Frieden zu erhalten. In dieser Kirche selbst erschien mir vorhin der Klang der Glocken wie ein Ruf zur allgemeinen Versöhnung [...]“<sup>19</sup> Genau dieser Aspekt war für die Religiös-Sozialen von zentraler Bedeutung. Für Jean Matthieu übernahm damit die Arbeiterbewegung eine „ungeheure welthistorische Verantwortung“, die er mit der „Vision einer Christenheit, die neu erwacht“ verband.<sup>20</sup>

Auch in der Wiedergabe des Eindrucks, den der Kongress bei Leonhard Ragaz hinterlassen hatte, wurde diese visionäre Dimension hervorgehoben. Allein schon die Schlusskundgebung, die im Basler Münster stattgefunden hatte, verlieh diesem Ereignis in den Augen von Ragaz eine über den Anlass eines Kongresses der Zweiten Internationale hinaus weisende zeichenhafte Bedeutung. Sie bewog Ragaz dazu, nicht nur die auch von Jaurès angeführte Analogie mit dem Basler Konzil zu suchen, sondern liess ihn gar Goethes Ausspruch an der Kanonade von Valmy zitieren: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“<sup>21</sup> Nicht Priester seien gekommen, um den Frieden zu predigen, sondern:

„Weltleute, ‚Ungläubige‘, Politiker und Arbeiter aus der Werkstätte – sie kommen den Frieden zu schaffen, den weder Kirche noch Parlament, weder Papst noch Kaiser schaffen kann oder will; inmitten einer Welt, die bereit ist, sich in Nationalhass zu zerfleischen, sind sie ein Reich von solchen, die sich als eine brüderliche Gemeinschaft sehen, ein neues Reich. [...] Das ist wirklich etwas Neues unter der Sonne.“

Ragaz ging aber darüber hinaus zu konstatieren, dass die Arbeiterbewegung zum echten und einzig glaubwürdigen Protagonisten des mit den Kirchen geteilten Friedenswunsches geworden sei. Er inszenierte in seiner Darstellung des Kongresses in den ‚Neuen Wegen‘ diesen als ein Ereignis einer umfassenden Ökumene:

„Aber Wunderbareres war noch zu sehen: unmittelbar unter der Münsterkanzel sassen, des kommenden Zuges harrend, Bebel, Adler, Jaurès, Hervé – der Sozialist, der Israelite, der ‚Atheist‘, der Anarchist. Am Eingang

<sup>18</sup> E. R., «Kirchliche Nachrichten», in: *Der Kirchenfreund. Blätter für evangelische Wahrheit und kirchliches Leben*, Nr. 25, 6. Dezember 1912, S. 399.

<sup>19</sup> Zitiert nach Bernard Degen, *Krieg dem Kriege!*, Basel 1990, S. 84.

<sup>20</sup> Jean Matthieu, «Gericht und Verheissung», in: *Neue Wege*, 12 (1912), S. 474-475.

<sup>21</sup> Dieses und die folgenden Zitate aus: Leonhard Ragaz, «Friede auf Erden. Eindrücke vom Friedenskongress der Internationale in Basel», in: *Neue Wege*, 12 (1912), S. 462-464.

des wundervollen gotischen Chors hing die rote Fahne der Internationale hernieder über den Regierungsrat und den letzten Antistes und jetzigen Kirchenratspräsidenten von Basel! Und als dann die Glocken zu läuten begannen und die herrliche Orgel von Meisterhand gespielt, ertönte, und sie nun einzogen in das uralte Gotteshaus, die roten Banner, eins nach dem andern, und sich hinten um die Mutterfahne gruppierten, als sie kamen, ein unabsehbarer Zug, die Proletarier, die ‚Gottlosen‘, und einzogen in die Kirche, diese wunderbare Kirche Christi, sie füllend bis auf den letzten Winkel und doch lange nicht von ihr gefasst, einziehend in ihr Heimathaus, sie, die lang Vermissten, die lang Verstossenen, in das Heimathaus, das zu klein geworden – da ist manchen von denen, die das sahen erschüttert worden bis ins Innerste, da ist manches Auge feucht geworden, da sind wir Alle still geworden vor einem gewaltigen Erlebnis.“

Und der Ausblick, der sich aus dieser Konstellation ergab, wurde dann gewissermaßen ins Eschatologische gewendet:

„Das äussere Geschehen verwandelt sich in ein Gleichnis: Vergangenheit und Zukunft flossen darin zusammen, die Wirklichkeit wurde zum Sinnbild. [...] Soll es bedeuten, dass so der Sozialismus einziehen wird in die Kirche, sie erfüllend, überflutend, vielleicht verdrängend? Soll es umgekehrt bedeuten, dass die Kirche den Sozialismus für sich gewinnen wird? Nein, es kann weder das Eine noch das Andere allein sein, es wird beides bedeuten: dass eine Zeit kommt – und schon da ist – wo wir uns finden, wieder finden werden, alle die jetzt Getrennten, Feindlichen, in einer neuen Kirche, in dem neuen grösseren Haus des Vaters, auf das wir hoffen.“<sup>22</sup>

In merkwürdiger Weise fast komplementär zur Wahrnehmung von Ragaz stand die Einschätzung, die der Konsul des deutschen Kaiserreichs in Basel in seinem Bericht an das Berliner Innenministerium übermittelte:

„Das Gefährliche der Abhaltung des Sozialistenkongresses im Basler Münster liegt darin, dass dadurch den sozialistischen Bemühungen so ganz unverdienterweise ein Mäntelchen christlicher Liebe umgehängt worden ist, das besonders in den Köpfen der weniger Gelehrten Verwirrung anrichten muss.“<sup>23</sup>

Aus seiner Sicht erschien der Friedenswillen der Internationale gar schlimmer als der blutigste Krieg, „weil sie zur Auflösung jeder staatlichen Ordnung und deswegen zur Anarchie“ aufriefen.<sup>24</sup>

Zu einer solchen Auflösung der Ordnung in den Staaten ist es nicht gekommen. Dafür zwei Jahre später zur Auflösung jeglicher Ordnung zwischen den europäischen Staaten durch den Ersten Weltkrieg. „Wo sind die Hoffnungen geblieben, die

---

<sup>22</sup> Ibid., S. 463.

<sup>23</sup> Zitiert nach M. Mattmüller 1968, *op. cit.*, S. 14.

<sup>24</sup> Ibid.

man auf die friedfertige Gesinnung einzelner Fürsten setzte?“, schrieb im September 1914 der oben schon zitierte Basler Pfarrer Eberhard Vischer im ‚Kirchenblatt für die reformierte Schweiz‘:

„Wo die tausendfachen Bande, die Handel und Industrie, Kunst und Wissenschaft knüpften? Wo die sozialistischen Prophezeiungen, die wir im Münster hörten, dass die geeinte Arbeiterschaft Europas im Sturme jede Regierung wegfegen würde, die es wagen sollte, einen Krieg zu entfesseln?“<sup>25</sup>

### Der Kongress fand nicht statt...

Ein kurzes Nachspiel des Friedenskongresses ist aber in diesem Zusammenhang noch zu erläutern. Im Kreise der Religiös-Sozialen gab der Basler Friedenskongress nämlich den Anlass dazu, das Projekt einer Internationalen Zusammenkunft christlicher Sozialisten wieder zu reaktivieren. Dieser Kongress sollte anknüpfen an die Tagung der *chrétiens sociaux*, die 1910 in Besançon stattgefunden hatte und an dem weitgehend nur Franzosen und Schweizer teilgenommen hatten.<sup>26</sup> Es war geplant gewesen, den zweiten Kongress schon 1912 anzusetzen, und die Teilnehmerschaft auf Deutschland, die Niederlande, England und weitere Länder auszuweiten. Thematisch war unter anderem geplant gewesen, auch das Thema „Kirche und Militarismus“ aufzugreifen. Dies wiederum brachte Differenzen mit den deutschen Evangelisch-Sozialen mit sich. So befürchtete Otto Baumgarten, der Präsident des deutschen Evangelisch-Sozialen Kongresses, durch eine Diskreditierung im nationalliberalen Umfeld: „Über den Militarismus gar noch auf internationalen Tagen zu verhandeln, ist für meine Parteifreunde eine Ungeheuerlichkeit.“<sup>27</sup> Dazu kam die unterschiedliche Beurteilung der Bedeutung der Sozialdemokratie, wie das der Basler Theologe Rudolf Liechtenhan hervorhob.<sup>28</sup> Während sich in der Schweiz in jenen Jahren bei den Religiös-Sozialen die Anbindung an den Sozialismus verstärkte, positionierten sich in Deutschland die Evangelisch-Sozialen in klarer Gegnerschaft zur Sozialdemokratie.<sup>29</sup> Man einigte sich schliesslich auf das Thema „Christentum und Weltfriede“ und lud im Mai 1914 zu einem „Internationalen Kongress für Soziales Christentum“ ein, der auf die Tage vom 27. bis zum 30. September 1914 angekündigt wurde – und ebenfalls in Basel stattfinden sollte.<sup>30</sup>

Im Augustheft der ‚Neuen Wege‘ musste Leonhard Ragaz dann aber vermelden, dass dieser Kongress nicht stattfinden konnte. „Zu spät“ sei er gekommen:

<sup>25</sup> Eberhard Vischer, «La Débauche», in: *Kirchenblatt für die reformierte Schweiz*, Nr. 37, 12. September 1914, S. 149.

<sup>26</sup> Vgl. Markus Mattmüller 1968, *op. cit.*, S. 17-19.

<sup>27</sup> Brief von Baumgarten an Ragaz, 16. Juli 1912, zitiert nach M. Mattmüller 1968, *op. cit.*, S. 20.

<sup>28</sup> Mitteilung in: *Neue Wege* 2 (1912), S. 79.

<sup>29</sup> Ähnliches gilt für die Kreise um Friedrich Naumann schon seit dessen Anfängen bei den National-Sozialen wie auch später in der Fortschrittlichen Volkspartei.

<sup>30</sup> «Internationaler Kongress für Soziales Christentums», Mitteilung vom Organisations-Komitees, in: *Neue Wege* 5 (1914), S. 216.

„Es war so ungeheuer schwer, die Christen zu einer solchen Tagung zusammenzubringen, die nach allen Seiten auseinanderstrebenden! Wie viel Mühe kostete es z.B., das Friedensthema zu einem Haupttraktandum zu machen! Fast wäre der Kongress darob in die Brüche gegangen. Nun hat ihn die Geschichte zuschanden gemacht.“<sup>31</sup>

Auch die Hoffnungen, dass sich die Kirche und der Sozialismus finden würden, und gemeinsam für einen Frieden eintreten würden, haben sich nicht erfüllt.

„Unsere schweizerische Sozialdemokratie hat ihre eigene Verbundenheit mit unserm schweizerischen Heimatland und Staatswesen genau so kräftig empfunden und erkannt wie die Sozialdemokratie der kriegführenden Länder“ hielt der bereits zitierte Kirchenhistoriker Paul Wernle nach dem Kriegsausbruch fest. Wernle ging sogar noch weiter und behauptete, „der prinzipielle Antimilitarismus auch unserer Sozialdemokratie [sei] ein für allemal durchbrochen“ und der „Internationalismus in seinen Fundamenten erschüttert“.<sup>32</sup>

Diese Aussage wurde hingegen durch die Radikalisierung der Arbeiterbewegung sowie auch des religiösen Sozialismus während des Krieges und in der Nachkriegszeit ebenfalls widerlegt. Dass der Antimilitarismus in der Arbeiterbewegung wieder an Einfluss gewann, lag nicht zuletzt am Einfluss der Religiös-Sozialen. Die Tatsache, dass 1912 der Sozialistenkongress im Münster stattfinden konnte, hat sicher dazu beigetragen, dass in der Arbeiterbewegung in der Schweiz die Tendenzen eines radikalen Laizismus oder gar einer schroffen Abgrenzung gegenüber der Kirche politisch kaum Bedeutung erlangten.

Der Friedenskongress hat der Friedensfrage in der religiös-sozialen Bewegung eine stärkere Bedeutung verliehen, nicht zuletzt in der jüngeren Generation der Pfarrerschaft, die zeitweise stark unter dem Einfluss des religiösen Sozialismus stand.<sup>33</sup> Nicht alle sind bei diesen Positionen geblieben. Aber bis weit in die Zwischenkriegszeit hinein hat der Antimilitarismus unter den Protestanten in der Schweiz eine grosse Resonanz gefunden.

---

<sup>31</sup> Mitteilung zum «Internationalen Kongress für Soziales Christentum», in: *Neue Wege* 8 (1914), S. 343-344.

<sup>32</sup> Paul Wernle, *Antimilitarismus und Evangelium*, Basel 1915, S. 28-29.

<sup>33</sup> Vgl. Peter Aerne, *Religiöse Sozialisten, Jungreformierte und Feldprediger. Konfrontationen im Schweizer Protestantismus 1920-1950*, Zürich 2006.

# Weibliche Delegierte auf dem Friedenskongress und die „friedfertigen Frauen“

Regina Wecker

## Frauen und Mütter gegen den Krieg

Seit Berta von Suttner in ihrem 1889 veröffentlichten Roman ‚Die Waffen nieder‘<sup>1</sup> den Schrecken des Krieges aus der Sicht einer Ehefrau beschrieben und damit zu heftigen Diskussionen angeregt hatte, waren Frauen – trotz fehlender politischer Rechte – Teil der sich formierenden internationalen Friedensbewegung. Aber noch am Luzerner Weltfriedenskongress 1905 – also im gleichen Jahr als von Suttner als erste Frau den Friedensnobelpreis erhielt – hiess es im ‚Luzerner Vaterland‘: „Übrigens kommt die Frau in den Versammlungen, [...] nicht allzu oft zu Wort. Je mehr man die Sache mit dem Verstand und nicht mit der Impulsivität des Herzens behandelt, desto mehr fällt das massgebende Wort dem Manne zu.“<sup>2</sup>

Auch am Basler Kongress 1912 waren die Männer unter den 550 Teilnehmenden bei weitem in der Mehrheit, in der Liste der Delegierten sind 18 Frauen aufgeführt, die als Abgeordnete ihrer Länder teilnahmen. Allerdings ist nicht auszuschliessen, dass noch mehr Frauen am Basler Kongress mitwirkten, da nicht bei allen Delegierten der Vorname aufgeführt wurde.<sup>3</sup> Die Tatsache, dass sehr viele Frauen als Demonstrantinnen und Zuschauerinnen präsent waren, findet lobende Erwähnung in der Berichterstattung. Die Rede von Clara Zetkin, die im Namen der Frauen-Internationale sprach, erregte Aufmerksamkeit und sie wurde mit lebhaftem Beifall empfangen, wie es im Protokoll hiess. Bereits im Vorfeld hatte Clara Zetkin sich in ihrem Aufruf an die Frauen gewandt: „Bei dieser wichtigen Willenskundgebung des Weltproletariats dürfen die sozialistischen Frauen so wenig fehlen, wie im heiligen Krieg gegen den Krieg.“<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Bertha von Suttner, *Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte*, Dresden/ Leipzig 1889.

<sup>2</sup> Zitiert nach Markus Furrer, Der internationale Weltfriedenskongress in Luzern 1905, in: Walter Troxler, Markus Furrer, Daniela Walker (Hg.), *Jan Bloch und das internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern*, Wien 2010, S. 157.

<sup>3</sup> *Ausserordentlicher internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912*, Berlin 1912.

<sup>4</sup> Clara Zetkin, Aufruf zum Internationalen Sozialistenkongress zu Basel, in: Clara Zetkin, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1, Berlin 1957, S. 563.

Die Vertreterinnen der wichtigsten Frauen der Zweiten Internationale kamen<sup>5</sup>: Dora Montefiore, Kämpferin für das Frauenwahlrecht in Australien und später in England, Alexandra Kollontai aus Russland, die in Zürich Ökonomie und Statistik studiert hatte und viele Jahre wegen ihrer Mitgliedschaft der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Exil verbrachte, Angelica Balabanowa, die lange Jahre in Italien gewirkt hatte, aber sich auch in der Schweiz und später noch nach dem Ausbruch des Krieges für einen Generalstreik zur Beendigung des Krieges einsetzte, die Österreicherin Adelheid Popp, deren Buch ‚Jugend einer Arbeiterin‘, das die sozialen Missstände anprangerte, grossen Erfolg hatte; als Delegierte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahm Luise Zietz teil, die als erste Frau in den Vorstand der Partei gewählt worden war; Otilie Baader, neben Clara Zetkin eine der bedeutendsten Kämpferinnen für das Frauenwahlrecht in Deutschland und regelmässige Autorin für die sozialistische Frauenzeitschrift ‚Die Gleichheit‘, und nicht zu vergessen Clara Zetkin, die die Jahre des Sozialistengesetzes in Deutschland im Zürcher und Pariser Exil verbrachte, 1890 nach Deutschland zurückkehrte und sowohl in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als auch in der internationalen proletarischen Frauenbewegung eine wesentliche Rolle spielte.

In ihrer Rede am zweiten Kongresstag sagte Zetkin an die mehrheitlich männlichen Teilnehmer gerichtet:

„Wenn wir aber jemals besonders freudig mit Euch zusammengewirkt haben, so in diesem Augenblick, wo ihr das Weltproletariat zum heiligen Kreuzzug gegen den Krieg führen wollt. Wir sind dabei mit euch mit allem, was wir sind, mit allem, was wir fühlen. Gerade weil wir Frauen, weil wir Mütter sind! Wie immer sich die sozialen Verhältnisse im Laufe der Zeiten gewandelt haben, ist durch die Jahrhunderttausende mit unserem Geschlecht die Aufgabe gegangen, neues menschliches Leben zu tragen, zu hegen und zu pflegen. Diese Aufgabe ist unsere Bürde gewesen und unsere Glückseligkeit auch. Alles, was in uns lebt als persönlicher Ausdruck allgemeiner Menschheitsentwicklung, allgemeiner Kulturideale, empört sich, wendet sich schauernd ab von dem Gedanken an die drohende Massenzerstörung, Massenvernichtung menschlicher Leben im modernen Kriege. Haben nicht alle diese Leben einst unter dem Herzen einer Mutter gelegen, sind sie nicht von einer Mutter in Freud und Leid betreut worden?“

Sie rief die Frauen auf, ihre Kinder mit „dem tiefsten Abscheu gegen die Krieg“ zu erfüllen.<sup>6</sup> Zetkin, Mutter von zwei Söhnen, hatte die Rolle der Frauen in den Vor-

---

<sup>5</sup> Vgl. Sandrine Mayoraz, Frauen am Kongress und die Frauenversammlung im Bernoullianum, in: Bernard Degen, Heiko Haumann, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe, Frithjof Benjamin Schenk (Hg.), *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Basel 2012, S. 56-68.

<sup>6</sup> Effie Bölke, *Clara Zetkin und die internationale Solidarität*, Studie im Auftrag der Rosa Luxemburg-Stiftung, 2009, S. 11, siehe: <http://ifg.rosalux.de/files/2010/04/Clara-Zetkin-und-die-internationale-Solidarität.pdf> [20.02.2014].

dergrund gestellt als die Leben Gebende und als Erzieherin. Mit dieser für uns oft so ambivalenten Betonung der Rolle der Frauen als Mütter, wird sich dieser Text auseinandersetzen.

Um der Bedeutung der Frauen besonderen Nachdruck zu verleihen und sie speziell anzusprechen, war nach dem Ende des Kongresses von dem Schweizerischen und dem Basler Arbeiterinnenverein noch zu einer öffentlichen Frauenversammlung in den grossen Hörsaal des Bernoullianums eingeladen worden. Die Einladung hatte grosse Resonanz unter den Frauen sowie in der Presse gefunden: „10 Minuten nach 8 war der letzte Platz besetzt und als die Versammlung pünktlich um halb 9 von der Präsidentin der schweizerischen Arbeitervereine, Frau Schmid, eröffnet wurde, sassen viele auf den Treppen oder standen an den Wänden.“<sup>7</sup>

### Käthe Kollwitz' weiblicher Pazifismus

Alle Bemühungen hatten – wie wir wissen – den Krieg nicht verhindern können. Nach dem Krieg wurden der Verlust an Soldaten und das bisher nicht gekannte Elend und die Opfer der Zivilbevölkerung beklagt. Als Identifikationsfigur für weiblichen Pazifismus und die Trauer der Mütter gilt noch heute die deutsche Malerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz (1867-1945). Das zivile Elend hatte sie schon lange vor dem Krieg in ihren Bildern, die oft Mütter und Kinder abbilden, dargestellt. Kollwitz, nicht nur als Sozialistin, sondern auch als Pazifistin apostrophiert, ist aber – wie insbesondere Regina Schulte<sup>8</sup> und Victoria Schmidt-Linsenhoff<sup>9</sup> gezeigt haben – ein Beispiel für die Widersprüche und die Problematik des weiblichen Pazifismus. Käthe Kollwitz hatte ihren Sohn Peter, der noch nicht volljährig war, und so das Einverständnis des Vater brauchte, gegen den Willen ihres Mannes darin unterstützt, sich freiwillig zum Kriegsdienst zu melden.<sup>10</sup> Obwohl Kollwitz immer wieder Zweifel am Sinn des Krieges verspürte und sich abgestossen fühlte, von der „Jubelstimmung“, die ihr „blödsinnig“ und „hirnverbrannt“<sup>11</sup> vorkam, wollte sie das Opfer der Söhne akzeptieren.

Dabei war dieses Opfer, wie Schulte es formuliert, nicht nur das Opfer der Söhne, es wurde auch vom Kollwitz zum Opfer der Mutter, die den Sohn ‚hingibt‘, stilisiert.<sup>12</sup>

Es ist diese Opfermetapher, die erstaunt, ja erschreckt. Durch den Sohn hat Kollwitz Teil am Opfer, Teil am Opfertod: Peter Kollwitz starb bereits am 22. Oktober 1914 in Flandern. Die Frage, wofür dieses Opfer des Sohnes erbracht werden

<sup>7</sup> B. Degen u.a. (Hg.), *op. cit.*, Quelle 11, S. 212.

<sup>8</sup> Regina Schulte, Käthe Kollwitz' Opfer, in: dies., *Die verkehrte Welt des Krieges. Studien zu Geschlecht, Religion und Tod*, Frankfurt a. M. 1998, S. 117-151.

<sup>9</sup> Victoria Schmidt-Linsenhoff, Käthe Kollwitz. Weibliche Aggression und Pazifismus, in: Hans-Joachim Althaus u.a. (Hg.), *Der Krieg in den Köpfen*, Tübingen 1988, S. 193-203.

<sup>10</sup> Käthe Kollwitz, *Die Tagebücher*, hg. von Jutta Bohnke-Kollwitz, Berlin 1981.

<sup>11</sup> *Ibid.*, S. 159.

<sup>12</sup> R. Schulte, *op. cit.*, S. 118.

musste, bleibt im Tagebuch 1914 erstaunlich vage, ja eigentlich unausgesprochen. Sie kann nur durch die historische Kontextualisierung erschlossen werden. Kriegseuphorie<sup>13</sup>, die 1914 die Bevölkerung der kriegführenden Länder, insbesondere die städtischen Eliten, erfasste, ist in ihren Tagebuchaufzeichnungen nicht spürbar, wohl aber das Gefühl, dass sich endlich etwas bewegt, dass die Lethargie der Kriegsbedrohung, die sie auch in ihrem künstlerischen Schaffen behinderte, endlich weichen würde. An dieser Aufbruchsstimmung, diesem „Augusterlebnis“, wie es bezeichnet wird,<sup>14</sup> hatte Käthe Kollwitz offensichtlich teil. Wie Jutta Bohnke-Kollwitz in der Einleitung zu den Tagbüchern schreibt, sahen sich Karl und Käthe Kollwitz in erster Linie „als Deutsche, die ihr Vaterland angegriffen und gefährdet sahen. Wie die Mehrzahl der deutschen Sozialdemokraten waren sie für die Bewilligung der Kriegskredite und Burgfrieden...“<sup>15</sup> Karl Kollwitz stand allerdings der „Opferbereitschaft“ der Söhne kritischer gegenüber als seine Frau. Die Mutter aber – so will es mir scheinen – konnte nur durch den Sohn „teilhaben“. Aber woran eigentlich? An dem Gemeinschaftsgefühl, das die Kriegsbedrohung ausgelöst hatte? Sie konnte nur durch die Söhne ihre Hingabe unter Beweis stellen. Aber warum und wozu diese Hingabe – trotz „verzweifelten Aufwachens“<sup>16</sup>, das sie auch verspürte? Gemäss der bürgerlichen Ideologie des beginnenden 20. Jahrhunderts sollten sich Frauen auf ihre Rolle als Hausfrauen und Mütter beschränken. Der Nation, dem Vaterland dienten sie also durch Gebären und Aufziehen von Kindern. In ihrer eigenen Tätigkeit und den Möglichkeiten des „Dienstes am Vaterland“ beschnitten – der weibliche Hilfsdienst wurde erst langsam aufgebaut – mögen sie Söhne stellvertretend zum Dienst motiviert oder zumindest nicht davon abgehalten haben. Über sie konnten sie wahrnehmen, was sie als nationale Verpflichtung erachteten.

Selbst nach dem Tod des jüngeren Sohnes, der schon zu Kriegsbeginn in Flandern umkam, sah Käthe Kollwitz in der Bemühung ihres Mannes, den älteren Sohn Hans aus dem Kriegsgeschehen herauszuhalten, eine „Beschneidung“ der Freiheit des Sohnes. Auch wenn sie darin die „Achtung“ vor dem Leben des Sohnes erkannte<sup>17</sup>, verstand sie dessen Trauer darüber ‚nur‘ Sanitätsdienst leisten zu dürfen.

Liess die Nachricht des Todes von Peter die Tagebuchaufzeichnungen für mindestens einen Monat verstummen, so waren anschliessend die Pläne mit einem Denkmal, des „Opfertodes der jungen Kriegsfreiwilligen“ zu gedenken, Gegenstand vieler Tagebucheintragungen. Es sollte den toten Soldaten in der Gestalt des Sohnes

---

<sup>13</sup> Helmut Konrad erklärt die Kriegseuphorie der Jugend damit, dass sie keine Erinnerung an einen Krieg hatten: „So war die Erwartung an das ‚Abenteuer Krieg‘ oftmals jene eines Initiationsrituals in die Männlichkeit, ein kurzer, spannender Einsatz, der spätestens zum Beginn der Erntezeit vorbei sein sollte.“ In: Grundlagenpapier österreichischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Anlass des Gedenkens des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, S. 22, siehe: <[http://www.bmukk.gv.at/medienpool/25339/grundlagenpapier\\_1914\\_\\_2014.pdf](http://www.bmukk.gv.at/medienpool/25339/grundlagenpapier_1914__2014.pdf)> [11.06.2014].

<sup>14</sup> Christian Geinitz, *Kriegsfurcht und Kampfbereitschaft. Das Augusterlebnis in Freiburg*, Fulda 1998.

<sup>15</sup> K. Kollwitz, *op. cit.*, S. 13.

<sup>16</sup> *Ibid.*, S. 152.

<sup>17</sup> *Ibid.*, S. 176.

und den Vater am Kopfe und die Mutter zu Füßen darstellen. Als Ort stellte sie sich die Höhen von Schilthorn über der Havel vor.<sup>18</sup> Als das Werk 1937, nach unendlichen Metamorphosen schliesslich vollendet und auf dem Soldatenfriedhof in Roggenfelde in Flandern aufgestellt wurde, zeigte es nicht den toten Sohn, sondern die trauernden Eltern. Seit 1918 wurden die Zweifel am Sinn des Krieges auch in Käthe Kollwitz' Gefühlen und Träumen dominant. Sie nahm in einem offenen Brief Stellung gegen den Aufruf Richard Dehmels zum letzten Aufgebot von Kriegsfreiwilligen mit dem Goethe Zitat aus Wilhelm Meisters Lehrjahre: „Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden.“<sup>19</sup> In ihrer Darstellung sollte sie dieses Motiv, in dem sich die Mutter schützend über die lebenden Söhne beugt, mehrmals aufnehmen. Mit dem Ende des Krieges – so Regina Schulte – „ist der Gehalt der künstlerischen Inszenierung des Opfers in Frage gestellt, in welcher sie, Käthe Kollwitz, sich verwirklichen wollte“.<sup>20</sup> So zeigt das Denkmal in Roggenfelde nur die trauernden Eltern: den Vater mit Blick in die Weite, die Mutter aber verharrt in ihrer demütigen Opfer-Haltung. (Abb. 1) Diese Haltung gab Kollwitz in ihrem künstlerischen Werk erst 1941, nach dem Tod ihres Enkels Peter an der Ostfront, in einer neuen Darstellung des Motivs der „Saatfrüchte“ auf: „Ich zeichnete also noch einmal dasselbe: Jungen, richtige Berliner Jungen, die wie junge Pferde gierig nach draussen wittern, werden von einer Frau zurückgehalten.“<sup>21</sup> (Abb. 2). Sie stellte sich der Verpflichtung, die Jungen zurückzuhalten. Die Frage der eigenen Verantwortung und auch Schuld wurde von Kollwitz allerdings bereits (oder erst?) 1916 angesprochen:

„Der schreckliche Unsinn, dass die europäische Jugend gegeneinander rast. [...] Peter, Erich, Richard, alle stellten ihr Leben unter die Idee der Vaterlandsliebe. Das selbe taten die englischen, die russischen, die französischen Jünglinge. [...] Ist also die Jugend in all diesen Ländern betrogen worden? Hat man ihre Fähigkeit zur Hingabe benutzt, um den Krieg zustande zu bringen? Wo sind die Schuldigen? Gibt es die? Sind alles Betrogene? Ist es ein Massenwahnsinn gewesen? Und wann und wie wird das Aufwachen sein? Nie wird mir das alles klar werden. Wahr ist nur, dass die Jungen, unser Peter, vor zwei Jahren mit Frömmigkeit in den Krieg gingen, und dass sie es wahr machten, für Deutschland sterben zu wollen. Sie starben – fast alle. Starben in Deutschland und bei Deutschlands Feinden, Millionen.“<sup>22</sup>

Die Solidarität mit dem toten Sohn verhinderte auch noch 1916, die Sinnlosigkeit seines Opfers und ihre Mitschuld auszusprechen. Sie verharrte in der Opferrolle.<sup>23</sup>

---

<sup>18</sup> Ibid., S. 177.

<sup>19</sup> Ibid., S. 704-705.

<sup>20</sup> R. Schulte, *op. cit.*, S. 145.

<sup>21</sup> K. Kollwitz, *op. cit.*, S. 705.

<sup>22</sup> Ibid., S. 279.

<sup>23</sup> Zum Opfermythos vgl. Gudrun Kohn-Waechter (Hg.), *Schrift der Flammen. Opfermythos und Weiblichkeitsentwürfe im 20. Jahrhundert*, Berlin 1991.

## Die friedfertige Frau

Der Topos der Mutter als Leidtragende und als unschuldiges Opfer des Kriegswahns steht in enger Verbindung zu einem weiteren Topos: dem der „friedfertigen Frau“. In der Einleitung zu ihrem Buch mit diesem Titel hat Margarete Mitscherlich das provozierend so formuliert: „In allen uns bekannten Zeiten sind Kriege von Männern geführt worden. Männer haben Kriege vorbereitet, angezettelt und ausgeführt, haben gegnerische Heere vernichtet [...] Männer haben Kriegsgeräte erfunden und hergestellt [...]“<sup>24</sup> Frauen hatten an diesen Kriegen und ihren Grausamkeiten allenfalls „dienend“, nur selten aber aktiv teil.<sup>25</sup> Ist es vorstellbar – so fragt Mitscherlich –

„dass ein Teil der Gattung Mensch, der Mann, in sich einer Zerstörungsneigung unterworfen ist, die erst mit der Selbstvernichtung zur Ruhe kommt und der andere Teil der Gattung, die Frau, einer solchen Neigung weniger ausgeliefert ist und dazu verurteilt scheint, den Zerstörungswillen des anderen mehr oder weniger widerstandslos, als Dienerin, als Opfer oder als erzwungene Komplizin, über sich ergehen zu lassen? Ist es überhaupt vorstellbar, dass nur ein Teil der Menschheit Zerstörungsneigungen besitzt, der andere nicht? Müssen nicht beide ähnliche Neigungen haben?“<sup>26</sup>

Und wie, wenn das so ist, gehen Frauen mit diesen Neigungen um und welche Funktion hat der Topos von der „friedfertigen Frau“?

Zunächst war dieser Topos in zwei Richtungen „tätig“: Er wurde eingesetzt, um Frauen von politischer Tätigkeit und politischen Entscheidungen auszuschließen und er war ein Instrument, um Frauen, die sich nicht „friedfertig“ verhielten als unweiblich zu charakterisieren.

Die Vorstellung vom friedfertigen Charakter der Frau führte dazu, dass Frauen, die sich nicht in diesem Sinne konform verhielten, und damit aus der Sicht der Gesellschaft „gegen die Natur“ verstießen, nicht nur als unweiblich, sondern als krank und pervers bezeichnet werden konnten, zumindest aber als „lächerlich“.<sup>27</sup> Raufereien – unter Männern bis zu einem gewissen Grade noch geduldet – waren für Frauen allenfalls ein deutliches Zeichen einer niederen Herkunft. Da die männliche Natur aber Kampfbereitschaft beinhaltete, lies man ihnen, seit der Staat das Gewaltmonopol übernommen hatte, wenigstens die Ventile der Kampfsportarten wie Fechten und das ritualisierte Duell. Letzteres wurde dann zwar auch unter Strafe gestellt, galt aber nicht als ehrenrührig.<sup>28</sup> Frauen jedoch werteten sich durch jede Art der Ge-

---

<sup>24</sup> Margarete Mitscherlich, *Die friedfertige Frau. Eine psychoanalytische Untersuchung zur Aggression der Geschlechter*, Frankfurt a. M. 1985, S. VII.

<sup>25</sup> Ibid.

<sup>26</sup> Ibid., S. VIII-IX.

<sup>27</sup> Ibid., S. 20.

<sup>28</sup> Ute Frevert, *„Ehrenmänner“. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft*, München 1991.

walttätigkeit ab. Schon die „Gewalt“ der Rednerin auf dem Podest galt als anstößig, sie entwürdigte die Frau. (Abb. 3)

Mitscherlich untersucht das unterschiedliche Aggressionsverhalten der Geschlechter auf den verschiedenen Ebenen und bezeichnet die Vorstellung, die Frau sei von Natur aus friedfertig der Mann hingegen gewalttätig, als Mythos. Die „Friedfertigkeit“ der Frau sei anerzogen, und zwar zielgerichtet und mit Bedacht, denn sie hindere die Frau daran, gegen die vermeintlich naturgegebene männliche Herrschaft und Unterdrückung zu rebellieren. Zudem entband sie die Gesellschaft davon, sich mit den Forderungen von Frauen auseinanderzusetzen. Das Buch erschien 1985, als das Entsetzen über weibliche Gewalt in Deutschland noch sehr präsent war: Die Beteiligung von Frauen in der RAF, in der Baader-Meinhof Gruppe, hatte höchste Aufmerksamkeit hervorgerufen. Und sehr schnell und deutlich wurde die Gewalttätigkeit dieser Frauen pathologisiert und auch als sexuelle Perversion dargestellt, eben weil sie dem Geschlechtscharakter der „friedfertigen Frau“ widersprachen.<sup>29</sup>

Mitscherlichs Interpretationen fanden weite Anerkennung. Kritisiert wurde allerdings, dass sie die weibliche Mittäterschaft ausblende. Ein weiterer Kritikpunkt war, dass Mitscherlich Antisemitismus von Frauen als „Folge ihrer Identifikation mit männlichen Vorurteilen“ darstellte, sie hätten zudem Angst vor Liebesverlust, handelten aber nicht aus eigenem Antrieb. Damit wird eine Mittäterschaft negiert.<sup>30</sup>

## Mittäterschaft

Der Begriff „Mittäterschaft“ wurde Anfang der 1980er Jahre Teil der feministischen Theoriedebatte, insbesondere durch die Arbeiten von Christina Thürmer-Rohr.<sup>31</sup> Er bezeichnet die Mitbeteiligung von Frauen an der institutionalisierten Herrschaft der Männer oder des Patriarchats mit seiner „historisch verankerten und technologisch hoch entwickelten Zerstörungskraft“.<sup>32</sup> Mittäterschaft geht von der These aus, dass Frauen nicht nur Opfer, sondern auch Mittäterinnen sind, sich an Gewalttaten beteiligen, sich zu Werkzeugen machen lassen, und so das patriarchalische System stützen, ja unentbehrliche Bestandteile des Systems werden.

In der Folge wurde der Täterschaft von Frauen – trotz oder gerade wegen des Ausnahmecharakters – grosse Aufmerksamkeit geschenkt, und Forschungen versu-

---

<sup>29</sup> Patriarchalische Erklärungen, in: Susanne von Paczensky (Hg.), *Frauen und Terror*, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 7-8.

<sup>30</sup> Ljiljana Radonic, *Deutscher Feminismus und Antisemitismus*, <<http://www.xs43.net/bagrupowi/texte/dt.fem.as.html>> [10.11.2013].

<sup>31</sup> Christina Thürmer-Rohr, *Vagabundinnen. Feministische Essays*, Berlin 1987; Christina Thürmer-Rohr, Mittäterschaft der Frau – Analyse zwischen Mitgefühl und Kälte, in: Studienschwerpunkt Frauenforschung der TU Berlin (Hg.), *Mittäterschaft und Entdeckungslust*, S. 87-115.

<sup>32</sup> Christina Thürmer-Rohr, Mittäterschaft von Frauen, in: *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*, Berlin 2010.

chen zu erklären, warum die Beteiligung von Frauen so massive Verunsicherungen hervorriefen.<sup>33</sup>

Das zusätzliche Entsetzen ist geblieben, wenn zum Beispiel an Nazi-Verbrechen Frauen beteiligt waren, ebenso geblieben, wie über die Beteiligung von Frauen an Terroranschlägen. Dass Frauen vermehrt an Delikten beteiligt sind, sei es an Gewaltverbrechen oder „nur“ an Einbrüchen oder auch „männliches Verhalten“ in der Politik (unterbrechen, laut werden, aggressiv reagieren), gilt weiterhin als Ausdruck von „unweiblichem“ Verhalten oder aber zumindest als „Preis der Emanzipation“. Für die Schweiz hat Dominique Grisard in ihrer Untersuchung der Geschlechtergeschichte des Linksterrorismus festgehalten, dass das Phänomen der Beteiligung von Frauen an Terroranschlägen nicht nur mit der Emanzipation allgemein, sondern insbesondere mit der „pervertierten Emanzipation“ ausländischer Frauen in Verbindung gebracht wird.<sup>34</sup> Damit wird ein alter Topos des „Verderbens, das von aussen kommt“ hier wieder aufgenommen, das für die Verhinderung der politischen Gleichberechtigung von Frauen in der Schweiz immer wieder erhalten musste.

Sind es diese diskriminierenden Interpretationen, die Beleidigungen und Anwürfe, die sie enthalten, die dazu führen, dass Frauen nur zögerlich die wichtige Auseinandersetzung mit der Mittäterschaft von Frauen führen, obwohl diese Mittäterschaft sich ja keineswegs auf die Unterstützung von kriegerischen Auseinandersetzungen oder von Mordaktionen beschränkt sondern viel weiter zu fassen ist? Sie schliesst die Bereitschaft ein, die alltägliche (männliche) Macht zu stützen, manifestiert sich auch in den banalen Arbeitszusammenhängen, etwa bei der Unterstützung von Männern in Führungspositionen oder der Tatsache, dass Frauen männliche Chefs vorziehen oder Männern mehr politische Kompetenz zuschreiben und sie in Wahlen bevorzugen.

### „Kämpferische“ und „friedfertige“ Frauen am Friedenskongress

Die Frauenversammlung von 1912 wurde in der Basler Presse positiv aufgenommen, auch die Beteiligung an den Demonstrationen. Dennoch waren selbst in diesem Kontext Anklänge an die Vorstellung vorhanden, wie sich eine Frau „eigentlich“ verhalten sollte. So heisst es in den ‚Basler Nachrichten‘ vom 27. November: „Als erste Rednerin sprach Clara Zetkin und man kann schon begreifen, dass sie den Namen ‚blutige Klara‘ bekommen hat, denn ihre Rede wäre wohl imstande zur Revolution zu rufen.“<sup>35</sup> Der Inhalt der Rede – Zetkin sprach von der „Lebensnot“ der Frauen und von der Folgerichtigkeit sozialdemokratischer Politik, die für Frauen gleichzeitig Schutz und Rechte fordere, insbesondere das Wahlrecht und ein harmonisches Ne-

<sup>33</sup> Regina Wecker, *Geschlecht und nationale Identität: Darstellungen und Berichte über Deutschland (1945-1947)*, in: Georg Kreis, Regina Wecker (Hg.), *Deutsche und Deutschland aus Schweizer Perspektiven*, Basel 2007.

<sup>34</sup> Dominique Grisard, *Gendering Terror. Eine Geschlechtergeschichte des Linksterrorismus in der Schweiz*. Frankfurt a. M. 2011.

<sup>35</sup> B. Degen u.a. (Hg.), *op. cit.*, Quelle 11, S. 212.

beneinander von Mann und Frau ermöglichen würde – war wohl kaum der Grund, sie der Revolution zu verdächtigen. Es war ihr Auftreten. Das kommt im Gegensatz zur Darstellung der Rede von Luise Zietz zum Ausdruck, über die es in der gleichen Zeitung heisst: „einen starken Gegensatz zu dieser feurigen Rednerin bildete Luise Zietz, die als zweite, sehr ruhig, fast leise aber sehr eindrücklich sprach“. Auch die Beschreibung von Kollontai ist in diesem Zusammenhang interessant: „Ein schlankes junges Ding mit Fanatikeraugen im schwarzen sackartigen Kleid stand sie da und redete von Russland [...]“ Politisches Engagement von Frauen geriet sofort unter Fanatismusverdacht.<sup>36</sup>

Das konnte auch Zetkins Betonung der Mutter als Symbol des Friedens und der Appell an die Mütter, sich für ihre Söhne und gegen den Krieg einzusetzen nicht ändern. Allerdings beliess es Clara Zetkin in ihrer Rede nicht bei einer Betonung der Mutterrolle. Vor allem reduzierte sie die Frauen nicht auf diese Rolle und auch nicht auf die Rolle der Pazifistin, sie sprach von ihrer politischen Motivation. Der Kampf der Frauen dürfe nie der Kampf gegen die proletarischen Brüder sein, sondern nur der Kampf gegen den Kapitalismus, der Kampf für die Sache der Freiheit. Die kapitalistischen Nationalstaaten könnten nicht das Vaterland der Frauen sein, das müsse die sozialistische Gesellschaft sein. Es sei die Frau, die als Mutter alle Kräfte gegen den modernen Krieg mobilisieren müsse:

„Wenn wir Frauen und Mütter uns gegen den Massenmord erheben, so geschieht das nicht, weil wir in Selbstsucht und Kleinmut unfähig wären, um grosser Ziele und Ideale willen Opfer zu bringen. Wir sind durch die harte Schule des Lebens in der kapitalistischen Ordnung gegangen, und wir sind in ihr zu Kämpferinnen geworden [...] Unsere brennende Sorge soll eine geistige Entwicklung des heranwachsenden Geschlechts sein, die unsere Söhne davor bewahrt zum Brudermord für kapitalistische und dynastische Interessen, für die kulturwidrigen Zwecke des Profits der Herrschsucht, des Ehrgeizes einer Minderheit gezwungen zu werden, die sie aber gleichzeitig stark und reif macht, in freiem, zielbewussten Wollen ihre ganze Existenz im Freiheitskampf einzusetzen.“<sup>37</sup>

Aber es ist nicht nur diese Definition der Mutterrolle, die einer engen Definition der „friedfertigen Frau“ entgegensteht, die beeindruckt. Es ist auch Zetkins visionäre Kraft, die die Folgen des Krieges nicht nur als physische Vernichtung fasste. Der Erste Weltkrieg sollte durch den erstmaligen Einsatz neuer Technologien in einem bisher nicht gekannten und wohl auch für damalige Menschen unvorstellbarem Ausmass, Leid, physische Verstümmelung aber auch seelische Traumatisierung der Zivil- und Militärbevölkerung verursachen. Nicht einmal zwei Jahre später sollten ihre Landsleute mit dem Plakat „zum Preisschiessen nach Paris“ oder „zu Weihnachten wieder zu Hause“ in den Krieg ziehen, ohne dass ihre Genossen mit dem vom Zetkin geforderten Kampfmittel der Verweigerung und des Generalstreiks reagierte. Die

---

<sup>36</sup> Ibid., S. 215-216.

<sup>37</sup> Ibid., Quelle 7, S. 201.

visionäre Kraft, mit der Clara Zetkin die Grauen des Krieges antizipierte, und zum Kampf gegen den Krieg aufrief, ist bemerkenswert:

„Wir denken nicht bloss an die zerschmetterten, zerfetzten Leiber unserer Angehörigen, wir denken nicht weniger an den Massenmord der Seelen, der eine unausbleibliche Folge des Krieges ist. Er bedroht, was wir als Mütter in die Seele unserer Kinder gesät, was wir ihnen übergeben haben als das kostbarste Erbe der Kultur, der Menschheitsentwicklung. Es ist das Bewusstsein der internationalen Solidarität, der Völkerverbrüderung. Dieses Ideal wird im Kriege verhöhnt und beschmutzt, ja ertötet. Dagegen kämpfen wir an, kämpfen wir mit der Kraft einer felsenfest gegründeten Überzeugung.“<sup>38</sup>

## Abbildungen



Abb. 1: Käthe Kollwitz: Trauerndes Elternpaar auf dem Deutschen Soldatenfriedhof in Vladslo, Belgien (1932). © 2015, ProLitteris, Zürich

---

<sup>38</sup> Ibid., S. 201.



Abb. 2: Käthe Kollwitz: „Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden“ (1941). © 2015, ProLitteris, Zürich



Abb. 3: Plakat gegen das Frauenstimmrecht 1919/20 in Basel.

## Zwischen Frieden und Zionismus? Jüdische Delegierte am Basler Kongress 1912

Erik Petry

Ein erster Blick auf den Titel des Artikels lässt diesen logisch, fast zwingend erscheinen: Selbstverständlich muss man, als Teil einer Betrachtung des Basler Kongresses von 1912 und der Geschichte der Arbeiterbewegung, analysieren, was die jüdischen Delegierten am Kongress gemacht haben. Muss man? Ist denn „jüdisch“ eine Analysekategorie? Und würden wir dann die jüdischen Delegierten, um dies auf die Spitze zu treiben, an ihren Reden, nämlich ihren jüdischen Reden, erkennen? Die Nähe solcher Argumentationen zum Rassismus ist unleugbar und zeigt die Schwierigkeit, die sich beim näheren Hinsehen allein schon aus einem an sich logischen erscheinenden Titel ergibt. „Jüdische“ Reden? Blickt man ins Protokoll und liest die Reden der jüdischen Delegierten (wenn man sie denn überhaupt als jüdisch identifizieren kann), dann wird deutlich, dass es nichts festzustellen gibt, was weiterhelfen könnte.

Ausser man analysiert die Rede von Hugo Haase aus Berlin und nimmt seine Bibel- und Heine-Kenntnis in Augenschein. Haase rekurrierte in seiner Rede auf die Demonstrationzüge auf der „ganzen Welt“, die „nicht ohne Eindruck auf die Machthaber bleiben. Sie müssen wie ein Menetekel in Flammenschrift an den Wänden der Paläste, der Könige, der Minister erscheinen [...]“<sup>1</sup> Tatsächlich heisst es im Buch Daniel 5:25-28: „Das aber ist die Schrift, allda verzeichnet: Mene, mene, Tekel, U-pharsin. Und sie bedeutet dies: Mene, das ist Gott hat dein Königreich gezählt und vollendet. Tekel, das ist: man hat dich in einer Waage gewogen und zu leicht gefunden. Peres, das ist: dein Königreich ist zerteilt und den Medern und Persern gegeben.“<sup>2</sup> In Heinrich Heines Ballade ‚Belsazar‘ liest sich das in einem Vers so:

[...] Und sieh! und sieh! an weisser Wand  
Da kam's hervor wie Menschenhand;  
Und schrieb, und schrieb an weisser Wand  
Buchstaben von Feuer, und schrieb und schwand [...]<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Hugo Haase, in: *Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912*, Berlin 1912, S. 13.

<sup>2</sup> Zitiert nach der Luther-Bibel, 1912.

<sup>3</sup> Heinrich Heine, Belsazar, zitiert nach: ders., *Sämtliche Schriften*, Bd. 1, München 1997, S. 56.

Es ist zumindest bemerkenswert, dass Hugo Haase hier ganz offensichtlich ein Bild aus dem Tanach verwendet, um den überheblichen König, und 1912 meinte dies die überheblichen Herrscher Europas, zu kennzeichnen. Nun ist es nicht so, dass das Buch Daniel nicht auch im Christentum bekannt wäre, gerade im strengen Protestantismus ist Bibelkenntnis integraler Bestandteil der Glaubensvorstellung, aber der Bezug Haases ist sehr bezeichnend. Wobei allerdings die Frage zu stellen ist, ob dieser Hinweis überhaupt von den Delegierten verstanden wurde – vielleicht damals eher noch als heute.

Aber ist dieses Bibel- und Heine-Zitat nun etwas, was ihn als ‚jüdischen Delegierten‘ kennzeichnet? So langsam tritt die Frage aus dem Einleitungsabschnitt in den Vordergrund, warum überhaupt die Frage nach den jüdischen Delegierten gestellt wird.

Wissenschaftler wie zum Beispiel Till von Rahden haben den Analyseversuchen von Identitäten das Konzept einer „situativen Ethnizität“ an die Seite gestellt, also ein Konzept entworfen, das mit Zuordnungen arbeitet, die situativ gewechselt werden<sup>4</sup> – und hier fehlt bewusst das „können“, also sie werden nicht fakultativ gewechselt, sondern manifest in der jeweiligen Situation. Das ist so innovativ, bzw. erkenntniserhellend auch nicht, aber es ergeben sich daraus verschiedene Fragen: Ist der Begriff „jüdisch“ eine Selbstwahrnehmung oder eine Fremdbeschreibung – ist „jüdisch“ also eine Erkenntniskategorie? Oder ist „jüdisch sein“ gar eine Basis, die sich der situativen Ethnizität entzieht? Und – das wäre dann die wichtigste Frage – wer entscheidet das?

Im Titel dieses Aufsatzes steht nicht nur das Wort „jüdisch“, sondern auch noch das Wort „Zionismus“, das im Zusammenhang des Artikels ganz grob als Theoriebegriff der Nationalstaatsbewegung innerhalb des Judentums bezeichnet werden kann. Um sich „Judentum und Zionismus“ im Kontext des Basler Kongresses zu nähern, soll ein kurzer Blick in die Geschichte der Arbeiterbewegung geworfen werden.

## Die Arbeiterbewegung und die jüdischen Arbeiter

Der Umgang mit jüdischen Arbeitern war schon relativ früh ein Thema in der Internationalen Arbeiterbewegung. Dabei gab es eine Trennung des Blicks, nämlich zwischen Westeuropa und Osteuropa: Aufklärung im Westen, Isolation und keine Emanzipation im Osten – um es einmal holzschnittartig zu formulieren.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Vgl. zum Beispiel Till von Rahden, *Juden und andere Breslauer. Die Beziehung zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Grossstadt*, Göttingen 2000, S. 133-139. Vgl. zu dem gesamten Komplex das herausragende Kapitel „Methodische Vorüberlegungen“ in Julia Richers, *Jüdisches Budapest. Kulturelle Topographien einer Stadtgemeinde im 19. Jahrhundert*, Köln/ Weimar/ Wien 2009, S. 30-48.

<sup>5</sup> Vgl. Mario Kessler, *Zionismus und internationale Arbeiterbewegung*, Berlin 1994, S. 39-40. Diese Untersuchung, ursprünglich als Dissertation noch in der DDR 1990 angenommen, ist eine beeindruckend detailreiche Darstellung. Die nicht anders gekennzeichneten Informationen über die Ge-

Bald schon gründeten sich in England und in den USA Vereinigungen jüdischer Arbeiter, die aber alle meist osteuropäischer Herkunft waren.<sup>6</sup> Auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale 1889 in Paris machten dann jüdische Sozialisten explizit auf die Situation der jüdischen Arbeiter vor allem in England und in den USA aufmerksam – in den sogenannten *Sweatshops*. Die harte Arbeit in den *Sweatshops* wurde übrigens in den jiddischen Liedern des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, die in den USA verfasst wurden, ein gängiges Motiv.

Zwei Jahre später kam das Thema wieder auf die Agenda der Internationale. In Brüssel fand 1891 der zweite Kongress statt, doch wollte man sich dort unter keinen Umständen auf Resolutionsvorschläge einlassen, die die Internationale baten, sich ausdrücklich auf die Seite der jüdischen Arbeiter zu stellen. Die Gründe für die Ablehnung einer solchen Resolution sind in zwei Motiven zu suchen, die die jüdischen Arbeiter in der Internationale die ganze Zeit hindurch begleiten sollten. Zum einen war dies das Motiv antijüdischer Sentiments. Das Thema Antisemitismus in der Internationale ist eines, das man in diesem Zusammenhang trennscharf analysieren muss. Für die Sozialisten war aber die Antwort darauf völlig klar, und damit kommt auch das zweite Motiv ins Spiel. Der Sieg des Sozialismus, sagten sie, löse selbstverständlich auch das Problem des Antisemitismus. Dieses Motiv spiegelt sich auch in einer Aussage von Friedrich Engels, der den Antisemitismus 1890 als Relikt „zurückgebliebener Kulturen“<sup>7</sup> bezeichnete.

Trotzdem schoben sich Antisemitismus und auch der Zionismus langsam in das Blickfeld der Akteure, und zwar so mächtig, dass dies eben nicht mehr ignoriert werden konnte. Gerade die Dreyfus-Affäre in Frankreich ab 1894, also der Hochverratsvorwurf an den französisch-jüdischen Hauptmann Alfred Dreyfus, der offensichtlich ob seiner jüdischen Herkunft verdächtigt und mehrfach zu Unrecht verurteilt worden war, erschütterte den Glauben an den ewigen Fortschritt in der Arbeiterbewegung – vor allem bei den jüdischen Mitgliedern. Wie konnte sich so eine Affäre ausgerechnet in Frankreich abspielen, in dem Land, in dem die Juden seit 1791 keinerlei rechtlichen Beschränkungen mehr unterworfen waren?

Vier Jahre vorher bereits, nämlich 1890, zogen die Arbeiter im Osten mit ihren organisierten Genossen im Westen gleich. In Wilna wurde die „Jüdisch-sozialdemokratische Gruppe“ ins Leben gerufen, die man als Vorläufer des schliesslich im September 1897 gegründeten „Bunds“ ansehen kann. Der vollständige Name des „Bunds“ lautete „Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland“. Einen Monat vorher, im August 1897, hatte in Basel der Erste Zionistenkongress stattgefunden, der die Gründung der Zionistischen Weltorganisation mit sich brachte. Und nun hatte die Zweite Internationale ein Problem, denn der Zionismus gab sich aus der Warte der Zweiten Internationale nicht einfach nur hassenswert bürgerlich, sondern entwickelte auch eine sozialistische Strömung.

---

schichte der Internationale und ihre Beziehung zu Zionismus und Antisemitismus sind diesem Buch entnommen.

<sup>6</sup> Vgl. M. Kessler, *op. cit.*, S. 39-40.

<sup>7</sup> Friedrich Engels, zitiert in: M. Kessler, *op. cit.*, S. 45.

Für die Sozialisten war der Zionismus eine interessante Bewegung. Er schien in der Lage zu sein, umfassende Netzwerke zu bilden, zum Beispiel über zionistische Vereine und Ortsgruppen, gleichzeitig fusste er auf einer klaren Ideologie, die zwar Facetten hatte (es entwickelten sich schnell religiöse, sozialistische und allgemeine Zionisten – um nur drei Richtungen zu nennen), die aber derart in sich geschlossen war, dass man sich diese Dogmatik schon fast als vorbildhaft anschauen konnte.<sup>8</sup>

Aber es gab beim Zionismus ein weiteres Problem, neben der vermeintlich epigonenhaften Bourgeoisie. Nicht so sehr, dass die Juden einen Staat wollten, die Internationale sprach sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, gerade der unterdrückten Völker aus, vielmehr sollte mit diesem Staat eine Kolonisation Palästinas verbunden sein.

Und nicht nur das: 1901 hatte sich der Bund gegen den Zionismus gestellt, daraufhin gründeten die sozialistischen Zionisten 1905 eine eigene Partei: „Jüdische Sozialdemokratische Partei Poale Zion (hebr.: Arbeiter Zions)“, die ganz explizit postulierte, ein sozialistischer Staat in Palästina könne überhaupt erst nach einer jüdischen Massenemigration dorthin gegründet werden. Sie nannten dies „konstruktiven Sozialismus“.<sup>9</sup> Die Poale Zion wollte also von internationalistischem Gedankengut in Osteuropa für die Juden, wie es der Bund propagierte, nichts wissen.

Das war zum Beispiel für den ‚Vorwärts‘, das Organ der deutschen Sozialdemokraten, deutlich zu viel. Am 8. Oktober 1908 schrieb das Blatt: „Nach ihrem ganzen Charakter haben die Zionisten-Sozialisten keinerlei Anspruch auf Aufnahme in die internationale sozialistische Organisation, sondern es hat diese letztere vielmehr allen Grund, derartige Elemente energisch von sich zu weisen.“<sup>10</sup>

Der ‚Vorwärts‘ hätte gerne eine klare Zuschreibung gehabt, der Sozialismus sei objektiv-notwendiges Ziel des proletarischen Klassenkampfes, der Zionismus hingegen die reaktionäre Utopie der jüdischen Kleinbourgeoisie. Doch die Situation war schon jetzt deutlich komplexer, auch wenn die Internationale, trotz einer gewissen Faszination für den Zionismus, diesen selbst nicht bei sich aufnehmen wollte. So erteilte die Zweite Internationale 1911 dem Zionismus selbst eine klare Absage, in dem eine Denkschrift, die sich für die Einrichtung einer „jüdischen Sektion“ in der Zweiten Internationale aussprach, schlicht ignoriert wurde.<sup>11</sup>

Damit ist der Punkt erreicht, an dem eine für diesen Artikel und seine Thesen zentrale Person, ein zentraler Zeuge eingeführt werden muss, es handelt sich um Eduard Bernstein (1850-1932), der 1912 am Kongress teilgenommen hatte.<sup>12</sup>

---

<sup>8</sup> Als immer noch herausragendes Werk über den Zionismus sei empfohlen Gideon Shimoni, *The Zionist Ideology*, Hanover 1995.

<sup>9</sup> Shlomo Na'aman, *Marxismus und Zionismus*, Gerlingen 1997, S. 21. Na'amans Darstellung ist für den gesamten Bereich Marxismus und Zionismus zu empfehlen.

<sup>10</sup> *Vorwärts*, 8. Oktober 1908. Zitiert in: M. Kessler, *op. cit.*, S. 98.

<sup>11</sup> Vgl. M. Kessler, *op. cit.*, S. 92.

<sup>12</sup> Für die Biographie und die Sammlung der Texte sei verwiesen auf Ludger Heid (Hg.), *Eduard Bernstein. „Ich bin der Letzte, der dazu schweigt“*. *Texte in jüdischen Angelegenheiten*, Potsdam 2004. Die Sammlung der Texte und die exzellente Einleitung verdienen grosses Lob. Wenn biographi-

## Eduard Bernstein

Geboren in Berlin in eine jüdische Familie, der Vater von Beruf Lokomotivführer, hatte Eduard noch mindestens 15 Geschwister. Die Familie war dem Reformspektrum innerhalb des Judentums zuzuordnen, galt allerdings nicht als praktizierend, die Familie feierte eher die „deutschen Feste“, wie sie es nannte, zum Beispiel Weihnachten, was also weniger als christliches Fest betrachtet wurde. Bereits mit 16 Jahren musste Bernstein die Schule verlassen und Geld verdienen, um die Familie mit zu ernähren. Er war zeitweise im Bankfach tätig, aber wurde schnell ein politisch engagierter Kopf.

1877 trat Bernstein aus der Jüdischen Gemeinde aus, liess sich aber nicht taufen. Der Grund lag in der Agitation des protestantischen Hofpredigers Adolf Stoecker (1835-1909) in Berlin, der einen aggressiven Antisemitismus predigte. Bernstein war in einem Komitee, das als Gegenmassnahme zu Stoeckers Agitation den Kirchenaustritt propagierte. Für Bernstein war es nur konsequent, dies auch selbst zu tun, also aus seiner „Kirche“, d.h. der Jüdischen Gemeinde, auszutreten.

Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) wurde er 1872, seine ersten politischen Lorbeeren verdiente er sich durch die Mitarbeit am Gothaer Programm (1875) der SPD. Die Bismarck'schen Sozialistengesetze zwangen ihn drei Jahre später (1878) ins Exil, erst in der Schweiz, dann in London. 1901 kehrte er nach Deutschland und damit auf die politisch-aktive Bühne zurück. Er vertrat die SPD 1902-06, 1912-18 und 1920-28 im Reichstag, wo er sich stark für die Rechte der Juden einsetzte, positionierte sich damit also sehr deutlich, im Gegensatz zu anderen jüdischen Abgeordneten. Er gilt bis heute als einer der führenden Theoretiker der SPD im Bereich des Revisionismus, eine Strömung, die um 1900 herum den Marxismus durch das Einbringen sozialreformerischer Züge umzugestalten suchte.

Wenn Bernstein ein wichtiger Zeuge ist für die Frage nach der Teilnahme jüdischer Delegierter am Kongress von 1912 und deren Teilnahme als jüdische Delegierte, muss man nach Bernsteins Einstellung zum Judentum und seinem Jüdisch sein sowie zum Zionismus fragen.

Schon Ende der 1870er Jahre sah er, wie er in einer autobiographischen Schrift schreibt, zwar, dass „gewisse Schichten des Judentums sich in Deutschland in einer Weise in den Vordergrund drängten“<sup>13</sup>, die Bernstein, aber auch viel andere Juden absties. Nichtsdestoweniger sprach er sich damals schon deutlich gegen die Angriffe auf diese Juden aus, da er erkannte, dass hier eine ganz allgemeine Verurteilung der Juden, nicht einzelner Personen ob ihres Fehlverhaltens, gemeint war. Dies zeigte sich besonders bei seiner Beschäftigung mit den Schriften Eugen Dührings, eines Berliner Philosophen und Nationalökonomens, der, ähnlich wie Adolf Stoecker,

---

sche Angaben nicht näher vermerkt sind, stammen sie aus der Publikation von L. Heid 2004, *op. cit.*, S. 13-56.

<sup>13</sup> Eduard Bernstein, *Entwicklungsgang eines Sozialisten*, 1930, abgedruckt in: L. Heid 2004, *op. cit.*, S. 92.

allerdings aus einer sozialistischen, antireligiösen Haltung heraus, das Judentum in seinen Schriften angriff. Bernstein verweigerte die Debatten darüber nicht.

Bei einem der damals aufsteigenden leitenden Persönlichkeiten des Zionismus, Chaim Weizmann, 1948 der erste Präsident des Staates Israel, erweckte Bernstein schon 1902 den Eindruck eines latenten Zionisten, denn Weizmann fragte Bernstein, warum er für die Armenier, aber nicht für die Juden einträte. Dies tat er nachweislich, aber augenfällig nicht als Zionist. Bernstein soll laut Weizmann geantwortet haben: „Wenn ich jüdisches Gefühl hätte, ich wäre Zionist. Vielleicht kommt es.“<sup>14</sup> Quellenkritisch betrachtet ist es zweifelhaft, wie exakt Weizmann hier die Unterhaltung wiedergibt. Das Zitat findet sich in einem Brief an seine damalige Verlobte und spätere Frau Vera Chatzmann, aber dass Bernstein kein jüdisches Gefühl gehabt haben soll, dem müsste man nach dem bisher Gesagten widersprechen und für die Zionismus-These, dass sich Bernstein möglicherweise dem Zionismus zuwenden könnte, suchen, ob sich Bernstein denn zum Zionismus geäußert hat.

Und das hat er getan, was an zwei Beispielen belegt werden soll. So verfasste er 1913/14 einen Artikel zum „Schulstreit“ in Palästina. Der Schulstreit drehte sich um die Frage, in welcher Sprache in den jüdischen Schulen Palästinas, vor allem auch im „Technion“ (der Technischen Hochschule) in Haifa, unterrichtet werden sollte: Deutsch oder Hebräisch. Das Problem lag darin, dass es auf Hebräisch noch keine Lehrbücher vor allem für die technischen Fächer gab, ein Unterricht auf Deutsch aber von den Zionisten vor Ort abgelehnt wurde. Bernstein schrieb also in diesem Artikel: „Die ursprünglich propagierte Idee der Herstellung eines neuen Judenstaats in Palästina ist als in absehbarer Zeit unerreichbar erkannt worden.“<sup>15</sup>

Das zweite Beispiel stammt aus dem Jahr 1917. Bernstein machte sich Gedanken zur Situation der Juden im Ersten Weltkrieg und goss dies in den Text: ‚Die Aufgaben der Juden im Weltkriege‘. Hierin schreibt er: „Ich bin kein Zionist, ich fühle mich zu sehr als Deutscher, um es sein zu können.“<sup>16</sup>

Das sind eindeutige Aussagen, die kaum Spielraum lassen, vor allem die sich exkludierende Kausalkette „Zionismus versus Deutscher“ scheint unsere Grundfrage nach Bernsteins Einstellung zum Zionismus zu beantworten. Doch schaut man diese Artikel noch einmal genauer an, zeigt sich erstaunliches. Im Schulstreit-Artikel schreibt er ein Stück weiter nach dem ersten Zitat: „Der Nährboden des Zionismus in Europa ist die Verzweigung an der Ausrottung des Antisemitismus.“<sup>17</sup>

Und im Artikel über die Aufgabe der Juden im Weltkriege schreibt er, direkt an das obere Zitat angehängt:

---

<sup>14</sup> Ludger Heid, «Eduard Bernstein. Prophet und Revisionist», in: *Jüdische Allgemeine*, 13. Dezember 2007.

<sup>15</sup> Eduard Bernstein, *Der Schulstreit in Palästina*, Stuttgart 1913/14, abgedruckt in: L. Heid 2004, *op. cit.*, S. 239.

<sup>16</sup> Eduard Bernstein, *Die Aufgaben der Juden im Weltkriege*, Berlin 1917, abgedruckt in: L. Heid 2004, *op. cit.*, S. 221.

<sup>17</sup> Eduard Bernstein, *Schulstreit*, 1913/14, in: L. Heid 2004, *op. cit.*, S. 247.

„Aber ich kann den Zionismus als Gegenwehr gegen die staatliche und soziale Zurücksetzung begreifen, der die Juden selbst in vorgeschrittenen [sic!] Ländern noch begegnen, und ich bin nicht blind dagegen, dass das idealistische Element des Zionismus einen Wert für das kulturelle Leben darstellen kann. Auch bin ich der Ansicht, dass der Zionismus in keinem notwendigen Widerspruch steht zum weltbürgerlichen Denken, vorausgesetzt, dass der Zionist kein Chauvinist des Judentums ist [...]“<sup>18</sup>

Die weiteren Zitate aus den Artikeln machen zumindest deutlich, dass Bernstein dem Zionismus nicht völlig verständnislos gegenüber stand, er sah ihn als Teil eines weltbürgerlichen Denkens, er sah ihn als Reaktion auf den Antisemitismus. Doch gegenüber Weizmann hatte er vom fehlenden „jüdischen Gefühl“ gesprochen. In den zitierten Artikeln lässt sich dies nicht herausfinden, es sind Analysen, keine emotionalen Selbstzuordnungen. Aber das änderte sich 1929.

Bernstein antwortete auf einen Artikel von Karl Kautsky, der einen orthodoxen Marxismus vertrat und damit in Gegensatz, fast muss man sagen: offener Feindschaft zum Revisionismus stand. Bernstein schreibt: „[...] dass, wenn man unter Zionismus die Umwandlung Palästinas in einen nationalistisch konstruierten jüdischen Staat versteht, ich kein Zionist bin.“<sup>19</sup>

Das liest sich wie eine gewisse Weiterentwicklung früherer Ansichten, Bernstein lehnte den Zionismus nicht einfach schlichtweg ab, sondern nur eine bestimmte Definition. Im Artikel heisst es weiter: „Ganz anders ist das Streben zu beurteilen, in Palästina eine öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte für Juden zu schaffen.“<sup>20</sup>

Bernstein argumentierte nun sehr spannend, und es zeigt sich, dass er von der dogmatischen Position, wie sie der ‚Vorwärts‘ 1908 vertreten hatte, stark abgerückt war, auch wenn, und das ist immer deutlich, er die eigentliche Idee des Sozialismus im Hinterkopf hatte. So sagt er, dass selbst wenn der Zionismus rein aus einer religionsbezogenen Position heraus argumentiere, also Palästina sei das Heilige Land der Juden, dies den Zionismus nicht per se disqualifiziere, auch wenn er die religiöse Position wie folgt beschreibt: „Ein [...] Wachhalten einer dem Gefühlsleben eine bestimmte Richtung einprägenden Überlieferung [...]“<sup>21</sup>

Das ist eine schöne Beschreibung – findet sich hier das 1902 geforderte „jüdische Gefühl“? Gar ein „ozeanisches Gefühl“, wie es Romain Rolland einmal genannt hat, was ihm heftige Kritik von Sigmund Freud eingebracht hat – aber das ist eine andere Geschichte.<sup>22</sup>

Zionismus war dann für Bernstein vertretbar, wenn er das Ziel habe, „für Juden eine Heimstätte zu schaffen, die den sich auf ihr ansiedelnden Juden ein Hei-

<sup>18</sup> Eduard Bernstein, *Aufgaben der Juden*, 1917, in: L. Heid 2004, *op. cit.*, S. 221.

<sup>19</sup> Eduard Bernstein, *Die Aussichten des Zionismus. Eine Antwort an Karl Kautsky*, 1929, abgedruckt in: L. Heid 2004, *op. cit.*, S. 258-259.

<sup>20</sup> Eduard Bernstein, *Zionismus*, 1929, in: L. Heid 2004, *op. cit.*, S. 259.

<sup>21</sup> Ibid.

<sup>22</sup> Sigmund Freud, *Das Unbehagen in der Kultur* [1930], hier: Frankfurt a. M. 1992, S. 65.

matsrecht sichert.<sup>23</sup> Er nannte das Recht der Juden, in Palästina siedeln zu dürfen, zwar nicht ein politisch-juristisches Recht, aber ein ethisches Recht, das in der Französischen Revolution gründe.

Ein Jahr später, zu seinem 80. Geburtstag, gab Bernstein der ‚CV-Zeitung‘<sup>24</sup> ein Interview, in dem er noch einmal seine Position, wie er sie im Kautsky-Artikel formuliert hat, unterstreicht, aber auch auf seinen Austritt aus der jüdischen Gemeinde in den 1870er Jahren Bezug nimmt. Bernstein erklärte, dass er dies heute (1930, *nota bene*) nicht mehr machen würde, denn es könne als Feigheit ausgelegt werden, und er schliesst mit einem sehr aufschlussreichen Satz: „Sie sehen [...], dass ich also trotz der äusseren Abwehr positiv zum Judentum stehe.“<sup>25</sup>

### Ein Fazit

Aus dem Gesagten lässt sich folgendes Fazit ziehen, bzw. folgende These aufstellen: Kamen Bernstein und seine Mitstreiter 1912 als Juden oder als Sozialisten nach Basel? Sie kamen als Sozialisten, waren als friedensbewegte Sozialisten in Basel, aber sie wurden vorher und nachher von der nichtjüdischen, aber auch der jüdischen (vgl. das Interview in der ‚CV-Zeitung‘) Gesellschaft latent in ihrer Differenz<sup>26</sup> wahrgenommen – und dies hat Bernstein ganz deutlich gespürt. Lässt sich dies mit dem Modell der „situativen Ethnizität“ erfassen? Dies scheint bei Bernstein nicht der Fall zu sein, er verleugnete sein Judentum nicht, trug es aber auch nicht vor sich her.

Wenn man ihn 1912 gefragt hätte, ob Judentum und Frieden, ob Zionismus und Frieden zusammen gehen, hätte er 1912 vielleicht zweifelnd reagiert, 1930 sicher positiver. Es wäre schön, heute in Europa, in Israel Stimmen von der intellektuellen Grösse eines Eduard Bernstein zu hören. Und vielleicht auch Handlungen zu sehen: Denn Bernstein gehörte zu denjenigen SPD-Abgeordneten, die Ende 1914 begannen, energisch und öffentlich die Zustimmung zu weiteren Kriegskrediten des Deutschen Kaiserreichs zu verweigern.

---

<sup>23</sup> E. Bernstein, *Zionismus*, *op. cit.*, S. 259.

<sup>24</sup> Die CV-Zeitung ist das Organ des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“. Der CV wurde 1893 gegründet.

<sup>25</sup> Paul Kampffmeyer, «Eduard Bernstein. Zu seinem 80. Geburtstage», *CV-Zeitung*, 3.1.1930, S. 6.

<sup>26</sup> Gerade der Bereich der „Differenz“ ist in den Fokus der Wissenschaft gerückt, speziell der Begriff „*Jewish Difference*“. Vgl. hierzu Beth A. Berkowitz, *Defining Jewish Difference. From Antiquity to the Present*, Cambridge 2012 sowie Lisa Silvermann, *Becoming Austrians. Jews and Culture between the World Wars*, Oxford 2012.

# Die Delegierten aus Frankreich: eine soziobiographische Annäherung

Peter Huber

Der wohl bedeutendste französische Historiker der Zweiten Internationale, Georges Haupt, hat vor 50 Jahren vehement dafür plädiert, den ideengeschichtlichen Ansatz bei der Analyse der Internationale zu überwinden und mit sozialgeschichtlichen Instrumenten dieser Organisation auf den Leib zu rücken; Haupt postulierte Sozialgeschichte statt Geistesgeschichte und ging auf Distanz zur traditionellen Geschichtsschreibung, die sich „vor allem als das Studium der Parteien im Medium ihrer Kongresse, so wie der Kontroversen und Diskussionen, die ihre führenden Kader und Ideologen miteinander ausfochten,“ präsentiert.<sup>1</sup>

Die bisherige Forschung zum Basler Friedenskongress hat noch nie den Versuch unternommen, die 555 Kongressdelegierten – oder zumindest ein Ländersegment – genauer unter die Lupe zu nehmen. Laut offiziellem Protokoll reisten 127 Delegierte aus Frankreich an – das mit Abstand grösste Länderkontingent.<sup>2</sup> Da die biographische Erfassung und Aufarbeitung der französischen Arbeiterbewegung im allgemeinen durch das noch laufende Monumentalprojekt „Maitron“ weit fortgeschritten ist, drängt sich eine Analyse der französischen Kongressdelegierten geradezu auf.<sup>3</sup> Wir versuchen, das soziobiographische Profil der Delegierten in Ansätzen herauszuschälen und Antworten auf folgende Fragen zu liefern:

Erstens: Aus welchen sozialen Schichten und Milieus stammten die Delegierten? Wir richten unser Augenmerk auf die Herkunft der Eltern, die Ausbildung des Delegierten, seinen Beruf sowie die zur Zeit des Kongresses ausgeübte Tätigkeit. Auch die „Parteierfahrung“ und das Alter („Generation“) sollen annähernd bestimmt und thematisiert werden.

---

<sup>1</sup> Georges Haupt, *Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914*, Neuwied/ Berlin 1970, S. 120 (Originaltitel: *La Deuxième Internationale, 1899-1914. Etude critique des sources*, Paris 1964).

<sup>2</sup> Vgl. die Liste in: «Compte rendu analytique du Congrès Socialiste International extraordinaire tenu à Bâle les 24 et 25 novembre 1912», in: *Bulletin périodique du Bureau Socialiste International* 10 (1912). Aus Deutschland kamen 75 Delegierte, aus Österreich 59.

<sup>3</sup> Zu dem von Jean Maitron initiierten und heute von Claude Pennetier geleiteten Grossprojekt, das seit 1964 läuft und bisher über 130'000 Biographien der französischen Arbeiterbewegung publiziert hat, vgl. <<http://www.maitron.org>> [08.04.2014].

Zweitens: In welche Richtung haben sich die Delegierten in den kommenden Jahren politisch entwickelt? Wir untersuchen deren Haltung bei Kriegsausbruch, in den Kriegsjahren und in der Spaltungsphase der *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO)<sup>4</sup> (1919-1921). Auch möchten wir Antworten auf die Frage finden, welcher Prozentsatz der Delegierten später zur neugegründeten Kommunistischen Partei (KP) stiess oder die Partei in eine andere Richtung (Vichy, Kollaboration) verlassen hat.

### Männlich und in mittlerem Alter

Der sehr hohe Anteil französischer Delegierter ist nicht nur der geographischen Nähe Frankreichs zu Basel, sondern auch dem damaligen „Mobilisierungsgrad“ der Partei zuzuschreiben: Die SFIO hat drei Tage vor dem Basler Kongress einen ausserordentlichen Vorbereitungskongress in Paris mit mehr als 200 Delegierten aus 79 von insgesamt 84 *Fédérations* abgehalten, von denen wohl ein Grossteil nach Basel weitergereist ist.<sup>5</sup> Da die Basler Zusammenkunft den Charakter eines Akklamationskongresses hatte, an dem keine Debatten oder Kampfabstimmungen angesagt waren, spielte die Zahl der Länderdelegierten keine Rolle; seit Jahren bestehende Differenzen sollten bei dieser „Heerschau“ unter den Teppich gekehrt und durch Beschwörungsrituale ersetzt werden. Das vom Büro der Internationale hinter verschlossener Tür ausgehandelte Manifest wurde von den Delegierten ohne Diskussion und einstimmig durch Akklamation angenommen. Sicher ging diese „Vorspiegelung falscher Tatsachen“ bei der Parteilite mit der Absicht und dem innigen Wunsch einher, den Krieg zu verhindern. Doch die Parteiführer wollten in erster Linie „Truppen mobilisieren“, die Delegierten aus allen Landesgegenden motivieren und den Regierungen mit Aufstand und Revolte drohen, falls sie den Krieg lostreten sollten.<sup>6</sup>

Die krasse Untervertretung der Frauen in der sozialistischen Arbeiterbewegung fand auch am Basler Kongress seine Entsprechung.<sup>7</sup> Alle acht Redner am feierlichen Akt in der Kathedrale waren Männer; von den 29 Rednern auf den vier Tribünen ausserhalb der Kathedrale waren die australisch-englische Frauenrechtlerin Dora Montefiore und die Russin Alexandra Kollontai die einzigen Frauen. Am zweiten und eigentlichen Kongresstag im Volkshaus und vor den versammelten 555 Delegierten war Clara Zetkin als Vertreterin der sozialistischen Frauen die einzige Sprecherin von insgesamt elf Rednern.<sup>8</sup>

---

<sup>4</sup> *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO) war der offizielle Name der Sozialistischen Partei Frankreichs von 1905 bis 1969.

<sup>5</sup> *Congrès international extraordinaire, Bâle 24-25 novembre 1912*, Genf 1980 (Minkoff Reprint), S. 78.

<sup>6</sup> Vgl. Georges Haupt, *Der Kongress fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914*, Wien/ Frankfurt/ Zürich 1967, S. 67-73.

<sup>7</sup> Zum Stellenwert der „Frauenfrage“ am Kongress vgl. den Beitrag von Regina Wecker in diesem Band.

<sup>8</sup> *Congrès international extraordinaire, op. cit.*, S. 41-42, 49-50.

Die sieben Frauen in der 127 köpfigen französischen Delegation machten lediglich 5% aus und blieben im Kongressprotokoll unsichtbar. Die französische Partei besass im Unterschied zur deutschen keine Leitfigur wie Zetkin, die in Ansätzen bereits damals, aber ausgeprägt erst in den 1920er Jahren zu einer Ikone hochstilisiert wurde.<sup>9</sup> Zwei französische Frauen und Delegierte spielten in der SFIO eine wichtige Rolle, ohne jedoch am Basler Kongress hervortreten. Einerseits die ehemalige, nach der *Commune* abberufene Lehrerin Marie Bonneval, eine Altersgenossin von Clara Zetkin und langjährige Sekretärin der *Ligue française des Droits de la Femme*. Andererseits Angèle Roussel, seit 1907 erste und einzige Frau im nationalen Leitungsorgan der SFIO (CAP, *Commission administrative permanente*) und zur Zeit des Basler Kongresses eine der drei französischen Delegierten im Internationalen Sozialistischen Büro.<sup>10</sup>

Das durchschnittliche Alter der Delegierten lag um einiges tiefer als jenes der Redner; die offiziellen Ansprachen hielten zumeist altgediente Kämpfer, die angesichts der Kriegsgefahr und des Umbruchs Festigkeit verkörperten und die Tradition beschworen.<sup>11</sup> Zwei Drittel der französischen Delegierten gehörten der Alterskohorte der dreissig- bis fünfzigjährigen an; das Durchschnittsalter lag bei 43 Jahren – ein relativ hohes Alter, vergleicht man es mit dem Durchschnittsalter der Leitungskader der frühen Komintern (1921), das lediglich 36 Jahre betrug.<sup>12</sup> Die sich nach dem Weltkrieg formierende kommunistische Bewegung bestand zu einem grossen Teil aus jungen, radikalisierten Menschen, die nach „neuen Ufern“ aufbrechen wollten; die sozialistischen Jugendorganisationen stiessen in den Jahren 1918-1921 fast geschlossen zum Kommunismus, bildeten den Grundstock kommunistischer Parteikader und drückten das Durchschnittsalter auf 36 Jahre – die französischen Delegierten am Basler Kongress hingegen waren älter und von keinem vergleichbaren Zeitenbruch geprägt.<sup>13</sup>

---

<sup>9</sup> Tânia Puschnerat, *Clara Zetkin. Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie*, Essen 2003.

<sup>10</sup> Justinien Raymond, «Roussel Angèle», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <[http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?page=article\\_long&id\\_article=85250](http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?page=article_long&id_article=85250)>, [16.05.2014]. Ders., «Bonneval Marie», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article78012>> [16.05.2014].

<sup>11</sup> Zum Beispiel August Bebel (geb. 1840), Edouard Vaillant (geb. 1840), Hermann Greulich (geb. 1842), Victor Adler (geb. 1852), Jean Jaurès (geb. 1859).

<sup>12</sup> Das Alter der französischen Delegierten ist uns von 67% der Delegierten bekannt. Zur Untersuchung zur Komintern vgl. nachfolgende Anmerkung.

<sup>13</sup> Peter Huber, Das Führungskorps der Komintern: ein soziobiografischer Querschnitt, in: Michael Buckmiller, Klaus Meschkat (Hg.), *Biographisches Handbuch zur Geschichte der Komintern. Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt*, Berlin 2007, S. 195-246. Die Untersuchung zur Komintern stützt sich auf eine Grundgesamtheit von 580 Kader, die im Zeitraum von 1919 bis 1943 als Mitglied oder Kandidat an den Sitzungen des Exekutivkomitees der Komintern teilgenommen haben.

### Aus Arbeiterfamilien und mit Erfahrung im Parteiapparat

Die soziale Herkunft („Elternhaus“) ist uns lediglich von 46% der französischen Delegierten bekannt – einer tiefen Zahl, die mit der nötigen Vorsicht zu interpretieren ist. Wir entschieden uns für die nachfolgenden fünf Ständekategorien, wohlwissend, dass bei der Ein- und Zuteilung oft persönliches Ermessen mitspielt:

#### *Soziale Herkunft*<sup>14</sup>

- Arbeiter, Handwerker	41%
- Angestellte (Lehrer, Bankangestellter, usw.)	17%
- Kleinbürger (Anwalt, Arzt, usw.)	25%
- Bauer	14%
- Bourgeoisie (Industrielle, Fabrikbesitzer)	3%

Der Anteil der Delegierten, die in Arbeiter- oder Handwerkerfamilien aufgewachsen sind, ist zwar hoch (41%), lag aber leicht unter dem Anteil der Delegierten aus Angestellten- und Kleinbürgerfamilien zusammen (42%). Frankreich war um 1880/90, als die späteren Delegierten sozialisiert wurden, noch weitgehend ländlich geprägt und Arbeiterfamilien die Ausnahme. Delegierte, die aus Bauernfamilien stammen (14%), waren hingegen am Kongress krass untervertreten, machte doch die bäuerliche Bevölkerung um 1880/90 noch 35% aus.<sup>15</sup>

Die vom Delegierten zur Zeit des Kongresses ausgeübte berufliche Tätigkeit ist durch Quellen besser belegt und erlaubt uns Rückschlüsse auf die in der Forschung immer wieder aufgeworfene Frage, inwiefern die Kongresse der Sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien „Funktionärskongresse“ waren. Den Vorwurf, die Kongresse würden im Wesentlichen von Parlamentariern, Publizisten sowie Funktionären des Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsapparates bestritten, hörte man seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, als die Entwicklung strukturierter und hierarchischer Arbeitermassenparteien Vorstände und permanente Apparate erforderte.<sup>16</sup>

Inwiefern kommt nun der Basler Friedenskongress, der vom Büro der Zweiten Internationale angesichts der Kriegsgefahr kurzfristig einberufen wurde und mit keinerlei Kampfabstimmungen belastet war, einem „Funktionärskongress“ nahe? Wir kennen die berufliche Tätigkeit zur Zeit des Basler Kongresses von 67% der französischen Delegierten, die folgenden Beschäftigungen nachgingen:

#### *Ausgeübte Tätigkeit (1912)*<sup>17</sup>

- Abgeordneter und/ oder zentraler Parteiapparat in Paris	54%
- Bürgermeister, Parteijournalist, Parteisekretär	21%

<sup>14</sup> Wir besitzen zu 59 der 127 Delegierten Angaben.

<sup>15</sup> *Annuaire statistique de la France*, Bd. 13, Paris 1890.

<sup>16</sup> G. Haupt 1970, *op. cit.*, S. 148.

<sup>17</sup> Die Tätigkeit ist von 85 der 127 Delegierten bekannt.

- Lehrer, Gemeinde- oder Staatsangestellter	13%
- selbständig Erwerbender	7%
- Betriebsarbeiter	5%

Mehr als die Hälfte der Delegierten (54%) waren Abgeordnete der Nationalversammlung oder Angestellte des zentralen Parteiapparats in Paris, der *Commission administrative permanente* (CAP). Diese 46 Parlamentsabgeordneten bzw. nationalen Parteifunktionäre hatten auch zur Hälfte eine Universität besucht, zumeist die juristische Fakultät.<sup>18</sup> Das Übergewicht des oberen Parteiapparates wurde ergänzt durch 21% der Delegierten, die dem regionalen bzw. lokalen Parteiapparat angehörten. So etwa die Bürgermeister und späteren Abgeordneten Hippolyte Masson (Brest) und Paul Constans (Montluçon), die Parteijournalisten Henri Laudier (*Fédération Cher*) und Charles Rappoport (*Fédération Seine*) sowie der Gewerkschaftssekretär Florent Evrard (Pas-de-Calais).<sup>19</sup>

13% der französischen Delegierten waren Angestellte im öffentlichen Sektor, einem traditionellen Reservoir der SFIO. Es handelte sich in erster Linie um Lehrer, die gerade wegen ihres politischen Engagements immer wieder von Versetzung oder Abberufung bedroht waren. So etwa der damals achtundvierzigjährige Barthélemy Vadez (Nancy), unermüdlicher Redner bei Arbeitskonflikten, der trotz mehrerer disziplinarischer Versetzungen in ländliche Gegenden dem Lehrerberuf treu blieb und gewissermassen als „Basismilitanter“ Delegierter in Basel war.<sup>20</sup> Als Delegierte aus dem öffentlichen Sektor seien auch der Zeichner Léon Pétot, der auf dem Bauamt in Epinal tätig war, und der Universitätsprofessor Edgard Milhaud erwähnt.<sup>21</sup>

Unter den 7% selbständig Erwerbenden finden wir Anwälte wie Paul Ramadier, zukünftiger Mitarbeiter von Albert Thomas im Rüstungsministerium (1916-1917), sowie Jacques Sadoul, der 1917 von Albert Thomas zur französischen Militärmission nach Moskau abkommandiert und zum Schrecken seiner Vorgesetzten ein Anhänger der bolschewistischen Revolution wurde, worauf ihn 1919 ein französisches Militärgericht in Abwesenheit zum Tode verurteilte.<sup>22</sup> Typisch selbständig Erwerbende ohne Universitätsstudium und ohne spätere Mitarbeit im Kriegskabinett waren Amadée Dutiron (Tarbes), Inhaber einer kleinen Velowerkstätte, sowie die

<sup>18</sup> Die CAP bestand 1912 aus 24 Mitgliedern (11 davon waren Delegierte in Basel), die SFIO-Fraktion umfasste 70 Parlamentarier, von denen 33 als Delegierte nach Basel reisten.

<sup>19</sup> Vgl. deren Biographien in der Datenbank des Maitron (vgl. Anm. 3).

<sup>20</sup> 11 Delegierte von insgesamt 85, zu denen wir Angaben haben. Vgl. Biographie zu Vadez Barthélemy in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article133368>> [16.05.2014]. Justinien Raymond, «Frossard Oscar», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article50881>> [16.05.2014]; Ders., «Tourtoulou», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article86065>> [16.05.2014].

<sup>21</sup> Vgl. deren Biographien in der Datenbank des Maitron (vgl. Anm. 3).

<sup>22</sup> Ibid.

Kleinhändler Georges Dreyfus (Vosges) und Charles Brunellière (Nantes), der im Hafen mit Schiffszubehör handelte.<sup>23</sup>

Die grossen Abwesenden am Basler Friedenskongress waren die „Arbeiter vom Schraubstock“, die Industrie- und Betriebsarbeiter, die den Grundstock der sozialistischen Bewegung nicht nur in Frankreich ausmachten und auf die sich die Redner am Kongress immer wieder beriefen. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als die Wähler- und Mitgliederzahlen der Arbeiterparteien rasant anwuchsen, sollen die Industrie- und Betriebsarbeiter 45% der Mitgliedschaft ausgemacht haben, eine Zahl, die mit den 5% am Basler Kongress in keinem Verhältnis steht.<sup>24</sup> Anhand der Namensliste der französischen Delegierten und den darauf aufbauenden biographischen Nachforschungen stiessen wir lediglich auf vier „waschechte“ Proletarier: zwei Mechaniker, ein Zeitungsverträger und ein Maurer, der nach dem Krieg in einer fulminanten Parteikarriere Mitglied des Leitungsgremiums CAP, Verantwortlicher der SFIO-Sportorganisationen und unter der Deutschen Besetzung Sportverantwortlicher des Vichy-Regimes wurde.<sup>25</sup> Dass der Prozentsatz von Arbeiterdelegierten an einem mehrtägigen und zudem internationalen Kongress in einem fremden Land tiefer sein kann als in der Mitgliedschaft ist nachvollziehbar: Die Dynamik zu einem „Funktionärskongress“ ergibt sich schon allein durch die Tatsache, dass sich ein Abgeordneter, ein Bürgermeister, ein Parteijournalist oder Anwalt leichter beruflich freimachen kann als ein Betriebsarbeiter. In unserem Fall der französischen Delegierten kommt ein zusätzliches Moment hinzu, das die Aussagekraft von 5% Arbeiterdelegierten unterminiert: Obwohl die französische Arbeiterbewegung – wie eingangs erwähnt – biographisch äusserst dicht erschlossen ist, ist die eindeutige Zuordnung einer Biographie zu einem Drittel der Namen, wie sie in der Delegiertenliste erscheinen, unmöglich.<sup>26</sup> Es bleibt zu vermuten, dass sich unter diesem Drittel von nicht identifizierbaren Delegierten eher Parteimitglieder aus bescheidenen Verhältnissen befanden, die zur Zeit des Kongresses und auch in späteren Jahren im Apparat nicht aufgestiegen sind und deshalb kaum Spuren hinterlassen haben. Trotz dieser Einschränkung und selbst bei Berücksichtigung dieser möglichen Verfälschung ist der Anteil von Delegierten aus höheren und mittleren Parteichargen äusserst hoch, womit mit Grund in Bezug auf die französischen Delegierten durchaus von einem „Funktionärskongress“ gesprochen werden kann.<sup>27</sup>

<sup>23</sup> 6 Delegierte von insgesamt 85. Ibid.

<sup>24</sup> 4 Delegierte von insgesamt 85. C. Willard hat die Kartothek eines Teils der sozialistischen Bewegung, der Guesdisten, ausgewertet. Vgl. Claude Willard, *Le mouvement socialiste en France (1893-1905): Les guesdistes*, Paris 1965, S. 763.

<sup>25</sup> Vgl. Nicolas Kssis, Claude Pennetier, «Guillevic Albert», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article87170>> [16.05.2014].

<sup>26</sup> Zu 42 der 127 Delegiertennamen. Ausser dem Nachnamen steht oft der Vorname sowie eine Parteifunktion („député“, „mairie“, „conseiller“). Besonders bei sehr geläufigen Nachnamen (zum Beispiel Hamon, Girard, Gay, Regnier), zu denen oft Dutzende von Biographien in Frage kommen, ist eine Zuordnung unmöglich.

<sup>27</sup> Die Delegierten aus Belgien, Böhmen und Österreich sind in der Delegiertenliste systematisch mit Name, Vorname, Parteifunktion und Wirkungsort erfasst, was eine Analyse dieser Länderkontin-

## Vom Kriegstaumel erfasst

Wenden wir uns nun der Frage zu, in welche Richtung sich die französischen Delegierten nach Kriegsausbruch entwickelt haben. Der polnische Historiker Feliks Tych hat bereits vor Jahrzehnten den verbalen und „rhetorischen Internationalismus“ der Franzosen vor 1914 hinterfragt, der zum grossen Teil lediglich Ausfluss der „demokratischen, revolutionären, geschichtlichen Traditionen Frankreichs“ und „nicht gleichbedeutend mit der Fähigkeit zur Aktion“ gewesen sei; die Historiker der Internationalen hätten sich vom äusseren Anschein des Konfliktes zwischen „national verpflichteter“ SPD und „wortradikaler“ SFIO irreführen lassen und „um ihn herum die Geschichte der 2. Internationale aufgebaut“: „In der Praxis, ich wiederhole, standen hinter diesem Konflikt keine Unterschiede in den für die Bewegung wichtigen Fragen.“<sup>28</sup>

In den Wochen vor Kriegsausbruch sondierten höchste Regierungsstellen die Haltung massgebender SFIO-Führer bei einem Kriegsausbruch und kamen zum Schluss, dass bei einer Kriegserklärung mit keinen Widerstandsaktionen zu rechnen sei; der Innenminister konnte am 1. August 1914 und Stunden nach der Ermordung von Jean Jaurès die Präfekten im Lande anweisen, keine Verhaftungen aus dem „Carnet B“, der berüchtigten Extremistenkartei, vorzunehmen, da keine Protestaktionen zu erwarten seien.<sup>29</sup>

Im August 1914 beschworen die beiden ehemaligen französischen Delegierten mit der grössten internationalen Ausstrahlung, Edouard Vaillant und Jean Longuet, die revolutionäre Tradition des Landes, die vom preussischen Militarismus bedroht seien: „Si la France est attaquée, comment ne seraient-ils pas [les socialistes, P.H.] les premiers à défendre la France de la Révolution et de la démocratie, la France de l'Encyclopédie, de 1793, de juin 1848“.<sup>30</sup>

Longuet und die Parteiführung mobilisierten und interpretierten auf meisterhafte Art und Weise die Vergangenheit des Landes, um den aktuellen Kriegskurs zu rechtfertigen – ein Rezept, das in der Politik seit langem Schule machte.

Den wohl spektakulärsten Kurswechsel zur „*union sacrée*“ vollführte der ehemalige Delegierte Gustave Hervé, der seit 1906 das Organ ‚*Guerre sociale*‘ herausgab und wegen seinem virulenten Antimilitarismus nicht nur das Anwaltspatent verlor,

---

gente im Prinzip wesentlich erleichtern würde; der Vorteil der genaueren Bezeichnung wird allerdings durch die schlechtere biographische Erschliessung der Arbeiterbewegung dieser Länder aufgehoben.

<sup>28</sup> Diskussionsbeitrag von Feliks Tych, in: *Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung* [VIII. Linzer Konferenz 1972], Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien 1974, S. 91-92.

<sup>29</sup> Jean-Jacques Becker, *Le Carnet B. Les pouvoirs publics et l'antimilitarisme avant la guerre de 1914*, Paris 1973. Das Verzeichnis umfasste zu diesem Zeitpunkt ungefähr 4'000 Namen.

<sup>30</sup> Jean Longuet, 2. August 1914, zitiert in Gilles Candar, «Longuet Jean», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article24516>> [16.05.2014]. Auch die Reichsregierung sondierte im Juli 1914 die SPD-Führungsspitze und kam zum Schluss, dass bei einem Kriegsausbruch keine Streiks oder Sabotage zu befürchten sei. Vgl. G. Haupt 1967, *op. cit.*, S. 169.

sondern auch in Dutzende von Prozessen verwickelt war und Haftstrafen absitzen musste. Hervé und seine beiden Mitstreiter Louis Perceau und A. Bruckère – die ebenfalls am Basler Kongress teilnahmen – gehörten in der SFIO zur Strömung „*minorité insurrectionnelle*“, die 1914 in kürzester Zeit den Weg zur „*union sacrée*“ fanden und ihr Organ in ‚*La Victoire*‘ umtaufen.<sup>31</sup>

Die ehemaligen Basler Delegierten stellten sich somit 1914 hinter ihre kriegsführenden Regierungen – nur eine kleine Minderheit hielt sich zurück und verstummte für einige Monate, um dann umso entschiedener ein sofortiges Ende des Burgfriedens und eine Verständigung mit Gleichgesinnten in Deutschland zu suchen.<sup>32</sup> Lediglich zwei Delegierte sind an der Front gestorben: Der in Paris aktive Félix Poli, ein vierunddreissig jähriger „Basismilitanter“ ohne Parteichargen, der 1914 zum Hilfsdienst eingezogen wurde, sich freiwillig zum bewaffneten Dienst an die Front meldete und dort fiel. Auch der zweite, der achtunddreissig jährige Jean-Baptiste Sémanaz, Bürgermeister einer kleinen Pariser Vorstadtgemeinde, fiel nach wenigen Wochen an der Front.<sup>33</sup> Die Tatsache, dass die grosse Mehrheit der Delegierten bereits 1912 der Altersklasse der dreissig- bis fünfzigjährigen angehörte und somit 1914 nicht mehr prioritär für die Front einberufen wurde, dürfte für die relativ geringe Anzahl Gefallener verantwortlich sein.

### Im Kriegskabinett oder in Zimmerwald/Kienthal

Das geschlossene Eintreten der SFIO-Parlamentsfraktion und des nationalen Leitungsgremiums (CAP) für die Kriegskredite hatte sein Pendant in der syndikalistischen Bewegung, die bis 1914 als Hochburg des Antimilitarismus galt. In Tat und Wahrheit – so der Historiker Jacques Julliard – war die Masse der französischen Arbeiter für den jakobinischen Patriotismus viel empfänglicher als für den Antimilitarismus und Internationalismus – womit auch von dieser Seite jegliche Protestaktionen ausblieben.<sup>34</sup>

Trotz dieser für sie beruhigenden Nachrichten in bezug auf ein mögliches Protestpotential wollte die französische Regierung die Kriegspolitik auch institutio-

---

<sup>31</sup> Biographie: Justinien Raymond, Madeleine Rebérioux, «Hervé Gustave», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article73157>> [16.05.2014]. Das Kampfblatt ‚*Guerre sociale*‘ erschien in einer Auflage von 50'000 Exemplaren. Gustave Hervé wird 1916 aus der SFIO ausgeschlossen, gründet den *Parti socialiste national* (1919) und tritt kurz vor dem Ableben zum Christentum über.

<sup>32</sup> Vgl. dazu nachfolgendes Kapitel.

<sup>33</sup> Von 40 Delegierten (Grundgesamtheit: 127) ist uns das Todesdatum unbekannt; vier Delegierte sind vor Kriegsausbruch gestorben (J. Jaurès, J. Dufour, F. Ducarouge, F. Pressensé). Jean Gaumont, «Poli Félix», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article84509>> [16.05.2014]. Justinien Raymond, «Sémanaz Jean-Baptiste», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article85552>> [16.05.2014].

<sup>34</sup> Jacques Julliard, *La C.G.T. devant la guerre*, in: *Mouvement social* 49 (1964), S. 47-62. Vgl. auch G. Haupt 1967, *op. cit.*, S. 172-173.

nell und auf Regierungsebene absichern, d.h. SFIO-Parteiführer für die „Produktionsschlacht“ gewinnen. Diese Einbindung in den Kriegseffort verlief insbesondere über den Abgeordneten Albert Thomas, ehemaliger Delegierter am Basler Kongress, der ab Herbst 1914 in verschiedenen Ministerien Leitungsfunktionen übernahm, sozialistische Parteikollegen miteinbaute und schliesslich 1916 zum Rüstungsminister avancierte.<sup>35</sup> Thomas begann im September 1914 als Beauftragter zur Koordination des Eisenbahntransportes zwischen dem Ministerium für öffentliche Arbeiten und dem Generalstab; ab Oktober beaufsichtigte er die Fabrikation von Kriegsmaterial, projektierte neue Werkstätten und rekrutierte geeignetes Personal, wozu ihm seine gewerkschaftlichen Zugänge und Erfahrungen von Vorteil waren. Vom Staatssekretär für Artillerie und militärische Ausrüstung (1915) rückte Thomas 1916/17 zum Minister mit Zugang zum Kriegskomitee auf.<sup>36</sup> Als 1917/18 die pazifistischen Thesen in der Partei Oberhand gewannen, wurde Thomas zum Symbol und Inbegriff einer Kriegspolitik, mit der die SFIO brechen wollte. Am Spaltungsparteitag in Tours (1920), der mit Zweidrittelmehrheit den Anschluss an die Komintern proklamierte, nahm er nicht teil; stattdessen stand Thomas Monate später an der Spitze des neugegründeten Internationalen Arbeitsamts (IAA, ILO), das für viele Parteigenossen die verrufene Zusammenarbeit zwischen Regierung, Patrons und Arbeiter im Weltkrieg versinnbildlichte, für Thomas hingegen den Ort, wo die sozialen Menschenrechte im Arbeitsbereich vorangetrieben wurden.

Albert Thomas war kein Einzelfall. Mindestens sechs weitere ehemalige Basler Delegierte folgten seinem Beispiel und übernahmen – oft von Albert Thomas angefragt – Verantwortlichkeiten im Kriegsapparat. So der ehemalige Mechaniker Louis Héliès, bis anhin zuständig für die Lebensmittelversorgung der Kooperativen, der bis 1915 als Offizier bei der Artillerie diente und von Thomas dispensiert und ins Rüstungsministerium aufgenommen wurde.<sup>37</sup> Oder der junge Anwalt Paul Ramadier, Kriegsverletzter von der Front, der 1916 im Kabinett des Rüstungsministeriums von Thomas arbeitete und bis in die fünfziger Jahre hinein mehrmals Minister wurde, unter anderem unter De Gaulle nach der Befreiung und auch unter Guy Mollet zur Zeit des Algerienkrieges.<sup>38</sup> Zwei dieser ehemaligen Basler Delegierten und spätere Mitarbeiter im Kriegsapparat stiessen bei der Parteispaltung 1920/21 zu den Kommunisten – ein Zeichen dafür, dass in zugespitzten politischen und militärischen Situationen politische Biographien schnell auf die eine oder andere Seite kippen können: Ausser dem bereits erwähnten Anwalt und Militärbeobachter Jacques Sa-

---

<sup>35</sup> Justinien Raymond, «Thomas Albert», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article73731>> [16.05.2014]. Noch im August 1914 traten zwei Sozialisten (Marcel Sembat und Jules Guesde) in die Regierung der nationalen Einheit ein.

<sup>36</sup> Ibid.

<sup>37</sup> Jean Gaumont, «Héliès Louis», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article87417>> [16.05.2014].

<sup>38</sup> Aline Vojtovic, «Ramadier Paul», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article128011>> [16.05.2014]. Seine Nähe zu Albert Thomas findet auch im Umstand den Ausdruck, dass er von 1948 bis 1961 Vertreter der französischen Regierung beim Internationalen Arbeitsamt in Genf war.

doul, der sich 1918 in Russland zu einem Bewunderer der Bolschewiken mauserte, sei hier der Anwalt André Morizet erwähnt, 1917 Mitarbeiter im Rüstungsministerium von Albert Thomas, der 1921 als Delegierter der französischen KP an den Kongress der Komintern nach Moskau fuhr und einen positiven Reisebericht mit einem Vorwort von Leo Trotzki veröffentlichte – um ein Jahr später der Partei den Rücken zu kehren, da sie von den Mitgliedern den Austritt aus allen „bürgerlichen“ Organisationen verlangte, unter anderem der Liga für Menschenrechte.<sup>39</sup>

Die Gegner der Regierungsbeteiligung und der Burgfriedenspolitik unter den ehemaligen Basler Delegierten brauchten mehrere Monate, um sich zu Wort zu melden. Erst als sich der Krieg hinzog und trotz Zensur Berichte die Runde machten, dass im Reichstag 20 SPD-Abgeordnete gegen weitere Kriegskredite gestimmt hatten, schien der Moment gekommen, die Fraktionsdisziplin hintenanzustellen und über die Grenzen hinaus Allianzen zu suchen.<sup>40</sup> Noch an der Internationalen Konferenz der Kriegsgegner in Zimmerwald (1915) war die französische Opposition lediglich durch die beiden Gewerkschafter Alfred Merrheim und Albert Bourderon vertreten – die ehemaligen Basler Delegierten fehlten. Bei der Propagierung der Zimmerwalder Ideen hingegen tat sich in Frankreich schnell der ehemalige Delegierte und Publizist Charles Rappoport hervor, der wohl beste Kenner des deutschen Marxismus in der SFIO und Vorreiter des „Komitee für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen“, das in den kommenden zwei Jahren die wichtigsten Köpfe der Antikriegsbewegung innerhalb und ausserhalb der SFIO vereinigen und 1920 den Grundstock zur (kurzen) Hegemonie der französischen KP abgeben sollte.<sup>41</sup>

An die Konferenz von Kienthal (1916) reisten drei französische Abgeordnete – weitere Kriegsgegner, so etwa Alfred Rosmer und Pierre Monatte – wurden an der Ausreise gehindert. Der ehemalige Basler Delegierte und französische Abgeordnete Jean-Pierre Raffin-Dugens wurde nach der Rückkehr zum *enfant terrible* der Nationalversammlung, wo er unermüdlich für das Kienthaler Manifest, einen sofortigen Frieden ohne Annexionen und Reparationen, focht; zusammen mit den „Kienthalern“ Pierre Brizon und Alexandre Blanc – auch sie ehemalige Lehrer – brachte Raffin-Dugens die Nationalversammlung in Aufruhr, als er aus einem Manifest deutscher Kriegsgegner für einen sofortigen Waffenstillstand vorlas. Die drei Franzosen wurden 1917 zu enthusiastischen Verfechtern der bolschewistischen Revolution, die

---

<sup>39</sup> Justinien Raymond, «Morizet André», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article89693>> [16.05.2014]. Zwei weitere ehemalige Basler Delegierte und spätere Spitzenbeamte in Ministerien zur Kriegszeit sind Charles Dumas (1883-1955) und Hippolyte Mauger (1857-1946).

<sup>40</sup> Zum „Tauwetter“ innerhalb der Sozialdemokratie bezüglich der Burgfriedenspolitik vgl. Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 2, Berlin 1974, S. 41-70.

<sup>41</sup> Zu Charles Rappoport (1865-1941), der von der Parteiführung als Intellektueller misstrauisch betrachtet und bis zu seinem Austritt 1938 keine leitenden Funktionen einnahm, vgl. Justinien Raymond, Marc Lagana, «Rappoport Charles», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article128117>> [16.05.2014]. Zum Aufstieg und Niedergang der KP Frankreichs vgl. Philippe Robrieux, *Histoire intérieure du parti communiste, 1920-1945*, Paris 1980.

mit ihrer Losung eines sofortigen Friedens Kriegsgegner innerhalb und ausserhalb Russlands auf ihre Seite zog und den Bruch mit der in die Kriegspolitik verstrickten Sozialdemokratie forderte.<sup>42</sup>

### In alle Winde zerstreut

Am Spaltungsparteitag der SFIO in Tours (1920) stimmten die Delegierten im Verhältnis von drei zu eins für die 21 Aufnahmebedingungen zur neugegründeten Komintern, womit sich eine deutliche Mehrheit für die KP Frankreichs entschied. Die Idee einer neuen, zentralisierten Internationale mit einem starken Zentrum stand nach dem Debakel der föderalistischen Zweiten Sozialistischen Internationale 1914, „in der jede Sektion machen konnte was sie wollte“, hoch im Kurs.<sup>43</sup> Von den ehemaligen Basler Delegierten ging hingegen nur eine Minderheit zu den Kommunisten: 40 blieben bei den Sozialisten, lediglich 17 stiessen zur KP Frankreichs.<sup>44</sup> Es bleibt zu vermuten, dass die 35% Delegierten, zu denen wir keine Angaben zum Verhalten bei der Spaltung 1920 haben, eher zur Parteibasis gehörten und zur KP wechselten als die biographisch gut erschlossenen Funktionäre.

Ein Teil der Delegierten zum Basler Kongress ist 1920/21 nicht (oder nicht nur) zur KP, sondern in den 1930er Jahren zur politischen Rechten übergelaufen. 25 ehemalige Delegierte haben sich um 1933 Gruppierungen wie dem *Parti socialiste de France* um Pierre Renaudel und Marcel Déat angeschlossen, die eine enge Allianz mit den Radikalen ins Auge fassten. Oscar Frossard ist sicher ein gutes Beispiel dafür, wie ein Teil der Basler Friedensbewegung über Umwege in der Kollaboration endete: Frossard wurde 1918, als in der SFIO die Kriegsgegner die Oberhand gewannen, neuer Generalsekretär, reiste 1920 mit Marcel Cachin zu Gesprächen nach Moskau und führte eine Mehrheit der SFIO in die KP Frankreichs, die ihn zum ersten Generalsekretär wählte. 1923 nach internen Intrigen ausgeschlossen, fand er den Weg zurück in die SFIO, die er 1935 erneut verliess, um 1935 unter Pierre Laval Minister und 1940 Mitglied des *Conseil National* in Vichy zu werden.<sup>45</sup> Ein Drittel der 1940

<sup>42</sup> Justinien Raymond, Pierre Broué, «Raffin-Dugens Jean-Pierre», in: *Le Maitron, Dictionnaire biographique*, <<http://maitron-en-ligne.univ-paris1.fr/spip.php?article127946>> [16.05.2014]. Zur Anziehungskraft und sozialen Verankerung der KP Frankreichs vgl. die frühen Arbeiten von Annie Kriegel, «Le Parti communiste français sous la Troisième République (1920-1939): l'évolution de ses effectifs», in: *Revue française de science politique* 1 (1966), S. 5-35; Annie Kriegel, *Les communistes français. Essai d'ethnographie politique*, Paris 1968. Zur zentralisierten Komintern vgl. Peter Huber, *op. cit.*, S. 198.

<sup>43</sup> Zur Spaltung und frühen KP Frankreichs vgl. Philippe Buton, L'implantation du communisme en France (1910-1990), in: Stéphane Courtois, Marc Lazar, Shmuel Trigano (Hg.), *Rigueur et passion. Mélanges offerts en hommage à Annie Kriegel*, Paris 1994, S. 201-219.

<sup>44</sup> Zum Verhalten bei der Spaltung haben wir lediglich Angaben zu 46% der ehemaligen Basler Delegierten: 12% sind inzwischen verstorben, 7% sind vor 1921 ausgetreten und zu 35% haben wir keine Angaben. 7 der 17 Basler Delegierten, die 1920 zur KP Frankreichs gingen, fanden bis 1928 den Weg zurück in die SFIO.

<sup>45</sup> Vgl. Biographie in: José Gotovitch, Mikhaïl Narinski (Hg.), *Komintern: l'histoire et les hommes. Dictionnaire biographique de l'International communiste*, Paris 2001.

noch lebenden ehemaligen Delegierten endeten in der Kollaboration – eine sehr hohe Zahl, die einer Erklärung bedarf.<sup>46</sup> Wer in diesen Beispielen nur prinzipienlose Karrieristen und Wendehälse sieht, greift zu kurz. Wir lassen die Frage im Raum stehen, sind aber der Ansicht, dass die Appeasement-Politik der 1930er Jahre mangels einer Alternative für einen Teil der sozialistischen Friedensbewegung von 1912 als eine glaubwürdige Option für ein befriedetes Europa erschien.

---

<sup>46</sup> 41 der 127 ehemaligen Delegierten sind vor 1940 gestorben, von weiteren 47 ist nicht bekannt, wie sie politisch endeten. Unsere Berechnungen zur Kollaboration beruhen somit auf einer Grundgesamtheit von 33 Delegierten.

## Louis Aragons ‚Die Glocken von Basel‘

André Vanoncini

Mit seinem im Dezember 1934 erschienenen Werk ‚*Les Cloches de Bâle*‘ (‚Die Glocken von Basel‘)<sup>1</sup> nimmt Louis Aragon direkt Bezug auf das Ereignis, dem sich unsere Tagung widmet. Er ist vermutlich der einzige bekannte europäische Schriftsteller, der den Basler Friedenskongress als Romanstoff verwendet, ja diesen sogar zum titelbestimmenden Höhe- und zugleich Schlusspunkt seiner Erzählung macht. Hierzu ist allerdings gleich zu bemerken, dass dem Basler Schauplatz und seinen Akteuren lediglich ein Zwanzigstel des gesamten Textvolumens zugestanden wird.

Es ist dies der ‚Clara‘ genannten Epilog, der sich an drei grosse Hauptteile mit den Titeln ‚Diane‘, ‚Catherine‘ und ‚Victor‘ anfügt. Dieser Ausklang und Ausblick gliedert sich wiederum in fünf Kapitel. In den beiden ersten sieht man den französischen Agenten Brunelli Jean Jaurès und Clara Zetkin beschatten. Im dritten richtet sich der Blick auf den langen Zug der Kongressteilnehmer unterwegs zwischen der Burgvogtei und dem Münster. Das vierte Kapitel bewertet in kurzer Form die Auftritte der Redner in der Kathedrale, wobei Jaurès als einziger eine ausführliche Erwähnung erfährt. Im fünften Kapitel schliesslich erfolgt eine Würdigung von Clara Zetkin und eine Huldigung an dieselbe als die wahre ‚femme des temps modernes‘.<sup>2</sup>

Nun ist ja bekannt, dass mit den ‚Glocken von Basel‘ eine entscheidende Weichenstellung in Aragons Schaffen stattfindet. Es handelt sich hier um sein erstes Werk im Stil des ‚sozialistischen Realismus‘ und damit auch um seinen anscheinend vollständigen Abschied von den im Kontext des Surrealismus entstandenen Kreatiionen. ‚Die Glocken von Basel‘ bilden mit ‚*Les Beaux Quartiers*‘ (1936), ‚*Les Voyageurs de l'impériale*‘ (1942), ‚*Aurélien*‘ (1944) und ‚*Les Communistes*‘ (1949-1951) den Zyklus mit dem programmatischen Titel ‚*Le Monde réel*‘ (‚Die wirkliche Welt‘).

Die Rezeption dieses viertausendseitigen Epos war dauerhaft geprägt von den ideologischen Gegensätzen und Richtungsdebatten in der Zeit vor und noch mehr nach dem Zweiten Weltkrieg. Gerade in Frankreich war es üblich, dass auch jene Kritiker, die mit der kommunistischen Linken sympathisierten, den ‚*Monde réel*‘ als schwer verdauliche Propagandaliteratur qualifizierten. Die meisten Darstellungen teilen das Gesamtwerk Aragons in qualitativ unterschiedlich einzuschätzende Ab-

---

<sup>1</sup> Ins Deutsche übersetzt von Alfred Kurella Berlin DDR, 1964. Taschenbuchausgabe Frankfurt am Main, 1986.

<sup>2</sup> Louis Aragon, *Oeuvres romanesques complètes*, Bd. I, Paris 1997, S. 1001. Alle folgenden Zitate verweisen auf diese Pléiade Ausgabe.

schnitte ein. Nach der Hochphase des Surrealismus mit Texten wie *Anicet ou le panorama* (1921) oder *Le Paysan de Paris* (1924) erscheint ihnen *Le Monde réel* wie eine Verleugnung der Kunst im Dienste der stalinistischen Weltanschauung. Erst 1958, als *La Semaine sainte* erscheint, wird Aragon die Rückkehr zur eigentlichen Literatur attestiert, und anerkannt, dass ihm mit dieser Geschichte der Hundert Tage Napoleons ein hervorragender historischer Roman gelungen sei.

In seinen späteren Stellungnahmen hat der Autor diese Sichtweise keineswegs akzeptiert. So wehrt er sich vehement gegen die Klassifizierung seiner Werke in biographisch bedingte Rubriken mit unterschiedlichem Gütesiegel: „Alle meine Romane sind historisch, auch wenn sie nicht in Kostümen daherkommen.“<sup>3</sup>

Aus heutiger Sicht kann man sicher sagen, dass die verschiedenen ideologischen Schleier den Blick auf Aragons Schaffen getrübt haben und damit gerade den Zyklus des *Monde réel* einer genaueren, durchaus lohnenswerten Untersuchung entzogen haben. Vor allem *Les Cloches de Bâle* wurde wegen seiner Auftaktrolle von der Kritik kaum beachtet, bis dann in den neunziger Jahren ein neuer Umgang mit dem Roman möglich wurde. So hat zum Beispiel Philippe Forest in der von ihm mitbetreuten Pléiade Ausgabe sehr subtil aufgezeigt, wie stark in *Les Cloches de Bâle* gewisse formelle, thematische und auch autobiographische Aspekte dieselbe tragende Rolle spielen wie in den sogenannten surrealistischen Texten.<sup>4</sup>

Aragon ist ein grosser Rebell und ein ebenso grosser Schriftsteller, der seine lebenslange Identitätssuche im Kontext der Umwälzungen und Zerstörungen Europas zu einem Zeitzeugnis und Kunstwerk verdichtet hat. Diese Optik, und nicht die Wertung des politischen Menschen Aragon, soll für die folgenden Ausführungen Geltung haben.

In einem ersten Schritt scheint es mir unabdingbar, einige für mein Thema entscheidende Fakten aus Aragons Werdegang in Erinnerung zu rufen.<sup>5</sup> Louis wird 1897 als uneheliches Kind von Marguerite Toucas und dem um dreissig Jahre älteren Politiker Louis Andrieux geboren. Um den Ruf des verheirateten Notabeln zu schützen, wird der Junge unter dem Namen Aragon als von seiner Grossmutter adoptiertes Waisenkind präsentiert. Innerhalb der Familie täuscht Marguerite Toucas vor, seine Schwester zu sein, während die supponierte Erzeugerin Blanche als vom Tod hingerafft dargestellt wird. Andrieux wiederum bezeichnet sich bei seinen Treffen mit Marguerite als „Vormund“. Louis wächst in einer Welt der bourgeois Ansprüche, Doppelbödigkeiten und Selbstlügen auf, oft sich selbst überlassen, was ihn sehr früh zu einem alles verschlingenden Leser macht.

---

<sup>3</sup> „Tous mes romans sont historiques, bien qu'ils ne soient pas en costume.“ In: Louis Aragon, „L'auteur parle de son livre“, in: *Two Cities*, 15. April 1959, neu aufgelegt in *Oeuvres romanesques croisées d'Elsa Triolet et Louis Aragon*, Bd. 29, Paris 1967, S. 16-19. Dieses, sowie auch die folgenden französischen Zitate, wurden von mir ins Deutsche übersetzt.

<sup>4</sup> L. Aragon 1997, *op. cit.*, S. 1266-1270.

<sup>5</sup> Für Aragons Biographien, siehe Pierre Daix, *Aragon*, Paris 2005; Pierre Juquin, *Aragon. Un destin français*, 2 Bd., Paris 2012 und 2013.

1915 erreicht er das dienstfähige Alter. Er wird vorerst aus gesundheitlichen Gründen zurückgestellt und beginnt ein Studium der Medizin. Am Hôpital du Val-de-Grâce trifft er auf André Breton, der dieselbe Ausbildung wie er durchläuft. Als er 1918 in der Funktion eines „*médecin auxiliaire*“ zum Fronteinsatz aufgeboten wird, klärt ihn seine Mutter unterwegs zur Gare de l'Est über seine und ihre wahre Identität auf. Gemäss einem späteren Kommentar von Aragon, wollte sein Vater nicht, dass sein Sohn „getötet werden könnte, ohne zu wissen, dass [er] ein Produkt seiner Männlichkeit gewesen war“.<sup>6</sup> Nach seinem Einsatz während der Sommeroffensive von 1918 in der Champagne erhält Aragon die „*croix de guerre*“.

Im Sommer 1919 aus der Armee entlassen, beteiligt sich Aragon an den Veranstaltungen des Pariser Dadaismus, und lanciert mit Breton und Philippe Soupault den Surrealismus. 1922 beschliesst er sein Medizinstudium abubrechen, und sich ganz seiner eigentlichen Leidenschaft hinzugeben. In der folgenden Zeit schreibt er einige der bekanntesten surrealistischen Texte und hat mehrere, eher unglückliche Liebesaffären, wobei ihn seine problematische Beziehung mit Nancy Cunard bis zu einem beinahe fatalen Selbstmordversuch treibt (September 1928). Nachdem er schon seit einigen Jahren eine Annäherung an die Kommunisten versucht hat, tritt er dem *parti communiste* (PCF) am 6. Januar 1927 bei. Von der Surrealisten-Gruppe sind schon Benjamin Péret, Pierre Naville und Paul Eluard Mitglieder, während Breton kurz darauf ebenfalls beitrifft.

Im November 1928 lernt Aragon in der „Coupole“ Majakowski kennen, und am Tag darauf Elsa Triolet, die Schwester von Majakowskis Geliebter Lili Brik. Mit Elsa wird er forthin zusammenleben. Nun beginnt auch die Zeit seiner Aufenthalte in der UdSSR, erfolgt sein Bruch mit Breton und den Surrealisten und sein Bekenntnis zum „sozialistischen Realismus“. Ende 1934 erscheinen *Les Cloches de Bâle* bei Denoël et Steele.

Es ist unschwer zu erkennen, wie viele dieser biographischen Elemente in *Les Cloches de Bâle* – und auch in die anderen Werke des Zyklus – eingeflossen sind. Vor allem die Figur von Catherine, der ja der längste Teil des Romans gewidmet ist, spiegelt in vielfacher Hinsicht die prägenden Momente im Leben Aragons, bis hin zum knapp verhinderten Suizid.

Nun ist aber auch festzuhalten, dass der Schriftsteller das Dargestellte keineswegs dem absoluten Diktat der biographischen oder historischen Authentizität unterwirft. Gerade die titelentscheidende Schlussepisode von *Les Cloches de Bâle* entbehrt einer solchen Grundlage. Es ist offensichtlich, dass Aragon am Friedenskongress von 1912 nicht teilnehmen konnte, und es ist wahrscheinlich, dass er die Stadt Basel nie kennengelernt hat. Seine Informationen zum Kongress bezieht er aus der Presse, vor allem aus der *Humanité* vom 25. November 1912 und aus dem *Bulletin*

---

<sup>6</sup> Louis Aragon, *Henri Matisse, roman*, Bd. II, Paris 1971, S. 215. („Il ne voulait pas que je pusse être tué sans savoir que j'avais été une marque de sa virilité“).

*périodique du Bureau socialiste international*, IV, Nr. 10, in dem die damals gehaltenen Reden vollständig wiedergegeben sind.<sup>7</sup>

Die Irrtümer und Ungenauigkeiten, die sich in Aragons Beschreibung von Basel aneinanderreihen, zeugen von seinem geringen Verantwortungsgefühl gegenüber den lokalen Charakteristika des Schauplatzes. So sieht er im Münster eine papsttreue Kathedrale, die nur dank des Entgegenkommens des Bischofs und der starken katholischen Parlamentsfraktion für die Abhaltung des Kongresses freigegeben wird (S. 986). Auf die 130'000 Einwohner der Stadt kommen gemäss seinen Angaben 190 Millionäre, deren Reichtum aus der Herstellung von Farben, Papier und Bier stammen soll, aber auch aus den doch eher untypischen Bereichen der Stahl- und Elektroindustrie. Abschliessend hält er fest, dass das Regime der 190 Millionäre von „Bâle-sur-le-Rhin“ politisch gut abgestützt ist, dank einer Allianz zwischen dem Kreuz und dem Sozialismus.

Die Stadt am Rheinknie hat aber noch nicht ihr ganzes Fett abgekriegt. So wird sie als eigentliches Nebelloch qualifiziert, „eines der am stärksten Rheuma erzeugenden Gelenke des alten Europa“<sup>8</sup>, während das von den Baslern so geliebte Rauschen des Stroms mit dem Klappern von zerbrochenem Geschirr verglichen wird (S. 986). Nur wenn es darum geht, Clara Zetkins Augen zu besingen, ist der Rhein wieder als edler Metaphern-Lieferant gefragt. Da wird er zum Ort der tiefen Wasser und, um das Mass voll zu machen, zum guten „alten deutschen Rhein“ (S. 991). Das schiefe Bild wird vervollständigt durch die unsorgfältige Wiedergabe von Orts- und Personennamen, die für Teile der hiesigen Bevölkerung auch heute noch eine gewisse Notorietät bewahrt haben. So entdeckt man die Existenz einer Burgvogteihalle, statt Burgvogteihalle (S. 993), und erfährt von den Reden der sozialistischen Regierungsräte Wurschleger, statt Wullschleger (S. 993) sowie Blocker, statt Blocher (S. 996).<sup>9</sup>

Nun ist sicher zu sagen, dass in dieser Passage Aragons gefürchtetes Talent zur Polemik zum Tragen kommt. Der Schriftsteller war zeitlebens bekannt dafür, gnadenlose Verbalattacken gegen alles Ungeliebte abfeuern zu können.

Im Falle des Basler Kongresses geht es Aragon darum, die Naivität der meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die aus seiner Sicht groteske Vergeblichkeit ihrer Friedensbemühungen in eine möglichst adäquate Stimmung zu tauchen. Die Münsterglocken, einstmals wohltönende Begleitung einer in sich ruhenden Gemeinschaft, werden nun zu schrillen Vorboten der Zerstörung jeglicher internationaler Solidarität. Die Defilierenden in ihren zum Teil folkloristischen Kostümen schrei-

---

<sup>7</sup> Siehe dazu L. Aragon 1997, *op. cit.*, S. 1305 und Suzanne Ravis-Françon, «Des discours de Jaurès au discours d'Aragon dans *Les Cloches de Bâle* et *Les Beaux quartiers*», in: *Annales littéraires de l'Université de Besançon* 399, 2 (1989), S. 101-130.

<sup>8</sup> „[...] l'une des articulations les plus rhumatisantes de la vieille Europe“. L. Aragon 1997, *op. cit.*, S. 988.

<sup>9</sup> Die Pléiade Ausgabe enthält dazu keine Richtigstellungen. Zu einer genauen Kenntnis der Umstände und Akteure verhilft Bernard Degen, *Krieg dem Kriege: Der Basler Friedenskongress der Sozialistischen Internationale von 1912*, Basel 1990.

ten voran, als wären sie schon auf dem Weg zu den Schlachtbänken der Masurischen Seen und Verduns (S. 997).

Ganz offensichtlich nutzt Aragon gegenüber den Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmern seinen Erfahrungsvorsprung von 22 Jahren. Und natürlich schreibt er 13 Jahre nach dem Kongress von Tours mit dem typischen Bewusstsein eines PC-Mitglieds, das den Sozialisten – gleichgültig ob älteren oder neueren Datums – mit grosser Skepsis gegenübersteht. Viele der sozialistischen Parteigrössen von 1912 erscheinen ihm als „feierliche Bonzen [...] die achtzehn Monate später das europäische Proletariat den Kriegsherren ausliefern sollten.“<sup>10</sup>

Man darf allerdings nicht übersehen, dass Aragon von den Wunden des Krieges, den er persönlich miterlebt hat, tief gezeichnet ist. Sein Rückblick als Davongekommener drückt echtes Mitgefühl für die Tragik der künftigen Kriegsoffer aus. Ganz deutlich zeigt sich dies am Beispiel einer Gruppe von badischen Bauern, die voller Zuversicht den Reden am Basler Kongress folgen. Von ihnen springen die Gedanken Aragons plötzlich mitten in den Krieg:

„Es war ein Badener, dieser Junge der Klasse 19, gleich neben Oulchyla-Ville, so meine ich, am 2. August 1918. Die französischen Kanonen hatten die Ebene mit einem neuen Typ Giftgas eingenebelt, dessen Wirkung wir noch nicht kannten. Und wie dann dieser neunzehnjährige Junge, verloren und erblindet, auf uns zukam – wir befanden uns im Schutz des Strasendamms – die Hände vor sich hin gestreckt, da sah ich, dass mit seinem Gesicht etwas nicht in Ordnung war. Einen Augenblick zögerte er, dann führte er seine linke Hand zum Gesicht und umklammerte es leicht mit seinen Fingern, wie jemand, der starkes Kopfweg hat. Als seine Hand wieder herunterkam, hielt sie etwas blutiges, unsägliches, seine Nase. Was aus seinem Gesicht geworden war, man versuche es sich einmal vorzustellen.../ Seit dieser Zeit bin ich den Geruch der Verwesung nie ganz losgeworden, wobei dieser nicht ganz gleich ist beim Menschen und beim Pferd. Manchmal finde ich ihn im Traum wieder und wache auf“ (S. 997-998).<sup>11</sup>

„*Les Cloches de Bâle*“, insbesondere in seinem Epilog, ist durchdrungen vom Gefühl des Grauens, das in Aragon immer wieder hochsteigt, wenn er an den Sommer von 1918 erinnert wird; und ganz gewiss erfährt er die gleiche Bedrückung, wenn er den

<sup>10</sup> „[...] bonzes solennels [...] qui devaient, dix-huit mois plus tard, livrer aux seigneurs de la guerre les prolétariats européens.“ L. Aragon 1997, *op. cit.*, S. 997.

<sup>11</sup> „C’était un Badois, ce gosse de la classe 19 à côté d’Oulchy-la-Ville, je crois bien, le 2 août 1918. Les canons français avaient inondé le plateau de nouveaux gaz asphyxiants dont nous ignorions les effets, et quand ce garçon de dix-neuf ans, perdu, aveuglé, arriva sur nous qui étions à l’abri du talus de la route, les mains lancées en avant, je vis qu’il avait quelque chose d’anormal au visage. Un instant il hésita, puis comme quelqu’un qui a très mal à la tête, il porta sa paume gauche à son visage et le serra un peu dans ses doigts. Quand sa main redescendit, elle tenait une chose sanglante, innommable: son nez. Ce qu’il était advenu de sa figure, pensez-y un peu longuement.../ Je n’ai jamais depuis ce temps tout à fait perdu l’odeur de la gangrène, qui n’est pas absolument la même sur la charogne de l’homme et sur celle du cheval. Je la ressens parfois en rêve. Cela me réveille.“

kontinuierlichen Aufstieg der faschistischen Kräfte in Europa beobachtet. So schreibt er denn auch folgerichtig in seinem 1966 verfassten Vorwort einer Neuauflage des Romans: „Wenn die Glocken von Basel läuten, so tun sie dies einerseits am Vorabend von 1914 und andererseits als Vorböten von 1939“<sup>12</sup>.

Mit diesen Vorahnungen quälte sich Aragon im Jahre 1934 natürlich nicht als einziger. In manchen europäischen Ländern bildeten sich damals Gruppierungen mit dem Ziel, dem Faschismus den Riegel vorzuschieben. An vielen Orten, vor allem auch in Paris, fanden Schriftstellerkongresse im Zeichen des antifaschistischen Kampfes statt.<sup>13</sup>

Genauso ausschlaggebend ist aber, dass sich Aragon in die französische Gross-tradition des historisch-politischen Romans stellt. Nachdem die Revolution und Napoleon die Massen zu Hauptakteuren der Geschichte befördert hatten, wurden diese auch zur inhalts- und formbestimmenden Ressource des Erzählgenres.<sup>14</sup> Balzac mit ‚*Les Chouans*‘ (1830) machte den Schritt von den Mittelalter-Fresken Walter Scotts zum gegenwartsbezogenen historischen Roman. Ihm folgten – jeder auf seine Weise – Stendhal, Flaubert, Hugo, Zola, Romain Rolland, Barrès und viele mehr. Mit dem Ausbruch und Andauern des Ersten Weltkrieges entstand als erstes eine Zeugnisliteratur, deren bekannteste französische Beispiele ‚*Le Feu*‘ (1916) von Henri Barbusse und ‚*Les Croix de bois*‘ (1919) von Roland Dorgelès sind. Aber auch Proust als Nichtmobilisierter wird durch die vier Kriegsjahre entscheidend geprägt: Es soll hier genügen, darauf hinzuweisen, dass er sein geliebtes Combray aus der Umgebung von Chartres in die Nähe von Verdun verpflanzt und der vollständigen Zerstörung preis-gibt.<sup>15</sup>

Mit wachsender zeitlicher Distanz entstehen neue Sichtweisen auf den grossen Weltkrieg. Alle denkbaren Facetten des Ereignisses erfahren eine Würdigung mittels verschiedenster Darstellungsformen. Dieses Interesse dauert in Frankreich bis heute an. Gerade kürzlich hat ein so bedeutender Autor wie Jean Echenoz einen Roman mit dem Titel ‚14‘ veröffentlicht<sup>16</sup>.

Schauen wir nun auf die Zwischenkriegszeit zurück, so erscheinen Blaise Cendrars mit ‚*J’ai tué*‘ (1918), ‚*Moravagine*‘ (1926) und schliesslich ‚*La Main coupée*‘ (1946), sowie Louis-Ferdinand Céline mit ‚*Voyage au bout de la nuit*‘ (1932), als die grossen Tabubrecher.<sup>17</sup> Während Aragon Cendrars Werken ablehnend gegenüber-

<sup>12</sup> „Et que sonnent à Bâle les cloches, ce sont à la fois celles de la veille de 14, celles de 39 qui approche.“ In: Louis Aragon, *C’est là que tout a commencé...*, in: *Œuvres romanesques complètes*, Bd. 2, Paris 1997, S. 709.

<sup>13</sup> Siehe dazu Herbert R. Lottman, *The Left Bank*, New York 1981.

<sup>14</sup> Dazu Georg Lukacs, *Probleme des Realismus III. Der historische Roman*, Neuwied 1965.

<sup>15</sup> Dazu André Vanoncini, «La guerre dans le *Le Temps retrouvé* et les origines de la création proustienne», in: *Zeitschrift für französische Sprache und Literatur* 103, 2 (1993), S. 144-152.

<sup>16</sup> Erschienen bei Minit, 2012. Für den deutschen Sprachraum zu erwähnen ist das neuste Werk von Florian Illies, *1913. Der Sommer des Jahrhunderts*, Frankfurt 2012.

<sup>17</sup> Cendrars lässt in den beiden erstgenannten Werken Bilder einer Gewaltorgie entstehen, die ihm von den Surrealisten, insbesondere von Aragon, den fälschlichen Vorwurf einbrachten, ein Kriegs-

steht, sieht er in Célines Roman einen grossen Wurf. Die Bewunderung geht so weit, dass er dessen Übersetzung ins Russische durch Elsa Triolet in die Wege leitet.<sup>18</sup>

Aragon orientiert allerdings sein eigenes Romankonzept nicht an den Werken dieser Eigenbrötler. Sein Interesse gilt nicht primär dem individuellen Leiden des Menschen als Opfer einer industriellen Vernichtungsmaschinerie. Man findet in seinen Romanen nur kurze Einblendungen des Frontgeschehens – wie in der oben erwähnten Szene aus dem Sommer 1918. Aragon versucht vielmehr, den Krieg als grausigen Höhepunkt von bestimmten sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklungen zu verstehen. Damit teilt er die Stossrichtung der Grosswerke von Jules Romains (*Les Hommes de bonne volonté*, 27 Bände, 1932-1940) und Roger Martin du Gard (*Les Thibault*, 9 Bände, 1922-1940).

Nimmt man Aragons mehrbändigen *Monde réel* hinzu, so erkennt man einerseits dieselbe Einschätzung des Kriegs als epochale Katastrophe, andererseits aber auch die Überzeugung, dass die proletarische Bewegung, unter der Ägide von Personen wie Clara Zetkin, die Menschheit in eine glücklichere Zukunft führen werde. Aus dieser Perspektive lässt sich nun auch besser verstehen, warum der Basler Friedenskongress und seine sozialistischen Hauptfiguren in *Les Cloches de Bâle* so schlecht wegkommen.

Aragon hat nämlich noch 1931 zum proletarischen Aufstand in Frankreich aufgerufen, wobei er als erste Massnahme die Hinrichtung der sozialistischen Führer propagierte:

„Feu sur Léon Blum / Feu sur Boncour Frossard Déat / Feu sur les ours savants de la social-démocratie/ Feu feu j’entends passer / la mort qui se jette sur Garchery / Feu vous dis-je / Sous la conduite du Parti communiste/ SFIC / Vous attendez le doigt sur la gâchette / Feu.“<sup>19</sup>

Drei Jahre später, von Dezember 1933 bis Februar 1934, berichtet Aragon in der *Humanité* über den grossen Streik der Pariser Taxifahrer. In der gleichen Zeit verfasst er *Les Cloches de Bâle*, wo der genannte Streik wieder auftaucht, allerdings auf die Jahre 1911-1912 verlegt wird.<sup>20</sup> In den langwierigen Schilderungen des Kampfs

---

hetzer zu sein. Céline wiederum hat in Bardamu einen vom Kriegstreiben degoutierten Antipatrioten geschaffen.

<sup>18</sup> Diese erscheint im Jahr 1934. Auch die jungen Sartre und Simone de Beauvoir sind, wie viele andere Intellektuelle dieser Zeit von Célines Erstling beeindruckt. Erst einige Jahre später entsteht bei ihnen ein Bewusstsein von der eigentlichen Position Célines im ideologisch-politischen Spektrum.

<sup>19</sup> Louis Aragon, *Front rouge*, in: Ders., *Persécuté persécuteur*, Paris 1998. Zu den Kontroversen, die das Gedicht ausgelöst hat, siehe Pierre Lepape, *Le Pays de la littérature*, Paris 2003, S. 611-613.

<sup>20</sup> Tatsächlich ist zu diesem Zeitpunkt ebenfalls ein solcher Arbeitskampf im Gang. Aragon schreibt hierzu einen interessanten Kommentar: „Als ich *Catherine* schrieb, also den zweiten Teil des Romans [...] hatte ich noch nicht den Ausblick auf den dritten, *Victor*, also den Pariser Taxistreik von 1911-1912, der völlig analog zu demjenigen von Dezember 1933-Februar 1934 beschrieben ist, wobei ich letzteren als Reporter für die *Humanité* mitverfolgte.“ In: L. Aragon, *C’est là que tout a commencé...*, *op. cit.*, S. 698. („Lorsque j’ai écrit *Catherine*, c’est-à-dire la seconde partie du livre [...], je n’avais pas la perspective de la troisième, *Victor*, c’est-à-dire de la grève des taxis

kommen die Akteure auch auf die Rolle der Sozialisten zu sprechen. Diese werden zwar nicht mehr zum Abschluss freigegeben, aber immer noch der Bereitschaft zu revisionistischen Ansichten verdächtigt. So wird etwa Jaurès von einem der Chauffeure als verkappter Imperialist bezeichnet (S. 924). Catherine ihrerseits verurteilt eine Rede des Sozialistenchefs, der gesagt haben soll, dass „sich drei Kräfte in der Welt *glücklich* zusammenfügen, nämlich die weltumspannende Organisation der Arbeit, der moderne Kapitalismus und der alte amerikanische Idealismus“.<sup>21</sup>

Genau in der Phase, in der Aragon den Basler Schlussteil seines Romans schreibt, ändert sich seine Einschätzung von Jaurès ein weiteres Mal.<sup>22</sup> Unter dem Eindruck der immer aggressiveren Politik Hitlers und Mussolinis, sowie auch der antiparlamentarischen Aktionen französischer Rechtskonservativer im Februar 1934, kam es zum Schulterschluss zwischen Kommunisten und Sozialisten, also PCF und *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO). Damit wurde bekanntlich die Basis zum Erfolg des *Front Populaire* im Jahre 1936 gelegt.

Nun ergab sich allerdings die Notwendigkeit, die von den Kommunisten bis anhin als Klassenfeinde geschmähten Sozialisten einer Neubewertung zu unterziehen. Aragon bewerkstelligt die Kehrtwende, indem er die Basler Rede von Jaurès als Ausdruck eines zumindest vorübergehenden proletarischen Bewusstseins darstellt: „Was auch immer seine Irrtümer und Fehler gewesen sein mögen, in diesem Augenblick siegt auch bei Jaurès das Wort über die bourgeoise Vernunft, und er, Jaurès, spürt sein Arbeiterherz schlagen und ist jetzt trotz allem die eigentliche Inkarnation des Kampfs gegen den Krieg.“<sup>23</sup>

Während Jaurès als die einigende Kraft im letztlich aussichtslosen Aufbäumen gegen die nahende Katastrophe erscheint, zeigt sich in Clara Zetkin die noch kaum bekannte Leuchtfigur einer neuen Menschengemeinschaft. Mit ihren Worten scheint sie den Vernichtungsrausch des kapitalistischen Systems und seiner männlichen Eliten überwinden zu können; sie steht für die anbrechende Ära des echten Sozialismus dank der Gleichheit von Mann und Frau: „Sie ist die Frau der Zukunft, oder besser, bekennen wir es mutig, sie ist die Frau der Gegenwart. Die mir gleichwertige. Dieje-

---

parisiens de 1911-1912, qui est entièrement décrite sur la grève analogue de décembre 1933-février 1934, que j'ai suivi comme reporter pour *L'Humanité* où je travaillais.“

<sup>21</sup> „Le fait est que Catherine avait lu avec révolte la célèbre phrase sur les trois forces qui se composent *heureusement* dans le monde: l'organisation internationale du travail, le capitalisme moderne et le vieil idéalisme américain.“ L. Aragon 1997, *op. cit.*, S. 924.

<sup>22</sup> Eine detaillierte Darstellung dieser Entwicklung findet sich in S. Ravis-Françon, *op. cit.* Dieselbe Studie widmet sich auch der Frage, wie Aragon Redefragmente von Jaurès und Clara Zetkin in seinen Text integriert. Am Schluss des Artikels figurieren die vollständigen Reden, so wie sie im *Bulletin périodique du Bureau Socialiste International* erschienen sind.

<sup>23</sup> „Avec tout ce que vous voudrez de défauts, d'erreurs, Jaurès, à cette minute où la parole encore une fois l'emporte au-delà de la raison bourgeoise, où il sent, lui, battre ce cœur ouvrier qu'il exprime après tout, malgré tout, Jaurès incarne vraiment la lutte contre la guerre [...]“. L. Aragon 1997, *op. cit.*, S. 998.

nige, zu der mein ganzes Buch hinstrebt, diejenige, in der das soziale Problem der Frau gelöst und überwunden ist.“<sup>24</sup>

Diese Aura erlaubt es Clara Zetkin, die Gewaltorgien des Ersten, aber auch des drohenden Zweiten Weltkrieges, als Folgen eines von ihr längst durchschauten und damit überwundenen Systems zu erklären. Aragon sieht in ihr die Verkörperung seines politischen Ideals einerseits, seiner Suche nach Wahrheit andererseits. Die Kämpferin mit dem unbeugsamen Willen zur Durchsetzung weiblicher Authentizität bestätigt Aragons eigene Auflehnung gegen die Vergewaltigung seiner Seele durch die bürgerliche Pseudomoral.

Da Clara Zetkin mit ihrer überragenden Position erst im kurzen Schlussteil von *Les Cloches de Bâle* zur Geltung kommt, entzieht sich die gesamte Erzählung der Gefahr, zum plumpen Thesendiskurs zu werden. Aragon gelingt es, mit einer Vielzahl von technischen Mitteln, die ideologischen Standpunkte sowohl der Protagonisten als auch des Erzählers zu relativieren. So verwendet er zum Beispiel die Kollage zur Gegenüberstellung von Romantext und Dokument, die freie indirekte Rede zur Vermischung von personaler und auktorialer Stimme, die Parallel-Montage von unterschiedlichen Erlebnisketten zur Gewährleistung einer multiperspektiven Realitätsbetrachtung. Zu Recht schreibt Philippe Forest: „Aragon zeigt eine Gesellschaft, in der das Geschäft von der Gier geleitet wird, die Liebe vom Rentabilitätsdenken, und die Politik von Geheimbünden; der Kommunist führt in dieser Beziehung das Werk des Monarchisten Balzac weiter, von dem man weiss, wie sehr ihn Marx bewundert hat.“<sup>25</sup>

Aragons historischer Roman bietet einen literarisch überzeugenden Beitrag zum Verständnis seiner Epoche und liefert darüber hinaus eine wohl zeitübergreifende Studie zur Dialektik von Gesellschaft und Krise. Erstaunlich ist, dabei festzustellen, dass die zum Teil realitätsverzerrende Schilderung des Basler Friedenskongresses, oder das facettenreiche Jaurès-Bild, der Glaubwürdigkeit des Romans keinen Abbruch tun. Zu gut ist die Polyphonie der Stimmen mit den durch sie vermittelten Inhalten verwoben, als dass ein Bedürfnis nach grösserer Faktensicherheit entstünde. In diesem Sinne stehen *Les Cloches de Bâle* tatsächlich in der Tradition jener Werke, in denen Dichtung und Wahrheit zusammenfliessen und zum Stoff, ja vielleicht zum Diskurs von Geschichte werden.

---

<sup>24</sup> „Elle est la femme de demain, ou mieux, osons le dire: elle est la femme d’aujourd’hui. L’égale. Celle vers qui tend tout ce livre, celle en qui le problème social de la femme est résolu et dépassé.“ L. Aragon 1997, *op. cit.*, S. 1001.

<sup>25</sup> „Disant dans la société le jeu avide des intérêts, le calcul rentable des affections, la conspiration masquée des pouvoirs, le communiste Aragon poursuit à sa façon l’œuvre du monarchiste Balzac, dont on sait l’admiration que lui vouait Karl Marx.“ Philippe Forest, Notice, in: L. Aragon 1997, *op. cit.*, S. 1274.

# Rekonstruktion aktueller Vergangenheit

## Der vierte „Montagabend“ des Basler Theaters vom November 1972

Georg Kreis

Der folgenden Beitrag gilt nicht dem Ereignis selber, er gilt vielmehr seiner späteren Rekonstruktion, also einer Geschichte zweiten Grades, die nun selbst wiederum rekonstruiert, also eine Geschichte dritten Grades wird.<sup>1</sup> In diesem Beitrag geht es auch nicht direkt um die Frage, wie ein Ereignis in Folge seiner von ihm ausgehenden Strahlkraft im Gedächtnis von Individuen und Gruppen erhalten geblieben ist. Es geht in diesem Fall vielmehr darum aufzuzeigen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Absichten und mit welcher Wirkung ein Ereignis zum Gegenstand der Erinnerungspflege gemacht worden ist. Schliesslich stellt sich dann aber doch auch die Frage, was die Rekonstruktion von 1972 über die Wirkung von 1912 aussagt. Gewiss gäbe es auch die Frage, wie das Ereignis in den sechziger Jahren zwischen seiner Originaldurchführung und seiner Rekonstruktion im Gedächtnis geblieben ist. Da wird schnell auf Louis Aragons Roman *Les Cloches de Bâle* von 1934 hingewiesen, was aber die Frage einerseits nicht vollständig beantwortet und andererseits nur verschiebt, weil man ja auch wissen möchte, wie Aragon zu seinem Stoff gekommen ist.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Der Friedenskongress selbst und die Friedensbemühungen vor 1914 sind nicht Thema dieses Beitrags. Dennoch soll aus zwei Gründen noch auf eine Aktion von 1913 hingewiesen werden: Einmal um zu zeigen, dass auf Grund sozialdemokratischer Initiative (Robert Grimm) weitere Annäherungsversuche unternommen wurden, und zum anderen, um auch in diesem Fall auf eigene Arbeiten zurückzukommen, d.h. auf den 1983 zusammen mit Herbert Lüthy herausgegebenen fünften Band der Diplomatischen Dokumente der Schweiz, in dem ein Dokument aufzeigt, dass der Bundesrat ein für Bern geplantes und am 10.-12. Mai 1913 (an Pfingsten!) durchgeführtes Treffen zwischen französischen und deutschen Parlamentariern nicht unterstützen wollte. Der Bundesrat distanzierte sich in einem Telegramm an seinen Botschafter in Paris entschieden („Conseil fédéral absolument étranger à conférence interparlementaire pour rapprochement franco-allemand.“) Dieses Treffen sei eine Sache der Linken und der Hoteliers (!). (Dokument Nr. 367 vom 30. April 1913). An der Berner Konferenz wurde beschlossen, dass ein Komitee periodisch zusammenkommen solle. Eine erste solche Begegnung fand vom 30. Mai bis zum 1. Juni 1914 zwischen 16 französischen und 18 deutschen Parlamentariern in Basel statt; bei diesem Treffen sprach man sich erneut für Rüstungsbeschränkung und Schiedsgerichtsbarkeit aus. Weitere Auskünfte dazu finden sich in der Arbeit der früheren Kollegin Verdiana Grossi, *Le pacifisme européen, 1889-1914*, Bruxelles 1994, S. 364-373.

<sup>2</sup> Zu Aragons Buch vgl. den Beitrag von André Vanoncini in diesem Band.

## Die Rekonstruktion von 1972

Die Rekonstruktion von 1972 reiht sich ein in die lange Tradition von Wiederaufführung von Momenten der Vergangenheit, heute vor allem mit „authentischen“ Nachstellungen von kriegerischen Szenen unter dem Titel des *Reenactment* praktiziert.<sup>3</sup> Während mit dem im November 2012 an der Universität Basel durchgeführten Kongress primär akademische Analyse aus Anlass eines 100-Jahr-Gedenkens betrieben wird, lagen 1972 dem 60-Jahr-Gedenken deklarertermassen politische Absichten zu Grunde.

Der Friedenskongress von 1912 wurde 1972 als einer der so genannten „Montagabende“ der Basler Theater reinszeniert. Gemäss Theater-Direktor Werner Düggelin startete man bereits 1970 diesen Typus von szenisch aufgeführter Realdokumentation mit dem Nachspielen eines Dienstverweigerungsprozesses. Das Ziel bestand darin, die politisierte Jugend für das Theater zu gewinnen.<sup>4</sup> Neben dem Friedenskongress von 1912 waren andere Themen: der Generalstreik von 1918, die Genfer Unruhen von 1932 und der Frontenfrühling von 1933.<sup>5</sup> Diese Themen wurden vom Theatermann (Theaterwissenschaftler/Regisseur) Erich Holliger in Zusammenarbeit mit dem Historischen Seminar (Prof. Markus Mattmüller und Nachwuchshistorikern seiner Umgebung, zum Beispiel Assistent Rolf Zaugg für den Frontenfrühling) entwickelt.<sup>6</sup>

Diese Abende wurden entweder als Ergänzung oder als Korrektiv verstanden. Als Ergänzung zum Schul- und Fernsehprogramm und zu Geschichtsbildern, die als

---

<sup>3</sup> Siehe «Reenactment», <de.wikipedia.org/wiki/Reenactment> [29.10.2012].

<sup>4</sup> Werner Düggelin auf die Frage, wie er denn „damals“ den Draht zum jungen Publikum bekommen habe: „Etwa mit den ‚Montagabenden‘. Eines Morgens las ich in der Zeitung, dass ein Herr Tobler wegen Dienstverweigerung elf Monate Gefängnis aufgebrommt bekommen hatte. Ich beauftragte Erich Holliger, den Leiter der ‚Montagabend‘-Reihe, die Prozessprotokolle zu beschaffen. Wir wollten das Programm einmal aufführen – es wurden über 30 Abende! Das Besondere an den ‚Montagabenden‘ war, dass wir sofort zu einem Ereignis Stellung beziehen konnten.“ («Es gibt heute keine Spinner mehr’ Regisseur Werner Düggelin über seine letzte Inszenierung in Basel, seine wilde Zeit als Intendant in den 1968er-Jahren und die Krise des heutigen Theaters», Interview von Remo Leupin und Dominique Spirgi, in: *Tageswoche*, Nr. 44, 4. November 2011, S. 32).

<sup>5</sup> Erich Holliger, *Generalstreik : die Rekonstruktion der ausserordentlichen Bundesversammlung vom 12./13. November 1918 anhand des amtlichen stenographischen Bulletins*, Basel 1972; ders., *Der Nicole-Prozess : die Schiesserei von Genf vom 9. Nov. 1932 im Spiegel des Prozesses gegen den Genfer Arbeiterführer: eine Rekonstruktion aufgrund von Gerichtsakten und Zeitungsberichten*, Basel 1973; ders., *Frontenfrühling: oder die Ordnung im Staat : die freie Rekonstruktion einer Grosskundgebung der Nationalen Front im Frühling 1933*, Basel 1974. Ein anderer Montagabend galt dem Schriftsteller Jakob Bühler (1882-1975). Später waren die Montagabende weniger historisch bezogen.

<sup>6</sup> Der Verfasser hat in diesen Jahren im Auftrag von Prof. Markus Mattmüller den 1982 erschienen zweiten Band der Briefe des religiös-sozialen Theologen Leonhard Ragaz, der bis 1908 in Basel Münsterpfarrer gewesen war, bearbeitet und auf Grund der von Mattmüller verfassten Ragaz-Biografie (Markus Mattmüller, *Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Eine Biographie*, Bd. 2, Zürich 1968, S. 3-16). Eine wichtige Voraussetzung war auch das in den Jahren 1961-1963 erschienene Grundlagenwerk von Julius Braunthal zur Geschichte der Internationale (3 Bd., Hannover 1961-1971).

einseitig beurteilt und mit entgegengesetzter Einseitigkeit ergänzt wurden<sup>7</sup>, und als Korrektiv zur „bürgerlichen Geschichtsschreibung“, die nach dem gegebenen Verständnis weniger aus Böswilligkeit denn aus „Geringschätzung geistiger Bewegungen“ diese zu wenig beachtete.<sup>8</sup>

Zum Kongress von 1912 selber sagte Holliger, gewiss, er habe den Ausbruch des grossen Krieges nicht verhindert und könnte als sinnloses Ritual abgetan werden. Das Treffen in Basel sei aber trotz alledem „ein wichtiges Stück Geschichte des Kampfes um den Frieden und zudem ein wichtiges Stück Geschichte des liberalen Geistes der Stadt Basel“.<sup>9</sup> Der zweite Teil der Anerkennung Holligers bezog sich auf die bereits 1912 vom greisen Sozialisten August Bebel mit grossem Dank gewürdigte Tatsache, dass ihnen das Münster zur Verfügung gestellt wurde.<sup>10</sup>

Die einmalige Aufführung vom Samstagabend, 25. November 1972, bot, wie die Berichterstattung hervorhob, in der Originalräumlichkeit eine getreue Rekonstruktion „bis zu Glockengeläut, Orgelspiel und Chorgesang“. Andererseits verzichtete sie aber, mit Ausnahme der Figur von Jean Jaurès, auf Kostüm, Maske und imitierendes Rednergehabe. Der Ton sei zeitgemäss sachlich gewesen, was bei der proletarisch-kämpferischen Emphase der Texte einen interessanten Verfremdungseffekt gehabt habe. Alles sei so packend gewesen, dass man sich momentweise in einer zeitgenössischen Parteiversammlung gewähnt habe. Alle Sprecher seien mit lebhaftem Applaus bedacht worden, was in einer Kirche eigentlich unüblich sei und nicht den verdienten Dank für die schauspielerische Leistung, sondern Zustimmung zum Gesagten ausdrücke.<sup>11</sup>

Wie zu erwarten, war die zur Veranstaltung eingenommene Haltung der liberal-konservativen ‚Basler Nachrichten‘ 1972 distanzierter als diejenige der linksfreisinnige ‚National-Zeitung‘. Das konservative Blatt räumte dem historischen Bezugspunkt – dem Kongress von 1912 – immerhin ebenfalls eine ganze Seite ein. Der angebotene Text bestand aber weitgehend aus einem Wiederabdruck eines Berichts von 1912. Die Einleitung und der begleitende Kommentar des Chefredaktors Oskar Reck machten zwei Aussagen: Erstens, dass die Bemühungen von 1912 „umsonst“ gewesen seien und zweitens der Wunsch, dass diese Erinnerung „heilsam“ sein möge.<sup>12</sup> Wärmer war die Besprechung der Aufführung in der folgenden Ausgabe: Luzi Schucan, Assistent am Historischen Seminar, würdigte die als gelungen eingestufte

---

<sup>7</sup> Erich Holliger in einem Interview von Aurel Schmidt, «Demokratische Freiheiten ausschöpfen», in: *National-Zeitung*, Nr. 436, 25. November 1972. Holliger verstand sich als „politischer Aufklärer“ und die Abende als „Unterricht in Demokratie“; die anderen Medien würden zur Genüge gesellschaftsbestätigend wirken.

<sup>8</sup> Valentin Herzog, «Es blieb beim Bekenntnis zum Frieden», in: *National-Zeitung*, Nr. 361, 27. November 1972.

<sup>9</sup> «Gesellschaftsbestätigend wirken genügend andere Medien», *op. cit.*

<sup>10</sup> Die Anerkennung konnte auch der mehrheitlich nicht sozialistischen Basler Regierung gelten, die den Kongress nach Basel geholt hat.

<sup>11</sup> V. Herzog, *op. cit.*

<sup>12</sup> «Historie im Rückspiegel», in: *Basler Nachrichten*, Nr. 359, 25. November 1972.

Inszenierung und die Tatsache, dass der Kirchenrat das Münster für den Rekonstruktionsabend erneut zur Verfügung gestellt hatte.<sup>13</sup>

Die ersten Rekonstruktionen der „Montagabende“ und damit auch diejenige zum Friedenskongress von 1912 waren, wie die Erklärungen von Erich Holliger belegen, Produktionen, die aus dem breiten und in unterschiedlicher Weise verfolgten Aufklärungsprogramm der „68er“-Bewegung hervorgegangen sind. Ob zufällig oder nicht, der freie Regisseur Werner Düggelin liess sich 1968 für die Intendanz der Basler Theater gewinnen. In einem rückblickenden Interview auf die als „sieben wilden Jahre“ eingestufte Zeit und auf den revolutionären Beitrag seines Theaters befragt, antwortete er:

„Es gelang uns, das Klima der Stadt zu beeinflussen. In Basel haben 1968 die Auseinandersetzungen, die anderswo zu Strassenkämpfen führten, im Theater stattgefunden. Man hat mir unbegrenzte künstlerische Freiheit zugestanden. Ich konnte meine Träume umsetzen. Debatten waren bei uns so öffentliche Ereignisse wie die Aufführungen. Unsere Inszenierungen reagierten auf die umstrittenen Fragen der Zeit, aber mit den Mitteln der Kunst. Nicht mit Programmen, nicht mit trockenen sozialpolitischen Theorien.“<sup>14</sup>

Unter anderem eben mit dem Dokumentationstheater der Montagabende, die ihre Macher gerne auch als experimentell bezeichneten.

Hinzu kam der Generationenwechsel am Historischen Seminar der Universität Basel und 1969 insbesondere die Berufung des auf die Sozialgeschichte ausgerichteten Ordinarius und Institutsleiters Markus Mattmüller.<sup>15</sup> Mit der Sozialgeschichte war nicht einzig, aber auch Arbeitergeschichte gemeint, und dieser wurde vom in der 68er-Bewegung engagierten akademischen Mittelbau grosses Interesse entgegengebracht. In den 1970er Jahren rückten aus zwei Gründen die Arbeiter (und ein wenig auch die Arbeiterinnen) vermehrt in das Geschichtsbild: Zum einen als bewusste Ergänzung und Korrektur zu einer Geschichte, welche die Verhältnisse bisher zu sehr nur „von oben“ betrachtet hatte, und zum anderen aus einer Identifikation der Neolinken mit dem gerade in jener Zeit stark erodierenden Proletariat.<sup>16</sup> Das zentrale Produkt dieser Bestrebungen war der 1975 nach stark beachteten Kontroversen erschienene Dokumentenband zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung, der – gattungstypisch – von einem Autorenkollektiv von rund 40 Personen produziert wurde (unter ihnen später aufgestiegene SP-Prominenz wie der frühere Zürcher

<sup>13</sup> «Wirkungsloser ‚Schwur von Basel‘», in: *Basler Nachrichten*, Nr. 360, 27. November 1972.

<sup>14</sup> «Einfach und Konsequent», in: *NZZ Folio*, April 2010. Ferner: Beatrice von Matt, *Werner Düggelin. Porträt und Gespräche*, Zürich 2006.

<sup>15</sup> Bernard Degen, «Markus Mattmüller», in: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, <<http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D35245.php>> [15.05.2014].

<sup>16</sup> Stefan Berger sieht die Anfänge der Historiographie der Arbeiterbewegung im ausgehenden 19. Jahrhundert und sagt von ihnen, dass sie weniger von professionellen Historikern als von „Aktivisten“ verfasst worden sei. Vgl. Stefan Berger, «Die europäische Arbeiterbewegung und ihre Historiker: Wandlungen und Ausblicke», in: *Jahrbuch für Europäische Geschichte* 6 (2005), S. 151-182.

Stadtpräsident Sepp Estermann oder ehemalige Parteipräsident Hans Jürg Fehr aus Schaffhausen).<sup>17</sup>

Die Friedensbewegung war anfänglich keine eigenständige Bewegung, sondern eine Dimension der Arbeiterbewegung. Die Dienstverweigerung, die im ersten Montagabend<sup>18</sup> hematisiert wurde, dürfte, soweit sich das auseinanderhalten lässt, primär gegen die Armee als Instrument der innergesellschaftlichen Repression und weniger der zwischenstaatlichen Kriegführung gerichtet gewesen sein. Zu Beginn der 1980er Jahre gewann die Friedensbewegung aber den Status einer nicht auf die organisierte Arbeiterschaft beschränkten Bewegung. Bekanntlich hat die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses vom April 1979 eine starke Welle der pazifistischen Massenproteste gegen die Nachrüstung und allgemein die Hochrüstung ausgelöst.<sup>19</sup> Deren Kulminationspunkt lag auch in der Schweiz in den Jahren 1982/83.

### Die Gedenkfeier von 1982

Der 70. Jahrestag des Friedenskongresses in Basel fiel in diese Massenbewegung und wurde entsprechend mit einer Demonstration für die Abrüstung genutzt. Von der zehn Jahre zuvor durchgeführten Theaterdokumentation könnte eine Art von Brückenwirkung für die Versammlung von 1982 ausgegangen sein. Was die gerne schnell angenommenen, in der Regel aber schwer fassbaren historischen Wirkungen betrifft, haben wir in unserem Fall doch eine bemerkenswerte und eindruckliche Wirkungskette vor uns, die vom Ereignis selbst bis ins Hier und Jetzt am Werk ist: Der Religiös-Soziale Leonhard Ragaz wohnte als gewöhnlicher Teilnehmer dem Friedenskongress in „seinem“ Münster bei, in dem er bis vor vier Jahren selbst auf der Kanzel gestanden hatte.<sup>20</sup> Und er berichtete gleich in der nächsten Ausgabe seines Blattes, der ‚Neuen Wege‘, enthusiastisch, Goethe mit seinem berühmten Wort auf-

---

<sup>17</sup> Arbeitsgruppe für die Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich (Hg.), *Schweizerische Arbeiterbewegung. Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart*, Zürich 1975. Der Band enthielt einen kurzen Quellentext auch zum Friedenskongress von 1912 (S. 155). Die schwierige Vorgeschichte dieser Edition bestand darin, dass sowohl beim Verlag Huber Frauenfeld als auch beim Suhrkamp Verlag bürgerliche Kräfte ein Erscheinen verhinderten. Dies gab dem Unternehmen soviel Publizität, dass die Autoren am Schluss unter 20 Verlagsangeboten aussuchen konnten und das Buch innert kürzester Zeit mehrere Auflagen erlebte. Ablehnende Reaktion von Inlandchef Kurt Müller, «Geschichte als Mittel zum Klassenkampf», in: *NZZ*, Nr. 94, 24. April 1975. Im folgenden Jahr, 1976, publizierte der gleiche Verlag die bereit 1920 ein erstes Mal erschienene Schrift von Robert Grimm ‚Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen‘, einen Text, den Grimm in seiner Haftzeit als Anführer des Generalstreiks verfasst hatte.

<sup>18</sup> Die thematische Verteilung der ersten Montagabende war: 1970 „Dienstverweigerung“, 1971 „Der Generalstreik“, 1972 „Der Nicole-Prozess“ und „Der Friedenskongress im Basler Münster“, 1973 „Frontenfrühling“.

<sup>19</sup> Vgl. als sozusagen gleichzeitige Reaktion das Taschenbuch: Helmut Donat, Karl Holl (Hg.), *Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz*, Düsseldorf 1983.

<sup>20</sup> Zur Person von Leonhard Ragaz vgl. auch den Beitrag von Ruedi Brassel in diesem Band.

bietend, dass „von hier und heute eine neue Epoche der Weltgeschichte“ ausgehe und man sagen könne, dass man „dabei gewesen“ sei.<sup>21</sup> Ragaz hatte sich, wie viele, mit ihrer grossen Hoffnung getäuscht, aber es braucht offenbar derart hohe Hoffnungen, damit die Ideenfackel trotzdem weitergetragen werden kann. In diesem Fall bestand das Weitertragen unter anderem darin, dass der Arzt Georg Mattmüller (Jg. 1893) als Pazifist und Religiös-Sozialer Ragaz' Überzeugungen aufnahm und an seinen Sohn Markus Mattmüller (Jg. 1928)<sup>22</sup> weitergab. Dieser widmete sowohl seine Dissertation als auch seine Habilitationsschrift Ragaz' Wirken und sorgte 1972 dafür, dass der Friedenskongress von 1912 in die Montagabende aufgenommen wurde, und damit, wie gesagt, eine wichtige Gedenkstation auf dem Weg ins Jahr 1982. Über das heutige Referat des in diesen Prozess involvierten Referenten wird das Gedenken bis in unsere Gegenwart getragen.<sup>23</sup>

Wiederum im November 1982 und wiederum im Münster wurde eine Gedenkfeier für den Kongress von 1912 durchgeführt, jetzt nicht als szenische Rekonstruktion, sondern als politische Manifestation mit der Teilnahme des sozialdemokratischen Bundesrats Willi Ritschard und Nationalrats und SPS-Präsidenten Helmut Hubacher, mit Willy Brandt in der Eigenschaft als Präsident der Sozialistischen Internationale, mit Frankreichs Sozialistenchef Lionel Jospin, mit dem Expräsidenten Senegals Leopold Senghor, dem ehemaligen und künftigen portugiesischen Regierungschef Mario Soares und anderen. Die Veranstaltung blieb im eigenen Lager nicht unumstritten: Eine Gruppe „trozkistischer Observanz“ protestierte vor dem Eingang mit Flugblättern und Plakaten gegen die zu wenig radikale Haltung der arriierten Genossen. „Schwätzen ist Silber, Abrüsten ist Gold“, war auf einer der Aufschriften zu lesen.<sup>24</sup>

Aus gleichem Anlass wurde 1982 auch eine Podiumsdebatte im „Bernoullianum“ an der Universität Basel durchgeführt. An dieser Diskussion, die von Peter Hablützel (der übrigens auch an der Arbeitergeschichte von 1975 mitgearbeitet hatte) geleitet wurde, wirkten grösstenteils Personen mit, die zum Gedenkereignis eine positive Haltung hatten.<sup>25</sup> Bernard Degen, Doktorand aus der Schule Mattmüller und Podiumsteilnehmer, hatte im Vorfeld der Veranstaltung der lokalen Zeitung eine ausführliche Darstellung des Ereignisses von 1912 zur Verfügung gestellt. Er machte

---

<sup>21</sup> Bei Goethe bezogen auf die Kanonade von Valmy 1792. Markus Mattmüller, *Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Eine Biographie*, Bd. 2, Zürich 1968, S. 14-16.

<sup>22</sup> Angaben zu beiden Biografien durch den Mattmüller Schüler Bernard Degen im HLS, ebenfalls eine Linie des Weiterwirkens.

<sup>23</sup> Die Beiträge des SP-Politikers, Publizisten und Redaktors der ‚Neuen Wege‘, Willy Spieler, sorgten ebenfalls in vielfacher Weise dafür, dass das Ereignis von 1912 nicht vergessen wird.

<sup>24</sup> «Die Prominenz kam per Bus zum Münster», in: *Basler Zeitung*, Nr. 258, 4. November 1982. Die Veranstaltung wurde offenbar auch von rechts aufs Korn genommen. Gemäss einer Bemerkung Hubachers (vgl. Anm. 19) verurteilte der liberal-konservative Basler Nationalrat David Linder im rechtsnationalen Blättlein ‚Schweizerzeit‘, dass die Kirchenbehörden 1912 den Sozialisten das Münster überlassen hatten.

<sup>25</sup> Es waren dies: Markus Mattmüller, Bernard Degen, Ueli Gähler, Jean Ziegler, Theo Pinkus, Karl Lang und Hans Hirter. Helmut Hubacher bestritt die Einleitung.

darin auch auf „beängstigende Parallelen“ zur aktuellen Situation aufmerksam und kritisierte den sozialdemokratischen Kanzler der Bundesrepublik Deutschland Helmut Schmidt, weil er das von Degen als demagogisch und „unselig“ eingestufte Wort von der Nachrüstung geprägt hatte.<sup>26</sup>

Bundesrat Ritschard sprach in einer leichten Variante in der offiziellen Feier ebenfalls von „erschreckenden Parallelen“. Die heutigen politischen Führer, so Ritschard, seien inzwischen zwar vorsichtiger geworden, nötig sei aber eine offenere Haltung gegenüber der Friedensbewegung. Diese sei zwar eine Minderheit, habe aber doch etwas zu sagen.<sup>27</sup> Eine gewisse Parallelität zwischen der aktuellen und der historischen Rüstungsdebatte bestand in der Unklarheit, ob es um Rüstung zu Verteidigungs- oder zu Angriffszwecken ging. Mit dem sowohl 1972 als auch 1982 erfolgten Hinweis auf die Problematik, dass die Sozialisten 1914 schliesslich fast überall der Mobilisation zustimmten, weil sie diese als Verteidigungsmassnahme verstanden, befand man sich wieder bei dem von Fritz Fischer in den 1960er Jahren neu lancierten Thema.<sup>28</sup>

Heute wissen wir, dass die 1982 herrschende Vorstellung von den „Parallelen“ zu 1912 entweder unzutreffend oder nur punktuell zutreffend war. Das ist aber kein Grund zur Häme denjenigen gegenüber, die sich damals Sorgen machten. Ihr Anliegen war zum damaligen Zeitpunkt und ist heute noch immer grundsätzlich mehr als berechtigt.<sup>29</sup> Der 2012 publizierte Gedenkband hält zu Recht fest: „Bis heute sind die in Basel 1912 verhandelten Fragen aktuell.“<sup>30</sup>

---

<sup>26</sup> «Der Basler Friedenskongress von 1912», in: *Basler Magazin, Wochenendbeilage der Basler Zeitung*, Nr. 43, 30. Oktober 1982. Die Basler Zeitung war das Fusionsprodukt aus der Zusammenlegung der bereits zitierten ‚National-Zeitung‘ und den ‚Basler Nachrichten‘.

<sup>27</sup> Ritschard, «Gefährdeter Frieden? – ‚Die Prominenz kam per Bus zum Münster‘» in: *Basler Zeitung*, 4. November 1982, mit Bild.

<sup>28</sup> Der Hamburger Historiker hat anlässlich des 50 Jahr-Gedenkens zum Ersten Weltkrieg mit seinen Arbeiten die Interpretation stark gemacht, dass in Deutschland auch aus innenpolitischen Gründen, insbesondere aus der Absicht, die sozialdemokratische Opposition zu disziplinieren, den Krieg angestrebt wurde. Vgl. Fischers zwei Hauptwerke: *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918*, Droste/ Düsseldorf 1961. Und: *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Droste/ Düsseldorf 1969.

<sup>29</sup> Der Verfasser dieses Beitrags steuerte 1982 zum Ereignis von 1912 in der *NZZ*, Nr. 254, 1. November 1982, unter dem Titel ‚Kriegsverweigerung und Landesverteidigung‘ einen Artikel bei und hielt der Meinung der Friedensbewegung, dass Hochrüstung das Kriegsrisiko erhöhe, die Meinung entgegen, dass auch schwache Rüstung und überzogene Kriegsunwilligkeit (zum Beispiel mit *appeasement*) den Krieg fördern könne. Es gibt die nicht unbegründete Meinung, dass Reagans Rüstungsbereitschaft einen wichtigen Anteil am Zusammenbruch des Sowjetregimes hatte.

<sup>30</sup> Bernard Degen, Heiko Haumann, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe, Frithjof Benjamin Schenk (Hg.), *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Basel 2012, S. 8.



# Südosteuropa, Balkankriege und Sozialdemokratie



## „Wir sind in Blut getränkt“: Die Balkankriege (1912/13) im Denken und Handeln serbischer Frauen

Svetlana Stefanović

„Ja, mit dem Patriotismus der serbischen Dame hat die Welt noch zu rechnen! Weit davon entfernt, dem Gatten, dem Vater, dem Bruder, dem Freund vom schweren Waffengange zum Schutze der Nation abzuraten oder mit leidenschaftlichem Tränenstrome den Abschied zu erschweren, erleichtern sie ihm stets das Scheiden, denn – *weit über dem eigenen Herzen steht die nationale Pflicht!*“<sup>1</sup>

Voller Begeisterung über Patriotismus und Engagement der serbischen Damen verfasste die schweizerische Publizistin Catherine Sturzenegger (1854-1929), die sich während der Balkankriege als Vertreterin des Schweizerischen Roten Kreuzes in Serbien aufhielt, diese Zeilen.<sup>2</sup> Und dabei fragte sie sich:

„Und warum denn liebt die serbische Dame ihr Vaterland so über alles? Serbien ist für sie das Höchste! Der Inbegriff alles Wünschenswerten! Ist Serbien in Gefahr, dann gibt es im ganzen Reiche nur eine Stimme, nur ein Gefühl, nur einen Gedanken: Serbien *kann* und *darf* nicht verloren gehen – *Serbien muss Serbien bleiben!* Lieber tot als Serbien lassen!“<sup>3</sup>

Über die weibliche Rolle und die weiblichen Aufgaben in der serbischen Gesellschaft war bereits in den Reihen der *Omladina*<sup>4</sup> diskutiert und den Frauen die Verantwor-

---

<sup>1</sup> Catherine Sturzenegger, *Serbisches Rotes Kreuz und internationale Liebestätigkeit während der Balkankriege 1912/13*, Zürich 1914, S. 56. Hervorhebung im Original.

<sup>2</sup> Über Serbien veröffentlichte Sturzenegger sechs Bücher: Sie berichtete unter anderem über Kriegsverbrechen an der serbischen Bevölkerung, die von den österreichisch-ungarischen, deutschen und bulgarischen Armeen im Laufe des Ersten Weltkrieges begangen wurden. Die Journalistin sammelte ausserdem in der Schweiz Spenden für Serbien. Vladimir Stojančević, Švajcarkinja Katarina-Klara Šturcener u službi Crvenog krsta u Srbiji i o Srbima (1912-1918), in: *Godišnjak grada Beograda* 22 (1975), S. 159-172.

<sup>3</sup> C. Sturzenegger, *op. cit.*, S. 56. Hervorhebung im Original.

<sup>4</sup> Die *Ujedinjena omladina srpska* (Die Vereinigte Serbische Jugend) wurde 1866 in Novi Sad gegründet. Ihr Ziel war die Förderung von Bildung, Kultur und Wissenschaft sowie die Stärkung des nationalen Bewusstseins bei den Serben in der Habsburgermonarchie, in Serbien und im Osmanischen Reich. Holm Sundhaussen, *Geschichte Serbiens 19.-20. Jh.*, Wien/ Köln/ Weimar 2007, S. 120-126.

tung für die Traditionspflege und die nationale Erziehung zukünftiger Generationen zugewiesen worden. Einige *Omladina*-Anhänger befürworteten unter Berufung auf das Wohl des serbischen Volkes das weibliche Engagement im Bereich der patriotischen Wohltätigkeit. Öffentlich organisierten sich Serbinnen erstmals in patriotischen Vereinen während des Aufstandes in Bosnien-Herzegowina (1875), um Geld- und Sachspenden für die Aufständischen zu sammeln. Im Laufe der Kriege gegen das Osmanische Reich (1876-78) stellten sie Verbandsmaterial her, gründeten oder unterstützten Militärlazarette, arbeiteten als Krankenpflegerinnen, kümmerten sich nach Ende der Kriege um Invaliden, Witwen und Waisen. Von Frauen wurde erwartet, bei der Schaffung eines alle Serbinnen und Serben umfassenden, unabhängigen Staates Serbien mitzuhelfen und fehlende soziale Kriegs-Infrastruktur bereitzustellen. Zur Jahrhundertwende entstandene patriotische Frauenvereine erweiterten ihren Wirkungskreis über Serbien hinaus. Der Damenausschuss „Fürstin Ljubica“ beteiligte sich am Kirchen- und Schulkampf<sup>5</sup> in Makedonien und Kosovo. Der „Kranz serbischer Schwestern“ verpflichtete sich, „moralisch und finanziell jeden Befreiungsversuch seiner Stammesgenossen“ ausserhalb Serbiens zu fördern. Nach der Annexion Bosnien und Herzegowinas durch Österreich-Ungarn (1908) beteiligten sich diese Vereine an der Stärkung des serbischen Nationalbewusstseins und der intensiven militärischen Mobilisierung des serbischen Volkes. Während den Männern auf verschiedenste Weise vermittelt wurde, dass es ihre Aufgabe sei, für das Serbentum zu kämpfen, wurde die Gründung von Lazaretten und die Verwundetenpflege zur patriotischen Frauenpflicht proklamiert. Eine unbekannte Anzahl an Frauen war sogar bereit, die Grenzen der damaligen hegemonialen Geschlechterordnung zu überschreiten und als Freiwillige mit in die Kriege zu ziehen.<sup>6</sup>

Die Integration der Geschlechterperspektive in die historische Forschung zu Militär und Krieg hat zu vielfachen neuen Einsichten beigetragen, die das konventionelle Wissen über dieses Thema in Frage stellen oder differenzieren. Militär und Krieg waren, so zeigt sich, keineswegs eine reine Männerdomäne. Vielmehr war die Kriegsführung auf die Mitarbeit von Frauen angewiesen und wurde mit zunehmender Industrialisierung und Totalisierung des Krieges immer wichtiger. Die Erforschung der Beteiligung von Frauen an Kriegen macht einen Aspekt der Vergangenheit sichtbar, der lange Zeit vernachlässigt worden war. Gleichzeitig zeigt sie auf, dass Krieg eine stark geschlechtlich kodierte Praxis ist, die stets auch gesellschaftliche Konzeptionen von Geschlecht und dessen Bedeutung(en) beeinflusst und kommuniziert. Ebenfalls trägt die Untersuchung weiblicher Kriegsteilnahme zur Historisierung

---

<sup>5</sup> Die Einrichtung des bulgarischen Exarchats (1870) sprengte die Ökumene der orthodoxen Christen unter osmanischer Herrschaft und löste einen leidenschaftlichen Kirchen- und Schulkampf mit dem Schwerpunkt im makedonischen Raum aus. Ausführlicher siehe H. Sundhaussen, *op. cit.*, S. 134-136.

<sup>6</sup> Svetlana Stefanović, *Nation und Geschlecht. Frauen in Serbien von der Mitte des 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg*, Diss. Leipzig 2011, S. 181-218, 247-253.

von Geschlechterklischees wie dem der friedliebenden Frau oder des passiven weiblichen Opfers bei.<sup>7</sup>

Der vorliegende Text untersucht das Verhältnis einer schmalen Schicht gebildeter serbischer Frauen zu den Balkankriegen. Die Untersuchung basiert zum einen auf national-propagandistischen Texten, die die Schriftstellerin Isidora Sekulić veröffentlichte. Zum anderen können wesentliche Erkenntnisse auch aus ihren literarischen Texten und Briefen, sowie aus subjektiven Erinnerungszeugnissen von Paulina Lebl Albala und Maga Magazinović<sup>8</sup> gewonnen werden.

### Isidora Sekulićs Gedanken über den Krieg

Der serbische Nationalstaat verdankt, wie praktisch alle südosteuropäischen Staaten, seine Entstehung unmittelbar dem Krieg. Kriegen kam in der Geschichte nicht nur eine zerstörende, sondern immer auch eine gemeinschaftsstiftende Rolle zu: Denn die Angriffs- und Verteidigungssituation formte und stärkte das Wir-Gefühl in besonderer Weise.<sup>9</sup> Insgesamt dauerte es mehrere Jahrzehnte, bis bürgerliche Frauen in Serbien in grösserem Umfang für patriotische Aktivitäten gewonnen werden konnten. Nach dem Ende des ersten Krieges gegen die Türkei war die gesamte serbische Öffentlichkeit der Überzeugung, dass Serbien lange keinen Krieg mehr führen werde. Der Krieg gegen Bulgarien (1886) wurde im Gegensatz zur breiten Zustimmung im Jahr 1876 ohne Begeisterung hingenommen, zumal reichlich Verwirrung über den Grund des Krieges bestand. Eine starke Dynamisierung der nationalen Begeisterung zeichnete sich vor allem in den Jahren nach 1908 ab.<sup>10</sup> Unmittelbar nach Verkündung der Annexion Bosnien-Herzegowinas zeigten die Serbinnen ihre Entschlossenheit, gemeinsam mit ihren Brüdern, Söhnen und Gatten unter einer Fahne für das zu kämpfen, was ihnen in ihren Augen das unerbittliche Europa verwehrte, und auch stolz und ruhmreich dafür zu sterben. Um serbische Forderungen gegenüber Bosnien-Herzegowina zu unterstützen, unternahmen die Frauenvereine verschiedene Aktionen: Sie riefen zum Boykott österreichischer und deutscher Waren auf und appellierten an verschiedene internationale Frauenorganisationen, serbische nationale Interesse in Schutz zu nehmen. Einige wenige Frauen widmeten sich der publizistischen Agitation.

---

<sup>7</sup> Karen Hagemann, Krieg, Militär und Mainstream. Geschlechtergeschichte und Militärgeschichte, in: dies., Jean H. Quataert (Hg.), *Geschichte und Geschlechter. Revisionen der neueren deutschen Geschichte*, Frankfurt/ New York, S. 92-129; Barbara N. Wiesinger, *Partisaninnen. Widerstand in Jugoslawien (1941-1945)*, Wien/ Köln/ Weimar 2008, S. 11-12.

<sup>8</sup> Die Erinnerungen der beiden hier erwähnten Autorinnen entstanden im Laufe, bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg. Veröffentlicht wurden sie dennoch erst mehrere Jahrzehnte später (im Jahr 2000 bzw. 2005).

<sup>9</sup> Wolfgang Höpken, Krieg und historische Erinnerung auf dem Balkan, in: Eva Behring, Ludwig Richter, Wolfgang Schwarz (Hg.), *Geschichtliche Mythen in den Literaturen Ostmittel- und Südost-europa*, Stuttgart 1999, S. 371-372.

<sup>10</sup> Siehe H. Sundhaussen, *op. cit.*, S. 132-133.

Die Pädagogin Isidora Sekulić (1877-1958) war eine von ihnen. Die in der Wojwodina, die damals zu Österreich-Ungarn gehörte, geborene Schriftstellerin, Übersetzerin, Literatur- und Kunstkritikerin war im Jahr 1909 nach Šabac in Serbien gegangen, um an der höheren Mädchenschule eine Anstellung als Lehrerin zu finden. Ihre Ankunft fiel in die Zeit unmittelbar nach der Annexionskrise, als die nationale Euphorie an der Schwelle der Balkankriege ihren Höhepunkt erreicht hatte. In dieser Zeit gehörte die Schriftstellerin zu den engsten Mitarbeitern des *Slovenski jug*<sup>11</sup> („Slawischer Süden“), der die Idee der Vereinigung aller Südslawen, bzw. der „Balkan-Solidarität“ propagierte. Im Blatt *„Slovenski jug“* veröffentlichte sie in den Jahren 1911 und 1912 eine ganze Reihe von national-propagandistischen Texten. Sie agitierte ganz im Sinne der Forderungen der *Narodna odbrana* („Nationale Verteidigung“)<sup>12</sup> für die politische Einigkeit und Zusammenarbeit aller patriotischen Vereinigungen in Serbien ebenso wie für die Intensivierung ihrer Tätigkeiten. Der Ton ihrer im Laufe des Jahres 1912 geschriebenen Artikel verschärfte sich zunehmend und wurde kampf lustiger. Die Autorin propagierte darin auch die Anwendung von Gewalt, um eine Lösung der nationalen Frage herbeizuführen:

„Kein Verstand, kein Nachlassen, kein Stillsein; dies sind die altslawischen Qualitäten des ehemaligen altslawischen Patriotismus, der heute vor dem Nationalismus zurückgewichen ist, vor einem Nationalismus, der expansiv ist und vor dem Ausbruch steht, der mächtig im Frieden und gefährlich im Kampf ist [...]. Laut deren [der Kriegsgegner, S. S.] Meinung sind wir viel-

---

<sup>11</sup> Unter dem Namen *Slovenski jug* ist 1902 zunächst eine unparteiische Studentenorganisation gegründet worden, die dann ab November 1903 ein gleichnamiges Blatt herausgab. Ab 1907 stand Božidar Marković (1874-1956), Universitätsprofessor und Mitglied der Unabhängigen Radikalen Partei (*Samostalna radikalna stranka*), an seiner Spitze.

<sup>12</sup> Die *Narodna odbrana* war eine Widerstandsorganisation gegen die offensive Politik der Donaumonarchie, die infolge der Unzufriedenheit mit der Annexion Bosnien-Herzegowinas gegründet wurde. Nach der Anerkennung der Annexion durch die Regierungen der Grossmächte und Serbiens war die *Narodna odbrana* gezwungen, ihre gegen Österreich-Ungarn gerichtete konspirative Tätigkeit einzustellen. Serbien musste – so heisst es in einer Propagandabroschüre der Organisation von 1911 – „das gezogene Schwert in die Scheide stecken, um es bei der ersten Gelegenheit mit größerer Kraft und Gewandtheit gebrauchen zu können“. Zur Vorbereitung auf diese „erste Gelegenheit“ wandelte sich die *Narodna odbrana* nach aussen hin zu einer Organisation, die in kulturellen Bereichen tätig wurde. Um das serbische Nationalbewusstsein zu stärken, machte es sich die Organisation nicht nur zur Aufgabe, das Kultur-, sondern auch das Wirtschafts- und Gesundheitsniveau des Volkes zu heben. Die Stärkung des Nationalbewusstseins und die „intensive Mobilisierung der militärischen Schlagkraft“ des serbischen Volkes, sollten unter dem Motto: „Alles für das Serbentum und das Vaterland“, die Verteidigung des bestehenden Staates gegen den aggressiven „Drang“ Österreich-Ungarns sichern. Die Zielsetzung war gleichwohl eine offensive: Kampf um die „Befreiung der unterdrückten serbischen Gebiete und ihre Vereinigung mit Serbien“. *Narodna odbrana*, Beograd 1911, S. 6-11, 34; Vgl. Wolf Dietrich Behschnitt, *Nationalismus bei Serben und Kroaten 1830-1914*, München 1980, S. 108-113; Mira Radojević, *Svedočanstva o Narodnoj odbrani*, in: *Vojno-istorijski glasnik* 1-2 (2004), S. 109-135.

leicht gar nicht vernünftig, da wir über Gefängnisse, Galgen und Rache sprechen und Kanonen, Feuer und Blut mögen.“<sup>13</sup>

Von der serbischen Frau forderte Sekulić ein grösseres Nationalbewusstsein und eine nationalbewusste Haltung, und lehrte, dass die Frau ein Mensch und der Mann ein Übermensch sei. Das weibliche Geschlecht sollte „erwachen“ und sich aktiv für das „Vaterland“ engagieren. Im April 1912 schrieb sie in ihrem Text ‚*Srpskoj ženi*‘ (An die serbische Frau’):

„Wach auf, serbische Frau, und rühre auch die Herzen und den Stolz weiterer serbischer Frauen, geht von Herd zu Herd und von Nest zu Nest und erstickt mit Asche die Feuer, an denen sich die Weichlinge wärmen und aus dem Nest werft die Kinder, die sich nicht im Namen des nationalen Gelübdes bekreuzigen. Denn der Niedergang eines Volkes ist auch eine Sünde von Frauen und Kindern, denn wenn ein Volk gänzlich ausgerottet wird, soll niemand überleben.“<sup>14</sup>

Gemäss der Programmatik der *Narodna odbrana* ermahnte die Schriftstellerin die Serbin, ihre eigene Passivität und Sentimentalität zu bekämpfen und zu einer „neuen Frau“ zu werden, die zum Kampf und zur Rache bereit sei. Die *Narodna odbrana* wollte die gesamte serbische Nation zu einer „wehrhaften Volksfamilie“ formen, in der allen Angehörigen – Frauen wie Männern – spezifische patriotische Aufgaben zukamen. Durch das Sammeln von Geldspenden, die Erziehung weiblicher Jugendlicher und die Aufklärung und Bildung von Bäuerinnen, sollte das Engagement der „serbischen Mütter, Frauen, Schwestern und Töchter“ für die „Nation“ gefördert werden.<sup>15</sup>

In einer Zeit, in der voller Einsatz und totale Hingabe des Einzelnen zum „Wohl der nationalen Gesamtheit“ verlangt wurde, trat dennoch Isidora nicht von ihrem Recht auf die individuelle Bestrebung und das individuelle Glück zurück. Sie wagte es, ein „sehr persönliches, durchaus subjektives Buch“<sup>16</sup>, ‚*Saputnici*‘ (Weggefährten’), zu schreiben und damit sich als Wegbereiterin der serbischen Moderne<sup>17</sup> zu profilieren. In diesem literarischen Werk stellte die Schriftstellerin den Sinn der Opferbereitschaft fürs Vaterland in Frage:

„Vaterland, was ist das? Was heisst Liebe zum Vaterland? Welche brutale Kraft trieb unschuldige Menschen in Schneesturm und Stürme des Wütens? Welches Ungeheuer hat euch dazu gebracht, dass ihr in Tod und Verderbnis stürmt? Welcher Übermut trieb euch dazu, mit blossen Händen nach

<sup>13</sup> Isidora Sekulić, Nekim našim omladincima. Uz naš odgovor srpstvu, in: *Slovenski jug* 31, 9 (1912), S. 242.

<sup>14</sup> Isidora Sekulić, *Srpskoj ženi*, in: *Slovenski jug* 15, 9 (1912), S. 114-115.

<sup>15</sup> *Narodna odbrana*, *op. cit.*, S. 25-26.

<sup>16</sup> Jovan Skerlić, *Dve ženske knjige*, in: ders., *Pisci i knjige*, Beograd 1922, S. 122-123.

<sup>17</sup> Ausführlicher siehe Angela Richter, *Verborgene Zeichen. Urbanes als Ausdruck eines neuen kulturellen Selbstverständnisses*, in: Tatjana Petzer, Angela Richter (Hg.), *„Isochimenen“*. *Kultur und Raum im Werk von Isidora Sekulic*, München/ Berlin/ Washington D. C. 2012, S. 177-192.

Blitz und Donner zu greifen? Welche Bosheit wollte, dass Ihr zu Entdeckern werdet, die ihren Weg mit Blut und Hirnen tränken und mit Feuer beleuchten? [...] Im Herzen des Vaterlandes gibt es weder Wahrheit noch Gerechtigkeit. Wir lieben das Vaterland.“<sup>18</sup>

Der während des Zweiten Balkankrieges publizierte Prosaband, verurteilte der Literaturkritiker Jovan Skerlić als „exotisch“ bzw. nicht „national“ genug.<sup>19</sup> In privater Korrespondenz Isidoras zeichnete sich ebenfalls ihre Abscheu gegenüber den Grausamkeiten kriegerischer Auseinandersetzung ab: „Wir sind in Blut getränkt. Heute kommen fünf Sanitätszüge an! Das ist ein Krieg des Hasses, ein schrecklicher Krieg!“<sup>20</sup> Nur vier Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, angesichts der Versailler Friedensordnung rechnete einmal die glühende Befürworterin der Gewaltanwendung zur Lösung der nationalen Frage endlich mit dem Phänomen Nationalismus/ Patriotismus (einer „hundertköpfigen und ewigen Hydra“) ab. Im Aufsatz ‚*Krvavi nacionalizmi*‘ (‚Blutige Nationalismen‘), der in der Zeitschrift ‚*Nova Evropa*‘ (‚Neues Europa‘) erschien, bezeichnete sie den Nationalismus als die „furchtbarste Leidenschaft eines Volkes“. „Wie lange noch wird der Patriotismus in uns allen Unmoral und Mordlust schüren?“, fragte sich die durch die jüngsten Kriege sensibilisierte Schriftstellerin.<sup>21</sup>

### Paulina Lebl Albalas Überlegungen zum Krieg

Ein wichtiger Bestandteil der Frauenbewegung in Serbien waren jüdische Frauenvereine, deren Mitglieder ebenfalls an der Gründung von Lazaretten und an der Krankenpflege während der „Befreiungskriege“<sup>22</sup> beteiligt waren. Eine der wichtigen Figuren in der Frauenbewegung der Zwischenkriegszeit, Paulina Lebl Albala (1891-1967), beschrieb in ihrer Autobiographie ‚*Tako je nekad bilo*‘ (‚So war es einst‘) den Stellenwert der „serbischen Nation“ im Denken und Handeln ihrer Generation. Diese Serbin bzw. Jugoslawin jüdischer Herkunft<sup>23</sup> stilisierte sich selbst als vorbildlich

<sup>18</sup> Isidora Sekulić, Pitanje, in: dies., *Saputnici-Pripovetke I*, Novi Sad 2001, S. 133-134.

<sup>19</sup> Isidora Sekulić und Jovan Skerlić teilten die politischen Anschauungen – beide propagierten die Gewaltanwendung bei der Lösung der nationalen Frage, beide waren Verfechter der jugoslawischen Idee und tief von der westeuropäischen Kultur geprägt. Aber ihre Auffassung der Funktion von Literatur sowie ihre ästhetischen Überzeugungen waren ganz unterschiedlich. Die unbestrittene Autorität in der Literatur der Vorkriegszeit betrachtete Literatur und Kunst als Mittel zur Propagierung des Nationalismus.

<sup>20</sup> Isidora Sekulić, *Moj krug kredom. Izabrana pisma*, hg. von Radovan Popović, Beograd 1984, S. 27.

<sup>21</sup> Isidora Sekulić, *Krvavi nacionalizmi. Povodom jednog o drugom (Nemačko-francuski antagonizam)*, in: dies., *Zapisi o mome narodu*, Beograd 2001, S. 74-78.

<sup>22</sup> Eine gemeinsame Bezeichnung für die zwischen 1876 und 1918 geführten Kriege.

<sup>23</sup> Paulina Lebl identifizierte sich erst als 29-Jährige vor allem durch Einfluss ihres Ehegatten David Albala mit dem Judentum – dabei leugnete sie ihre serbisch-jugoslawische Identität nicht. Sie teilte seine zionistische politische Orientierung. In der Zwischenkriegszeit gründete Albala „Die Jüdische Nationalgesellschaft“, deren Vorstandsmitglied auch sie war. Nach dem Zweiten Weltkrieg lebte sie kurze Zeit mit ihrer Tochter im sozialistischen Jugoslawien sowie in Israel. Es lässt sich nur mittelbar daraus schliessen, zumal ihre Erinnerungen mit ihrer Hochzeit (1920) enden, dass sie sich dort dennoch nicht zuhause fühlte. Sie starb in den Vereinigten Staaten.

engagierte Patriotin – sie akzeptierte und erfüllte Nationalpflichten, die den Frauen als Mitkämpferinnen an der Seite der Männer im nationalen Kampf zugewiesen wurden. Die ganze Generation von Paulina Lebl erwartete, jahrelang berauscht von der nationalen Idee über Befreiung und Vereinigung, den ersten Balkankrieg mit „jugendlicher Kühnheit und Arroganz“. Ihre Freunde zogen in einen aus ihrer Perspektive gerechten Krieg „freudig und vor sich hin singend als gingen sie auf eine Hochzeit“. Die jungen Frauen verabschiedeten die jungen Männer mit Blumen. Der Gedanke an Niederlage oder Tod sei ihnen abstrakt gewesen. Der errungene Sieg im ersten Balkankrieg löste zusätzlich grosse Begeisterung aus:

„Im Frühjahr 1913 sah es vielleicht für den oberflächlichen Betrachter so aus, als ob Belgrad normal leben würde [...] Aber, grundlegend, war alles anders.

Dieses *anders* kam aus einer Überzeugung heraus, die uns alle erfasste, dass wir mächtig sind, dass uns alles gelingen kann, wonach wir uns sehnen, wenn wir uns nur genug bemühen, wenn wir uns opfern, wenn wir auch unsere Leben dafür geben. Es kommt mir so vor, als ob auch der grösste Schwächling unter uns, sowie auch die weichsten und dünnsten ‚slawischen‘ Seelen, von dieser Überzeugung durchdrungen waren: Man konnte uns nichts wegnehmen. Wir sind stark, wir sind mächtig. Wir haben den Traum mehrerer Generationen verwirklicht. Wir sind nicht nur die Träger, sondern auch die Vollzieher des Kosovo-Gedankens.“<sup>24</sup>

Als Folge der beiden Kriege erhielt Serbien nämlich Vardar-Makedonien, Kosovo sowie Teile Metochiens und des Sandžaks Novi Pazar. Insgesamt vergrösserte sich das Territorium um 81%, während die Bevölkerungszahl um fast die Hälfte zunahm. Die Angliederung dieser Gebiete stellte für Serbien eine „notwendige Korrektur“ der Geschichte bzw. die Wiedergutmachung erlittenen Unrechts dar.<sup>25</sup>

Erst die Machtübernahme Hitlers hatte Paulina davon überzeugt, dass der „Nationalismus eine der Mächte ist, die die Zivilisation untergraben“:

„Aber, zu dieser Zeit [...] dachte ich nicht im Traum daran, dass auch nur ein Schatten auf die Reinheit und Heiligkeit des Nationalgefühls fallen könnte. Dies war zu der damaligen Zeit der wesentliche Inhalt unseres Lebens, die Triebkraft unseres Handelns und unseres Strebens, die Kulmination, die durch unsere in den letzten Jahrzehnten durchgeführte Erziehung erreicht wurde, der Paroxysmus, unserer mit Gewalt erstickten jugendlichen Strebbarkeit und Träume. Die Realisierung unseres nationalen Strebens betrachteten wir als Verwirklichung nicht nur des allgemeinen Wohles, sondern auch unseres persönlichen Glücks. Die Nichterfüllung des nationalen Bestrebens hätte uns wie ein fataler persönlicher Misserfolg getroffen...“<sup>26</sup>

<sup>24</sup> Paulina Lebl Albala, *Tako je nekad bilo*, Beograd 2005, S. 192. Hervorhebung im Original.

<sup>25</sup> Siehe H. Sundhaussen, *op. cit.*, S. 214-215.

<sup>26</sup> P. Lebl Albala, *op. cit.*, S. 246.

Während Paulina den Sinn ihrer Existenz im Dienste des Volkes fand, war eine andere Frauenrechtlerin begeistert von der Idee der „internationalen Solidarität des Proletariats“.

### Eine der wenigen Kriegsgegnerinnen: Maga Magazinović

Die Musik- und Bewegungspädagogin Marija Maga Magazinović (1882-1968) nahm an der Gründung der ersten sozialistischen Frauenorganisation teil. Die Serbische Sozialdemokratische Partei wurde im Jahr 1903 gegründet. Gleich danach wurde auch das erste *Žensko radničko društvo* (‘Arbeiterinnenverein’ – *Svest*, dt. ‚Bewusstsein‘) auf Initiative der aus Bulgarien stammenden Stojanka Dragneva-Canka Jovanović ins Leben gerufen, mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder. Aufgrund der Entscheidung des Hauptrats der Arbeiter sollte der Verein seine selbstständige Tätigkeit aufgeben und sich der Gewerkschaft anschließen. Der Arbeiterinnenverein stellte seine Aktivitäten erst nach der Abreise Canka Jovanovićs nach Deutschland und ihrem kurz darauffolgenden Tod ein. Zur neuen Organisation der Sozialistinnen kam es wieder ein paar Jahre später: Der Sekretär der Serbischen Sozialdemokratischen Partei Dimitrije Tucović initiierte 1910 nach seiner Teilnahme an dem Kongress der Zweiten Sozialistischen Internationale und dem Internationalen Kongress der Sozialdemokratinnen in Kopenhagen die Formierung des „Sekretariats der Sozialdemokratinnen“.<sup>27</sup> Während sich die bürgerlichen Frauenvereine, einschliesslich des *Srpski narodni ženski savez*<sup>28</sup> (‘Serbisch-nationalen Frauenbundes’), verpflichtet sahen, das Wohl des serbischen Volkes und Vaterlandes in den Vordergrund ihrer Tätigkeit zu stellen, lag der Schwerpunkt der Sozialistinnen auf dem Kampf um das Frauenwahlrecht bzw. um die volle politische, rechtliche und ökonomische Gleichberechtigung der Geschlechter.<sup>29</sup> Die Sozialdemokratische Partei unterschied sich gerade am Vorabend der Balkankriege von anderen serbischen politischen Parteien ausserdem dadurch, dass sie eine antimilitaristische Position vertrat. Die Sozialdemokraten sahen nämlich in der ständigen Anstrengung Serbiens, alle

---

<sup>27</sup> Dragoslav Ilić, *Prve žene socijalisti u Srbiji*, Beograd 1956, S. 37-55; Neda Božinović, *Žensko pitanje u Srbiji un XIX i XX veku*, Beograd 1994, S. 82-83; Slavoljub Cvetković, *Borba za ravnopravnost i jednakost žena kao deo klasnog i modernizacijskog procesa u Srbiji*, in: Latinka Perović [u.a.] (Hg.), *Srbija u modernizacijskim procesima*, Bd. 2, S. 309-316, hier S. 311-312; Jovanka Kecman, *Žene Jugoslavije u radničkom pokretu i ženskim organizacijama 1918-1941*, Beograd 1978, S. 13-14; Jovanka Kecman, *Žene Beograda u borbi za pravo glasa*, in: *Godišnjak grada Beograda* 17 (1970), S. 139-140.

<sup>28</sup> Nach dem Statut des 1906 gegründeten Dachverbandes hatte die nationale Arbeit oberste Priorität. An zweiter Stelle standen die Forderung nach Verbesserung der rechtlichen und gesellschaftlichen Stellung der Frauen, sowie nach einem Frauenwahlrecht.

<sup>29</sup> S. Stefanović, *op. cit.*, S. 254-269.

Serben zu vereinigen, die stärkste Bremse für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt des Landes.<sup>30</sup>

In ihrer Autobiographie ‚Mein Leben‘ bekennt sich Maga Magazinović zum Pazifismus: Sie habe den Militarismus gleich nach ihrer ersten Begegnung mit dem Sozialismus in ihrer frühen Jugend gehasst. Als Gegnerin der Finanzierung von Militär und Waffen, setzte Magazinović sich für die Förderung der Bildung, der Kultur und des Gesundheitswesens ein. Nach dem Ausbruch des Ersten Balkankrieges erfüllte sie trotzdem ihre nationale Pflicht, worüber sie folgendes schrieb:

„Und damals, statt der Schule – besuchten wir Krankenpflegekurse, und kurz darauf Krankenhäuser, um die Verwundeten und Kranken zu pflegen. [...] Die Schreie und das Stöhnen der Schwerverletzten, die ohne ihre Hände, Unterarme und Füße geblieben waren, und derer, die schwere Bauchverletzungen ertragen mussten, gingen mir durch das Knochenmark. Vor Blut ekelte ich mich nicht, noch hatte ich Angst davor. Ich empfand es aber als Vergehen an der Kultur und Zivilisation der ganzen Menschheit im 20. Jahrhundert.“<sup>31</sup>

Im Gegensatz zur damaligen vorherrschenden Meinung waren die Sozialisten der Auffassung, dass der Erste Balkankrieg nicht als Befreiungskrieg bezeichnet werden könnte. In der territorialen Neuordnung des Balkans sahen sie den Auslöser für neue Unruhen. In Hinsicht auf die nationale Vielfalt in Makedonien, Kosovo und Sandžak setzten sie sich für die Errichtung einer Balkan-Föderation ein. Der Ausbruch des Zweiten Balkankrieges bedeutete für sie die Bestätigung ihrer Behauptung, dass eine Aufteilung des Balkans unvermeidlich in weitere Auseinandersetzungen und Aufteilungen zwischen den Balkanvölkern führen werde.<sup>32</sup> Insofern kann man sagen, dass das in Magazinovićs Autobiographie geäußerte Urteil über die Balkankriege mit der offiziellen Stellungnahme der Serbischen Sozialdemokratischen Partei übereinstimmte.

### Wege zum Pazifismus

Generationen von Serbinnen wurden zur Jahrhundertwende geistig auf den Einsatz in einem Krieg gegen die „Türken“ vorbereitet. Schon in der Grundschule wurde ihnen die Rolle der „nationalen Befreierinnen und Rächerinnen für das Kosovo“ bzw. der Kämpferinnen für die Befreiung und Vereinigung aller jugoslawischen Völker zugewiesen. Im Zentrum des öffentlichen Engagements der bürgerlichen Frauen standen ausserdem nicht die spezifischen Frauenrechte sondern die Nation. Sie ver-

<sup>30</sup> Dubravka Stojanović, Srpska socijaldemokratska partija izmedju političke moderne i revolucionarne ortodoksije, in: Latinka Perović [u.a.] (Hg.), *Srbija u modernizacijskim procesima XX veka*, Beograd 1994, S. 297-307.

<sup>31</sup> Maga Magazinović, *Moj život*, Beograd 2000, S. 303, 306.

<sup>32</sup> Dubravka Stojanović, *Iskušavanje načela. Srpska socijaldemokratska partija i ratni program Srbije 1912-18*, Beograd 1994, S. 43-45, 55-65.

glichen ihren Einsatz in der Kriegskrankenpflege mit der Wehrpflicht der Männer und stellten ihn als heilige Pflicht dar. Grundsätzlich bejahten sie den Krieg und unterstützten aktiv das Ziel eines serbischen Sieges. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen begründete schliesslich die Frauenbewegung ihren Gleichheitsanspruch mit dem Argument der heroischen Rolle der serbischen Frau in den so genannten Befreiungskriegen. Die Sozialistinnen zögerten hingegen nicht, die frauenspezifischen Anliegen in den Vordergrund zu stellen. Aus Mangel an historischen Quellen lässt sich daraus aber nur indirekt erschliessen, dass sie bezüglich der Kriege die offizielle Stellungnahme ihrer Partei teilten.

Dennoch spielten die pazifistischen Ideen innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung der Zwischenkriegszeit eine immer grössere Rolle. Die tiefen Spuren (die enormen Menschenverluste und materiellen Schäden), die Balkankriege sowie der Erste Weltkrieg in der serbischen Gesellschaft hinterlassen hatten, beeinflussten die Wandlung dieser Bewegung. Nicht nur die frauenspezifischen Forderungen sondern auch die Friedenssicherung rückten stärker in den Vordergrund. Die erste feministisch-pazifistische Organisation *Mala ženska antanta* (MŽA) ('Kleine Frauen-Entente') wurde so im 1923 auf dem Kongress der *International Woman Suffrage Alliance* in Rom auf Initiative jugoslawischer Feministinnen formiert. Ihre Mitglieder waren feministische Vereinigungen aus Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, sowie aus Polen und der Tschechoslowakei. Geleitet vom Prinzip, dass es keinen gerechten Grund für bewaffnete Konflikte zwischen Nachbarvölkern gebe, strebte diese Organisation die Annäherung der osteuropäischen Völker im ökonomischen, politischen und sozialen Bereich an. Frieden und Geschlechtergleichheit, auf politischer und rechtlicher Ebene, wurden als die wichtigsten Voraussetzungen für den Fortschritt der Menschheit angesehen. Die Bildung im Allgemeinen sowie die Friedenserziehung waren für sie der Schlüssel für die dafür notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen. Um Krieg zu verhindern, propagierte die MŽA in erster Linie die Solidarität zwischen den Völkern und setzte grosse Hoffnungen in den Völkerbund.<sup>33</sup> Die jugoslawische Sektion der „Frauenliga für Frieden und Freiheit“ wurde 1928 ins Leben gerufen. Im Jahr 1931 wurde ausserdem die internationale Frauenkonferenz für Frieden und Abrüstung in Belgrad abgehalten, in deren Rahmen die Vertreterinnen Bulgariens, Rumäniens, der Türkei, Griechenlands und Jugoslawiens eine bessere Zusammenarbeit ihrer Staaten einforderten. Die Überwindung der Weltwirtschaftskrise wurde als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Friedenssicherung gesehen.<sup>34</sup>

Aus der vorangegangenen Darstellung sollte ersichtlich geworden sein, dass die jugoslawischen Feministinnen in der Zwischenkriegszeit in Bezug auf Krieg und Frieden der idealistischen Denktradition zugeordnet werden können. Sie vertraten also die Ansicht, dass eine friedliche Koexistenz zwischen den Staaten möglich sei und Krieg nicht dem Normalzustand der Menschheit entspreche. Sie waren der

<sup>33</sup> M. A., Socialni pregled. Konferencija Male ženske antante, in: *Srpski književni glasnik* 6, 13 (1924), S. 460-462.

<sup>34</sup> Ksenija Atanasijević, Konferencija žena za mir i razoružanje, in: dies., *Etika feminizma*, hg. von Ljubica Vuletić, Beograd 2008, S. 71-77.

Überzeugung, durch kollektive Sicherheit und Völkerrecht könne ein nächster Kriegsausbruch verhindert werden. Zudem hoben sie die Tatsache hervor, dass Frauen in Institutionen stark untervertreten seien, in denen die Entscheidungen über Krieg und Frieden gefällt werden. Ausgehend von der Voraussetzung, dass Menschen lern- und entwicklungsfähig seien, waren sie von der Überwindung des Krieges durch pazifistische Erziehung und Milderung der sozialen Ungleichheiten überzeugt.<sup>35</sup>

---

<sup>35</sup> Ibid., S. 78-80. Siehe Sandra Hedinger, *Frauen über Krieg und Frieden: Bertha von Suttner, Rosa Luxemburg, Hannah Arendt, Betty Reardon, Judith Ann Tickner, Jean Bethke Elshtain*, Frankfurt/New York 2000, S. 31-37.

# „Der Balkan den Balkanvölkern“: Die sozialistische Betrachtungsweise der Balkanstaaten im Vorfeld des Ausserordentlichen Kongresses „Gegen den Krieg“ im ‚Basler Vorwärts‘

Kathrin Pavić

In diesem Beitrag soll die Wahrnehmung der Balkanstaaten – im Besonderen Serbiens und Montenegros – im Vorfeld des Ausserordentlichen Kongresses „Gegen den Krieg“ anhand der Arbeiterzeitung ‚Basler Vorwärts‘ untersucht werden. Hierzu beziehe ich mich auf Leitartikel, die im Oktober und November 1912 veröffentlicht wurden. Die Zeitspanne reicht also von kurz vor dem Ausbruch des Ersten Balkankrieges am 17. Oktober 1912 bis zum „Ausserordentlichen Kongress gegen den Krieg“ am 24. November 1912 in Basel.

Am Ende dieses Artikels soll zudem ein Bogen in die jüngste Vergangenheit gezogen und ein Blick auf die sozialdemokratische Position während der postjugoslawischen Kriege in den 1990er Jahren geworfen werden, als in den Medien und der breiten Öffentlichkeit erneut von Balkankriegen gesprochen wurden.

## Die Wahrnehmung des Balkans um 1900: Pulverfass Balkan

In ihrem 1999 veröffentlichten Werk ‚Die Erfindung des Balkans‘ stellt die US-amerikanische Historikerin Maria Todorova in Hinsicht auf die postjugoslawischen Kriege folgende Frage: „Ist ‚Balkan‘ ein solches Schimpfwort geworden, dass man hofft, jene, auf die es angewendet wird, seien entsetzt?“<sup>1</sup> Die von Todorova thematisierte pejorative Betrachtungsweise des Balkans im Westen geht vor allem auf die Zeit zwischen der „Grossen Orientalischen Krise“ von 1875 bis 1878 und dem Attentat von Sarajewo 1914 zurück.<sup>2</sup> Als die Macht des Osmanischen Reiches im Begriff war

---

<sup>1</sup> Maria Todorova, *Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil*, Darmstadt 1999, S. 264.

<sup>2</sup> Laut Ulf Brunnbauer „[stigmatisierten] [...] Ereignisse wie die bewaffneten Auseinandersetzungen in Makedonien nach 1878, der serbisch-bulgarische Krieg 1885, der Ilinden-Aufstand in Makedonien 1903, die Ermordung des serbischen Königs Aleksandar Obrenović und seiner Gattin (samt deren Brüder) durch eine Offiziersclique im Juni 1903 und die Balkankriege sowie das Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 [...] den Balkan als Brutstätte der Gewalt und ‚Pulverfass Europas‘ (wozu er ja nur durch die Grossmachtpolitik geworden ist)“. In: Ulf Brunnbauer, «Vorlesung: „Europa“ und der „Balkan“: Fremd- und Selbstzuschreibungen», Berlin: Osteuropa-Institut, Freie Universität Berlin 2008, S. 6,

zu schwinden, stritten insbesondere Österreich-Ungarn und Russland um das Erbe des „kranken Mannes am Bosphorus“ im südöstlichen Europa. Gleichzeitig entwickelte sich der Nationalismus der Balkanvölker allmählich zu einer Massenbewegung. Am Berliner Kongress im Jahr 1878 wurden Montenegro, Bulgarien und das Fürstentum Serbien für unabhängig erklärt. Durch die Unabhängigkeitserklärungen konnte das vielzitierte „Pulverfass auf dem Balkan“ zwar kurzfristig beruhigt, aber nicht gänzlich befriedet werden. Die Folge war, dass es zu neuen Konflikten zwischen den Balkan-Kleinstaaten kam und die Lage auf dem Balkan explosiv blieb. Besonders die österreichische Annexion Bosniens im Jahre 1908 hatte weitreichende Folgen: „Serbische Todfeindschaft zur habsburgischen Donaumonarchie, das Wiederaufleben des [...] russisch-österreichischen Antagonismus in Südosteuropa [...], die Entstehung des Balkanbundes und die Balkankriege von 1912/13, das Attentat von Sarajevo und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges.“<sup>3</sup>

Welcher Art die westlichen Vorstellungen vom Balkan damals waren, lässt sich anhand des Vorwortes des deutschen Herausgebers von Mary Durhams Buch ‚Die Slawische Gefahr‘, Hermann Lutz, erahnen:

„Das Buch ist umso wertvoller, als es uns mit einem Winkel Europas vertraut macht, um den wir uns viel zu wenig gekümmert hatten. Der Leser betritt fast unbekanntes Neuland, das oft wie ein Überbleibsel aus dem Mittelalter anmutet, von leidenschaftsblinden und gewalttätigen Menschen bewohnt, wie man sie sich etwa zu Zeit der italienischen Renaissance vorzustellen pflegt: Verschwörungen, Fanatismus, machtlüsterne Ränke, und vor allem Blut.“<sup>4</sup>

Auch in der Schweiz wurde der Balkan mit negativen Zuschreibungen versehen, wie folgendes Zitat der Basler Krankenschwester Louise Probst illustriert. Im Auftrag des Roten Kreuzes behandelte Probst von Oktober 1912 bis Februar 1913 Kriegsverletzte in Serbien.

„Wir glücklichen Bewohner eines kleinen aber freien Vaterlandes, das seine Unabhängigkeit auch der Tapferkeit seiner Vorfahren verdankt, konnten uns so gut in die Lage der unterdrückten Balkanstaaten versetzen [...] Zu Hause dachte man, wir wären vielleicht Rohheiten dieser unkultivierten Menschen ausgesetzt; ja es gab sogar Leute, die es ein tolles Unternehmen fanden, sich in ein solches Land zu begeben. Und wie ging es uns? Wir kamen alle überein, noch nie anspruchlosere, dankbarere Patienten gepflegt zu haben. Stets begegneten sie uns höflich und zuvorkommend.“<sup>5</sup>

Louise Probst beschreibt die Balkanstaaten als unterdrückt und sympathisiert mit ihrem Kampf nach Freiheit. Sie stellt gar einen Vergleich mit dem Freiheitskampf der

---

<<http://userpage.fu-berlin.de/~ulf/Europa%20und%20der%20Balkan.pdf>> [22.11.2012].

<sup>3</sup> Edgar Hösch, *Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart*, Zürich 2008, S. 182.

<sup>4</sup> Hermann Lutz, Vorwort, in: Mary Edith Durham, *Die Slawische Gefahr*, Stuttgart 1923, S. 11.

<sup>5</sup> Louise Probst, *Erinnerungen an die Schweiz. Rot-Kreuz-Expedition nach Serbien*, Basel 1913, S. 14.

frühen Eidgenossen her. Dass ihre Meinung jedoch nicht von all ihren Bekannten geteilt wurde, wird ebenso deutlich. Manche haben die Befürchtung geäußert, dass sie in Serbien wohl den „Rohheiten dieser unkultivierten Menschen“ ausgesetzt wäre. „Roh“ und „unkultiviert“ sind zwei Attribute, mit denen Bewohner des Balkans zu Beginn des 20. Jahrhunderts vielfach beschrieben wurden – ein Stereotyp, das am Ende des 20. Jahrhunderts wieder neu aufleben sollte.

Der Basler Arzt Adolf Vischer, der ebenfalls als Mitglied des Roten Kreuzes in Serbien diente, geht in seinem Erlebnisbericht ebenfalls auf die negative Aussenwahrnehmung des Balkans in der Schweiz ein:

„Über die Serben selbst schienen sich die meisten Leute ihre Ansicht aus dem *Simplicissimus* geholt zu haben: Serbien stand so ziemlich im schlechtesten Rufe von allen Balkanvölkern. Wenn wir uns bisweilen über die Quellen dieser unvoreilhaften Meinung erkundigten, antwortete man ganz verwundert, das sei eben so, auf dem Balkan hause nur Gesindel, dazu brauche es keine Beweise.“<sup>6</sup>

Tatsächlich waren die Balkan-Darstellungen in der satirischen Wochenzeitschrift ‚*Simplicissimus*‘<sup>7</sup> durchwegs pejorativ und geprägt von tiefsitzenden Stereotypen und Vorurteilen. Die in der Zeitschrift vermittelten Bilder über die Serben und Serbien bezeichnet der Soziologe Jörg Becker gar als „anti-serbisch“.<sup>8</sup>

Im November 1908 – kurz nach der bosnischen Annexionskrise – widmete die Zeitschrift dem Balkan eine Sonderausgabe. In der Bildergeschichte ‚Sitten und Gebräuche der Serben‘<sup>9</sup> werden diese als ein ungewaschenes und von Läusen befallene

<sup>6</sup> Adolf Lukas Vischer, *An der serbischen Front: Erlebnisse eines Arztes auf dem serbisch-türkischen Kriegsschauplatz 1912*, Basel 1913, S. 9.

<sup>7</sup> Beim ‚*Simplicissimus*‘ handelte es sich um eine politisch-satirische Wochenzeitschrift, die am 1. April 1896 vom Verleger Albert Langen begründet wurde. Der ‚*Simplicissimus*‘ zeichnet sich durch eine „antiklerikale, antifeudale und fundamentaldemokratische Auseinandersetzung mit der Innen- und Aussenpolitik des Kaiserreichs und der Weimarer Republik ebenso wie für pointierte Mentalitätskritik am deutschen Normalbürger“ aus. Während des Ersten Weltkrieges waren die Inhalte des ‚*Simplicissimus*‘ propagandistisch geprägt. 1933 wurde die Zeitschrift vom nationalsozialistischen Regime ideologisch „gleichgeschaltet“. Fortan wurde die deutsche Innen- und Aussenpolitik nicht mehr kritisch kommentiert: „Denunziationen, Pogrome, Massenmorde, Konzentrationslager, Weltkrieg finden im *Simplicissimus* keinen Widerhall, stattdessen sucht das Blatt Zuflucht im politisch Unverfänglichen, dem menschlichen Mikrokosmos.“ Im Jahr 1944 wurde der ‚*Simplicissimus*‘ schliesslich wegen Papiermangel eingestellt. In späteren Jahren kam es zu wiederholten Neuauflagen, die aber nicht mehr an die alten Erfolge anknüpfen konnten. Vgl. *Simplicissimus – Online-Edition 1896-1944: „Über die Zeitschrift“* <<http://www.simplicissimus.info/index.php?id=9>> [22.03.2014].

<sup>8</sup> Jörg Becker, «Kriegsmarketing. Die Vermarktung der ex-jugoslawischen Kriege durch US-amerikanische PR-Agenturen», Vortrag auf der Konferenz „Adopt Srebrenica. International Cooperation for Memory“ der Alexander Langer-Stiftung aus Bozen/Italien und des Vereins Tuzlanska Amica aus Tuzla/B&H im Kulturzentrum in Srebrenica/B&H, 27. August-1. September 2007. <[http://www.alexanderlanger.org/files/Becker\\_Kriegsmarketing.pdf](http://www.alexanderlanger.org/files/Becker_Kriegsmarketing.pdf)> [17.05.2013].

<sup>9</sup> «Sitten und Gebräuche der Serben», in: *Simplicissimus – Spezial-Nummer Balkan* 13, 32 (1908), S. 524-525.

nes Volk von Dieben und Königsmördern dargestellt (Abb. 1 und 2). Die Montenegriner wiederum werden als noch schmutzigere Serben bezeichnet (Abb. 3).<sup>10</sup> Dies sind stereotypisierte Darstellungen, die im ‚Simplicissimus‘ auch während der Balkankriege angewandt wurden. So wird in der Ausgabe vom 28. Oktober 1912 die Karikatur einer gigantischen Laus veröffentlicht, die sich türkischen Soldaten nähert. Unter dem Bild steht geschrieben: „Türkische Truppen begrüßen den ersten serbischen Überläufer.“ (Abb. 4)<sup>11</sup>

### Die Balkanvölker und der Balkankrieg im ‚Basler Vorwärts‘

Im Hinblick auf die Balkankriege unterschied sich die sozialdemokratische Position dahingehend von der allgemein verbreiteten Sicht, dass nicht in erster Linie die beteiligten Balkanvölker für den Krieg verantwortlich gemacht wurden, sondern der Kapitalismus und der Imperialismus der Grossmächte. In einer Flugschrift, die die am Ausserordentlichen Kongress „Gegen den Krieg“ in Basel gehaltenen Reden veröffentlichte, wird dies besonders deutlich. In der Eröffnungssitzung des Kongresses bezeichnete der Basler Regierungsrat Eugen Wullschleger die „kapitalistische Profitgier, den völkerbeherrschenden Chauvinismus“<sup>12</sup> und den Imperialismus der Grossmächte als „die schlimmsten Feinde aller menschlichen Kultur [, die] die Internationale der Arbeiter mit dem Aufgebot aller ihrer zur Verfügung stehenden Macht bekämpfen [muss]“.<sup>13</sup>

Im Friedensmanifest, das am 25. November in Basel beschlossen wurde, stellte sich die Zweite Internationale entschlossen gegen „alle kriegerischen Gelüste“. Sie befürchtete, dass der Krieg auf dem Balkan sich zu einem Weltkrieg ausbreiten könnte. Eine Befürchtung, die sich nur zwei Jahre später bewahrheitet haben sollte. Die Herrschenden der jeweiligen Länder sollten von einem Krieg abgehalten und Russland und insbesondere Österreich-Ungarn, das für seine frevelhafte Politik gegenüber den Südslawen besonders kritisiert wurde, jede Unterstützung verweigert werden.<sup>14</sup>

In der Folge soll einerseits aufgezeigt werden, wie die Lage auf dem Balkan im ‚Basler Vorwärts‘ im Vorfeld des Kongresses gedeutet wurde und andererseits wie die beteiligten Balkanstaaten hierbei dargestellt wurden.

Der ‚Basler Vorwärts‘ wurde erstmals 1897 als offizielles Organ des Arbeiterbundes und der Sozialdemokratischen Partei Basels herausgegeben. Als sich die sozi-

<sup>10</sup> «Einiges über Montenegro», in: *Simplicissimus – Spezial-Nummer Balkan* 13, 32 (1908), S. 539. Milan Ristović setzt sich in ‚*Crni Petar i balkanski razbojnici. Balkan u Srbija u nemačkim satiričnim časopisima (1903-1918)*‘ (‚Der Schwarze Peter und die Balkan-Briganten. Der Balkan und Serbien in deutschen Satirezeitschriften‘) ausführlich mit dem im ‚Simplicissimus‘ verbreiteten Balkan- und Serbienbild auseinander. Vgl., Milan Ristović, *Crni Petar i balkanski razbojnici. Balkan u Srbija u nemačkim satiričnim časopisima (1903–1918)*, Belgrad 2011.

<sup>11</sup> «Vom Kriegsschauplatz», in: *Simplicissimus* 17, 31 (1912), S. 500.

<sup>12</sup> *Krieg dem Kriege*, Sozialdemokratische Flugschriften 15, Berlin 1912, S. 4.

<sup>13</sup> *Ibid.*, S. 4.

<sup>14</sup> Vgl. *ibid.*, S. 14-16.

aldemokratische Partei 1920 spaltete, übernahmen die Kommunisten die täglich erscheinende Zeitung. Sie erschien bis 1936, als sie mit dem in Zürich publizierten ‚Kämpfer‘ zur ‚Freiheit‘ fusioniert wurde.<sup>15</sup>

Bevor ich in die Diskussion einsteige, ist es wichtig anzumerken, dass die im ‚Basler Vorwärts‘ veröffentlichten Leitartikel zumeist aus dem ‚Wiener‘ oder ‚Berliner Vorwärts‘ übernommen wurden.

Auch im ‚Basler Vorwärts‘ wurden die europäischen Grossmächte und der russische Zarismus wiederholt beschuldigt, den Krieg zur eigenen Macht- und Territorialgewinnung auszunützen. Erstere würden jede Bestrebung zur Rettung der Türkei lähmen, letztere die nationalistischen Aspirationen der Balkanstaaten zu ihrem eigenen Vorteil schüren.<sup>16</sup> Besonders die Diplomaten der Grossmächte wurden bezichtigt, die europäische Gesellschaft mit einem „Dunkel“ zu überziehen.<sup>17</sup>

Im am 2. November 1912 abgedruckten ‚Manifest der Internationale‘ werden aber auch die Fürsten und Kapitalisten der Balkanstaaten für den Krieg verantwortlich gemacht: „Es sind nicht die Interessen der arbeitenden Massen, sondern der Kapitalisten des Balkans, die dahin drängen praktische Veränderungen auf dem Wege des Krieges herbeizuführen.“<sup>18</sup>

Fürst Nikita von Montenegro, der wiederholt als „Räuberhauptmann“ bezeichnet wurde<sup>19</sup>, kam dabei besonders schlecht weg. Ein Tag nach der Kriegserklärung seines Landes an das Osmanische Reich wurde er im ‚Basler Vorwärts‘ als geldgierig und intrigant beschrieben: „Nikita, der seine Lumpenherrlichkeit vergnügt mit einer Messingkrone aufgeputzt“ habe, hätte „für den russischen Rubel“ den Intriganten auf dem Balkan gespielt. Es sei daher fraglich, ob nun der „Räubertrieb“ gänzlich mit Nikita durchgegangen sei, oder ob er als Repräsentant seiner Bündnispartner Serbien, Bulgarien und Griechenland gehandelt habe.<sup>20</sup>

Für den Wunsch der Balkanvölker nach Beendigung der jahrhundertelangen Unterdrückung durch die Grossmächte konnte der Autor hingegen Verständnis aufbringen: „Länger als 40 Jahre hat man [das Osmanische Reich und die anderen Grossmächte, K. P.] sie genarrt, nun packen die Balkanstaaten selbst zu und wollen durchsetzen, was ihnen als Existenznotwendigkeit erscheint. Die Kriegsflagge lodert.“<sup>21</sup>

Das Ansinnen der Balkanstaaten nach Selbstständigkeit wurde vom Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel sogar unterstützt: „Unser Standpunkt muss

<sup>15</sup> Vgl. «Vorwärts», in: *Historisches Lexikon der Schweiz*, 2013, <<http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D25767.php>> [22.03.2014].

<sup>16</sup> «Krieg und Frieden», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 244, 18. Oktober 1912, Erstes Blatt, S. 1.

<sup>17</sup> «Lebensinteressen», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 241, 15. Oktober 1912, Erstes Blatt, S. 1.

<sup>18</sup> «Das Manifest der Internationalen», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 257, 2. November 1912, Zweites Blatt, S. 1.

<sup>19</sup> «Krieg und Frieden», *op. cit.*

<sup>20</sup> «Balkankrieg», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 238, 11. Oktober 1912, Erstes Blatt, S. 1.

<sup>21</sup> *Ibid.*, S. 1.

sein: Der Balkan den Balkanvölkern – für Österreich und Russland Hände weg.“<sup>22</sup> Der Satz „der Balkan den Balkanvölkern“ wurde zum offiziellen Motto des Internationalen Sozialistischen Bureaus – dieser wird in mehreren Artikeln wiederholt. Einerseits brachten die Sozialisten damit zum Ausdruck, dass sie jegliche Einmischung von Seiten der Grossmächte verhindern wollten („Keine Einmischung in den Balkankrieg! Nur eine Losung: Der Balkan den Balkanvölkern.“<sup>23</sup>). Andererseits wird auch für die Selbstverantwortung der Balkanvölker plädiert („Den Balkan den Balkanvölkern, mögen sie alle Vorteile mit den Sorgen dieser Herrschaft übernehmen.“<sup>24</sup>).

Die Sozialistische Internationale begrüßte das Eintreten der Genossen in den betroffenen Balkanländer für ein „enges Aneinander, das [...] alle Völker des Balkans und nahen Orients ohne Unterschiede der Rasse und der Religionen in einer möglichst demokratischen Form eine.“<sup>25</sup> Der Autor des Artikels ‚Österreich als Störenfried‘ argumentiert, dass ein Sieg des Balkanbundes „das Entstehen eines Staatenbundes eines grossen Wirtschaftsgebietes mit aussichtsreicher ökonomischer Entwicklung“ ermöglichen würde. Auf der politischen Ebene würde eine solche Entwicklung bewirken, dass die „Orientalische Frage“ – „diese Quelle von unaufhörlichen Verwicklungen und Interessengegensätzen für Europa“ – an „bedrohlicher Schärfe“ verlore.<sup>26</sup> Der englische Korrespondent hegt im Artikel ‚Drohende Verwicklungen‘ gar die Hoffnung, dass eine starke Balkanföderation die endgültige Lösung der Orientalischen Frage herbeiführen könnte.<sup>27</sup>

Im Artikel ‚Österreich und die Orientfrage‘ über den Parteitag der deutschen Sozialdemokraten Österreichs wurde dafür plädiert, dass die Balkanstaaten sich in die Reihe der Kulturvölker einreihen und sich sowohl wirtschaftlich als auch politisch autonom ausleben sollen können. Allerdings mit einem Einwand: Die Interessen anderer Völker dürfen nicht vernachlässigt werden. „So wenig wir wünschen, dass die Völker des Balkans in ihrer Entwicklung gehindert werden, so sehr müssen wir darauf bedacht sein, dass die Entwicklung, die die westlichen Länder bereits geschaffen haben, nicht durch den Krieg geschädigt werde.“<sup>28</sup>

Dass der Krieg allerdings der falsche Weg sei, um dieses Ziel zu erreichen, wurde wiederholt hervorgehoben. Schliesslich ging dieser „mit der Zerstörung von Leben und Kulturgütern einher“, wie der Autor des Artikels ‚Zwischen Krieg und Frieden‘ betont.<sup>29</sup> Eben diesen Krieg zu verhindern, betrachtete das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel als seine erste Priorität. Aus diesem Grund sollten die

---

<sup>22</sup> «Diskussion in Brüssel», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 256, 1. November 1912, Drittes Blatt, S. 1.

<sup>23</sup> «Lebensinteressen», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 241, 15. Oktober 1912, Erstes Blatt, S. 1.

<sup>24</sup> «Österreich und die Orientfrage», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 263, 8. November 1912, Erstes Blatt, S. 1.

<sup>25</sup> «Die Sozialisten auf dem Balkan», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 242, 16. Oktober 1912, Erstes Blatt, S. 1.

<sup>26</sup> «Österreich als Störenfried», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 263, 9. November 1912, Zweites Blatt, S. 1.

<sup>27</sup> «Drohende Verwicklungen», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 252, 27. Oktober 1912, Zweites Blatt, S. 1.

<sup>28</sup> «Österreich und die Orientfrage», *op. cit.*

<sup>29</sup> «Zwischen Krieg und Frieden», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 275, 23. November 1912, Erstes Blatt, S. 1.

Genossen auf dem Balkan bei ihrem Kampf gegen den Krieg auch mit aller Kraft unterstützt werden:

„Unsere Genossen im Orient haben trotz der entfesselten Leidenschaften, trotz ihrer aus ihrem kapitalistisch-zurückgebliebenen Milieu heraus erklärlichen numerischen Schwäche nicht einen Augenblick gezögert, auf der Strasse wie im Parlament an die Besonnenheit zu appellieren und die kriegerischen Umtriebe der kapitalistischen Klassen zu bekämpfen.“<sup>30</sup>

An diesem Zitat wird deutlich, dass die Zweite Sozialistische Internationale die Gesellschaften im südöstlichen Europa als „kapitalistisch-zurückgeblieben“ betrachtete, weswegen die Anstrengungen der dortigen Genossen nach Reformen besonders gewürdigt werden müssten. Auch in der Ausgabe vom 18. Oktober wurden die Genossen auf dem Balkan für ihren Heldenmut und ihre Prinzipientreue im Kampf gegen den Krieg und den kapitalistischen Umsturz gelobt. Schliesslich hätten die Sozialisten auf dem Balkan noch zu wenig politisches Gewicht, weswegen ihre Bemühungen nach „volksfreundlichen Reformen“ besonders rühmenswert seien. Die Situation, in der sich diese befänden, sei „um vieles verworrener und prekärer, denn die Kriegsfurie werfe dort das Gewand des nationalen Führers um, die soziale Frage ist in die nationale eingekapselt“.<sup>31</sup> Neben der Verhinderung des Krieges war das längerfristige Ziel der Sozialistischen Internationalen, die „kapitalistischen Klassen“ auf dem Balkan zu bekämpfen und letztendlich zu entmachten.<sup>32</sup>

Die Sozialdemokraten in Europa demonstrierten Einigkeit über die Landesgrenzen hinaus, sie sprachen hierzu auch von „einem Schulterschluss“.<sup>33</sup> Sobald die Kriegsgefahr gebannt sei, sollte der proletarische Kampf gegen die ökonomische Ausbeutung und politische Unterdrückung fortgesetzt werden und zwar bis die Klassenherrschaft vernichtet sei.

Aber mit welchen Attributen und Zuschreibungen wurden die slawischen Völker im ‚Basler Vorwärts‘ versehen? In dem Artikel ‚Künftiger Kriegsschauplatz‘ werden sie als „heissblütig“ dargestellt: „Nur ihre erregten Leidenschaften würden ihre gegenseitige Kampfeslust begreiflich machen“.<sup>34</sup> Der Autor des Berichts ‚Menschenschlachthaus‘ verwendet ähnliche Zuschreibungen: „Bis auf die Zähne bewaffnet stehen sich am Balkan die Völker gegenüber. Mit Schaudern lesen wir, wie diese begierig sind aufeinander loszuschlagen. Sie wissen nicht, was sie tun. Denn der Krieg ist heute ein viel furchtbareres Ding als je zuvor.“<sup>35</sup>

Hier werden die Balkanvölker einerseits als kampfbereit und kriegslustig, aber andererseits auch als unwissend über die Folgen eines solchen Krieges beschrieben. In

---

<sup>30</sup> «Die Internationale gegen den Krieg», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 243, 17. Oktober 1912, Zweites Blatt, S. 1.

<sup>31</sup> «Krieg und Frieden», *op. cit.*

<sup>32</sup> *Ibid.*, S. 1.

<sup>33</sup> *Ibid.*

<sup>34</sup> «Künftiger Kriegsschauplatz», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 235, 8. Oktober 1912, Zweites Blatt, S. 1.

<sup>35</sup> «Das Menschenschlachthaus», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 243, 17. Oktober 1912, Erstes Blatt, S. 1.

der Mehrheit der Fälle werden die Balkanvölker als Unterdrückte dargestellt, die begierig sind, endlich gegen ihre Unterdrücker – die Grossmächte – los zu schlagen.

Ansonsten lassen sich in den Texten nur wenige Zuschreibungen finden, die sich auf die Balkanstaaten als Gesamtheit beziehen. Im Artikel ‚Balkankrieg‘ wird Montenegro beispielsweise als das kleinste und ärmste aller Balkanstaaten beschrieben, das über eine armselige Bevölkerung und kaum städtische Kultur verfügte.<sup>36</sup>

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das Balkanbild im Basler Vorwärts von der politischen Position der Zweiten Internationalen geprägt ist. Die Balkanvölker werden in erster Linie als Unterdrückte der Grossmächte wahrgenommen. Ihr Entwicklungspotential wird hervorgehoben, gleichzeitig wird aber auch auf ihre Zurückgebliebenheit in einem kapitalistischen Milieu verwiesen und somit angedeutet, dass sie auf dem Gebiet der Kultur, Wirtschaft und Politik noch viel Aufbauarbeit zu leisten haben.

Die sozialistische Perspektive unterscheidet deutlich zwischen der Volksmasse und ihren Anführern. Die Beschreibung von Fürst Nikita von Montenegro als Räuberhauptmann und Intrigant sind den stereotypisierten Bildern, die im ‚Simplicissimus‘<sup>37</sup> von Serbien als Land der Diebe gemacht wurden, nicht unähnlich. Es zeigt, dass das sozialistische Balkanbild nicht gänzlich frei von pejorativen Bildern ist. Diese beziehen sich aber im Gegensatz zu den Karikaturen im ‚Simplicissimus‘ nicht auf die Völker Montenegros und Serbiens im Allgemeinen, sondern auf deren Herrscher. Dies ist darauf zurück zu führen, dass die Zweite Internationale die Führungsschicht auf dem Balkan als kapitalistisch wahrnahmen und für den Krieg mitverantwortlich machten. Es war in ihrem Interesse, dass Herrscher wie Nikita von Montenegro ihre Macht verlieren und die Grossmächte ihren Einfluss auf dem Balkan einbüßen. An ihrer Stelle sollte eine Balkanföderation errichtet werden, innerhalb derer die sozialistische Position gestärkt hervorgeht.

### Epilog: Tradition der Balkanbilder 1912-1990er Jahre

Ein wichtiger Aspekt, den ich bis anhin unerwähnt liess, um einen Bogen in die jüngste Vergangenheit zu ziehen, sind die während des Ersten Balkankrieges begangenen Gewalttaten. Am 17. November 1912 berichtete ein Korrespondent ausführlich über „die Greuel des Krieges“: „Diese meine Nachricht hat nur den Zweck, die Ansicht zu beseitigen, als wären Grausamkeiten nur von türkischer Seite vorgekommen. Barbarei kämpft gegen Barbarei, jahrhundertelanger Hass gegen jahrhundertelange Unterdrückung. So ist ein Kampf entstanden, von dessen Wildheit man keine Ahnung hat.“<sup>38</sup>

---

<sup>36</sup> «Balkankrieg», *op. cit.*

<sup>37</sup> In einer Karikatur im *Simplicissimus* ist der serbische König Petar Karadjordjević zu sehen, der zu Fürst Nikita von Montenegro sagt: „Uns geht es nicht schlecht, Nikita. Siegt Bulgar stehlen wir in Türkei, siegt Türk, stehlen wir in Bulgarien.“ In: «Der Kriegsrat», in: *Simplicissimus*, 17, 30 (1912), S. 469. Siehe Abb. 5.

<sup>38</sup> «Die Greuel des Krieges», in: *Basler Vorwärts*, Nr. 270, 17. November 1912, Erstes Blatt, S. 3.

An dieser Stelle wird von Hass, Unterdrückung, Wildheit und Barbarei gesprochen, die auf dem Balkan herrschen. Berichte über die während der beiden Balkankriege begangenen Gräueltaten haben das Bild des Balkans im Westen nachhaltig geprägt. Rebecca West, die Autorin des 1942 veröffentlichten Reiseberichts über Jugoslawien ‚*Black lamb and grey falcon*‘, schreibt: „Violence was, indeed, all I knew of the Balkans, all I knew of the South Slavs.“<sup>39</sup>

Während der postjugoslawischen Kriege wurden die Metaphern, die während der beiden Balkankriege verwendet wurden, in der westlichen Öffentlichkeit reaktiviert. Erneut wurde in den medialen und politischen Diskursen von „Balkanwirren“ und dem „Pulverfass auf dem Balkan“ gesprochen.

Maria Todorova wehrte sich gegen diese pejorativen Balkanbilder und entlarvte sie als eine westliche Erfindung.<sup>40</sup> Sie forderte, dass die „jugoslawische Krise, nicht die Balkankrise, nicht mehr anhand balkanischer Geister, antiker balkanischer Feindseligkeiten, fundamentaler kultureller Muster des Balkans und dem sprichwörtlichen balkanischen Getümmel erklärt, sondern mit den gleichen rationalen Kriterien behandelt würde, welche der Westen sich selbst vorbehält“.<sup>41</sup>

Um den Kreis zu schliessen, soll ein kurzer Blick auf die Position linker Politiker – der „Nachfolger“ der europäischen Sozialdemokraten von 1912 – während der postjugoslawischen Kriege geworfen werden.

Bereits während der Kriege in Kroatien und Bosnien sprachen sich linke Politiker in Westeuropa für eine humanitäre Intervention in den Kriegsgebieten aus. Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen sollte so Einhalt geboten werden.

Während des Krieges im Kosovo wurden die Rufe nach einer Intervention lauter. Um einen militärischen Einsatz zu legitimieren, wurden Parallelen zu den Verbrechen der Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkrieges<sup>42</sup> gezogen. Schon während der Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina wurden Analogien

---

<sup>39</sup> Rebecca West, *Black lamb and grey falcon. A journey through Yugoslavia*, Edinburgh/ London/ New York/ Melbourne 2006 [1942], S. 21.

<sup>40</sup> Sundhaussen kritisierte Todorovas Argument, dass „der Balkan“ eine rein westliche Erfindung sei. Diese Bilder seien vielmehr „von den Akteuren vor Ort konstruiert worden“: „Die Balkan-Bilder sind nicht allein, aber auch nicht zuletzt eine Synthese der an Ort und Stelle zur Auseinandersetzung mit jahrhundertealten Nachbarn, ihrer Schmähung und Entwürdigung erzeugte Bilder.“ In: Holm Sundhaussen, «Europa balkanica. Der Balkan als historischer Raum», in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 653.

<sup>41</sup> M. Todorova, *op. cit.*, S. 264.

<sup>42</sup> Es muss allerdings festgehalten werden, dass die Ereignisse während des Zweiten Weltkrieges bereits seit den achtziger Jahren sowohl von serbischer wie kroatischer Seite instrumentalisiert und insbesondere während der postjugoslawischen Kriege in der politischen Propaganda eingesetzt wurden. „By proving their own victimisation at the hands of Croatian enemy, Serbs portrayed their machinations in Croatia as self-defensive, preventing a ‚repeated genocide‘ of Serbs. Similarly, for Croats, the massacre at Bleiburg demonstrated a pattern of Serbian genocidal aggression, followed by scheming, cover-ups and political dominance. Clearly, being a victim of a ‚holocaust‘ carried tremendous moral and political weight, and each side was anxious to use such imagery to its fullest extent.“ In: David Bruce MacDonald, *Balkan holocausts? Serbian and Croatian victim-centred propaganda and the war in Yugoslavia*, Manchester/ York 2002, S. 177.

zwischen Serbien und Hitler-Deutschland konstruiert, der sich amerikanische Public Relation-Firmen bedienten und laut Mira Beham „um die Dimension des nazigleichen Völkermords“<sup>43</sup> erweiterten. Die westlichen Medien griffen diese Vergleiche auf und verbreiteten sie an eine geschockte Weltöffentlichkeit weiter.

Der Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann identifizierte in einem Vortrag über die europäische Sozialdemokratie und den Kosovo-Krieg drei Positionen: „die Hardliner pro, die Hardliner contra und die vielen middle-of-the-roads.“<sup>44</sup> Laut von Alemann gehörte die Britische *Labour* Partei zu den *Hardlinern pro*, die die amerikanische Position unterstützten. So trat Tony Blair gar vehement für die Option eines Bodeneinsatzes im Kosovo ein.<sup>45</sup>

Zu den *Hardlinern contra* gehörten neben der Griechischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) auch Vertreter der SPD-Linken in Deutschland und der *Gauche Socialiste* in Frankreich. Sie unterzeichneten gemeinsam eine Erklärung, in der sie die unverzügliche Einstellung der Bombardements forderten und für die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen eintraten.<sup>46</sup>

Von Alemann ordnete die Stellung der deutschen Sozialdemokratie insgesamt aber der *middle-of-the-roads*-Position zu. In Deutschland, wo die aktive Teilnahme an einem Krieg nach 1945 eigentlich ein Tabu war, hatte der Bundestag bereits im Oktober auf Anraten der neuen rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder (SPD) für eine Bombardierung des Kosovo gestimmt. Sowohl Vertreter der SPD wie auch der Grünen verwiesen auf die Notwendigkeit einer humanitären Intervention und stellten zur Unterstützung ihres Anliegens wiederholt Bezüge zum Dritten Reich her. Bundesaussenminister Joschka Fischer (Grüne) richtete beispielsweise folgenden Appell an seine Parteigenossen: „Wir haben immer gesagt: ‚Nie wieder Krieg!‘ Aber wir haben auch immer gesagt: ‚Nie wieder Auschwitz!‘“<sup>47</sup> Der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) erklärte: „Miloševićs Obsession von Grossserbien hat Slowenien, die Krajina, Bosnien mit Krieg überzogen. Srebrenica, Sarajewo und andere Städte, vor allem die mehr als 300'000 Toten, die über zwei Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge – in all diesen Schrecken erkennt jeder klar Denkende die Fratze der Vergangenheit.“<sup>48</sup>

Im Gegensatz zur Situation im Jahr 1912 vertraten die europäischen Sozialdemokraten 1999 keine einheitliche pazifistische Position. Von Alemann spricht gar

<sup>43</sup> Mira Beham, *Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik*, München 1996, S. 175.

<sup>44</sup> Ulrich von Alemann, «Die Europäische Sozialdemokratie und der Kosovo-Krieg», Vortrag an der Athner Universität, 28. Mai 1999, <[https://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/Politikwissenschaft/Dokumente/Alemann/99\\_alemann\\_europ-sozialdemokratie-kosovokrieg.pdf](https://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/fileadmin/Redaktion/Institute/Sozialwissenschaften/Politikwissenschaft/Dokumente/Alemann/99_alemann_europ-sozialdemokratie-kosovokrieg.pdf)> [22.03.2014].

<sup>45</sup> Vgl. *ibid.*, S. 9.

<sup>46</sup> Vgl. *ibid.*, S. 10.

<sup>47</sup> Joschka Fischer, Rede am Parteitag der Grünen, in: Eberhard Rathgeb, *Die engagierte Nation. Deutsche Debatten 1945-2005*, München 2005, S. 415-417.

<sup>48</sup> Scharping zitiert in: Nadine Bilke, *Qualität in der Krisen- und Kriegsberichterstattung. Ein Modell für einen konfliktsensitiven Journalismus*, Wiesbaden 2008, S. 153.

von einem verwirrenden Bild, das die europäische Sozialdemokratie in Bezug auf den Krieg im Kosovo bot: „Sie will Frieden und nimmt am Luftkrieg teil.“<sup>49</sup>

Abbildungen

**Sitten und Gebräuche der Serben** (Ed. Ed. Reine)



Wie alle gemüthvollen Menschen, leben die Serben in inniger Gemeinschaft mit ihren Hausthieren. Der Neugeborene wird oft von Mutter Schweinen gefängt. Die Serbenmutter hält zum Dank die kleinen Geisel.

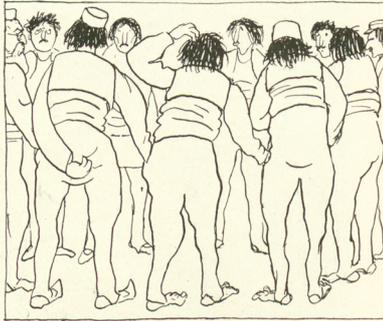


Schwere Sorgen macht es den Eltern, wenn der Kleine anfängt, huschen zu werden, nur durch strenge Strafen kann man ihm das wieder abgewöhnen.

Lesen lernt der Knabe nie, denn immer laufen Insekten über die Seiten des Buches, und müssen durch Zuffappen getödtet werden. Auch mit dem Griffel muß er sie aufspießen und kann daher nicht schreiben lernen.



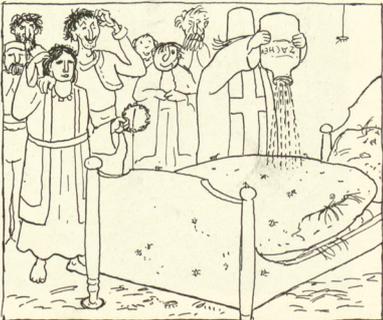
Der heranwachsende Jüngling liegt dem edlen Waidwerk ob.



Später wird er für seinen Lebensberuf vorbereitet. Er besucht die Universität, auf der die jungen Leute von tüchtigen Professoren im Taschendiebstahl ausgebildet werden.



Zum Manne gereift, geht er an die Gründung eines eigenen Hausstandes. Braut und Bräutigam bohren sich gegenseitig in der Nase, das ist die Verlobungszeremonie.



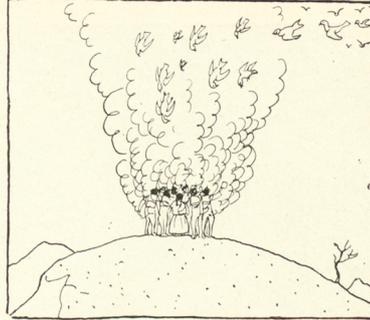
Die Trauungsfeiern scheiden von den unferen erheblich ab. Der Pope schüttet unter feierlichen Gebeten Infektpulver ins Brautbett. Damit ist der Ehebund geschlossen. Zu bemerken ist noch, daß die Braut den Wirtentanz in der Sand zu tragen pflegt, weil er sie hören würde, wenn sie sich am Kopfe kratzen will.

— 524 —

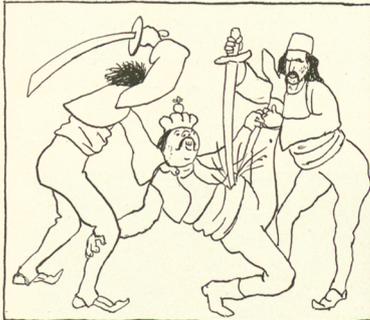
<sup>49</sup> U. von Alemann, *op. cit.*, S. 16.



Sobald das junge Ehepaar sein Heim bezogen hat, findet ein rührend-glückliches Familienleben mit reichem Kindersegen statt. Früher war es noch glücklicher. Neuerdings ist das Glück durch die Visa gegen den Mädchenhandel stark beeinträchtigt, da die Töchter oft den Eltern auf der Schuppe bleiben.



Der Serbe liebt die Geselligkeit. Im Herbst, wenn unsere Zugvögel nach dem Süden ziehen, versammeln sich die Serben auf einem hohen Berg, genannt der Berg der Gerechtigkeit. Eine Dampfwolke erhebt sich von der fröhlichen Schaar und läßt die Vögel tot aus der Luft fallen. Unter Musik und Gesang werden sie verpeilt.



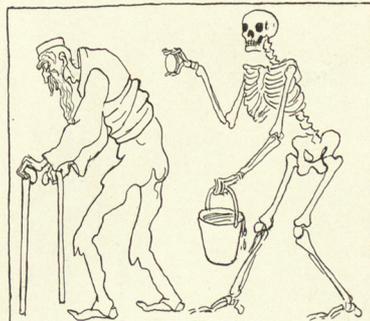
Eine weitere Volksbelustigung des Serben ist der Königsmord.



Ländliche Einfachheit zieht er raffinierten Genüssen vor. Der Monarch eines befreundeten europäischen Staates stiftete ein, um sich beliebt zu machen, 19.000 Schindbärten. Groß war die Enttäuschung des Serben, als die Dinger, die er für eine neue Nutzpflanze hielt, durchaus nicht wachsen wollten.



Es ist ein Verstum, zu glauben, daß die Körpergröße des Serben die Folge seiner frugalen Lebensweise ist. In den Straßen ist der Schmutz oft fünf Fuß hoch und deshalb ist eine Größe von wenigstens 6 Fuß notwendig, um darüber hervorzuschauen.



Auch ein sehr hohes Lebensalter erreicht der Serbe. Sobald er gestorben ist, wird er nämlich zum erstenmal gewaschen. Das fürchtet er so sehr, daß er seinen Tod oft 120 und mehr Jahre hinausschiebt. Der Tod wird in Serbien nicht mit Stundenglas und Hippe, sondern mit Waschwasser und Seife abgebildet.

Abb. 1 und Abb. 2: Die Serben werden in einer Spezialausgabe des ‚Simplicissimus‘ als „ungewaschenes Volk von Dieben und Königsmördern“ karikiert. (Illustration von Thomas Heine, in: «Sitten und Gebräuche der Serben», in: *Simplicissimus – Spezial-Nummer Balkan* 13, 32 (1908), S. 524-525).  
© 2015, ProLitteris, Zürich

## Einiges über Montenegro

(23. 23. Heine)



Serben, die noch schmutziger sind, nennt man Montenegriner. Sie bewohnen das Land der schwarzen Berge, diese sind so schwarz geworden, weil die Montenegriner immer barfuß darauf herumlaufen. — Bild der Montenegriner einen Mann als einen starken Charakter bezeichnen, so sagt er von ihm: „Er wechselt seine Leberzeugung so oft wie sein Hemd.“



Denn sobald der Montenegriner 12 Jahre alt ist, darf er zum ersten Male ein Hemd anziehen, und er legt es bei Lebzeiten nicht mehr ab. Stets trägt er es über der Dohle, damit aus der hellsten oder dunkleren Färbung des Hemdes das Lebensalter des Trägers ersehen werden kann.

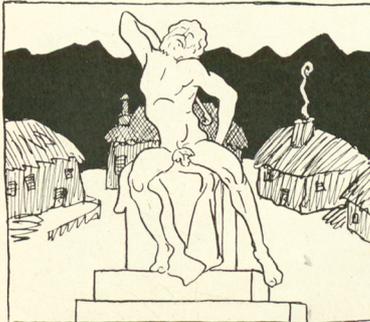
Im seinem 16. Geburtstage legt er lange Hosen an und bindet sie ein Stückel zu. Dieser Versuch ist nötig, weil die Hosen niemals ausgezogen oder geöffnet werden dürfen, außer im Falle eines Krieges. Dann ziehen die wehrhaften Scharen auf das Schlachtfeld, flehen sich aus und schlagen auf diese Weise mitheutes das feindliche Heer in die Flucht.



Wenn Krieg droht, wird ganz Montenegro von edler Begeisterung ergriffen. Sogar die Frauen wollen ihr Scherflein zu den Kriegskosten beitragen. Sie schneiden sich ihre Haare ab, diese fräbbeln am Boden hin und begeben sich von selbst in die Kriegskasse.



Montenegro ist nämlich ein armes Land. Die Bewohner nähren sich bekanntlich von Schmelldiebstahl. Es gibt aber im ganzen Land nur einen Hammel. Er wird fortwährend gestohlen und ist schon ganz abgestoffen.



So bleibt den Montenegrinern wenig Zeit, bedeutende Männer zu erzeugen. Doch steht man auf dem Schloßplatz zu Cetinje das Dentmal Laofomifids, des genialen Erfinders des Nüdentrasinstruments.



Montenegro ist ein Fürstentum. Einmal hat der Fürst ganz heimlich versucht, sich die Königskrone aufs Haupt zu setzen. Er bedachte nicht, daß das Ungeheuer stets antimonarchisch gerinnt und bestrebt ist, Kronen ins Aussehen zu bringen. Die Kronen, welche natürlich auf Kredit entnommen war, wurde dem Gehilfen zurückgegeben.

Abb. 3: In derselben ‚Simplicissimus‘-Ausgabe werden die Montenegriner als „noch schmutzigere Serben“ persifliert. (Illustration von Thomas Heine, in: «Einiges über Montenegro», in: *Simplicissimus* – Spezial-Nummer Balkan 13, 32 (1908), S. 539). © 2015, ProLitteris, Zürich

## Vom Kriegsschauplatz

(Zeichnung von E. Thöny)



Serbische Truppen begrüßen den ersten serbischen Heberläufer.

Abb. 4: Während der Balkankriege werden die Serben erneut als von Läusen befallenes, schmutziges Volk dargestellt – so wird eine riesige Laus gar zum ersten serbischen Überläufer. (Illustration von Eduard Thöny, in: «Vom Kriegsschauplatz», in: *Simplicissimus* 17, 31 (1912), S. 500).



Abb. 5: König Petar Karadjordjevic und Fürst Nikita von Montenegro werden im ‚Simplicissimus‘ als Diebe verspottet. (Illustration von Eduard Thöny, in: «Der Kriegsrat», in: *Simplicissimus* 17, 30 (1912), S. 469).

# Balkanföderation, Balkankriege und Internationale: Sozialdemokratie in Südosteuropa 1908-1914

Walter Dausch

„Balkanföderation“ ist ein begrifflich nicht klar definiertes Schlagwort, das die Diskussion um Krieg und Frieden in der Sozialdemokratie der Balkanländer und in der Internationale zwischen 1908 und 1914 begleitete. Dahinter steckten unterschiedliche Konzeptionen übernationaler Gemeinschaften, die sich mitunter sogar ausschlossen. Mit dem Ausbruch des Ersten Balkankrieges und der Stellung der Sozialdemokraten dazu – insbesondere in den kriegführenden Staaten und auf dem Ausserordentlichen Internationalen Sozialistenkongress in Basel (1912) kam dem schillernden Terminus besondere Aufmerksamkeit zu.

Die Ablehnung des Eintritts in den Krieg gegen das Osmanische Reich 1912 scheint die spätere Haltung der serbischen sozialdemokratischen Partei (SSDP) zum Ersten Weltkrieg zu antizipieren;<sup>1</sup> aus antimilitaristischer Grundhaltung wird 1912 ein übernationaler Zusammenschluss der Balkanvölker in einer Föderation als Mittel der Friedenssicherung gefordert.

Die Entscheidung war umstritten. War der Krieg nicht doch ein revolutionärer Akt? Einer der beiden Parlamentsabgeordneten, T. Kaclerović, blieb der Abstimmung um die Kriegsanleihen in der *skupština*, dem serbischen Parlament, fern,<sup>2</sup> der Parteisekretär und Chefredakteur der Parteizeitung, D. Popović, trat zurück.<sup>3</sup> Die

---

<sup>1</sup> Istorijisko Odeljenje Centralnog Komiteta KPJ (Hg.), *Istorijiski arhiv Komunističke Partije Jugoslavije (IA)*, Bd. 1-7, Beograd 1949-1951, hier: Bd. 3, S. 223-224, 234, 257-261; Radmila Milentijević, *A History of the Serbian Social Democratic Party 1903-1919. Origins and Development*, Ann Arbor/ London 1977, S. 397.

<sup>2</sup> Triša Kaclerović (1879-1964); der andere Abgeordnete war Dragiša Lapčević (1864-1939): *IA*, Bd. 3, S. 261. Biographien: Georges Haupt, János Jemnitz, Leo van Rossum (Hg.), *Karl Kautsky und die Sozialdemokratie Südosteuropas. Korrespondenz 1883-1938*, Frankfurt/ New York 1986, S. 245, 251.

<sup>3</sup> Triša Kaclerović, *Memoirs of the First Balkan War*, in: Al Richardson (Hg.), *The Balkan Socialist Tradition and the Balkan Federation 1871-1915*, London 2003, S. 209-211; Sergije Dimitrijević, *Srpska socijaldemokratska partija i rat*, in: Institut za istoriju radničkog pokreta Srbije (Hg.), *Srpska socijaldemokratska partija. Naučni skup, Beograd novembra 1964*, Beograd 1965, S. 39-66, hier S. 49; Mladen Vukomanović, Dušan Popović kao sekretar Srpske socijaldemokratske partije od novembra 1911 do septembra 1912 godine, in: Desanka Pešić, Milica Milenković, Žarko Jovanović (Hg.), *Dušan Popović i radnički pokret Srbije*, Beograd 1986, S. 85-88; R. Milentijević, *op. cit.*, S. 399; Biographie D. Popović: G. Haupt u.a. 1986, *op. cit.*, S. 247 n. 2; Antje Helmstaedt, *Die*

führenden Genossen Tucović, Topalović und fast die gesamte Mitgliedschaft zogen ins Feld. Die Partei war insolvent, nur Finanzhilfe der Internationale rettete sie.<sup>4</sup> Notdürftig verwaltet, konnte die SSDP 1912 in Basel nur per Grussadresse den „Kolonialismus“ und „Imperialismus“ Österreich-Ungarns sowie den serbischen Militarismus verurteilen und die Balkanföderation fordern.<sup>5</sup>

Der einzige sozialdemokratische Abgeordnete im bulgarischen *säbranje* (Parlament'), Janko Sakasow, lehnte die Krieganleihen ab, äusserte sich aber nicht zum Kriegsziel.<sup>6</sup> Das osmanische Mazedonien wurde von Bulgarien, Serbien und Griechenland beansprucht.<sup>7</sup> Auch seine Gruppe musste wegen des Balkankriegs von der Internationale unterstützt werden.<sup>8</sup> Die bulgarischen Genossen waren in zwei Parteien mit dem selben Namen Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (BSDRP) und gleichem Programm gespalten,<sup>9</sup> die „Breiten“, Reformbereiten um Janko Sakasow, und seit 1903 die „Engen“, Doktrinären um den Parteigründer Dimitar Blagoev<sup>10</sup>; beide waren im Internationalen Sozialistischen Büro (ISB) vertreten und hatten Abgeordnete in Basel, die ihre Streitigkeiten dort austrugen; Sakasow wurde ins Präsidium des Kongresses gewählt.<sup>11</sup>

Auch der Zwist der Serben war nichts Neues: Regelmässig brach seit 1908 in der ohnehin ideologisch nicht geschlossenen SSDP Streit aus, wenn die Bewilligung von Militärausgaben anstand. Der Riss ging quer durch die orthodox-marxistische Parteileitung und die syndikalistische Opposition.<sup>12</sup>

---

*kommunistische Balkanföderation im Rahmen der sowjetrussischen Balkanpolitik zu Beginn der zwanziger Jahre*, Bd. 1, Berlin 1976, S. 183 n. 2.

<sup>4</sup> G. Haupt u.a. 1986, *op. cit.*, S. 250-253.

<sup>5</sup> Dragiša Lapčević, *Rat i srpska socijaldemokratija*, Beograd 1925, S. 88-91; *Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912*, Berlin 1912, S. 8; R. Milentijević, *op. cit.*, S. 400.

<sup>6</sup> Janko Sakazov (1860-1941), Biographie: G. Haupt u.a. 1986, *op. cit.*, S. 84-85.

<sup>7</sup> Joseph Rothschild, *The Communist Party of Bulgaria. Origins and Development 1883-1936*, New York 1972, S. 59, 75.

<sup>8</sup> Živka Kānega-Damjanova, Pol Djumon [Paul Dumont] (Hg.), *Bālgarskite socialdemokrati i Meždunarodnot Socijalističesko Bjuro. Korrespondencija 1900-1914*, Sofija 1996, S. 246-247.

<sup>9</sup> G. Haupt u.a. 1986, *op. cit.*, S. 71-79.

<sup>10</sup> Biographie Dimitar Blagoev: Ibid. S. 129.

<sup>11</sup> Neben Sakasow und Asen Cankov (1883-?) für die „Breiten“ erhielt für die „Engen“ Hristo Kabakčiev (1878-1940) ein Mandat; Biographien Cankov und Kabakčiev: Ibid., S. 154 n. 1, 167 n. 1; die Vorgänge auf dem Kongress: J. Rothschild, *op. cit.*, S. 60; Wahl Sakasows: *Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel*, *op. cit.*, S. 9.

<sup>12</sup> Kriegsbefürworter waren die orthodoxen Marxisten D. Popović, der 1908 einzige Parlamentsabgeordnete Kaclerović, die Syndikalisten Nedeljko Divac und Durković. Lapčević war strikter Pazifist, Tucović lehnte „bürgerliche“ Kriege ab, behielt sich aber Einzelentscheidungen vor: R. Milentijević, *op. cit.*, S. 390-391.

## Sozialdemokratie und „Europäische Türkei“: Mazedonien

1908 hatte die jungtürkische Revolution eine Kettenreaktion ausgelöst: Die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens, der Anschluss Kretas an Griechenland, die Annexion Bosniens durch Österreich-Ungarn betrafen sowohl die Bündnissysteme der Grossmächte als auch die Balkanstaaten und beschworen die Gefahr eines allgemeinen Krieges. Unter anderem sah sich das mit Russland und Frankreich verbündete Serbien um seinen Anspruch auf die jetzt habsburgischen Provinzen betrogen.<sup>13</sup>

Das immer noch osmanische Mazedonien rückte damit ins Blickfeld der erwähnten politischen Kräfte, aber auch der Sozialdemokratie. Die dort 1908 entstehenden oder auflebenden sozialdemokratischen bzw. linksnationalistischen Organisationen<sup>14</sup> unterschieden sich nicht nur in ihrer Stellung zur Jungtürkischen Revolution und zum Osmanischen Reich. Sie führten alte Streitigkeiten auf internationaler Ebene zwischen Vertretern sozialdemokratischer Organisation einzelner Balkanländer ebenso fort<sup>15</sup> wie interne Auseinandersetzungen auf nationaler Ebene innerhalb der einzelnen Organisationen<sup>16</sup>. So folgten die von Vasil Glavinov<sup>17</sup> in grösseren Städten Mazedoniens initiierten sozialdemokratischen Gruppen der Linie der „Engen“. Glavinovs Freund Blagoev stammte seinerseits aus dem heute griechischen Teil Mazedo-

<sup>13</sup> Fikret Adanir, *Geschichte der Republik Türkei*, Mannheim/ Leipzig/ Wien/ Zürich 1995, S. 12-14; Zum komplizierten völkerrechtlichen Status Kretas: Wilhelm Wulsch, *Der öffentliche Rechtszustand auf der Insel Kreta dargestellt unter Zugrundelegung der Verfassungsurkunde vom 28.4.1899*, Leipzig 1908, S. 15-19.

<sup>14</sup> Andreja Živković, «Bulgarian Socialism and the Macedonian Liberation Movement», in: *Revolutionary History (RH)* 8, 3 (2003): *The Balkan Socialist Tradition: Balkan Socialism and the Balkan Federation, 1871-1915*, S. 68-75; aus zeitgenössischer sozialdemokratischer Sicht: Milorad Popowitsch [Popović], «Die Sozialdemokratie in den Balkanländern und die Türkei», in: *Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie (NZ)* 22, 2, 31 (1904), S. 153-158; ders., «Die Nationalitätenkämpfe und die Reformen in der Türkei», in: *NZ* 22, 2, 46 (1904), S. 617-621; ders., «Die Nationalitätenkämpfe und die Reformen in der Türkei: Schluss», in: *NZ* 22, 2, 47 (1904), S. 659-663.

<sup>15</sup> Popovićs Artikel führten zur Kontroverse mit Sakasow. Anders als Popović forderte er die offene Parteinahme der Internationale für die nationalen Befreiungsbewegungen in Mazedonien: Janko Sakasoff [Sakázov]: «Der ferne Krieg und der nahe Osten», in: *NZ* 22, 2, 43 (1904), S. 518-522; dazu: Milorad Popović, «Die makedonischen Komitees und die internationale Sozialdemokratie», in: *NZ* 22, 2, 49 (1904), S. 734-735.

<sup>16</sup> Petar Stojanov, Makedonskite socijalisti vo vojnite od 1912 do 1918 godina, in: Mihailo Apostolski, Milka Zdraveva (Hg.), *Rabotničesko dviženje na Makedonija do 1929 god. Materijali od naučnata sredba održna vo Titov Veles na 8, 9 i 10 maj 1969 godina po povod 40-godišnata od smrta na Vasil Glavinov i 50-godišnata na KPJ*, Skopje 1971, S. 125-135, hier S. 126; Andreja Živković, «The Revolution in Turkey and the Balkan Federation», in: *RH* 8, 3 (2003), S. 99-106.

<sup>17</sup> Vasil Glavinov (1869-1929), seit 1894 Mitglied der BSDRP, 1903 auf der Seite der „Engen“, agitierte in allen Gebieten Mazedoniens bzw. der europäischen Türkei, die nach 1912/13 an die verschiedenen Balkanstaaten fielen: P. Stojanov, *op. cit.*, S. 125; Dančo Zografski, Vasil Glavinov i Makedonskoto socijalističko rabotničesko dviženje, in: M. Apostolski, M. Zdraveva, *op. cit.*, S. 19-52, hier S. 27; Todor Zografski, Rešavanje na prašanjetto za Makedonija i Odrinsko so avtonomija vo Balkanska Federacija, in: M. Apostolski, M. Zdraveva, *op. cit.*, S. 203-207, hier S. 205-207. Biographie siehe *RH* 8, 3 (2003), S. 250.

niens und war in Istanbul aufgewachsen.<sup>18</sup> Die wegen ihrer starken Verbindung zur Internationale und ihrer späteren Rolle bei der Entstehung der Sozialdemokratie, dann der Kommunistischen Partei Griechenlands wichtige *Federacion Obradera* (Ladino für ‚Arbeiterföderation‘) in Saloniki orientierte sich an den „Breiten“: Ihr Gründer Abraham Benaroya stammte aus Bulgarien und war dort deren Mitglied gewesen.<sup>19</sup> Die sephardisch-jüdisch geprägte *Federacion* stand den Jungtürken nahe und beteiligte sich mit dem linken Flügel der Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation (IMRO) am kurzlebigen osmanischen Parlamentarismus;<sup>20</sup> die Autonomie Mazedoniens konnte sie sich im Rahmen des Osmanischen Reiches wie in einer Föderation vorstellen. Die Gruppen um Glavinov bekämpften sie nach dem Muster der Auseinandersetzungen in Bulgarien. Die nationale Befreiung war dem Klassenkampf unterzuordnen, die Befreiung Mazedoniens nur im Rahmen einer „föderativen Balkanrepublik“ nach der Zerschlagung des Osmanischen Reichs denkbar.<sup>21</sup>

In Rumänien gelang erst 1910 durch Initiative von Christian Rakowski die Parteigründung.<sup>22</sup> Er spielte eine beachtliche Rolle bei der Propagierung der Idee der Balkanföderation. Seit 1890 vertraut mit allen Richtungen der Arbeiterbewegung in Südosteuropa, hatte er von allen dortigen Sozialdemokraten die umfassendsten Kontakte zur Internationale, gerade auch zu deren grossen Parteien in Frankreich und Deutschland. Er begrüßte die Jungtürkische Revolution, pflegte Kontakte nach Mazedonien, insbesondere zur *Federacion*, und bemühte sich um eine vermittelnde Position zwischen den bulgarischen Parteien.<sup>23</sup>

Karl Kautsky sollte eine Formel finden, mit der sich alle Beteiligten identifizieren konnten. Von den „Engen“ um ein Vorwort für die bulgarische Ausgabe eines Werks gebeten, das in der Auseinandersetzung mit den „Breiten“ instrumentalisiert werden sollte, veröffentlichte er sein Vorwort vorab in Österreich. Seine Forderung nach dem Zusammenschluss aller Balkanvölker unter Einschluss der Türken in einer „Föderativrepublik“ mit der Begründung, dass nur sie aus eigener Kraft gemeinsam

---

<sup>18</sup> G. Haupt u.a. 1986, *op. cit.*, S. 129.

<sup>19</sup> Joshua Starr, «The Socialist Federation of Saloniki», in: *Jewish Social Studies* 7, 4 (1945), S. 323-325; Abraham Benaroya, «A Note on ‚The Socialist Federation of Saloniki‘», in: *Jewish Social Studies* 11, 3 (1949), S. 69-72; Georg [Georges] Haupt, Uvod vo istorijata na Solunski Socijalistički Rabotničeski Sojuz, in: M. Apostolski, M. Zdraveva, *op. cit.*, S. 85-95; Donald Quataert, The Industrial Working Class of Salonica, 1850-1912, in: Avigdor Levy (Hg.), *Jews, Turks, Ottomans: a Shared History*, Syracuse (N.Y.) 2002.

<sup>20</sup> Zur IMRO vor 1908: A. Helmstaedt, *op. cit.*, S. 157-165.

<sup>21</sup> Typische Polemiken Glavinovs gegen Benaroya und die *Federacion*: T. Zografski, *op. cit.*, S. 203, 205. Zur Haltung der Kontrahenten zum Osmanischen Reich: G. Haupt, Uvod, *op. cit.*, S. 92-93.

<sup>22</sup> Ghița Ionescu, *Communism in Rumania 1944-1962*, London/ New York/ Toronto 1964, S. 1-2; G. Haupt u.a. 1986, *op. cit.*, S. 317-321; Jochen Schmidt, *Populismus oder Marxismus. Zur Ideengeschichte der radikalen Intelligenz Rumäniens 1875-1915*, Tübingen 1992, S. 57-121, 123-126.

<sup>23</sup> Christian Rakovsky, «The Turkish Revolution», in: *RH* 8, 3 (2003), S. 106-109; Kritisch gegenüber Rakowski: Andreja Živković, «The Revolution in Turkey and the Balkan Federation», in *RH* 8, 3 (2003), S. 99-106, hier S. 101; A. Helmstaedt, *op. cit.*, S. 167-175.

wirken und ein Zerwürfnis wegen Mazedonien vermeiden könnten, wurde ins Serbische und Bulgarische übersetzt und stiess auf breite Zustimmung.<sup>24</sup>

### Die Zweite Internationale: „Balkanföderation“ und die Kontroverse um Kolonialismus und Imperialismus

Kautskys Ausführungen lagen im Trend. Nach dem Scheitern der Revolution in Russland 1905/06 erkannten die grossen Arbeiterparteien Europas das Konfliktpotential auf dem Balkan, die damit verbundene Gefahr des Ausbruchs eines globalen Krieges. Grösste Aufgabe wurde Kriegsvermeidung und Friedenssicherung; die Genossen in Südosteuropa rückten ins Interesse der Internationale.<sup>25</sup> Der Stuttgarter Kongress mit seiner 1907 einstimmig angenommenen Antikriegsresolution wurde ein Höhepunkt dieser Friedensaktivität. Hier beschloss die Vertreter Serbiens, Rumäniens und beider Parteien Bulgariens die Einberufung einer Sozialdemokratischen Balkankonferenz, auf der die Balkanföderation und Massnahmen zu ihrer Verwirklichung diskutiert werden sollten.<sup>26</sup>

Der Kongress offenbarte zugleich zwei grosse Dilemmata der Internationale, die gerade die Sozialdemokraten Südosteuropas betrafen: Bei der Annahme der genannten Antikriegs-Resolution – der Frieden solle mit allen Mitteln gesichert werden, bricht der Krieg trotzdem aus, solle die internationale Sozialdemokratie ihn nicht nur bekämpfen, sondern zur antikapitalistischen Revolution schreiten – hatte man sich auf die Vorlage der linken revolutionären Minderheit um Lenin, Martow und Rosa Luxemburg als Kompromiss geeinigt; denn die Resolution liess die Wahl der geeigneten Mittel der Kriegsvermeidung offen, die in der revolutionsfeindlichen Mehrheit der Delegierten umstritten war. Die Franzosen befürworteten den Generalstreik im Kriegsfall, die Deutschen lehnten ihn ab.<sup>27</sup> In der bis 1914 in der Internationale immer wieder aufflammenden Debatte stellten sich die serbischen Genossen kurz vor Ausbruch des ersten Balkankrieges auf die Seite der Gegner eines Generalstreiks.<sup>28</sup>

Der zweite Streitpunkt war die Haltung zum Kolonialismus: Nur mit Mühe konnte in Stuttgart eine Resolution durchgesetzt werden, die sich gegen die Auffassung von Vertretern sozialdemokratischer Parteien der Kolonialmächte wandte, Ko-

<sup>24</sup> Karl Kautsky, «Die nationalen Aufgaben der Sozialisten unter den Balkanslawen», in: *Der Kampf. Sozialdemokratische Monatsschrift* 2, 3 (1908), S. 105-110; Entstehungsgeschichte im Zusammenhang der Bosnischen Annexionskrise: G. Haupt u.a. 1986, *op. cit.*, S. 107-111, insbesondere S. 111 n. 4, 113 n. 2. Wirkungsgeschichte: A. Helmstaedt, *op. cit.*, S. 165-166.

<sup>25</sup> J. Schmidt, *op. cit.*, S. 201.

<sup>26</sup> Er fand parallel zur Haager Friedenskonferenz statt: *Ibid.*, S. 210; D. Lapčević, *op. cit.*, S. 26; A. Helmstaedt, *op. cit.*, S. 167; Georges Haupt, *Der Kongress fand nicht statt. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914*, Wien/ Frankfurt/ Zürich 1967, S. 25; *Internationaler Sozialisten-Kongress zu Stuttgart 18. bis 24. August 1907*, Berlin 1907, S. 64-66.

<sup>27</sup> *Ibid.*, S. 81-105, hier S. 66-70; Karl-Heinz Klär, *Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale*, Frankfurt/ New York 1981, S. 32; G. Haupt 1967, *op. cit.*, S. 26-27.

<sup>28</sup> *IA*, Bd. 3, S. 234-237.

lonialismus habe eine zivilisatorische Mission,<sup>29</sup> ein Streit, dessen Argumente von den Vertretern der SSDP und denen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich (SDAP) im Zusammenhang der Annexionskrise 1908 wiederholt wurden. Die Serben warfen den österreichischen Genossen vor, sie würden mit der Angliederung Bosniens „Kolonialismus“ und imperialistische Expansion der k.u. k. Monarchie als „zivilisatorische Mission“ unterstützen und in Bosnien das nationale Selbstbestimmungsrecht missachten.<sup>30</sup> Der im ISB und 1910 auf dem Kopenhagener Kongress zwischen Renner und Tucović geführte Streit endete für die Serben unbefriedigend.<sup>31</sup>

### Jugoslawismus versus Balkanföderation und bulgarischer Parteienstreit: Die Sozialdemokratische Balkankonferenz

Dass der Gedanke der Balkanföderation bei den Sozialdemokraten der Region beachtliche Wirkung entfaltete, lag nicht nur an diesen konkreten Anlässen. Die Idee einer übernationalen Organisation war schon lange geschichtsmächtig.<sup>32</sup> Die Sozialdemokratische Balkankonferenz hatte ihre eigene Vorgeschichte. Eine erste Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauensleute des slawischen Südens in Zagreb war 1902 folgenlos geblieben.<sup>33</sup> Doppeldeutig war die Benennung der Südslawischen Sozialistischen Konferenz in Ljubljana im November 1909. Denn die Konferenz war ein Sonderparteitag der slowenischen Sozialdemokraten, die sich als „Südslawische Sektion“ der österreichischen Gesamtpartei Südslawische Sozialdemokratische Partei nannten, zur Erörterung der Annexion Bosniens.<sup>34</sup> Auf der Veranstaltung war der Serbe Tucović als Gast mit Beobachterstatus der einzige Vertreter einer nichtösterreichisch-ungarischen Partei.<sup>35</sup> Einziges Thema war der „Jugoslawismus“: Der Zusam-

<sup>29</sup> Internationaler Sozialisten-Kongress zu Stuttgart, *op. cit.*, S. 24-40, 110-113. Allgemein hierzu: Georges Haupt, Madeleine Reberieux, *La deuxième Internationale et l'orient*, Paris 1967, S. 28-35.

<sup>30</sup> D. Lapčević, *op. cit.*, S. 12-26; Dragan Plavšić, «The Annexation of Bosnia by Austria-Hungary in 1908. International Socialism and the Right for Self-Determination. Introduction», in: *RH* 8, 3 (2003), S. 123-129.

<sup>31</sup> *Internationaler Sozialistenkongress zu Kopenhagen 28. August bis 3. September 1910*, Berlin 1910, S. 103-104 (Zusammenfassungen); vollständige Texte: Dimitrije Tucović, *Izabrani spisi*, Bd. 1, S. 323-325; Dimitrije Tucović, Karl Renner, «Debate on Bosnia», in: *RH* 8, 3 (2003), S. 147-150.

<sup>32</sup> Andreja Živković, «The Balkan Socialist Tradition and the Balkan Federation, 1871-1915. General Introduction», in: *RH* 8, 3 (2003), S. 2-12; Dragan Plavšić, «The Origins of the Balkan Socialist Tradition: Between Populism and Marxism Introduction», in: *RH* 8, 3 (2003), S. 13-19; Walter Dausch, *Internationalismus und Organisation. Studien zur Entstehung und Entwicklung der serbischen Sozialdemokratie*, Herne 2008, S. 205-209; R. Milentijević, *op. cit.*, S. 335-341; A. Helmstaedt, *op. cit.*, S. 149-150.

<sup>33</sup> Anlass war das zehnjährige Jubiläum der kroatischen sozialdemokratischen Parteizeitung ‚Sloboda‘. Unter anderem verursachte die 1902 schwierige Situation der Arbeiterbewegung in Serbien und Kroatien die Ergebnislosigkeit der Konferenz: Vitomir Korać, *Povijest radničkog pokreta u Hrvatskoj i Slavoniji*, Zagreb 1929, S. 155-156; W. Dausch, *op. cit.*, S. 57-59, 168-169.

<sup>34</sup> G. Haupt u.a. 1986, *op. cit.*, S. 206-207; Marina Cataruzza, *Sozialisten an der Adria. Plurinationale Arbeiterbewegung in der Habsburgermonarchie*, Berlin 2011, S. 81-83.

<sup>35</sup> V. Korać, *op. cit.*, S. 215.

menschluss der südslawischen Völker der Monarchie in einem föderal-demokratisch umgestalteten Habsburgerreich. Die Idee einer „Balkankonföderation“ wurde abgelehnt.<sup>36</sup>

Vom ISB ermutigt, von Rakovski koordiniert, von der SSDP organisiert, sollte einen Monat später die „offizielle“ Konferenz der Sozialdemokraten Südosteuropas stattfinden. Auf der Teilnehmerliste standen Genossen aus ganz Südosteuropa; dennoch war ihre Auswahl nach Nationalitäten und ideologischer Einordnung eingeschränkt. Ungarn war überhaupt nicht vertreten,<sup>37</sup> das einzige rumänische Mandat nahm ein Serbe wahr, die *Federacion* war „vergessen“ worden, aus Bulgarien erschienen nur die „Engen“. Blagoev hatte die serbischen Genossen damit erpresst, dass seine Partei dem Kongress fernbleiben würde, sollten die *široki* (die ‚Breiten‘) teilnehmen.<sup>38</sup> Daraus folgte, dass auch Benaroya aus Saloniki nicht eingeladen wurde; die Einladung an die rumänischen Sozialdemokraten traf nicht rechtzeitig ein.<sup>39</sup> So ergab sich eine nahezu geschlossene Konferenz südslawischer Sozialdemokraten, die von orthodox-marxistischen Organisationen und deren Vertretern dominiert wurden.<sup>40</sup>

Prompt kam es zur Kontroverse zwischen Juraj Demetrović und Tucović. Ein „Bund“ unabhängiger Balkanstaaten berücksichtige nicht die Situation von Sozialdemokraten der Donaumonarchie, argumentierte der Kroat. Tucović konterte mit der Gemeinsamkeit direkter Fremdherrschaft bzw. indirekter kolonialer Ausbeutung der Völker Südosteuropas, und wurde dabei von Blagoev unterstützt. Durch Kampf gegen Chauvinismus, Monarchismus, Militarismus würde die Balkankonföderation erreicht. Hristo Kabakčiev fasste alles mit der widersprüchlichen Aussage zusammen, dass eine „Balkankonföderation“ durch Förderung des Kapitalismus die Kampfkraft des Proletariats stärken würde.<sup>41</sup> Die Schlussresolution enthielt keine direkten Aussagen, ein Bündnis (Bund, Föderation, Konföderation) fand keine Erwähnung. Die Probleme der österreichisch-ungarischen Genossen wurden auf die Folgekonferenz vertagt, die jedoch nie zu Stande kam.<sup>42</sup> Serben und Kroaten blieben ebenso zerstritten<sup>43</sup> wie die beiden bulgarischen Parteien. Blagoev sorgte in seiner Polemik gegen die „Breiten“ für Begriffsverwirrung: Er hatte in Belgrad eine „Balkankonföderation“ gefordert, obwohl er ein halbes Jahr zuvor in expliziter Abgrenzung vom Terminus

<sup>36</sup> Vgl. Referat Demetrović und die Schlussresolution: *IA* 6, S. 249-253, 25-26. Biographie Demetrović: G. Haupt u.a. 1986, *op. cit.*, S. 253 n. 1.

<sup>37</sup> Zur Sozialdemokratie in Ungarn vor 1914: *Ibid.*, S. 411-414; zur Stellung der nationalen Minderheiten in der ungarischen Sozialdemokratie: W. Dausch, *op. cit.*, S. 226-228.

<sup>38</sup> Ž. Kānega-Damjanova u.a., *op. cit.*, S. 218.

<sup>39</sup> Zur Diskussion um die Ursachen hierfür: *Ibid.*, S. 225; A. Helmstaedt, *op. cit.*, S. 167-170; J. Schmidt, *op. cit.*, S. 220.

<sup>40</sup> Zusammensetzung der Delegierten: *IA*, Bd. 6, S. 262-263.

<sup>41</sup> *Ibid.*, S. 266-276.

<sup>42</sup> *Ibid.*, S. 281-283; englische Übersetzung in: *RH* 8, 3 (2003), S. 164-166. Zu Kroaten und Slowenen: *IA*, Bd. 6, S. 276; A. Helmstaedt, *op. cit.*, S. 198 n. 4.

<sup>43</sup> Die Serben kritisierten den „Opportunismus“ der Kroaten, denen der „sektiererische Geist“ auf dem Balkan unverständlich war: V. Korać, *op. cit.*, S. 216-217.

„Konföderation“ mit dem Begriff „Balkanföderation“ seine dortige Argumentation vorweggenommen hatte; dies in Abgrenzung von Christian Rakowski. Der vertrat mit seinem Konzept einer „Balkankonföderation“ zwar ähnliche Inhalte wie Blagoev, wurde aber von diesem erbittert bekämpft und sogar unter Tumulten vor dem Plenum des Kopenhagener Kongresses öffentlich beleidigt: Blagoev missbilligte, dass Rakowski, seit 1910 im Auftrag des ISB an der Beilegung des bulgarischen Parteienzwistes arbeitete und dabei Kontakte zu den „Breiten“ pflegte.<sup>44</sup>

Der Parteienstreit verhinderte auch die zweite Sozialdemokratische Balkankonferenz, obwohl das ISB in Brüssel massiv für eine Vereinigung der bulgarischen Bewegungen bzw. für eine gemeinsame Teilnahme beider Parteien daran intervenierte.<sup>45</sup> So gelang es den serbischen Genossen, die Vertreter der kroatischen, serbischen und rumänischen Parteien sowie der *Federacion* nur zu einer „Vorkonferenz“ zu mobilisieren. Die Schlussresolution wurde weder von den „Breiten“ noch den „Engen“ unterzeichnet<sup>46</sup>, obwohl sie gegen den bereits im September 1911 ausgebrochenen italienisch-osmanischen Krieg vor den Toren des Balkans Stellung bezog.<sup>47</sup> Alle weiteren Versuche, angesichts der beständig wachsenden Kriegsgefahr doch noch zu einer gemeinsamen Konferenz zu kommen, scheiterten an der Weigerung der „Engen“, sich mit den „Breiten“ an einen Tisch zu setzen; es nutzte nichts, dass die Serben entnervt die Organisationsarbeiten ans ISB in Brüssel übergaben. Der Ausbruch des Ersten Balkankrieges überholte alle Bemühungen um eine Sozialdemokratische Balkankonferenz.<sup>48</sup> Der Streit zwischen den beiden Richtungen strapazierte bis in den Ersten Weltkrieg hinein sowohl die politische als auch die gewerkschaftliche Internationale: Zuletzt scheiterte der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Carl Legien, im April 1914 bei dem Versuch, die den beiden bulgarischen Parteien verbundenen verfeindeten Gewerkschaftsverbände zu vereinigen.<sup>49</sup>

---

<sup>44</sup> Dimităr Blagoev, «Political Projects», in: *RH* 8, 3 (2003), S. 187-192; Christian Rakovsky, «The Balkan Confederation and the Turkish-Bulgarian Defence Alliance», in: *RH* 8, 3 (2003), S. 193-195; Dimităr Blagoev, «The Balkan Conference and the Balkan Federation», in: *RH* 8, 3 (2003), S. 195-198. Zu Rakowskis Aktivität im bulgarischen Zwist: J. Schmidt, *op. cit.*, S. 224-225; G. Haupt u.a. 1986, *op. cit.*, S. 348 n. 1; Korrespondenzen und Berichte dazu an das ISB: Ž. Kānega-Damjanova u.a., *op. cit.*, S. 219-224. Zu den Vorgängen in Kopenhagen: Internationaler Sozialistenkongress zu Kopenhagen, *op. cit.*, S. 26-27; A. Helmstaedt, *op. cit.*, S. 174-175; J. Schmidt, *op. cit.*, S. 223-224. Text des Memorandums: *IA*, Bd. 6, S. 284-286.

<sup>45</sup> Der ISB-Sekretär Camille Huysmans verhehlte seine Verärgerung nicht: Ž. Kānega-Damjanova u.a., *op. cit.*, S. 229, 231.

<sup>46</sup> *IA*, Bd. 6, S. 287-288; D. Lapčević, *op. cit.*, S. 30-32.

<sup>47</sup> *Ibid.*, S. 31-32.; *IA*, Bd. 6, S. 287-288; J. Schmidt, *op. cit.*, S. 231; Resolutionen der bulgarischen Parteien: Ž. Kānega-Damjanova u.a., *op. cit.*, S. 230-231.

<sup>48</sup> Korrespondenzen der SSDP hierzu: *IA*, Bd. 6, S. 290-293; D. Lapčević, *op. cit.*, S. 32-43. Zum ISB: Ž. Kānega-Damjanova u.a., *op. cit.*, S. 241; J. Schmidt, *op. cit.*, S. 234-235.

<sup>49</sup> Legien unternahm 1914 zu diesem Zweck eine Bulgarienreise: Reiner Tosstorff, «Der Balkan im Blick der Gewerkschaftsinternationalen (Vom Vorabend des Ersten Weltkriegs bis zur Weltwirtschaftskrise)», in: *Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen* 33 (2005), S. 77-98, hier S. 81-89. Vgl. auch die Angaben des kroatischen Sozialdemokraten und Gewerkschafters Vilim Bukšeg, der Legien begleitet hatte: Ž. Kānega-Damjanova u.a., *op. cit.*, S. 283-284.

## Pazifismus oder „revolutionärer Krieg“?

Unter dem Eindruck von überall stattfindenden Antikriegskundgebungen bemühte sich Rakowski vergeblich, auf der Vollversammlung des ISB in Brüssel am 29. Oktober 1912 die Internationale zu konkreten Antikriegsmassnahmen zu bewegen;<sup>50</sup> abgesehen von der Grossveranstaltung in Basel, beschäftigte die Zeit der Balkankriege die Internationale mit der Veröffentlichung zahlreicher Stellungnahmen und Aufrufe der angeschlossenen Organisationen aus Südosteuropa.<sup>51</sup> Auffällig ist, dass neben dem Bekenntnis zum Antimilitarismus der Erste Balkankrieg immer im Sinne eines notwendigen Kampfes gegen die Unterdrückung der Balkanvölker durch die „feudalistische“ Fremdherrschaft des Osmanischen Reiches positiv gewürdigt wurde.<sup>52</sup> Und natürlich erscheint insbesondere im Zusammenhang des Zweiten Balkankrieges, der um die Aufteilung der eroberten Gebiete geführt wurde, die Balkanföderation als einzige Alternative zu neuer fremdnationaler Unterdrückung. Die Terminologie blieb verschwommen: Im selben Text werden die Begriffe „union“, „confédération balcanique“, „union des peuples balcaniques en la fédération des républiques balcaniques“<sup>53</sup> oder „république fédérative balcanique“, „l’entente des peuples balcaniques“<sup>54</sup> gebraucht. Die Propaganda gegen den Krieg blieb genauso erfolglos wie vereinzelte antimilitaristische Aktionen.<sup>55</sup>

Alle erwähnten Schlagworte hatten eine gemeinsame Schwachstelle: Eine egal wie benannte „Balkanföderation“, so der vorherrschende Tenor, müsse von den Sozialdemokraten erkämpft werden, um den Kapitalismus zu stärken; als Folge würde schliesslich das Proletariat auch erstarken. Dass der Sozialismus seinen Erzfeind fördern solle, um ihn dann besser bekämpfen zu können, erschien auch zeitgenössischen Kritikern aberwitzig.<sup>56</sup> Alle Konzepte blieben theoretisch, über ihre Konkretisierung wurde noch nicht einmal nachgedacht.<sup>57</sup> Sie waren Propagandamittel im Kontext anderer politischer Aktionen oder dienten der ideologischen Abgrenzung vom politischen Gegner.<sup>58</sup>

Auch nach dem Zweiten Balkankrieg wurde das Schlagwort „Balkanföderation“ bei einigen der erwähnten Protagonisten, bei Tucović, Kabakčiev und Rakowski,

---

<sup>50</sup> J. Schmidt, *op. cit.*, S. 240.

<sup>51</sup> Carl Grünberg (Hg.), *Die Internationale und der Weltkrieg. Materialien gesammelt von Carl Grünberg. Erste Abteilung: vor dem Kriege und während der ersten Kriegswochen*, Leipzig 1916.

<sup>52</sup> Für Kroatien: Ibid. S. 118-119; V. Korać, *op. cit.*, S. 228.

<sup>53</sup> Zum Beispiel in Serbien 1913, in: C. Grünberg, *op. cit.*, S. 206-207.

<sup>54</sup> So Lapčević 1913: Ibid., S. 207-209.

<sup>55</sup> Rakowski propagierte einen Streik rumänischer Hafentarbeiter: J. Schmidt, *op. cit.*, S. 253-257.

<sup>56</sup> J. Schmidt, *op. cit.*, S. 223. Aus serbischer anarchistischer Sicht: Krsta Cicvarić, *Socijalizam i Balkanska Konfederacija. Jedan veliki uspeh srpske socijalne demokratije. Dodatak: Socijalistička diplomatija Povodom Balkanske konferencije*, Beograd 1909, S. 8-12.

<sup>57</sup> A. Helmstaedt, *op. cit.*, S. 193.

<sup>58</sup> J. Schmidt, *op. cit.*, S. 201.

ungebrochen zur programmatischen Perspektive verklärt,<sup>59</sup> die sich dann als nichtig erwies: Tucović fiel im Ersten Weltkrieg, Kabakčiev und Rakowski begannen nach 1917/18 eine Karriere als Mitgründer der Komintern und in den Kommunistischen Parteien Bulgariens bzw. der Sowjetunion.<sup>60</sup>

Die Sozialdemokraten des Balkans wussten, dass sie schon auf Grund ihrer numerischen Schwäche keinen Krieg verhindern konnten.<sup>61</sup> Sie vertrauten auf die grossen Parteien der Internationale.<sup>62</sup> Dass dieses Vertrauen unberechtigt war, lag an den unterschiedlichen Auffassungen über die Verwirklichung der „Balkanföderation“;<sup>63</sup> denn für die grossen Parteien war sie Aufgabe der Betroffenen allein.<sup>64</sup> Schon 1909, anlässlich der Bosnischen Annexionskrise, hatte Tucović seine Enttäuschung darüber formuliert.<sup>65</sup>

Die Internationale beschwor Pazifismus und Friedenssicherung, ohne die Widersprüche zwischen ihren Mitgliedern, insbesondere den Sozialdemokraten in Südosteuropa beilegen zu können. Sie verhinderte den Krieg 1912/13 nicht, in den die Genossen auf dem Balkan zogen. Die redeten vom Frieden, beteiligten sich aber am Kriegsgeschehen mit all seinen Grausamkeiten.<sup>66</sup> Sie taten es bewusst. Topalović beschrieb Ende 1912 vom Schlachtfeld aus den Krieg als Sieg einer „Volksarmee“<sup>67</sup>, noch 1960 glorifizierte er die Balkankriege und die Teilnahme von Sozialdemokraten daran als revolutionären Befreiungskampf mit dem Ziel einer Vereinigung der Balkanvölker.<sup>68</sup>

---

<sup>59</sup> Vgl. die Äusserungen von Kabakčiev und Tucović: Hristo Kabakčiev, «From Victory to Defeat. The Second Balkan War 1913», in: *RH* 8, 3 (2003), S. 211-218, hier S. 218. Dimitrije Tucović, «Serbia and Albania», in: *RH* 8, 3 (2003), S. 218-225, hier S. 222.

<sup>60</sup> Biographie Kabakčiev: G. Haupt u.a. 1986, *op. cit.*, S. 167 n. 1; A. Helmstaedt, *op. cit.*, S. 197 n. 2.

<sup>61</sup> Ž. Kānega-Damjanova u.a., *op. cit.*, S. 240; Georges Haupt, « ‚Führungspartei‘? Die Ausstrahlung der deutschen Sozialdemokratie auf den Südosten Europas zur Zeit der Zweiten Internationale», in *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IKW)* 15, 1 (1979), S. 1-30, hier S. 4 n. 13.

<sup>62</sup> J. Schmidt, *op. cit.*, S. 200-201.

<sup>63</sup> Georges Haupt 1967, *op. cit.*, S. 23.

<sup>64</sup> J. Schmidt, *op. cit.*, S. 201, 213.

<sup>65</sup> G. Haupt u.a. 1986, *op. cit.*, S. 237-240, hier S. 238, 239.

<sup>66</sup> Zur Tätigkeit Topalovićs und Tucovićs im Feld (mit Hinweis auf Ausschreitungen gegenüber Kriegsgefangenen): *Ibid.*, S. 249-250. Militärgeschichte der Aktionen, an denen sie beteiligt waren: Richard C. Hall, *The Balkan Wars. Prelude to the First World War*, London/ New York/ London 2000, S. 45-52.

<sup>67</sup> G. Haupt u.a. 1986, *op. cit.*, S. 249, 256-257.

<sup>68</sup> Ž. Topalović, *Začeci socijalizma i komunizma u Jugoslaviji*, London 1960, S. 38, zitiert bei R. Milentijević, *op. cit.*, S. 399.

# Wahrnehmungen der Balkankriege und der allgemeinen Kriegsgefahr bei den Sozialisten in Triest

Sabine Rutar

Im März 1910 besuchte Österreichs späterer Staatskanzler Karl Renner Triest und hielt im dortigen sozialdemokratischen *Circolo di studi sociali* (Zirkel für Kulturstudien) einen Vortrag – in deutscher Sprache – über ‚Die moderne politische Bewegung‘. Renner sah einen Weltkrieg heraufziehen und erklärte seine Vision aus den Lehren der Geschichte: Genau wie vor dem Revolutionsjahr 1848, sagte er, seien auch jetzt wieder etwa drei Jahrzehnte vergangen, ohne dass sich politisch irgendetwas wirklich Neues ereignet hätte. Jedoch reiften die Dinge im Verborgenen heran, und dieses Mal würde es nicht zu einer europäischen Revolution kommen, sondern „zu einer enormen Weltzerstörung“.<sup>1</sup>

Um dieses in der Triester sozialdemokratischen Parteizeitung *„Il Lavoratore“* zu findende Zitat zu kontextualisieren, ist zunächst zu bedenken, dass es in einem spezifischen politischen Milieu – dem sozialistischen – ausgesprochen wurde und vordergründig dem Generalvorwurf der internationalen sozialistischen Bewegung an die bürgerlich-kapitalistische Welt dienlich sein sollte.<sup>2</sup> Die bedrohliche Vision sollte die Massen mobilisieren. Jenseits dessen jedoch lassen sich solche und ähnliche Weltkriegsvorahnungen verdichten zu einer Beschreibung der Befindlichkeiten von (sozialdemokratisch gesonnenen) Arbeitern in Triest, darunter eine grosse Anzahl Werftarbeiter, die die Forcierung der Rüstungsindustrie durch ihre Arbeit aus nächster Nähe erlebten. Einige Jahre später sollte eine der wichtigsten Frontlinien des Ersten Weltkrieges, die Isonzo-Front, nur wenige Kilometer nördlich der Stadt verlaufen.

## Der Erste Weltkrieg als Epochengrenze

Der Erste Weltkrieg sei vielleicht *der* wichtigste Wendepunkt in der deutschen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts gewesen, so Benjamin Ziemann in

---

<sup>1</sup> «Conferenza Renner», in: *Il Lavoratore*, Nr. 2046, 5. März 1910.

<sup>2</sup> Zu den Diskussionen um drohenden Krieg und Erhaltung des Friedens in der Zweiten Internationale vgl. Heiko Haumann, Laura Polexe, Debatten um Krieg und Frieden in der Zweiten Internationale, in: Bernard Degen, Heiko Haumann, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe, Frithjof Benjamin Schenk (Hg.), *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Basel 2012, S. 133-136.

‚Front und Heimat‘.<sup>3</sup> Das sich ausbreitende Weltuntergangsgefühl habe nicht zuletzt zum Ausdruck gebracht, wie sehr das Wissen und die Erfahrung, die von einer Generation zur nächsten weitergegeben wurde, radikal an Wert verloren und zu individuellen wie kollektiven Sinngebungskrisen führten.

Jan Plamper hat sich mit soldatischer Angst *im* Ersten Weltkrieg auseinandergesetzt,<sup>4</sup> während es im Folgenden um die Angst von Männern gehen soll, die wussten, dass sie im Kriegsfall mobilisiert werden würden, also die Angst von „Soldaten-in-spe“. „Angst“ ist auch darüber hinaus als motivierender Faktor in der internationalen Politik untersucht worden, sowohl im Kontext des Kalten Krieges<sup>5</sup> als auch in den internationalen Beziehungen. Alma Hannig hat sich mit der Rolle der Angst in der Balkanpolitik Österreich-Ungarns in den Jahren 1912-1914 beschäftigt und Fragen individueller psychologischer Dispositionen mit den augenscheinlichen vielfältigen Ängsten verknüpft, die österreichisch-ungarische Staatsmänner auf der Ebene internationaler Diplomatie umtrieben.<sup>6</sup> Florian Keisinger hat gezeigt, dass die europäische öffentliche Meinung schon Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Balkankrieges im Oktober 1912 insbesondere Konflikte im südöstlichen Europa mit Wahrnehmungen einer allgemeineren Kriegsgefahr verband.<sup>7</sup> Die Mitglieder der Zweiten Internationale hatten allen Grund zur Besorgnis, als sie sich im November 1912 in Basel versammelten, um gegen den Ausbruch des Ersten Balkankrieges zu protestieren. Ein Jahr zuvor hatte Italien das Osmanische Reich angegriffen, und die augenscheinliche Schwäche des letzteren hatte die Balkanstaaten ermutigt, zum Angriff überzugehen. Europa war von einer Atmosphäre des Misstrauens durchdrungen, von einem gefährlichen Wettrüsten, und von einer fast hysterischen Rüstungspropaganda.<sup>8</sup>

## Die Sozialisten in Triest

In Triest spielte der internationalistische Sozialismus in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine untergeordnete Rolle, verglichen mit den vom Nationalismus inspi-

<sup>3</sup> Benjamin Ziemann, *Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923*, Essen 1997, S. 1.

<sup>4</sup> Jan Plamper, «Fear. Soldiers and Emotion in Early Twentieth-Century Russian Military Psychology», in: *Slavic Review* 68, 2 (2009), S. 259-283.

<sup>5</sup> Bernd Greiner [u. a.] (Hg.), *Angst im Kalten Krieg*, Hamburg 2009.

<sup>6</sup> Alma Hannig, Angst und die Balkanpolitik Österreich-Ungarns vor dem Ersten Weltkrieg, in: Patrick Bormann, Thomas Freiberger, Judith Michel (Hg.), *Angst in den internationalen Beziehungen*, Bonn 2010, S. 93-113.

<sup>7</sup> Florian Keisinger, *Unzivilisierte Kriege im zivilisierten Europa. Die Balkankriege und die öffentliche Meinung in Deutschland, England und Irland 1876-1913*, Paderborn 2008.

<sup>8</sup> Bernard Degen u. a., *op. cit.* Zur Geschichte der Balkankriege vgl. Richard Hall, *The Balkan Wars 1912/1913. Prelude to the First World War*, London 2000; Katrin Boeckh, *Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatenpolitik und ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan*, München 1996; sowie Igor Despot, *The Balkan Wars in the Eyes of the Warring Parties. Perceptions and Interpretations*, Bloomington (In.) 2012.

rierten lokalen politischen Visionen. Einerseits entwarf der von Italien aus nach Österreich wirkende Irredentismus vehement und nicht selten aggressiv den Plan, Triest seinem „Mutterland“ Italien anzuschliessen. Jugoslawistische Ideen kursierten in verschiedenen Ausprägungen, kolportieren zu diesem Zeitpunkt aber noch kaum tatsächliche südslawische Staatsentwürfe. Der Triestismus war eine Variante dieses Jugoslawismus und forderte, die Doppelmonarchie solle einer Dreier-Konstruktion weichen, eben mit einer dritten, südslawischen Entität, die Triest einschliesse. Triest war also eine umstrittene Stadt – Ort eines sich zuspitzenden italienisch-slowenischen Konflikts.<sup>9</sup>

Gleichzeitig jedoch war Triest eine boomende Handels- und Industriestadt. 1901 hatte ein grosses, von Wien finanziertes Programm, den Hafen zu vergrössern, den Industrialisierungsprozess beschleunigt, und dieser Prozess war bei Ausbruch des Weltkrieges in vollem Schwunge. Insbesondere seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war eine sehr grosse Anzahl von Zuwanderern in die Stadt gekommen. Das Sozialgefüge war instabil und die Lebensbedingungen der Neuankömmlinge oft prekär. Bis zum Weltkrieg verzeichnete Triest nahezu die höchste Kindersterblichkeit in der Monarchie. Die Begründung einer sozialdemokratischen Bewegung und die Festigung eines durch die Sozialdemokratie definierten Sozialmilieus erreichten rasch die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Paradoxerweise wurden gerade die anfänglich sehr erfolgreiche Mobilisierung der Massen und die damit zusammenhängende Ausweitung politischer Partizipationsrechte zum zentralen Auslöser für die nachfolgende Stagnation. Nachdem das männliche Triester Proletariat 1907 sein neu erlangtes Wahlrecht auf Reichsratsstufe massiv im Sinne der sozialistischen Kandidaten ausgeübt hatte, radikalisierte sich die Konfrontation zwischen den Nationalitäten und den politischen Lagern in der Stadt. Die allgemeine Instabilität des städtischen Sozialgefüges, die wachsende, nicht zuletzt aus den Kriegsvorahnungen rührende Wahrnehmung einer existentiellen Krise – obwohl die Stadt wirtschaftlich boomte – führte zu einem soziopolitischen Patt, das durch Hassrhetorik und durch oft gewaltsam eskalierende nationale Konfrontation charakterisiert war.<sup>10</sup>

Nach 1907 und bis zum Ausbruch des Weltkrieges geriet das Thema sozialistischer Bewusstseinserschaffung in Triest immer häufiger zu einer resignierten Beschwörungsformel. Die Schwerfälligkeit, mit der die politische Arbeit voranging, das Desinteresse des grösseren Teils der Arbeiterschaft und nicht zuletzt die augenscheinliche Allmacht nationalistischer Parolen führten zu geradezu verzweifelten Äusserungen der lokal massgeblichen Sozialdemokraten. Man müsse, so ein Sprecher bei der Maifeier 1909, „eine Propagandaorganisation starten, grösser als alles Bisherige [...]“

<sup>9</sup> Vgl. Rolf Wörsdörfer, *Krisenherd Adria 1915-1955: Konstruktion und Artikulation des Nationalen im italienisch-jugoslawischen Grenzraum*, Paderborn 2004.

<sup>10</sup> Vgl. Sabine Rutar, *Kultur – Nation – Milieu. Sozialdemokratie in Triest vor dem Ersten Weltkrieg*, Essen 2004. Allgemein zur Triester Geschichte Roberto Finzi, Giovanni Panjek (Hg.), *Storia economica e sociale di Trieste 1719-1918*, Bd. 1, La città dei gruppi, Trieste 2001; Roberto Finzi, Loredana Panariti, Giovanni Panjek (Hg.), *Storia economica e sociale di Trieste 1719-1918*, Bd. 2: La città dei traffici, Trieste 2003.

und die Arbeiter quasi zwingen, sich kontinuierlich zu bilden und ein bisschen mehr zu lesen“.<sup>11</sup> Damit die Bewegung ihr Ideal verwirklichen könne, bekräftigte Edmondo Puecher, Rechtsanwalt und einer der Köpfe der austro-italienischen Sozialisten in Triest, auf der Maifeier 1912, müsse man dies zuallererst „wirklich und beständig wollen“.<sup>12</sup> Die Welt verändere sich nicht von heute auf morgen, „die wirklich nützliche Revolution [...] ist die, die in den Köpfen und Herzen passiert und die der Verwirklichung der sozialen Forderungen vorausgeht“.<sup>13</sup> In einer soziopolitischen Gemengelage, die einerseits durch prekäre Lebenssituationen der sozial niedrigeren Schichten, andererseits durch allgegenwärtigen Nationalitätenstreit beherrscht war, hatte es der internationalistische Sozialismus nicht leicht, so beharrlich und unermüdlich seine Verfechter ihn auch propagierten.

### Kriegsängste

Industriearbeiter standen bislang eher selten im Zentrum des Forschungsinteresses, wenn es um die Erfahrungen von Soldaten geht bzw. von Männern, die einen Krieg kommen sahen.<sup>14</sup> Die Triester Industriearbeiter wurden 1914 mobilisiert – in den Jahren zuvor waren sie zivile Arbeiter, und unter ihnen viele, die im Dienste der Rüstungsindustrie – genauer dem Kriegsschiffbau – standen. Man könnte sagen, sie waren beunruhigte, sorgen-, wenn nicht angstvolle zukünftige Soldaten. Spätestens seit 1911 schloss der Widerstand gegen die dominierende kapitalistische Bourgeoisie den Widerstand gegen die intensivierete Aufrüstung ein, die eben für alle sichtbar nicht zuletzt in Triest selbst stattfand. In den Worten eines Redners bei der Maifeier von 1911: „Lasst uns nicht vergessen, dass, während sich hier italienische, slowenische und deutsche Arbeiter verbrüdernd und die rote Fahne der Internationale hissen, dass nicht weit von hier, dort unten im Hafen, neue Ausrottungsinstrumente gebaut werden.“<sup>15</sup> Analoge Äusserungen von Kriegsangst finden sich in allen Bereichen der soziokulturellen Aktivitäten der Triester Arbeiterorganisationen, im italienischen und auch im slowenischen Kultur- und Leseverein, in den beiden Frauenvereinen, bei den schon exemplarisch genannten Vorträgen und Maifeierreden, aber auch bei Theateraufführungen oder Aufführungen von Lebenden Bildern (*Tableaux vivants*).

Berichte über den Basler Sozialistenkongress wurden in der habsburgischen Presse mit einer Zensur belegt.<sup>16</sup> Den lokalen Umgang mit dem Ereignis kommentierte der Triester ‚*Lavoratore*‘ sarkastisch, mit den Worten, die „Giolitti-hörigen“

<sup>11</sup> «Per il ‚Circolo di studi sociali‘», in: *Il Lavoratore*, Nr. 2009, 24. November 1909.

<sup>12</sup> «La solenne manifestazione proletaria di Primo Maggio», in: *Il Lavoratore*, Nr. 2306, 4. Mai 1912.

<sup>13</sup> «La nostra festa», in: *Il Lavoratore*, Nr. 2410, 30. April 1913.

<sup>14</sup> Vgl. B. Ziemann, *op. cit.*, S. 4.

<sup>15</sup> «Il primo maggio a Trieste», in: *Il Lavoratore*, Nr. 2173, 3. Mai 1911.

<sup>16</sup> In Österreich verbot die Regierung den Druck des Manifestes sowie von Ausschnitten aus den Reden von Edouard Anseele, Victor Adler, Hugo Haase, Jean Jaurès und Pieter Jelles Troelstra, da sie zum Hochverrat aufgerufen hätten. Bernard Degen, Die europaweite Ausstrahlung des Kongresses, in: ders. u. a. (Hg.), *op. cit.*, S. 142-149, hier S. 145.

Triester Stadtoberen seien „österreichischer als die Österreicher“ und veranstalteten „eine sehr vulgäre Posse und einen äusserst dummen *Bluff*“ rund um die öffentliche Meinung, die sie hinter sich glaubten. Sie propagierten die Ausrufung des militärischen Ausnahmezustandes – alles im Zeichen nationalistischer und anti-sozialistischer Agitation.<sup>17</sup> Der Kommentar ist im Kontext der italienischen Aggression gegen das Osmanische Reich zu lesen, welche im September 2011 begonnen hatte. Nicht nur die sozialistische Presse in Europa hatte den italienischen Ministerpräsidenten Giovanni Giolitti und seinen Aussenminister Antonio di San Giuliano als massgebliche Kriegstreiber in diesem Konflikt identifiziert, welcher als eine Bedrohung für den Frieden in ganz Europa angesehen wurde.<sup>18</sup> Der Italienisch-Osmanische Krieg offenbarte die Schwäche des Osmanischen Reiches und bestärkte die Balkanstaaten in ihrem Entschluss, ebenfalls anzugreifen.<sup>19</sup> Wenn also die Sozialdemokraten in Triest den im Stadtrat dominanten italienischen Liberalnationalen vorwarfen, sie seien „Giolitti-hörig“ in ihrer Zensur der Berichterstattung über den Basler Kongress, war dies zuförderst ein Vorwurf der Kriegstreiberei, an deren Fluchtpunkt das irredentistische Ziel eines Anschlusses Triests an Italien stand: Die Liberalnationalen unterstützten in aggressiver Weise das italienische Kriegsabenteuer und gingen auch angesichts des Ersten Balkankrieges entsprechend gegen sozialistische Manifestationen für den Frieden vor. Ihr „Verrat“ war ganz anderer Natur als derjenige, der die österreichische Regierung bewog, die Berichterstattung über den Basler Friedenskongress zu unterbinden.

Ein universeller Antimilitarismus war immer Teil des sozialdemokratischen Diskurses gewesen. Als nun im Oktober 1912 Krieg in Triests „Hinterhof“, dem Balkan, ausbrach, wurden die Kriegs- bzw. die Weltkriegsvorahnungen akut. Anhand der Maifeierreden der Jahre 1909 bis 1913 lässt sich die Intensivierung angstvoller Äusserungen veranschaulichen. Angesichts von Österreichs Annexion Bosnien-Herzegowinas im Jahr 1908 erwähnte Valentino Pittoni, Vorsitzender der Triester sozialdemokratischen Partei, in seiner Rede zum Ersten Mai 1909 die Gefahr eines allgemeinen europäischen Krieges: „Was werden wir tun, wenn das Vaterland in Gefahr ist? Haben wir Grund, uns mit ‚Vaterländern‘ zu identifizieren?“<sup>20</sup> 1912 sah Edmondo Puecher – wie schon Renner anderthalb Jahre zuvor – einen Weltkrieg voraus: „Die Möglichkeit eines grossen europäischen Konflikts besteht in jedem Au-

<sup>17</sup> «Più austriaco dell'Austria», in: *Il Lavoratore*, Nr. 2359, 4. Dezember 1912.

<sup>18</sup> Vgl. Hermann Wendel, «Der türkisch-italienische Krieg», in: *Die neue Zeit: Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie* 30, 3 (20. Oktober 1911), S. 65-72, der trotz grosser Sachlichkeit seines Berichts vom „Banditenstreich Giolittis“ (S. 69) schrieb. Weitere Zitate aus der deutschen Presse in Holger Afflerbach, *Der Dreibund. Europäische Grossmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*, Wien u.a. 2002, S. 700. Allgemein zum Italienisch-Türkischen Krieg: Timothy W. Childs, *Italo-Turkish Diplomacy and the War Over Libya, 1911-1912*, Leiden 1990.

<sup>19</sup> H. Afflerbach, *op. cit.*, S. 687-708; Alexander De Grand, *The Hunchback's Tailor. Giovanni Giolitti and Liberal Italy from the Challenge of Mass Politics to the Rise of Fascism, 1882-1922*, Westport (Ct.) 2001, insbesondere Kapitel 7: Domestic Reform and War.

<sup>20</sup> «Il nostro Primo Maggio», in: *Il Lavoratore*, Nr. 1935, 5. Mai 1909.

genblick.<sup>21</sup> Ein weiteres Jahr später, am Maifeiertag 1913, war der Balkankrieg *das* zentrale Thema – „nie zuvor verdichteten sich solch drohende Wolken über dem Himmel Europas“.<sup>22</sup> Parteiführer Pittoni hielt eine flammende Anti-Kriegsrede, beschwor die Balkan-Föderation als langfristige Lösung und die Notwendigkeit antimilitaristischer Propaganda. Er verglich das Proletariat mit einem in Ketten gelegten Riesen:

„Während der Riese seine Ketten schüttelt und der Maisonne entgegenblickt, sicher, dass die Stunde der Erlösung nahe ist, ist das grausame und barbarische Echo der Kriegsmaschinerie noch nicht verstummt, welche auf dem nahen Balkan das Leben und die Existenz Hundertausender ausgelöscht hat! [...] Weitere Hundertausende gesunder und starker junger Männer und weitere Millionen benötigen die europäischen Regierungen für die Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaft, die sie ‚Vaterland‘ nennen. [...] An diesem Ersten Mai sollte der Kapitalismus auf die blutenden Täler des Balkans blicken und vor Angst zittern angesichts seiner eigenen zerstörerischen und tödlichen Taten!“<sup>23</sup>

Die Beispiele dienen hier als mikrohistorische Illustration dessen, was Andreas Helmedach mit Blick auf das Habsburgerreich insgesamt als „die Geschichte des schliesslichen Scheiterns einer lange Zeit weitgehend funktionierenden politischen, sozialen und kulturellen Integration grosser Teile Ostmittel- und Südosteuropas“ genannt hat,<sup>24</sup> was in gewisser Weise analog zu Ziemanns einleitend genannter radikaler Wissens- und Erfahrungsentwertung zu lesen ist.

### Die Identitäts- und Loyalitätsdilemmata austro-italienischer Sozialisten

Der Weltkrieg und die enthusiastische Unterstützung, die er von der Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten erhielt, führten zur totalen Desillusion der Triester Sozialisten. Diese Desillusion war nicht nur eine politische – sie löste tiefe biographische Brüche und Krisen aus. Die Ruhelosigkeit, die nach 1914 das Leben Valentino Pittonis kennzeichnete, kann als Beispiel dienen. Nachdem er zunächst an die Front mobilisiert worden war, nahm er mit der Wiedereröffnung des Wiener Reichstags 1917 seine parlamentarischen Aktivitäten wieder auf. Bis zuletzt unterstützte er die Idee, die Monarchie in eine Föderation umzuformen, in welcher Triest ein Sonderstatus hätte zufallen sollen. 1919, nachdem das Habsburgerreich zerfallen war und Italien Triest und Istrien annektiert hatte, verliess er die Stadt und zog nach Mailand,

<sup>21</sup> «La solenne manifestazione proletaria di Primo Maggio», in: *Il Lavoratore*, Nr. 2306, 4. Mai 1912.

<sup>22</sup> «Il manifesto di Primo Maggio del Partito Socialista Italiano», in: *Il Lavoratore*, Nr. 2410, 30. April 1913.

<sup>23</sup> «Il Primo Maggio a Trieste», in: *Il Lavoratore*, Nr. 2411, 3. Mai 1913. Vgl. die slowenischsprachige Parteizeitung «Praznujmo prvi maj!», in: *Zarja*, Nr. 570, 30. April 1913.

<sup>24</sup> Andreas Helmedach, *Das Verkehrssystem als Modernisierungsfaktor. Strassen, Post, Fuhrwesen und Reisen nach Triest und Fiume vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zum Eisenbahnzeitalter*, München 2002, S. 40-41.

wo er bis 1925 die lokale Konsumgenossenschaft leitete. Die Konsolidierung des Faschismus veranlasste ihn, Mailand wieder zu verlassen. Er zog nach Wien, wo er in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen lebte und die Redaktion der ‚Arbeiter-Zeitung‘ leitete. Bis zu seinem Tod im April 1933 unterstützte er italienische antifaschistische Emigrantinnen und Emigranten.<sup>25</sup> Auch andere Triester Sozialisten bewältigten den Untergang der Welt, wie sie sie kannten, nicht. Manche reagierten mit psychischer Krankheit, wie Michele Susmel, der jahrelange Organisator der Aktivitäten im italienischen sozialistischen Kulturzirkel *Circolo di studi sociali*, oder gar mit Selbstmord, wie Angelo Vivante, einer der wenigen Intellektuellen in Triests sozialistischer Bewegung. Er starb am 1. Juli 1915, wenige Wochen, nachdem Italien Österreich-Ungarn den Krieg erklärt hatte.<sup>26</sup>

Was sagen Diskurse über die Angst vor Krieg, geäußert in einem spezifischen politischen Milieu, aus über die Erfahrungen und – angstvollen – Erwartungen der Menschen? Was wurde artikuliert und warum? Was war sagbar und was nicht? Wie und wann kann eine dichte Beschreibung für eine „allgemein“ gefühlte Kriegsangst stehen, jenseits von „grossen politischen Akteuren“, im „Alltäglichen“? Wie „sprechen“ die politisierten Diskurse einerseits und die erwähnten Lebensgeschichten – die Nachweise psychischer Belastungsstörungen – zueinander?<sup>27</sup>

### Slowenische Sozialisten und die nationale Frage

Die Quellen zeigen, dass in Triest das Thema *Krieg* durch die Ereignisse auf dem Balkan greifbar wurde und dass sich die Rhetorik in der Folge qualitativ veränderte. Waren frühere Konflikte im Rahmen eines allgemeinen antimilitaristischen Diskurses thematisiert worden<sup>28</sup> – und zwar relativ unabhängig davon, ob Österreich-Ungarn, wie bei der bosnischen Annexionskrise, unmittelbar beteiligt war oder nicht – berührte der Krieg auf dem Balkan Triest unmittelbar. Die Tatsache, dass ein substantieller Teil der Bevölkerung in der Stadt slawisch und Objekt südslawischer Staatsvisionäre war, verdient in diesem Kontext Beachtung.<sup>29</sup>

Kurz vor dem Ende des Ersten Balkankrieges, am 12. April 1913, mischte sich seitens der sozialdemokratischen Partei der slowenische Schriftsteller Ivan Cankar in die Debatte um Krieg, Frieden und Staatsvisionen ein. Im vom sozialde-

<sup>25</sup> Valentino Pittoni, in: Franco Andreucci, Tommaso Detti (Hg.), *Il movimento operaio italiano. Dizionario biografico 1853–1943*, Bd. 4, Rom 1976, S. 181–183.

<sup>26</sup> Angelo Vivante, in: *Ibid.*, Bd. 5, Rom 1978, S. 249–252; vgl. Anna Millo, *Storia di una borghesia. La famiglia Vivante a Trieste dall'emporio alla guerra mondiale*, Gorizia 1998.

<sup>27</sup> Reinhart Koselleck, ‚Erfahrungsraum‘ und ‚Erwartungshorizont‘ – zwei historische Kategorien, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1989, S. 349–375.

<sup>28</sup> Vgl. B. Degen, Die europaweite Ausstrahlung, *op. cit.*, S. 149, es dürfe „nicht vergessen werden, dass Sozialistinnen und Sozialisten im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg die wohl eindrücklichste und aufwendigste Friedenspropaganda betrieben haben, die Europa bis dahin gekannt hatte“.

<sup>29</sup> Vgl. I. Despot, *op. cit.*, der aus der Perspektive der Kriegsparteien schreibt; und A. Hannig, *op. cit.*, die die höhere österreichisch-ungarische Politik in den Blick nimmt.

mokratischen Kulturverein *Vzajemnost* in Ljubljana organisierten Vortrag ‚Slowenen und Jugoslawen‘ (*Slovinci in Jugoslovani*) kritisierte er den Neillyrismus bzw. die Bereitschaft von slowenischen Politikern jeglicher Partei sowie von einzelnen Intellektuellen und Kulturinstitutionen, die slowenische Sprache und nationale Individualität zugunsten einer grösseren Einheit der Südslawen zu opfern:

„Gott sei Dank gibt es nicht viele dieser Illyrer – man könnte sie beinahe an den Fingern einer Hand abzählen [...]. Unter den österreichischen Vögten, in unserem Kerker, in Armut und unter zahlreichen Plagen haben wir unsere Kultur auf ein so hohes Niveau gehoben, dass es eine Zierde und Freude ist. Das ist der Ausdruck nationaler Stärke, die in nichts hinter jener Stärke zurückbleibt, die vor Lozengrad und bei Kumanovo [den beiden siegreichen Schlachten gegen die Osmanen im Ersten Balkankrieg, S.R.] herrschte.“<sup>30</sup>

Die Slowenen – Triest war zu dieser Zeit die Stadt mit der grössten slowenischen Bevölkerung, grösser noch als die Ljubljanas – hatten ein eigenes Verhältnis zu den Geschehnissen auf dem Balkan, und Angst war ein Grundmotiv, auch jenseits der *Kriegsangst*. Die Angst vor dem deutschen und/oder italienischen aggressiven Nationalismus brachte sie dazu, sich als Teil der Visionen südslawischer Staatlichkeit zu sehen, so vage und umstritten letztere auch blieben. Externe Beobachter wie der Historiker Robert William Seton-Watson beispielsweise, welcher 1917-1918 im Dienste des britischen *Intelligence Bureau* für dessen Direktorat für Propaganda in Feindländern eine massgebliche Rolle bei der Gründung der Tschechoslowakei und Jugoslawiens spielen sollte, schlossen die Slowenen aus geostrategischen Gründen von nationalistischen Staatsentwürfen aus, genau wegen der deutschen Ambitionen. Die wirkliche Gemengelage auf dem Balkan ignorierten sie. Die Slowenen sahen sich gefangen zwischen der Szylla deutscher und italienischer Vereinnahmungspläne und der Charibdis des Jugoslawentums. Letzteres erschien als das kleinere Übel, manchen selbst um den Preis, die eigene Sprache zugunsten des Kroatischen aufzugeben, oder eine serbische Vorherrschaft zu akzeptieren.<sup>31</sup>

Der erwähnte Triester Jurist und Publizist Angelo Vivante hat die vielleicht eindringlichste – weil konsequent anti-nationalistische – Analyse der Befindlichkeit Triests im Augenblick des Kriegsausbruchs auf dem nahen Balkan verfasst und die ambivalente Rolle der Slawen im Spiel der internationalen Kräfte 1912 auf den Punkt gebracht:

„Heute bewahrt Österreich noch seine ausgleichende Funktion. [...] Paradoxerweise ist Österreich sowohl ein Stimulus wie auch ein Anti-Stimulus für deutsche Pläne: Es ist nützlich, um den Russen etwas entgegenzusetzen; aber gleichzeitig, wegen des wachsenden Einflusses der Slawen in Österreich, verhindert der zentralistische österreichische Staat die Schaffung eines Gross-

<sup>30</sup> Ivan Cankar, *Slovinci in Jugoslovani*, in: ders., *Zbrano delo*, Bd. 25, Ljubljana 1976, S. 228-238, hier S. 235-336.

<sup>31</sup> Vasilij Melik, *Slovinci v času Cankarjevega predavanja*, Maribor 1986, S. 203.

deutschlands ‚vom Baltikum zur Adria‘. Diese zentralistische Staatlichkeit wird allerdings nicht ewig dauern; im Gegenteil, vielleicht ist es die dualistische Struktur, die zuerst untergehen wird. Der Panslawismus, also ein Monsterstaat von Moskau bis Konstantinopel, erscheint heute in den Augen der Südslawen nurmehr eine hässliche Utopie. Der Neoslawismus, also die intellektuelle Vereinigung aller Slawen, ist ein Versuch, den Pan-Slawismus zu erneuern, aber nichts als dessen sentimentaler Abglanz und ohne politische Substanz. Die Südslawen in Österreich, Ungarn und auf dem Balkan fühlen sich im Zuge ihrer kapitalistischen und intellektuellen Evolution angezogen von autonomistischen Ideen.<sup>32</sup>

Das Kriegsszenario im „Hinterhof“ der Stadt nährte die schon existierenden Ängste in eindringlicher Weise, nicht zuletzt die Angst, dass auch Österreich-Ungarn sich bald im Krieg befinden würde. Mancherorts wurde das Wort vom bevorstehenden Ende der Monarchie laut.<sup>33</sup> Die Triester Arbeiter fürchteten die Mobilisierung an die Front – um für eine Sache zu kämpfen, die vielleicht längst verloren war; um sich zwischen nationalen und imperialen Loyalitätsgefühlen zerrieben zu sehen; um daran teilzuhaben, wie die Grenzregion zum Spielball der aggressiven Nationalismen degenerierte.

---

<sup>32</sup> Angelo Vivante, *Irredentismo adriatico. Contributo alla discussione sui rapporti austro-italiani*, Florenz 1912, S. 213.

<sup>33</sup> Vgl. die Rede Viktor Adlers im Basler Münster im November 2012, Bernard Degen, Basel im Zentrum der Friedensbewegung, in: ders. u. a. (Hg.), *op. cit.*, S. 30-41, hier S. 37-38.

# Koloniale *Latecomers* und Antikriegspolitik: SPD und PSI von den „Hottentottenwahlen“ bis zum Parteitag in Reggio Emilia (1907-1912)

Rolf Wörsdörfer

## Die Dimension des kolonialen *Latecomers*: Deutschland und Italien im Vergleich

Imperialismus setzt, wie Hans-Ulrich Wehler schreibt, die „universalgeschichtliche Zäsur“ der industriellen Revolution voraus, und zwar unabhängig davon, wie stark das einzelne Land letztendlich in sie involviert war.<sup>1</sup> Insofern rühren einige Unterschiede zwischen dem deutschen und dem italienischen Kolonialismus schon von den sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen beider Länder her. Es stellt sich aber gleichwohl die Frage, ob nicht im Hinblick auf Deutschland und Italien so etwas wie die von Wehler angedeutete „strukturelle Gleichartigkeit“ oder die „erstaunliche Gleichzeitigkeit der Imperialismen“ bestand. Beantwortet man die Frage mit einem vorsichtigen „Ja!“, dann insbesondere aufgrund der späten nationalen Einigung Italiens und Deutschlands und angesichts ihrer Rolle im europäischen „Konzert der Mächte“, vor allem in den Jahren nach der 1882 erfolgten Gründung des Dreibundes.<sup>2</sup>

Die Karte zur Aufteilung Afrikas vor dem Ersten Weltkrieg verrät über den deutschen und italienischen Anteil an den imperialen Unternehmungen europäischer Mächte zunächst, dass das Deutsche Reich etwas früher zur Stelle war und sich sukzessive den Löwenanteil an der noch zu verteilenden Beute sichern konnte. Mussten die deutschen „Schutzgebiete“ weitab vom sogenannten „Mutterland“ als Argument für eine enorme Flottenrüstung erhalten, so waren die italienischen Besitzungen zwar leichter erreichbar, umfassten aber ausgedehnte Wüstengebiete. Wenn die grosenteils südlich des Äquators gelegenen deutschen Besitzungen schon als nicht besonders ertragreich galten, dann traf dies umso mehr auf die italienischen Kolonien entlang der Küsten des Mittelmeeres und des Roten Meeres zu. Letztere waren arm an Rohstoffen, denn das libysche Erdöl wurde erst nach der Unabhängigkeitserklärung

---

<sup>1</sup> Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849-1914*, München 1995, S. 978.

<sup>2</sup> Holger Afflerbach, *Der Dreibund. Europäische Grossmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg*, Wien/ Köln/ Weimar 2002; Christof Dipper (Hg.), *Deutschland und Italien. Politische und kulturelle Aspekte im Vergleich. 1860-1960*, München 2005; Gian Enrico Rusconi, *Deutschland-Italien, Italien-Deutschland. Geschichte einer schwierigen Beziehung von Bismarck bis zu Berlusconi*, Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 2006.

des Landes entdeckt, während die deutsche Kolonialmacht mit den gerade noch rechtzeitig aufgefundenen Diamanten Südwesafrikas, des heutigen Namibias, ein wenig besser dastand.

Die Überseegebiete des Deutschen Reichs waren zunächst in der Hand von privaten Kaufleuten; eine Abrundung ihrer Territorien wurde bisweilen im Zusammenhang mit internationalen Verträgen diskutiert und zum Teil auch beschlossen – Anlässe boten die Marokko-Krisen oder die Überlegungen zur Aufteilung Angolas. Demgegenüber hatten die italienischen Kolonien, obwohl teilweise anfänglich ebenfalls in privatem Besitz, seit dem Machtantritt Francesco Crispis auch den Charakter militärischer Aufmarschgebiete; dies blieb bis in die Zeit des Zweiten Weltkrieges so. Umgekehrt ist allerdings auch anzuerkennen, dass die italienische Besetzung Eritreas im Einverständnis mit den Briten erfolgte und dass die Eroberung Libyens von langer Hand diplomatisch vorbereitet war.<sup>3</sup>

### Siedlungspolitik im Vergleich

Italienische Truppen konnten seit 1889 von Eritrea aus Abessinien bedrohen, den vorletzten tatsächlich noch unabhängigen Staat Afrikas. Dessen Besetzung stellte einige Jahrzehnte später einen enormen innenpolitischen Prestigegewinn für König Viktor Emanuel III. dar, der sich dank der eroberten Kolonie ähnlich wie der britische Monarch als „Kaiser“ bezeichnen liess.<sup>4</sup>

Kolonialpolitik wurde von der einzelnen Kolonialmacht immer auch in Abgrenzung zu den überseeischen Unternehmungen der anderen Grossmächte konzipiert, abhängig von der ökonomischen, sozialen und demografischen Lage des jeweiligen Landes. So fehlten beispielsweise in Deutschland ehrgeizige Besiedlungsprogramme, mit denen sich die Präsenz in Afrika, Ozeanien und China hätte rechtfertigen lassen. Tatsächlich festigte das deutsche Kaiserreich seine Kolonialherrschaft zu einem Zeitpunkt, an dem nur noch wenige Deutsche in der Auswanderung nach Übersee eine realistische Option sahen. Das Reich importierte schon in den 1890er Jahren mehr Arbeitskräfte als es Siedler exportierte; bis auf geringe Reste versickerte der Auswandererstrom um die Jahrhundertwende.<sup>5</sup> Wo eine Besiedlung der „Schutzgebiete“ trotzdem zur Diskussion stand, verwiesen die antikolonial eingestellten Gruppen auf das Vorhandensein kultivierbarer Böden im Mutterland, vor allem in den Gebieten östlich der Elbe.

<sup>3</sup> H. Afflerbach, *op. cit.*, S. 154-158, 691.

<sup>4</sup> Angelo Del Boca, *La guerra d'Abissinia 1935-1941*, Milano 1965; Nicola Labanca, *Oltremare. Storia dell'espansione coloniale italiana*, Bologna 2002; Gabriele Schneider, *Mussolini in Africa. Die faschistische Rassenpolitik in den italienischen Kolonien 1936-1941*, Köln 2000; Manlio Bonati (Hg.), *La presenza italiana in Africa 1870-1943*, Parma 2003; Gian Paolo Calchi Novati, *L'Africa d'Italia. Una storia coloniale e postcoloniale*, Roma 2011; Antonella Randazzo, *In Africa andammo. Gli orrori negati dell'Africa italiana*, Caltanissetta 2005; Asfa-Wossen Asperate, Aram Mattioli (Hg.), *Der erste faschistische Vernichtungskrieg. Die italienische Aggression gegen Äthiopien 1935-1941*, Köln 2006.

<sup>5</sup> Jochen Oltmer, *Migration im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 10.

Italien verzeichnete demgegenüber den Kulminationspunkt der Auswanderung erst 1913, also nach der Eroberung Libyens. Für die italienischen Eliten und weite Teile der Bevölkerung gehörten der Erwerb überseeischer Gebiete und die Siedlungspolitik unmittelbar zusammen. Robert Michels beschrieb den italienischen Imperialismus als eigenen Typus: Die klassischen wirtschaftlichen Motive für die koloniale Expansion träten auf der Apenninhalbinsel in den Hintergrund und seien letztlich weniger relevant als die demografischen Probleme (Überbevölkerung, Migration).<sup>6</sup> In Teilen des Landes wurden Kolonialunternehmungen lebhaft begrüßt und gefeiert, während sie in anderen – wie noch gezeigt werden soll – auf eine hartnäckige Opposition trafen. Mochte Italien ähnlich wie Deutschland genügend Landschaften aufweisen, die sich zur Urbarmachung und Besiedlung eigneten, um 1911 zählte dies – anders als unter dem Faschismus und nach dem Zweiten Weltkrieg – als Argument in der öffentlichen Auseinandersetzung nur wenig. Letztlich boten aber dann weder Eritrea noch Italienisch-Somaliland das richtige Terrain für eine konsequente Siedlungspolitik. Italienerinnen und Italiener migrierten also weiterhin in alle Welt, und nur in sehr geringem Umfang in die eigenen Kolonien.<sup>7</sup>

### Das Debakel von Adua – ein italienisches Trauma

Zwar bildete die Eroberung Abessiniens zeitweise das wichtigste Ziel italienischer Kolonialpolitik, doch scheiterten verschiedene Anläufe kläglich, die strategisch günstige Position am Roten Meer zur Unterwerfung der äthiopischen Stämme und zur Entmachtung des Königs bzw. Kaisers in Addis Abeba zu nutzen. Selbst die Errichtung des italienischen Protektorats über Abessinien Ende der 1880er Jahre beruhte auf einem Übersetzungsfehler in den diplomatischen Dokumenten, die auf Italienisch etwas anderes bedeuteten als auf Amharisch. Alles wurde am Ende dann auch schnell wieder rückgängig gemacht.<sup>8</sup>

Ein nationales Trauma ersten Ranges provozierte ein in der für Italien verheerenden Schlacht von Adua endender militärischer Vorstoss. „Adua“ stand für die Vermessenheit eines Ministerpräsidenten, der doch recht eigentlich als Schöpfer des modernen italienischen Zentralstaates gilt: Francesco Crispi. In Adua liess das Königreich Italien 1896 in einer grossen Schlacht gegen die Truppen des äthiopischen Königs Menelik Tausende von Soldaten auf dem Feld, darunter 4'000 aus Italien selbst stammende Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Von den Angehörigen der afrikanischen Hilfstruppe fielen 2'600 Mann. Italien verlor einen grossen Teil seiner

<sup>6</sup> Tim Genett, *Der Fremde im Kriege. Zur politischen Theorie und Biographie von Robert Michels 1876-1936*, Berlin 2008, S. 561. Allerdings argumentierte auch Michels selbst mit den Möglichkeiten der Urbarmachung und der Elektrifizierung des Mezzogiorno. Vgl. zu diesem Themenfeld Giuseppe Barone, *Mezzogiorno e modernizzazione. Elettricità, irrigazione e bonifica nell'Italia contemporanea*, Torino 1986.

<sup>7</sup> Piero Bevilacqua, Andreina De Clementi, Emilio Franzina (Hg.), *Storia dell'emigrazione italiana*, 2 Bd., Roma 2001/ 2002.

<sup>8</sup> Giorgio Candeloro, *Storia dell'Italia moderna*, Bd. 6: Lo sviluppo del capitalismo e del movimento operaio 1871-1896, Milano 1978, S. 347-348.

im Kolonialkrieg erfahrenen Soldaten, darunter auch zwei Generäle. Bei Eintreffen der Nachricht von der Niederlage in Rom trat Francesco Crispi sofort als Ministerpräsident zurück.<sup>9</sup> Für fünfzehn Jahre blieben neue Territorien in Afrika ausserhalb der Reichweite Italiens. Genährt wurde dadurch unter anderem der Mythos, Italien sei das demokratische, pazifistische und ethische Land *par excellence*, in dem altruistische Prinzipien den Massstab für das politische Handeln bildeten.<sup>10</sup>

In jedem Falle grub sich Adua tief in das historische Gedächtnis vieler Italienerinnen und Italiener ein; Kriegsgegner mussten nur das Wort nennen und jeder wusste, was gemeint war. So konnte auch die den Kolonialismus befürwortende Strömung der öffentlichen Meinung während des Libyenkrieges von 1911 gar nicht oft genug wiederholen, dieser neue Feldzug unterscheide sich grundlegend von Crispis Abenteuer. Die von Andrea Costa, einem Sozialisten aus der Romagna, ausgegebenen Parolen „Keinen Mann und keinen Pfennig“ und „Raus aus Afrika“ blieben gleichwohl in weiten Teilen Italiens populär.<sup>11</sup>

### Streit um Dampfersubventionen in Deutschland

Wirft man die Frage nach den Anfängen der kolonialen Debatte innerhalb der deutschen Sozialdemokratie auf, so trifft man schnell auf den Streit um die Dampfersubventionen, der noch zur Zeit Bismarcks und der Sozialistengesetze ausbrach. Zusammen mit dem Zwist um die Schutzzollpolitik belegte der Kampf gegen die Dampfersubventionen, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) „nun die Betätigung im Parlament erheblich höher wertete, als vorher“.<sup>12</sup>

Die Partei bot dabei ein Bild der Zerrissenheit: Ein Teil der SPD-Führung sass im Schweizer Exil und wandte sich vehement gegen eine Subventionspolitik, die letztlich zur Förderung der ozeanischen Kolonien gedacht war. Der andere Teil beratschlagte demgegenüber im Berliner Reichstag bedenkenlos über eine Bewilligung jener Subventionen, die Bismarck selbst inhaltlich eng mit der Kolonialpolitik verknüpft hatte.<sup>13</sup>

Unter den Befürwortern der Dampfersubventionen waren vor allem Abgeordnete aus Hamburg und Altona. Dies wiederum erinnert daran, dass die hauptsächlichsten Unterstützer der Kolonialpolitik unter den Sozialisten Norditaliens ihre Hochburg in Genua hatten. Dort erwarteten sich die Genossenschaften der Hafentarbeiter eine Zunahme der Aufträge dank der kolonialen Eroberungen. Die Majorität

<sup>9</sup> Raymond Jonas, *The Battle of Adwa. African Victory in the Age of Empire*, Cambridge 2011; Roberto Battaglia, *La prima guerra d'Africa*, Torino 1958.

<sup>10</sup> T. Genett, *op. cit.*, S. 560-561.

<sup>11</sup> Maurizio Degl'Innocenti, *Il Socialismo italiano e la guerra di Libia*, Roma 1976, S. 61.

<sup>12</sup> Kurt Mandelbaum, *Die Erörterungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie über das Problem des Imperialismus (1895-1914)*, Frankfurt a. M. 1926, S. 6.

<sup>13</sup> Hans-Christoph Schröder, *Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik“ vor 1914*, Bd. 1, Bonn/ Bad Godesberg 1975, S. 126.

der SPD-Fraktion wiederum befürwortete die Subventionen getragen von der Hoffnung, die Krise der Werftindustrie überwinden zu können. Drei sozialdemokratische Abgeordnete setzten einen Ergänzungsantrag durch, dem gemäss die auf den subventionierten Linien „neu einzustellenden Dampfer [...] auf deutschen Werften gebaut sein“ mussten.<sup>14</sup>

Auf dem SPD-Exilparteitag in St. Gallen 1887 erlitten die Subventionsunterstützer ihre definitive Niederlage. Bis zum Ersten Weltkrieg blieb der Subventionsstreit der schärfste Konflikt innerhalb der deutschen Sozialdemokratie.<sup>15</sup> Jedenfalls war hier ein Teil der späteren revisionistischen Positionen bereits vorgezeichnet; Befürworter der Kolonialpolitik forderten etwa eine „besondere Berücksichtigung deutscher Arbeiterinteressen“ und einen „Anteil Deutschlands an den überseeischen Märkten und Rohstoffgebieten“.<sup>16</sup>

## Parteien und Antikriegspolitik

Protagonisten des Kampfes gegen den Kolonialkrieg waren in Italien und Deutschland nicht allein die Sozialdemokraten oder Sozialisten.<sup>17</sup> In die parlamentarischen und ausserparlamentarischen Initiativen wurden andere politische und gesellschaftliche Strömungen einbezogen, darunter in Deutschland die Zentrumspartei und die Linksliberalen, in Italien Anarchisten, Republikaner, revolutionäre Syndikalisten, Radikale und Katholiken. Im Folgenden werden die einzelnen Strömungen mit dem Ziel skizziert, ihnen den jeweils angemessenen Platz in der Geschichte der breiteren Antikriegsopposition einzuräumen. Darzustellen ist auch, unter welchen Umständen sie ihre antikoloniale Haltung aufgaben. Anschliessend ist dann die gesamte Problematik für die Zeit zwischen den deutschen Reichstagswahlen von 1907 und dem Parteitag von Reggio Emilia (1912) zu analysieren.

### *Katholiken*

Der Kulturkampf im Deutschen Reich und das päpstliche „*Non expedit*“ in Italien sorgten dafür, dass der politische Katholizismus für geraume Zeit eine Antisystempartei blieb, und dies mit Konsequenzen für die Haltung zu den Kolonialunternehmungen des jeweiligen Landes. Zwar war es nicht von vornherein ausgeschlossen, dass auch Katholiken einzelne koloniale Erwerbungen und Feldzüge guthiessen, aber wir finden die katholischen Gruppen bisweilen auch auf Seiten der parlamentarischen

<sup>14</sup> Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, VI. Legislaturperiode, 1. Session 1884/85, Bd. 3, Berlin 1885, 65. Sitzung am 12.3.1885, S. 1773-1774, zitiert nach Marina Cattaruzza, *Arbeiter und Unternehmer auf den Werften des Kaiserreichs*, Wiesbaden 1988, S. 19.

<sup>15</sup> H.-C. Schröder, *op. cit.*, S. 135.

<sup>16</sup> *Ibid.*, S. 136.

<sup>17</sup> Zu den Beziehungen zwischen beiden Parteien: Ernesto Ragionieri, *Socialdemocrazia tedesca e socialisti italiani. L'influenza della Socialdemocrazia tedesca sulla formazione del Partito Socialista Italiano 1875-1895*, Milano 1977; Katharina Keller, *Modell SPD? Italienische Sozialisten und deutsche Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg*, Bonn 1994.

Kriegsgegner. Das gilt in Deutschland insbesondere für die Position des Zentrums zum Vorgehen gegen die Herero und Nama. Der später von Rechtsextremisten ermordete katholische Reichstagsabgeordnete Mathias Erzberger klagte im Frühjahr 1906 die Kolonialverwaltung in Deutsch-Südwestafrika und jene Firmen an, die aus dem Völkermord Gewinn zogen.<sup>18</sup>

Im Italien des Jahres 1911 bahnte sich umgekehrt bereits die Zusammenarbeit des Ministerpräsidenten Giolitti mit dem politischen Katholizismus an. Geschäftsinteressen des katholischen *Banco di Roma* sowie eine allgemeine Orientierung der Katholiken an der möglichen Missionierung Nordafrikas taten ein Übriges. Von einer Antikriegsopposition der katholischen Bevölkerungsmehrheit konnte also nicht mehr die Rede sein. Stärker als das konfessionelle Element wog allerdings die geografische Streuung von Dissens und Konsens zur Kolonialunternehmung. Schon zwei Jahre später sicherte der „Gentiloni-Pakt“ den italienischen Liberalen die parlamentarische Mehrheit auch unter den Bedingungen eines gesellschaftlichen Linksrucks und einer Stärkung der Sozialisten.

#### *Linksliberale und Radikale*

Zur Zeit des ersten italienischen Abessinienkrieges war neben den Sozialisten vor allem die Radikale Partei unter Felice Cavallotti als stolzer Gegner jeder Kolonialunternehmung hervorgetreten. Nachdem aber Cavallotti 1898 bei einem Duell getötet worden war, verloren die Radikalen viel von ihrem oppositionellen Habitus.

Wenig später, mit der „demokratischen Wende“ des Jahres 1900, stellten die Linksliberalen unter Giuseppe Zanardelli und Giovanni Giolitti bereits den Kern des Regierungslagers. Zu dieser Zeit betrieb die liberale Linke in Deutschland noch eine Oppositionspolitik, die sich auch auf den Militarismus und Kolonialismus erstreckte. Die SPD trat zeitweise die antikoloniale Wortführerschaft an die Vertreter des Zentrums (Ludwig Windthorst) und des Linksliberalismus (Eugen Richter) ab, um später dann eine Art von Monopolstellung in der Opposition gegen die Kolonialpolitik zu erlangen.<sup>19</sup>

#### *Subversiver Antimilitarismus*

In Ermangelung einer dezidiert republikanischen Partei und angesichts der substanziellen Schwäche anarchistischer und syndikalistischer Gruppen in Deutschland lassen sich diese Teile des antikolonialen Lagers vor allem am italienischen Beispiel studieren.<sup>20</sup> Im Grossen und Ganzen stellten sie die privilegierten Bündnispartner der Sozialisten dar, und zwar eher des revolutionär-intransigenten als des reformerischen oder

<sup>18</sup> Volker Ullrich, *Die nervöse Grossmacht 1871-1818. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs*, Frankfurt a. M. 1999, S. 215. Zu Erzberger jetzt Christopher Dowe, *Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie*, Stuttgart 2011.

<sup>19</sup> H.-C. Schröder, *op. cit.*, S. 143.

<sup>20</sup> Marina Tesoro, *I repubblicani nell'età giolittiana*, Firenze 1978; Alceo Riosa, *Il sindacalismo rivoluzionario in Italia e la lotta politica nel Partito socialista nell'età giolittiana*, Bari 1976.

revisionistischen Flügels. Dies hat Gründe, die in der politischen Landschaft des liberal-monarchischen Italien wurzeln.<sup>21</sup> Das reine Mehrheitswahlrecht (*Collegio uninominale*) und der Lokalismus in der Gewerkschaftsbewegung trugen dazu bei, aus ganzen Provinzen subversive Hochburgen zu machen, in denen die Antikriegspolitik besonders markante Züge annahm. Im Zusammenhang mit dem Libyenkrieg und dann noch einmal mit der „Roten Woche“ (*Settimana rossa*) vom Juni 1914 fanden alle diese Gruppen zu einem gemeinsamen antimilitaristischen Nenner; Kampagnen gegen die Strafkompagnien des Heeres ergänzten die verbreitete Opposition gegen den Kolonialkrieg.<sup>22</sup> Vor allem aber versetzte der Einsatz von Truppen im Landesinnern das ganze subversive Lager in Aufruhr. Die Niederwerfung von Landarbeiterstreiks in der Po-Ebene und die Zerschlagung von spontanen Revolten in süditalienischen Dörfern forderten oft Todesopfer unter den Streikenden und Demonstranten. Deutsche Diplomaten beobachteten die Zweckentfremdung von Truppen des italienischen Dreibundpartners für innenpolitische Aufgaben nicht ohne Sorge.<sup>23</sup> Auf der anderen Seite befand sich Karl Liebknecht unter den aufmerksamen Kritikern einer Militarisierung der öffentlichen Sicherheit in Italien.<sup>24</sup>

## Deutsche Sozialdemokraten und italienische Sozialisten

### *SPD-Mehrheit auf antikolonialem Kurs*

Das Schlagwort „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“, das in der fast gleich lautenden italienischen Version von vornherein antikolonial ausgerichtet war, wurde im Deutschen Reich vom allgemeinen Antimilitarismus auf die Gegnerschaft zur kolonialen Expansion ausgeweitet.<sup>25</sup> Dabei war zunächst die Lage der Partei unter dem Sozialistengesetz mitverantwortlich für die antikoloniale Haltung. Mancher sozialdemokratische Parteiführer mochte nicht zuletzt an die eigene Haut denken: Es ging die Furcht vor der Einrichtung eines deutschen Cayenne als Verbannungsort für Oppositionelle um. Zeitweise entschärfte sich die Situation angesichts der geringen Bedeutung des deutschen Kolonialreichs in Afrika.<sup>26</sup>

Für Sozialdemokraten blieb die Aussenpolitik bis in die 1890er Jahre hinein eher irrelevant. Laut Mandelbaum bestand dabei ein enger Zusammenhang zwischen

---

<sup>21</sup> Maurizio Ridolfi, *Il PSI e la nascita del partito di massa. 1892-1922*, Roma/ Bari 1992.

<sup>22</sup> Luigi Lotti, *La Settimana rossa*, Firenze 1972.

<sup>23</sup> G. von Jagow an das Auswärtige Amt, 13.10.1905. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (heute: Berlin) (PA AA), AZ Europa Generalia 82, Nr. 7, Bd. 5. Die Sozialdemokratie in Italien; A. von Hammerstein-Equord an das Königl. Preussische Kriegsministerium, 9. April 1906, *ibid.*

<sup>24</sup> Karl Liebknecht, *Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung*, Leipzig 1907, S. 49-50; Lutz Klinkhammer, Staatliche Repression als politisches Instrument. Deutschland und Italien zwischen Monarchie, Diktatur und Republik, in: C. Dipper, *op. cit.*, S. 133-157.

<sup>25</sup> M. Degl'Innocenti, *op. cit.*, S. 61; H.-C. Schröder, *op. cit.*, S. 138.

<sup>26</sup> H.-C. Schröder, *op. cit.*, S. 138-139.

dem Auftreten der revisionistischen Strömung und der wachsenden Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie für die äussere Politik.<sup>27</sup>

Eine abermalige Wende trat erst mit der sogenannten „Weltpolitik“ des Deutschen Reichs in den 1890er Jahren ein. Bei der SPD hielt die Parteimehrheit bis zum Ausbruch des Grossen Krieges an ihren antikolonialen Überzeugungen fest. Es überwog der Glaube, die Kolonialpolitik diene als Mittel zur Existenzverlängerung des Kapitalismus; die ablehnende Haltung war somit Teil einer allgemeinen Systemopposition. Schliesslich bediente man sich in der SPD einer Mischung aus humanitären Erwägungen und Überlegungen zur Zweckmässigkeit der Kolonialpolitik. Übernommen wurden oft auch Argumente bürgerlicher Kolonialismus-Kritiker.<sup>28</sup>

### *Generalstreik*

Nach Adua hatte die Politik in Italien nur noch die Wahl, den Erwerb einer letzten bedeutenden Kolonie durch ein System internationaler Abmachungen und Verträge so gut vorzubereiten, dass die Besetzung und Annexion des Gebiets absolut reibungslos erfolgen konnte. Alle potentiellen äusseren Gegner der Expansion Italiens waren dabei zu berücksichtigen. Der Libyenkrieg Giovanni Giolittis ist deshalb auch als der diplomatisch am besten flankierte Krieg der ganzen Kolonialgeschichte anzusehen.

Vom Standpunkt der Opposition aus betrachtet blieb die Kolonialunternehmung ein Abenteuer; die Kriegsgegner demonstrierten schon 1909 gegen den Besuch des russischen Zaren in Racconigi, der auch dazu diente, Italien freie Hand in Nordafrika zu geben. Im Verlauf des Generalstreiks gegen den Libyenkrieg kam es dann 1911 unter den Vorzeichen der „direkten Aktion“ vor allem in Mittelitalien zur Blockade von Eisenbahnzügen. In Regionen wie der Romagna und der Toskana war das subversive Lager stark vertreten. Zwei Orte werden immer wieder als Schauplätze der Blockaden genannt. In Forlì (Romagna) hatten Streikende die Eisenbahnschienen aufgerissen, um den Abtransport der Truppe zu verhindern. In Colle Val d'Elsa (Toskana) warfen sich Frauen auf die Geleise der Lokalbahn, die Soldaten in die nächstgelegene Hafenstadt bringen sollte.

An solchen Orten trat unter anderen deshalb eine Art revolutionärer Situation, weil die Protagonisten der Bewegung glaubten, die Dinge seien in ganz Italien schon ähnlich weit vorangeschritten. Oda Olberg, der Italien-Korrespondentin des ‚Vorwärts‘ und der ‚Neuen Zeit‘, scheint dies sogar peinlich gewesen zu sein, obwohl sie mit der intransigenten Fraktion des *Partito Socialista Italiano* (PSI) sympathisierte.<sup>29</sup>

In der Romagna einigten sich die Sozialisten nach Jahren heftiger Auseinandersetzungen – Messerstechereien und Strassenschlachten eingeschlossen – mit den

<sup>27</sup> K. Mandelbaum, *op. cit.*, S. 22.

<sup>28</sup> H.-C. Schröder, *op. cit.*, S. 137-138.

<sup>29</sup> Oda Olberg, «Die italienische Parteiaktion vor dem tripolitanischen Feldzug», in: *Neue Zeit*, 13. Oktober 1911, S. 33-43; Karl Kautsky, «Banditenpolitik», in: *Neue Zeit*, 1. Oktober 1911, S. 1-5, hier S. 4.

Republikanern auf gemeinsame Antikriegsaktionen. Im Oktober 1911 wurden die Wortführer der Bewegung in Forlì, der Republikaner Pietro Nenni und der Sozialist Benito Mussolini, verhaftet.<sup>30</sup> Drei Jahre später rief die antimilitaristische Bewegung in der Romagna die Republik aus, pflanzte Freiheitsbäume und verhaftete einen General der königlichen Streitkräfte. Von hier aus reichten dann Querverbindungen über den Grossen Krieg hinweg bis zur Rebellion der *Bersaglieri*, die sich im Juni 1920 mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung weigerten, von Ancona aus nach Albanien eingeschifft zu werden.<sup>31</sup>

Aber auch das war Italien: 1911 ebenso wie 1914 kam es an vielen Orten zu nationalistischen Gegendemonstrationen, ein gänzlich neues Phänomen. Auf die beiden „roten Jahre“ der unmittelbaren Nachkriegszeit antwortete später der Faschismus mit den zwei Jahren „schwarzer“ Mobilisierung und einem zwanzig Jahre an der Macht verweilenden Mussolini-Regime. Letzteres griff nicht nur Abessinien an, es besetzte auch Albanien und sorgte dafür, dass der von NS-Deutschland im Osten, Norden und Westen begonnene Krieg auf Südosteuropa und Nordafrika ausgeweitet wurde.

### Aufstand der Herero und Nama

Mit dem Italien der Jahre 1911/12 zu beginnen heisst vor allem, den heftigsten gesellschaftlichen Widerstand anzusprechen, den es in einem europäischen Land bis dahin gegen einen Kolonialkrieg gegeben hat. Bis zum Algerien- und Vietnamkrieg sollte es nicht mehr zu ähnlich breiten Widerstandsbewegungen gegen überseeische militärische Einsätze kommen.

Doch ist der Blick jetzt wieder auf die deutsche Kolonialpolitik zu richten: In Südwestafrika bekämpften die deutsche „Schutztruppe“ und ein eigens aus Deutschland entsandtes Marineexpeditionscorps seit 1904 die Herero und Nama mit extremer Grausamkeit. Der Vernichtungskrieg gegen die Afrikaner wurde auch nach deren militärischer Niederlage fortgesetzt, und zwar überwiegend gegen Nichtkombattanten und Kriegsgefangene. Während Überlebende der Kämpfe in die Wüste abgedrängt und dem Hungertod preisgegeben wurden, verurteilte die Kolonialjustiz Gefangene zu mörderischen Formen von Zwangsarbeit. Insgesamt ging die Zahl der Toten in die Zehntausende, wobei verlässliche Angaben fehlen. Der Begriff des „Völkermords“ scheint dafür völlig angemessen. Auch ist die Niederschlagung des Here-

---

<sup>30</sup> Renzo De Felice, *Mussolini il rivoluzionario, 1883-1920*, Torino 1963, S. 104-109; Gherardo Bozzetti, *Mussolini, direttore dell' 'Avanti!'*, Milano 1979, S. 35; M. Degl'Innocenti, *op. cit.*, S. 29-46.

<sup>31</sup> In Albanien waren im Juni 1920 noch 70'000 Mann italienischer Besatzungstruppen stationiert, die, von der Malaria heimgesucht, in verlustreiche Kämpfe mit albanischen Streitkräften verwickelt wurden. Am 26. Juni meuterte das 11. Regiment der *Bersaglieri* (Infanterietruppe) in Ancona gegen die geplante Einschiffung nach Albanien. Im August 1920 beschloss die Regierung Giolitti den Rückzug der Italiener aus Albanien (Giorgio Candeloro, *Storia dell'Italia moderna*, Bd. 8: La prima guerra mondiale, il dopoguerra, l'avvento del fascismo, Milano 1979, S. 322-323.)

ro-Aufstands als „erster Krieg des kaiserlichen Deutschlands“ mit deutlichen Tendenzen zum „totalen Krieg“ zu betrachten.<sup>32</sup>

Umso dringlicher stellt sich die Frage nach dem Verhalten der deutschen Sozialdemokratie. Denn deren Ausrichtung am Widerstand gegen den Kolonialkrieg war keineswegs immer eindeutig und einhellig. Bei Einsetzen des Herero-Aufstands enthielt sich die SPD im Reichstag der Stimme, als dieser Mittel zur Niederschlagung der Rebellion bewilligen sollte. Die Enthaltung im Reichstag begründete die Fraktion damit, dass die Nachrichten nicht ausreichten, um sich ein genaues Bild von der Situation zu machen. Die Frage nach der Verantwortung für den Aufstand sei nicht eindeutig geklärt. Gleichzeitig billigten die Sozialdemokraten den deutschen Siedlern in Afrika ein „Recht auf Selbstverteidigung“ zu.<sup>33</sup>

Innerparteilich erhob sich allerdings auch heftige Kritik gegen den Fraktionsbeschluss zur Stimmenthaltung, so von Seiten einiger Parteizeitungen und -gliederungen. Andererseits unterstützte Georg Ledebour, der ansonsten einer der schärfsten Kritiker der Kolonialpolitik war, das halbherzige Votum der Fraktion.<sup>34</sup>

Bei einem Vertreter des linken Zentrums der SPD wie Karl Kautsky traf man nach dem Herero-Aufstand eher auf eine skeptische Haltung gegenüber bewaffneten Rebellionen der indigenen Einwohner deutscher Kolonien. Das Kräfteverhältnis zwischen Kolonialmacht und „Eingeborenen“ lasse den Sieg letzterer nicht zu; erstrebenswert sei deshalb ein friedlicher Übergang. Kautsky schlug den Kolonialländern also jene „pazifistisch-quietistische Haltung“ vor, „die er auch für die Taktik der deutschen Sozialdemokratie zur Richtschnur erhoben hatte“.<sup>35</sup>

Zunehmend vertrösteten Sozialdemokraten die „Kolonialvölker“ auf eine proletarische Revolution in Europa. Kautsky hielt auch eine historische Analogie bereit: Die Arbeiterrevolution in den Metropolen werde den Völkern Afrikas und Asiens den Weg zur Befreiung eröffnen, so wie die französische Revolution die Bewohner Süd- und Mittelamerikas dazu geführt habe, sich von der Kolonialherrschaft zu befreien.<sup>36</sup>

---

<sup>32</sup> H.-U. Wehler, *op. cit.*, S. 1020; Horst Drechsler, *Aufstände in Südwestafrika. Der Kampf der Herero und der Nama 1904 bis 1907 gegen die deutsche Kolonialherrschaft*, Berlin (DDR) 1984; Jürgen Zimmerer, Joachim Zeller (Hg.), *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen*, Berlin 2003; Walter Nuhn, *Feind überall. Der grosse Nama-Aufstand (Hottentottenaufstand) 1904-1908 in Deutsch Südwestafrika (Namibia). Der erste Partisanenkrieg in der Geschichte der deutschen Armee*, Koblenz 2000; Jeremy Sarkin, *Germany's Genocide of the Herero. Kaiser Wilhelm II, His General, His Settlers, His Soldiers*, Woodbridge/ Rochester 2011; Jürgen Zimmerer, *Von Windbuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust*, Berlin/ Münster 2011; Janntje Böhlke-Itzen, *Kolonialschuld und Entschädigung. Der deutsche Völkermord an den Herero 1904-1907*, Frankfurt a. M. 2004.

<sup>33</sup> H.-C. Schröder, *op. cit.*, S. 163.

<sup>34</sup> K. Mandelbaum, *op. cit.*, S. 51.

<sup>35</sup> H.-C. Schröder, *op. cit.*, S. 163.

<sup>36</sup> *Ibid.*, S. 164.

## Parlamentarische Konsequenzen

Im Dezember 1906 votierten das Zentrum und die Sozialdemokraten gegen den Nachtragshaushalt zum Kolonialetat. Reichskanzler Bernhard von Bülow bot dies den willkommenen Anlass, den Reichstag aufzulösen. Er witterte die Chance, den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum zugleich führen zu können. Sein Ziel war die Wiederherstellung des Bismarckschen Kartells, also eines Blocks aus Konservativen und liberalen Parteien, der die Roten und die Schwarzen, also Sozialdemokraten und Katholiken, aussen vor liess. Hinzukommen sollten die „national neu bekehrten Linksliberalen“. Die zentrale Losung Bülows im Wahlkampf, ausgegeben um die Jahreswende 1906/07, lautete deshalb: „Kampf für Ehr' und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum.“<sup>37</sup>

Es verdient einiges Interesse, mit welchen Schattierungen Bülow sein Feindbild ausstattete: Zu den Gegnern des Blocks gehörten Arbeiter, Vertreter der Migranten und ethnischen Minderheiten, düpierte Kleinstaatler aus der Zeit von 1866 und *last but not least* die Katholiken.<sup>38</sup>

Lässt man die Aufmärsche der faschistischen Squadre und die ganz andere Verfasstheit des Katholizismus in Italien einmal beiseite, dann erinnert der Bülow-Block zwar an Bismarck, gleichzeitig aber auch an den Giovanni Giolitti der frühen zwanziger Jahre mit seinem Versuch der nationalen Blockbildung.

## Regierungslager und soziale Opposition

Es gibt eine Reihe gravierender Unterschiede zwischen der gesellschaftlichen Position der SPD und derjenigen des PSI. Ohne hier das komplette, auf den Vergleich hin angelegte Werk von Robert Michels zusammenfassen zu wollen, ist eine Parallele frappierend: Der PSI befand sich italienweit um 1911 in einer ähnlichen Position wie die Sozialdemokraten in einigen süddeutschen Ländern.<sup>39</sup> Die Partei von Filippo Turati und Leonida Bissolati war in die unmittelbare Nähe des linksliberal-radikalen Regierungslagers gerückt und setzte grosse Hoffnungen darauf, dieses Lager von innen (Bissolati) oder von aussen (Turati) beeinflussen zu können.<sup>40</sup> Eine ähnliche Position war für die SPD weder im Reich noch in Preussen in greifbarer Nähe. So erklärt sich auch, dass es in der SPD-Reichstagsfraktion mehr Gegner des Kolonialismus und überzeugte Antimilitaristen gab als im *Gruppo Parlamentare Socialista*, wo auf 30 Abgeordnete der beiden Reformflügel gerade einmal zwei revolutionär-intransigente Sozialisten kamen.

---

<sup>37</sup> V. Ullrich, *op. cit.*, S. 215.

<sup>38</sup> H.-U. Wehler, *op. cit.*, S. 1009-1010.; Frank Mergenthal, „*Ohne Knüffe und Püffe geht es da nicht ab.*“ *Die ‚Hottentottenwahlen‘ 1907 im Regierungsbezirk Düsseldorf*, Siegburg 1995; George Dunlap Crothers, *The German Elections of 1907*, New York 1941.

<sup>39</sup> Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt a. M. u.a. 1973, S. 161-184.

<sup>40</sup> M. Degl'Innocenti, *op. cit.*, S. 47-64.

Der Tendenz nach bewegten sich beide Parteien aber in ganz unterschiedliche Richtungen: Ein deutliches Anzeichen für die nach 1907 erfolgte Konsolidierung revisionistischer bzw. reformistischer Positionen in der SPD-Kolonialpolitik war der Aufstieg Gustav Noskes zum wichtigsten Sprecher der Partei in Kolonial-, Heeres- und Flottenfragen. Schon im April 1907 war er rückhaltlos für das Prinzip der Vaterlandsverteidigung eingetreten; der preussische Kriegsminister hatte mit einem an die Adresse des Sozialdemokraten gerichteten Lob geantwortet.<sup>41</sup>

Die SPD löste das Problem parlamentarisch zunächst in dem Sinne, dass der „prinzipiellen Haltung“ jeweils durch das Auftreten von mindestens zwei Sprechern in den Reichstagsausschüssen Ausdruck verliehen wurde. Somit waren beide Richtungen berücksichtigt, die pro- und die antikoloniale. Letztlich aber wurde „der prinzipielle Widerstand gegen die Kolonialpolitik [...] von Jahr zu Jahr schwächer“.<sup>42</sup>

## Grosser Krieg

Wenn der PSI auf dem Parteitag in Reggio Emilia 1912 eine deutliche Linkswende vollzog und die offenen Befürworter der Kolonialpolitik aus der Partei ausschloss, so hatte dies viel mit der allgemeinen Stimmung im Lande zu tun. Tatsächlich herrschte in der italienischen Gesellschaft auch nach dem Libyenkrieg ein Bedürfnis nach Klarheit. Das waren nicht allein die Nachwehen von Adua, sondern es gehörten auch die Vorboten des nahenden Grossen Krieges dazu (Bosnienkrise, Balkankriege). Das verbreitete Desinteresse der sozialistischen Abgeordneten an der Aussenpolitik hiess nicht zwangsläufig Bereitschaft, die Regierungsaktionen auf der ganzen Linie zu unterstützen.

Unterdessen machte sich in Italien ein Paradoxon bemerkbar, das die Einheligkeit der Kriegsgegnerschaft im linken Lager trübte: Als Vertreter des Antibellizismus traten Persönlichkeiten auf, denen es mit dieser prinzipiellen Haltung im Grunde nicht immer ernst war. Manche der sozialistischen Kriegsgegner waren noch im 19. Jahrhundert politisch sozialisiert worden. Andere liessen sich vom Arbeiterradikalismus mitreissen, den sie zugleich selbst zu befeuern suchten. Problematisch war die Stellung jener Parteiführer der neuen Generation, die die Protestwelle zunächst im lokalen Rahmen mitgetragen hatten, dann aber zu bekannten Politikern mit Kontakten zur kulturellen Avantgarde aufgestiegen waren.<sup>43</sup> Mussolini war der prominenteste unter ihnen; neben ihm gab es eine ganze Kohorte syndikalistischer Intellektueller und Organisatoren, denen die absolute Neutralität Italiens seit August 1914 nicht mehr genügte.<sup>44</sup> Das Land mit Strassendemonstrationen, Kundgebungen und regel-

<sup>41</sup> Wolfram Wette, *Gustav Noske. Eine politische Biographie*, Düsseldorf 1987; Hans-Christoph Schröder, *Gustav Noske und die Kolonialpolitik des Deutschen Kaiserreichs*, Bonn 1979.

<sup>42</sup> K. Mandelbaum, *op. cit.*, S. 46; D. Groh, *op. cit.*; Roger Fletcher, *Revisionism and Empire. Socialist Imperialism in Germany 1897-1914*, London u.a. 1984.

<sup>43</sup> M. Degl'Innocenti, *op. cit.*, S. 101-107.

<sup>44</sup> R. De Felice, *op. cit.*; G. Bozzetti, *op. cit.*; Leo Valiani, *Il Partito Socialista Italiano nel periodo della neutralità*, Milano 1977.

rechten Happenings überziehend, zwangen sie der gegen den Krieg eingestellten Bevölkerungsmehrheit und der zögernden Majorität im Abgeordnetenhaus den Kriegseintritt an der Seite Englands, Frankreichs und Russlands auf. Italien bezahlte ihn mit 600'000 Toten auf dem Schlachtfeld.

Zu den Folgen des linken Überlauftums, in dessen Reihen wir auch Robert Michels wieder finden, zählte die rasche Klärung der Fronten innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung.<sup>45</sup> Ein „4. August“, wie ihn die deutsche Sozialdemokratie erlebte, blieb den italienischen Sozialisten erspart; zusammen mit den Schweizer Sozialdemokraten und russischen Exilgruppen finden wir sie unter den Organisatoren internationaler Friedenskonferenzen mitten im Grossen Krieg.<sup>46</sup>

## Fazit

Weder Italien noch Deutschland hatten einen besonderen Nutzen von ihren Kolonien. Die bedeutendste Gemeinsamkeit beider kolonialen *Latecomers* lag in der Tatsache, dass sie ihre Kolonialreiche in den Weltkriegen verspielten. Kurioserweise war die Reihenfolge dieselbe, in der sie die Kolonien gewonnen hatten. Das gilt, auch wenn die Besitzungen beider Länder mit grösserem zeitlichem Abstand verloren gingen. Deutschland musste sie schon gleich nach 1914, Italien demgegenüber bald nach 1941 aufgeben.<sup>47</sup>

Langfristig gesehen war das für beide ein Vorteil. Italien und Deutschland ist einiges an Kosten und Verwerfungen erspart geblieben, die der Entkolonialisierungsprozess in den 1950er und 1960er Jahren anderen Nationen noch vorbehielt. Man kann sich also fragen, ob der Satz: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ immer richtig ist und ob er auf die kolonialen *Latecomers* überhaupt zutrifft.

Pessimistischer muss eine Bilanz der sozialdemokratischen und sozialistischen Opposition gegen den Kolonial- und Weltkrieg ausfallen. War es einerseits gelungen, an entscheidenden Wendepunkten ein gesellschaftliches Protestpotential gegen einzelne Überseeunternehmungen oder Unterdrückungskampagnen der Kolonialmächte zu mobilisieren, so liessen sich diese Erfolge nicht zu einer dauerhaften Antikriegsopposition ausbauen. Dies war im Deutschen Reich deutlicher als in Italien, wo die neun Monate währende Phase der Neutralität andere Diskussionsmöglichkeiten liess.

---

<sup>45</sup> Pierangelo Schiera (Hg.), «Atti del Convegno su Robert Michels nel 50° anniversario della morte», in: *Annali di Sociologia/Soziologisches Jahrbuch, Università degli studi di Trento* 2 (1986), S. 11-243; Wilfried Röhrich, *Robert Michels. Vom sozialistisch-syndikalistischen zum faschistischen Credo*, Berlin 1972; Pino Ferraris, *Saggi su Roberto Michels*, Camerino 1993.

<sup>46</sup> Horst Lademacher, *Die Zimmerwalder Bewegung. Protokolle und Korrespondenz*, 2 Bd., Mouton/ The Hague/ Paris 1967.

<sup>47</sup> Vgl. zu Italiens bedeutendstem Gegenspieler in Afrika jetzt Asfa-Wossen Assefate, *Der letzte Kaiser von Afrika. Triumph und Tragödie des Haile Selassie*, Berlin 2014.

## Die Kommentare von Antid Oto zu den Balkankriegen von 1912/13 in der liberalen Kiewer Zeitung ‚Kievskaja mysl‘ (Leo Trotzki)<sup>1</sup>

Jürg Ulrich

Wie wohl die meisten Leser wissen, versteckt sich hinter dem Pseudonym „Antid Oto“ der junge Revolutionär Leo Trotzki, der Anfang des 20. Jahrhunderts mit seiner Familie in Wien lebte. Er war nach der Niederlage der russischen Revolution von 1905 gezwungen, ausserhalb des Zarenreichs zu wohnen. Nun versuchte er von Wien aus, Kontakte zu revolutionär gesinnten Russen herzustellen und die von ihm gegründete Zeitung ‚Pravda‘ nach Russland schmuggeln zu lassen. Den Familienunterhalt bestritt er in diesen Jahren mit Honoraren für Zeitungsartikel und dem Verkauf seines Buches über die Revolution von 1905, für welches man sich in der Sozialdemokratie sehr interessierte.<sup>2</sup>

Trotzki war unter seinem Pseudonym Kriegskorrespondent der verbreiteten liberalen Zeitung ‚Kievskaja mysl‘ (‚Kiewer Gedanke‘). Schon in Wien hatte er sich ein Bild über die Spannungen gemacht, die dem Krieg zugrunde lagen. Hier schildere ich seine Vorstellungen, welche Lösungen die Balkanstaaten suchen und durchsetzen sollten.<sup>3</sup>

Vor dem Kriegsausbruch hatten alle Balkanstaaten versucht, Kapital in ihre Länder zu locken, womit der Aufbau von Industrien, Eisenbahnen und Häfen finanziert wurde. Der Prozess war aber erst wenig fortgeschritten, sodass das Industrieproletariat, dem sich Trotzki verpflichtet fühlte, noch schwach war. Die Balkanstaaten sollten Trotzki zufolge einen demokratischen Staatenbund bilden. Das entsprach keineswegs den Vorstellungen der Mächtigen, wurde aber besonders von den Sozialdemokraten Serbiens und Bulgariens unterstützt. Das Zarenreich hingegen suchte solche Bestrebungen durch panslawistische Propaganda zu neutralisieren und rechtfertigte sogar Grausamkeiten des Krieges an der türkisch-islamischen Bevölkerung.

Trotzkis erste Fahrt führte ihn nach Belgrad. In der Eisenbahn sass er mit Korrespondenten westeuropäischer Zeitungen im gleichen Abteil und suchte, diesen elementares Wissen über die Balkanländer zu vermitteln. Durch das Fenster beobach-

---

<sup>1</sup> Leo Trotzki, *Die Balkankriege 1912-13*, Essen 1996.

<sup>2</sup> N. [sic!] Trotzki, *Russland in der Revolution*, Dresden 1910.

<sup>3</sup> Hier meist wörtlich referiert nach Jürg Ulrich, *Trotzki als junger Revolutionär*, 2. Auflage, Hamburg 2010, S. 102-110, 129-148.

tete er gleichzeitig, wie die serbischen Bauern auf Ochsenkarren ihrem militärischen Aufgebot Folge leisteten. Trotzki fragte sich, wer wohl jetzt zuhause auf ihren Bauernhöfen die Felder bestellte. Es war ihm klar, dass auch ohne Kampfhandlung die militärische Mobilmachung ein grosser ökonomischer Verlust für das serbische Volk war.

In Belgrad kam er als Korrespondent einer angesehenen Zeitung mit hochrangigen Politikern zusammen. Diese fühlten sich dem Journalisten gegenüber äusserst wichtig, wurden aber von ihm als hohlköpfige Aufschneider charakterisiert. Für ihn waren die internationalen Fäden, mit denen sie von den Grossmächten gelenkt wurden, durchaus wahrnehmbar. Persönliche Gespräche mit einfachen Bewohnern Belgrads zeigten ihm deren Vorstellungswelt in Bezug auf den Krieg. Sie sahen in diesem nicht den Kampf um nationale Unabhängigkeit, sondern einen Glaubenskrieg. Deshalb durchschauten sie in Trotzki's Augen nicht, wie sie von den slawischsprachigen Russen mit panslawischen Vorstellungen gegen die unchristlichen Türken manipuliert wurden.

Die bäuerliche Bevölkerung war zu 80% analphabetisch und durchschaute solche ideologischen Spiele nicht. Nur Sozialdemokraten gelang das. Diese verweigerten deshalb in den Parlamenten die Zustimmung zu Kriegskrediten und traten der Hetze gegen Andersgläubige und Anderssprachige entgegen. Fortgeschrittene Arbeiter, mit denen er zusammen kam, wollten keinen Krieg, sondern eine Revolution, deren Ziel es sein sollte, eine demokratische Balkanunion zu schaffen – ohne Vorherrschaft einzelner Nationen gegenüber anderen.

Die Lage der Bauern war ähnlich wie in Russland und der Ukraine: Es gab Grossgrundbesitzer, deren Felder sie bestellen mussten und Abhängigkeiten im Rahmen von Pachtverträgen. Deren Ungerechtigkeiten schrieben die Bauern allen möglichen andersartigen Bevölkerungsteilen zu – etwa den Juden oder den Muslimen, und waren leicht zu Hetzjagden und Grausamkeiten gegen diese zu verleiten.

Das Bürgertum Serbiens war an international arbeitende Konsortien gebunden und pflegte zum Teil verwandtschaftliche Bande mit dem Königshaus und hohen Ministern.

\*\*\*

Antid Oto reiste weiter nach Bulgarien, wo er sich während der eigentlichen Kampfhandlungen aufhielt. Hier führten militärische Erfolge zu einem patriotischen Taumel. Die Presse meldete die Eroberung der türkischen Hafenstadt Adrianopolis durch bulgarische Truppen – fälschlicherweise, wie sich später erweisen sollte. In Wirklichkeit waren kleine Gebietsgewinne durch enorme Verluste unter den Truppen erkauf worden – was die bulgarische Presse verschwieg.

Der junge Journalist durchschaute die Entstellung der Wahrheit in der lokalen Presse, weil er beobachtete, wie in Sofia die Spitäler mit Verwundeten überfüllt, die Pflegerinnen übermüdet waren, sich unordentlich kleideten, und bei der Pflege von Verwundeten nachlässig wurden, schliesslich den Tod junger Männer nur dumpf und gleichgültig wahrnahmen.

Trotzki informierte sich über die Ereignisse, indem er von der Front zurückkommende Verwundete, Urlauber und Kriegsgefangene befragte. Dadurch vermied er, mit kämpfenden Truppen an die Front zu marschieren und so in die allgemeine Kameradschaft einzutauchen. Das Bild, welches er seiner Zeitung vermittelte, war prosaisch. Er enthüllte Fehldispositionen von Offizieren, die Dutzenden von jungen Menschen das Leben kosteten, schilderte Hunger, Angst und Müdigkeit der Soldaten, sowie den Hass, auf den sie bei der Landbevölkerung stiessen.

Er erfuhr auch, dass gefangene Türken erschossen wurden, wenn deren vorschrittmässiger Rücktransport die bulgarischen Truppenbewegungen behinderte; wie Offiziere Plünderungen duldeten, oder gar an ihnen teilnahmen. So konnte er nachweisen, dass viele Gerüchte zutrafen, wonach Soldaten die Bevölkerung ganzer Dörfer hinrichteten, wenn sie mit dem „Feind“ sympathisierte.

\*\*\*

Nach Beendigung der Kampfhandlungen bereiste er Rumänien, das neutral geblieben war, sich aber jetzt auf Kosten des kriegsgeschwächten Bulgariens bereicherte und ihm sogar grössere Gebiete zwischen Donaumündung und türkischer Grenze abnahm. Grossgrundbesitz war in Rumänien noch die Regel. Diese Besitzform kontrastierte mit den gesellschaftlichen Umgangsformen in Bukarest, das sich am Vorbild von Paris orientierte.

In den neu zu Rumänien gekommenen Gebieten wurden Minderheiten besonders erniedrigend behandelt: Auch begabte Schüler aus jüdischen Kreisen hatten grösste Mühe, Plätze an Mittel- und Hochschulen zu erhalten. Ferner duldete die Regierung Pogrome – ganz ähnlich wie in Russland.

Trotzki benützte seine berufliche Tätigkeit, um alte Freundschaften aufzufrischen, ganz besonders diejenige mit Christian Rakowski, der auf seinem Gut einige Jahre zuvor den Meuterern des russischen Panzerkreuzers Potemkin Asyl geboten hatte. Ausserdem traf er den demokratischen Schriftsteller Constantin Dobrogeanu-Gherea, der von der Regierung dazu verurteilt worden war, das Restaurant des Bahnhofs einer kleinen Stadt zu führen. Hier verfasste er in freien Momenten Zeitungsberichte und Romane.

Nach den Balkankriegen kehrte Antid Oto zu seiner Familie in Wien zurück. Hier bemühte er sich, die beiden Flügel der Russischen Sozialdemokratie, d.h. die Menschewiken und Bolschewiken zu einigen. Das gelang bekanntlich nicht und Trotzki distanzierte sich später von diesem Vorhaben. Sein Kampf um die russische Sozialdemokratie stand aber im grossen Rahmen des Sozialismus und der Kriegsverhinderung.

\*\*\*

Die Zweite Internationale lebte den guten Vorsätzen des Basler Friedenskongresses von 1912 leider nicht nach. Zu gross war der Druck der nationalen Begeisterung und des nationalen Sendungsbewusstseins in den Krieg führenden Ländern. Alle sozial-

demokratischen Parteien ausser den russischen beugten sich 1914 dem Patriotismus. Nur kleine Minderheiten widersetzten sich, und beauftragten den Schweizer Robert Grimm, eine Konferenz einzuberufen, die im September 1915 im bernerischen Dorf Zimmerwald stattfand. Hier wurde beschlossen, zum Widerstand gegen Imperialismus und Krieg aufzurufen. Die abschliessende Resolution wurde von Trotzki verfasst, von Lenin und ihm nahe stehenden Personen aber kritisiert. Diese formulierten eine eigene Resolution, wie der Imperialismus zu überwinden und zu revolutionieren seien. Man kann in ihr den Embryo der späteren Dritten, Kommunistischen, Internationale sehen.<sup>4</sup>

Es lohnt sich, die Entwicklung von Trotzki's Ideen im Laufe der folgenden Jahre bis zu seinem Tod zu verfolgen. Er war Bolschewik geworden und setzte sich für die Verteilung des Grossgrundbesitzens unter den Bauern und für die Unabhängigkeit der Nationen des ehemaligen Zarenreichs ein. Beides trug den Bolschewiki scharfe Kritik vonseiten Rosa Luxemburgs ein – war also auch unter revolutionären Sozialisten umstritten.<sup>5</sup>

Es folgte die unheimlich kurze Zwischenkriegszeit von 1918 bis 1939. Trotzki warnte vor der Illusion, der Völkerbund könne weitere Kriege verhindern. Die einzige reale Möglichkeit dazu seien sozialistische Revolutionen im westlichen Europa und in den USA. Er begründete seine Ablehnung des Völkerbunds und pazifistischer bürgerlicher Vereine damit, dass Krieg in der Zeit des zum Imperialismus angewachsenen Kapitalismus eine Folge dieses Wirtschaftssystems sei. Neue Kriege unter den kapitalistisch organisierten Nationen würden sich unvermeidlich zu einem neuen Weltkrieg ausweiten. Nur sozialistische Revolutionen in Westeuropa und den USA könnten einen weiteren Weltkrieg verhindern.<sup>6</sup>

Bedenken besonderer Art entwickelte Trotzki gegenüber der stalinistischen Sowjetunion. Hier war eine sozialistische Revolution geschehen – also hätte sie die Aufgabe gehabt, die von Trotzki ersehnte sozialistische Revolution in ihre Nachbarländer zu tragen, was ihm zufolge das einzige Mittel hätte sein können, einen weiteren imperialistischen Krieg zu vermeiden. Infolge dieser Erwartung urteilte Trotzki streng über die Politik dieses Landes.<sup>7</sup>

Diese war besonders katastrophal mit Bezug auf China: Noch während der Kämpfe der um Trotzki gescharten Linksoption (1925-1928) hatten die Stalinregierung und die Dritte Internationale Tschang Kai-Scheck unterstützt, der das Land den französischen und englischen Imperialismen öffnete und in deren Interesse eine reale Revolution mit Machtübernahme in den chinesischen Grossstädten durch Arbeiterräte und Veränderung der Besitzverhältnisse am Land verhinderte.<sup>8</sup>

---

<sup>4</sup> Leo Trotzki, *Mein Leben*, Frankfurt a. M. 1974, S. 213-215.

<sup>5</sup> Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin 1983 S. 332-365.

<sup>6</sup> Leo Trotzki, *Schriften*, Bd. 1/2, Text 36, Hamburg 1988. Hier besonders S. 901 und folgende Seiten.

<sup>7</sup> Ibid., Anmerkung 3.

<sup>8</sup> Harold R. Isaacs, *The Tragedy of the Chinese Revolution*, Chicago 2010.

Ich möchte im Folgenden auf einige Überlegungen des kürzlich verstorbenen Historikers Eric Hobsbawm eingehen. Dieser war wie Trotzki Marxist. In seinem Buch „Das Zeitalter der Extreme“ schildert er die russische Revolution und ihr Umfeld ähnlich wie Trotzki. Hingegen beginnt für ihn in den 1920er Jahren eine neue Epoche, die er nicht mehr in Begriffen des Klassenkampfes schildert: Hobsbawm zufolge lassen sich deren Probleme nicht mehr direkt auf Ungleichgewichte im Klassenkampf zurückführen: Es begann eine Zeit, in welcher die ökonomische Fachwelt damit rechnete, dass Angebot und Nachfrage sich die Waage hielten und die Produktion dauernd steige, nur geringe Konjunkturschwankungen stattfänden und neue technische Errungenschaften sinnvoll in der Weltwirtschaft integriert würden.

Diese Vorstellungen wurden bereits am Freitag, den 29. Oktober 1929 durch den New Yorker Börsenkrach zerstört. Millionen von Bauern waren ruiniert. Niemand verfügte mehr über Kapital, das er hätte anlegen können. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte brachen zusammen. In den meisten Ländern stieg die Arbeitslosigkeit gegen 25 %. Da es in den USA und in Grossbritannien keine Arbeitslosenversicherungen gab, bedeutete Arbeitslosigkeit auch Verelendung. In Deutschland, wo solche Institutionen seit Bismarck existierten, meldeten gegen 40% Anspruch auf Versicherungsleistungen an.

\*\*\*

Beide, der Revolutionär und der Historiker, erkannten schon früh die Gefahr, dass Hitler als Folge der katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland die Macht ergreifen könnte. Trotzki beriet von Istanbul aus seine Anhänger in der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), wie sie sich gegenüber der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), verhalten sollten. Er sah die Gefahr der absurden Anklage von „Sozialfaschismus“, welche die KPD gegen die SPD schleuderte. Er selbst empfahl im Gegensatz dazu eine Einheitsfront der beiden Parteien. Diese sollte darin bestehen, gemeinsam Partei-, Kultur- und Gewerkschaftslokale der Arbeiterbewegung gegen Schlägertrupps der Nazis zu verteidigen.<sup>10</sup> Hobsbawm muss als Historiker keine Ratschläge geben, sondern kann Jahrzehnte später einfach feststellen: „Hitlers Machtergreifung war ohne die grosse Wirtschaftskrise undenkbar“. Der Unterschied zwischen den beiden Marxisten ist also bedingt durch den Standpunkt, von dem aus sie argumentieren. Trotzki stand im Kampf, hoffte der Weltgeschichte eine neue Wendung zu geben, warnte davor, die Ereignisse als abgeschlossene Tatsachen zu akzeptieren. Hobsbawm musste diese als gegebene Tatsachen akzeptieren.

Die Machtergreifung Hitlers in Deutschland zeigte, wie real Trotzki's düsterer Ausblick war. Für Trotzki waren der Faschismus in Italien, Deutschland und Spanien besonders hässliche Formen des Kapitalismus, die es zu bekämpfen galt; aber auch

---

<sup>9</sup> Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2009.

<sup>10</sup> Leo Trotzki, Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats [27. Januar 1932], in: *Schriften über Deutschland*, hg. von Helmut Dahmer, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1971, S. 180 und folgende Seiten.

parlamentarisch organisierte Staaten wie Frankreich, Grossbritannien und die USA waren aus seiner Sicht imperialistisch. Sie würden deshalb, so Trotzki's düstere Prognose, unfähig sein, einen weiteren Weltkrieg zu vermeiden. Dessen Unvermeidlichkeit zeichnete sich in Laufe der 1930er Jahre bereits ab: Durch den Anschluss Österreichs an Hitler-Deutschland und der Nachgiebigkeit Frankreichs und Englands gegenüber dem Drängen Hitlers auf weitere östliche Expansion.

Es ist interessant zu vergleichen, wie Trotzki und Hobsbawm das Problem der Arbeitslosigkeit und Versuche, sie zu lindern, behandeln. Hobsbawm begrüsst den *New Deal* Roosevelts. Im Gegensatz dazu war für Trotzki der „*New Deal*“ eine Massnahme der wohlhabenden bürgerlichen Klasse, welche ihre Macht in der amerikanischen Regierung konzentrierte und mit Konzessionen eine sozialistische Revolution verhinderte.<sup>11</sup>

Wie unheimlich Hitler von den wirtschaftlichen Ereignissen profitierte, belegen Arbeitslosenzahlen, die Hobsbawm referiert: Sie betrug 1932-1933 um 25 Prozent in England, Frankreich, Belgien und Skandinavien und sogar 44 Prozent in Deutschland. Auch der Aufschwung nach 1933 reduzierte die Arbeitslosigkeit in Grossbritannien, den USA, Skandinavien und Österreich nur geringfügig. Der einzige westliche Staat, dem es zwischen 1933 und 1938 gelang, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, war Nazideutschland, weil es aufrüstete.

\*\*\*

Selbstverständlich sah Trotzki, dessen ideologische Entwicklung wir hier verfolgen, in Hitler einen Feind. Nach dessen Machtergreifung in Deutschland – unter anderem als Folge der Missachtung der Empfehlungen Trotzki's an die KPD – galt es, der Ausbreitung des Faschismus einen Riegel zu schieben. In Spanien leistete die Republik wenigstens bewaffneten Widerstand. Ihre Parteigänger begingen aber Fehler, an denen weitere Unterschiede zwischen Trotzki und Hobsbawm gezeigt werden können.

In Spanien hatte sich ähnlich wie in Frankreich eine Volksfront gebildet, der linke Bürger, Sozialdemokraten, Stalinisten und die marxistische Einheitspartei angehörten, und welche bekanntlich den Bürgerkrieg verlor. Trotzki sah in diesen Volksfronten Gebilde, die eine sozialistische Revolution verhindern sollten. Ihm war klar, dass rein militärisch Francos Truppen überlegen waren. Die Republikaner konnten nach Ansicht Trotzki's nur siegen, wenn sie in ihrem Bereich sofort sozialistisch-demokratische Reformen durchführten, das Land von Kirche und Grossgrundbesitzern an die Bauern verteilten und die grösseren Industrien und Banken enteigneten. Das hätte der Republik Sympathien breiter Schichten der arbeitenden Bevölkerung eingetragen und so den Sieg gegen den militärisch überlegenen Feind ermöglicht.

Die Volksfronten sollten also, ähnlich dem *New Deal* Roosevelts, die sozialistische Revolution verhindern, waren also Verteidigungsmassnahmen des Bürgertums.

---

<sup>11</sup> L. Trotzki 1988, *op. cit.*, siehe Anmerkung 6.

Diese Politik erinnerte ihn an die Strategie der Sozialrevolutionären Partei und der Menschewiki in Russland zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution, die darauf abzielte, eine sozialistische Revolution zu verhindern.

Hobsbawm steht der republikanischen Politik in Spanien ebenfalls kritisch gegenüber, glaubt aber, die republikanischen Truppen hätten immerhin gezeigt, wie man den Faschismus hätte besiegen können. Der spätere Krieg gegen Hitler sei deshalb siegreich verlaufen, weil eine Einheitsfront von demokratischen und sowjetischen Truppen gegen die nationalsozialistischen Invasoren zustande gekommen sei. Es liegt dieser Betrachtung einerseits die Historikerperspektive zugrunde, die ihrer Natur gemäss die vollendeten Tatsachen anerkennen muss, während der Revolutionär sich dagegen aufbäumte. Hobsbawm kritisiert aber hier auch aktiv die Strategie der Republik, weil sie nicht versucht hätte, einen Guerillakrieg zu organisieren, wie das später Tito in Jugoslawien aufgrund seiner Erfahrungen in Spanien tat.<sup>12</sup>

Hobsbawm hatte mit Trotzki die internationale Perspektive gemeinsam. Ihn beschäftigte das politische Weltbild, das in den USA, Japan, dem Britischen Empire und Osteuropa gepflegt wurde. Man war hier antikommunistisch. In Osteuropa neigte man dazu, sich sogar dem Deutschland Hitlers gegenüber wohlwollend einzustellen. Was sich aber vor dem Zweiten Weltkrieg und in dessen Verlauf durchsetzte, war eine antifaschistische Allianz, welche auch die Sowjetunion mit einschloss – eine Allianz, die Trotzki für ineffizient gehalten hatte.

Die Regierung Stalins schloss bekanntlich mit Hitlerdeutschland einen Pakt ab, der den Zweiten Weltkrieg auslöste, aber die Sowjetregierung glauben liess, sie könne so ihre Beteiligung am Weltkrieg verhindern. 1940/41 wurde klar, dass der Pakt solche Hoffnungen nicht erfüllte. Trotzdem klammerte sich die sowjetische Regierung an dieselben und schritt deshalb zu gefährlichen Massnahmen, welche Hitler und seine Berater von der Friedfertigkeit der Sowjetunion überzeugen sollte: Den Kommandanten der Roten Armee wurde befohlen, keine Brückensprengungen in Weissrussland, der Ukraine und den östlichen Teilen Polens vorzunehmen, weil dies den deutschen Angriff provozieren könne. Die britische Regierung, welcher Churchill vorstand, wusste durch ihre Geheimdienste, dass die nationalsozialistischen Armeen sich dazu vorbereiteten, im Frühsommer 1941 in Russland einzufallen. Dieses Wissen leitete sie an die Sowjetregierung weiter, stiess dabei aber auf Unglauben und die Angst, mit militärischen Massnahmen die deutsche Wehrmacht zu provozieren.<sup>13</sup>

England und Frankreich hatten sich 1939 aufgerafft, den Einfall der deutschen Wehrmacht in Polen mit einer Kriegserklärung zu beantworten. Die USA wurden erst durch die überraschende Bombardierung von Pearl Harbour durch die japanische Luftwaffe in den Krieg gegen den gemeinsamen Feind hineingezogen. Die Einsicht, dass man den Faschismus nur militärisch schlagen konnte, entwickelte sich erst im Laufe der ersten Kriegsmonate.

---

<sup>12</sup> E. Hobsbawm, *op. cit.*, S. 218.

<sup>13</sup> Winston Churchill, *The Second World War*, Bd. 3, London 1950, S. 328 und folgende Seiten.

\*\*\*

Wie katastrophal die Aussenpolitik Stalins war, wurde der Weltöffentlichkeit bewusst, als dieser 1939 seinen Pakt mit Hitler abschloss und so den Zweiten Weltkrieg auslöste. Dieser Pakt blieb während des ersten Kriegsjahres gültig, führte zur Besetzung Polens durch deutsche und sowjetische Truppen, zum Versuch der sowjetischen Regierung, Regungen der finnischen Unabhängigkeit durch einen Krieg zu unterdrücken und schliesslich zur Eroberung Hollands, Belgiens und eines grossen Teils von Frankreich durch Hitlers Wehrmacht.

Der Zwiespalt zwischen dem Willen, den Faschismus zu bekämpfen und demjenigen, einen neuen Krieg mit (fast) allen Mitteln zu vermeiden floss auch in die militärische Strategie Frankreichs und Grossbritanniens ein. Ich zitiere Hobsbawm: „Die Franzosen steckten beträchtliche Geldsummen in eine Festungslinie nahe der Grenze gegen Deutschland, die so genannte Maginotlinie, die 1940 im ‚Blitzkrieg‘ von der Wehrmacht via Holland und Belgien umgangen wurde.“ Englands Strategie konzentrierte sich auf die Weltmeere und das Mittelmeer. Es musste aber bald einsehen, dass seine zerbröckelnde Weltmacht mit ihren Land- und Seestreitkräften nicht mehr in der Lage war, ihr Empire gegen Deutschland, Italien und Japan aufrecht zu erhalten. „Es war vorauszusehen, dass ein zweiter Weltkrieg die britische Wirtschaft ruinieren und grosse Teile des britischen Weltreiches auflösen würde.“

Hinter der unterschiedlichen Kritik an der republikanischen Strategie in Spanien durch Trotzki und Hobsbawm verbirgt sich ein Unterschied in der Einschätzung der Sowjetunion: Beide anerkennen zwar deren Schaffung als wichtigen Schritt zum Sozialismus. Aber Trotzki sah in der um Stalin gescharten privilegierten Bürokraten-schicht der Sowjetunion eine grosse Gefahr; denn diese Schicht ordnete ihre materiellen Vorteile jeder revolutionären Strategie über. Deshalb gelte es, so Trotzki, diese Bürokratie zu stürzen und zur revolutionären Strategie zurückzufinden. Hobsbawm kannte indes diese Bürokratie als legitime (wenn auch etwas degenerierte) Vertretung des revolutionären Sozialismus an und hielt das Bündnis der parlamentarisch regierten Staaten mit der UdSSR für den wichtigsten Faktor, der zum Sieg über die Armeen Hitlers führte.

Oberflächlich gesehen scheint sich Trotzki getäuscht zu haben. Revolutionen, wie er sie sich vorstellte, haben in den Vorjahren des Zweiten Weltkrieges nirgends stattgefunden. Sein Standpunkt isolierte ihn und liess ihn vereinsamen. Trotzdem fühlte sich Stalin durch Trozki's Propaganda so heftig bedroht, dass er ihn durch seine Agenten ermorden liess.

Mein Vortrag am 100-jährigen Gedenktag des ausserordentlichen Sozialistenkongresses befasste sich mit der Entwicklung Trozki's im Anschluss an seine Tätigkeit als Frontjournalist. Hobsbawm erteilte dem Bündnis mit den westlichen fortschrittlichen Kapitalisten seinen marxistischen Segen. Welche Art von Klassenbündnissen sich während der tiefen gegenwärtigen Erschütterungen, bewähren wird, muss kritisch verfolgt werden.

**Die Zweite Internationale:  
Nationalismus, Internationalismus  
und Krieg**



## Zum Spannungsverhältnis zwischen Internationalismus und Nationalismus in der Zweiten Internationale

Bruno Schoch

Noch wird über die Frage, wer den Ersten Weltkrieg verursacht hatte, gestritten.<sup>1</sup> An Fritz Fischers berühmter Studie ‚Griff nach der Weltmacht‘, die der politischen Elite Deutschland die zentrale Rolle für den Krieg zuschrieb, entbrennen immer wieder Kontroversen; in der Publizistik ist immer mal wieder vom „Hineinschlittern“ die Rede, als sei der Kriegsausbruch ein Verhängnis gewesen und nicht ein von Menschen gemachtes Debakel. Vielleicht kennen Sie den Spott aus den siebziger Jahren: „Wenn das so weiter geht, behauptet Helmut Schmidt eines Tages noch, die 68er seien am Ersten Weltkrieg schuld.“ Der Disput über die Kriegsschuld der Achsenmächte vergiftete die Zwischenkriegszeit und nährte revanchistische Bestrebungen, keineswegs nur in Deutschland. Mag die Diskussion über die Ursachen der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts, wie George Kennan den Ersten Weltkrieg aus der Sicht der nachfolgenden Schrecken genannt hat, immer wieder aufleben, so lässt sich eins mit Gewissheit festhalten: Den geringsten Anteil an einer Schuld am Ersten Weltkrieg hatte die Arbeiterbewegung. Jahrelang hatte die Zweite Internationale mit ihrem Internationalismus und mit teilweise beachtlicher Mobilisierung versucht, sich dem Krieg zu widersetzen. Wenn ich im Folgenden versuche, einige kritische Punkte in ihrem Engagement gegen einen drohenden Krieg aufzuzeigen, so geschieht das im Bewusstsein, dass die sozialistische Arbeiterbewegung alle anderen mit ihren Bestrebungen gegen den Krieg bei weitem übertroffen hat. Es gab nichts diesen auch nur annähernd Vergleichbares, was umso mehr erstaunen mag, als es inzwischen üblich ist, Handel und Demokratie „als grossartigste Gewaltverminderungsmethode der Menschheitsgeschichte seit der Entstehung der Regierungsgewalt“<sup>2</sup> zu feiern. Gewiss gab es seit dem 19. Jahrhundert bürgerlich-demokratische Friedensbewegungen, und es gab Bertha von Suttner und den Pazifismus. Doch sie wurden von den Aktivitäten und vom organisatorischen Gewicht der Zweiten Internationale bei weitem in den Schatten gestellt. Dieses Verdienst soll durch die folgenden Ausführungen nicht geschmälert werden. Vielmehr geht es mir darum zu verstehen, warum die Opposition der internationalen Arbeiterbewegung nicht imstande war, den Krieg zu verhindern.

---

<sup>1</sup> Vgl. Gregor Schöllgen (Hg.), *Flucht in den Krieg? Die Aussenpolitik des kaiserlichen Deutschland*, Darmstadt 1991.

<sup>2</sup> Steven Pinker, *Gewalt. Eine neue Geschichte der Menschheit*, Frankfurt a. M. 2011, S. 250.

„Krieg dem Kriege“ erklärte die Sozialistische Internationale auf dem Stuttgarter Kongress 1907. Sie „hielt sich für fähig, eine Armee von fünf Millionen organisierter Arbeiter für den Kampf für den Frieden zu mobilisieren“.<sup>3</sup> Doch nur sieben Jahre später wurde die ganze Welt vom Ausbruch des Krieges überrumpelt, auch die Arbeiterbewegung. Für sie ging mit dieser „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts (Kennan) eine Epoche zu Ende, „das apostolische Zeitalter des Sozialismus“.<sup>4</sup> Mit dem Weltkrieg setzte in West- und Mitteleuropa die Periode der Integration der sozialistischen Bewegung in den kapitalistischen Staat, und bald darauf in Russland jene ungeheure Revolution ein, die die internationale sozialistische Bewegung fundamental spalten sollte.<sup>5</sup>

Der Widerspruch zwischen dieser Katastrophe und dem stolzen Selbstbewusstsein der Zweiten Internationale und ihrer rhetorisch propagierten Gewissheit, den Krieg verhindern zu können, bedarf der Erklärung. Und zwar umso mehr, als sich in den letzten Jahren die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die Nation weder eine quasi-natürliche Grösse oder eine Substanz ist, noch sich mit Hilfe objektiver Faktoren definieren lässt. Diese Einsicht hat sich spätestens seit 1983, dem „*annus mirabilis*“<sup>6</sup> des neuen Nachdenkens über Nation und Nationalismus, zumindest in der Wissenschaft durchgesetzt. Damals erschienen wegweisende Arbeiten von Benedict Anderson, Ernest Gellner und Eric J. Hobsbawm zum Thema Nation.<sup>7</sup> Die Nation besteht nicht aus vermeintlich objektiven, natürlichen oder primordialen Faktoren der Zugehörigkeit, sondern ist – trotz meist weit in die Vergangenheit zurück projizierter Entstehungsgeschichte – ein historisch spät entstandenes, gesellschaftlich und intellektuell erzeugtes Artefakt kollektiver Selbstdeutung. Benedict Anderson hat dafür bekanntlich die glückliche Formulierung geprägt, die Nation sei „eine vorgestellte politische Gemeinschaft, vorgestellt als begrenzt und souverän“<sup>8</sup> – in der Originalformulierung „*imagined political community*“ schwingt nicht nur „vorgestellt“, sondern auch „imaginiert“ mit.

Zu erklären ist mithin, wie jene stolze „Armee von fünf Millionen“ organisierter Arbeiter mit ihrem internationalistischen Pathos im August 1914 wie ein Kartenhaus zusammenbrechen konnte. Eine noch immer anzutreffende Erklärung dafür lautet: Opportunismus, ideologischer und politischer Zusammenbruch, kurz: „Verrat“.<sup>9</sup> Eine andere versucht das Versagen damit zu erklären, dass den massgeblichen

---

<sup>3</sup> Georges Haupt, *Der Kongress fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914*, Wien 1967, S. 9.

<sup>4</sup> Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 1, Berlin/ Bonn 1961, S. 362.

<sup>5</sup> *Ibid.*, S. 363.

<sup>6</sup> Hans-Ulrich Wehler, *Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen*, München 2001, S. 8.

<sup>7</sup> Die Übersetzungen erfolgten später, vgl. Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts*, Frankfurt a. M. 1988; Ernest Gellner, *Nationalismus und Moderne*, Berlin 1991; noch immer nicht übersetzt ist leider der Band von Eric J. Hobsbawm und Terence Ranger mit dem viel zitierten Titel: *The Invention of Tradition*, Cambridge 1983.

<sup>8</sup> B. Anderson, *op. cit.*, S. 15.

<sup>9</sup> W. I. Lenin, hier zitiert nach Georges Haupt, *op. cit.*, S. 11.

Sozialisten das Vorstellungsvermögen fehlte, dass wegen Serbien ein allgemeiner Weltkrieg ausbrechen könnte. Oder man verweist darauf, dass es auch in der Arbeiterbewegung Kriegsbegeisterte gab.

Alle drei Erklärungen überzeugen nicht. Gewichtiger ist wohl, dass die Arbeiterparteien das ausgeprägte Nationalbewusstsein und die Suggestivkraft nationalistischer Stimmungen in der Krise unterschätzt hatten. Ihrem vorherrschenden ideologischen Selbstverständnis nach Fundamentalopposition zum kapitalistischen System, war die sozialistische Arbeiterbewegung *in praxi* im Lauf des langen 19. Jahrhunderts in hohem Masse in die Nationalstaaten und nationalen Mentalitäten hineingewachsen. „Negative Integration und revolutionärer Attentismus“ nannte Dieter Groh diese Entwicklung im Fall der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).<sup>10</sup>

Deshalb greift die Kritik, das Versagen der Zweiten Internationale sei ein blosser Unfall gewesen oder verdanke sich einzig dem Opportunismus, ja „Verrat“ der sozialdemokratischen Führungen bzw. ihrer rechten Flügel, zu kurz. Auch wenn in der Arbeiterschaft der nationalistische Bellizismus anders als in den herrschenden Eliten kaum verbreitet war, widersetzte sie sich doch – anders als von vielen erwartet – der Vaterlandsverteidigung nicht, Teile wurden bei Kriegsausbruch vom nationalistischen Hurrah-Patriotismus erfasst.<sup>11</sup> Das weist darauf hin, dass der proletarische Internationalismus offenbar weit weniger tief im Bewusstsein verankert war, als Resolutionen und Rhetorik der Zweiten Internationale und sozialistische Theoretiker zuvor glauben machten. Die sozialistischen Parteien „waren in Wirklichkeit Gefangene des Mythos ihrer eigenen Phraseologie“. <sup>12</sup> Oder, wie es Karl Korsch, einer der Väter des kritischen, westlichen Marxismus, formulierte: Dem Bekenntnis zum Internationalismus der Sozialdemokratie vor 1914 haftete ebenso wie Kautskys Marxismus etwas von einer „theoretischen Abwehr und metaphysischen Tröstung“ an für eine *de facto* vor sich gehende Integration und eine durch und durch reformistische Praxis.<sup>13</sup>

Die berühmte Formulierung aus dem ‚Kommunistischen Manifest‘, dass der Arbeiter kein Vaterland habe, entpuppte sich im August 1914 als kapitale Fehldiagnose. Das proletarische Klassenbewusstsein war mitnichten immun gegen den Nationalismus. Dieser ergriff die Massen im August 1914 nicht über Nacht. Ebenso wenig fiel die Bereitschaft zur „Burgfriedenspolitik“ respektive zur „*Union sacrée*“ vom Himmel. Der Widerspruch zwischen dem Bekenntnis zum Internationalismus und der *de facto*-Integration der Arbeiterbewegung ist älter. Mein Beitrag geht der Frage nach, wie und warum im kapitalistischen Modernisierungsprozess seit dem späten

---

<sup>10</sup> Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkriegs*, Frankfurt/ Berlin 1973.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Barbara Tuchman, *August 1914*, Frankfurt a. M. 1990, sowie Modris Eksteins, *Tanz über Gräben. Die Geburt der Moderne und der Erste Weltkrieg*, Reinbek 1990.

<sup>12</sup> G. Haupt, *op. cit.*, S. 173.

<sup>13</sup> Karl Korsch, *Marxismus und Philosophie*, Frankfurt a. M. 1966, S. 43.

19. Jahrhundert „die Nationalisierung der Massen“<sup>14</sup> über die Idee der demokratischen und sozialen Emanzipation triumphieren konnte – Stig Förster sprach von „mental Dispositionen“. Diese waren offenbar stärker als das Pathos und die feierliche Rhetorik von der internationalen Solidarität. Aber warum? Ich möchte dazu acht Aspekte vorstellen.

### 1. *Demos* und *Ethnos*: ein vertrackter Konnex

Heute ist die Tatsache allgemein anerkannt, dass die Nation zur Moderne gehört.<sup>15</sup> Doch kam es lange zu einer eigentümlichen Verkehrung: Geblendet von der sich beschleunigenden sozialen Modernisierung im 19. Jahrhundert, war lange die Annahme Gemeingut, die Nation sei „etwas so Natürliches, Ursprüngliches und Unvergängliches, dass sie irgendwie der Geschichte vorausgehe“.<sup>16</sup> Das führte zu dem verbreiteten Irrglauben, Hand in Hand mit sozialer Mobilisierung und Modernisierung verschwänden alte soziale Bindungskräfte und lokale Zugehörigkeitsgefühle, die mit der Macht der Gewohnheit die traditionellen Agrargesellschaften Jahrhunderte lang bestimmt hatten. In Wirklichkeit passierte das Gegenteil: Die soziale Modernisierung erfolgte im Rahmen alter oder sich neu bildender Staaten, die erst im 19. und 20. Jahrhundert zu *Nationalstaaten* im eigentlichen Sinne des Wortes wurden.<sup>17</sup>

Anders als ihre Selbstdeutung es wahrhaben will, ist die Nation mithin ein Kind der Moderne und hängt aufs engste mit der demokratischen Revolution zusammen, die im 18. Jahrhundert ihren Siegeszug begann – was immer die Kategorie Nation in den Zeiten davor bedeutet haben mag.<sup>18</sup> In den Revolutionen bekam der Begriff seinen neuen, modernen politischen Sinn. Volkssouveränität und Partizipation aller gleichen Staatsbürger verliehen der Nation eine qualitativ neue Bedeutung: Zugehörigkeit zu dem sich als Souverän postulierenden Volk, zum *demos* als der einzigen Quelle aller Legitimation.

Nun wuchs aber Hand in Hand mit dieser revolutionären Begriffsverschiebung die Bedeutung der Zugehörigkeit zum Volk als einer mit welchen Kriterien auch immer definierten Gemeinschaft, d.h. zum Volk im Sinne des Nationalitätsprinzips, Volk verstanden als „Ethnos“. Die Doppelbedeutung des Begriffs Volk – *demos* und *ethnos* – seit dem 19. Jahrhundert birgt das ganze Problem des modernen Nationalismus. Denn beide hängen miteinander zusammen: „Der blosse Akt der

<sup>14</sup> Georg L. Mosse, *Die Nationalisierung der Massen. Von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt/ Berlin/ Wien 1975.

<sup>15</sup> Eric J. Hobsbawm, *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt a. M. 1990, S. 25.

<sup>16</sup> Ibid.

<sup>17</sup> Vgl. Hagen Schulze, *Staat und Nation in der europäischen Geschichte*, München 1994, sowie Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 406-479.

<sup>18</sup> Ebenso grundlegend wie instruktiv dazu: Reinhard Koselleck [u.a.], Volk, Nation, Nationalismus, Masse, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 141-431.

Demokratisierung von Politik, d.h. die Verwandlung von Untertanen in Bürger, erzeugt ein populistisches Bewusstsein, das sich in mancher Hinsicht von einem nationalen oder gar chauvinistischen Patriotismus kaum unterscheiden lässt“, formulierte Hobsbawm trocken.<sup>19</sup>

Mehr noch: Die emotionale Mobilisierungskraft der blossen nationalen Zugehörigkeit vermag die Zielvorstellung der politischen Emanzipation zu übertrumpfen. Schon der junge Heinrich Heine, der sich selber der deutschen Nationalbewegung zurechnete, erkannte mit scharfem Blick, dass das nationale Gemeinschaftspathos stärker wirkte als das Verlangen nach politischen Freiheitsrechten. Über die grösste Massenkundgebung des deutschen Vormärz, das Hambacher Fest von 1832, schrieb er: „Im Heere der deutschen Revolutionsmänner wimmelte es von ehemaligen Deutschtümlern, die mit sauren Lippen die moderne Parole nachlallten und sogar die Marseillaise sangen.“ Und ihnen, den deutschtümelnden Demagogen, standen „jene mächtigen Formeln zu Gebot, womit man den rohen Pöbel beschwört, die Worte ‚Vaterland, Deutschland, Glauben der Väter usw.‘ Sie elektrisieren die unklaren Volksmassen noch immer weit sicherer als die Worte: ‚Menschheit, Weltbürgertum, Vernunft der Söhne, Wahrheit...!‘“<sup>20</sup>

Soweit der scharfsichtige Heine schon im Vormärz! *Warum* dem so ist, das ist die Crux des Nationalismus. Fraglos kann er von den Herrschenden in manipulativ-integrativer Absicht instrumentalisiert werden, um von den wirklichen politischen und sozialen Problemen abzulenken. Das Problem ist, dass dieser Kritik, die den Nationalismus als Ablenkungsmanöver kritisiert, etwas hilflos Rationalistisches anhaftet. Denn mit ihr ist er nicht erledigt. Offenbar deckt er bestimmte emotionale Bedürfnisse ab. Man kann noch weitergehen: Mir scheint, dass es seit 1776 und 1789 keine revolutionäre Emanzipation gibt, die nicht – in Anlehnung an ein Wort von Ernst Bloch – mit einem Tropfen nationalistischen Öls gesalbt war. Das gilt nicht nur für Deutschland, das gilt auch für Frankreich: Das Pathos der republikanischen Freiheitsrechte von 1789 lädt sich gern auf mit der zivilisatorischen Mission Frankreichs. Staatsbürgerschaft und Bürgerrechte wurden politisch, nicht ethnisch oder durch die französische Sprache definiert – doch wer eine andere sprach, war rasch verdächtig. Und es gilt übrigens auch für die Schweiz, wie man nicht nur an Gottfried Keller studieren kann: Dem revolutionären Liberalismus von 1848 reichten die republikanischen Freiheitsrechte nicht, auch er brauchte zur Mobilisierung die alteidgenössischen Heldensagen und den Kampf gegen das Schreckgespenst der Jesuiten.

## 2. Internationale Solidarität und Nation – die Praxis

Derselbe Konnex gilt offenbar auch für die Arbeiterbewegung. Ihr Ziel der sozialen Emanzipation, ihre die Massen bewegende Mobilisierungskraft und ihr utopisches Potenzial erfolgt mitnichten aus der blossen Klassenzugehörigkeit, sondern in jeweils

<sup>19</sup> E. Hobsbawm, *op. cit.*, S. 106.

<sup>20</sup> Hier zitiert nach Walter Grab, *Heinrich Heine als politischer Dichter*, Frankfurt a. M. 1992, S. 78-79.

konkreter nationaler Gestalt. Das gilt auch für Theoretiker, die das nicht wahrhaben wollen. Denken Sie nur an den Furor von Marx und Engels gegen alles, was sich im Völkerfrühling 1848/49 den grossen Nationalbewegungen in den Weg stellte. Sie zeigten durchaus Anzeichen für einen regelrechten Slawenhass: „In Wien erwürgten Kroaten, Panduren, Tschechen und Serechaner und ähnliches Lumpengesindel (!) die germanische Freiheit.“<sup>21</sup> Oder denken Sie an das dezidierte Eintreten der beiden für Deutschlands Einigung, die Bismarck bekanntlich mit drei Kriegen zuwege brachte. Marx etwa redete einem „Rassenkrieg gegen die verbündeten Rassen der Slawen und Romanen“ das Wort.<sup>22</sup>

Auf eine ganz besondere Weise herausgefordert von den nationalen Bewegungen und Nationalismen war die Sozialdemokratie Österreichs. Sie zeigte gegenüber den gegen Ende des 19. Jahrhunderts wachsenden Nationalbewegungen und Separationsbestrebungen der Tschechoslowaken, der Polen und anderer eine uneinheitliche Haltung. Es wundert deshalb nicht, dass die österreichischen Sozialdemokraten die ersten waren, die erkannten, dass der abstrakte proletarische Internationalismus nicht ausreichte, um den anschwellenden Nationalismen entgegenzutreten, sondern vielmehr „konkrete, nationale und internationale Prinzipien verknüpfende Lösungsversuche“ verlangt waren.<sup>23</sup> Der österreichischen Sozialdemokratie verdanken wir die Reflexionen und Analysen der austromarxistischen Theoretiker Otto Bauer und Karl Renner zu den komplizierten Nationalitätenfragen. Freilich waren sie ebenso wie die Haltung von Victor Adler geprägt vom Interesse der deutschsprachigen Minderheit am Erhalt Österreichs und an der Vorrangstellung der deutschen Sprache.

Seit den späten 1890er Jahren besaßen die tschechoslowakische und polnisch-galizische Vertretung in der Zweiten Internationale eine gesonderte Repräsentanz – damit „existierte, streng genommen, eine gemeinsame österreichische Arbeiterpartei schon damals nicht mehr“.<sup>24</sup> Diese Entwicklung hat, wie Hans Mommsen gezeigt hat, im Grunde „die Zerschlagung der österreichischen Gesamtpartei auf dem Boden der Zweiten Internationale vorweg“ genommen.<sup>25</sup> Kein Zufall, dass es Victor Adler war, der gegenüber der Aussicht, die Internationale könne den Krieg verhindern, ausgesprochen zurückhaltende Töne anschlug.<sup>26</sup> Bernard Degen hat hier ausgeführt, welchen gewaltigen Eindruck die revolutionäre Rhetorik von Jean Jaurès im

---

<sup>21</sup> Hier zitiert nach Wolfgang Wette, *Kriegstheorien deutscher Sozialisten*, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz 1971, S. 76; im Detail hierzu auch Roman Rosdolsky, *Zur nationalen Frage. Friedrich Engels und das Problem der „geschichtslosen Völker“*, Berlin 1979.

<sup>22</sup> Hier zitiert nach Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, München 2000, S. 207.

<sup>23</sup> Hans Mommsen, *Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im Habsburgischen Vielvölkerstaat*, Wien 1963, S. 449.

<sup>24</sup> *Ibid.*, S. 427.

<sup>25</sup> *Ibid.*

<sup>26</sup> G. Haupt, *op. cit.*, S. 158.

Münster seinerzeit auf die Basler Arbeiter machte. Doch näher an der politischen Realität war Victor Adlers resignative Haltung.

Was die deutsche Sozialdemokratie angeht, so lässt sich an ihrer Haltung zur Annexion von Elsass-Lothringen und zu den preussischen Polen die schleichende Angleichung an den deutschen Nationalstaat nachverfolgen. Zwar trat sie anders als die deutschnationalistische Rechte für Toleranz in Elsass-Lothringen ein und für dessen staatsrechtliche Gleichstellung. Und sie widersetzte sich der Diskriminierung der Polen in Staat und Schule. Doch in der eigenen Organisation agierte sie national: Wie sie keine zweisprachige Presse in Elsass-Lothringen unterstützte, so verflüchtigte sich nach dem Tod Wilhelm Liebknechts ihre Unterstützung für ein freies Polen, bis man schliesslich sogar die PPS, die Polnische Arbeiterpartei, aus der SPD ausschloss.<sup>27</sup>

### 3. Der „Nationalismus von oben“ (Hobsbawm)

Die „Nationalisierung der Massen“ (George Mosse) erfolgte in fast allen Staaten Europas im 19. Jahrhundert mittels der allgemeinen Alphabetisierung und der obligatorischen Schulbildung, ferner durch die allgemeine Wehrpflicht. Nicht unwichtig dabei war auch die sich rasch ausweitende Presse – interessant, das sei hier nur am Rande erwähnt, dass in Jürgen Habermas' berühmtem Buch ‚Strukturwandel der Öffentlichkeit‘ dieser nationale Kontext völlig fehlt. Hinzu kamen gezielte nationale Inszenierungen, Feste und die „Erfindung“ nationaler Traditionen im Sinne Hobsbawms. Mit diesem staatlich betriebenen „Nationalismus von oben“ bekam die Nation als „vorgestellte politische Gemeinschaft“ nach und nach ihre Gestalt und verdrängte frühere Zugehörigkeiten wie Dorfgemeinschaften und Religion. Diesen Prozess muss man sich als allmähliche Durchdringung des Bewusstseins vorstellen. Ich kann mich hier kurz fassen, dazu ist viel geschrieben worden. Ich möchte lediglich an die mit Recht berühmt gewordene Studie Eugen Webers erinnern, die zeigte, wie sehr die langsame Verwandlung von Bauern in Franzosen noch bis ins 20. Jahrhundert hinein ragte.<sup>28</sup> Worum es mir geht: Diese nationale Durchdringung des öffentlichen Bewusstseins reicht viel tiefer als die Vorstellung, es handele sich beim Nationalismus nur um blasse Propaganda.

### 4. Fehlende Theorie des Nationalismus

Isaiah Berlin hat *ex post* diagnostiziert, dass allen wegweisenden Gesellschaftstheorien des 19. Jahrhunderts ein blinder Fleck gemeinsam war: Zum Thema Nationalismus fiel ihnen nicht viel ein. Früh hatten sie, fasziniert von der rapiden sozialen Modernisierung, einer Denkweise den Totenschein ausgestellt, die in Abstammungsgemeinschaften eine Grundeinheit menschlichen Zusammenlebens sah, zu früh. Das gilt, wie Berlin zeigte, für den demokratischen Liberalismus ebenso wie für den Marxis-

<sup>27</sup> Vgl. im Detail Hans-Ulrich Wehler, *Sozialdemokratie und Nationalstaat*, Göttingen 1971.

<sup>28</sup> Eugen Weber, *Peasants into Frenchmen. The Modernization of Rural France 1870-1914*, California 1976.

mus.<sup>29</sup> Dass der Völkerfrühling von 1848/49 gewiss nicht nur, aber eben *auch* an den komplizierten nationalen Fragen gescheitert war, blieb unbegriffen. Das hat etwas mit dem am Anfang genannten Quidproquo zu tun: Man perzipierte die Nation und den Nationalismus als etwas Altes und verkannte ihren durch und durch modernen Charakter.

Die fortschrittsgläubige Sozialdemokratie setzte sich zur Wehr gegen den Ende des Jahrhunderts um sich greifenden integralen Nationalismus, war aber theoretisch schlecht gerüstet für diese Auseinandersetzung. Symptomatisch dafür sind ihre Analysen des Antisemitismus. Engels bezeichnete ihn einmal als „das Markenzeichen einer zurückgebliebenen Kultur“ ökonomisch absterbender Klassen.<sup>30</sup> August Bebel griff die Formulierung auf, der Antisemitismus sei „der Sozialismus des dummen Kerls“. Und ein so kluger Mann wie Wilhelm Liebknecht meinte gar: „Die Antisemiten ackern und säen, und wir Sozialdemokraten werden ernten. Ihre Erfolge sind uns also keineswegs unwillkommen.“<sup>31</sup>

Freilich war diese Schwäche, anders als Isaiah Berlin meinte, nicht nur eine theoretische. Vielmehr – und das wird oft übersehen – hatte er auch eine organisatorische Dimension. Die nationalistische Rechte schuf auch organisatorisch Gegengewichte gegen die Sozialdemokratie. Genannt seien für Deutschland der Alldeutsche Verband und der Ostmarkenverein, ferner die Veteranenverbände, eine nationalistische Massenbewegung von kleinen Leuten. 1899 wurde die Dachorganisation der Landeskriegerverbände gegründet, der „Kyffhäuserbund“. Der zählte im Herbst 1910 bereits 2,6 Millionen Mitglieder.<sup>32</sup> Zum Vergleich: Die gesamte Zweite Internationale zählte 1912 3,37 Millionen Mitglieder.<sup>33</sup> Diese nationalistischen Massenverbände werden in der Literatur über die sozialistische Bewegung gerne übersehen.

## 5. Objektivismus und „revolutionärer Attentismus“

In der gesamten Vorkriegssozialdemokratie, bekanntlich stark von der SPD und ihren Theoretikern geprägt, dominierte ein deterministischer und objektivistischer Marxismus. Die klassische Formulierung dafür stammt von Kautsky aus dem Jahre 1893:

„Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre, nicht aber eine Revolution machende Partei. Wir wissen, dass unsere Ziele nur durch eine Revolution erreicht werden können, wir wissen aber auch, dass es ebensowenig in unserer Macht steht, diese Revolution zu machen, als in der unserer Gegner, sie zu

<sup>29</sup> Isaiah Berlin, Nationalismus, in: ders., *Wider das Geläufige. Aufsätze zur Ideengeschichte*, Frankfurt a. M. 1981, S. 467-494.

<sup>30</sup> *Marx Engels Werke (MEW)*, Bd. 22, S. 49-50.

<sup>31</sup> Beide zitiert nach Walter Grab, *Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789-1938*, München/Zürich 1991, S. 139.

<sup>32</sup> H.A. Winkler, *op. cit.*, S. 277.

<sup>33</sup> Georges Haupt, *Programm und Wirklichkeit. Die internationale Sozialdemokratie vor 1914*, Darmstadt 1970, S. 150.

verhindern. Es fällt uns daher auch gar nicht ein, eine Revolution anstiften oder vorbereiten zu wollen.“<sup>34</sup>

Gewiss gibt es gerade in dieser Hinsicht erhebliche Differenzen zwischen dem attentistischen Objektivismus der SPD – nicht nur bei Kautsky, sondern auch bei August Bebel – und der *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO) und ihrem Wortführer Jean Jaurès. Anknüpfend an die revolutionäre republikanische Tradition in Frankreich betonte Jaurès stets, dass die Geschichte von Menschen mit ihrem Willen und ihren Taten gemacht wird.

Der objektivistische Marxismus sollte sich als besonders fatal erweisen, wo es um Krieg ging. Die Vorkriegssozialdemokratie setzte Kapitalismus gerne *per se* mit Krieg gleich, weshalb Frieden erst zu erreichen sei mit der sozialistischen Revolution. „Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist“, heisst es in der Stuttgarter Resolution von 1907.<sup>35</sup> Die Gleichsetzung von Kapitalismus und Krieg leistete einem politischen Attentismus Vorschub. Der war bekanntlich in der SPD besonders verbreitet, doch auch ein Jean Jaurès konnte schreiben: „Wie die Wolke das Gewitter, so trägt der Kapitalismus den Krieg in sich.“<sup>36</sup>

Diese ideologische Konstruktion, dass der Kapitalismus naturwüchsig und unvermeidbar Kriege erzeuge, war theoretisch und empirisch gleichermaßen fragwürdig. Denn anders als der Feudalismus beruht die kapitalistische Produktionsweise auf Tausch, nicht auf unmittelbarer Gewalt. Schon Kant hielt in seiner Schrift ‚Zum ewigen Frieden‘ fest, es sei „der Handelsgeist, der mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann und der früher oder später sich jedes Volks bemächtigt“.<sup>37</sup> Das mag lange Zeit allzu optimistisch gewesen sein, doch neueste Analysen kommen darauf zurück, dass der Handel im Unterschied zu unmittelbaren Gewaltverhältnissen eine „Positivsummen-Kooperation“ fördere – und damit den Frieden.<sup>38</sup> Die Identifikation von Kapitalismus und Krieg in der Theorie der Zweiten Internationale stand dieser Einsicht entgegen, ganz abgesehen davon, dass sie es unnötig erschwerte, politische Bündnispartner zu gewinnen.<sup>39</sup>

Die Parole „Krieg dem Kriege“ blieb deklaratorisch. Das zeigte sich auch daran, dass die Sozialistische Internationale sich nicht auf die anzuwendenden Mittel zu seiner Verhinderung einigen konnte. Zumindest die SPD und damit ihre mitgliederstärkste Partei schloss den Massenstreik als Mittel der Kriegsverhütung *expressis verbis* aus.

---

<sup>34</sup> Zitiert nach W. Wette, *op. cit.*, S. 164.

<sup>35</sup> Dokumentiert in: J. Braunthal, *op. cit.*, S. 370.

<sup>36</sup> Zitiert nach *ibid.*, S. 340.

<sup>37</sup> Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden* (1795), in: *Kants Werke*, Akademie Ausgabe, Bd. 8, fotomech. Nachdruck, Berlin 1968, S. 368.

<sup>38</sup> Steven Pinker, *op. cit.*, S. 259, 130.

<sup>39</sup> Vgl. dazu Rudolf Walther, „...aber nach der Sündflut kommen wir und nur wir!“ *Zusammenbruchstheorie, Marxismus und politisches Defizit in der SPD, 1890-1914*, Frankfurt/ Berlin/ Wien 1981.

## 6. Für Vaterlandsverteidigung

Für die SFIO und Jean Jaurès, die sich auf die republikanische Tradition Frankreichs beriefen, stand der Patriotismus ausser Frage. Von der „*levée en masse*“ bis zur Pariser Commune gehört zur revolutionären Tradition auch die Verteidigung des Vaterlandes. Anders war das für die SPD, verstand sie sich doch in hohem Masse als Gegengesellschaft. Freilich fühlte sie sich aufgrund ihrer Theoretiker und ihrer organisatorischen Stärke gerne als Avantgarde des internationalen Sozialismus überhaupt. Daraus erwuchs seit Marx und Engels eine eigene Art von Patriotismus, der „von dem Glauben an die Auserwähltheit der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung“ nicht zu trennen war.<sup>40</sup> Es galt alles zu tun, um diese einzigartige Organisation zu erhalten.

Es fehlt nicht an Zeugnissen und Aussagen dafür, dass sich zu diesem spezifischen Organisationspatriotismus auch die Angst vor Repression und Parteiverbot gesellte. Kein Geringerer als Bebel hat sie im Kontext der Kongresse in Stuttgart und Basel ausdrücklich genannt. Ganz zu schweigen von der Parteirechten, die der Regierung am Vorabend des Krieges zusicherte, die SPD werde nicht gegen den Krieg mobilisieren.

## 7. Eurozentrismus und koloniale Frage

Die Vorkriegssozialdemokratie lehnte den Kolonialismus ab. Es fehlte nicht an radikalen Resolutionen gegen die Eroberung von Kolonien und gegen die dabei angewendeten skrupellosen Gewaltmittel. Doch blieb die Kritik vorwiegend humanistisch geprägt. Für eine wirkliche Solidarität mit den Kolonialiserten war das europäische Weltbild, auch wenn man Verbrechen und Gräueltaten kritisierte, seinerzeit noch viel zu eurozentrisch, durchtränkt von Europas „Kulturmission“. Ganz abgesehen davon, dass es auch in den Reihen der Sozialdemokratie einige Befürworter der Kolonialpolitik gab, überwog die Angst, die Konflikte in den Kolonien zwischen den europäischen Mächten könnten übergreifen auf Europa. „Kämpferischer Internationalismus? Sicherlich nicht“, resümierte Georges Haupt lapidar.<sup>41</sup> Selbst Lenin formulierte seine Imperialismustheorie, die den Kampf des revolutionären Proletariats mit dem der Völker Asiens und der Kolonien verknüpfte, erst 1915.<sup>42</sup>

## 8. Erwartungshorizont: Frieden und friedliche Absichten der eigenen Regierung

Trotz aller Rhetorik über den Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg erwartete niemand ernsthaft einen Krieg in Europa.<sup>43</sup> Die Sozialdemokratie war von dem im 19. Jahrhundert gängigen Fortschrittsglauben imprägniert und traute ihren Regie-

---

<sup>40</sup> Dieter Groh, in: ders., Peter Brandt(Hg.), „*Vaterlandslose Gesellen*“. *Sozialdemokratie und Nation 1860-1990*, München 1992, S. 61.

<sup>41</sup> G. Haupt 1970, *op. cit.*, S. 165.

<sup>42</sup> *Ibid.*, S. 167.

<sup>43</sup> G. Haupt 1967, *op. cit.*, S. 164.

rungen mehr Verstand zu, als sie wirklich hatten. Auch das gehört in das Kapitel der nationalen Integration. Sogar eine Rosa Luxemburg schrieb am 28. Juli 1914, die Frage, ob die deutsche Regierung kriegsbereit sei, könne „mit gutem Recht verneint werden“.<sup>44</sup> Ein Krieg in Europa, schon gar von solchen Ausmassen wie das, was dann kam – das lag ganz und gar ausserhalb des allgemeinen Vorstellungsvermögens.

Denn seit 1871 gab es zwar Kriege in den Kolonien, aber nicht in Europa. Hier war das 19. Jahrhundert vergleichsweise friedlich. Die 100 Jahre zwischen 1815 und 1914 waren, „verglichen mit der Zeit davor und danach, auf dem europäischen Kontinent eine Epoche ungewöhnlicher Friedlichkeit. Staatenkriege waren selten sowie räumlich und zeitlich begrenzt. Die Opferzahlen relativ zu Truppenstärke wie Zivilbevölkerung niedrig“, resümiert Jürgen Osterhammel in seiner monumentalen Geschichte des 19. Jahrhunderts.<sup>45</sup>

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges beendete „das lange 19. Jahrhundert“ (Hobsbawm) und bildete den Auftakt zu den Schrecken des 20. Jahrhunderts. Mit ihm zerstörten die Herrschenden das bürgerliche Zeitalter in Europa. Die Sozialdemokratie trug daran am wenigsten Schuld. Doch sie war nicht in der Lage, den Weltkrieg zu verhindern.

---

<sup>44</sup> Zitiert nach *ibid.*, S. 165.

<sup>45</sup> Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2011, S. 738.

## Internationale Solidarität – ein Paradox?

### Über das ungelöste Dilemma zwischen Nation und Internationalismus in der Zweiten Internationale als Ursache für ihr Scheitern

Christian Mielenz

In den ersten Tagen des August 1918 zerbrach die Zweite Internationale nicht nur real am Ausbruch des Ersten Weltkrieges, sondern auch ideell an ihren Prinzipien der internationalen Solidarität und der Kriegsgegnerschaft. Vom 24. bis zum 26. November 1912 proklamierten internationale Sozialdemokraten in Basel im Rahmen eines Kongresses mit einer Friedenskundgebung im Basler Münster ihre Einigkeit im Kampf gegen den drohenden Weltkrieg.<sup>1</sup> Jene war vor allem in der Resolution des Stuttgarter Kongresses von 1907 festgehalten, worin sich die Arbeiterparteien verpflichteten, im Falle eines Kriegsausbruchs für sein rasches Ende einzutreten bzw. den Krieg für den Ausbruch einer Revolution zu nutzen.<sup>2</sup> Auch die Resolution des Sozialisten-Kongresses in Kopenhagen von 1910 wiederholte die Stuttgarter Resolution.<sup>3</sup> So schillernd die „power of unity“<sup>4</sup> des Basler Kongresses auch war, so wirkungslos stellte sie sich am Ende doch heraus. Denn die Beschwörung der internationalen Solidarität gegen Krieg und Imperialismus ging stets einher mit der Akzeptanz nationaler Souveränitäten und der Befürwortung von Kriegen, so sie denn der Verteidigung eines Volkes dienten. Dieses Dilemma konnte wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Sozialdemokraten hängen, solange der Ausbruch des Weltkrieges sie noch nicht vor vollendete Tatsachen stellte. Im Augenblick der realen Kriegsdrohung entschied sich die Mehrheit der europäischen Sozialdemokraten in kürzester Zeit für die Verteidigung der eigenen Nation.<sup>5</sup> Diese ‚180°-Wende‘ war nicht nur

---

<sup>1</sup> Näheres dazu: Bernard Degen, Basel im Zentrum der Friedensbewegung, in: Bernard Degen, Heiko Haumann, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe, Frithjof Benjamin Schenk (Hg.), *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Basel 2012, S. 30-41.

<sup>2</sup> Congrès Socialiste International, Stuttgart 6-24 Août 1907, in: *Histoire de la II<sup>e</sup> Internationale*, Bd. 17, Genf 1985, S. 272; Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 1, Hannover 1961.

<sup>3</sup> Congrès Socialiste International, Copenhague 28 Août-3 Septembre 1910, in: *Histoire de la II<sup>e</sup> Internationale*, Bd. 19, Genf 1981, S. 205.

<sup>4</sup> Kevin Callahan, *Demonstration Culture: European Socialism and the Second International 1889-1914*, Leicester 2010, S. 257.

<sup>5</sup> Heiko Haumann, Laura Polexe, Die Folgen des Kongresses und das Scheitern der Zweiten Internationale, in: Bernard Degen, Heiko Haumann, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe,

selbst wiederum überraschend international: Was der Burgfrieden für die deutsche, war wiederum die ‚*union sacrée*‘ für die französischen und der ‚*electoral truce*‘ bzw. ‚*industrial truce*‘ für die britische Sozialdemokratie.<sup>6</sup>

### Die inter-nationale Organisation der Internationale

Aber genauso war sie keineswegs unvorhersehbar. Internationalismus und Nation<sup>7</sup> stellten für die meisten Sozialdemokraten keinen Widerspruch dar, selbst im Augenblick des Kriegsausbruchs nicht.<sup>8</sup> Bereits das Gründungsmanifest der Sozialistischen Internationale 1889 in Paris befürwortete den Verteidigungskrieg einer Nation.<sup>9</sup> In seiner Eröffnungsrede forderte der französische Sozialist Edouard Vaillant, anstelle des Militarismus solle „die demokratische Verteidigungspolitik von Völkern treten, welche bewaffnet organisiert sind“.<sup>10</sup> Einerseits sollte die Nationalität der Mitglieder der Internationale keine Rolle spielen, andererseits aber wurde am 20. Juli 1889 seine eingebrachte Resolution angenommen, in welcher die Bewaffnung der Völker nach Schweizer Vorbild und die Verteidigung der nationalen Sicherheit gefordert wurde. Diese Doppelgleisigkeit von ‚nationaler Souveränität‘ einerseits und ‚internationaler Solidarität‘ andererseits zeigte sich auch in der Organisation der Zweiten im Unterschied zur Ersten Internationale (IAA). Bestand die IAA aus Individuen und war sehr oppositionell, wenn nicht gar militant ausgerichtet<sup>11</sup>, war die Zweite Internationale im wahrsten Sinne des Wortes eine inter-nationale Organisation. Ihre Mitglieder stellten keine Individuen, sondern nationale Arbeiterparteien. Diese Art der Organisation, die Handlungsfähigkeit der Zweiten Internationale, das Verhältnis der jeweiligen Arbeiterparteien zu ‚Nation‘ und ‚internationaler Solidarität‘ war auch eine Folge der Stärkung nationaler Arbeiterparteien im späten 19. Jahrhundert. Es wäre allerdings verkehrt, wollte man die Entstehung, Organisation und Handlungsfähigkeit der Zweiten Internationale als Selbstläufer betrachten. So stand zum Beispiel die Frage der Abstimmungsordnung noch auf den ersten beiden Sozialisten-Kongressen im Raum. Die Frage lautete, ob nach Individuen oder nach nationalen Parteien abgestimmt werden sollte. Bereits auf dem ersten Sozialisten-Kongress 1889 in Paris gin-

---

Frithjof Benjamin Schenk (Hg.), *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Basel 2012, S. 162-163. Am 1. August 1914 stimmten laut Polexe/Haumann die Mehrheit der internationalen Sozialdemokraten für die Kriegskredite.

<sup>6</sup> Dazu: Merl Fainsod, *International Socialism and the World War*, New York 1973, S. 32; Carl Brand, *The British Labour Party*, Stanford 1964, S. 31.

<sup>7</sup> ‚Nation‘ war nicht gleichbedeutend mit ‚Staat‘.

<sup>8</sup> K. Callahan, *op. cit.*, S. 299-300; Auf dem Sozialisten-Kongress 1910 zum Beispiel verwies der Sozialdemokrat Nemeč darauf, dass die Sozialistische Internationale keinen Gegensatz zur Nation darstelle (Congrès socialiste international (Copenhagen), *op. cit.*, S. 800).

<sup>9</sup> *Protokoll des Internationalen Arbeiter-Congresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889*, Nürnberg 1890, S. 167-168.

<sup>10</sup> *Ibid.*, S. 50.

<sup>11</sup> So in: George Haupt, *Aspects of International Socialism 1871-1914*, Cambridge 1986, S. 85-87.

gen die Meinungen bezüglich dieser Frage auseinander.<sup>12</sup> Bebel argumentierte so gleich für die Abstimmung nach Nationen und verwies auf die nationalen Unterschiede der Arbeiterparteien. Der Abgeordnete Jean Volders befürwortete ebenso eine Abstimmungsordnung nach Nationen, da er andernfalls eine französische Hegemonie in der Internationale befürchtete.<sup>13</sup> Die Mitglieder der Internationale entschieden sich dann auf dem Zürcher Kongress 1893 für die Abstimmungsordnung nach Nationen.<sup>14</sup> Was für die Abstimmungsordnung und die Organisation der Internationale galt, farbte auch auf die Resolutionen ab. Die Stärkung der nationalen Stellung der Arbeiterparteien schlug sich auch in der Handlungsfähigkeit der Internationale nieder. Gab die IAA durchaus Anweisungen an die einzelnen Mitglieder, so schien die Zweite Internationale nicht mehr als ein „Debattierclub“<sup>15</sup>. Vor allem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), deren Führungsanspruch innerhalb der Internationale unbestritten war, blockierte regelmässig konkrete Forderungen französischer, britischer oder russischer Sozialisten. Das Argument der nationalen Eigenständigkeit der einzelnen Arbeiterparteien wurde bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges des Öfteren angeführt, um konkrete, international verbindliche und gemeinsame Aktionen der Arbeiterparteien zu blockieren. Bereits auf dem Gründungskongress in Paris 1889 lehnte Wilhelm Liebknecht die Idee des Generalstreiks mit Verweis auf die Schwäche der nationalen Arbeitsorganisationen ab.<sup>16</sup> Das Gleiche dann noch einmal 1893 auf dem Sozialisten-Kongress in Zürich, wo er sich gegen die Kritik des niederländischen Sozialisten Domela Nieuwenhuis an der Resolution des Kongresses von 1891 wandte. Dies mit der Begründung, ein Aufruf an die deutschen Arbeiter zur Kriegsdienstverweigerung habe eine Zerschlagung der SPD zur Folge. Der SPD-Abgeordnete Georg Ledebour und seine österreichischen und deutschen Genossen sprachen sich auf dem Sozialisten-Kongress 1910 in Kopenhagen gegen die Massnahme eines Generalstreiks aus mit Verweis auf die Repressionsgefahr für die SPD.<sup>17</sup> Allein auf dem Stuttgarter Kongress 1907 wurden vier Resolutionen vorgeschlagen, die jedoch lediglich Kompromisse ohne konkrete, geforderte Massnahmen darstellten.<sup>18</sup> Auf den Sozialisten-Kongressen stellten die Befürworter von Nation und Lan-

<sup>12</sup> Neben Vaillant forderte der Sozialist Kessler, dass die Abstimmungen innerhalb des Kongresses nicht nach Nation erfolgen sollten. Eine Abstimmungsordnung nach Nation forderten dagegen Bebel, Volders und der italienische Sozialdemokrat Cipriani.

<sup>13</sup> Congrès Internationaux Socialistes de Paris 1889, in: *Histoire de la II<sup>e</sup> Internationale*, Bd. 6-7, Genf 1976, S. 61.

<sup>14</sup> Congrès International Ouvrier Socialiste. Tenu à Zurich du 6 au 12 août 1893, in: *Histoire de la II<sup>e</sup> Internationale*, Bd. 9, Genf 1977, S. 210.

<sup>15</sup> K. Callahan, *op. cit.*, S. 211.

<sup>16</sup> Congrès Internationaux Socialistes de Paris, *op. cit.*, S. 175.

<sup>17</sup> Congrès socialiste international (Copenhague), *op. cit.*, S. 786-787; Dieter Groh, Peter Brandt, „Vaterlandslose Gesellen“. *Sozialdemokratie und Nation 1860-1990*, München 1992, S. 143-145.

<sup>18</sup> Auch Groh/Brandt verurteilen Blockade-Haltung der SPD gegenüber jeglichen konkreten Handlungen der Internationale gegen den Krieg (kritisieren aber gleichzeitig zum Beispiel Domela Nieuwenhuis konkrete Vorschläge auf dem Kongress in Zürich 1893). Überhaupt bescheinigen

desverteidigung stets die Mehrheit.<sup>19</sup> Aus ihrer Priorität der Nation gegenüber der ‚internationalen Solidarität‘ machten die Gegner konkreter Massnahmen wie Generalstreik oder Kriegsdienstverweigerung kein Geheimnis.

### **‚Internationalismus‘ innerhalb der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie**

Noch unverhüllter trat die Maxime der eigenen Nation gegenüber Internationalismus hervor, sobald die Sozialisten auf der ‚Heimtribüne‘ ihre Ansichten zu Krieg, Nation und Internationalismus vertraten. Gerade die SPD entwickelte im späten 19. Jahrhundert einen ‚Konkurrenz-Nationalismus‘ gegenüber den anderen Parteien und den Regierungen, denen sie Mangel an Patriotismus vorwarf.<sup>20</sup> Die Angst vor einer erneuten Repression seitens der Regierung wie zu Zeiten des Sozialisten-Gesetzes spielte hier ebenso eine Rolle wie die aussenpolitische Furcht vor Russland. Auch Liebknecht und Bebel, beides Urgesteine der deutschen Arbeiterbewegung, nahmen hier kein Blatt vor den Mund. In einer Reichstagsrede am 16. Mai 1890 wusste Liebknecht sich mit allen Parteien einig, was die Vaterlandsverteidigung betraf.<sup>21</sup> Ähnlich sprach auch Bebel<sup>22</sup>, so zum Beispiel im Reichstag am 4. Mai 1893 anlässlich der Militärvorlage zur Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres. Hier sagte er, dass, sollten die herrschenden Mächte Deutschlands „zu keiner Aussöhnung mit Frankreich kommen wollen“ und daraus interne Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland entstehen, Deutschland nach allen Fronten Verteidigung führen können müsse, da sonst die Eigenständigkeit Deutschlands und die Verwirklichung der Sozialdemokratie in Gefahr wären.<sup>23</sup> An anderer Stelle forderte er einerseits die Einrichtungen eines Schiedsgerichts und eines internationalen Parlaments, merkte

---

beide Autoren der SPD Kongressmüdigkeit und sogar eine Ablehnung der Sozialistischen Internationale. Siehe dazu: D. Groh, P. Brandt, *op. cit.*, S. 75-124.

<sup>19</sup> D. Groh, P. Brandt, *op. cit.*, S. 95-96.

<sup>20</sup> *Ibid.*, S. 44-45.

<sup>21</sup> Reichstags-Protokoll, 16. Mai 1890, 7. Sitzung, S. 100B, <[http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3\\_k8\\_bsb00018664\\_00203.html](http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3_k8_bsb00018664_00203.html)> [31.10.2013].

<sup>22</sup> Otto Dann, *Nation und Nationalismus in Deutschland*, München 1993, S. 180. Auf dem SPD-Parteitag 1906 in Mannheim lehnte Bebel ebenfalls einen Massenstreik im Falle eines Kriegsausbruchs ab, da nicht durchführbar. (Quelle: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Mannheim 23. bis 29. September 1906, S. 116, <<http://library.fes.de/parteitage/pdf/pt-jahr/pt-1906.pdf>> [31.10.2013]. Notationshinweis: Sämtliche hier zitierten SPD-Parteitagprotokolle stammen von der Netzseite: <<http://library.fes.de/parteitage/index.html>>. Ich kürze diese Quellenangabe im Folgenden ab durch: SPD-Parteitagprotokoll Jahr, Seitenzahl des pdf-Formats).

Im Reichstag erklärt Bebel am 28. November 1888, die deutschen Sozialdemokraten seien Vaterlandsfreunde und im Falle eines Kriegsausbruchs verpflichtet, gegen Angreifer zu marschieren. (Reichstags-Protokoll, 28. November 1888, 4. Sitzung, S. 31C, <[http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3\\_k7\\_bsb00018653\\_00073.html](http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3_k7_bsb00018653_00073.html)> [31.10.2013]).

<sup>23</sup> Reichstags-Protokoll, 4. Mai 1893, 89. Sitzung, S. 2161B-D, <[http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3\\_k8\\_bsb00018682\\_00663.html](http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3_k8_bsb00018682_00663.html)> [31.10.2013].

aber gleichzeitig an, dass ein internationales Parlament in nationale Angelegenheiten nicht eingreifen dürfe.<sup>24</sup> Beides gleichzeitig zu fordern wäre allerdings ein Widerspruch. Die Internationalisierung von Parlamenten oder Justiz ist logisch nur dann möglich, wenn die vereinbarenden Nationalstaaten einen Teil ihrer Souveränität auf diese supranationalen Institutionen übertragen, egal wie ‚locker‘ diese internationale Institutionalisierung ist. Die Idee eines Weltparlaments oder eines internationalen Strafgerichtshofs lässt sich nur verwirklichen bei gleichzeitiger Einschränkung der Souveränität bzw. Eingriffsmöglichkeit in die Souveränität der Nationalstaaten.

Das Bedürfnis nach Klärung solcher theoretischen Widersprüche, wie den zwischen Nation und Internationalismus, schien innerhalb der realpolitisch gewandten SPD jedoch nicht stark vorhanden zu sein.<sup>25</sup> Die eindeutige Bevorzugung der eigenen Nation gegenüber dem Internationalismus zeigte sich auch bei den SPD-Parteitag. Seitens des revisionistischen und zentristischen Flügels der SPD zeigte sich keine Kritik an Aufrüstung, Nation, Militär an sich. Kritisiert wurde gewissermaßen nur die Zweckentfremdung dieser Begriffe durch die Regierung. „Nicht Kanonen für die Regierung, Kanonen für das Volk wollen wir haben“, hiess es vom SPD-Mitglied Emanuel Wurm auf dem Stuttgarter SPD-Parteitag 1898.<sup>26</sup> Bebel meinte auf dem nächsten Parteitag 1899 in Hannover, die Sozialdemokraten hätten eine „viel idealere Vaterlandsliebe“<sup>27</sup>. Selbst Karl Liebknecht schien das Paradox, einerseits abrüsten zu wollen, andererseits aber für die Errichtung einer „Volksmiliz“ zu plädieren, explizit kein Widerspruch zu sein.<sup>28</sup> Noch ausdrücklicher war Georg von Vollmar auf dem SPD-Parteitag 1891 in Erfurt, auf dem er wie Liebknecht patriotisch und fatalistisch zugleich erklärte, dass die Landesverteidigung im Falle eines Angriffs durch Russland notwendig sei, er sich einen Sieg über Russland wünsche und gleichzeitig auch einen Krieg gegen Russland für unausweichlich halte.<sup>29</sup> Und Georg Ledebour erklärte am 29. März 1909 im Reichstag im Namen der SPD die mit der Regierung übereinstimmende Bündnistreue mit der Regierung.<sup>30</sup>

Auch in den offiziellen Schriften mancher Sozialdemokraten kam der Gegensatz zwischen ‚Nation‘ und ‚internationaler Solidarität‘ zum Vorschein. In seiner Broschüre ‚Patriotismus und Sozialdemokratie‘ von 1907 erklärte Karl Kautsky, internationale Gegensätze und Wettüsten seien nur international zu bekämpfen. Eine internationale Aktion aber wiederum „kann [...] nur in der Form einer nationalen Ak-

---

<sup>24</sup> Reichstags-Protokoll, 13. Mai 1907, 52. Sitzung, S. 1612D, <[http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt\\_k12\\_bsb00002838\\_00750.html](http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k12_bsb00002838_00750.html)> [31.10.2013].

<sup>25</sup> Hierzu Helga Grebing, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1970, S. 116.

<sup>26</sup> SPD-Parteitagprotokoll 1898, S. 77.

<sup>27</sup> SPD-Parteitagprotokoll 1899, S. 63.

<sup>28</sup> SPD-Parteitagprotokoll 1912, S. 214.

<sup>29</sup> SPD-Parteitagprotokoll 1891, S. 94.

<sup>30</sup> Reichstags-Protokoll, 29. März 1909, 236. Sitzung, S. 7823 B-C, <[http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt\\_k12\\_bsb00002846\\_00034.html](http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k12_bsb00002846_00034.html)> [31.10.2013]

tion geführt werden“.<sup>31</sup> Das Proletariat, so Kautsky in seiner Schrift ‚Der Weg zur Macht‘ könne „auf den gegebenen staatlichen Grundlagen“ sich ruhig und „am weitesten“ weiter entwickeln.<sup>32</sup>

Insgesamt lässt sich bei der SPD ein ‚revolutionärer Attentismus‘ (Groh) verorten, der seinesgleichen vielleicht noch in der politischen Orientierung der österreichischen Genossen wie Victor Adler<sup>33</sup> findet. Gerade in dieser Partei paralyisierte ein ‚Konkurrenz-Nationalismus‘, gepaart mit Naivität, Selbstbeschwichtigung, Fatalismus und theoretisch inhaltloser Grabenkämpfe bis hin zur Ablehnung der Internationale jegliche wirkungsvolle Kriegsopposition.<sup>34</sup> Im Laufe des späten 19. Jahrhunderts schlichen sich trotz radikaler Reden die typischen Charakteristika einer Realpolitik ein: Offiziell revolutionär, wandelte sich die österreichische Sozialdemokratie tatsächlich in eine reformistische Partei, deren Hauptanliegen nicht der Internationalismus und schon gar nicht das Erwägen konkreter internationaler verpflichtender Handlungen im Falle eines Kriegsausbruchs war, sondern die sich nur noch auf die parlamentarischen Wahlen konzentrierte und sich sowohl national als auch international in Beschwichtigungen und im Taktieren übte.<sup>35</sup> Hinzu kam ab 1907 eine geradezu fahrlässige Leichtgläubigkeit in den Friedenswillen der *eigenen* Regierung.<sup>36</sup> Eine Fehleinschätzung, die nicht nur in der deutschen Sozialdemokratie verbreitet war.

Wer hier nun einwendet, ‚Nation‘ und ‚internationale Solidarität‘ seien in der deutschen Sozialdemokratie kein Widerspruch gewesen – diese hätte sich dabei sogar auf Marx und Engels berufen – und es daher ahistorisch sei, ihr nach den heutigen Erfahrungen zweier Weltkriege *im Nachhinein* aus der mangelnden Ideologiekritik einen Vorwurf zu machen, liegt teilweise richtig, teilweise aber eben nicht. Richtig ist, dass ‚Nation‘ und ‚Internationalismus‘ in der deutschen Sozialdemokratie von Anfang an nie als Widerspruch betrachtet wurden und letzterer Begriff nicht mit ‚Antinationalismus‘ gleichgesetzt werden darf. Mehr noch: Die Ebene der ‚Internationalen Solidarität‘ wurde schon vor der Zweiten Internationale als Zusatz zur Nation betrachtet.<sup>37</sup> Jedoch wäre es falsch, dies von der sozialistischen Bewegung in Deutschland allgemein zu behaupten oder die Haltung der deutschen Sozialdemokratie gar in der ‚Tradition‘ von Marx und Engels zu verorten. Was für die deutsche Sozialdemokratie seit Bebel, Liebknecht und Lassalle durchaus galt, nämlich eine nationale Orientierung ohne *theoretische* Analyse des Verhältnisses zum Internationalismus, lässt

<sup>31</sup> Karl Kautsky, *Patriotismus und Sozialdemokratie*, Leipzig 1907, <<http://marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1907/xx/patriotismus.htm>> [31.10.2013].

<sup>32</sup> Karl Kautsky, *Der Weg zur Macht*, Berlin 1909, <<http://marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1909/macht/5-weder.htm>> [31.10.2013].

<sup>33</sup> Victor Adler forderte auf dem Stuttgarter Kongress 1907, die „Waffen der Abwehr so stark wie möglich“ zu schärfen (Congrès Socialiste International Stuttgart, *op. cit.*, S. 266).

<sup>34</sup> D. Groh, P. Brandt, *op. cit.*, S. 83-85.

<sup>35</sup> *Ibid.*, S. 110-112; K. Callahan, *op. cit.*, S. 239.

<sup>36</sup> D. Groh, P. Brandt, *op. cit.*, S. 124.

<sup>37</sup> Zur Gemeinsamkeit von ‚Nation‘ und ‚Internationalismus‘: K. Callahan, *op. cit.*, S. 299-300; Ralf Hoffrogge, *Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland*, Stuttgart 2011, S. 163; Thomas Welskopp, *Das Banner der Brüderlichkeit*, Bonn 2000, S. 535-536.

sich keineswegs von der Orientierung vormärzlicher Sozialisten oder gar Marx und Engels behaupten, deren Verhältnis zur Nation durchaus ambivalent und vor allem noch offen für eine theoretische Weiterentwicklung des Internationalismus zum Anationalismus war.<sup>38</sup> Per Görtrek, Mitglied des Bundes der Kommunisten, schrieb in einer Broschüre 1847, dass die Aufhebung der Nationalität eines der Ziele der Kommunisten wäre.<sup>39</sup> In weiteren Texten des Bundes der Kommunisten wurde Nationalstolz als „Narrheit“ bezeichnet<sup>40</sup>, in erster Linie sei man „Mensch“; oder Friedrich Engels, der nicht nur die „Fraternisierung der Nationen“ forderte, sondern darüber hinaus ein antinationales Proletariat, welches die Nationalität zerstören werde.<sup>41</sup> Irgendwann, so der Wunsch des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins, solle es nur noch ein Land geben: die Erde.<sup>42</sup>

Auch bei Marx und Engels findet sich diese Ambivalenz des Begriffs ‚Nation‘ in einigen vormärzlichen Schriften. So wendet sich Engels gegen den „offiziellen Patriotismus“<sup>43</sup>, zusammen mit Marx wandte er sich gegen „die alten nationalen und reaktionären Vorurteile“.<sup>44</sup> Die ‚Nation‘ war für Marx und Engels kein patriotisches Ziel, sondern lediglich eine Organisationseinheit, die es zu erstreben galt, um die Zersplitterung Deutschlands in Fürstenstaaten aufzuheben.<sup>45</sup> Weitere national-ambivalente Positionen, so sie denn vorkamen, fanden sich allerdings vorwiegend ausserhalb der Arbeiterbewegung innerhalb intellektueller Kreise.<sup>46</sup>

Ralf Hoffrogge bezeichnet in seinem Buch ‚Sozialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland‘ die Identifikation der SPD mit der Nation als „plausibel“, da die Sozialdemokratie noch keine Erfahrungen mit dem Ersten Weltkrieg und dem

---

<sup>38</sup> Dazu vor allem: Unsuk Han, *Nationalstaat und Nationalismus im Denken von Marx und Engels*, Diss., Bielefeld 1995. Han zitiert mehrere Quellen aus dem Vormärz, unter anderem die hier genannten Schriften aus dem Bund der Kommunisten, den *Fraternal Democrats*, der Arbeiterverbrüderung und von Marx und Engels.

<sup>39</sup> Aus Per Görtreks Broschüre über das Proletariat und seine Befreiung durch den wahren Kommunismus, Okt./Nov. 1847 [orig.: Per Görtrek, *Om Proletariatet och Dess Befrielse genom Den Sanna Kommunismen*, Stockholm 1847], nachgedruckt und ins Deutsche übersetzt in: *Bund der Kommunisten*, Bd. 1, Berlin 1970, S. 575.

<sup>40</sup> *Adresse des Bildungs-Vereins in London an die deutschen Proletarier*, London 1846; nachgedruckt in: *Bund der Kommunisten*, Bd. 1, Berlin 1970, S. 408.

<sup>41</sup> Friedrich Engels, Artikel über die internationale Versammlung in London zur Gründung der Fraternal Democrats, 22. September 1845, nachgedruckt in: *Bund der Kommunisten*, Band 1, Berlin 1970, S. 246.

<sup>42</sup> Bericht über das 6. Stiftungsfest des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in London, 9. Februar 1846, in: *Bund der Kommunisten*, Bd. 1, Berlin 1970, S. 277.

<sup>43</sup> Friedrich Engels, «Auswärtige deutsche Politik» [*Neue Rheinische Zeitung* 33, 3. Juli 1848], nachgedruckt in: *Marx Engels Werke (MEW)*, Bd. 5, Berlin 1959, S. 155.

<sup>44</sup> Karl Marx, Friedrich Engels, Brief an Etienne Cabet – Erklärung gegen die Deutsche demokratische Gesellschaft in Paris, in: *MEW*, Bd. 5, Berlin 1959, S. 6.

<sup>45</sup> U. Han, *op. cit.*, S. 53-54.

<sup>46</sup> Über den Europagedanken und die Entwicklung von ‚Nationalismus‘, ‚Patriotismus‘ und ‚Internationalismus‘ im Vormärz siehe: Thomas Brendel, *Zukunft Europa?*, Bochum 2005.

Faschismus sammeln konnte.<sup>47</sup> Die Erfahrung der deutschen Sozialdemokratie mit Kriegen vor dem Ersten Weltkrieg lässt ihre Strategie meiner Ansicht nach völlig unplausibel erscheinen. Das gilt vor allem für den grössten, letzten Krieg vor dem Ersten Weltkrieg, der in den Jahren 1870/71 stattfand und der noch von den sozialdemokratischen Urvätern Bebel und Liebknecht bezeugt wurde. Beide machten hier bereits einschlägige Erfahrung mit der Schwierigkeit der Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungskrieg. Schon hier zerbrach die internationale Einheit der Sozialisten, und der Nationalismus während des deutsch-französischen Krieges war 1876 einer der Gründe für den Zusammenbruch der IAA.<sup>48</sup> Schon 1870 waren französische und deutsche Sozialisten auf den Ausbruch des Krieges „in keiner Weise vorbereitet“<sup>49</sup> und protestierten wirkungslos gegen den Waffengang. Die ‚deutsche‘ Bevölkerung gab sich bereits hier dem Patriotismus hin.<sup>50</sup> Während Marx und Engels gemeinsam mit der Ersten Internationale und dem Braunschweiger SDAP-Ausschuss den deutsch-französischen Krieg als Verteidigungskrieg unterstützten, enthielten sich Bebel und Liebknecht der Zustimmung zu den Kriegskrediten im Norddeutschen Reichstag am 19. Juli 1870.<sup>51</sup> Der Streit um die Unterstützung oder Ablehnung des deutsch-französischen Krieges „schien die Einheit der Partei ernsthaft zu gefährden“.<sup>52</sup> Und nach der Schlacht von Sedan und dem Ausruf der französischen Republik publizierte der Braunschweiger Ausschuss am 9. September 1870 ein Manifest, in dem es hiess:

„Ein solcher Verteidigungskrieg schliesst nicht aus, dass man den Feind angreife; er schliesst, wie jeder Krieg, ein, dass Letzterer zum Frieden gezwungen wird. Daher mussten wir selbst dann noch den deutschen Heeren den Sieg wünschen, als die unmittelbare Bedrohung der deutschen Grenzen beseitigt und unser braves Heer mitten in Frankreich hineingedrungen war; freudig bewegten uns die in unerhörter Tapferkeit, in grossartigster Todesverachtung von unseren deutschen Brüdern errungenen glorreichen Siege. Und gewiss können wir stolz sein, einem solchen Heldenvolke anzugehören.“<sup>53</sup>

## Rosa Luxemburg und das Problem des Internationalismus

Warum zogen Bebel und Liebknecht aus den eigenen Erfahrungen der Julitage von 1870 keine weitreichenden theoretischen Konsequenzen hinsichtlich ‚Nation‘ und ‚Internationalismus‘, Angriffs- und Verteidigungskrieg und den praktischen Möglichkeiten zur Verhinderung eines Krieges? Warum zog die Internationale allgemein

<sup>47</sup> R. Hoffrogge, *op. cit.*, S. 164-165.

<sup>48</sup> Marcel Van der Linden, *Rise and Fall of the First International*, in: ders., Fritz Holthoorn (Hg.), *Internationalism in the Labour Movement*, Leiden 1988, S. 332-334.

<sup>49</sup> Georg Eckert, *100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie*, Bd. 1, Hannover 1965, S. 126.

<sup>50</sup> *Ibid.*, S. 126-128.

<sup>51</sup> J. Braunthal, *op. cit.*, S. 156-158.

<sup>52</sup> G. Eckert, *op. cit.*, S. 127.

<sup>53</sup> *Ibid.*, S. 140.

keine Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen mit früheren Kriegen? Diese Frage ist keineswegs ahistorisch. Rosa Luxemburg warf eine ähnliche Frage 1911 auf, nachdem der französische Sozialist Jean Jaurès das Buch *„L'Armée Nouvelle“* publiziert hatte. Jaurès publizierte sein Werk 1910, welches eher von einem Militaristen denn von einem Pazifisten geschrieben schien und auch hier das Paradox des ‚Internationalismus‘ in den Köpfen vieler Sozialisten verdeutlichte. Jaurès stellte in dieser Schrift militärische Überlegungen an, wie Frankreich gegenüber Deutschland gestärkt werden könne und forderte eine militärische Erziehung sowie die Wehrhaftigkeit Frankreichs als Garant für internationalen Frieden.<sup>54</sup> In einem Artikel in der Leipziger Volkszeitung warf Luxemburg Jaurès Militarismus vor und fragte mit Hinweis auf den deutsch-französischen Krieg, wo denn der Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg läge.<sup>55</sup> Solche Gedankengänge waren keineswegs selten. Und sie zeigen, dass der unausgesprochene Gegensatz zwischen ‚Nation‘ und ‚Internationaler Solidarität‘ und die damit verbundenen Definitionsschwierigkeiten von ‚Angriffs- und Verteidigungskrieg‘ bis hin zur Selbstlähmung der internationalen Sozialdemokratie hinsichtlich konkreter Massnahmen gegen den Krieg keineswegs unbemerkt blieben. An erster Stelle wäre hier Rosa Luxemburg zu nennen. Wenngleich auch sie sich nie mit dem Verhältnis von ‚Nation‘ und ‚Internationaler Solidarität‘ kritisch auseinander setzte, so distanzierte sie sich doch als eine der wenigen Sozialistinnen von der Priorisierung der Nation als Antwort auf das Paradox des ‚Internationalismus‘ und priorisierte stattdessen stets Letzteren. Nach ihrer Ansicht gelang die Verwirklichung der Nation durch den Internationalismus, nicht umgekehrt, wie bei den meisten ihrer sozialdemokratischen Genossen gefordert. Ihre Haltung zur ‚Nation‘ blieb zumindest ebenso ambivalent wie die von Marx/Engels oder dem französischen Sozialisten Jules Guesde.<sup>56</sup> Auf dem SPD-Parteitag 1900 in Mainz kritisierte Luxemburg schon einmal die Passivität der SPD anlässlich des japanisch-chinesischen Krieges von 1894/95 und beklagte die ausbleibenden Proteste der internationalen Arbeiterparteien.<sup>57</sup>

Luxemburg stand keineswegs allein, wenn es darum ging, der Zweiten Internationale einer kritischen Reflektion zu unterziehen. Und gerade die deutschen Sozialdemokraten standen in der Kritik. So der SPD-Abgeordnete Wildberger auf dem SPD-Parteitag 1891. Dieser kritisierte Bebel, Liebknecht und Vollmar für ihre nationale Loyalität im Reichstag und bemerkte einen Widerspruch zwischen der Unterstützung des Heerwesens seitens Bebels und Liebknechts einerseits und der Forderung nach Abrüstung andererseits. Für ihn unterschied sich die SPD durch diese patriotischen Bekenntnisse nicht von den anderen Parteien.<sup>58</sup>

---

<sup>54</sup> Jean Jaurès, *Die neue Armee*, Jena 1913, S. 13-15.

<sup>55</sup> Rosa Luxemburg, «Die neue Armee» [*Leipziger Volkszeitung* 130, 9. Juni 1911], in: dies., *Gesammelte Werke*, Bd. 2, Berlin 1972, S. 525-527.

<sup>56</sup> Michael Forman, *Nationalism and International Labor Movement*, Pennsylvania 1998, S. 84-86.

<sup>57</sup> SPD-Parteitagprotokoll Mainz 1900, S. 83.

<sup>58</sup> SPD-Parteitagprotokoll Erfurt 1891, S. 97-98.

International taten sich besonders Nieuwenhuis und Hervé als scharfe Beobachter der Schieflage der Internationale hervor.

Auf dem internationalen Sozialisten-Kongress von 1891 in Brüssel brachte Domela Nieuwenhuis eine eigene Gegenresolution ein. In dieser sollte konkret im Falle eines Kriegsausbruchs der Aufruf aller Sozialisten zur Arbeitseinstellung erfolgen. Nachdem diese von der Mehrheit des Kongresses abgelehnt wurde, kritisierte er indirekt die Zahnlosigkeit und Abstraktheit der Resolution; es würden lediglich grosse Worte ohne Bedeutung gesprochen. Damit mache sich die Internationale vor der ganzen Welt lächerlich. Weiterhin bemängelte er die Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungskrieg, die nicht getroffen werden könne, da Diplomaten jeden Angriffskrieg als Verteidigungskrieg und jede Regierung sich als provoziert darstellen könnten.<sup>59</sup> Liebknecht dagegen lehnte eine gedankliche Weiterentwicklung der Konsequenzen eines Weltkrieges ab und belies es stattdessen bei einer defätistischen Haltung, wonach die Internationale im Falle eines Kriegsausbruchs machtlos sei.

1893, auf dem Zürcher Sozialisten-Kongress, kritisierte Nieuwenhuis die letzte Resolution von 1891. Diese sei schlechter als die Resolution von 1868. In der Resolution von Brüssel dagegen stünden nichts weiter als hohle Phrasen; es würden keine klaren Ansagen gemacht. Nieuwenhuis warf der internationalen Sozialdemokratie am Beispiel der SPD Bigotterie vor: Auf der einen Seite bekämpfe sie den Chauvinismus, auf der anderen Seite aber hetze sie gegen Russland. Welche Nation sei also zivilisierter, fragt Nieuwenhuis.<sup>60</sup> Auch darauf erhielt er keine Antwort Liebknechts.

Auf dem Stuttgarter Kongress am 19. August 1907 kritisierte Gustave Hervé die deutsche Sozialdemokratie.<sup>61</sup> Dieser fragte die deutschen Sozialdemokraten, warum sie während des deutsch-französischen Krieges bereit gewesen seien, für ihre ablehnende Haltung ins Gefängnis zu gehen, dazu aber für den drohenden, kommenden Krieg nicht mehr bereit wären. Er warf ihnen „Kadavergehorsam“ und „Ohnmacht“ vor. Hervé zeigte sich desillusioniert von den deutschen Sozialdemokraten: Diese wären „zufriedene und satte Spiessbürger“ und würden Kaiser Wilhelm in den Krieg folgen.<sup>62</sup> Völlig naiv meinte Bebel daraufhin, „in den massgebenden Kreisen Deutschlands will niemand den Krieg“, und eine Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungskrieg wäre für einen aufmerksamen Politiker möglich. Damit schien für Bebel das Thema erledigt. Auf dem Kongress von 1904 folgte dann die Kritik an der deutschen Sozialdemokratie seitens Jean Jaurès.<sup>63</sup> Dieser richtete sich an Bebel mit dem Vorwurf, die SPD wäre machtlos und unfähig zur Nutzung der Wäh-

---

<sup>59</sup> Congrès International Ouvrier Socialiste, tenu à Bruxelles du 16 au 23 août 1891, in: *Histoire de la II<sup>e</sup> Internationale*, Bd. 8, Genf 1977, S. 309-310.

<sup>60</sup> Congrès International Ouvrier Socialiste Zürich, *op. cit.*, S. 229.

<sup>61</sup> Congrès Socialiste International Stuttgart, *op. cit.*, S. 254.

<sup>62</sup> *Ibid.*, S. 255.

<sup>63</sup> H. Grebing, *op. cit.*, S. 112.

lermacht. Die deutsche Sozialdemokratie hätte keine revolutionäre Tradition, sondern sogar das Wahlrecht von oben verordnet bekommen.<sup>64</sup>

Streitigkeiten entzündeten sich in der Internationalen auch dann, wenn eine der nationalen Arbeiterparteien im heimischen Parlament gegen anti-militaristische Prinzipien der Internationale verstieß. Auf dem Sozialisten-Kongress in Kopenhagen 1910 lehnte der deutsche Sozialdemokrat Ledebour die vom britischen Sozialisten James Keir Hardie und vom französischen Sozialisten Edouard Vaillant eingebrachte Zusatzklärung zur Resolution (Amendement) ab. Er begründete dies mit dem Vorwurf gegen gewisse Sozialdemokraten, die in heimischen Parlamenten trotz Gelobung einer anti-militaristischen Ausrichtung für die Finanzierung stehender Armeen und Flotten gestimmt hätten. Dieser Vorwurf war vor allem gegen die britischen Sozialisten gerichtet. Keir Hardie fühlte sich dann auch angesprochen und rechtfertigte sich damit, britische Sozialisten hätten im *House of Commons* nicht für die Rüstung gestimmt, sondern rein funktional orientiert einen Gesamthaushalt abgesegnet, der nun mal auch einen Rüstungsetat enthielt.<sup>65</sup> Die englische Arbeiterpartei habe stets gegen die Flottenrüstung gestimmt.<sup>66</sup> Der Abgeordnete der britischen *Independent Labour Party* (ILP), Bruce Glasier, beklagte sich auf dem Kongress in Kopenhagen 1910 über die anti-pazifistischen Verräter in der Sozialdemokratie.<sup>67</sup>

Umgekehrt reagierten Sozialdemokraten wie Bebel, der eine Abneigung gegen Grossbritannien hegte, unverhalten auf Demonstrationen britischer Sozialisten gegen die zunehmende Flottenrüstung Deutschlands ab 1907.<sup>68</sup>

### **‚Nation‘ und ‚internationale Solidarität‘ bei französischen und britischen Sozialisten.**

Der Widerspruch zwischen ‚Nation‘ und ‚Internationaler Solidarität‘ war kein deutsches Phänomen, wenngleich französische und britische Sozialisten wie Jaurès, Vaillant oder Keir Hardie nicht die gleiche „Tatenlosigkeit“ und „Gemütsruhe“ an den Tag legten, die Jaurès den deutschen Sozialdemokraten vorwarf.<sup>69</sup> Auch für Jaurès waren ‚Nation‘ und ‚internationale Solidarität‘ kein Widerspruch. Im Gegenteil, wie sein hier genanntes Werk ‚Die neue Armee‘ verdeutlicht. E. Vaillant vertrat auf dem Gründungskongress der Internationale in Paris das Konzept einer wehrhaften Nation, die eine Verteidigungspolitik betreibt, während Kriege für ihn erst im Sozialismus ein Ende finden würden.<sup>70</sup> Auf dem Sozialisten-Kongress in Stuttgart

<sup>64</sup> Congrès Socialiste International, Amsterdam 14-20 août 1904, in: *Histoire de la II<sup>e</sup> Internationale*, Bd. 14, Genf 1978, S. 530.

<sup>65</sup> *Internationaler Sozialisten-Kongress Kopenhagen 28.8.-3.9.1910*, Berlin 1910, S. 32-34.

<sup>66</sup> *Ibid.*, S. 791.

<sup>67</sup> *Ibid.*, S. 99.

<sup>68</sup> D. Groh, P. Brandt, *op. cit.*, S. 138-139.

<sup>69</sup> *Ibid.*, S. 128.

<sup>70</sup> Congrès Internationaux Socialistes de Paris, *op. cit.*, S. 119-120.

forderte er die Entwaffnung des Staates, bezeichnete Nationen aber gleichzeitig als „notwendige Elemente der menschlichen Entwicklung“.<sup>71</sup>

In der englischen Arbeiterbewegung spielte der drohende Weltkrieg weitgehend keine Rolle, wie überhaupt ihre Politisierung erst um die Jahrhundertwende einsetzte. Nur eine Minderheit bestand aus Sozialisten. Den grössten Einfluss auf die englische Arbeiterbewegung hatten die Gewerkschaften, die nicht an einer Revolution oder an Marx interessiert waren. An Aussenpolitik waren lediglich englische Sozialisten interessiert. Ohnehin gab es in Grossbritannien nicht *die* Arbeiterpartei, sondern mehr einen Parteien-Bund, der nur wenige Arbeiter-Politiker ins Parlament schicken konnte.<sup>72</sup> Noch am 1. August 1914 sprach sich die britische *Labour Party* für die Neutralität Grossbritanniens aus. Am 2. August fand noch eine Friedensdemonstration mit J. Keir Hardie und Ramsay MacDonald auf dem Trafalgar Square statt. Als dann Deutschland am 3. August die belgische Neutralität verletzte, schrumpfte der Anteil der Kriegsgegner innerhalb der britischen Arbeiterbewegung auf eine Minderheit. Nach seiner Rede im *House of Commons* trat Ramsay MacDonald noch am gleichen Tag als *chairman* der *Parliamentary Labour Party* zurück.<sup>73</sup> Auch MacDonald und Keir Hardie verstanden sich als Patrioten und als Internationalisten. Vor allem MacDonald wies in seinen Schriften eine stark nationale und fast schon militaristische Seite auf ähnlich wie Jaurès. In seiner Schrift *Labour and the Empire* von 1907 bezeichnete er den Nationalstolz als wertvolle Eigenschaft und wendet sich gegen die Abrüstung Grossbritanniens. Nicht die Rüstung produziere Militarismus, sondern die Politik.<sup>74</sup> Angesichts MacDonalds offen patriotischer Aussagen verwundert es geradezu, dass er sich als einer der wenigen der britischen Sozialisten der Zustimmung zum Kriegseintritt verweigerte. Später gründete er die antimilitaristische *Union of Democratic Control*, die sich unter anderem gegen Geheimdiplomatie einsetzte.<sup>75</sup>

Keir Hardie wiederum zeigte sich ähnlich ambivalent wie Luxemburg und Guesde. In seiner Schrift *From Serfdom to Socialism* findet sich keine explizite Befürwortung der Nation oder des Patriotismus, wenngleich er wohl patriotisch gesinnt war.<sup>76</sup> Seinen Anti-Militarismus begründete er oft ökonomisch. So kritisierte er am 27. Juli 1906 im *House of Commons* die unökonomische und militärische Verschwendung von Geldern.<sup>77</sup>

---

<sup>71</sup> Congrès Socialiste International Stuttgart, *op. cit.*, S. 258.

<sup>72</sup> Henry Pelling, *A Short History of the Labour Party*, London 1978, S. 20; Paul Adelman, *The Rise of the Labour Party 1880-1945*, London 1972, S. 39-41.

<sup>73</sup> Andrew Thorpe, *A History of the British Labour Party*, London 1997, S. 32-33; Herbert Tracey, *The Book of the Labour Party*, Bd. 1, New York 1972, S. 188.

<sup>74</sup> Ramsay MacDonald, *Labour and the Empire* [1907], hg. v. Robert T. Dowse, Trowbridge 1974, S. 27-36.

<sup>75</sup> A. Thorpe, *op. cit.*, S. 32.

<sup>76</sup> James Keir Hardie, *From Serfdom to Socialism* [1907], hg. v. Robert T. Dowse, Trowbridge 1974.

<sup>77</sup> Hansard 1803-2005, House of Commons 27. Juli 1906, <<http://hansard.millbanksystems.com/commons/1906/jul/27/navy-estimates-1906-7>> [31.10.2013].

## Schlussfolgerungen

Der Widerspruch zwischen ‚Nation‘ und ‚internationaler Solidarität‘ wurde in der Zweiten Internationale nur selten als solcher erkannt. Ohne eine nähere theoretische Begründung wurde die nationale Souveränität in einem Atemzug mit Internationalismus genannt, trotz des selten durch Genossen genannten Paradoxons des Internationalismus. Im Gegensatz zur IAA zeichnete sich die Zweite Internationale durch eine starke nationale Festigung ihrer Mitglieder aus. Die Ankunft der Arbeiterparteien im Nationalstaat gegen Ende des 19. Jahrhunderts ist sicher entscheidend für die Struktur der Internationale gewesen. Das Problem war jedoch noch nicht einmal so sehr die fehlende zentrale Autorität, wie zum Beispiel Fainsod meint.<sup>78</sup> Es war die fehlende Weiterentwicklung und Aktualisierung gesellschaftskritischer und ambivalenter Theorien zu ‚Nation‘, ‚Internationalismus‘, Proletariat etc., wie sie noch bei Marx und Engels existierten. Trotz der ständigen Bekundungen diverser Sozialdemokraten, ‚Nation‘ und ‚internationale Solidarität‘ wären kein Gegensatz gewesen, sprach der Verlauf und schliesslich der Zusammenbruch der Internationale eine andere Sprache. Die Sozialdemokraten mussten sich entscheiden, sobald mit dem Krieg es ernst wurde: ‚Nation‘ oder ‚Internationale‘. Solange die Sozialdemokraten noch nicht vor die vollendete Tatsache eines Kriegsausbruchs gestellt wurden, konnten die Mitglieder der Internationale unentschieden bleiben, drängenden Fragen zu diesem Widerspruch ausweichen, beschwichtigen oder gleich ganz der Ohnmacht gegenüber und dem Schicksalsglauben an den drohenden Krieg verfallen. Auch eine Analyse und Weiterentwicklung bisheriger Erfahrungen mit Kriegen und dem Begriff ‚Nation‘ wurde nicht geleistet. Es gibt zwar Ausnahmen wie zum Beispiel Otto Bauer, Josef Stalin oder Karl Kautsky, die theoretische Texte zum Thema ‚Nation‘ publizierten. Keiner dieser Autoren knüpfte allerdings an die theoretische Ambivalenz von ‚Nation‘ und ‚Internationalismus‘ an und entwickelte diese weiter zu einem kritischen Begriff der ‚Nation‘ über zum Beispiel Bauers Rede von einer biologisch-historisch geformten ‚Schicksalsgemeinschaft‘<sup>79</sup> oder Stalins Forderung nach einer Autonomie der Nation bei Gleichberechtigung<sup>80</sup> hinaus. Vorboten der drohenden Weltkriegs-Katastrophe gab es jedoch genug. Die mögliche Spaltung der Internationale mit einhergehender Entscheidung für die ‚Nation‘ und damit auch für den Krieg statt dagegen war keine Schwarzmalerei, sondern eine reale Möglichkeit, die fahrlässig ignoriert wurde mit dem Hinweis, dass ein Krieg unwahrscheinlich wäre. Eine solche theoretische Denkleistung konnte jedoch in einer internationalen Bewegung, die auf nationale Eigenständigkeit der Arbeiterparteien grossen Wert legte bei gleichzeitiger Forderung nach internationalen Institutionen wie Schiedsgericht oder Weltparlament, nicht geleistet werden. Eine Organisation, die sowohl in ihrer Vereinssatzung als

---

<sup>78</sup> Merle Fainsod, *International Socialism and the World War*, New York 1973, S. 4.

<sup>79</sup> Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie, in: Max Adler, Rudolf Hilferding (Hg.), *Marx-Studien*, Bd. 2, Wien 1924, S. 172-173.

<sup>80</sup> Josef W. Stalin, *Marxismus und nationale Frage*, in: ders., *Werke*, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1972, S. 284.

auch vom Aufbau her ‚Inter-Nationalismus‘ vorlebte, konnte die Begriffe ‚Nation‘ und ‚Internationalismus‘ nicht ernsthaft hinterfragen, ohne sich selbst zu gefährden. Eine Neuinterpretation des Verhältnisses von ‚Nation‘ und ‚internationaler Solidarität‘ als Gegensatz hätte zumindest eine Neugründung der Internationale notwendig gemacht – die sicherlich nicht von allen Sozialdemokraten mitgetragen worden wäre. Mit anderen Worten: Die Spaltung der Zweiten Internationale zwischen ‚bürgerlichen Sozialdemokraten‘ und ‚internationalistischen Kriegsgegnern‘ hätte schon vor dem Weltkrieg stattfinden müssen. Mit einer klaren Distanz radikaler Kriegsgegner wie Rosa Luxemburg von den die Nation priorisierenden Sozialdemokraten wäre zwar auch nicht der Erste Weltkrieg verhindert worden. Eine solche Internationale wäre lediglich an ihrer bellizistischen Übermacht gescheitert, nicht jedoch an ihren eigenen Prinzipien. Ihre Glaubwürdigkeit wäre erhalten geblieben.

# Ein Narrativ gegen Krieg und Nationalismus?

## Die Völkerschlachtfeiern von 1913 und die deutsche Sozialdemokratie

Christian Koller

Das hundertjährige Jubiläum der „Völkerschlacht“ bei Leipzig wurde in Deutschland während des ganzen Jahres 1913 an unzähligen Anlässen mit grossem Pomp gefeiert.<sup>1</sup> Die bis dahin grösste Feldschlacht der Moderne, bei der zwischen dem 16. und 19. Oktober 1813 die Truppen Napoleons gegen preussische, österreichische, russische und schwedische Armeen gekämpft hatten und von den rund 600'000 beteiligten Soldaten etwa 90'000 getötet oder verletzt worden waren, erschien dem offiziellen Deutschland und breiten Bevölkerungskreisen als Moment der nationalen Wiedergeburt und Ausgangspunkt des Aufstiegs zur Gross- und Weltmacht. Ihren Höhepunkt erlebte die nationalistische Euphorie am 18. Oktober 1913 mit der in Anwesenheit Kaiser Wilhelm II. vollzogenen Einweihung des Völkerschlachtdenkmals in Leipzig. Kritik an den Feierlichkeiten, in deren Kontext auch für die kostspieligste Rüstungsvorlage in der Geschichte des Deutschen Reiches geworben wurde, kam von linksliberaler sowie vor allem von sozialdemokratischer Seite.<sup>2</sup>

Ich werde im Folgenden untersuchen, inwiefern die sozialdemokratischen Reaktionen auf die Völkerschlachtfeiern ein Gegenarrativ zu den dominanten nationalistischen und militaristischen Diskursen darstellten: Wie interpretierte die Sozialdemokratie die antinapoleonischen Kriege und die in ihnen errungene „Befreiung“ Deutschlands von der „Fremdherrschaft“? Wie stellte sie sich zur deutschen Nation im Besonderen und zum Nationalismus und Denken in nationalstaatlichen Katego-

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu Wolfram Siemann, Krieg und Frieden in historischen Gedenkfeiern des Jahre 1913, in: Dieter Düding [u.a.] (Hg.), *Öffentliche Festkulturen: Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg*, Reinbek 1988, S. 298-320; Steffen Poser, Die Jahrhundertfeier der Völkerschlacht und die Einweihung des Völkerschlachtdenkmals zu Leipzig, in: Katrin Keller (Hg.), *Feste und Feiern. Zum Wandel städtischer Festkultur in Leipzig*, Leipzig 1994, S. 196-213; Hans-Dieter Schmid, Völkerschlachtdenkmal, Völkerschlachtgedenken und deutsche Freimaurerei im Jubiläumsjahr 1913, in: Marlis Buchholz [u.a.] (Hg.), *Nationalsozialismus und Region. Festschrift für Herbert Obenaus*, Bielefeld 1996, S. 355-379. Grundsätzlich zur „Völkerschlacht“ als „lieu de mémoire“: Kirstin A. Schäfer, Die Völkerschlacht, in: Etienne François, Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 2, München 2001, S. 187-201.

<sup>2</sup> Vgl. W. Siemann, *op. cit.*, S. 314-316; Geoff Eley, *Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland*, München 1991, S. 56.

rien im Allgemeinen? Und war die Kritik an den Völkerschlachtfeierlichkeiten durch eine fundamentalpazifistische Ablehnung von Kriegen aller Art motiviert oder lediglich durch Opposition gegen den zeitgenössischen Militarismus, die rasante Aufrüstung und die chauvinistische Kriegsrhetorik?

Insgesamt soll geprüft werden, ob die sozialdemokratischen Reaktionen auf die Völkerschlachtfeiern vom Geist des Basler Friedenskongresses von 1912 geprägt waren oder bereits auch auf die Bewilligung der Kriegskredite durch die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) vom August 1914 hinwiesen. In einem ersten Teil werde ich die Völkerschlachtfeiern des Jahres 1913 knapp vorstellen. Sodann gehe ich auf den Stellenwert der Memoria an die napoleonische Zeit und die so genannten „Freiheitskriege“ im sozialdemokratischen Schrifttum vor 1913 ein, um schliesslich in einem dritten Teil die sozialdemokratischen Reaktionen auf die Feierlichkeiten von 1913 zu analysieren.

### Die Völkerschlachtfeiern von 1913

Praktisch das ganze Jahr 1913 stand im Deutschen Reich im Zeichen von Feierlichkeiten, die direkt oder indirekt mit dem Gedenken an die antinapoleonischen Kriege und die Völkerschlacht bei Leipzig zusammenhingen. Wolfram Siemann, der diesen Festzyklus in einem instruktiven Aufsatz analysiert hat, sieht in den Feierlichkeiten ein wesentliches Element der emotionalen und ideologischen Mobilisierung breiter Bevölkerungskreise, die einige Monate darauf in die Kriegsbegeisterung vom Sommer 1914 gemündet sei.<sup>3</sup> Parallel dazu stand das Jahr 1913 auch im Zeichen der kostspieligsten Rüstungsvorlage in der Geschichte des Deutschen Reiches, die einen einmaligen Wehrbeitrag von über einer Milliarde Reichsmark, jährliche laufende Kosten von 180 Millionen sowie die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres von 544'000 auf 661'000 Mann vorsah.<sup>4</sup> In verschiedenen Festreden wurde die deutsche Bevölkerung auf diese finanziellen Opfer eingestimmt, die von der Regierung mit Bezugnahme auf 1813 gerechtfertigt wurden.

Die Feierlichkeiten knüpften an das Narrativ von „Fremdherrschaft“ und „Befreiung“ an, das in der politischen Erinnerungskultur Deutschlands seit dem frühen 19. Jahrhundert eine wichtige Rolle gespielt hatte.<sup>5</sup> Die Zeit der so genannten „Fremdherrschaft“ zwischen der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt 1806 und der „Völkerschlacht“ bei Leipzig erschien in diesem Narrativ als Tiefpunkt der deutschen Nationalgeschichte, zugleich aber als Tendenzwende von einem Jahrhunderte

<sup>3</sup> W. Siemann, *op. cit.*, S. 298.

<sup>4</sup> *Ibid.*, S. 313. Generell zur deutschen Aufrüstung dieser Zeit: Stig Förster, *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890–1913*, Stuttgart 1985.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Christian Koller, *Fremdherrschaft. Ein politischer Kampfbegriff im Zeitalter des Nationalismus*, Frankfurt a. M./ New York 2005, S. 193–231; ders., Defeat and Foreign Rule as a Narrative of National Rebirth – The German Memory of the Napoleonic Period in the Nineteenth and Early Twentieth Centuries, in: Jenny Macleod (Hg.), *Defeat and Memory: Cultural Histories of Military Defeat in the Modern Era*, Basingstoke 2008, S. 30–45.

langen Niedergang zum Wiederaufstieg zu nationaler Grösse. Metaphorisch wurde diese mythologische Erzählung mit Begriffen wie „Wiedergeburt“,<sup>6</sup> „Erwachen“,<sup>7</sup> „Lehrjahre“,<sup>8</sup> „Sühnung“,<sup>9</sup> „Bluttaufe“,<sup>10</sup> „Zeit der Prüfung“,<sup>11</sup> „Läuterung“<sup>12</sup> oder „innere Gesundung“<sup>13</sup> plausibilisiert. Während es bis 1871 bei grundsätzlicher Anerkennung dieses Narrativs zuweilen zu heftigen Debatten zwischen Liberalen und Konservativen darüber gekommen war, wie gross das Wegstück sei, das man bis zur Wiedergutmachung nationaler Grösse bereits zurückgelegt habe, verblassten diese Differenzen nach der Reichsgründung zunehmend. Noch 1913 wurde indessen neben sozialdemokratischer auch linksliberale Kritik am dominanten Narrativ und seiner tagespolitischen Instrumentalisierung laut, die von Konservativen und National-liberalen fast einmütig getragen wurde.

Der Festzyklus war denn auch geprägt von militärischen Aufmärschen und Reden, die Parallelen zwischen der Zeit der „Freiheitskriege“ und der Gegenwart zogen.<sup>14</sup> Er begann bereits am 27. Januar 1913 mit der Feier des Kaisergeburtstags in Berlin und setzte sich am 5. Februar fort mit einer Feier in Königsberg aus Anlass des hundertjährigen Jubiläums der Zusammenkunft der ostpreussischen Landstände, auf der die Aufstellung einer gegen Napoleon gerichteten ostpreussischen Landwehr beschlossen worden war. Anlässlich dieser Feier beschwor Wilhelm II. in seiner Festrede mit Blick auf die aktuelle Aufrüstung das „Vorbild unserer Väter“.<sup>15</sup>

Vier Tage darauf fand die Säkularfeier der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin wiederum in Anwesenheit des Kaisers statt, dem vom Festredner, dem Historiker und Treitschke-Schüler Dietrich Schäfer, zugerufen wurde: „Sollte Gott wollen, dass Eure Majestät an der Spitze des deutschen Heeres ins Feld ziehen müssten, Deutschlands Rechte und Deutschlands Ehre zu wahren, so würde auch die akademische Jugend von heute mit Körner beten: ‚Zum Leben, zum Sterben segne mich!‘

<sup>6</sup> Vgl. zum Beispiel J.[ohann] G.[eorg] A.[ugust] Wirth, *Die Rechte des deutschen Volkes*, [o. O.] 1838, S. 106; Theodor Rohmer, *Deutschlands Beruf in der Gegenwart und Zukunft*, Zürich/ Winterthur 1841, S. 51; *Deutsche Zeitung*, 19. März 1848; Johann Gustav Droysen, *Vorlesungen über das Zeitalter der Freiheitskriege*, Bd. 1, Gotha 1886, S. 10-11; K.[arl] Th.[eodor] Heigel, *Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs d. Gr. bis zur Auflösung des alten Reichs*, Bd. 1, Stuttgart 1899, S. V; Gerhard Ritter, *Die preussischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858–1876*, Heidelberg 1913, S. 2; *Kölnische Zeitung*, 18. Oktober 1913.

<sup>7</sup> Vgl. zum Beispiel J. G. Droysen, *op. cit.*, S. 10-11.; Richard Schwemer, *Restauration und Revolution. Skizzen zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Einheit*, Leipzig 1902, S. 15-16.

<sup>8</sup> Vgl. zum Beispiel Franz Otto, Ed. Grosse (Hg.), *Vaterländisches Ehrenbuch. Grosse Tage aus Preussens und Deutschlands Geschichte. Gedenkbuch an die glorreichen Jahre 1813 bis 1815*, Berlin/ Leipzig 1870, S. 38.

<sup>9</sup> Vgl. zum Beispiel *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 11. Mai 1848.

<sup>10</sup> Ibid.

<sup>11</sup> Vgl. zum Beispiel *Allgemeine Zeitung*, 25. Oktober 1863.

<sup>12</sup> Vgl. zum Beispiel *Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, XI. Legislaturperiode, II. Session 1905/1906*, Bd. 1, Berlin 1906, S. 241.

<sup>13</sup> Vgl. zum Beispiel *Germania*, 8. März 1913.

<sup>14</sup> Vgl. W. Siemann, *op. cit.*, S. 300-309.

<sup>15</sup> Zitiert nach W. Siemann, *op. cit.*, S. 313.

Vater, ich preise Dich.“<sup>16</sup> Ähnliche Töne fanden sich auch in der Festrede des vom 13. bis 16. Mai in Gotha abgehaltenen Turnfestes der Deutschen Hochschulen:

„Die Geschichte bewegt sich in Kreisen; sie scheint das grosse Spiel vor 100 Jahren wiederholen zu wollen. Wir haben in den letzten Jahren mehr als einmal das Gefühl gehabt, als ständen wir am Vorabend eines Weltkrieges, wie vor 100 Jahren, eines Krieges, in dem wir noch einmal um unsere Existenz werden ringen müssen.“<sup>17</sup>

Vom 8. bis 17. Juni wurde dann das fünfundzwanzigjährige Thronjubiläum Wilhelm II. begangen. Obwohl Wilhelm nicht zuletzt auch als „Friedenskaiser“ inszeniert wurde,<sup>18</sup> fanden sich an diesen Feierlichkeiten ebenfalls viel militärischer Pomp und martialische Ansprachen.

Ein weiterer Jahreshöhepunkt war das zwischen dem 12. und dem 16. Juli in Leipzig ausgetragene zwölfte Deutsche Turnfest mit 17'000 aktiven Turnern, 72'000 offiziellen Festteilnehmern und insgesamt an die 200'000 Zuschauern. Den Charakter dieser Veranstaltung bringt die folgende Beschreibung eines Augenzeugen zum Ausdruck:

„Ein unbeschreibliches Bild: 104 Stirnreihen mit rund 165 Mann Tiefe harren des Winkes zum Beginn der Übungen. Und wie diese klappen, keiner fällt störend auf; und als die Übungen beendet und das ‚Deutschland, Deutschland über alles‘ erscholl, da war es nicht nur der grossartige turnerische Eindruck, der die Seele packte, nein, jeder fühlte mit freudigem Stolz: Civis Germanus sum!“<sup>19</sup>

Die Deutsche Turnerschaft, deren Entwicklung im ganzen 19. Jahrhundert eng mit der Geschichte des deutschen Nationalismus verknüpft war und die in der zweiten Jahrhunderthälfte zu einer wichtigen Sozialisationsinstanz des Massennationalismus und auch Militarismus avanciert war, verfügte zu diesem Zeitpunkt über 11'100 Vereine mit mehr als 1,1 Millionen Mitgliedern. Sie sollte, wie noch auszuführen sein wird, auch bei der Einweihung des Völkerschlachtdenkmals eine wichtige Rolle spielen. Im Kontext unserer Fragestellung ist es nicht uninteressant, dass sich sozialdemokratisch beeinflusste Turnvereine bereits 1893 in einem eigenen „Arbeiter-Turnerbund“ zusammengeschlossen hatten, der den Aktivitäten des Jahres 1913 jedoch fern blieb.

Am 25. August 1913 fand eine Jahrhundertfeier in der Befreiungshalle auf dem Michelsberg oberhalb der Stadt Kehlheim in Niederbayern statt. Dieses monumentale Bauwerk war bereits 1863 anlässlich des 50. Jahrestags der „Völkerschlacht“ vollendet worden. Hauptredner dieser Veranstaltung war Prinzregent Ludwig von

---

<sup>16</sup> Zitiert nach *ibid.*, S. 309.

<sup>17</sup> Zitiert nach *ibid.*, S. 307.

<sup>18</sup> *Ibid.*, S. 299.

<sup>19</sup> Zitiert nach *ibid.*, S. 307. Vgl. auch «Das XII. Deutsche Turnfest in Leipzig», in: *Gartenlaube* 60 (1913), S. 647-648.

Bayern, der in seiner Ansprache auf den Zweibund von 1879, also das österreichisch-deutsche Bündnis, Bezug nahm und dieses als Erneuerung der antifranzösischen Waffenbrüderschaft von 1813 bezeichnete. Ein Festtelegramm Kaiser Franz Josephs bestätigte diesen Eindruck noch zusätzlich.

Den Höhepunkt der Feierlichkeiten stellte dann die Einweihung des Völkerschlachtdenkmal in Leipzig am 18. Oktober dar. Der 91 Meter hohe Monumentalbau wurde 1913 nach fünfzehnjähriger Bauzeit vollendet.<sup>20</sup> Im Verlauf des 19. Jahrhunderts hatte es immer wieder Pläne zur Errichtung eines Denkmals in Leipzig gegeben, diese hatten sich indessen nie konkretisiert. In Sachsen, das 1813 auf der Seite Napoleons gestanden hatte, herrschte begrifflicherweise wenig Enthusiasmus für eine Gedenkstätte an die eigene Niederlage, die empfindliche territoriale Verluste nach sich gezogen hatte. Erst der 1894 gegründete „Deutsche Patriotenbund zur Errichtung eines Völkerschlachtdenkmal bei Leipzig“ trieb das Projekt entschlossen voran. Im Jahre 1898 erfolgte die Grundsteinlegung. Finanziert wurde der Bau durch Spenden sowie eine spezielle Lotterie. Neben dem Patriotenbund zählten zu den Geldgebern etwa auch Schützen-, Gesang-, Militär-, Turn- und Radfahrervereine.

Im Vorfeld der Einweihung beteiligten sich 43'000 Turner aus allen Regionen Deutschlands an neun Haupt- und zahlreichen Nebenstaffetten nach Leipzig.<sup>21</sup> Die Konzeption sah vor, dass „alle deutschen Stämme [...] im Eilbotenlauf dem Kaiser einen Gruss des Volkes in Gestalt eines Eichenzweiges überbringen, der an einem geschichtlich bedeutsamen Ort geschnitten und von Mann zu Mann im Schnelllauf durch Deutschlands Gauen bis an die Stufen des Denkmals getragen wird.“<sup>22</sup> Die Strecken waren genau berechnet, so dass alle Gruppen ungefähr gleichzeitig eintrafen. Die Läufe symbolisierten die Einheit der Nation trotz der vielen regionalen beziehungsweise „stammesmäßigen“ Eigenheiten. Die in Anwesenheit des Kaisers stattfindende Einweihungsfeier war dann abermals von militaristischem Gepränge dominiert mit martialischen Ansprachen und in Reih und Glied paradierenden Verbindungsstudenten im Vollwuchs.

Insgesamt können die Feierlichkeiten des Jahres 1913 gleichsam als performative Bestätigung der Försterschen These vom „doppelten Militarismus“ des Wilhelminischen Reiches betrachtet werden.<sup>23</sup> Die Repräsentanten des repressiv-reaktionären, „aristokratischen“ Militarismus wirkten an den Feierlichkeiten ebenso mit wie die Kräfte des aggressiv-imperialistischen, „bürgerlichen“ Militarismus, die effektiv bei vielen Feiern tonangebend waren. Aussen vor blieb dagegen mit der Sozi-

---

<sup>20</sup> Vgl. zu Geschichte und Verwendungszwecken des Völkerschlachtdenkmal Stefan-Ludwig Hoffmann, *Sakraler Monumentalismus um 1900. Das Leipziger Völkerschlachtdenkmal*, in: Reinhart Koselleck, Michael Jeismann (Hg.), *Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne*, München 1994, S. 249-280; Katrin Keller, Hans-Dieter Schmid (Hg.), *Vom Kult zur Kulisse. Das Völkerschlachtdenkmal als Gegenstand der Geschichtskultur*, Leipzig 1995.

<sup>21</sup> Vgl. W. Siemann, *op. cit.*, S. 304-307; Christian Koller, «Gefühle der Verbundenheit in Blut und Rasse», in: *Die WochenZeitung*, Nr. 31, 29. Juli 2004, S. 12.

<sup>22</sup> Zitiert nach W. Siemann, *op. cit.*, S. 304.

<sup>23</sup> Vgl. S. Förster, *op. cit.*

aldemokratie diejenige politische Kraft, die bei den Reichstagswahlen im Vorjahr über ein Drittel der Stimmen erhalten hatte und damit die mit Abstand stärkste Partei war. Ihre Haltung gilt es im Folgenden zu analysieren.

### „Fremdherrschaft“ und „Freiheitskriege“ in der sozialdemokratischen Memoria

Die Memoria an die anti-napoleonischen Kriege war aufgrund der auf sie folgenden Restauration in oppositionellen Kreisen praktisch von Beginn weg bestenfalls ambivalent. Im Vormärz und während der 1848er Revolution wurden in der Publizistik dieser Kreise die Begriffe „Freiheitskriege“ beziehungsweise „Befreiungskriege“ häufig mit spöttischen Zusätzen wie „sogenannt“ oder „glorreich“ versehen.<sup>24</sup> Und Ludwig Börne monierte im Jahre 1832, der Krieg, „den sie *Befreiungskrieg* genannt“, habe „nichts befreit, als unsere Fürsten von den Banden, in welche die grosse, mächtige und erhabene Leidenschaft eines Helden ihre kleinen schwachen und verächtlichen Leidenschaften geschmiedet“.<sup>25</sup>

Diese Sichtweise übernahm auch die sich herausbildende Sozialdemokratie. Bereits 1849 setzte Karl Marx in der ‚Neuen Rheinischen Zeitung‘ den Begriff „Befreiungskrieg“ in Anführungs- und Schlusszeichen, da es sich dabei seines Erachtens „um weiter nichts handelte als um die Unterdrückung der Französischen Revolution und die Herstellung der alten Wirtschaft von Gottes Gnaden“.<sup>26</sup> Aus der Perspektive des historischen Materialismus erschien die den anti-napoleonischen Kriegen vorangehende „Fremdherrschaft“ entgegen den sonst üblichen Interpretationen als ein Durchgangsstadium auf dem Weg des Fortschrittes, eine Übertragung der Französischen Revolution auf Deutschland und ein, wenn auch unvollständiger Ersatz für eine eigene bürgerliche Revolution. Marx und Engels betonten diese Sichtweise in den 1840er Jahren in mehreren Publikationen, indem sie zum einen das Deutschland der vornapoleonischen Zeit als einen „Augiasstall“ bezeichneten, der vom Kaiser der

---

<sup>24</sup> Vgl. zum Beispiel Friedrich Murhard, *Das Recht der Nationen zur Erstrebung zeitgemässer, ihrem Kulturgrade angemessener Staatsverfassungen*, Frankfurt a.M. 1832, S. 311; Macht euch bereit. Ein Wort an das deutsche Volk, Herisau 1846, S. 6; Karl Marx, Friedrich Engels, «Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten [1846]», in: *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Bd. 3, S. 9-530, hier S. 46; «Russland und der Krieg mit Deutschland», in: *Allgemeine Zeitung*, Nr. 174, 22. Juni 1848, S. 2776-2777.

<sup>25</sup> Ludwig Börne, *Gesammelte Schriften*, Bd. 11, Hamburg/ Frankfurt a. M. 1862, S. 34.

<sup>26</sup> [Karl Marx,] «Deutschland», in: *Neue Rheinische Zeitung*, Nr. 294, 10. Mai 1849, S. 1-3, hier S. 1. Anführungsstriche verwendete 1862 etwa auch Moses Hess in seiner frühzionistischen Schrift Rom und Jerusalem (Moses Hess, *Rom und Jerusalem. Die letzte Nationalitätenfrage* [1862], Wien/ Berlin 1919, S. 44, 222 und 224).

Franzosen gereinigt worden sei,<sup>27</sup> und zum anderen das Wirken Napoleons als „dringend notwendig“<sup>28</sup> klassifizierten.

Diese Sichtweise tauchte später im sozialdemokratischen Schrifttum immer wieder auf. August Bebel bemerkte 1879 in seinem Bestseller ‚Die Frau und der Sozialismus‘:

„Speziell die französische Fremdherrschaft hatte für Deutschland die Wirkung einer Revolution: sie stürzte das Alte, Abgelebte oder beschleunigte, wie in Preussen, seinen Sturz. Und was auch immer in der Reaktionsperiode nach 1815 versucht wurde, um das Rad der Zeit wieder zurückzudrehen, das Neue war zu mächtig geworden und blieb schliesslich Sieger.“<sup>29</sup>

Nach der Jahrhundertwende befasste sich Franz Mehring 1906 anlässlich des hundertsten Jahrestags der Schlacht bei Jena und Auerstedt ausführlich mit der Thematik. Bei ihm erschien die französische „Fremdherrschaft“ in einem zwiespältigen Licht. Einerseits betonte auch er ihre modernisierende Wirkung:

„So wie die damaligen Junker waren, so mussten sie sein, dank der furchtbaren Fäulnis, worin der altpreussische Staat verkam. Wenn es kein Bürgertum gab, das ihr Rückgrat brach, so dienten sie wider ihren Willen dem historischen Fortschritt, indem sie durch ihre treulose und verräterische Politik eine Fremdherrschaft heraufbeschworen, die als solche ein historischer Fortschritt war.“<sup>30</sup>

Allerdings vermochte die „Fremdherrschaft“ in Mehrings Deutung die Rolle einer bürgerlichen Revolution nur unvollständig auszufüllen, so dass Deutschland immer noch „an dem Fluche [trug], dass fremde Hilfe sie von dem feudalen Joche befreien musste. Hätte sie es aus eigener Kraft vermocht, sie hätte sicher so gründliche Arbeit gemacht wie die französische Nation. So aber blieb es ein halbes Werk [...]“.<sup>31</sup>

So entfaltete sich nach Mehrings Auffassung „eine Wechselwirkung der unheilvollsten Art“:

„Erst durch den unerträglichen Druck der Fremdherrschaft waren die Junker zu bürgerlichen Reformen zu zwingen, aber ebendieser Druck gab ihnen wieder das Heft in die Hand, indem er ihnen möglich machte, den

<sup>27</sup> K. Marx, F. Engels, *op. cit.*, S. 179; [Friedrich Engels,] «Deutscher Sozialismus in Versen und Prosa» [*Deutsche Brüsseler-Zeitung*, Nr. 73, 12. September 1847], in: *MEW*, Bd. 4, S. 207-247, hier S. 233.

<sup>28</sup> Friedrich Engels, «Deutsche Zustände Brief I» [*The Northern Star*, Nr. 425, 25. Oktober 1845], in: *MEW*, Bd. 2, S. 564-570, hier S. 568-569.

<sup>29</sup> August Bebel, *Die Frau und der Sozialismus*, mit einem einleitenden Vorwort von Eduard Bernstein [1929], Bonn 1994, S. 112.

<sup>30</sup> Franz Mehring, Jena und Tilsit. Ein Kapitel ostelbischer Junkergeschichte (1906), in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 6, hg. von Thomas Höhle [u.a.], Berlin [Ost] 1976, S. 7-151, hier S. 147-148. Vgl. auch *ibid.*, S. 149. Ähnlich: «Der preussische Zusammenbruch von 1806. II», in: *Vorwärts*, Nr. 240, 14. Oktober 1906, S. 5.

<sup>31</sup> Franz Mehring, Jena (3. Oktober 1906), in: ders., *Gesammelte Schriften*, hg. von Thomas Höhle et al., Berlin [Ost] 1976, S. 160-163, hier S. 161.

Groll und Zorn der Bevölkerungsmassen gegen die fremden Eroberer zu kehren. Weissgeblutet, wie die städtische und namentlich die bäuerliche Bevölkerung seit Jahrhunderten durch ihre einheimischen Bedränger war, hatte ihr Elend einen so hohen Grad erreicht und sie geistig so abgestumpft, dass sie den historischen Zusammenhang der Dinge nicht begriff und auch unmöglich begreifen konnte. Kaum waren durch die Aufhebung der Erbuntertänigkeit und die Einführung einer Städteordnung ihre Ketten erleichtert und die Anfänge eines nationalen Bewusstseins erweckt worden, als sie sich durch trügerische Versprechungen der Junker in den Kampf gegen den auswärtigen Feind treiben liess, nach dessen Überwindung ihr dann mit Lug und Trug gedankt wurde, mit einer Erneuerung der Junkerherrschaft, die von allen Reformen nur so viel schonte, als notwendig war, um sich selbst wieder auf feste Grundlagen zu stellen.“<sup>32</sup>

Kurt Eisner interpretierte in seinem 1907 publizierten Werk ‚Das Ende des Reiches‘ die napoleonische Herrschaft über Deutschland ähnlich wie Mehring, sah sie indes positiver als dieser. Für Eisner war Napoleon nicht „der ehrgeizige, nimmersatte Welteroberer, der ränkevolle Korse, die Geißel der Menschheit, und wie die englische und ostelbisch-zaristische Legende Bonaparte sonst genannt haben mag“, vielmehr erschien ihm die Französische Revolution und Napoleon als „die erfolgreichsten Vorkämpfer der deutschen Einheit“:

„Seit den Revolutionskriegen wurde unter den aus dem dreissigjährigen Kriege übernommenen dreihundert deutschen weltlichen und geistlichen Vaterländern gründlich aufgeräumt. Der Rheinbund ward, indem er das alte Deutsche Reich auflöste, eine Keimzelle des neuen Deutschland. Die Schaffung des Königreichs Westfalen riss das Elbe-Weser-Gebiet aus dem Joch des alten zersplitterten Feudalismus. [...] Aber Napoleon hat nicht nur im Westen Deutschlands den alten Feudalismus revolutioniert, er hat ihn auch dort, wo er weiterlebte, in all seiner Schande entlarvt.“<sup>33</sup>

So habe die „Zerstörung des alten Deutschen Reiches durch die Französische Revolution und ihre zäsaristische Verbürgerlichung [...] freie Bahn für eine bürgerlich-industrielle Entwicklung [sic!]“ geschaffen.<sup>34</sup> Mit den „Freiheitsvernichtungskriegen 1813/15“ habe sich dann aber eine „Wiedergeburt des deutschen Absolutismus“ ereignet; „die Fortschritte, die 1806 für Deutschland und Preussen dank Napoleon ermöglicht wurden, wurden gehemmt. Die wirtschaftliche Entwicklung [sic!] Deutschlands wurde um ein halbes, die politische um ein ganzes Jahrhundert zurückgehalten. Wir spüren noch heute die Niederlage Bonapartes.“<sup>35</sup>

<sup>32</sup> Ibid. Vgl. auch ders., «Jena und Tilsit», *op. cit.*, S. 148-149, sowie ders., «Deutsche Geschichte vom Ausgange des Mittelalters (1910/11)», in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 5, hg. von Thomas Höhle, Berlin [Ost] 1975, S. 3-216, hier S. 92-93.

<sup>33</sup> Kurt Eisner, *Das Ende des Reichs. Deutschland und Preussen im Zeitalter der grossen Revolution*, Berlin 1907, S. 342, 343-344.

<sup>34</sup> Ibid., S. 347.

<sup>35</sup> Ibid., S. 346-347.

## Sozialdemokratische Reaktionen auf die Feiern von 1913

In popularisierter Form tauchten solche Positionen auch in der sozialdemokratischen Presse immer wieder auf. Im Jubiläumsjahr 1913 wurden sie dann regelmässig wiederholt, allerdings mit gewissen Akzentverschiebungen. Bereits im Februar betonte der Berliner ‚Vorwärts‘ unter dem Titel ‚Jubiläumsbyzantiner‘, das Jahr 1806 habe, „die Junker in den Graben gestürzt, das Jahr 1813 hob sie wieder auf den Sattel“.<sup>36</sup> Zwei Wochen darauf verschob dann ein weiterer Artikel in derselben Zeitung den Fokus der Argumentation in bemerkenswerter Weise. Unter dem Titel ‚Ein kleines Geschlecht über eine grosse Zeit‘ monierte der ‚Vorwärts‘, die „Freiheitskriege“ seien

„von den Helden des Jahres 1813 nicht geführt worden als Fürstenbefreiungskriege oder lediglich als nationale Auflehnung gegen einen fremden Eroberer, sondern als Kämpfe zur nationalen Erneuerung des Volkes und zur politischen und sozialen Befreiung der Volksgenossen. Das Joch des Korsen wollte das preussische Volk nicht abschütteln, um sich dafür wiederum unter das Joch der angestammten Dynastie beugen zu lassen [...]“.<sup>37</sup>

Angesichts der als „kläglicher Festspuk“ titulierten Erinnerungsfeiern sei es „doppelte Pflicht der Erbin der demokratischen und sozialen Ideale des dereinst mannhaft aufstrebenden Bürgertums, der Sozialdemokratie, auch hier nochmals des *wirklichen Inhalts* der Freiheitskriege zu gedenken.“<sup>38</sup>

Auf dem Höhepunkt der Feierlichkeiten Mitte Oktober wiederholte der ‚Vorwärts‘, das „Volk in Waffen“ habe 1813 „den einen Fremdherrscher zu Boden“ gerungen, „um sich schliesslich eine andere Fremdherrschaft aufzuladen“.<sup>39</sup> Deutschlands Fürsten hätten, „vom Drucke des Korsen befreit, [...] Deutschlands Volk in schmähhchere Knechtschaft als je zurückgepfercht“.<sup>40</sup> Am 19. Oktober 1913 organisierte die SPD unter dem Motto „Völkerschlacht und Völkertrug“ allein in und um Berlin 34 Massenveranstaltungen,<sup>41</sup> an denen die Perversion des anti-napoleonischen Kampfes zu „Fürstenbefreiungskriege[n]“ kritisiert wurde.<sup>42</sup>

Die Instrumentalisierung der Völkerschlachtfeierlichkeiten zur Stimmungsmache für die kostspieligste Rüstungsvorlage in der Geschichte des Wilhelminischen Reiches entging den sozialdemokratischen Kritikern natürlich nicht und wurde in Reden und Schriften zuweilen in scharfen Tönen angeprangert. Eine anonyme sozialdemokratische Flugschrift mit dem Titel ‚Dichtung und Wahrheit über 1813‘, die im April 1913 in Berlin herauskam, spottete etwa: „Gerade dieser Jubiläumswein

<sup>36</sup> «Jubiläumsbyzantiner», in: *Vorwärts*, Nr. 49, 27. Februar 1913, S. 1.

<sup>37</sup> «Ein kleines Geschlecht über eine grosse Zeit», in: *Vorwärts*, Nr. 59, 11. März 1913, S. 1.

<sup>38</sup> Ibid., Hervorhebung im Original.

<sup>39</sup> «Die Leipziger Fürstenfeier», in: *Vorwärts*, Nr. 271, 16. Oktober 1913, S. 5.

<sup>40</sup> «Fünf Jahre», in: *Vorwärts*, Nr. 275, 20. Oktober 1913, S. 1.

<sup>41</sup> Vgl. «Massen heraus», in: *Vorwärts*, Nr. 272, 17. Oktober 1913, S. 7 sowie ibid., Nr. 274, 19. Oktober 1913, S. 6; «Völkerschlacht und Völkertrug», in: *Vorwärts*, Nr. 275, 20. Oktober 1913, S. 2.

<sup>42</sup> «Volkskundgebung gegen Fürstenfeiern», in: *Vorwärts*, Nr. 274, 19. Oktober 1913, S. 1.

wird dem deutschen Volk zu dem sehr durchsichtigen Zweck kredenzt, eine Stimmung des allgemeinen Rausches zu erzeugen, in der dann die Riesen-Militärvorlage glatt angenommen [...] wird.“ Auch diese Schrift argumentierte indessen nicht fundamentalpazifistisch, sondern mass den antinapoleonischen Kriegen durchaus einen Sinn zu, allerdings nicht als klassen- und ständeübergreifender nationaler Befreiungskampf, sondern als „wichtiger Teil des politisch-sozialen Emanzipationskampfes des deutschen und besonders des preussischen Bürgertums“.<sup>43</sup>

Im Vergleich zu früheren sozialdemokratischen Äusserungen zum Themenkreis „Fremdherrschaft“, anti-napoleonische Kriege und „Völkerschlacht“ fallen vor allem drei Punkte auf: Erstens blieb die Hauptstossrichtung der Argumentation nach wie vor innenpolitisch, richtete sich gegen die Herrschenden der Gegenwart, die man mit den Fürsten des frühen 19. Jahrhunderts gleichsetzte, die die Früchte des Sieges in den anti-napoleonischen Kriegen im Allgemeinen und der „Völkerschlacht“ im Besonderen geerntet hatten. Zweitens positionierte man sich selber aber viel expliziter und konstruierte eine Kontinuität von den (ohne Ironie) als „Helden“ titulierten Kämpfern von 1813 zur gegenwärtigen Arbeiterbewegung als Trägerin des angeblich selben Fortschrittsgedankens, der schon die Soldaten der „Freiheitskriege“ beseelt habe. Damit verknüpft erfuhr drittens die Rolle der Französischen Revolution und des Kaisers der Franzosen eine Abwertung, indem die französische „Fremdherrschaft“ von der Ersatzrevolution zum „Joch“ degradiert wurde.

Damit lagen die sozialdemokratischen Stellungnahmen auf einer Linie mit über die traditionelle These von der „negativen Integration“<sup>44</sup> hinausgehender „konstruktiver“ Kritik und nationaler Loyalität der Arbeiterbewegung in Gesellschaft und Staat. Bernhard Neff hat diese am zentralen Beispiel der sozialdemokratischen Militärkritik analysiert, die sich zwischen 1890 und 1914 von zunächst fundamentaler Ablehnung des preussisch-deutschen Militärwesens zu einer zunehmend konstruktiven Detailkritik wandelte, die auf eine effizientere Landesverteidigung und eine Verbesserung der Situation des einfachen Soldaten im Sinne eines modernen „Volksheeres“ abzielte.<sup>45</sup>

Als anschauliches Beispiel, wie dabei auf 1813 rekurriert werden konnte, möchte ich eine Passage von Hugo Haases Reichstagsrede vom 7. April 1913 zitieren, in der er sich vehement gegen die gigantische Rüstungsvorlage der Regierung aussprach. Haase, zu diesem Zeitpunkt Mitvorsitzender der SPD, hatte seit seiner ersten Wahl in den Reichstag im Jahre 1897 immer wieder gegen den Militarismus angere-det und beim Basler Friedenskongress von 1912 eine bedeutende Rolle gespielt. Im August 1914 sollte er dann im Reichstag die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten begründen müssen, die er zuvor fraktionsintern abgelehnt hatte. Ab 1915 bekämpfte er den Kurs der SPD-Mehrheit immer offener und im April 1917 wurde

<sup>43</sup> Zitiert nach W. Siemann, *op. cit.*, S. 314.

<sup>44</sup> Vgl. Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkriegs*, Frankfurt a. M. 1973.

<sup>45</sup> Bernhard Neff, *„Wir wollen keine Paradedruppe, wir wollen eine Kriegstruppe ...“: Die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. 1890–1913*, Köln 2004.

er Vorsitzender der neu gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Selbst ein so entschlossener Kriegsgegner meinte im April 1913 im Reichstag, er und seine Genossen hätten „die allergrösste Bewunderung für die grossartige Volksbewegung“ des Jahres 1813. Dann fuhr er mit der rhetorischen Frage fort, ob „die Männer, [...] die Jünglinge, welche uns den Sieg erfochten, welche den fremden Eroberer zu Fall brachten, militaristisch geschult“ gewesen seien und replizierte auf einen spöttischen Zuruf von rechts, es habe sich wohl um Sozialdemokraten gehandelt: „Nun, Herr Kollege, wenn es damals nach dem Willen Ihrer Gesinnungsgenossen gegangen wäre, dann würde diese Tat niemals vollzogen worden sein.“ Schliesslich zitierte Haase noch anerkennend eine Aussage Hermann von Boyens, des preussischen Kriegsministers von 1814 bis 1819, die „eigentliche Stütze des Staates“ liege in den „ärmeren Klassen“, während viele Aristokraten, Beamten und Kaufleute 1813 vor der „bewaffneten Volksmenge“ ebenso sehr gezittert hätten wie „vor der möglichen Rache Napoleons“.<sup>46</sup>

### Fazit

Insgesamt waren die Feierlichkeiten des Jahres 1913, die im Oktober in der Einweihung des Völkerschlachtdenkmalts gipfelten, von nationalistischer und militaristischer Rhetorik und entsprechenden Inszenierungen geprägt, die stark auf die aktuelle internationale Lage rekurrierten und das Gedenken an die „Freiheitskriege“ nicht zuletzt zur Werbung für die gegenwärtigen Rüstungsanstrengungen nutzten. Die deutsche Sozialdemokratie opponierte gegen diese Feierlichkeiten heftig, das dabei formulierte Gegennarrativ war indessen primär innenpolitisch fokussiert und weder radikalpazifistisch noch wirklich internationalistisch. Nicht die „Völkerschlacht“ an und für sich wurde anders gedeutet als vom politischen Mainstream, sondern – und hierin befand sich die Sozialdemokratie ganz in der Tradition der frühliberalen Kritik – deren politische Konsequenzen, die restaurativ-aristokratische Kleinstaaterei anstelle eines erhofften liberal-konstitutionellen Nationalstaats. Besonders fällt auf, dass das sozialdemokratische Gegennarrativ von 1913 entgegen früheren Interpretationen die Bedeutung der französischen „Fremdherrschaft“ als Ersatzrevolution fallen liess, den Kampf gegen Napoleon somit grundsätzlich guthiess und die Arbeiterbewegung sogar explizit in der Kontinuität der durch die Restauration um die Früchte ihres Heldentums betrogenen Krieger von 1813 verortete. Damit formulierte die sozialdemokratische Kritik an den Jubiläumsfeierlichkeiten schwerlich ein Narrativ gegen Krieg und Nationalismus, sondern hatte, trotz ihrer vordergründigen Fundamentalopposition, auf dem Weg zwischen November 1912 und August 1914 bereits ein gutes Stück zurückgelegt.

---

<sup>46</sup> *Verhandlungen des Reichstags. XIII. Legislaturperiode. I. Session*, Bd. 289, Berlin 1913, S. 4523.

# Die revolutionären Massenaktionen gegen den Krieg in Deutschland, 1916-1918

Ottokar Luban

Die sozialistischen Parteien hatten sich auf dem Kongress der Zweiten Internationale von 1907 in Stuttgart verpflichtet, alle Kräfte einzusetzen, um einen Weltkrieg zu verhindern, und, falls es doch zum Kriegsausbruch kommen sollte, „für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.<sup>1</sup> Diese Antikriegsresolution war 1910 in Kopenhagen und 1912 in Basel bestätigt worden. Im Gegensatz dazu unterstützten fast alle sozialistischen Parteien der kriegsführenden Mächte ihre Regierungen nicht nur bei Kriegsausbruch, sondern die meisten auch in den Folgejahren.

Gegenüber der lange gepflegten Fachmeinung über die patriotische Haltung der deutschen Arbeiterschaft hat der Historiker Wolfgang Kruse 1993 in einer gründlichen Detailstudie nachgewiesen, dass in Deutschland das Protestpotential gegen den Krieg im Proletariat in den Augusttagen 1914 wesentlich grösser war, als in gängigen Historikerwerken dargestellt.<sup>2</sup> Doch hätte die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) deshalb noch nach Verhängung des Belagerungszustandes bei Kriegsausbruch zur Massenaktion gegen den Krieg aufrufen sollen?

Rosa Luxemburg, bekanntlich eine konsequente Kriegsgegnerin, die einen psychischen Zusammenbruch erlitt, als sie im August 1914 von der Kriegskreditbewilligung der SPD-Reichstagsabgeordneten erfuhr, sah solch eine Möglichkeit nicht. In ihrer ‚Junius-Broschüre‘, geschrieben im Frühjahr 1915, hielt sie mögliche Aufrufe des SPD-Parteivorstandes zum Massenstreik und zur Dienstverweigerung der Soldaten in der gegebenen Situation des Kriegsausbruchs und der ersten Kriegsmonate für verfehlt. Denn „[...] grosse Volksbewegungen werden nicht mit technischen Rezepten aus der Tasche der Parteiinstanzen inszeniert.“ Allerdings wäre es Aufgabe der sozialdemokratischen Führer gewesen, „*die politische Losung, die Klarheit über die politischen Aufga-*

---

<sup>1</sup> Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hg.), *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 1, Juli 1914-Oktober 1917, 2. durchges. Aufl., Berlin [Ost] 1958, S. 3.

<sup>2</sup> Wolfgang Kruse, *Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15*, Essen 1993.

ben und Interessen des Proletariats im Kriege“ zu verkünden.<sup>3</sup> Konkret hätte sich, nach Luxemburgs Auffassung, die SPD nach Kriegsausbruch gegen die Beschneidung der freiheitlichen Rechte unter dem Belagerungszustand wenden und die Republik fordern müssen.<sup>4</sup>

### Der Liebknechtstreik am 28. Juni 1916<sup>5</sup>

Es vergingen fast zwei Kriegsjahre, ehe es Ende Juni 1916 aus der linkssozialistischen Minderheit der Arbeiterbewegung heraus zum ersten politischen Massenstreik in Deutschland kam. „Eine fast allgemeine Überraschung“<sup>6</sup> – so der Vorsitzende der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft Hugo Haase – stellte eine kurze Streikserie am 28., 29. und 30. Juni 1916 mit 55'000 bzw. zweimal je 10'000 Beteiligten an jedem Streiktag in jeweils unterschiedlichen Berliner Rüstungsbetrieben dar. Gleichzeitig kam es zu Protestdemonstrationen der Streikenden vor dem Kommandanturgericht gegen den Liebknecht-Prozess wegen dessen Organisation einer relativ kleinen Friedenskundgebung am 1. Mai 1916, auch zu kleineren Demonstrationen bzw. Arbeitsniederlegungen in Stuttgart, Bremen und Braunschweig. Mit diesen Sympathiestreiks für den als Kriegsgegner bekannten Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht kam es zur ersten Massenaktion der Arbeiterschaft gegen den Krieg. Während es noch drei Wochen vorher den Behörden gelungen war, die Streikregungen in den Betrieben der Berliner Metallindustrie zu unterdrücken,<sup>7</sup> hatte jetzt, Ende Juni, der Prozesstermin des beliebten Arbeiterführers und opferbereiten Friedenskämpfers den Katalysator für die Auslösung der politischen Massenaktion gegeben. Die linken Vertrauensleute im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), später als „Revolutionäre Obleute“ bekannt geworden, griffen die Proteststimmung auf und organisierten zusammen mit der Spartakusgruppe (Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin) und der oppositionellen Berliner SPD-Organisation um den Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour die Friedensaktionen. Dieses Muster einer von der Basis kommenden proletarischen Massenbewegung gegen den Krieg, die von einer Koalition der gewerkschaftlichen Linken mit den beiden linkssozialistischen Parteigruppierungen aufgegriffen und in Handlung

<sup>3</sup> Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 4, August 1914 bis Januar 1919, 6. überarb. Aufl., Berlin 2000, S. 148-149. Hervorhebung im Original.

<sup>4</sup> *Ibid.*, S. 135, 147.

<sup>5</sup> Zu Einzelheiten des Streiks, siehe: Ottokar Luban, Spartakusgruppe, revolutionäre Obleute und die politischen Massenstreiks während des Ersten Weltkrieges, in: ders., *Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919*, Leipzig 2008, S. 132-137.

<sup>6</sup> Hugo Haase an den Reichstagsabgeordneten Alfred Gottschalk, 9. Juli 1916, in: Ernst Haase, *Hugo Haase. Sein Leben und Wirken, mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen*, Berlin [o. J.], S. 124.

<sup>7</sup> Polizeibericht vom 10. Juni 1916, in: Ingo Materna, Hans-Joachim Schreckenbach (Hg.), *Dokumente aus geheimen Archiven. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin*, Bd. 4, Weimar 1987, S. 130.

gen umgesetzt wurde, sollte noch bei weiteren politischen Massenaktionen in der Kriegs- und Revolutionszeit eine grosse Rolle spielen.

Zunächst hatten jedoch bei weiteren Kriegsgerichtsterminen Liebknechts am 23. August und 4. November 1916 (Verurteilung zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus) erneute Streikaufrufe der Spartakusgruppe keinen Erfolg. Denn die SPD-Führung um Ebert und Scheidemann entfachte eine riesige Antistreikpropaganda in ihren Medien und in Extra-Flugblättern. Vor allem wirkten sich die scharfen Verfolgungsmassnahmen der Polizei- und Militärbehörden stark dämpfend auf die Aktionsbereitschaft der Arbeiterschaft aus. Eine grosse Zahl von direkt oder indirekt am Streik Beteiligten wurde strafweise zur Armee einberufen. 29 linke Politiker und Gewerkschafter kamen in ‚Schutzhaft‘, darunter am 8. Juli 1916 Rosa Luxemburg, die erst durch die Novemberrevolution 1918 befreit wurde, und am 12. August 1916 für vier Monate der siebzijährige Parteihistoriker Franz Mehring. Zum Ergebnis dieser scharfen Repressionen stellte die Berliner Politische Polizei zufrieden fest: „Die Angst vor Inhaftierung und dem bunten Rock [also der Einberufung, O. L.] gibt den radikalen Hetzern keine rechte Gefolgschaft.“<sup>8</sup>

### Der Aprilstreik 1917<sup>9</sup>

Im Herbst und Winter 1916/17 nahmen die Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Heizmaterial und anderen Gütern des täglichen Bedarfs schnell zu. Die Kohlrübe musste als Hauptnahrungsmittel in allen Varianten erhalten. Brot wurde wegen Getreidemangels mit Stroh gestreckt. Ausreichend Fett und Fleisch konnten meist nur im Schleichhandel zu Preisen, die für den Normalverdiener nicht erschwinglich waren, beschafft werden.<sup>10</sup> Trotz dieser lang andauernden wirtschaftlichen Notlage kam lange Zeit keine Proteststimmung in der Arbeiterschaft auf, sondern es herrschten Fatalismus und Apathie vor. In der sich in den städtischen Gebieten Richtung Hungersnot entwickelnden Versorgungssituation wurde am Ausgang des langen, harten ‚Kohlrübenwinters‘ 1916/17 die Ankündigung einer Senkung der Brotration zum 15. April zum Auslöser für einen Massenstreik in Berlin und Leipzig mit einer wesentlich höheren Beteiligung als im Juni 1916. Zusätzliche Impulse für Aktionen mag die Februarrevolution in Russland geliefert haben.

Vom 16. bis 18. April 1917 streikten in Berlin über 200'000 Personen und bildeten teilweise Demonstrationzüge in Richtung Innenstadt. Da der redegewandte Anführer der Obleute Richard Müller zwei Tage vor Streikbeginn verhaftet worden war, beschränkten sich die Streikenden unter dem Einfluss der rechten Berliner Gewerkschaftsführer auf Forderungen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung. 25'000 setzten den Streik mit zusätzlichen politischen Forderungen nach Frieden ohne Annexionen, Demokratisierung und Aufhebung der politischen Repressionen

<sup>8</sup> Polizeibericht vom 31. Juli 1916, in: *ibid.*, S. 145, S. 149 (Zitat).

<sup>9</sup> Zu Einzelheiten des Streiks siehe: O. Luban 2008, *op. cit.*, S. 137-144.

<sup>10</sup> Volker Ullrich, *Die nervöse Grossmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreiches 1871-1918*, Frankfurt a. M. 1997, 458-459.

fort. Gleichzeitig kam es zu Arbeitsniederlegungen in Leipzig mit der beachtlichen Zahl von 30'000 Beteiligten, wobei hier vom ersten Streiktag an politische Forderungen nach Demokratisierung und nach einer Erklärung der Regierung zur Friedensbereitschaft „unter Verzicht auf jede offene oder versteckte Annexion“ erhoben wurden, sowie zu Streiks in Magdeburg und Kiel mit jeweils 10'000 Personen, ausserdem zu kleinen Streiks in weiteren Städten.<sup>11</sup> Damit waren zum ersten Mal während des Krieges überregional Massenstreiks ausgebrochen, von denen einige einen eindeutigen politischen Charakter aufwiesen.

Träger der Berliner Massenaktion im April 1917 war erneut der Kreis der oppositionellen Obleute des DMV. Dieser Kreis von oppositionellen ehrenamtlichen Funktionären und Vertrauensleuten im Berliner Verband des DMV, die alle in den Fabriken tätig und dort fest verankert waren, hatte sich bei den üblichen Gesprächen in Lokalen nach den offiziellen Sitzungen zusammen gefunden. Obwohl die Zusammensetzung im Laufe des Krieges durchaus etwas wechselte, war dies eine verschworene Gemeinschaft, die auf der Grundlage der in den Betrieben üblichen Kollegialität und Solidarität handelte.<sup>12</sup>

Die Streikbewegung war durch das Auftreten einer Reihe von Reichstagsabgeordneten der gerade im April 1917 neu gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) in den Betrieben und durch eine umfangreiche Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe intensiv unterstützt worden. Dagegen distanzieren sich die Führungen von SPD und Gewerkschaften vom Streik und warnen mit Argumenten wie im Juli 1916 eindringlich vor neuen Aktionen, ebenso wie Feldmarschall Hindenburg und der Chef des Kriegsamtes General Groener in patriotischen Appellen an die Bevölkerung.<sup>13</sup> Gleichzeitig setzten wie nach dem Liebknechtstreik scharfe Repressionen der Militärbehörden ein: „[...] einige tausend Arbeiter [...] der vorseitig genannten [der weiterstreikenden] Werke [wurden] zum Heere eingezogen.“<sup>14</sup>

---

<sup>11</sup> Landesarchiv Berlin [LArch Berlin], A Pr. Br., Rep. 030, Nr. 15839, Bl. 333. Zum gesamten Streikablauf: Richard Müller, *Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkrieges* [Reprint], Berlin 1974 [1924], S. 78-88; Willibald Gutsche (Hg.), *Deutschland im Ersten Weltkrieg, Januar 1915 bis Oktober 1917*, Bd. 2, 2. durchges. Aufl., Berlin [Ost] 1970, S. 678-690 (unter überdimensionierter Hervorhebung der Spartakusgruppe); Susanne Miller, *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974, S. 293-296 (Leipzig und Berlin); Ralf Hoffrogge, *Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution*, Berlin 2008, S. 43-46; Kurt Schneider, *Der politisch-ideologische Differenzierungsprozess in der Leipziger Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges*, Diss. phil. Karl-Marx-Universität Leipzig 1964, S. 192; Dokumente und Materialien, *op. cit.*, Bd. 1, S. 612 (Zitat).

<sup>12</sup> Dirk H. Müller, *Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918*, Berlin 1985, S. 265-307.

<sup>13</sup> Hermann Weber, Klaus Tenfelde, Klaus Schönhoven (Hg.), *Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert*, Bd. 1: Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914 – 1919, Köln 1985, S. 348-350 (Hindenburg und Groener).

<sup>14</sup> Polizeibericht vom 21. April 1917, in: I. Materna, Hans-J. Schreckenbach, *op. cit.*, S. 201.

## Der Munitionsarbeiterstreik im Januar/ Februar 1918<sup>15</sup>

Weder zum 1. Mai 1917 noch in den Folgemonaten gelang es den Linksozialisten, nochmals eine Massenstreikbewegung in Gang zu setzen. Die zur Strafe erteilten Einberufungen zum Heer und Verhaftungen vieler Aktivisten hatten erneut eine stark abschreckende und dämpfende Wirkung, ähnlich wie die permanenten Warnungen der Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschaften vor Friedensaktionen der Arbeiterschaft. Selbst als nach der russischen Oktoberrevolution mit der Machtübernahme durch die Bolschewiki am 7. November in St. Petersburg ein Angebot über Frieden ohne Annexionen und Kontributionen der neuen russischen Regierung vom 8. November 1917 vorlag, hatte ein Aufruf der USPD zu Sympathiedemonstrationen nur einen sehr begrenzten Erfolg. Denn erst einmal erschien es der Bevölkerung so, als ob ein baldiger Friede in Aussicht stünde. Umso enttäuschender für die deutsche Öffentlichkeit war es, als sich ab Ende Dezember 1917 der Friedensschluss mit Russland wegen der harten Haltung der kaiserlichen Regierung auf ungewisse Zeit verzögerte.

Jetzt traten Richard Müller und ein weiterer Obmann, Paul Blumenthal, Ende 1917 an den linken USPD-Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour sowie, getrennt davon, auch an den Spartakusführer Leo Jogiches heran, um zu beraten, wie man die zögerliche USPD-Reichstagsfraktion zu einem Streikaufruf bewegen könnte.<sup>16</sup> Nach langwierigen Beratungen beschloss der USPD-Parteivorstand zusammen mit dem Beirat und der Reichstagsfraktion in Anwesenheit der Betriebsobleute, mit den Namen aller USPD-Reichstagsabgeordneten als Unterzeichner im ganzen Reich einen Aufruf zu verbreiten, in dem die Arbeiterschaft zum Handeln aufgefordert wurde, ohne dass das Wort Streik erwähnt wurde.<sup>17</sup> Typisch für die Obleute war, dass sie hartnäckig und selbstbewusst bei den zunächst abblockenden USPD-Führern auf die Herausgabe eines Flugblattes der Partei zum Streik bestanden und sich dazu mit anderen Vertretern des linken Flügels (Ledebour, Jogiches) verbündeten. Denn die führenden Streikprotagonisten waren sich durchaus bewusst, dass ein Aufruf der USPD-Reichstagsfraktion – besonders überregional – eine besondere Wirkung haben würde, die durch bloße Mundpropaganda und eigene Flugblätter nicht erreicht werden konnte.

Der am 28. Januar 1918 in Berlin beginnende Massenstreik, wieder von den linken Betriebsobleuten organisiert, erfasste ca. 400'000 Personen, rückte die Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen in den Vordergrund und dauerte eine

---

<sup>15</sup> Zu Einzelheiten des Streiks siehe: O. Luban 2008, *op. cit.*, S. 144-157.

<sup>16</sup> Mündliche Befragung Paul Blumenthals durch den Verfasser am 14. September 1969. Nach Barth hatten R. Müller, Blumenthal und Paul Eckert seit November 1917 mit dem USPD-Vorstand wegen einer Massenaktion verhandelt. Nur die Reichstagsabgeordneten Ledebour und Herzfeld hätten positiv reagiert. (Emil Barth, *Aus der Werkstatt der deutschen Revolution*, Berlin 1919, S. 22).

<sup>17</sup> Zum gesamten Streikverlauf: R. Müller, *op. cit.*, S. 100-111; Interner Spartakusstreikbericht, in: Dokumente und Materialien, *op. cit.*, Bd. 2, S. 131-136; Joachim Petzold (Hg.), *Deutschland im Ersten Weltkrieg, November 1917 bis November 1918*, 2. durchges. Aufl., Berlin [Ost] 1970, S. 148-173; S. Miller, *op. cit.*, S. 371-381.

Woche. Es wurde ein Arbeiterrat mit dem Vorsitzenden Richard Müller und mehr als 400 Delegierten aus den Betrieben gebildet, sowie ein Aktionsausschuss als Streikleitung mit einer Arbeiterin, 10 Arbeitern (meist aus dem Kreis der Obleute) und je drei führenden Vertretern der USPD und SPD. Die Forderungen umfassten zuallererst einen Frieden ohne Eroberungen und Kriegsschädigungen, wobei Arbeitervertreter aller Länder zu den Verhandlungen hinzugezogen werden sollten, dann die Verbesserung der Lebensmittelversorgung, Aufhebung des Belagerungszustandes, Wiederherstellung des Vereinsrechts sowie der Meinungsfreiheit in Presse und auf Versammlungen, Unterlassung von Eingriffen der Militärbehörde in gewerkschaftliche Angelegenheiten (keine Versammlungsverbote), Aufhebung der Militarisation der Betriebe, Freilassung der politischen Gefangenen und „Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland“, zunächst in Preussen durch Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts und „Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen“.<sup>18</sup> Diese Forderungen, die vom Aktionsausschuss dem Reichskanzler vorgetragen werden sollten, zielten auf eine Veränderung der halbabsolutistischen Staatsform und beinhalteten damit einen quasi revolutionären Charakter.

Die Militärbehörde ging sofort massiv gegen die Streikenden vor. Alle Versammlungen wurden verboten, so dass die Kommunikation zwischen Aktionsausschuss und Arbeiterrat stark beeinträchtigt wurde. Viele Betriebe wurden unter militärische Leitung gestellt. Die Massenaktion nahm in Berlin zeitweise bürgerkriegsähnliche Formen bei Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei an, mit umgekippten Strassenbahnwagen als Barrikaden und einem getöteten Polizisten. In anderen Städten und Regionen wie in München, Kiel, Hamburg, Danzig, Magdeburg, Nürnberg, Fürth kam es ebenfalls zu grösseren, meist nur dreitägigen, Arbeitsniederlegungen mit Forderungen nach Frieden und Demokratie, so dass der Streik insgesamt ca. eine dreiviertel Million Personen erfasste. Die Massenaktion, ursprünglich als dreitägiger Demonstrationstreik gedacht, dehnte sich in Berlin auf fast eine Woche aus. Die gewünschten Verhandlungen des Streikkomitees mit Regierungsvertretern kamen nicht zustande, da die Regierung sich weigerte, Arbeiterräte zu empfangen. Die staatlichen Repressionen gegen die Streikenden übertrafen noch die nach den früheren Arbeitsniederlegungen. Viele Beteiligte wurden von Kriegsgerichten im Schnellverfahren zu Gefängnisstrafen verurteilt. „Fast alle revolutionären Obleute wurden zum Kriegsdienst eingezogen, dazu noch Tausende am Streik Beteiligte.“<sup>19</sup> So die Angabe des Streikführers Richard Müller, der erneut strafweise zur Armee musste und erst im September 1918 als Reichstagskandidat der USPD für eine

---

<sup>18</sup> Dokumente und Materialien, *op. cit.*, Bd. 2, S. 75.

<sup>19</sup> R. Müller, *op. cit.*, S. 111. Nach einem Bericht des Oberkommandos in den Marken vom 15. Februar 1918 wurden in Berlin und den Vororten 3'500 streikende Arbeiter strafweise eingezogen, davon 35 wieder als Soldaten zur Arbeit in ihre alte Fabrik geschickt, also letztere nicht an die Front, sondern nur Soldatenstatus und Sold statt Lohn (Bundesarchiv Berlin (BArch), R 1501, Nr. 12255, Bl. 243). Dort auch die Aussage: „Die vom Streik betroffenen Firmen waren aufgefordert worden, die Namen der Streikhetzer anzugeben.“

zum 15. Oktober angesetzte Nachwahl nach Berlin zurückkam. Die Massenaktion wurde von einer massiven Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe – acht Flugblätter mit einer Auflage von 25'000-100'000 – mit vorbereitet und begleitet, wobei die notwendige Finanzierung zu einem beträchtlichen Teil von linksbürgerlichen Pazifisten (Bund ‚Neues Vaterland‘) getragen wurde.<sup>20</sup>

Die Beteiligung der Mehrheitssozialdemokratischen Partei (MSPD), wie die regierungsloyale SPD nach der Abspaltung der USPD im April 1917 oft genannt wurde, war in erster Linie auf Druck ihrer eigenen Betriebsvertrauensleute (also nicht der oppositionellen Obleute) erfolgt. Damit hätte eine breite Front für einen Verständigungsfrieden und die Demokratisierung des wilhelminischen Staates entstehen können, die zusammen mit den pazifistischen Geldgebern für die Flugschriften bis ins linksbürgerliche Lager gereicht hätte. Doch schnell zeigte sich die Halbherzigkeit der MSPD-Führung. In einer Stellungnahme führte der Parteivorsitzende Friedrich Ebert am 15. Februar 1918 aus: Die Teilnahme an den Streikgremien sei erfolgt, weil die Mehrheitssozialdemokraten von ihren Anhängern im Arbeiterrat dazu gedrängt worden seien. „Uns kam es darauf an, den Streik baldigst zu einem geregelten Abschluss zu bringen, zumal er seinen Demonstrationzweck bereits erfüllt hatte.“<sup>21</sup> Inhaltlich bekannte sich Ebert zur Abschaffung des preussischen Dreiklassenwahlrechts und zu einem Verständigungsfrieden mit Russland, doch im Gegensatz zu diesem Versprechen lehnte er zusammen mit seiner Fraktion den Diktatfrieden von Brest-Litowsk im Reichstag nicht ab, sondern die MSPD enthielt sich der Stimme. Sehr deutlich – wenn auch leicht verlegen – distanzierte sich ebenfalls der MSPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Scheidemann auf einem Treffen mit den bürgerlichen Parlamentskollegen im informellen Interfraktionellen Ausschuss am 5. Februar vom Munitionsarbeiterstreik: „Der Str[eik] sei ihm selbst auch leid.“<sup>22</sup> Die Mehrheitssozialdemokratie entschied sich für die Beibehaltung des Bündnisses mit den bürgerlichen Kräften.

Eine ganz andere Haltung zeigte – in einem Privatbrief vom 15. Februar 1918 – der USPD-Vorsitzende Hugo Haase, der zuvor die deutsche Arbeiterschaft eigentlich nicht zu einer solchen Aktion für fähig gehalten hatte:

„Der politische Streik [vom Januar/ Februar 1918, O. L.] ist das grösste Ereignis in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse, und er wird dadurch nicht verkleinert, dass er ohne greifbaren Erfolg abgeschlossen ist. Ein so starker Opfersinn und Idealismus ist sehr lange nicht zu beobachten

---

<sup>20</sup> Interner Spartakusstreikbericht, in: Dokumente und Materialien, *op. cit.*, Bd. 2, S. 136 (Die Spartakusführung hatte ausserdem für die USPD den Druck einer Flugschrift übernommen); Ottokar Luban, Julius Gerson und Eduard Fuchs, die Spendensammler für die Flugschriftenagitation der Spartakusgruppe – Verbindungen zwischen Linkssozialisten und bürgerlichen Pazifisten, in: O. Luban 2008, *op. cit.*, S. 286-305.

<sup>21</sup> Dokumente und Materialien, *op. cit.*, Bd. 2, S. 116, 117 (Zitat).

<sup>22</sup> Erich Matthias (Hg.), *Der Interfraktionelle Ausschuss. 1917/18*, Bd. 2, Düsseldorf 1959, S. 197.

gewesen. Nie ging in Deutschland eine Massenbewegung unter so schwierigen Umständen vor sich wie diese.“<sup>23</sup>

### Von der Flaute der Massenbewegung bis zum erfolgreichen revolutionären Massenstreik im November 1918<sup>24</sup>

Auf Grund der besonders grossen Zahl von Einberufungen und Verhaftungen waren die revolutionären Kräfte (Obleute, USPD, Spartakusgruppe) nach dem Januarstreik 1918 monatelang erheblich geschwächt. Erst im Laufe des Frühsommers gelang es Richard Müllers Nachfolger Richard Barth, zusammen mit den bald hinzukommenden USPD-Politikern Ernst Däumig, dem amtierenden Parteisekretär, und dem schon bei früheren Aktionen sich in vorderster Front engagierenden Reichstagsabgeordneten Georg Ledebour, langsam das Netzwerk der revolutionären Obleute in Berlin und zu anderen Regionen wieder neu zu knüpfen und langfristig die nächste Massenaktion zu planen, diesmal nicht nur als politischen Massenstreik, sondern als eine von den Arbeitermassen getragene bewaffnete revolutionäre Erhebung zur Erreichung von Frieden und Demokratie. Die Bewaffnung sollte in erster Linie für die Auseinandersetzungen mit der als absolut kaisertreu eingeschätzten Polizei dienen, möglichst schon mit abschreckender Wirkung, und den streikenden und demonstrierenden Arbeitern das Gefühl der Wehrlosigkeit gegenüber der Polizei nehmen, die sie oft genug bei früheren Aktionen erfahren hatten. Bei den in Berlin stationierten Truppen hoffte man auf ein Überlaufen zu den Demonstranten. Diese Bewaffnung wurde als unabdingbare Voraussetzung für ein Gelingen des Massenaufstandes angesehen. Der Aufstandsplan sah Demonstrationen von den Betrieben in den Berliner Vororten in die Innenstadt vor, die alle von bewaffneten Arbeitern angeführt werden sollten, mit anschliessender Besetzung aller wichtiger Regierungsgebäude.<sup>25</sup> Als Termin für die revolutionäre Massenaktion hatten die Aufstandsplaner eigentlich den Januar 1919 ins Auge gefasst.<sup>26</sup>

Es sieht so aus, als ob die bekannte Finanzierung der Waffenkäufe durch die russischen Botschaft erst im Oktober 1918 erfolgte.<sup>27</sup> Denn ein erster intensiverer Kontakt der Obleute zu Vertretern der Bolschewiki ist höchstwahrscheinlich nicht früher als Mitte September 1918 zustande gekommen. Der bolschewistische Reprä-

<sup>23</sup> Hugo Haase an Elsa Haase, 10. Februar 1918, in: E. Haase, *op. cit.*, S. 157-158.

<sup>24</sup> Zu Einzelheiten der Periode vom März bis November 1918 siehe: O. Luban 2008, *op. cit.*, S. 157-171.

<sup>25</sup> E. Barth, *op. cit.*, S. 32-33.

<sup>26</sup> Das erfuhr der nach Holland desertierte Wilhelm Pieck bei einem illegalen Besuch in Berlin Mitte September 1918 von den Revolutionsplanern. Siehe: Jean-Claude Montant, *La propagande extérieure de la France pendant la Première Guerre Mondiale. Exemple de quelques neutres européennes*, Université Paris I Panthéon-Sorbonne, thèse pour le doctorat de l'état, Juin 1988, S. 1489.

<sup>27</sup> Vgl.: «Joffe gegen Barth und Haase», in: *Freiheit*, Jg. 1, Nr. 63, 19. Dezember 1918 (Morgenausgabe); Äusserungen Barths am 9. Dezember 1918 auf der Sitzung des Rats der Volksbeauftragten, in: Erich Matthias, Susanne Miller, Heinrich Potthoff (Hg.), *Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19*, Bd. 1, Düsseldorf 1989, S. 301-302.

sentant Piotr Stutschka besuchte nach einer parteiinternen USPD-Konferenz am 11. und 12. September 1918 auch eine Sitzung der revolutionären Obleute unter dem Vorsitz von Emil Barth und hatte sich dort „bedeutend mehr zu Hause gefühlt als auf der Parteikonferenz“.<sup>28</sup> Lenin hatte seit dem Eingeständnis der deutschen Niederlage durch die Oberste Heeresleitung (OHL) Ende September 1918 auf eine Revolution in Deutschland gesetzt und den Botschafter Joffe erneut dringend zur Unterstützung der deutschen Linken – auch finanzieller Art – aufgefordert.<sup>29</sup> Konkret wurde das Thema der Finanzierung von Waffen für die deutschen Revolutionäre von Joffe lediglich in persönlichen Briefen an Lenin vom 13. und 19. Oktober 1918 angesprochen, wobei er sich über den zu langsamen Fortgang der Bewaffnung aus technisch-organisatorischen Gründen und die Schwäche der Spartakusgruppe beklagte.<sup>30</sup>

Die Spartakusgruppe hatte bei den Massenaktionen vom Juni 1916, April 1917 und vom Januar, Februar 1918 mit den Obleuten kooperiert und mit einer massiven Flugblattagitatio die Streiks vorbereitet und begleitet. Doch Ende März 1918 wurde der fähige Spartakusführer Jogiches zusammen mit seiner Helfertuppe verhaftet, im August sein Nachfolger Karl Schulz, jeweils mit weiteren aktiven Anhängern. Nunmehr brach die Leitung der Obleute die Zusammenarbeit mit der Spartakusgruppe ab,<sup>31</sup> weil für die Obleute die Spitzelgefahr augenscheinlich zu gross zu sein schien. Erst nach der Rückkehr Liebknechts aus dem Zuchthaus am 23. Oktober nahmen Vertreter der Spartakusgruppe wieder an den Sitzungen der revolutionären Obleute teil, wie bereits seit Sommer 1918 die USPD-Politiker Däumig und Ledebour sowie ab Ende Oktober auch die USPD-Parteileitung. Nicht früher als gut zwei Wochen vor dem 9. November waren die in den vorangegangenen politischen Massenstreiks zusammen arbeitenden Kräfte des linken Lagers bei der Vorbereitung einer revolutionären Massenaktion vereint.

Doch die Aktionsbereitschaft der Berliner Arbeiterschaft war Ende Oktober, Anfang November für die revolutionären Politiker schwer einzuschätzen und eher negativ zu bewerten, was in der Geschichtsschreibung meist vergessen wird. Der sowjetische Botschafter Joffe, der im dauernden Kontakt mit der Führung der Spartakusgruppe, der USPD und (ab Ende September) den revolutionären Obleuten stand, sah bis Ende Oktober keine Revolutionsbereitschaft in Deutschland. So konnte Joffe in seinem Schreiben an Lenin vom 13. Oktober 1918 kein Anwachsen der revolutionären Stimmung erkennen und hielt Lenins Revolutionshoffnungen entgegen: „Sie

---

<sup>28</sup> «Die deutschen unabhängigen Revolutionäre», in: *Pravda*, Nr. 255, 24. November 1918 (mit Zitat).

<sup>29</sup> Alexander Vatlin, «Im zweiten Oktober. Lenin, die Niederlage des Deutschen Reiches und die aussenpolitische Wende der Bolschewiki», in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 2007, S. 311-331, hier insbesondere: S. 325-326.

<sup>30</sup> Zitat in: *ibid.*, S. 195. Original in: Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii [Russisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte] (RGASPI), Moskau, f. 5, op. 1, d. 2134, Bl. 40 Rückseite (nicht 41 wie bei Vatlin angegeben), Bl. 49.

<sup>31</sup> So die Information, die Pieck Mitte September 1918 bei seinem illegalen Aufenthalt in Berlin von den leitenden Obleuten erhielt. Siehe: Jean-C. Montant, *op. cit.*, S. 1489.

überschätzen zweifellos die Nähe der deutschen Revolution.“<sup>32</sup> Noch am 28. Oktober 1918 wiederholte er seine pessimistische Erwartung: „Je mehr ich die Ereignisse hier betrachte, umso mehr komme ich zu der Überzeugung, dass die Revolution hier in Deutschland sich verspätet und auf jeden Fall eine Frage von Monaten ist.“<sup>33</sup>

Zu einer ähnlichen Einschätzung kam der zur Spartakusführung zählende Hermann Duncker auf Grund seiner enttäuschenden Erfahrungen mit der mangelnden Aktionsbereitschaft der Berliner Arbeiterschaft, so als er in Briefen an seine Tochter das Zurückweichen der Demonstranten vor der Polizei auf den Strassen im Berliner Zentrum am 23. Oktober beim Empfang Liebknechts beklagte oder als er am 5. November, als die revolutionäre Welle schon die Küstenstädte zu erfassen begann, seiner Enttäuschung über das Stillhalten des Berliner Proletariats Luft verschaffte: „Und was werden die Berliner tun? – Nichts! – Es kann einen Hund jammern.“<sup>34</sup>

Die revolutionären Obleute, alle als Betriebsvertrauensleute in der Arbeiterschaft verankert und damit in genauer Kenntnis der Massenstimmung, lehnten noch am 2. November die revolutionäre Erhebung für den 4. November ab, weil sie dafür keine Stimmung in den Berliner Betrieben sahen, und setzten den 11. November als Aufstandstermin fest.<sup>35</sup> Von der Leitung der revolutionären Obleute wurden nach dem 2. November Boten mit diesem Termin in die Provinz geschickt. Die meisten kamen mit der Nachricht zurück, dass keine Stimmung für eine revolutionäre Erhebung vorhanden sei.<sup>36</sup> Gleichzeitig mussten die revolutionären Linken in Berlin erleben, dass auch unter der neuen Regierung des Prinzen Max von Baden in Berlin Polizei und Militär ihre Macht zur Unterdrückung von Massenaktionen noch ungebrochen ausüben konnten, obwohl sich bereits die revolutionäre Welle von den Küstenstädten auf das Innere des Deutschen Reiches ausgedehnt hatte. Versammlungen der USPD in Berlin am 7. November wurden verboten, die Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen Berlins zu den übrigen Teilen Deutschlands unterbrochen. Revolutionäre Matrosen, die in den meisten Städten als Katalysatoren der revolutionären Bewegung wirkten, konnten nicht nach Berlin durchdringen bzw. sie wurden frühzeitig abgefangen und inhaftiert. Militär besetzte die Betriebe und alle strategisch wichtigen Punkte in der Stadt. Die Verhaftung des zu den Revolutionären gestossenen Leutnant Walz am 3. November und des Strategen der Revolutionäre Ernst Däumig am 8. November, der einen Aufstandsplan mit sich führte, hätten ebenfalls abschreckend auf die Revolutionäre wirken können. Die gesamten Medien, voran jene der Mehr-

---

<sup>32</sup> RGASPI, f. 5, op.1, d. 2134, Bl. 40, Bl. 41; Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii [Archiv des Aussenministeriums der Russischen Föderation] (AVPRF), Moskau, f. 04, m. 70, d. 990, Bl. 94-95.

<sup>33</sup> Ibid.

<sup>34</sup> BArch Berlin, NY 4445 (Nachlass Hermann und Käte Duncker), Nr. 155, Bl. 303, o. D., Bl. 306, 5. November 1918.

<sup>35</sup> Tagebuchartige Aufzeichnungen Karl Liebknechts, in: Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. 9, Berlin 1968, S. 582.

<sup>36</sup> BArch Berlin, NY 4017 (Nachlass Martha Arendsee), Nr. 11, Bl. 126.

heitssozialdemokratie (mehrere Sonderausgaben des SPD-Organs ‚Vorwärts‘ bis zum Morgen des 9. November), versuchten die revolutionäre Stimmung in den Berliner Fabriken zu dämpfen und die Arbeiterschaft von einer Massenaktion abzuhalten. Das Bestreben aller politischen Lager in der Regierung Max von Baden, einschliesslich der MSPD, richtete sich auf ein Fernhalten der Revolution von Berlin bei erhofftem Abebben der revolutionären Erhebungen in der Provinz und damit auf die Machterhaltung für die bestehende Reichregierung und die sie tragenden Parteien.<sup>37</sup>

Doch als sich am 8. November die Nachricht einer Festnahme des Revolutionsstrategen Ernst Däumig und – fälschlicherweise – anderer Revolutionsführer wie Richard Müller und Karl Liebknecht durch die Reichshauptstadt verbreitete, mussten die Obleute mit einer Verhaftungswelle rechnen, so dass ihr Anführer Emil Barth sowie – getrennt von ihm – Karl Liebknecht und andere, improvisiert und abweichend vom eigentlichen Aufstandstermin 11. November, den Aufruf zum Aufstand am 9. November herausgaben. Von zentraler Bedeutung war nun die planmässige Vorbereitung des Aufstandes durch die revolutionären Obleute, insbesondere die Bewaffnung. Diese stärkte zum einen das Selbstbewusstsein der Aufständischen gegenüber der am 8. November und am Morgen des 9. in den Berliner Strassen noch deutlich sichtbaren Machtpräsenz des alten Regimes. Zum anderen folgte die Massenaktion nach der Ausgabe der Parole zum Losschlagen zunächst einem gewissen Plan. Die aus den Fabriken in die Innenstadt ziehenden Demonstrationzüge konnten die Soldaten in den Kasernen zum Anschluss an die Aufständischen bewegen. Einige öffentliche Gebäude – allerdings wohl nicht genug – wie das wichtige Polizeipräsidium wurden von den Revolutionären übernommen, einige Regierungsbauten erst gegen Abend. Doch schon am späten Vormittag des 9. November war klar: Die Regierung Max von Baden konnte sich nicht halten. Die alten Mächte dankten unter dem Eindruck der eindrucksvollen Massenbewegung für Frieden und Demokratie ab. Die Arbeiterparteien MSPD und USPD konnten die Regierungsgewalt übernehmen. Es war die oppositionelle linke Basisbewegung in den Betrieben mit ihren Vertrauensleuten, den späteren „Revolutionären Obleuten“, die zusammen mit den linken Kräften in der USPD einschliesslich der Spartakusgruppe massgeblichen Anteil an dieser letztendlich erfolgreichen revolutionären Entwicklung in Berlin hatte.<sup>38</sup>

---

<sup>37</sup> Ottokar Luban, «Die Novemberrevolution 1918 in Berlin. Eine notwendige Revision des bisherigen Geschichtsbildes», in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 1 (2009), S. 54-60.

<sup>38</sup> O. Luban 2009, *op. cit.*, S. 70-74.



**Transnationale Friedensbewegung,  
internationale Friedensdiskurse und  
Visionen der Kriegsprävention**



# Frieden durch Krieg?

## Zur Janusköpfigkeit militärischer Interventionspraxis im langen 19. Jahrhundert

Fabian Klose

“Intervention may be wise, may be right, – nay, sometimes may even be necessary. But let us not deceive ourselves; intervention never has been, never will be, never can be short, simple or peaceable. Conducted under the most favourable circumstances, we have seen that is almost inevitably before its solution results in war.”

Historicus (William Vernon Harcourt), 1863<sup>1</sup>

### Einleitung

Nach den verheerenden Erfahrungen von zwei Weltkriegen mit Millionen von Toten verankerten die Vereinten Nationen 1945 ein striktes, völkerrechtlich bindendes Gewalt- und Interventionsverbot in ihrer Charta.<sup>2</sup> Abgesehen vom weiterhin geltenden Selbstverteidigungsrecht ist demnach jede Androhung oder Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen gemäss Artikel 2 Absatz 4 genauso untersagt wie nach Artikel 2 Absatz 7 das Eingreifen in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates.<sup>3</sup> Diese beiden Bestimmungen gelten als absolute Kernnormen der UN-Charta und können lediglich in einem Ausnahmefall eingeschränkt werden: Bei der Bedrohung oder des Bruchs des Friedens ist der Sicherheitsrat dazu ermächtigt, Zwangsmassnahmen, die eine direkte Intervention und die militärische Gewaltan-

---

<sup>1</sup> *Letters by Historicus on Some Questions of International Law*, London/ Cambridge 1863, S. 46-47. Historicus war das Synonym, unter dem der einflussreiche britische liberale Politiker William Vernon Harcourt seine Zeitungskolumnen veröffentlichte.

<sup>2</sup> Dieses allgemeine Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen übertrifft damit die im Briand-Kellogg-Pakt von 1928 verankerte reine Kriegsächtung. Zum Briand-Kellogg-Pakt vom 27. August 1928 vgl.: Wilhelm G. Grewe (Hg.), *Fontes Historiae Iuris Gentium*, Bd. 3/2, 1815-1945, Berlin/ New York 1992, S. 959-961.

<sup>3</sup> Artikel 2, Absatz 4 und Absatz 7 der UN-Charta, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen*, Bonn 2004, S. 43.

wendung ausdrücklich miteinschliessen, zu ergreifen, „um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.“<sup>4</sup>

Dieses Konzept einer kollektiven, internationalen Friedenssicherung durch militärisches Eingreifen ist allerdings kein Phänomen, das erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstand. Vielmehr etablierte es sich in Theorie und Praxis durch die wiederholten Militärinterventionen der europäischen Grossmächte bereits im Verlauf des langen 19. Jahrhunderts. An Hand von ausgewählten Beispielen untersucht der Beitrag diese Interventionspraxis zunächst unter dem Aspekt der internationalen Friedenssicherung, wobei anschliessend die daraus resultierende Kodifizierung im entstehenden Völkerrecht analysiert wird. In einem weiteren Schritt werden die Auswirkungen dieser sich völkerrechtlich etablierenden Doktrin auf die internationalen Beziehungen kritisch untersucht. Der Aufsatz vertritt dabei die These, dass militärische Interventionspraxis im langen 19. Jahrhundert tatsächlich einen Beitrag zur internationalen Friedenssicherung und Durchsetzung neu entstehender humanitärer Normen leisten konnte, gleichzeitig aber auch – quasi als Ausdruck ihrer Janusköpfigkeit – als Instrument imperialer Machtentfaltung fungierte. Dabei stellt man eine signifikante Verflechtung von militärischer Interventionspraxis, völkerrechtlicher Normensetzung und der Umsetzung imperialer Bestrebungen fest, die sowohl im Umfeld der etablierten europäischen Grossmächten als auch des weltpolitischen Neuankömmlings der Vereinigten Staaten von Amerika zu finden ist.

### **Militärintervention als Instrument der internationalen Friedenssicherung**

Mit dem Wiener Kongress von 1814/15 kam es nach dem Ende der Napoleonischen Kriege nicht nur zur Neuordnung der politischen Landkarte Europas, sondern auch zum Aufbau einer internationalen Friedensordnung, die dem Kontinent nach über zwanzig Jahren permanenter kriegerischer Auseinandersetzungen eine bis dahin ungeahnte Friedensphase bescherte.<sup>5</sup> Zu Recht verweist Jürgen Osterhammel darauf, dass in Europa die Zeit zwischen 1815 und 1914 im Vergleich zu den Jahrhunderten davor und danach eine Epoche aussergewöhnlicher Friedlichkeit war. Die Gründe hierfür sieht er unter anderem in der in Wien vereinbarten äusserst tragfähigen Friedensordnung.<sup>6</sup> Geprägt von den Erfahrungen des aggressiven Vormachtstrebens des revolutionären Frankreichs, gelang es den siegreichen Grossmächten Grossbritannien, Österreich, Preussen und Russland bei ihrem Gipfeltreffen in der österreichischen

---

<sup>4</sup> Kapitel VII „Massnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“ der Charta der Vereinten Nationen, in: *Ibid.*, S. 46-49, hier Artikel 39, S. 46.

<sup>5</sup> Zur Bedeutung des Wiener Kongresses vgl. exemplarisch: Paul W. Schroeder, *The Transformation of European Politics 1763–1848*, Oxford 1994, S. 517-582; Heinz Duchhardt, *Der Wiener Kongress. Die Neugestaltung Europas 1814/15*, München 2013.

<sup>6</sup> Jürgen Osterhammel, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, Bonn 2010, S. 733-734. Zur Vermeidung eines grossen europäischen Krieges im langen 19. Jahrhundert vgl. auch: Jost Dülffer, Martin Kröger, Rolf-Harald Wippich, *Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Grossmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg (1856–1914)*, München 1997.

Hauptstadt ein auf der Idee eines politischen Gleichgewichts basierendes erfolgreiches Modell der Friedenssicherung aufzubauen.<sup>7</sup>

Der Interventionspraxis, also das temporäre Eingreifen von aussen durch Zwangsmassnahmen in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates,<sup>8</sup> wurde in diesem Zusammenhang eine klare Funktion zugeschrieben: Innere Unruhen und Revolutionen, die als Hauptursache für zwischenstaatliche Kriege und somit als zentrale Bedrohung der neugeschaffenen internationalen Ordnung galten, sollten durch kollektives Eingreifen der Grossmächte unter allen Umständen verhindert werden.<sup>9</sup> Der Intervention wurde dadurch eine korrektive Funktion in der internationalen Politik des 19. Jahrhunderts zugeschrieben, um bedrohte Ordnungen zu schützen oder wie es Jürgen Osterhammel formuliert: „Der kleine Krieg sollte zum Ersatz für den vermiedenen grossen werden.“<sup>10</sup> Eine klare Abgrenzung zwischen den beiden eng beieinander liegenden Begriffen militärischer Intervention und Krieg ist entsprechend schwierig. Einschlägige Autoren weisen dabei auf die unscharfen Konturen zwischen beiden Formen der Gewaltanwendung hin und verorten die Intervention explizit im Grenzbereich zwischen Friedens- und Kriegszustand, also quasi als „eine Art von Krieg im Frieden“.<sup>11</sup> Der Übergang bzw. die Ausweitung von einem zeitlich befristeten und in seinen Ausmassen begrenzten militärischen Eingreifen zu einem regelrechten Krieg war dabei häufig fliegend.

<sup>7</sup> Winfried Baumgart, *Vom Europäischen Konzert zum Völkerbund. Friedensschlüsse und Friedenssicherung von Wien bis Versailles*, Darmstadt 1987, S. 1-19; Paul W. Schroeder, *International Politics, Peace, and War, 1815–1914*, in: T. C. W. Blanning, *The Nineteenth Century. The Short Oxford History of Europe*, Oxford 2000, S. 158-209; Matthias Schulz, *Normen und Praxis. Das Europäische Konzert der Grossmächte als Sicherheitsrat 1815–1860*, München 2009, S. 46-72; Mark Mazower, *Die Welt regieren. Eine Idee und ihre Geschichte von 1815 bis heute*, München 2013, S. 18-27.

<sup>8</sup> Zur Definition des Interventionsbegriffs vgl.: R. J. Vincent, *Nonintervention and International Order*, Princeton 1974, S. 13; Hedley Bull (Hg.), *Interventions in World Politics*, Oxford 1986, S. 1-6; Jürgen Osterhammel, *Krieg im Frieden. Zu Formen und Typologie imperialer Interventionen*, in: ders., *Geschichtswissenschaft jenseits des Nationalstaats. Studien zu Beziehungsgeschichte und Zivilisationsvergleich*, Göttingen 2001, S. 289-294; Martha Finnemore, *The Purpose of Intervention. Changing Beliefs about the Use of Force*, Ithaca/London 2003, S. 7-11.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu: Thomas G. Otte, *Of Congresses and Gunboats: Military Intervention in the Nineteenth Century*, in: Andrew M. Dorman, Thomas G. Otte (Hg.), *Military Intervention. From Gunboat to Humanitarian Intervention*, Aldershot 1995, S. 19-52; J. Osterhammel 2001, *op. cit.*, S. 295-298; M. Finnemore, *op. cit.*, S. 108-124. Zur Debatte über die Entwicklung der Staatenpraxis der Intervention im 19. Jahrhundert vgl. auch: Miloš Vec, *Intervention/ Nichtintervention: Verrechtlichung der Politik und Politisierung des Völkerrechts im 19. Jahrhundert*, in: Ulrich von Lappenküper, Reiner Marcowitz (Hg.), *Macht und Recht: Völkerrecht in den internationalen Beziehungen*, Paderborn 2010, S. 135-160; M. Schulz, *op. cit.*, S. 577-580.

<sup>10</sup> J. Osterhammel 2001, *op. cit.*, S. 298.

<sup>11</sup> *Ibid.*, S. 320. Vgl. hierzu auch: Ian Brownlie, *International Law and the Use of Force by States*, Oxford 1963, S. 44-45; M. Finnemore, *op. cit.*, S. vii und S. 9; Michael Walzer, *Just and Unjust Wars. A Moral Argument with Historical Illustrations*, New York 2000, S. 86-108; S. Neil MacFarlane, *Intervention in Contemporary World Politics*, New York 2002, S. 15; Jörg Echternkamp, *Krieg*, in: Jost Dülffer, Wilfried Loth (Hg.), *Dimensionen internationaler Geschichte*, München 2012, S. 9-28, hier S. 10-15.

Dieses mit der Wiener Ordnung zunächst assoziierte antirevolutionäre Interventionsparadigma kam besonders deutlich im „Troppauer Protokoll“ vom 19. November 1820 zum Ausdruck. Unter dem Eindruck der liberalen Revolutionswelle, die ab 1820 in ganz Südeuropa die dort herrschenden absolutistischen Monarchien ernsthaft ins Schwanken brachte und sich in einer Art Kettenreaktion auf weitere Teile Europas auszubreiten drohte,<sup>12</sup> räumte sich die Heilige Allianz bestehend aus den reaktionären Kontinentalmächten Preussen, Österreich und Russland bei ihrem Treffen im ober-schlesischen Troppau – übrigens gegen den erbitterten Widerstand Grossbritanniens – ein antirevolutionäres Interventionsrecht ein.<sup>13</sup> Unter dem Vorwand den internationalen Frieden und die politische Stabilität in Europa sichern zu wollen, vereinbarten die drei Grossmächte, dass sie die aus ihrer Perspektive legitime monarchische Herrschaftsform in benachbarten Staaten auch mit Hilfe von Zwangsmassnahmen gegen jede Form der Revolution zu schützen bereit waren.<sup>14</sup> Als direkte Konsequenz dieser Abmachung kam es von 1821 bis 1823 zu einer Reihe von repressiven Militärinterventionen der absolutistischen Grossmächte, wobei die liberalen Revolutionsvorhaben sowohl auf der italienischen Halbinsel als auch in Spanien gewaltsam von den ausländischen Invasionstruppen beendet wurden. Das Ergebnis war in der Tat die „Befriedung“ der betroffenen Länder und die Wiederherstellung einer Friedensordnung, die aber auf einem reaktionären Gesellschafts- und Herrschaftsmodell basierte und liberale Reformvorhaben im Keim erstickte.<sup>15</sup>

Neben diesem von der Heiligen Allianz propagierten antirevolutionären Interventionsparadigma entstand im Rahmen der Wiener Ordnung allerdings noch ein anderes Interventionsverständnis, nämlich das des militärischen Eingreifens zur Durchsetzung einer international vereinbarten humanitären Norm.<sup>16</sup> Auf massgebliche Initiative von Grossbritannien einigten sich die europäischen Grossmächte auf dem Wiener Kongress am 8. Februar 1815 auch auf die ‚*Déclaration des 8 Cours, relative à l’Abolition Universelle de la Traite des Nègres*‘ (Erklärung von acht europäischen Höfen über die universelle Abschaffung des Sklavenhandels’), worin sie den Sklavenhandel als eklatanten Widerspruch zu den Prinzipien der Humanität und der

---

<sup>12</sup> Zu Ursachen und Verlauf der einzelnen Revolutionen vgl.: Paul Schroeder 1994, *op. cit.*, S. 606-614; Martyn Lyons, *Post-Revolutionary Europe, 1815–1856*, Basingstoke/ New York 2006, S. 42-48.

<sup>13</sup> Für das Troppauer Protokoll vom 19. November 1820 vgl.: Wilhelm G. Grewe (Hg.), *Fontes Historiae Iuris Gentium*, Bd. 3/1, 1815-1945, Berlin/ New York 1992, S. 110-113.

<sup>14</sup> Zum im Troppauer Protokoll vereinbarten Interventionsmechanismus vgl. auch: Rudolf Kurzweg, «Die Heilige Allianz und das Interventionssystem des Vertrages von Troppau», in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Neue Folge 3, 2 (1955), S. 141-160.

<sup>15</sup> M. Schulz, *op. cit.*, S. 81 und S. 584-591.

<sup>16</sup> Vgl. hierzu vor allem: Carsten Holbraad, *The Concert of Europe: A Study in German and British International Theory 1815-1914*, London 1970, S. 162-176. Zur Normensetzung im 19. Jahrhundert vgl.: Jost Dülffer, *Recht, Normen und Macht*, in: Jost Dülffer, Wilfried Loth (Hg.), *Dimensionen internationaler Geschichte*, München 2012, S. 169-188, hier S. 175-180.

universellen Moral verurteilten.<sup>17</sup> Die Staaten erkannten damit die dringende Notwendigkeit an, dagegen vorzugehen und äusserten ausdrücklich den Wunsch, sich dieser „Geissel“ zu entledigen, die Afrika verwüstet, Europa entehrt und die Menschheit heimgesucht habe.

Ausgehend von dieser internationalen Ächtung des Menschenhandels versuchte Grossbritannien, das bereits seit 1808 mit einem eigenen Flottenverband militärisch gegen Sklavenschiffe an der westafrikanischen Küste vorging, durch die Kooperation mit den anderen europäischen Grossmächten eine multilaterale Implementierungsmaschinerie zu etablieren.<sup>18</sup> Dabei begründete London die Interventionsmassnahmen nicht allein damit, dass der Menschenhandel gegen alle Prinzipien der Humanität verstossen würde, sondern auch, dass die lukrative Jagd nach Sklaven für die drastische Zunahme innerafrikanischer Kriege und die Verwüstung des gesamten afrikanischen Kontinents verantwortlich sei. Mit dem Ende des Sklavenhandels verband die britische Seite daher eine Pazifizierung Afrikas, was sie zum Beispiel auf dem Kongress von Aachen im Herbst 1818 deutlich zum Ausdruck brachte. Die britische Delegation vertrat dort die Position, dass nach der Vollendung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa nun der afrikanische Kontinent durch die Schaffung einer Allianz gegen den Sklavenhandel von der Geissel des Krieges zu befreien sei.<sup>19</sup> Das neu entstehende Prinzip der humanitär motivierten Intervention wurde somit auch mit der Absicherung bedrohter Friedensordnung verknüpft.<sup>20</sup>

Diese Kombination aus dem Schutz humanitärer Normen und dem Ziel einer internationalen Friedenssicherung werden anhand der verschiedenen Interventionsfälle im Osmanischen Reich noch deutlicher.<sup>21</sup> Während sich die Kooperation der Grossmächte bezüglich des Kampfes gegen den Sklavenhandel als äusserst schwierig

---

<sup>17</sup> «Déclaration des 8 Cours, relative à l'Abolition Universelle de la Traite des Nègres, 8. Februar 1815», in: *BFSP (British and Foreign State Papers)* 3, S. 971-972. Vgl. hierzu auch: Helmut Berding, «Die Ächtung des Sklavenhandels auf dem Wiener Kongress 1814/15», in: *Historische Zeitschrift* 219, 2 (1974), S. 266-269, 285; Ian Clark, *International Legitimacy and World Society*, Oxford 2007, S. 37-60.

<sup>18</sup> Fabian Klose, «Humanitäre Intervention und internationale Gerichtsbarkeit – Verflechtung militärischer und juristischer Implementierungsmassnahmen zu Beginn des 19. Jahrhunderts», in: *Militär-geschichtliche Zeitschrift* 72, 1 (2013), S. 1-21.

<sup>19</sup> Vgl. Memorandum der britischen Regierung, hier vor allem: „[...] it was reserved for the Sovereigns and for the Plenipotentiaries assembled at Aix-la-Chapelle to have completed at once the work of peace in Europe, and to have laid a broad and lasting foundation, on which the deliverance of another great Quarter of the Globe from a scourge far more severe than European warfare, in its most aggravated forms, might have been effectuated by establishing an alliance which should for ever deny to the fraudulent Slave-trader, of whatever Nation, the cover of their respective Flags for the purposes of his iniquitous traffic.“ in: *BFSP* 6, S. 77.

<sup>20</sup> Zu den Ursprüngen der humanitären Intervention vgl.: Brendan Simms, David J. B. Trim (Hg.), *Humanitarian Intervention. A History*, Cambridge 2011; Fabian Klose (Hg.), *The Emergence of Humanitarian Intervention. Ideas and Practice from the Nineteenth Century to the Present*, Cambridge 2015 (erscheint 2015 bei Cambridge University Press).

<sup>21</sup> Zu den humanitären Interventionen im Osmanischen Reich vgl.: Gary Bass, *Freedom's Battle. The Origins of Humanitarian Intervention*, New York 2008; Davide Rodogno, *Against Massacre: Humanitarian Interventions in the Ottoman Empire 1815-1914*, Princeton 2012.

gestaltete und sich die Verhandlungen über Jahrzehnte hinzogen, kam es im östlichen Mittelmeerraum in der Tat zu einer engen Zusammenarbeit. Im Verlauf des griechischen Unabhängigkeitskrieges (1821-1829) gegen die osmanische Fremdherrschaft entschlossen sich die europäischen Grossmächte nach einer Fülle von Berichten über Massaker an der griechischen Bevölkerung und einem angeblichen Plan des osmanischen Sultans zur Verschleppung der gesamten griechischen Christen in die Sklaverei nach Ägypten zu einer kollektiven Militärintervention. Im Vertrag von London vom 6. Juli 1827 begründeten Grossbritannien, Russland und Frankreich ihr Vorgehen mit den Worten: „They have resolved to combine their efforts, and to regulate the operation thereof, by a formal treaty, for the object of re-establishing peace between the contending parties, by means of an arrangement called for, no less by sentiments of humanity, than by interests for the tranquility of Europe.“<sup>22</sup> Humanitäre Motive wurden somit in der offiziellen Rhetorik mit friedensstiftenden, die politische Stabilität Europas wahrenen Gründen kombiniert.

Nachdem der osmanische Sultan die Forderung der drei Grossmächte nach einem sofortigen Waffenstillstand im Gegensatz zu den griechischen Aufständischen abgelehnt hatte, wurde der vereinigte britisch-französisch-russische Flottenverband angewiesen, durch eine umfassende Seeblockade jeden weiteren osmanischen Nachschub nach Griechenland zu unterbinden. Die Einstellung der Kampfhandlungen sollte dadurch gewaltsam erzwungen werden.<sup>23</sup> Diese Zwangsmassnahmen führten am 20. Oktober 1827 zu einer direkten militärischen Eskalation zwischen dem alliierten Marineverband und der osmanischen Flotte im Hafen der griechischen Stadt Navarino. Nach Worten des britischen Admirals Edward Codrington war es dabei das Ziel der europäischen Verbündeten, den osmanischen Oberbefehlshaber Ibrahim Pascha von einer Fortsetzung seines „brutal war of extermination“<sup>24</sup> abzuhalten. Die Vernichtung der osmanischen Flotte durch den alliierten Flottenverband im Zuge der Seeschlacht war kriegsentscheidend und führte nach der Entsendung eines französischen Expeditionskorps auf die Peloponnes zur Überwachung des nun erreichten Waffenstillstandes letztlich zur Unabhängigkeit Griechenlands von der osmanischen Herrschaft im Jahr 1830.

Aber auch in der Folgezeit diente die humanitär begründete Interventionspraxis als Model, mit dem die Grossmächte kollektiv auf bewaffnete Konflikte innerhalb des osmanischen Reichs reagierten. Als im Sommer 1860 Berichte über Massaker an Christen im Zuge des Bürgerkriegs zwischen christlichen Maroniten und muslimischen Drusen in Syrien die europäische Öffentlichkeit erschütterten, entschieden

---

<sup>22</sup> «Treaty between Great Britain, France, and Russia for the Pacification of Greece», 6. Juli 1827, in: *BFSP* 14, S. 633.

<sup>23</sup> «Instructions à adresser aux Amiraux commandant les Escadres des Hautes Puissances dans les Mers du Levant», 15. Oktober 1827, in: *BFSP* 17, S. 48-50; «Protocol of the Admirals commanding the British, Russian, and French Squadrons, off Navarin», 18. Oktober 1827, in: *BFSP* 14, S. 1050-1051.

<sup>24</sup> Brief von Edward Codrington an Stratford Cannin, 20. Oktober 1827. The National Archives (TNA), FO (Foreign Office) 881/6A.

sich die Grossmächte auf Initiative Frankreichs erneut zur kollektiven Intervention und orientierten sich dabei sehr eng am griechischen Vorbild.<sup>25</sup> Bei ihrer Zusammenkunft im August 1860 in Paris einigten sich die europäischen Grossmächte – Preussen und Österreich waren nun auch vertreten – auf die Entsendung eines 12'000 Mann starken Expeditionsheeres nach Syrien, um dort weiteres Blutvergiessen zu verhindern und die Ruhe wiederherzustellen.<sup>26</sup> Während Frankreich erneut Bodentruppen stellte, sicherte ein internationaler Flottenverband vor der syrisch-libanesischen Küste die Operation ab. Das erklärte Ziel der beschränkten Besetzung war die Pazifizierung der osmanischen Provinz, wobei die Grossmächte ausdrücklich darauf verwiesen, dass sie keine territorialen Gebietsgewinne und einseitigen wirtschaftlichen Vorteile durch ihr kollektives Vorgehen anstrebten.<sup>27</sup> Die Militärintervention führte letztlich zur Stabilisierung der innenpolitischen Lage, so dass das französische Expeditionskorps und die aus den Repräsentanten der fünf europäischen Grossmächte bestehende internationale Kommission nach einem Jahr wieder aus der osmanischen Provinz abzogen.

### Völkerrechtliche Legitimierung und imperiale Konsequenzen

Welche langfristigen Folgen aber ergaben sich nun aus den verschiedenen Interventionsfällen für die internationalen Beziehungen des 19. Jahrhunderts? Zunächst stellt man ein wachsendes Interesse der Völkerrechtslehre an der Interventionsproblematik fest. Führende Völkerrechtler griffen die einzelnen Interventionsfälle gezielt auf, um daraus juristische Doktrinen abzuleiten. Den Anfang machte der amerikanische Jurist Henry Wheaton, der im Jahr 1836 mit seinen *Elements of International Law* einen der zentralen Völkerrechtstexte seiner Zeit verfasste und sich darin auch mit dem allgemeinen Recht auf Intervention auseinandersetzte.<sup>28</sup> Zunächst erläuterte er das antirevolutionäre Interventionsparadigma zur Bewahrung der politischen Stabilität und des Gleichgewichts, wie es die Heilige Allianz im Protokoll von Troppau vereinbart und mit den Interventionen in Südeuropa auch umgesetzt hatte.<sup>29</sup> Das Eingreifen der europäischen Grossmächte zum Schutz der griechischen Christen stellte für Wheaton einen Sonderfall dar, da dabei nicht nur die Sicherheitsinteressen einzelner Staaten, sondern die Bedrohung der „general interests of humanity“ ausschlaggebend gewesen seien.<sup>30</sup> Ausführlich analysierte der amerikanische Jurist das militärische Eingreifen der europäischen Grossmächte in der Seeschlacht von Navarino und die an-

<sup>25</sup> Zur Intervention in Syrien vgl.: G. Bass, *op. cit.*, S. 153-232; D. Rodogno, *op. cit.*, S. 91-117.

<sup>26</sup> «Protocol of Conference between the Plenipotentiaries of Great Britain, Austria, France, Prussia, Russia and Turkey, relative to the Armed Intervention of European Powers for the Restoration of Tranquility in Syria», 3. August 1860, in: *BFSP* 51, S. 278-279.

<sup>27</sup> *Ibid.*, S. 279.

<sup>28</sup> Henry Wheaton, *Elements of International Law with a Sketch of the History of the Science*, Philadelphia 1836, S. 82-94.

<sup>29</sup> *Ibid.*, S. 85-88.

<sup>30</sup> *Ibid.*, S. 91-94.

schliessende französische Besetzung der Peloponnes, wobei er die Verschmelzung der Motive einer Pazifizierung des Konfliktes mit dem Schutz allgemeiner humanitärer Normen betonte.

Aufbauend auf Wheatons Ansätzen beschäftigten sich auch in der Folgezeit renommierte Rechtsgelehrte, die Martti Koskenniemi zum Kreis der „founders’ of the modern international law profession“ zählt, mit der Interventionsthematik.<sup>31</sup> In seiner bedeutenden Darstellung ‚Das moderne Völkerrecht der civilisierten Staaten’ bezeichnete der Schweizer Völkerrechtsgelehrte Johann Caspar Bluntschli es zunächst als die zentrale Funktion des Völkerrechts, die friedliche Koexistenz und die Freiheit der verschiedenen Staaten zu schützen. Aus diesem Grund lehnte er grundsätzlich eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von souveränen Staaten ab, machte aber beim „Schutze gewisser Menschenrechte“ ausdrücklich eine Ausnahme.<sup>32</sup> Als Präzedenzfälle führte er ausführlich das militärische und diplomatische Eingreifen der europäischen Staaten gegen den Sklavenhandel sowie die Interventionen zum Schutz christlicher Glaubensgenossen im Osmanischen Reich an.<sup>33</sup> Während er in seinen weiteren Ausführungen das antirevolutionär motivierte Eingreifen der Heiligen Allianz als Missbrauch des Interventionsprinzips kritisierte, rechtfertigte er mehrmals das kollektive Eingreifen im Fall von „gemeingefährlichen Rechtsverletzungen“ wie etwa Sklaverei, Gewalt gegen Andersgläubige und unmenschliche Grausamkeiten: „Die übrigen Staaten können in solchen Fällen ihre diplomatischen Verwendung eintreten lassen und auf Beseitigung des Unrechts dringen und sie können nöthingenfalls sich verbünden und mit gemeinsamer Macht vorgehen, um dem anerkannten Völker- und Menschenrecht Achtung und Geltung zu verschaffen.“<sup>34</sup> Bluntschli lieferte damit eine völkerrechtliche Legitimation für das Eingreifen aus humanitären Gründen, der sich weitere Völkerrechtler anschlossen. So argumentierte auch Bluntschlis Zeitgenosse, der deutsche Rechtsgelehrte Aegidius Arntz, dass im Fall der Verletzung der „droits de l’humanité“ eine Intervention legitim sei und in die staatlichen Souveränitätsrechte eingegriffen werden könne.<sup>35</sup> Die Interventionen gegen den Sklavenhandel und zum Schutz christlicher Minderheiten identifizierten Völkerrechtler somit als Präzedenzfälle für legitimes Handeln der europäischen Grossmächte, um auf blutige Konflikte und damit verbundene humanitäre Krisen zu reagieren bzw. um diese zu beenden.

Diese Interpretation darf allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass diese Militärinterventionen immer in klare realpolitische Rahmenbedingungen eingebettet

---

<sup>31</sup> Martti Koskenniemi, *The Gentle Civilizer of Nations: The Rise and Fall of International Law 1870-1960*, Cambridge 2001, S. 92, 94-95.

<sup>32</sup> Johann Caspar Bluntschli, *Das moderne Völkerrecht der civilisierten Staaten als Rechtsbuch dargestellt*, Nördlingen 1872, S. 20.

<sup>33</sup> *Ibid.*, S. 21-24.

<sup>34</sup> *Ibid.*, S. 264-269, hier S. 265.

<sup>35</sup> Gustave Rolin-Jaequemyns, «Note sur la Théorie du Droit d'Intervention – À propos d'une lettre de M. le professeur Arntz», in: *Revue de Droit International et de Législation Comparée* 8 (1876), S. 673-675.

waren und nicht allein von altruistischen, humanitären Impulsen geleitet wurden. Das wiederholte Engagement der europäischen Grossmächte im Osmanischen Reich war eindeutig Teil der Auseinandersetzungen um die schwelende „Orientalische Frage“, bei der jede der beteiligten Nationen seine geostrategische Position abzusichern versuchte.<sup>36</sup> Der Kampf gegen den afrikanischen Sklavenhandel und Sklaverei war wiederum eng verzahnt mit der kolonialen Durchdringung und Aufteilung Afrikas durch die Europäer, was letztlich in der Generalakte der Brüsseler Antisklaverei-Konferenz von 1890 besonders deutlich zum Ausdruck kam.<sup>37</sup> Die Kehrseite der Medaille, quasi der Ausdruck der Janusköpfigkeit der ausformulierten Interventionsdoktrin, war daher, dass sie sich auch zur Legitimation imperialer Projekte bis hin zur Kriegsbegründung heranziehen liess.<sup>38</sup> Imperiale Machtentfaltung wurde somit unter humanitärem Deckmantel gerechtfertigt, und Völkerrechtler lieferten in der Funktion des Steigbügelhalters überseeischer Expansion die notwendigen völkerrechtlichen Argumentationshilfen.<sup>39</sup>

Diese Strategie fand aber nicht nur in den Machtzentren Europas, sondern auch jenseits des Atlantiks grossen Anklang. Die Vereinigten Staaten von Amerika lehnten lange Zeit die europäische Interventionspraxis vehement ab und machten dies mit ihrem in der Monroe-Doktrin von 1823 formulierten Nichtinterventionsparadigma mehr als deutlich.<sup>40</sup> Je stärker aber zum Ende des 19. Jahrhunderts auch in Washington eigene imperiale Überlegungen Rückhalt gewannen, umso mehr veränderte sich dort die aussenpolitische Wahrnehmung. Letztlich betrachtete man dort die europäische Position sogar, wie der Konflikt um die spanische Kolonie Kuba veranschaulichte, als Vorbild für das eigene Handeln. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts hatten sich die Beziehungen zwischen den USA und der benachbarten Karibikinsel aufgrund zahlreicher politischer und wirtschaftlicher Interessen immer stärker miteinander verwoben. Als im Februar 1895 die kubanischen Unabhängigkeitsbestrebungen erneut in einen bewaffneten Konflikt mündeten, verfolgte man auf US-Seite diese Entwicklung mit grösster Aufmerksamkeit.<sup>41</sup> Das besondere Augenmerk richtete

<sup>36</sup> Vor allem Davide Rodogno bettet diese Interventionen in den Kontext der „Orientalischen Frage“ ein. Vgl.: D. Rodogno, *op. cit.*

<sup>37</sup> Generalakte der Brüsseler Antisklaverei-Konferenz vom 2. Juli 1890, in: Wilhelm G. Grewe (Hg.), *op. cit.*, Bd. 3/1, S. 386-395.

<sup>38</sup> Zur Verknüpfung von Intervention und Imperialismus vgl. auch: J. Osterhammel 2001, *op. cit.*, S. 283-321.

<sup>39</sup> Zur Verbindung von Völkerrecht und imperialer Machtentfaltung vgl.: M. Koskeniemi, *op. cit.*, S. 98-178; Antony Anghie, *Imperialism, Sovereignty and the Making of International Law*, Cambridge 2005; Andrew Fitzmaurice, «Liberalism and Empire in Nineteenth-Century International Law», in: *The American Historical Review*, 117, 1 (2012), S. 122-140; M. Mazower, *op. cit.*, S. 83-93.

<sup>40</sup> Für die Monroe Doktrin vom 2. Dezember 1823 vgl.: Wilhelm G. Grewe (Hg.), *op. cit.*, Bd. 3/1, S. 212-214. Zur Bedeutung der Monroe Doktrin vgl.: Jay Sexton, *The Monroe Doctrine. Empire and Nation in Nineteenth-Century America*, New York 2011.

<sup>41</sup> Zu den kubanischen Unabhängigkeitskriegen vgl.: Ada Ferrer, *Insurgent Cuba. Race, Nation and Revolution, 1868-1898*, Chapel Hill/ London 1999; J. L. Tone, *War and Genocide in Cuba, 1895-1898*, Chapel Hill 2006.

sich in den Vereinigten Staaten auf die brutale Repressionspolitik Madrids gegen die kubanische Zivilbevölkerung. Um die aufständischen Guerilleros von ihrer Nachschubbasis und ihrer Unterstützung aus der Zivilbevölkerung abzuschneiden, befahl der spanische Generalkapitän Valeriano Weyler, die Landbevölkerung der Insel in abgesperrten Räumen in der Nähe befestigter Orte zu „rekonzentrieren“. Dieser „Rekonzentrationsbefehl“ führte dazu, dass zwischen 400'000 und 600'000 Menschen in völlig überfüllten „Rekonzentrationszonen“ unter desaströsen hygienischen Bedingungen zusammengepfercht wurden, von denen schätzungsweise 90'000 bis 200'000 an Hunger und Krankheiten starben.<sup>42</sup>

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung und dem damit verbundenen wachsenden öffentlichen Druck begann die US-Regierung gegen die „unzivilisierte Kriegsführung“ auf Kuba zunächst bei der spanischen Regierung mehrmals diplomatischen Protest einzulegen.<sup>43</sup> Allen voran US-Präsident William McKinley griff humanitäre Motive auf, mit denen er schliesslich im April 1898 den US-Kongress um die Entsendung von US-Truppen ersuchte.<sup>44</sup> Das erklärte Ziel der US-Regierung war die unverzügliche Aufhebung des „Rekonzentrationsbefehls“, die Umsetzung von humanitären Hilfeleistungen an die notleidende Bevölkerung und die Wiederherstellung des Friedens auf der benachbarten Karibikinsel. In seiner Botschaft an den US-Kongress sah McKinley eine gewaltsame Intervention seines Landes eindeutig gerechtfertigt und bezog dabei ausdrücklich die historischen Interventionsfälle mit ein: „The forcible intervention of the United States as a neutral to stop the war, according to the large dictates of humanity and following many historical precedents where neighboring States have interfered to check the hopeless sacrifices of life by internecine conflicts beyond their borders, is justifiable on rational grounds.“<sup>45</sup> Neben der Wahrung eigener Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen sowie dem Schutz von Leben und Eigentum der kubanischen Bevölkerung führte er explizit humanitäre Gründe für eine gewaltsame Pazifizierung des Konfliktes auf, was er abschliessend signifikant mit den Worten zusammenfasste: „The only hope of relief and response from a condition which can no longer be endure is the enforced pacification of Cuba. In the name of humanity, in the name of civilization, in behalf of endangered American interests which give us the right and the duty to speak and to act, the war in Cuba must stop.“<sup>46</sup> In seiner Argumentation erhielt der US-Präsident auch die Unter-

---

<sup>42</sup> Zur Rekonzentrationspolitik Weylers vgl.: Andreas Stucki, *Aufstand und Zwangsumsiedlung. Die kubanischen Unabhängigkeitskriege 1868-1898*, Hamburg 2012.

<sup>43</sup> Jules R. Benjamin, *The United States and the Origins of the Cuban Revolution*, Princeton 1990, S. 40-45.

<sup>44</sup> Louis S. Pérez, *The War of 1898. The United States & Cuba in History & Historiography*, Chapel Hill/ London 1998, S. 40-41; Mike Sewell, Humanitarian Intervention, Democracy, and Imperialism: The American War with Spain, 1898, and After, in: Brendan Simms, D. J. B. Trim (Hg.), *Humanitarian Intervention. A History*, Cambridge/ New York 2011, S. 303.

<sup>45</sup> Message of the President of the United States communicated to the Two Houses of Congress on the Relations of the United States to Spain by Reason of Warfare in the Island of Cuba, 11. April 1898, in: *H.doc.405, 55th Congress, 2nd Session*, S. 10-11.

<sup>46</sup> *Ibid.*, S. 13.

stützung des einflussreichen *Committee on Foreign Relations* des US-Senats. Dieses griff in seinem eigenen Bericht zur Situation auf Kuba ebenfalls die historischen Präzedenzfälle des wiederholten Eingreifens der europäischen Grossmächte im Osmanischen Reich namentlich auf, verwies dabei ausdrücklich auch auf den Standpunkt renommierter Völkerrechtler wie Wheaton, Bluntschli, Arntz und befürwortete abschliessend mit grossem Nachdruck die Militärintervention gegen Spanien.<sup>47</sup>

Die Folge war der Ausbruch des Spanisch-Amerikanischen Krieges am 25. April 1898, der nach wenigen Monaten mit der vernichtenden Niederlage Spaniens endete.<sup>48</sup> Kuba erlangte daraufhin zwar formell seine staatliche Unabhängigkeit, geriet aber in der Folgezeit in die völlige politische Abhängigkeit der Vereinigten Staaten, die die Karibikinsel faktisch wie ein Protektorat verwalteten. Die US-Militäroperationen beschränkten sich allerdings nicht nur auf den kubanischen Kriegsschauplatz, um dort wie vorgegeben im Namen der Menschlichkeit einen Krieg und eine humanitäre Krise zu beenden. Washington nutzte vielmehr die günstige Gelegenheit, auch die verbliebenen spanischen Besitzungen Puerto Rico, Guam und die als Sprungbrett nach China heissbegehrten Philippinen zu erobern und somit seinen Machtbereich von der Karibik bis in den Pazifik signifikant auszudehnen. Der mit dem Verweis auf die europäischen Vorbilder und auf das Völkerrecht als humanitäre Intervention legitimierte Militäreinsatz gegen Spanien entwickelte sich auf den Philippinen zu einem regelrechten Imperialkrieg gegen die philippinische Unabhängigkeitsbewegung, der bis 1913 andauerte und schätzungsweise weit über 250'000 Tote in der philippinischen Zivilbevölkerung forderte.<sup>49</sup> Der als „humanitäre Intervention“ begonnene Krieg gegen Spanien verhalf dem US-Imperialismus letztlich zu seinem entscheidenden Durchbruch und markierte den weltpolitischen Aufstieg der USA.<sup>50</sup>

## Zusammenfassung

Kollektive Militärinterventionen der europäischen Grossmächte konnten im langen 19. Jahrhundert in der Tat als Instrument der internationalen Friedenssicherung die-

---

<sup>47</sup> Report of the Committee of Foreign Relations, United States Senate Relative to Affairs in Cuba, 13. April 1898, in: *S.rp.885, 55th Congress, 2nd Session*, S. x-xi, S. xiii-xvii.

<sup>48</sup> Zum Spanisch-Amerikanischen Krieg und seinem Verlauf siehe: David F. Task, *The War with Spain in 1898*, Lincoln/ London 1996; Joseph Smith, *The Spanish-American War. Conflict in the Caribbean and the Pacific, 1895-1902*, London/ New York 1994.

<sup>49</sup> Zur brutalen US-Kriegsführung siehe vor allem: Richard E. Welch Jr, «American Atrocities in the Philippines: The Indictment and the Response», in: *Pacific Historical Review* 43, 2 (1974), S. 233-253; Frank Schumacher, „Niederbrennen, plündern und töten sollt ihr“: Der Kolonialkrieg der USA auf den Philippinen (1899-1913), in: Thoralf Klein, Frank Schumacher (Hg.), *Kolonialkriege. Militärische Gewalt im Zeichen des Imperialismus*, Hamburg 2006, S. 109-144.

<sup>50</sup> Philip S. Foner, *The Spanish-Cuban-American War and the Birth of American Imperialism, 1895-1902*, Bd. 1: 1895-1898 und Bd. 2: 1898-1902, New York 1972; David Healy, *US Expansionism. The Imperialist Urge in the 1890s*, Madison/ London 1970; John Darwin, *Der imperiale Traum. Die Globalgeschichte grosser Reiche 1400-2000*, Frankfurt/ New York 2010, S. 304-305.

nen. Dabei kam es häufig zur Verschmelzung der Motive einer internationalen Friedenssicherung und dem Schutz neu entstehender humanitärer Normen. Wie die Beispiele des Kampfes gegen den afrikanischen Sklavenhandel sowie die Interventionen in Griechenland und in Syrien zeigen, konnte das gemeinsame Eingreifen in der Tat schwere humanitäre Krisen beenden, weitere Massaker an der Zivilbevölkerung verhindern, Kriegsparteien erfolgreich trennen und eine neue Friedensordnung etablieren. Renommierten Völkerrechtsgelehrten diente dies wiederum als Präzedenzfälle für die Herleitung einer Doktrin der humanitären Intervention, die sich im Völkerrecht und der internationalen Politik allmählich etablierte. Diese Interventionspraxis war gleichzeitig aber auch von den geostrategischen und imperialen Interessen der Grossmächte bestimmt, sei es in Bezug auf das Osmanische Reich oder in Afrika. Das Fallbeispiel Kuba wiederum macht deutlich, dass dieses Konzept auch weltpolitischen Neankömmlingen wie den aufstrebenden USA als Einfallstor imperialer Projekte dienen konnte. Der Verweis auf das Völkerrecht und die vermeintliche Friedenssicherung auf der benachbarten Karibikinsel lieferte den Vereinigten Staaten eine Kriegsbegründung zur Umsetzung ihrer imperialen Expansion. Der Schutz bedrohter Friedensordnung und humanitärer Normen einerseits sowie die Verfolgung imperialer Ziele andererseits spiegelt somit die Janusköpfigkeit der Interventionspraxis im langen 19. Jahrhundert wider.

# Die Folgen des Krieges erkennen, um ihn zu vermeiden

## Historische Friedensforschung von Johann von Bloch

Jörg Plass

Das ausgehende 19. Jahrhundert wurde von zwei diametral entgegengesetzten Geistesströmungen bestimmt. Auf der einen Seite führte das wachsende nationale Bewusstsein zu einem imperialistischen Wettbewerb zwischen den grossen europäischen Nationen. In diesem war der Krieg nicht nur im Clausewitz'schen Sinne als politisches Mittel anerkannt, sondern entwickelte im Militarismus<sup>1</sup> zugleich eine eigene Dynamik, die in der Verehrung alles Martialischen ihren Höhepunkt fand. Auf der anderen Seite entfaltete sich aus dem Bildungsbürgertum und aus sozialistischen Kreisen zum Ende des Jahrhunderts eine pazifistische Bewegung.<sup>2</sup> Diese zweigleisige Entwicklung endete mit dem Ersten Weltkrieg schlagartig. Die Friedensbestrebungen der pazifistischen Bewegung fanden ihr jähes Ende und die Ergebnisse der Haager Friedenskonferenzen, die ohnehin schon den kleinsten Nenner der Völker darstellten, wurden weitestgehend zum Spielball des Krieges.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Unter dem Begriff des Militarismus, der in der Forschung durchaus unterschiedliche Ausprägungen findet, sei hier am ehesten die Auslegung Gerhard Ritters verstanden. Dieser bezeichnet den Militarismus als eine „Übersteigerung und Überschätzung des Soldatentums“, die zu einem Übergewicht der Kriegstechnik gegenüber der Staatskunst führten. Gerhard Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des ‚Militarismus‘ in Deutschland*, Bd. 1-4, München 1954-1968. Hier Bd. 1: *Die altpreussische Tradition 1740-1890*, S. 13. Über Ritters Definition hinaus soll hier der Militarismus aber auch in seiner sozialen Komponente verstanden werden. Diese äusserte sich in einem Einbezug des Bürgertums in traditionelle Militarisierungsbestrebungen, der damit auch dem Machterhalt der konservativen Eliten, also dem Adel und dem ‚feudalisierten‘ Bürgertum diene. Dabei trennt sich das militaristische Phänomen jedoch in einen konservativen Militarismus, der das Militärische als höchstes Gut zum Erhalt des Staates bewertete, und in einen bürgerlichen Militarismus, der im Militarismus den Zweck zum Ausbau nationalistischer und imperialistischer Interessen sah. Vgl. hierzu: Stig Förster, *Der doppelte Militarismus. Die Deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-Quo, Sicherung und Aggression 1890-1913*, Stuttgart 1985, hier S. 1-8.

<sup>2</sup> Zur Charakterisierung, Definition und Geschichte der ‚Bürgerlichen Friedensbewegung‘: Beatrix Kempf, «Beginn und Geschichte der bürgerlichen Friedensbewegung 1815-1918», in: *Wiener Blätter zur Friedensforschung* 24/25 (1980), S. 67-73.

<sup>3</sup> Die Ergebnisse der Haager Friedenskonferenzen, ihre Entstehungsgeschichte und ihr Einfluss in: Jost Dülffer, *Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in der internationalen Politik*, Berlin/ Frankfurt a. M./ Wien 1981.

Bloch war einer der ersten Forscher, der im Vorfeld dieser Ereignisse die Folgen eines möglichen Krieges in ernüchternd prognostischer Weise untersucht und dargestellt hatte, um Not und Elend und damit letztlich die Ursachen von Revolutionen abzuwenden. Damit legte er eine wesentliche Basis für die Friedensbewegungen in Europa. Diese trat angesichts der prognostizierten Folgen eines Krieges über alle europäischen Grenzen hinweg für die friedliche Beilegung von zwischenstaatlichen Konflikten und für eine Regulierung der Kriegshandlungen ein und forderte eine konstante multilaterale Abrüstung.<sup>4</sup> Der folgende Aufsatz beschäftigt sich mit den wesentlichen Schlussfolgerungen Blochs, stellt sie in den zeitgenössischen Kontext ihres Scheiterns und wirft damit einen Blick auf die Bedeutung und Umsetzung historischer Friedensforschung.

Denn trotz aller sowohl aus den pazifistischen als auch aus den militärischen Kreisen stammenden Kriegsvisionen, denen fast allen gemeinsam war, dass ein Kriegsausbruch zwischen den europäischen Nationen mit dem Öffnen der Büchse der Pandora gleichzusetzen sei, kam es zum Ausbruch der Feindseligkeiten. Und in vielen Punkten entsprach das Bild des Krieges dann genau den Schrecken erregenden Zukunftsvisionen vieler Zeitgenossen.<sup>5</sup>

### Blochs Werk zum Krieg der Zukunft

Ein in ganz Europa grundlegendes Werk zum Zukunftskrieg<sup>6</sup> war das heute nur noch wenig bekannte, monumentale Werk Johann von Blochs<sup>7</sup> ‚Der Krieg‘.<sup>8</sup> Bloch erschuf

<sup>4</sup> Vgl. zu dieser Entwicklung insbesondere für die deutsche Gesellschaft: Roger Chickering, *Imperial Germany and a World Without War. The Peace Movement and German Society 1892-1914*, Princeton 1975. Vgl. weiterhin als Überblick über die Gesellschaft der Vorkriegszeit: Barbara W. Tuchmann, *Der stolze Turm. Ein Portrait der Welt vor dem Ersten Weltkrieg 1890-1914*, München/ Zürich 1969.

<sup>5</sup> Die zwischen Technikoptimismus und kulturellem Fortschritt aber auch sozialer Frage und Kriegsanst gefangenen Gesellschaften der Jahrhundertwende werden gut in ihren unterschiedlichen Facetten in Ute Freverts Sammelband charakterisiert: Ute Frevert (Hg.), *Das Neue Jahrhundert. Europäische Zeitdiagnosen und Zukunftsentwürfe um 1900*, Göttingen 2000.

<sup>6</sup> So kommt Jutta Birmele zu dem Schluss, dass Blochs Werk für einen Teil der pazifistischen Bewegung geradezu als ‚Bibel‘ zu bezeichnen sei. Jutta Birmele, *Bloch's Influence Among the German Anti-War Dissidents*, in: Gwyn Prins, Hylke Tromp (Hg.), *The Future of War*, The Hague 2000, S. 101-108, hier S. 101.

<sup>7</sup> Blochs eigentlicher Geburtsname war Jan Gottlib Bloch. Er veröffentlichte seine Werke unter unterschiedlichen Namen abhängig vom Ort der Publikation: in Frankreich: Jean de Bloch, in England: John Bloch und in Russland in kyrillischer Entsprechung: Ivan Stanislavovič Blioch. Das neueste ausführliche Werk zu Bloch, seiner Biographie und seinem Lebenswerk ist der Sammelband von: Walter Troxler, Daniela Walker, Markus Furrer (Hg.), *Jan Bloch und das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern*, Wien 2010.

<sup>8</sup> Blochs sechsbändiges Hauptwerk über den Krieg der Zukunft entstand aus einer Reihe von Aufsätzen zur militärischen Entwicklung und ihrer ökonomischen und politischen Bedeutung. Die sechs einzelnen Bände gliedern sich in folgende Titel:  
Bd. 1            Beschreibung des Kriegsmechanismus.  
Bd. 2            Der Landkrieg.

auf der Basis statistischer Angaben über Waffenentwicklung und Armeegrößen sowie strategischer, politischer und wirtschaftlicher Konzeptionen ein völlig neues Bild vom Krieg der Zukunft. Seiner Theorie nach würden der Zukunftskrieg und seine Folgen so schrecklich, dass er als politisches Mittel *unmöglich* sei. Er meinte damit nicht, dass dieser Krieg nicht ausbrechen könne, sondern *unfruchtbar* oder *unsinnig* wäre und wenn er zum Ausbruch käme, dann nur entgegen aller Vernunft.

„Aber in den ersten grossen Kämpfen zwischen den gewaltigen Streitkräften Europas werden die modernen Vernichtungsmittel mit beispielloser Schnelligkeit und auf nicht gesehene Entfernungen solche Geschosse schleudern, deren Splitter eine grosse Fläche einnehmen und jedes Schlachtfeld mit einem breiten Gürtel des unvermeidlichen Verderbens für alles umgeben, was sich innerhalb desselben befindet, um uns in der That zu beweisen, was den Massen bisher noch unbekannt geblieben ist.“<sup>9</sup>

Blochs Intention war es daher, die Öffentlichkeit über die Veränderungen im Kriegswesen aufzuklären und dadurch die öffentliche Meinung im pazifistischen Sinne zu beeinflussen.<sup>10</sup> Die Lektüre Blochs offenbart genau in diesem Sinne, dass sich die neue Qualität des Krieges bereits vor dem Zeitalter der Weltkriege abzeichnete. Insofern kann Jost Dülffers Frage in seinem Werk über die Haager Friedenskonferenzen nachvollzogen werden, wie es zu diesem Krieg kommen konnte, obwohl der Kriegsverlauf, seine sozialen Kosten und Folgen für die innere Umgestaltung aller beteiligten Staaten so hoch waren, dass wohl keine Macht diese auf sich genommen hätte, wenn sie zuvor im vollem Umfang bekannt gewesen wären.<sup>11</sup> Gerade die prognostische Berechnung dieser Folgen aber hatte Bloch zu dem Schluss gebracht, dass ein Krieg ein völlig *unmögliches* Verhalten für jeden Staat wäre. Und dennoch kam es

---

Bd. 3	Der Seekrieg.
Bd. 4	Die ökonomischen Erschütterungen und materiellen Verluste des Zukunftskrieges.
Bd. 5	Die Bestrebungen zur Beseitigung des Krieges. Die politischen Konflikts-Ursachen und die Folgen der Verluste.
Bd. 6	Der Mechanismus des Krieges und seine Wirkungen. Die Frage vom internationalen Schiedsgericht.

Johann von Bloch, *Der Krieg: Übersetzung des russischen Werkes des Autors: Der zukünftige Krieg in seiner technischen, volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung*, Berlin 1899.

Leider mangelt es dem Werk an einem Index oder Sachregister. Siehe zur leichteren Nutzung: Alfred H. Fried, «Sachregister zu Johann von Bloch's ‚Der Krieg‘», in: *Die Friedenswarte* 7, 5 (1905), S. 91-98.

<sup>9</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 2, S. 326-327.

<sup>10</sup> Bloch war davon überzeugt, dass die öffentliche Meinung unmittelbaren Einfluss auf die Politik der Staaten ausübte und dass ohne eine kriegsbegeisterte Öffentlichkeit kein Staat einen Krieg beginnen könnte. Wenn aber die öffentliche Meinung von der Sinnlosigkeit und den Schrecken eines künftigen Krieges überzeugt wäre, würden die Regierungen gezwungen sein, andere Wege zur Lösung der internationalen Streitigkeiten einzuschlagen. Dies wäre dann die Stunde internationaler Schiedsgerichte. Vgl. hierzu: J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 1, S. XVIII und S. XXIII; Bd. 5, S. 28; Bd. 6, S. 351-353.

<sup>11</sup> J. Dülffer, *op. cit.*, S. 7-9. Dabei muss auch Dülffers Frage, ob sich diese neue Qualität des Krieges bereits zum Zeitpunkt der Konferenz abzeichnete, unbedingt bejaht werden.

zu diesem Krieg. Blochs Anliegen, die Öffentlichkeit aller Staaten und deren Regierungen darauf aufmerksam zu machen, dass der Krieg der Zukunft *unmöglich* geworden war, scheiterte trotz der Haager Friedenskonferenz letztendlich am Geist der Zeit.<sup>12</sup>

Grundlegend für den Zeitgeist war der Wandel von einer staaterhaltenden Haltung der konservativen Militärs zum offensiven, imperialistischen Verständnis der jungen Entscheidungsträger militärischer Gewalt.<sup>13</sup> Dieses Phänomen mag eine Übereinstimmung ähnlicher Ansichten über die Gefahren eines Zukunftskrieges der konservativen Militärs wie Moltke oder von der Goltz mit den Ansichten Blochs erklären. Gleichzeitig verdeutlicht es die Ablehnung der Bloch'schen These von den militaristisch geprägten Zeitgenossen.<sup>14</sup> In der Blochs Werk nachfolgenden Debatte offenbarte sich dieser Zeitgeist, der von der gespannten Atmosphäre der Vorkriegszeit zeugt. Sich selbst und ihre Entwicklung kaum reflektierend, steuerten die europäischen Nationen auf einen Krieg mit den Ausmassen des Weltkrieges zu.<sup>15</sup>

Obwohl die zeitgenössische Debatte um den Zukunftskrieg und um Blochs Werk durchaus von höchster Intensität und grossem Einfluss auf das Kriegsbild der Jahrhundertwende war, haben Blochs Werke und die aus der Debatte hervorgegangenen Veröffentlichungen als historische Quellen nur wenig Beachtung gefunden. Dabei sind diese von hoher Aussagekraft im Hinblick auf die militärische, soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung der 1890er Jahre.

### **Bloch und die pazifistische Bewegung**

Bloch lehnte den Krieg aus menschlichen und moralischen Gründen ab, da er aus ärmlichen Verhältnissen stammend das Leid der armen Bevölkerung im kriegsgebeutelten Kongresspolen kennengelernt hatte. Nach seinem kometenhaften Aufstieg zu einem der reichsten Unternehmer Russlands hatte er mit seinem Eisenbahnbau von St. Petersburg nach Warschau dem russischen Militär ein Mittel zum Transport von Truppen und Material zur Niederschlagung des polnischen Aufstands an die Hand gegeben. Aufgrund dieser Erfahrung konnte er ein umfassendes Verständnis des industrialisierten Krieges entwickeln. In seiner Rolle als logistischer Unternehmer und

---

<sup>12</sup> Zum Zeitgeist siehe beispielhaft die Aufsätze in: U. Frevert, *op. cit.* Zur Einstellung der Militaristen siehe beispielhaft: Jost Dülffer, Karl Holl (Hg.), *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914*, Göttingen 1986.

<sup>13</sup> Detlef Bald, Zum Kriegsbild der militärischen Führung im Kaiserreich, in: J. Dülffer, K. Holl, *op. cit.*, S. 146-160.

<sup>14</sup> Zu diesen unterschiedlichen Formen des Militarismus: Jost Dülffer, *Im Zeichen der Gewalt. Frieden und Krieg im 19. und 20. Jahrhundert*, Köln/ Weimar/ Wien 2003. Und in Gänze der bereits erwähnte: S. Förster, *op. cit.*

<sup>15</sup> Zum Kriegsbild und zur Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkrieges und seiner Vorzeit: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München/ Zürich 1994.

Baumagnat erlebte er den Krieg und seine Folgen sowohl in Polen als auch auf dem Balkan.<sup>16</sup>

Da Bloch vornehmlich als Nationalökonom gesehen werden muss, der alle Folgen eines Krieges aus diesem Blickwinkel betrachtete, wird auch seine sachliche Rechnung über die Kosten und Verluste eines zukünftigen Krieges verständlich. Durch seine gesellschaftliche Stellung hatte Bloch einen guten Einblick in die Industrialisierung und die technische Vervollkommnung. So entwickelte er eine klare Vorstellung von der Bedeutung, die die Modernisierung für die neuen Millionenheere mit sich brachte und von der daraus folgenden Gestalt des Krieges der Zukunft. Diese Erkenntnisse machten ihn im Alter zu einem starken Verfechter der Friedensbewegung.

Bloch meinte beobachtet zu haben, dass der Krieg bisher nur von wenigen Gelehrten und Philanthropen abgelehnt wurde. Zwar gäbe es auch einige Diplomaten, die denselbigen ablehnten, aber der Krieg wäre noch lange nicht aus dem politischen Leben und der zivilisierten Welt beseitigt. Dies habe seine Ursache vor allem darin, dass die Schrecken des Krieges bisher nur von wenigen erkannt wurden.<sup>17</sup>

Vor diesem Hintergrund erlangte Blochs Werk entscheidende Bedeutung für die Friedensbewegung in Europa.<sup>18</sup> Es soll den Zaren in einem pazifistischen Sinne beeinflusst haben und so unter anderem ursächlich für die Einberufung der Haager Friedenskonferenz gewesen sein.<sup>19</sup> Auf der Konferenz selber traten Bloch und seine Unterstützer dann geradezu als *pressure group* auf.<sup>20</sup>

Die Botschaft des ‚Zukünftigen Krieges‘ war dabei mit zwei positiven Effekten für die Friedensbewegung verknüpft. Erstens konnte anhand der Schrift nun die Diskussion um den Krieg belebt und vor allem die eigene ablehnende Haltung erklärt werden. Zweitens forderte das Werk über seine rein fachliche Untersuchung zu einem praktizierten Pazifismus auf. Ein jeder sollte die Welt darüber aufklären, dass der Krieg als politisches Mittel *unmöglich* geworden wäre und dass andere Lösungen

<sup>16</sup> Zur Genese des Werkes von Bloch über den Zukunftskrieg und seiner Motivation siehe auch: Andrzej Werner, Bloch the Man: a Biographical Appreciation, in: Gwyn Prins, Hylke Tromp (Hg.), *The Future of War*, The Hague 2000, S. 85-100, hier S. 94-96. Bei der Beantwortung der Frage, warum Bloch die letzten zehn Jahre seines Lebens der Friedensforschung gewidmet hat, kommt Kolodziejczyk zum Schluss, dass tiefe eigene Reflektion aufgrund seiner Lebenserfahrung ihn den Krieg und seine Folgen ablehnen liessen. Ryszard Kolodziejczyk, *Jan Bloch (1836-1902). Szkic do Portretu „Króla Polskich Kolei“*, Warszawa 1983, S. 213.

Siehe auch: Andrzej Zor, Der Gründer Jan Gottlieb Bloch (1836-1902), in: Walter Troxler, Daniela Walker, Markus Furrer (Hg.), *Jan Bloch und das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern*, Wien 2010, S. 17-44.

<sup>17</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 5, S. 3; Bd. 6, S. 155.

<sup>18</sup> R. Chickering, *op. cit.*, S. 387-410. Siehe auch: J. Birmele, *op. cit.*, S. 101-108.

<sup>19</sup> Peter van den Dungen, *The Making of Peace: Jean De Bloch and the First Hague Peace Conference*, Los Angeles 1983. Siehe ebenfalls: ders., From St. Petersburg to The Hague: Bloch and the First Hague Peace Conference (1899), in: Gwyn Prins, Hylke Tromp (Hg.), *The Future of War*, The Hague 2000, S. 69-84.

<sup>20</sup> Manfred Sapper, «Den Krieg überwinden. Jan Bloch: Unternehmer, Publizist, Pazifist», in: *Osteuropa* 58, 8-10 (2008), S. 303-312.

gesucht werden müssten. Diese Einsicht sollte die Öffentlichkeit und mit ihr die Regierungen zwingen, internationale Streitfragen durch ein Schiedsgericht lösen zu lassen. So sollte dann auch eine Abrüstung herbeigeführt werden können.

Vor diesem Hintergrund begrüßten Pazifisten wie Alfred Fried, Baronin Bertha von Suttner, Alfred Nobel und die englischen Publizisten William T. Stead und Herbert G. Wells Blochs Werk. Sie feierten die endgültige Entlarvung des Krieges als „flammendes Menetekel“<sup>21</sup>, das sich der europäischen Gesellschaft zeigte.

### **Blochs Methodik – eine historische ‚Historische Friedensforschung‘**

„Unter den heutigen Lebens- und Kriegsbedingungen [...] wäre es ein frevelhafter Leichtsin, ein Verbrechen geradezu, sich in einen Krieg zu stürzen, ohne alle jene Begleiterscheinungen und Folgen des Völkerkampfes im eigenen und fremden Staate sich klargemacht zu haben.“<sup>22</sup>

Die Folgen eines Krieges liessen sich nach Ansicht Blochs nur nach genauem Studium des gesamten Kriegsapparates bestimmen. Hierzu gäbe es aber kein Werk, das diesen eingehend und auf dem neusten Entwicklungsstand charakterisierte. Daher hätte er sich zunächst auf die direkten militärischen Quellen gestützt, namentlich die Vorschriften, Reglements, Strategie- und Taktiklehrbücher der modernen Armeen. Hier aber hätte sich die Schwierigkeit ergeben, dass keinerlei Übereinstimmungen der Inhalte und Theorien zwischen den unterschiedlichen Vorschriften der einzelnen Länder gefunden werden konnten. Darüber hinaus hätten sich sogar innerhalb eines Landes deutliche Differenzen zwischen den Ansichten gefunden, wie ein moderner Krieg zu führen wäre. Die verschiedenen Bilder vom Krieg der Zukunft führten daher zu den unterschiedlichsten Schlussfolgerungen für die Taktik und Strategie.<sup>23</sup> Die militärischen Fachkenner, so Bloch, würden ihre Kenntnisse entweder aus den alten Kriegen oder aus Manövern schöpfen. Beides jedoch erscheine in keiner Weise kompatibel, um den Krieg der Zukunft zu beleuchten. Zudem könnten die aktiven Militärs im Hinblick auf ihre Stellung nicht alle ihre Ansichten äussern. Die Techniker wiederum könnten zwar die Waffen entwickeln, aber keinesfalls deren militärischen Einsatz oder seine Folgen bestimmen.<sup>24</sup>

Darum entwickelte Bloch seine Methodik so, dass er aus den militärischen Vorschriften und aus genauen Angaben über die Quantität und Qualität der Bewaffnung der einzelnen Staaten berechnete, was diese im Einsatz für Folgen nach sich

---

<sup>21</sup> Alfred H. Fried, *Die Grundlagen der Modernen Wirtschaft und der Krieg*, Esslingen 1902, S. 32.

<sup>22</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 1, S. XVIII.

<sup>23</sup> Laut Bloch gab es keinerlei allgemeingültige Gesetze oder Theorien für den Krieg der Zukunft und somit auch keine festgelegten Methoden für das Verfahren der Truppen in zukünftigen Kriegen. Daher würden so viele, sich auch widersprechende Theorien aufgestellt und deswegen sei er selbst bemüht, aus der Schilderung all dieser Theorien, dem Leser mit einer möglichst genauen Datenangabe und selbst abgeleiteten Schlussfolgerungen das Bild des Krieges der Zukunft näher zu bringen. Siehe hierzu: J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 2, S. 211-212; Bd. 6, S. IX.

<sup>24</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 1, S. XXIV-XXV.

ziehen könnten.<sup>25</sup> Diese Berechnungen machen den militärtechnischen Teil der Arbeit aus. Anschliessend begann Bloch, die unmittelbaren sozialen und wirtschaftlichen Folgen eines solchen Krieges zu berechnen. Darüber hinaus nahm er auch die einen Krieg und sein Erscheinungsbild bestimmenden Themenfelder der Propaganda, sowohl der pazifistischen als auch der militaristischen, die Bedeutung der Bevölkerungszunahme, die politischen Ursachen internationaler Streitfragen, die Frage von den vermutlichen Menschenverlusten und die Frage nach den sanitärtechnischen Folgen in seine Untersuchung auf. Letztlich wurden alle diese Felder in einer Abschlussuntersuchung zusammengefasst, um einen Vorschlag zu einer alternativen Lösung, namentlich dem internationalen Schiedsgericht zu geben.<sup>26</sup>

Bloch verfuhr dabei als einer der ersten Friedensforscher nach einer rein wissenschaftlichen, statistischen Methode. J. David Singer beschreibt dieses Analyseverfahren als die „Szientifische Methode“. Diese teilt sich in drei Schritte, die alle in Ansätzen in Blochs Werk vorgenommen werden. Aus diesem Grund kommt Singer zum Schluss, dass Blochs Werk „die erste wissenschaftliche Behandlung der Internationalen Politik darstellt“<sup>27</sup>.

Diese drei Schritte sind die Sammlung von Faktenwissen, das Erstellen von Korrelationswissen und das abschliessende Explikationswissen.<sup>28</sup> Blochs Argumenta-

---

<sup>25</sup> Als Datengrundlage dienten Bloch in der Regel die Daten des Zwei- und Dreibundes. England taucht seltener auf, ausser im Band über den Seekrieg. Weiterhin führte Bloch häufig ausführliche Beispiele und Daten zu Russland und Polen an. Darüber hinaus sind teilweise auch Daten über die USA, die Türkei, Spanien, Rumänien und Serbien sowie Japan aufgeführt. Diese erscheinen jedoch nur am Rande und nehmen auf seine Argumentation keinen Einfluss. Siehe zum Beispiel: J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 2, S. 142-143.

<sup>26</sup> Dieser methodische Ablauf ist auch anhand der Titel der einzelnen Bände ablesbar. Vgl. Blochs Herleitung: J. Bloch, *op. cit.*, Bd. I, S. XXV-XXVIII.

<sup>27</sup> J. David Singer, «Die Szientifische Methode. Ein Ansatz zur Analyse Internationaler Politik», in: *Politische Vierteljahresschrift* 14, 3 (1973), S. 471-498, hier S. 477. Singer ist jedoch davon überzeugt, dass Bloch mit seinem Werk eine falsche Schlussfolgerung gezogen hätte, da Bloch einen Krieg der Zukunft für unmöglich gehalten hätte und der Krieg ja dann doch eingetreten sei. Demgegenüber sollte angemerkt werden, dass Bloch mit der Unmöglichkeitstheese abschrecken wollte und *unmöglich* im Sinne von nicht rationell verstanden wissen wollte.

<sup>28</sup> Als Beispiel für diese drei Schritte kann bei Bloch folgender Argumentationsvorgang angesehen werden: Das durch Bloch gesammelte Faktenwissen zeigte, dass die Schusswaffe mit einer hohen Geschwindigkeit, eine bestimmte Entfernung, bei einer erhöhten Feuergeschwindigkeit bestreichen konnte. Das Korrelationswissen verknüpfte nun die Treffsicherheit von Schützen unter Einbeziehung schlechterer Ergebnisse durch den Gefechtsstress mit einer grossen, durch Massenproduktion verfügbaren Anzahl an Schüssen, um die Höhe der Wahrscheinlichkeit zu ermitteln, einen angreifenden gegnerischen Schützen zu treffen. Das Explikationswissen offenbarte dann, dass durch die Vervollkommnung der Waffen die Höhe der Wahrscheinlichkeit einen Angreifer zu treffen, mit jedem Meter, den dieser näher kommt, stieg. Dadurch wurde die Wahrscheinlichkeit, diesen Schützen überhaupt zu treffen, bevor er die Stellungen des Verteidigers erreichte, sehr viel grösser als mit den alten Gewehren. Das wiederum bedeutete, dass die Verteidigung aufgrund der Vervollkommnung der Waffen einen grösseren Vorteil hatte und dass deswegen eine Art ‚Todeszone‘ entstehen musste, die kaum ein Angreifer lebend durchschreiten konnte, wenn nicht andere Mittel und Taktiken eingeführt würden als in den früheren Kriegen. J. Bloch, *op. cit.*, Bd. I, S. 5-17.

tionskette brachte dieses Verfahren nicht explizit zum Ausdruck, wandte diese Schritte aber an. Nach der vorgenommenen Analyse der Daten, dem korrelativen Vergleich und dem zumindest plausiblen Explikationsverfahren stellte Bloch allgemeine Schlussfolgerungen über das Kriegsbild der Zukunft auf, die in einem erstaunlichen Masse eingetreten sind. Während sich alle seine, genau nach diesen Schritten vorgenommenen Ableitungen in einer beeindruckenden Weise erfüllt haben, trafen die Prognosen nicht zu, die er dann nicht mehr allgemeingültig, sondern auf die Einzelfälle schlussfolgerte. Diese wurden von so vielen Einzelfaktoren beeinflusst, dass sie kaum mitberechnet werden konnten. Hier sei zum Beispiel auf seine Vorhersagen zu Russland<sup>29</sup> im künftigen Kriege verwiesen. Dieses konnte aus Blochs Sicht am längsten in einem Krieg durchhalten. Diese Schlussfolgerung ist aus seinen methodischen Berechnungen durchaus nachzuvollziehen, traf aber aufgrund der in einem solchen Falle durchaus vielfältigen und einzuschätzenden Einzelfaktoren – in diesem Falle die Revolution – nicht zu.

Es finden also seine allgemeinen Regeln zur Kriegsführung und zum Kriegsbild der Zukunft fast alle ihre Bestätigung – wie noch gezeigt werden wird. Weiterhin sind auch seine Schlussfolgerungen zur Strategie und zur ökonomischen und sozialen Entwicklung des Krieges und des Kriegsausgangs mit seinen Folgen zum grossen Teil eingetreten. Die Schlussfolgerungen, die er jedoch für die einzelnen Staaten zog, haben sich nur teilweise bewahrheitet.<sup>30</sup>

Blochs methodischer Ansatz und seine Prognosen führten nicht nur zu einer zeitgenössischen wissenschaftlichen Kontroverse,<sup>31</sup> sondern werden auch heute noch von Friedensforschung und Geschichtswissenschaft diskutiert. Dabei geht es zum

---

<sup>29</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 4, S. 137-245. Hier kommt Bloch zu folgenden Schlussfolgerungen: Russland habe aufgrund seiner grossen Fläche, seiner grossen Produktion an Nahrungsmitteln und seiner grossen Population am wenigsten von einem Kriege zu befürchten. Die russische Bevölkerung sei weniger abhängig von industrieller Produktion als die westlichen Staaten, da das Land agrarisch geprägt sei. Russland könne auch nach der Okkupation seiner Grenzgebiete und dem Verlust grosser Flächen einen Krieg noch weiterführen und es habe die Fähigkeit, „immerfort neue Armeen aus der Erde hervorzuzaubern“ (J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 4, S. 139). Aus diesen Gründen hält Bloch Russland für „unbesiegt“. Weiterhin kam Bloch zu dem Schluss, dass trotz der guten Grundvoraussetzungen für einen Krieg ein Grossteil der Bevölkerung in Russland Not litt. (J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 4, S. 204-206). Aus diesen Gründen wäre ein Krieg für Russland von grossem Nachteil, da er sowohl die Bevölkerung leiden liesse, als auch der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Landes entgegenstünde und vor allem zu einem finanziellen Zusammenbruch führen könnte, während die westlichen Staaten sich aufgrund der Industrie auch schneller von einem Krieg erholen könnten. (J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 4, S. 230-231).

<sup>30</sup> So ging Bloch zum Beispiel auch davon aus, dass England, wenn es durch U-Boote oder einen Kreuzerkrieg bedroht würde, nur wenige Wochen oder Monate einen Krieg durchhalten könnte. J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 4, S. 250-251; Bd. 3, S. 385, 396.

<sup>31</sup> Diese Diskussion spiegelte sich auf methodischer und methodologischer Ebene zum Beispiel in dem Methodenstreit um den bekannten Historiker Karl Lamprecht, der zeitgleich mit Blochs Forschungen in den Neunziger des 19. Jahrhunderts stattfand. Siehe beispielhaft zum Methodenstreit: Gerald Diesener (Hg.), *Die Methodendebatte der Historiker und die Entwicklung des Rechts- und Staatwissenschaften um 1900: [Vortrag gehalten vor der Karl Lamprecht Gesellschaft Leipzig e. V. am 12. November 1999 von Thomas Duve]*, Leipzig 2000.

einen um die Frage, ob wir aus der Geschichte lernen können. Zum anderen stellt sich die Frage, ob mit der statistisch-empirischen Methode Prognosen erstellt werden können und ob diese Methode für eine ‚Historische Friedensforschung‘ geeignet ist.<sup>32</sup> Bloch beantwortete für sich beide Fragen in einem positiven Sinne und kann damit als Vorläufer der ‚Historischen Friedensforschung‘ bezeichnet werden. Darüber hinaus zog Bloch eben nicht nur aus der historischen Entwicklung seine Schlüsse, sondern arbeitete zudem fächerübergreifend. Somit stellt Blochs Werk eine historische ‚Historische Friedensforschung‘ dar.

### Wesentliche Prognosen Blochs

Mit nur wenigen Beispielen aus den sechs Bänden kann leicht das hohe Mass an zutreffenden Prognosen Blochs aufgezeigt werden.

Bereits zu einer Zeit, in der es kaum erste Flugzeugerprobungen gab, das erste deutsche U-Boot noch nicht gebaut worden war, rauchschwache Pulver gerade erst eingeführt wurden und viele Militärs noch in den Dimensionen der Kabinettskriege dachten, schreibt Bloch beispielsweise zum Luftkrieg: „Wer in der Luft den Herren spielen kann, der hat den Feind in seiner Hand, beraubt ihn durch Zerstörung von Brücken und Wegen der Verkehrsmittel, legt seine Magazine in Asche, versenkt seine Flotte, trägt Verwirrung in die Reihen seiner Armee und vernichtet diese in der offenen Stadt und auf dem Rückzuge.“<sup>33</sup>

Auch den dann tatsächlich eintretenden Stellungskrieg des Ersten Weltkriegs sagte er vorher. So folgerte er, dass je kürzer die Entfernung des Angreifers zu den Stellungen, um so bedeutsamer die Feuergeschwindigkeit des Verteidigers würde. Aufgrund der kurzen Entfernung wären die Ziele schneller anzuvisieren und es gäbe bessere Treffergebnisse. Dadurch würden die Verluste immens erhöht.<sup>34</sup>

„Um die defensiven Positionen bildet sich ein Gürtel von tausend Meter Breite, der für beide Parteien gleich unzugänglich ist und von den Leichnamen der Gefallenen gebildet wird, über welchen tausende von Kugeln und

---

<sup>32</sup> ‚Historische Friedensforschung‘ soll hier nach Wolfram Wette folgendermassen definiert werden: „Das Anliegen dieses Forschungszweiges ist es, historische Gegenstände, die direkt oder indirekt mit dem Problemfeld Krieg und Frieden zusammenhängen, auch unter dem Gesichtspunkt der Friedensverträglichkeit oder Friedensfähigkeit zu betrachten. Durch das Erschliessen friedensrelevanter historischer Gegenstände an Hand der Quellen sollen historische Vorgänge auch hinsichtlich ihrer verschiedenen Erscheinungsformen von Gewalt untersucht werden.“ (Wolfram Wette, *Geschichte und Frieden. Aufgaben historischer Friedensforschung*, Frankfurt a. M. 1987, hier S. 1) Die Diskussion um die Fragen nach der Geschichte als Lehrmeisterin und mit welchen Mitteln Friedensforschung betrieben werden sollte, wird in dieser Einführung ebenfalls ausführlich behandelt. Siehe hierzu vor allem S. 1-11.

<sup>33</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 1, S. 202. Hier zitiert Bloch eine seiner Quellen anhand derer er zu seinen wesentlichen Schlüssen kam.

<sup>34</sup> *Ibid.*, S. 587.

Geschossen sausen, – ein Gürtel, den kein einziges lebendes Wesen zu überschreiten im Stande ist, um den Kampf durch das Bajonett zu entscheiden.“<sup>35</sup>

Auch seine Thesen zum Aufmarsch fanden später ihre volle Bestätigung. So kam Bloch zum Schluss, dass sich eine besonders günstige Verteilung der Truppen für einen offensiven Kriegsbeginn in Deutschland und Frankreich feststellen liesse, wobei vorwiegend bei den deutschen Truppen alles auf einen offensiven Kriegsbeginn im Westen – und dabei auch gegen Belgien – hindeute.<sup>36</sup>

„Wenn man den Militärschriftstellern glauben darf, so ist die Mobilisierung in Deutschland schneller beendet als in Russland und Frankreich. Folglich muss man zugeben, dass im Anfang des Krieges die deutschen Truppen im Verein mit denen, welche Oesterreich und Italien in der ersten Zeit werden stellen können, in bedeutenderer Zahl im Staatsgebiet des Gegners erscheinen werden.“<sup>37</sup>

Der Vorteil einer Mobilisierung läge also beim Dreibund. Dagegen besäße der Zweibund die höhere numerische Stärke an Reserven. Das wiederum bedeutete, dass die Offensive des Dreibundes langfristig aufgehalten werden würde und dann der Krieg sehr lange dauern würde.<sup>38</sup>

Aufgrund der wechselseitigen Beziehungen und Abhängigkeiten der Länder, insbesondere in Wirtschaft und Wissenschaft, gäbe es aber keine eindeutige Überlegenheit einer Nation. Und eine anscheinend überlegene Nation wäre nie stark genug, um schnell gegen einen sich verteidigenden Gegner wesentliche Vorteile zu erringen.<sup>39</sup> Da Bloch für den zukünftigen Krieg den Kampf zwischen Zwei- und Dreibund annahm, ergab sich aus seinen Erwägungen ungefähr die gleiche numerische Stärke

---

<sup>35</sup> Ibid., S. 660.

<sup>36</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 2, S. 28-29; Bd. 2, S. 32-34 zitierte Bloch nach einem anderen Autor. In jedem Falle ist diese Äusserung interessant, da es ja tatsächlich zum Angriff der deutschen Truppen über Belgien kam, der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Werkes noch gar nicht geplant war, da der Schlieffenplan ja erst 1905 entwickelt wurde. Siehe hierzu: Holger Afflerbach, Die militärische Planung des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, in: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München/ Zürich 1994, S. 280-318. Bloch hielt ein Eindringen der französischen Truppen nach Deutschland für unwahrscheinlich. J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 2, S. 639-641.

<sup>37</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 1, S. 523-524. Deutschland könnte, so Bloch, seine Kräfte, innerhalb von drei Tagen die Vorkräfte und nach spätestens sechs Tagen die Hauptkräfte, an der Front haben. In jedem Falle aber würden die deutschen Truppen noch rascher mobilisiert sein als 1870 und immer noch schneller als die französischen Truppen. Siehe auch J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 2, S. 34.

<sup>38</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 1, S. 523. Deutschlands numerische Überlegenheit aufgrund der rascheren Mobilisierung würde aber nur von kurzer Dauer sein und gerade ausreichen, um auf das französische Gebiet vorzudringen, eine Wiederholung der Ereignisse von 1870 wäre aber unwahrscheinlich. J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 2, S. 621. Auch die besondere Bedeutung des Kampfes um befestigte Positionen wurde von Bloch erkannt. So kam er zum Schluss, dass vor jedem weiteren Vordringen der deutschen Truppen Verdun eingeschlossen und vernichtet werden müsste. Ibid., S. 624-625.

<sup>39</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 1, S. 523.

der Truppen und ihrer Kriegsausrüstung für beide Parteien.<sup>40</sup> Um überhaupt eine Chance auf Erfolg zu haben, müssten die Nationen den Krieg der Zukunft mit allen vorhandenen Kräften führen.

Auch für den zukünftigen Seekrieg traf Bloch einige Prognosen. Ein wesentliches Mittel im Seekrieg der Zukunft würden neben den Panzerschiffen die Torpedoboote darstellen.<sup>41</sup> Die Torpedos wären inzwischen so weit entwickelt worden, dass sie unter Wasser abgeschossen und gelenkt werden könnten und damit zur Blockade, Hafensperre, Handelsstörung und vor allem zur Abwehr von Panzerschiffen geeignet wären.<sup>42</sup> Besonders gefährlich sollten dabei nach Meinung Blochs die submarinen Torpedoboote werden.<sup>43</sup> „Wenn auch die Frage, inwiefern die submarinen Boote auch über See eine Verwendung finden werden, eine offene ist, so kann es wohl kaum einem Zweifel unterliegen, dass sie eine sehr gefährliche Waffe in den Händen der eine Blockade ausführenden Schiffe sein können.“<sup>44</sup>

Laut Bloch sollten also die Torpedoboote und Unterwassertorpedoboote den Seekrieg der Zukunft als Handelsbrecher bestimmen, da sie die Häfen unbemerkt verlassen und die feindliche Küste anlaufen könnten.<sup>45</sup> Die Bevölkerungszunahme und die grosse Nachfrage an qualitativ guter Ernährung hätten aber inzwischen für die meisten europäischen Staaten die Einfuhr von Lebensmitteln über den Seeweg notwendig gemacht. Dies gälte insbesondere für dichtbesiedelte Länder wie Deutschland und England.<sup>46</sup> Ziel der kriegführenden Parteien würde also ein Abschneiden dieser Einfuhr sein.

Am Beispiel des Seekrieges würde sich letztlich zeigen, dass der zukünftige Krieg vor allem ein wirtschaftlicher Kampf würde. Der Hauptkampf würde daher in kriegerischen Operationen gegen Handelsschiffe liegen.<sup>47</sup> Kriegsentscheidend wäre aber immer der Landsieg einer Macht. Der Kampf zwischen den Mächten des Zweibundes würde daher letztendlich im Landkrieg entschieden.

---

<sup>40</sup> Dabei ist natürlich interessant zu beobachten, dass die Mittelmächte im Krieg nicht nur gegen den Zweibund, sondern auch noch gegen Italien und England sowie später den USA zusätzlich standen, von den kleineren anderen Staaten abgesehen. Daher mag nach dem Vorteil der schnelleren Mobilisierung und dem Tragen des Krieges durch den Angriff in das gegnerische Land auch die These des Vorzugs der Verteidigung, in deren Rolle sich die Mittelmächte dann der eigentlich drückenden materiellen und personellen Überlegenheit erwehren mussten, Geltung finden. Weiterhin zeigte sich anhand dieser Tatsache auch, dass Blochs These vom sich Abwechseln von Angriff und Verteidigung bis zum Kriegsende richtig war.

<sup>41</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 3, S. 75-76; Bd. 6, S. 105-107.

<sup>42</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 3, S. 82-84, 87-89.

<sup>43</sup> Bloch nahm an, dass die U-Boote bis zum Krieg technisch so vervollkommen würden, dass sie einsetzbar seien. *Ibid.*, S. 293.

<sup>44</sup> *Ibid.*, S. 116-118, 125; Bd. 6, S. 110.

<sup>45</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 3, S. 211-213.

<sup>46</sup> *Ibid.*, S. 346-347.

<sup>47</sup> *Ibid.*, S. 400-401.

## Blochs Vision wird wahr

Während Bloch in seinen Bildern das Damoklesschwert des künftigen Krieges über Europa schweben liess, kam es in Südafrika zum Krieg zwischen den englischen Kolonialtruppen und den Buren.<sup>48</sup> Dieser Krieg wurde aufmerksam von der europäischen Öffentlichkeit beobachtet. Kurz nach dem Ende der Haager Friedenskonferenz gab es also schon wieder Krieg. Obwohl die englischen Truppen dem Burenheer sowohl quantitativ als auch qualitativ um ein Vielfaches überlegen waren, zog sich der Krieg über mehrere Jahre hin. Er brachte den Engländern zwar den endgültigen Sieg, aber durchaus auch empfindliche Niederlagen. Aus diesen Gründen führte der Krieg zu einem Wiederaufleben der Diskussion um den ewigen Frieden und über den möglichen Krieg der Zukunft.

Bloch selbst fand seine Vorhersagen bestätigt und veröffentlichte über diese Thematik einen Aufsatz in der ‚Deutschen Revue‘.<sup>49</sup> Er folgerte aus dem Transvaalkrieg, dass schon eine geringe Anzahl an Truppen durch die veränderte Waffenwirkung einen bedeutenden Vorteil in der Defensive habe.<sup>50</sup> Diese für ihn wichtigste Schlussfolgerung aus dem Transvaal, auf den europäischen Kriegsschauplatz angewandt, bedeutete, dass die Millionenheere „ihren Zweck niemals erfüllen können, denn ehe sie irgend ein Resultat erreicht haben werden, werden die wirtschaftlichen und politischen Kräfte des Landes verbraucht und erschöpft sein“.<sup>51</sup>

Wie sehr Bloch damit recht behalten sollte, wurde im Ersten Weltkrieg recht schnell deutlich. In einem Aufsatz von Herbert G. Wells wurde dies bereits 1916 offenbar.<sup>52</sup> In dem teilweise tendenziös gegen Deutschland gerichteten Text kam Wells aufgrund der Kriegseignisse zu dem Schluss, dass beide Parteien in ihrer Hoffnung, einen Sieg erzwingen zu können, scheitern müssten – vor allem da nach einem zunächst noch mobil geführten Kriege nun beide Parteien einander weitestgehend unbeweglich aufgrund des Vorteiles der Verteidigung gegenüber lagen:

„Letzten Endes war es aber doch unmöglich über Bloch hinwegzukommen, und die Immobilisierung kann heute – wenn man nicht einen plötzlichen Frieden annehmen will – nur durch eine dem Grad nach verschiedene Erschöpfung aller Kriegführenden und durch die endliche Überwindung des am meisten Erschöpften endigen. [...] Wir müssen ein für allemal

<sup>48</sup> Zum Burenkrieg sei hier auf folgenden Sammelband verwiesen: Peter Warwick (Hg.), *The South African War. The Anglo-Boer-War 1899-1902*, London 1980.

<sup>49</sup> Johann von Bloch, «Die Lehren des Transvaalkriegs für Deutschland», in: *Deutsche Revue* 26, 2 (1901), S. 257-278.

<sup>50</sup> *Ibid.*, S. 261-268. Die Bedeutung des Schanzens hätte sich in diesem Krieg auch gezeigt. S. 270-272. Das einzige Mittel, mit dem die Engländer Erfolg gehabt hätten, wären grossangelegte Umgehungen gewesen. Diese wären auf einem europäischen Kriegsschauplatz aufgrund der Grösse der Armeen und der dichten Infrastruktur jedoch unmöglich. S. 272-274.

<sup>51</sup> *Ibid.*, S. 258.

<sup>52</sup> Herbert G. Wells, «Der Krieg Blochs», in: *Die Friedenswarte* 18, 5, (1916), S. 147-149. Vgl. auch: ders., *War and the Future. Italy, France and Britain at War*, London/ New York/ Toronto/ Melbourne 1917. S. 99-101.

unsere Ideen einer definitiven Apotheose nach überlieferten Methoden, wie z. B. siegreicher Einzug in London, Paris, Berlin oder Moskau aufgeben. Das Ende dieses Krieges werden Verhandlungen zwischen den fast immobilisierten und ausserordentlich zerrütteten Gegnern sein.“<sup>53</sup>

Blochs stellte zurecht die These auf, dass der Krieg der Zukunft sich aufgrund der Ausgewogenheit der Kräfte zu einem Zermürbungskrieg entwickeln und von der Nation gewonnen werden sollte, die die grösseren Ressourcen rationeller einzusetzen verstand. Ursächlich hierfür sollten die fortschrittlichere Wissenschaft, Wirtschaft, Industrie und die bessere Nahrungsgrundlage sein. Damit würde die Moral länger aufrechterhalten und dadurch endlich an der Front länger durchgehalten. Zu einem bestimmten Zeitpunkt, an dem der Gegner so geschwächt wäre, dass seine Kriegsgrundlagen und die Armeen zusammenzuberechnen drohten, sollten dann durch diese Nationen die entscheidenden Schlachten erfolgreich beendet werden.<sup>54</sup> Das führte eben auch zu so schwer nachvollziehbaren Plänen wie dem des deutschen Generals von Falkenhayn, der bei Verdun den Gegner zermürben wollte, bis dessen Blutzoll so gross geworden war, dass dann der entscheidende Sieg errungen werden sollte.<sup>55</sup>

Blochs Thesen können vor dem Hintergrund der militärischen Ereignisse vor und im Ersten Weltkrieg retrospektiv bestätigt werden. Der Krieg hatte die von ihm beschriebenen Veränderungen in der Wirkung der Waffen und in der Taktik der einzelnen Waffengattungen mit sich gebracht. Auch der strategische Ablauf stimmte mit der Vorhersage Blochs überein. So fand der Krieg an der Westfront tatsächlich auf französischem Boden statt, und nach den Anfangserfolgen sollte er zu einem Stellungskrieg werden, in dem sich die Parteien in Angriff und Verteidigung abwechselten. Der Krieg war aber auch nicht mehr der Zweikampf von Armeen, sondern Wissenschaft, Industrie und Wirtschaft spielten eine entscheidende Rolle in ihm. Die Entwicklung und der Einsatz neuer Waffen und Hilfsmittel wie Flugzeuge, Panzer oder U-Boote während des Krieges sollten diese Rolle der Wissenschaft verdeutlichen. Die industrielle Produktion und die wirtschaftliche Lage waren für die Staaten von entscheidender Bedeutung, und langfristig sollte sich die Partei als überlegen erweisen, die in all diesen Punkten fortschrittlicher war und über die grösseren Ressourcen verfügte. Der Krieg sollte aber bis dahin ungezählte Opfer fordern und eine wirtschaftliche und moralische Erschütterung aller Staaten mit sich bringen. Durch die Härte, Länge und Grösse dieses Krieges hatte Bloch eben auch jene Erscheinungen wie Hungersnöte, wirtschaftliche Rezession und Revolutionen vorhergesehen.

All diese Aspekte zeigen, dass Bloch im Krieg der Zukunft einen totalen Volkskrieg gesehen hat, zu dem sich der Erste Weltkrieg ja auch entwickelte. Blochs Theorie vom Zukunftskrieg stellt eine erste ausgeprägte Vision vom ‚Totalen Krieg‘

---

<sup>53</sup> H. G. Wells, «Der Krieg Blochs», *op. cit.*, S. 149.

<sup>54</sup> Vgl. Adolph G. Rosengarten, «John Bloch – A neglected Prophet», in: *Military Review* 37, 1 (1957), S. 27-39, hier S. 38.

<sup>55</sup> Siehe beispielhaft: Olaf Jesse, *Verdun 1916 – Urschlacht des Jahrhunderts*, München 2014.

dar. Die in einer Definition Stig Försters vorgegebenen Merkmale eines ‚Totalen Krieges‘ – totale Kriegsziele, totale Kriegsmethoden, totale Mobilisierung und totale Kontrolle<sup>56</sup> – finden sich fast alle in der Bloch’schen Theorie vom Zukunftskrieg. Da ein solcher Krieg aber eben nicht geeignet war, die politischen Ziele mit anderen Mitteln zu erreichen, sollte der Krieg der Zukunft in Blochs Augen eben nicht mehr die *ultima ratio* der Politik sein. Insofern kann neben den durchaus weitgehenden Voraussichten eines Moltke, die aber im Hinblick auf den Übergang vom absoluten, Clausewitz’schen Krieg zum totalen Krieg schwammig bleiben, Blochs Werk als Vorläufer der Erkenntnis über den Krieg zwischen den europäischen Grossmächten als ‚Totaler Krieg‘ angesehen werden.<sup>57</sup>

Es wäre aber auch allzu leicht, aus der heutigen Sicht Blochs Urteil über den Krieg, seine Entwicklung und die Ablehnung des Krieges retrospektiv zu bestätigen und seinen Kritikern Ignoranz, Unkenntnis oder unmoralische Vorstellungen vorzuwerfen. Krieg war für viele Zeitgenossen Blochs von ganz anderer Bedeutung für Nation und Individuum, als es dieser mit seiner wissenschaftlich, nationalökonomischen Sicht nachvollziehen konnte. Für viele sollte der Krieg trotz seiner schrecklichen Ausmasse auch weiterhin ein glorreicher Akt der nationalen Bestätigung bleiben. Und zeitgenössische wissenschaftliche Urteile stellten den Krieg im sozialdarwinistischen Sinn gar als Evolutionsinstrument dar. So schloss Bloch etwas frustriert:

„Gegenwärtig, wo alle Völker Europas die allgemeine Wehrpflicht eingeführt haben und im Stande sind, jeden Augenblick fast die ganze waffenfähige Bevölkerung unter die Fahnen zu rufen, wo alle Völker ‚Gewehr bei Fuss‘ stehen und gleichsam nur auf einen Anlass warten, sich aufeinander zu stürzen und den Gegner zu vernichten – ‚saigner à blanc‘, wie sich Fürst Bismarck einmal ausdrückte –, wer kann es da wagen, einem Volke zu raten, sich abzurüsten oder wenigstens auf weitere Neuerungen in der Bewaffnung zu verzichten?“<sup>58</sup>

Blochs Wunsch nach Frieden scheiterte zwar, sein methodischer Ansatz erscheint aber mehr als plausibel. Sein Werk als Zukunftsvision und sein Wirken und Scheitern sind daher von besonderem Interesse für die wissenschaftliche Friedensforschung, insbesondere mit Blick auf die Wirksamkeit von Zukunftsvisionen über den Krieg. Denn der Fall Blochs zeigt mit einer herausragenden Klarheit, dass seine Vision durchaus retrospektive Bestätigung fand, aber sein Plädoyer für den Frieden am Zeitgeist scheiterte.

Die Gefahren möglicher zukünftiger Kriege, wo und wie sie auftreten können sowie ihre sozialen und wirtschaftlichen Folgen zu untersuchen – auch für die in un-

---

<sup>56</sup> Stig Förster, Einleitung, in: ders. (Hg.), *An der Schwelle zum Totalen Krieg. Die militärische Debatte über den Krieg der Zukunft 1919-1939*, Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 2002, S. 15-36, hier S. 18-27. Vgl. aus diesem Sammelband auch zur Etymologie des Totalen Krieges: Markus Pöhlmann, Kriegserwartung in den deutschen Militärzeitschriften, S. 323-391, hier S. 346-351.

<sup>57</sup> Zu diesem Übergang vom absoluten zum totalen Krieg siehe auch: D. Bald, *op. cit.*, S. 147-149.

<sup>58</sup> J. Bloch, *op. cit.*, Bd. 1, S. 95.

seren Augen unwahrscheinliche Möglichkeit eines Krieges zwischen den heutigen Grossmächten, genau wie für die asymmetrischen Konfliktformen – sollte ein wichtiger Bestandteil der Friedensforschung sein. Ganz im Bloch'schen Sinne sollte man sich nicht scheuen, Prognosen aufzustellen und die eigenen Schlussfolgerungen am historischen Beispiel zu überprüfen.

# Der kurze Atem des ersten internationalen Kriegs- und Friedensmuseums 1902/1910 – 1919 in Luzern

Markus Furrer

Wie den Krieg in Zukunft verhindern? Dieser Frage gingen namhafte Vertreterinnen und Vertreter der bürgerlichen Friedensbewegung um die vorletzte Jahrhundertwende mit grosser Intensität und Ernsthaftigkeit nach. Sie waren davon überzeugt, dass ein mit modernen Waffen geführter Krieg zu einer Katastrophe führen müsse. Daraus leiteten die Friedensaktivistinnen und -aktivisten in ihren Schriften in „rationaler Begründung“ ab, dass ein künftiger Krieg nicht mehr zu gewinnen sei. Doch wie liess sich eine solche Botschaft einem breiten Publikum vermitteln, das diese Schriften kaum konsultierte? Einen möglichen und didaktisierten Zugang boten Ausstellungen und Museen. Die Menschen sollten mit den modernen Mitteln der Anschauung mit dem Schrecken des Kriegs konfrontiert werden. Erstmals umgesetzt wurde ein solches Konzept in einem Museum in der Stadt Luzern. Luzern zeigte sich damals als eigentliches „Mekka der Pazifisten“, wie es der österreichische Friedensaktivist, Alfred Hermann Fried, formulierte.<sup>1</sup> Die Stadt erlebte eine touristische Hochblüte, und ein Museum, das dem Krieg und neu auch dem Frieden gewidmet war, bot eine zusätzliche Attraktivität. Dazu kam, dass die Schweiz mit ihrer Neutralität ein spezifisches Ansehen bei der internationalen Friedensbewegung und darüber hinaus genoss.

So wurde in Luzern 1902 weltweit das erste Internationale Kriegs- und Friedensmuseums, allerdings noch in einem Provisorium, eröffnet. Drei Jahre später beherbergte die Stadt den 14. Internationalen Weltfriedenskongress und 1910 war der definitive Bau für das Kriegs- und Friedensmuseum fertig erstellt. Bereits 1919 schloss das Museum jedoch wieder seine Tore. Im Ersten Weltkrieg hatten sich die von Jan Bloch und anderen zeitgenössischen Friedensaktivistinnen und -aktivisten erwähnten Befürchtungen eines katastrophalen Kriegs bewahrheitet. Paradoxerweise wirkte damit auch Jan Blochs museumspädagogische Konzeption als überholt.

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag orientiert sich an den Recherchen und Artikeln von: Walter Troxler, Daniela Walker, Markus Furrer (Hg.), *Jan Bloch und das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern*, Münster 2010. Hier insbesondere: Markus Furrer, Der Internationale Weltfriedenskongress in Luzern 1905, in: Walter Troxler, Daniela Walker, Markus Furrer (Hg.), *Jan Bloch und das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern*, Münster 2010, S. 149-173, hier S. 154. In diesem Band finden sich die vollumfänglichen Beiträge zur Person von Jan Bloch, zur Entstehung des Kriegs- und Friedensmuseums und zum Weltfriedenskongress von 1905 in Luzern.

Der vorliegende Beitrag fragt nach den Gründen, warum das international beachtete Museum nach so kurzer Zeit seine Tore wieder schliessen musste. Die Idee eines Friedensmuseums hatte durchaus Vorbildcharakter. Es war weltweit der erste Versuch, mit musealen Mitteln Friedenserziehung zu betreiben.<sup>2</sup> Allerdings kam mit Ausnahme des Anti-Kriegsmuseums in Berlin von 1925, das 1933 mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten geschlossen wurde, der grosse Impuls für weitere Friedensmuseen erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine gewisse Blüte erreichten sie in den 1980er und 1990er Jahren. Dabei dürften die neuen Bedrohungswahrnehmungen des nuklearen Zeitalters eine wichtige Rolle gespielt haben.

In der Schweiz ging hingegen das erste Kriegs- und Friedensmuseum vergessen, und erst anlässlich der einhundertjährigen Eröffnung 2002 gelang es, die Erinnerung einer breiteren lokalen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wohl wurde in einzelnen Zeitungsartikeln in den 1970er Jahren punktuell auf das ehemalige Museum aufmerksam gemacht, ohne dieses jedoch in der breiteren öffentlichen Erinnerung verankern zu können.<sup>3</sup> Die betreffenden Beiträge gingen zudem nicht auf dessen grundlegende Bedeutung ein. Erst der an der Universität Bradford lehrende Historiker, Peter van den Dungen, machte 1981 mit einem Aufsatz, den er in der ‚Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte‘ publizierte, auf die einmalige Geschichte des Museums aufmerksam.<sup>4</sup> Und 2001 entdeckte der Luzerner Historiker Walter Troxler, wie er schreibt, zufällig bei Recherchen die vergessene Geschichte. Er initiierte 2002 einen Gedenk Anlass im Rahmen einer Ausstellung und Erinnerungsfeier.<sup>5</sup> Die Stadt liess eine Erinnerungstafel an das Gebäude des vormaligen Museums, das heute für schulische Zwecke genutzt wird, anbringen. Hingegen stiessen Ideen und Bemühungen, Geschichte und Tradition eines Friedensmuseums in der Gegenwart fortzusetzen auf keine nachhaltige Resonanz bei den zuständigen Behörden.

Im weltweit ersten Kriegs- und Friedensmuseum lässt sich eine spezifische Sicht- und Ausdrucksweise der Museumspädagogik erkennen, welche einerseits stark auf den Initiator und Mäzen des Museums, Jan Bloch, zurückgeht und andererseits zeitgenössische medienpädagogische Vorstellungen widerspiegelt. Der „Pädagogik“ wurde in der bürgerlichen Friedensbewegung ein wichtiger Stellenwert beigemessen. So führte die bürgerliche Friedensbewegung in Deutschland auch eine „pädagogische

---

<sup>2</sup> Siehe hierzu: Walter Troxler, Markus Furrer, Das Erbe, in: Walter Troxler, Daniela Walker, Markus Furrer (Hg.), *Jan Bloch und das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern*, Münster 2010, S.189-210, hier S. 195-197.

<sup>3</sup> Vgl. Walter Troxler, Die Erinnerung, in: Walter Troxler, Daniela Walker, Markus Furrer (Hg.), *Jan Bloch und das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern*, Münster 2010, S. 211-219, hier S. 211.

<sup>4</sup> Peter van den Dungen, «The International Museum of War and Peace at Lucerne», in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 31 (1981), S.185-202.

<sup>5</sup> Siehe hier insbesondere: Delf Bucher, Urs Häner, Peter Lussy, Volkhard Scheunpflug, *Friedens-tauben und Krupp-Kanonen. 100 Jahre Internationales Kriegs- und Friedensmuseum Luzern*, Luzern 2002.

Sektion“.<sup>6</sup> Von ihr erhoffte man sich ein Einwirken und eine Beeinflussung, um den Frieden in den Köpfen und Herzen der Menschen verankern zu können. „Nie wieder Krieg“ war denn auch die verbreitete Losung.

### Die bürgerliche Friedensbewegung und ihre Vorstellungen vom Frieden

Das Museum war zweifellos Ausdruck von Vorstellungen, wie sie in der bürgerlich geprägten Friedensbewegung um die vorletzte Jahrhundertwende vorhanden waren. In dieser Phase verdichteten sich Befürchtungen und Ängste vor einem bevorstehenden internationalen militärischen Konflikt. Die Bewegung war ganz Kind des „liberalen“ 19. Jahrhunderts. Sie formierte sich zuerst im angelsächsischen Raum als soziale Bewegung und ging aus christlich geprägten bürgerlichen Reformbewegungen hervor.<sup>7</sup> Die Gründer der frühen Friedensbewegungen bauten auf der Basis ihrer religiösen Überzeugungen darauf, dass der Krieg mit dem Christentum nicht vereinbar sei. In ihrem weiteren Verlauf war die Friedensbewegung zudem eine Reaktion auf die Durchsetzung des nationalstaatlichen Prinzips. Die europäischen Nationalbewegungen verschärften das zwischenstaatliche Konfliktpotential, das sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entlud. Der Krimkrieg von 1853 bis 1856 steht für diesen Wandel im europäischen Mächtegleichgewicht; der deutsch-französische Krieg von 1870/71 läutete die definitive Wende ein. Weltpolitik im imperialen Zeitalter verstand sich als Machtpolitik und rief Kriege hervor. Den pazifistischen Bewegungen ging es um die Überwindung des Krieges als Mittel der Politik. Nicht zufällig entwickelte sich auch eine Strömung, die sich dem Föderalismus-Gedanken verschrieb und im Rahmen einer „Société des Nations“ Lösungen propagierte.<sup>8</sup>

Ein zentrales und neuartiges Merkmal der Friedensbewegung im 19. Jahrhundert war ihr Charakter als soziale Bewegung, die Ausdruck des bürgerlichen Emanzipationsprozesses war und sich vom privaten Innenraum, auf den der Staat seine Untertanen beschränkt hatte, zur Öffentlichkeit ausweitete.<sup>9</sup> So lässt sich die Entfaltung der bürgerlichen Friedensbewegung eng an den politischen Emanzipationsprozess des Bürgertums rückbinden.<sup>10</sup>

Unübersehbar für die Bewegung war ihr umfassender Fortschrittsoptimismus, der in der Zuversicht einer evolutionären Entwicklung mündete. Deutlich wird dies an Jan Blochs Vorstellungen. Bloch, ein Industrieller und Philanthrop, geboren 1836

<sup>6</sup> Vgl. Dorothee Stiewe, *Die bürgerliche deutsche Friedensbewegung als soziale Bewegung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs*, [O.O.] 1972, S. 67.

<sup>7</sup> Siehe zu diesem Abschnitt: Markus Furrer, Die Friedensbewegung am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: Walter Troxler, Daniela Walker, Markus Furrer (Hg.), *Jan Bloch und das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern*, Münster 2012, S. 75-99, hier S. 75-77.

<sup>8</sup> Siehe dazu die Hinweise bei: Verdiana Grossi, *Le pacifisme européen, 1888-1914*, Brüssel 1994, S. 35.

<sup>9</sup> Vgl. Dieter Riesenberger, *Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933*, Göttingen 1985, S. 21.

<sup>10</sup> Siehe auch: Helmut Mauermann, *Das Internationale Friedensbüro 1892 bis 1950*, Stuttgart 1990, S. 13.

im damals zu Russland gehörenden Teil Polens, befasste sich intensiv mit den Fragen des Krieges.<sup>11</sup> Dessen Ausgangspunkt war die typische moderne Überzeugung, in einem völlig neuen Zeitalter zu stehen. Daraus leitete er seine Vorstellungen über den Krieg ab.<sup>12</sup> In seinem monumentalen 4'000 Seiten umfassenden Werk ‚Der Krieg‘, das 1898 erstmals in einer russischen Ausgabe erschien und später ins Französische und Deutsche übersetzt wurde, schildert Bloch, wie neue Waffen die politische und soziale Bedeutung von gewalttätigen Konflikten verändern würden. Hier liegt nach dem amerikanischen Historiker, James Sheehan, die grosse Leistung Blochs. Die Vorstellungen Blochs flossen direkt in das Museumskonzept in Luzern ein.

Jan Bloch und mit ihm auch der britische Pazifist Norman Angell predigten einen Pazifismus, der vorgab, von einer realistischen Einsicht der modernen Situation auszugehen. Ihre Ideen fussten auf liberalen Denktraditionen, welche ebenfalls auf transformierende Macht von technischen Innovationen und wirtschaftlichen Beziehungen bauten. Weder Bloch noch Angell gingen allerdings im Gegensatz zu bekannten Philosophen davon aus, dass dies zwangsläufig zu einer besseren und friedlicheren Welt führen müsse. Ihre Hoffnung auf Frieden gründete in der Annahme, der Mensch liesse sich mittels abschreckender und furchteinflössender Darstellungen des Krieges aber auch durch ein rationales Aufzeigen dessen Zerstörungspotentials von der Sinnlosigkeit künftiger Kriege überzeugen.<sup>13</sup>

Nach der Haager Konferenz 1899 setzte Jan Bloch alles daran, seine pazifistische Idee in einem Gebäude an der Weltausstellung in Paris 1900 publik machen zu können. Eine eigene Halle an der Weltausstellung kam jedoch nicht zustande. Mittels Kontakten zu Schweizer Militärs erhielt Bloch Platz im Schweizer Pavillon für seine Ausstellung angeboten. Bloch sprach Militärs bewusst an, und seine Analyse stiess auf reges Interesse. Insbesondere militärische Vertreter von Armeen mit einer Defensivstrategie, und dies traf insbesondere auf die Schweiz zu, erkannten Parallelen zum pazifistischen Denken Jan Blochs. Zu dieser Ausstellung verfasste der Pazifist eine Broschüre, die auch schon das Konzept des späteren Museums vorwegnahm.<sup>14</sup> Der dargestellte Mechanismus lässt sich auf folgenden Nenner bringen: Die Waffenproduktion würde bei einem künftigen Krieg enorme Ressourcen verschlingen und eine gewaltige Last für die gesamte Gesellschaft darstellen. Während die Soldaten auf den Schlachtfeldern in Scharen umkommen würden, würde die Zivilbevölkerung unter sozialer Unordnung, Warenknappheit und hohen Steuern leiden. Auch würden diese Belastungen die Beendigung von Kriegen erschweren, weil die Sieger eine immer grössere Entschädigung fordern müssten, während wiederum die Besiegten revo-

---

<sup>11</sup> Vgl. Manfred Sapper, «Den Krieg überwinden. Jan Bloch: Unternehmer, Publizist, Pazifist», in: *Osteuropa* 8-10 (2008), S. 303-312.

<sup>12</sup> Vgl. James Sheehan, *Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden*, aus dem Englischen von Martin Richter, München 2008, S. 54.

<sup>13</sup> Vgl. *Ibid.*, S. 60-61.

<sup>14</sup> Vgl. Walter Troxler, Die Visualisierung, in: Walter Troxler, Daniela Walker, Markus Furrer (Hg.), *Jan Bloch und das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern*, Münster 2010, S. 101-115.

lutionären Bewegungen ausgesetzt werden würden. So würden die politischen Ordnungen einstürzen und das gesellschaftliche Gewebe würde sich auflösen. Der Krieg führe so zum Bankrott ganzer Nationen.<sup>15</sup>

## Das Museum

Das Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern durchlief zwei bauliche Phasen.<sup>16</sup> Errichtet wurde es 1902 in der Festhalle eines Schützenfestes auf dem Platz des heutigen Kunst- und Kongresshauses. Dabei stellt sich die Frage, warum das Museum nach Luzern kam und nicht in eine Grossstadt wie Paris oder eine Stadt wie Bern oder Genf, die enger mit der internationalen Friedensbewegung verbunden waren. Eine einfache Erklärung dafür gibt es nicht. Wie die Luzerner Stadtarchivarin, Daniela Walker, herausgearbeitet hat, kam dem freisinnigen Luzerner Stadtpräsidenten eine wichtige Rolle zu. Die Stadtregierung unternahm alles, um touristisch attraktive Projekte anzuziehen. Als Stadtpräsident Hermann Heller erfahren hatte, dass Jan Bloch sein Ausstellungskonzept an der Weltausstellung in Paris nicht mit einer eigenen Halle durchbrachte, lud er diesen nach Luzern ein, welches Bloch schon von Ferienaufenthalten her kannte. Nachdem sich Luzern vergeblich um das Schweizerische Landesmuseum beworben hatte, sah man hier eine neue Chance und nutzte sie. Man fand mit Jan Bloch eine Übereinkunft und Bloch setzte kurz vor seinem Tod seine Ausstellungsidee um. Die Eröffnung des Museums erlebte er jedoch nicht mehr persönlich.

Das Museum wurde vorerst in einem provisorischen Rahmen eröffnet. Über die definitive Verortung des Museums und auch dessen Kosten wurde weiter gerungen. Insbesondere die Finanzierung eines Neubaus und die Standortfrage bereiteten der Stadtregierung Kopfzerbrechen. Sie appellierte an den Opfersinn der Friedensfreunde. Die Familie Bloch unterstützte das Museum weiterhin, und zusätzlich war man stark auf die lokale Verankerung angewiesen, indem die Luzerner Bevölkerung Prioritätsaktien kaufte. Das neue Museum, entworfen vom Architekten Emil Vogt, war eine Nummer kleiner als das Provisorium in der grossen Festhalle, auch wenn sich am inhaltlichen Konzept wenig änderte.<sup>17</sup> Das Kriegs- und Friedensmuseum wechselte den Standort und kam vom Bahnhofplatz in die Nähe der touristischen Attraktivitäten von Löwendenkmal (konservatives Kriegsdenkmal eines sterbenden Löwen), Bourbaki-Panorama (Symbol schweizerischer Neutralitätspolitik) sowie Gletschergarten und Alpineum zu liegen. Hier war es 1910 definitiv untergebracht. Im neugotischen Schweizerstil, angelehnt an die Museggmauer, wirkte das Gebäude gleich einer pazi-

---

<sup>15</sup> Vgl. J. Sheehan, *op. cit.*, S. 55.

<sup>16</sup> Vgl. hier: Daniela Walker, Das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum (I), in: Walter Troxler, Daniela Walker, Markus Furrer (Hg.), *Jan Bloch und das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern*, Münster 2012, S. 117-147; Daniela Walker, Das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum (II), in: Walter Troxler, Daniela Walker, Markus Furrer (Hg.), *Jan Bloch und das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern*, Münster 2012, S. 175-187.

<sup>17</sup> *Ibid.*, S. 179.

fistischen Trutzburg. Zog es in den ersten Jahren noch interessierte Zuschauerströme an, wenn auch in kleinerem Ausmass als am vorherigen Standort, so folgte bei Kriegsende der drastische Einbruch. Die Besucherinnen und Besucher blieben aus, so dass der Kriegs- und Friedensmuseum AG nur mehr die Liquidation blieb. Die Stadt Luzern übernahm 1919 das Gebäude und richtete Unterrichts- und Ausstellungsräume für das Kunstgewerbe ein.<sup>18</sup>

### Eigenheiten der Museumspädagogik

Warum diese kurze Dauer? Dazu müssen wir uns der Bloch'schen Vorstellung von Museumspädagogik zuwenden, welche das Museum seit den Anfängen bis zu dessen Ende geprägt hat. Bloch orientierte sich in seinen Schriften über ein Museumsprojekt am sogenannten „Geschichtssinn“, der uns mit vergleichenden Ansätzen helfe, Zweck und Bedeutung eines Objekts zu begreifen. Bloch war sich bewusst, dass er mit Medien, wie Büchern und Broschüren, nur einen engeren Kreis Interessierter ansprechen könne. Er suchte in der Folge nach Mitteln, wie sie ihm ein Museum bot, um seine Erkenntnisse einem breiteren Publikum öffentlich zu machen.<sup>19</sup> Durch einen anschaulich-intuitiven Zugang zum Gegenstand, so die Annahme Blochs, liessen sich Bevölkerungsschichten ansprechen, welche sich ansonsten nicht mit der Thematik befassen würden. Als Autodidakt liess sich Bloch stets von Spezialisten beraten. So ist es nicht verwunderlich, dass unter den Machern der Ausstellung Militärs eine wichtige Rolle einnahmen. Auch widersprach dies nicht Blochs pazifistischer Vorstellung. In seiner Kernthese ging er davon aus, dass die Entwicklung der Waffentechnik zwangsläufig zu einem Patt zwischen den gegnerischen Armeen führen müsse. Ein drohender Krieg lasse in den beteiligten Ländern die gesamte staatliche, wirtschaftliche und soziale Ordnung zusammenbrechen, weshalb ein Krieg nicht mehr als ein rationales Mittel zur Lösung von Konflikten angesehen werden könne. Das im Museumskatalog nachzulesende Konzept folgt diesem Ansatz. So ist zu lesen:

„Trotz des kriegerischen Aussehens der meisten seiner Abteilungen steht [...] das Museum im Dienst der Friedensidee und soll dem denkenden Besucher über die Opfer, die der Krieg und die Rüstung zu Friedenszeiten erfordern, die Augen öffnen und [sic] ihm die Idee der Schlichtung internationaler Streitfragen durch den friedlichen Schiedsspruch gewinnen.“<sup>20</sup>

Wie war das Museum gestaltet? Der Fokus des ersten Ausstellungskonzepts lag ganz auf kriegshistorischen und kriegswissenschaftlichen Themen. Knapp abgehandelt wurden hingegen Themen des Friedens und des Völkerrechts. Ihnen waren in der Ausstellung ein Raum und im über 300 Seiten starken Museumsführer (von 1902) drei Seiten gewidmet. Über 4'300 Exponate wurden systematisch vorgestellt mit der positivistischen Sicht, eine militärwissenschaftlich fundierte umfassende historisch-

<sup>18</sup> Ibid., S. 182.

<sup>19</sup> Vgl. Ibid., S. 125.

<sup>20</sup> Zitiert in: W. Troxler, *Die Visualisierung*, *op. cit.* S. 107.

schematische Darstellung des Krieges zu bieten. Die Ausstellung richtete sich in der Folge eher an den Spezialisten und weniger an den Laien. Diese dürften jedoch von der Menge der Objekte beeindruckt oder überwältigt worden sein. Bloch erkannte diese Problematik bereits in den Anfängen seiner Konzeption und verlangte den Einbezug von Dioramen sowie Kolossalgemälden, um dem Betrachter die Möglichkeit zu bieten, ins Geschehen eintauchen zu können. Es gelte, die Suggestivkraft dieser Medien zu nutzen in einer Zeit sich verändernder Sehgewohnheiten. Dazu zählte neben Dioramen auch schon der Film. Grafiker, Maler und Modellbauer wurden mit verschiedenen Aufgaben beauftragt. In der Abteilung für Kriegsführung fanden sich für die Zeit vom Altertum bis zur Neuzeit Reliefs, Geländemodelle, Bildnisse von militärischen Führern und von Schlachten. In der Friedensabteilung wurden auch Bilder gezeigt, die das aktuelle und damit weiter abschreckende Bildnis von modernen Kriegen vermitteln sollten. So finden sich hier dramatische Darstellungen mit dazu gehörenden Beschreibungen, wie: „Kein Platz mehr in der Ambulanz“, „Zum Schweigen gebrachte Batterie“, „Die letzten des Regiments“, „Am Deck der RURIK kurz vor dem Versinken“ oder „Des Sohnes Heimkehr“.<sup>21</sup> Eine Porträtgalerie bekannter Friedensaktivistinnen und -aktivisten sollte zeigen, wie breit der Friede eingefordert wurde und welche Persönlichkeiten sich dafür einsetzten. Bei der Umsetzung sowohl der Pariser Ausstellung wie auch der Realisierung des Kriegs- und Friedensmuseums in Luzern war das Werk von Jan Bloch leitend, und den Museumsmachern oblag die anschauliche Umsetzung.

Das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum stellte damit den weltweit ersten Versuch dar, mit musealen Mitteln Friedenserziehung zu leisten. Ausgehend von der These Blochs, dass ein Krieg auf Grund einer immer ausgefeilteren Waffentechnologie zu einem totalen Krieg führe und von keiner Seite mehr gewonnen werden könne, wurden denn auch die Schwerpunkte gesetzt. Diese lagen bei der Darstellung waffentechnologischer Entwicklungen und deren Auswirkungen. Dies war auch einfacher umzusetzen, und hierin folgte man der Tradition eines klassischen Kriegsmuseums. Schwer darstellen liess sich hingegen die Friedensbewegung mit ihren Erfolgen. Die Wirkung der Ausstellung auf die Besucherinnen und Besucher, die in den Anfängen in grosser Zahl das Museum besuchten, lässt sich schwer erfassen. War es Abschreckung oder Faszination, die ausgelöst wurde? Eine Art Wohlgeordnetheit, welche das Museum mit seiner Waffensammlung ausstrahlte, dürfte ein Gefühl von Kontrolliertheit vermittelt haben, wie Daniela Walker vermutet.<sup>22</sup> Für das Schweizer Publikum war zudem das Deutungsangebot ambivalent, verband sich doch die heroische Vergangenheit der Alten Eidgenossen mit der modernen Friedensidee. Der Mythos des heldenhaften Freiheitskampfes der Vorväter führte direkt zur Doktrin der bewaffneten Neutralität. Dies wiederum erklärt das Engagement von Schweizer Militärs für das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum. Ähnlich kam dies auch beim Internationalen Friedenskongress in Luzern 1905 zum Ausdruck, als Rudolf

---

<sup>21</sup> Ibid., S. 110.

<sup>22</sup> D. Walker, Das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum (II), *op. cit.*, S. 183.

Geering Christ, Basler Pazifist und Redaktor des ‚Friedens‘, dem Publikationsorgan des Schweizerischen Friedensvereins, die Teilnehmenden in rhythmischen Versen begrüßte:

„[...] Gegrüßt denn, ihr Brüder von nah und fern,/ Gegrüßt an der Stätte der Freien./ Hier winkt Euch der Hoffnung goldener Stern,/ Er möge zur Arbeit Euch reihen,/ Dass bald, getroffen vom Tellenpfeil,/ der Kriegsgott falle, der Menschheit zum Heil,/ Der Nachwelt zu stetem Gedeihen!“<sup>23</sup>

Diese rhetorische Referenz<sup>24</sup> an den Austragungsort steht als Beispiel für den von den Schweizer Organisatoren, aber auch den ausländischen Teilnehmenden, wohlwollend aufgenommene Mission der Schweiz zur Förderung des Friedens. Alfred Hermann Fried pries nicht allein die Schönheit der Landschaft am Vierwaldstättersee, sondern bezeichnete die Schweiz als „wahre Bruderschaft“, die trotz der Verschiedenheiten zusammengefunden habe. Der damals noch junge Bundesstaat wirkte für viele der besorgten Zeitgenossen als Friedensmodell und Kontrast zum Sprachnationalismus in Europa.<sup>25</sup>

Das Museumskonzept mit seiner Militärlastigkeit war nicht unumstritten. Verlangt wurde seit Beginn von gewichtigen Stimmen aus der internationalen Friedensbewegung, dass die Themen des Friedens eingehender aufgearbeitet und dargestellt werden müssten. Befürchtet wurde, dass die Betonung militärischer Aspekte vielmehr kriegerische Phantasien wecken könnte, anstatt dass sie friedenspädagogisch wirke. Bei der schweizerisch-bürgerlichen Friedensbewegung löste die waffentechnische und militärgeschichtliche Fokussierung hingegen weniger öffentlich gemachten Widerspruch aus.<sup>26</sup> Als Antwort auf die Kritik wurde im neuen Konzept die sogenannte „Friedenshalle“ ausgebaut. Dabei wurden etwa die wichtigsten internationalen Schiedsgerichtsfälle auf einer grossen Tafel festgehalten und an einer Friedenswand wurden Porträts mit Zitaten aus den Werken wichtiger Friedensaktivistinnen und -aktivisten angelegt. Der holländische Maler Jan ten Kate beschenkte das Museum mit einem grossflächigen Bildnis „Krieg dem Krieg“. An der Gesamtstruktur des ursprünglichen Konzepts wurde aber nichts Grundsätzliches verändert. Es wurde „ausgemistet“, wie dem damaligen Sprachlaut zu entnehmen ist, und typologisch aufbereitet. Man erhoffte sich so, die Besucherinnen und Besucher weniger zu ermüden. Nicht alle kritischen Pazifistinnen und Pazifisten aus der internationalen Bewegung waren damit zufrieden.

Wie das Publikum die Ausstellung wahrgenommen hat, lässt sich nicht mehr herleiten. Hinweise zur Attraktivität der Ausstellung geben uns lediglich die Besucherzahlen aus dem Geschäftsbericht des Verwaltungsrats der Kriegs- und Friedensmuseums AG: 1903 waren es 58'800 Eintritte, 1905 wurde der Höhepunkt von 65'100 Eintritten erreicht. Solche Zahlen sollte das neue Museum nie mehr errei-

<sup>23</sup> *Luzerner Tagblatt*, Nr. 218, 20. September 1905.

<sup>24</sup> Vgl. D. Bucher u.a., *op. cit.*, S. 32.

<sup>25</sup> Vgl. M. Furrer, *Der internationale Weltfriedenskongress*, *op. cit.*, S. 149-173.

<sup>26</sup> Vgl. D. Walker, *Das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum (I)*, *op. cit.*, S. 141.

chen. Im Jahr vor dem Ersten Weltkrieg zählte das Museum noch 37'000 Besucherinnen und Besucher.<sup>27</sup>

### Die Erklärung des Einbruchs

Im Ersten Weltkrieg bestätigten sich Blochs Thesen vom totalen Krieg. Sein darauf aufbauendes Museumskonzept war aber nach dieser Katastrophe nicht mehr tauglich und wirkte verbraucht. Wo lagen die Gründe? Das Dilemma äusserte sich mehrfach.

Mit Ausbruch des Krieges gewannen jene Stimmen Oberhand, welche den im Museum dargestellten Pazifismus als Schwächung des Wehrwillens einstufte. Die Konvergenz des Bloch'schen Konzepts mit der Doktrin einer schweizerischen bewaffneten Neutralität und in der Folge deren legitimatorischer Aspekt für das Militär lösten sich auf.<sup>28</sup> Wie lässt sich dies erklären? Das museale Konzept zerbrach am bisherigen Zusammengehen von Pazifismus und friedenswährendem Militarismus. Beide bilden nach James Sheehan die Kehrseiten der selben Medaille. So existierten in den Ideen von Militaristen wie auch Pazifisten Hoffnungen und Ängste prekär nebeneinander. Militaristen hofften, dass der Krieg den kollektiven Willen der Nation wiederherstellen werde, da die Gesellschaft durch Modernisierung und Individualismus verweichlicht worden sei. Pazifisten wiederum gingen davon aus, dass mittels des Fortschritts der Krieg überwunden werden könne angesichts der Erkenntnis von der Zerbrechlichkeit der modernen Zivilisation.<sup>29</sup> Pazifismus und Militarismus – so das Bild – existierten nebeneinander in einem Europa, das im Frieden lebte, aber den Krieg vorbereitete.<sup>30</sup>

Das Museum in Luzern, welches den Krieg und den Frieden darstellte, war geprägt von diesem Miteinander. Nur liess sich der Krieg einfacher und objektgebundener darstellen, während der Friede schlicht als Abwesenheit von Krieg gestalterisch umgesetzt werden musste. Es gelang auch nicht, aufzuzeigen, wie und warum Gewalt entstehen kann. So trug das Luzerner Kriegs- und Friedensmuseum seit den Anfängen diese Widersprüche in sich. Auch konnte das Museum nicht die grundsätzliche Kritik der sozialistischen Friedensbewegung am Krieg aufnehmen.

Blochs Voraussagen über die Zerstörungskraft moderner Waffen sowie Angells Warnung vor den katastrophalen destabilisierenden sozialen, politischen und ökonomischen Folgen bewahrheiteten sich. Die Bilder, welche im Museum vom modernen Krieg vermittelt worden sind, trugen hingegen noch ganz die Züge des 19. Jahrhunderts.

Einem grundlegenden Wandel unterlag auch das Bild vom Krieg. Es ist die Rede von einem „ikonographischen Turn“, welcher sich besonders in der Photographie manifestierte. Die Imagination vom Krieg, welche das Museum noch aus der

---

<sup>27</sup> Zu den Zahlen siehe *ibid.*, S. 142.

<sup>28</sup> Vgl. D. Walker, *Das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum (II)*, *op. cit.*, S. 184.

<sup>29</sup> J. Sheehan, *op. cit.*, S. 67.

<sup>30</sup> *Ibid.*, S. 68.

Perspektive des 19. Jahrhunderts bot, vermischte sich mit konkreten Erfahrungen.<sup>31</sup> Über die Menschen brach eine Bilderflut herein. Zum ersten Mal konnten breite Bevölkerungskreise unmittelbar sehen und lesen, wie sich ein aktueller militärischer Konflikt vollzog. Mittels Bilder gelangte der Krieg in einem nennenswerten Umfang in die eigenen vier Wände. Es entstand gar eine eigene Destruktionsästhetik.<sup>32</sup> Mit dem Ersten Weltkrieg änderten sich damit die Vorstellungen der breiteren Bevölkerung vom Krieg grundlegend.

Kriegsdarstellungen in Museen lassen sich als politischer Akt mit kulturellen Mitteln verstehen.<sup>33</sup> Das trifft auch für die Darstellung des „Friedens“ zu. Sowohl politisch wie auch bezüglich der Mittel des symbolischen Mediums Museum hatte das Konzept von 1902 ausgedient. Das kulturelle Gedächtnis der europäischen Gesellschaften vor und nach dem Krieg war ein völlig anderes geworden und das alte Museum bildete die neue Relevanz des Krieges in keiner Weise mehr ab. Weder vermittelte es ein aktuelles Bild des modernen Krieges, dessen Schrecken breit erfahren worden war, noch konnte es dem erfahrenen Leiden gerecht werden.

## Abbildungen

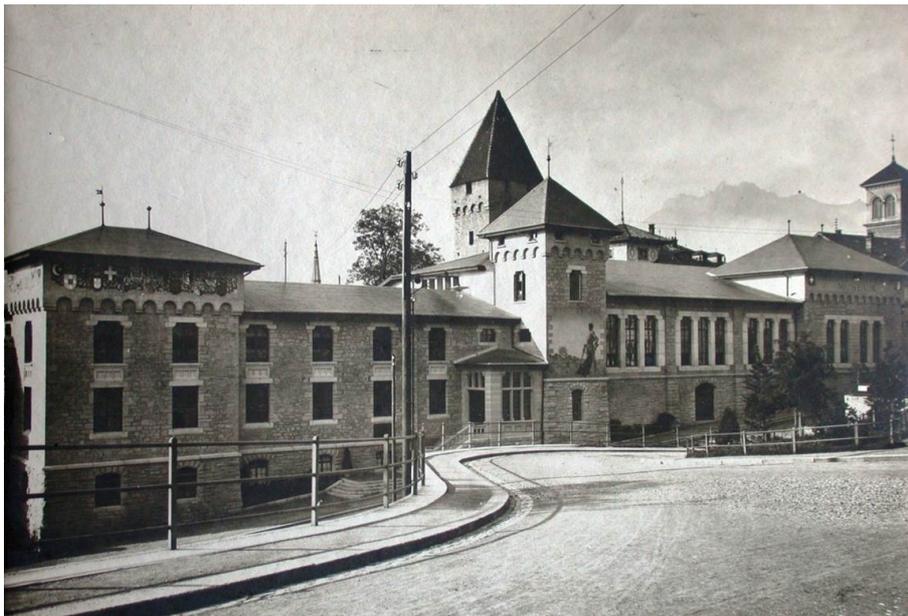


Abb. 1: Der von Emil Vogt entworfene und 1910 eröffnete Bau des Internationalen Kriegs- und Friedensmuseum. Am Turm Hans Zürrchers allegorisches Fresko «Der letzte Krieger». (Bild: Stadtarchiv Luzern F2a/Museggstrasse 09)

<sup>31</sup> Jens Jäger, *Photographie: Bilder der Neuzeit. Einführung in die historische Bildforschung*, Tübingen 2000, S. 126.

<sup>32</sup> Gerhard Paul, *Bilder des Krieges. Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges*, Zürich 2004, S. 107.

<sup>33</sup> Vgl. dazu: Thomas Thiemeyer, *Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die beiden Weltkriege im Museum*, Paderborn 2010, S. 15.



Abb. 2: Die ausgedünnte Waffensammlung in der Halle. Sie stammte zum grössten Teil von der Kriegsmaterialverwaltung des Militärdepartements. (Bild: Stadtarchiv Luzern, B 3.3/A 89:5)



Abb. 3: Das Museumsinnere: Tabellen, Grafiken, Schaubilder, Vitrinen und Modelle. (Bild: Stadtarchiv Luzern, F2a/Bahnhofplatz 0.14)



Abb. 4: „Krieg dem Krieg“ als allegorische Botschaft des Künstlers Jan ten Kate. Im Vordergrund die österreichische Friedensaktivistin Bertha von Suttner, die dem Tod in abwehrender Haltung ein Kreuz aus einem zerbrochenen Schwert entgegenhält. (Bild Stadtarchiv Luzern F2a/Bahnhofplatz 0.14)



Abb. 5: Kernstück der Ausstellung bildete die „Friedenshalle“. Sie war mit Porträts führender Friedensaktivisten sowie mit Zitaten aus deren Werken bestückt. (Bild: Stadtarchiv Luzern, F2a/Museggstrasse 09)

# Zur politischen Ökonomie des Krieges

## Otto Neuraths Kriegswirtschaftslehre als Friedensutopie?

Günther Sandner

### Otto Neurath

Der vielseitige Wissenschaftler und Pädagoge Otto Neurath (1882-1945) ist heute nur mehr wenigen Menschen wegen seiner Kriegswirtschaftslehre bekannt.<sup>1</sup> Man erinnert sich vielmehr an den streitbaren Anti-Metaphysiker im legendären Wiener Kreis der Zwischenkriegszeit, an den „organisatorischen Motor“ (Rudolf Carnap) der Einheitswissenschaft und des Logischen Empirismus und natürlich an den Begründer einer Bildsprache (ISOTYPE), deren Piktogramme bis heute sichtbare Spuren im öffentlichen Raum hinterlassen haben. Dass Otto Neurath auch ein überaus produktiver und streitbarer Ökonom war, ist hingegen weniger bekannt. Zumindest bis 1918 wurde aber vor allem die Kriegswirtschaftslehre mit seinem Namen verbunden. Mit seiner unmittelbar daran anschließenden Theorie der Vollsozialisierung war Neurath bis in die frühen 1920er Jahre ein weit über die ökonomischen Fachkreise hinaus bekannter Autor. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg wurde er für kurze Zeit sogar zu einer zentralen Figur der Wirtschaftspolitik in Deutschland und – mit Einschränkungen – auch in Österreich.

---

<sup>1</sup> Zur Biographie Otto Neuraths: Karola Fleck, *Otto Neurath. Eine biographisch-systematische Untersuchung*, Dissertation Universität Graz 1979; Nancy Cartwright, Jordi Cat, Lola Fleck und Thomas E. Uebel, *Otto Neurath. Philosophy Between Science and Politics*, Cambridge 1996; Paul Neurath, Otto Neurath (1882-1945). Leben und Werk, in: Paul Neurath, Elisabeth Nemeth (Hg.), *Otto Neurath oder die Einheit von Wissenschaft und Gesellschaft*, Wien/ Köln/ Weimar 1994, S. 13-96; Thomas E. Uebel, Otto Neurath: Leben und Werk, in: *Internationale Bibliographie zur österreichischen Philosophie*, Amsterdam/New York 2005, S. 7-51; Jordi Cat, Otto Neurath, in: Edward N. Zalta (Hg.), *The Stanford Encyclopedia of Philosophy* (Winter 2011 Edition), <<http://plato.stanford.edu/archives/win2011/entries/neurath/>> [21.05.2014]; Günther Sandner, *Otto Neurath. Eine politische Biographie*, Wien 2014.

## Krieg und Wirtschaftsplanung

Während des Ersten Weltkriegs traten Staat und Wirtschaft in ein Naheverhältnis, wie es zuvor kaum denkbar gewesen war.<sup>2</sup> Bedingt durch die britische Wirtschaftsblockade waren die Mittelmächte, Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich, weitgehend vom Weltmarkt abgeschnitten. Der Mangel an Rohstoffen und an Arbeitskräften wurde zu einem wirtschaftlichen Schlüsselproblem, denn massive Exporteinschränkungen zwangen zur Produktion von Ersatzstoffen. Nun wurden verstärkt Instrumente staatlicher Planung und Regulierung eingesetzt und kriegswirtschaftliche Institutionen ins Leben gerufen. Das hatte es, zumindest in diesem Ausmass, zuvor nicht gegeben. Bereits im August 1914 richtete man im Deutschen Reich unter der Leitung des Grossindustriellen Walther Rathenau eine „Kriegs-Rohstoff-Abteilung“ im Kriegsministerium ein, die Rohstoffe beschaffen und Surrogate herstellen sollte.<sup>3</sup> Daneben gab es eine Zentraleinkaufsstelle mit Einfuhrmonopol und ein Kriegsernährungsamt, das die Bewirtschaftung lebenswichtiger Inlandswaren besorgte. Zentralverteilungsstellen organisierten die Vergabe von Waren, Preise wurden überwacht, Qualitäten kontrolliert und Rationen festgelegt. Passend dazu wurden in zahlreichen Schriften auf staatlicher Lenkung und Intervention basierende Wirtschaftsmodelle präsentiert, die an die Stelle des als morsch und überholt geltenden Systems der Vorkriegswirtschaft treten sollten. Zu den Protagonisten dieser Debatte zählte neben dem späteren Aussenminister Walther Rathenau, der auch ein vielgelesener Autor und Schriftsteller war, der spätere Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Wichard von Moellendorff.<sup>4</sup> Die beiden stammten zwar keineswegs aus der radikalen Linken, dennoch riefen ihre Vorschläge gerade bei Unternehmern Irritationen hervor. Für die politische Linke hingegen war staatlicher Interventionismus als Mittel der Bedarfssicherung und materiellen Verteilung ein überaus attraktives Konzept. Selbst die hinter dieser Politik stehenden Kriegsziele wurden vielfach nicht in Frage gestellt. Der liberale Ökonom Ludwig von Mises spottete daher über die seltsame geistige Koalition, die Militarismus und Sozialdemokratie in ihrer Bewertung des Krieges eingegangen waren.<sup>5</sup> Im ‚Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik‘ prognostizierte der Nationalökonom und spätere Finanzminister der Regierung des unabhängigen Sozialdemokraten Kurt Eisner, Edgar Jaffé, dass die im Krieg notwendige „Militarisierung des Wirtschaftslebens“ Konsequenzen für die Wirtschaftsordnung *nach* dem Krieg haben und das Heerwesen als Muster für einen künftigen

<sup>2</sup> Hans-Peter Ullmann, Kriegswirtschaft, in: Gerhard Hirschfeld [u.a.] (Hg.), *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 2003, S. 220-232, hier S. 222.

<sup>3</sup> Wolfgang Michalka, Kriegsrohstoffbewirtschaftung, Walther Rathenau und die ‚kommende Wirtschaft‘, in Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse*, Weyarn 1997, S. 485-505, hier S. 487.

<sup>4</sup> Walther Rathenau, *Die neue Wirtschaft*, Berlin 1918; Wichard von Moellendorff, *Deutsche Gemeinwirtschaft*, Berlin 1916.

<sup>5</sup> Ludwig von Mises, *Nation, Staat und Wirtschaft. Beiträge zur Politik und Geschichte der Zeit*, Wien/ Leipzig 1919, S. 145.

Staatssozialismus dienen werde.<sup>6</sup> Viele politisch fortschrittlich orientierte Menschen sahen eine klare Linie, die von der Schutzzollpolitik nach den Gründerjahren, dem Ausbau der staatlichen Sozialgesetzgebung, der Schaffung staatlicher Monopole (Eisenbahn, Post, Telegraph etc.) und der Organisation der Produzenten in Kartellen und Syndikaten sowie der Arbeiter in Gewerkschaften und Genossenschaften verlief: Es war eine Entwicklung, die weg von der freien Marktwirtschaft und hin zu einer staatlichen Zentralverwaltungswirtschaft führte.<sup>7</sup> Der Krieg, so die verbreitete Ansicht, beschleunige diese Entwicklung nun unaufhaltsam. Auch in der österreichischen Sozialdemokratie vertraten manche Theoretiker die Ansicht, dass der Krieg eine Entwicklung hin zum Sozialismus angestossen habe.<sup>8</sup>

In diesem Kontext wurde die Kriegswirtschaftslehre, deren Anfänge in die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg zurückreichen, zu einem wichtigen Bestandteil nationalökonomischer Debatten. Wer aber immer darüber schrieb, kam an dem Namen Otto Neurath nicht vorbei.<sup>9</sup> Seine bereits um 1910 aufkommende Kriegswirtschaftslehre wurde im Ersten Weltkrieg sowohl in Deutschland als auch in Österreich-Ungarn als ein wichtiges wissenschaftliches Instrument der Kriegsführung betrachtet. Immerhin war die Aufrechterhaltung von Produktion und Versorgung eine unabdingbare Voraussetzung, um im Krieg militärisch erfolgreich zu sein. Freilich konnte eine solche Lehre nicht politisch neutral sein, sie bot aber Anknüpfungspunkte recht unterschiedlicher Art. Es waren keineswegs nur Nationalisten und Kriegsbefürworter, die sich von der Transformation des Wirtschaftssystems im Krieg angesprochen fühlten. Zentrale Planung, Rationalisierung der Produktion, gelenkte Verteilung und Naturalwirtschaft stiessen gerade auch in der Linken auf beträchtliche Resonanz. In ihren Augen erzwang der Krieg ein Wirtschaftssystem, das den Markt ausser Kraft setzte und somit eine Vorstufe zur Planwirtschaft bildete.

### Neuraths Kriegswirtschaftslehre

Otto Neuraths Kriegswirtschaftslehre basierte auf wirtschaftshistorischen Studien, denen er sich schon seit seinem Studium bei Gustav Schmoller und Eduard Meyer in Berlin gewidmet hatte. In diesem Zusammenhang strich er vor allem das Verständnis der Kriegswirtschaft in der Antike heraus, als Kriege keineswegs nur als wirtschaftsschädigend bewertet, sondern auch deren mögliche positive ökonomische Effekte diskutiert wurden. Schon in seiner 1906 eingereichten Dissertation, deren zweiter

---

<sup>6</sup> Edgar Jaffé, «Die ‚Militarisierung‘ des Wirtschaftslebens», in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 40 (1915), S. 511-547.

<sup>7</sup> Ingrid Belke, *Die sozialreformerischen Ideen von Josef Popper-Lynkeus (1838-1921) im Zusammenhang mit allgemeinen Reformbestrebungen des Wiener Bürgertums um die Jahrhundertwende*, Tübingen 1978, S. 206.

<sup>8</sup> Allgemein zur österreichischen Sozialdemokratie siehe Erwin Weissel, *Die Ohnmacht des Sieges. Arbeiterschaft und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg*, Wien 1976, S. 158-166.

<sup>9</sup> Das zeigt sich auch bei Ferdinand Schmid, *Kriegswirtschaftslehre*, Leipzig 1915, der immer wieder auf die Arbeiten Neuraths zurückkommt. Siehe dazu etwa die anerkennenden, wenn auch nicht unkritischen Bemerkungen auf den Seiten 2-3 und 5.

Teil den Titel ‚Der Krieg als Teil der Erwerbskunst‘ trug, hatte er sich mit solchen Fragestellungen befasst.<sup>10</sup> Wenige Jahre später forderte er – so der Titel eines Aufsatzes – die Einrichtung der „Kriegswirtschaftslehre als Sonderdisziplin“ innerhalb der Politischen Ökonomie.<sup>11</sup> Nachdem er nun in den folgenden Jahren wiederholt die Vernachlässigung der Kriegswirtschaft in der herrschenden ökonomischen Lehre kritisiert und für sich selbst die Urheberschaft für den Begriff „Kriegswirtschaftslehre“ in Anspruch genommen hatte, vertiefte er seine kriegswirtschaftlichen Studien weiter.

Die Rahmenbedingungen waren nicht übermässig günstig, denn er arbeitete als Lehrer an einer Wiener Handelsakademie und konnte daher Forschungsarbeiten oft nur in den Sommerferien durchführen. Einen Wandel brachte hier seine Begegnung mit der 1910 gegründeten Carnegie Stiftung für den Internationalen Frieden. Als 1912 der Erste Balkankrieg ausbrach, wollte die Stiftung die Ursachen, aber auch die wirtschaftlichen Konsequenzen des Kriegsgeschehens in wissenschaftlichen Studien untersuchen, deren Ergebnisse bei internationalen Konferenzen vorgestellt wurden. Otto Neurath bewarb sich erfolgreich um Mitarbeit. Eine ganze Reihe von Vorträgen und Beiträgen in ökonomischen Fachzeitschriften sowie die Veröffentlichung kleinerer Broschüren waren das Ergebnis seiner zahlreichen von der Stiftung bezahlten Studienreisen in den Jahren 1912 und 1913. „Bis jetzt war ich einmal in Bulgarien, sechsmal in Serbien, einmal in Bosnien, dreimal in Kroatien, zweimal in Ungarn, zweimal in Galizien, zweimal in Böhmen, einmal in der Bukowina und vor kurzem auch in Berlin“, schreibt er, kurz nach dem Zweiten Balkankrieg, an den Soziologen Ferdinand Tönnies nach Eutin, der den jungen Neurath während seines Studiums in Berlin unterstützt hatte.<sup>12</sup> Zwei Themen kehrten in seinen Berichten und Analysen, die er unter anderem regelmässig in der Zeitschrift ‚Der österreichische Volkswirt‘ publizierte, immer wieder. Zum einen versuchte er die weit verbreitete Einschätzung, wonach Kriegsereignisse zwangsläufig negative ökonomische Konsequenzen hätten, zu entkräften. Neurath beobachtete immer wieder, dass die wirtschaftlichen Schäden des Krieges oft weniger gravierend waren als allgemein behauptet. Das galt seiner Ansicht nach besonders für Agrarstaaten wie Serbien. Zum anderen übte er immer wieder Kritik an der antiserbischen Haltung Österreichs und polemisierte nicht nur gegen die Berichterstattung der österreichischen Presse, sondern auch gegen die politischen Entscheidungsträger. Die antiserbische Haltung Österreichs führte, so meinte er, zu einer äusserst negativen Einschätzung der wirtschaftlichen Situation Serbiens, die der Realitätsprüfung aber nicht standhielt. Österreich-Ungarn bekräftigte einerseits sein grosses Interesse an den Entwicklungen der Balkanregion und vertrete ande-

---

<sup>10</sup> Otto Neurath, Zur Anschauung der Antike über Handel, Gewerbe und Landwirtschaft (1906), in: Rudolf Haller, Ulf Höfer (Hg.), *Otto Neurath. Gesammelte ökonomische, soziologische und sozialpolitische Schriften I*, Wien 1998, S. 25-52 (Teil 1) und S. 53-109 (Teil 2).

<sup>11</sup> Otto Neurath, «Die Kriegswirtschaftslehre als Sonderdisziplin», in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 1 (1913), S. 342-348.

<sup>12</sup> Otto Neurath an Ferdinand Tönnies, ohne Datum [1913]. Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Nachlass Ferdinand Tönnies.

rerseits ein davon abweichendes politisches Programm, das letztlich „nebelhaft“ bleibe.<sup>13</sup>

Die während der Balkankriege empirisch ausdifferenzierte Kriegswirtschaftslehre basierte auf einer fundamentalen Kritik von Freihandel und Kapitalismus. Wie schon sein Vater, der Ökonom Wilhelm Neurath, attestierte Otto Neurath der „Verkehrswirtschaft“ (Marktwirtschaft) ein gravierendes Funktionsproblem. Das herrschende Geld-, Kredit-, und Marktwesen führe nämlich dazu, dass das Potenzial an Arbeitskräften und Produktionskapazitäten nicht ausgenutzt würde. Die Gesetze des Marktes bedingten, dass oft viel weniger produziert werde als es dem Bedarf entspreche und folglich viele Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut leben müssten. Eine geplante und gelenkte Verwaltungswirtschaft, so wie sie im Krieg existierte, könnte hingegen diese Mängel der Verkehrswirtschaft überwinden. Die Kriegswirtschaft war nicht nur eine Verwaltungs-, sondern auch eine Naturalwirtschaft. In der Verwaltungswirtschaft agierte eine Zentralstelle auf der Basis eines umfassenden und wissenschaftlich abgesicherten Wirtschaftsplans. Mit Hilfe einer Universalstatistik, in die alle relevanten Daten zu Produktion, Verbrauch, Bedarf etc. einfließen, sollten die Grundlagen für eine Neuorganisation der Wirtschaft geschaffen werden. Für eine neue Wirtschaft waren nicht Profit und Rentabilität miteinander konkurrierender Unternehmen entscheidend, sondern die Produktivität der Wirtschaft. Gradmesser der Wirtschaftlichkeit war die Lebenslage oder der Lebensstandard der Menschen. Zwischen Krieg und Frieden existierte also ein Antagonismus der Wirtschaftssysteme: Einerseits ein System der Rentabilität und des Profits, andererseits eines der Produktivität – im Interesse der Menschen. Denn Neurath begriff die Kriegswirtschaft als ein Instrument, mit dem das Leben der Menschen verbessert werden konnte. Sie war somit, das mag paradox klingen, gar nicht an den Krieg gebunden. Aber die Bedingungen des Krieges produzierten eine Wirtschaftsform, die vorzeigte, mit welchen Instrumenten im Frieden effizienter produziert und gerechter verteilt werden könnte. Kapitalismus und Krieg bereiteten damit wider Willen den Sozialismus vor. „Jeder Unternehmer, der einen Trust, ein Kartell schafft, bereitet die Grossorganisation des Sozialismus vor“, schrieb Neurath später, „jeder militärische Führer, der die Verwaltungswirtschaft einer Armee aufrichtet, erschüttert das Gebäude der freien Konkurrenz“.<sup>14</sup> Trotz solcher Aussagen verstand Neurath sich selbst als unpolitischer Gesellschaftstechniker.

---

<sup>13</sup> Otto Neurath, Österreich-Ungarns Balkanpolitik (1912/13), in: Rudolf Haller, Ulf Höfer (Hg.), *Otto Neurath. Gesammelte ökonomische, soziologische und sozialpolitische Schriften*, Bd. 2, Wien 1998, S. 14-30, hier S. 16.

<sup>14</sup> Otto Neurath, «Österreichs Baugilde und ihre Entstehung», in: *Der Kampf* 15 (1922), S. 84-89, hier S. 84.

### Wissenschaftliches Komitee für Kriegswirtschaft in Wien und Kriegswirtschaftsmuseum in Leipzig

Knapp nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde der 31-jährige Handelsschullehrer Otto Neurath eingezogen, um als Verpflegungsoffizier am Feldzug gegen Russland teilzunehmen. Bereits im Jahr 1915 erhielt er einige Auszeichnungen, für die neben technischen Erfindungen, die er für das Militär gemacht hatte, auch seine kriegswirtschaftlichen Arbeiten als Grund genannt wurden.<sup>15</sup> Im Ersten Weltkrieg erfuhr Neuraths Kriegswirtschaftslehre aber noch eine weitere, wesentlich bedeutendere Aufwertung: Sie wurde institutionalisiert.

Im April 1916 wurde nach dem Vorbild der wissenschaftlichen Kommission im Preussischen Kriegsministerium, in der zahlreiche deutsche Ökonomen mitwirkten, das „Wissenschaftliche Komitee für Kriegswirtschaft“ im k. u. k. Kriegsministerium eingerichtet. Die Notwendigkeit einer solchen Institution wurde damit begründet, dass der moderne Volkskrieg an das Staatswesen und die Bevölkerung Anforderungen stellte, die nur mit entsprechender Vorbereitung bewältigt werden könnten.<sup>16</sup> Inwieweit Otto Neurath selbst für die Einrichtung dieses Komitees verantwortlich war, ist nicht eindeutig festzustellen. Fest steht aber, dass er schon davor in mehreren Vorträgen vor ranghohen Militärs die Bedeutung der Kriegswirtschaftslehre erläutert und auf die eine oder andere Art diese Gründung zumindest stark beeinflusst hatte. Ende Juni 1916 erhielt er in Lemberg seine Kommandierung zum Kriegsministerium und wurde dem Wissenschaftlichen Komitee zugeteilt. Da die Armee im Krieg selbst als Verwalterin grosser Rohstoffvorräte, als Produzentin und als Verbraucherin auftrat, war klar, dass für sie die wissenschaftliche Erforschung der Kriegswirtschaft von Interesse war. Erfahrungen, die aus der systematischen Dokumentation und Analyse dieser militärisch-ökonomischen Tätigkeiten resultierten, konnten von grossem Nutzen für eine erfolgreiche Kriegsführung sein. Es sollte also, wie es in einem 1916 verfassten Papier aus der Gründungsphase des „Wissenschaftlichen Komitees für Kriegswirtschaft“ heisst, „die Wirksamkeit der Heeresverwaltung als kriegswirtschaftlicher Grosskörper voll erkannt und in allen Einzelheiten aufmerksam studiert [werden]“.<sup>17</sup>

Untergliedert in verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten (wie etwa Verkehrswesen, Geld- und Finanzwesen, Bergbau oder Landwirtschaft), die in der Regel von fachlich versierten Reserveoffizieren geleitet wurden, bestand die Aufgabe des Wissenschaftlichen Komitees vor allem in Beobachtung, Erfassung, Systematisierung, Dokumentation und Analyse des Wirtschaftsge-

<sup>15</sup> Qualifikationslisten 2228. Österreichisches Staatsarchiv (OeSta), Kriegsarchiv (KA), Mappe Otto Karl Wilhelm Neurath und Offiziers-Belohnungsanträge (OBA) Nr. 27922, Karton 31.

<sup>16</sup> Vgl. dazu und zum Folgenden: Wissenschaftliches Komitee für Kriegswirtschaft. Entwurf eines Arbeitsplanes dann Personaleinteilung. K.u.k. Kriegsministerium, Wien 1916, S. 5-6. OeSta, KA, Kriegsministerium, Intern-Akten, Karton 74.

<sup>17</sup> Referat zum Wissenschaftlichen Komitee für Kriegswirtschaft, Wien 1916. OeSta, KA, Kriegsministerium, Intern-Akten, Karton 76.

schehens im Krieg. Endprodukt der Arbeit sollte eine Art ökonomisches Generalstabswerk sein, aus dem wichtige Erkenntnisse für spätere Kriege gewonnen werden konnten.

Im Wissenschaftlichen Komitee waren zahlreiche Ökonomen und Sozialwissenschaftler aktiv, die – zumindest zum Teil – schon einen grossen Namen hatten oder später zu Prominenz gelangen sollten. Neurath wurde einer von insgesamt zehn Gruppenleitern (Allgemeine Kriegswirtschaft und Heereswirtschaft). In seine Gruppe kam 1917 der führende Parteiideologe der österreichischen Sozialdemokratie Otto Bauer, aber auch der Ökonom Friedrich Hertz. In einer anderen Abteilung arbeitete der Soziologe Hendryk Grossmann, dessen Gruppenleiter wiederum Othmar Spann war. Spann und Neurath gerieten bei den Sitzungen der Gruppenleiter oft aneinander, obwohl ihre politische Gegnerschaft erst in den Folgejahren deutlich hervortreten sollte.<sup>18</sup> Im Wissenschaftlichen Komitee waren sie über die Methodik bei der Sammlung und Systematisierung des Materials uneinig und sie differierten hinsichtlich der grundlegenden Ausrichtung der Arbeitsweise des Komitees. Zu den umstrittenen Fragen zählte auch die Balance zwischen Theorie und Praxis. Sollte das Komitee nur Materialien sammeln und aufbereiten oder auch explizit wissenschaftliche Analysen machen? Neurath wollte wissenschaftlich arbeiten, Spann dokumentieren. Nach Kriegsende waren es dann ausgerechnet Spann und Neurath, die von Julius Deutsch, dem nun für das Heereswesen verantwortlichen Sozialdemokraten, mit der Liquidierung des Komitees und seiner umfangreichen Bestände betraut wurden. Bis Januar 1919 sollten sie diesen Prozess abgeschlossen haben.<sup>19</sup>

Im Zusammenhang mit der Institutionalisierung der Kriegswirtschaft ist freilich noch eine zweite Einrichtung zu erwähnen, an der Neurath ebenfalls führend – schliesslich sogar an der Spitze als Direktor – tätig war: das Kriegswirtschaftsmuseum in Leipzig.<sup>20</sup> Treibende Kraft bei seiner Errichtung und Etablierung war die dortige Handelskammer. In diesem Museum sollte die Wirtschaft im Krieg möglichst anschaulich und facettenreich einem breiten Publikum präsentiert werden. In der ‚Zeitschrift für Sozialwissenschaft‘ präsentierte Ferdinand Schmid das Museumsprojekt, bemängelte die langjährige Vernachlässigung der Kriegswirtschaft und verwies nachdrücklich auf die Bedeutung Otto Neuraths.<sup>21</sup> Dieser kam auch bald nach Leipzig. Zuerst war er Berater, dann wissenschaftlicher Leiter und schliesslich (ab ca. Mitte 1918) Direktor des Museums. Seine Funktion als Gruppenleiter in Wien gab er des-

---

<sup>18</sup> Vgl. dazu die Protokolle der Gruppenleitersitzungen vom 17., 19. und 21. Dezember 1917. OeSta, KA, Kriegsministerium, Intern-Akten, Karton 73.

<sup>19</sup> Schreiben Holy, Spann, Neurath an den Chef der ökonomischen Sektion des liquidierenden Kriegsministeriums FML Robert v. Langer vom 29. November 1918. OeSta, KA, Kriegsministerium, Intern-Akten, Karton 93.

<sup>20</sup> Richard Stegemann, Deutsches Kriegswirtschaftsmuseum. Leitende Gedanken, Leipzig 1917, S. 11. Bundesarchiv Berlin (BA), Papiere des Kriegswirtschaftsmuseums Leipzig, R 3101, 617.

<sup>21</sup> Ferdinand Schmid, «Das Deutsche Kriegswirtschaftsmuseum und seine Bedeutung für die Wirtschaftswissenschaft», in: *Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Sonder-Abdruck ohne Jahrgang, S. 207-220, hier S. 212-213.

halb aber nicht auf, sondern reiste zwischen den beiden kriegswirtschaftlichen Institutionen hin und her.

Die einzige Ausstellung des Museums fokussierte auf die britische Blockadepolitik: Sie wurde im August 1918 unter dem Titel „Weltblockade und Kriegswirtschaft“ eröffnet.<sup>22</sup> Manche der museumspädagogischen Leitlinien erinnern durchaus an das spätere, berühmte Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum im Wiener Rathaus. Neuartige Formen der Ausstellungspädagogik und insbesondere das Ziel einer Wissenschaftspopularisierung durch Visualisierung sind dabei zu nennen. Aber auch Schlüsselbegriffe der Neurathschen Soziologie – etwa jener der „Lebenslagen“ – tauchen in der Ausstellung auf.

Das Museum sollte den Übergang der Friedens- in die Kriegswirtschaft darstellen, eine genaue Darstellung der zahlreichen Facetten der Kriegswirtschaft leisten, sich aber auch mit der nach dem Krieg sich etablierenden Übergangswirtschaft befassen. Aus dieser Übergangswirtschaft sollte schliesslich eine neue, möglichst dauerhafte Friedenswirtschaft entstehen, die aus den Erfahrungen des Krieges gelernt hatte. Auch wenn die meisten Beteiligten am Projekt dieses Kriegswirtschaftsmuseums nicht gehaut haben dürften, welche Wirtschaftsform Neurath tatsächlich für den Frieden im Auge hatte, ist die Übereinstimmung zwischen der Kriegswirtschaftslehre und seiner schon kurz darauf bekannt werdenden Sozialisierungstheorie geradezu verblüffend. Zu den Gemeinsamkeiten zählte neben Elementen wie zentraler Planung, Universalstatistik und Naturalwirtschaft auch die grundsätzliche Ausrichtung an einem neuen, in gewisser Weise alternativen Wirtschaftsbegriff. Die Wirtschaftlichkeit von Massnahmen zeige sich nämlich darin, so führte Neurath dazu aus, wie sehr diese geeignet seien, „Nahrung, Kleidung, Behausung, Lektüre, Theaterbesuch, Arbeit und Krankheit und alles andere, was wir unter dem Namen Lebenslage zusammenfassen, zu beeinflussen“.<sup>23</sup>

## Kriegswirtschaft und Sozialisierung

Spätestens nach Kriegsende verwarf der erst 1917 in Heidelberg frisch habilitierte Privatdozent und Ökonom sein Leben als Gelehrter und wurde – zumindest für manche überraschend – zum Sozialisten und Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Sein neues ökonomisches Modell hiess „Vollsozialisierung“.<sup>24</sup> Mit diesem prägte er im Frühjahr 1919 die Sozialisierungsdebatten in Sachsen und Bayern. Im Unterschied zur Sozialdemokratie und den links von ihr positionierten Parteien, die wie Neurath einer Sozialisierung der Wirtschaft positiv gegenüberstanden, verfügte er darüber hinaus über ein detailliertes wirtschaftspolitisches Konzept für deren Umset-

<sup>22</sup> *Führer durch die Ausstellung Weltblockade und Kriegswirtschaft des deutschen Kriegswirtschaftsmuseums* (Veröffentlichungen des Deutschen Kriegswirtschaftsmuseums zu Leipzig, Heft 6, Leipzig 1918), S. 34. BA, R 3101, 617.

<sup>23</sup> *Das Deutsche Wirtschaftsmuseum* (Veröffentlichungen des Deutschen Wirtschaftsmuseums zu Leipzig, Heft 3, Leipzig 1918), S. 15-16.

<sup>24</sup> Otto Neurath, *Vollsozialisierung. Von der nächsten zur übernächsten Zukunft*, Jena 1920.

zung. Dieser unbestreitbare Startvorteil verhalf ihm zu starker politischer und mediale-  
 ler Präsenz. Bereits im März 1919 erfolgte seine Ernennung zum Präsidenten des  
 Zentralwirtschaftsamtes in München, das die Sozialisierung Bayerns anleiten und  
 organisieren sollte. Trotz einer insgesamt recht kurzen Amtsdauer von weniger als  
 zwei Monaten führte dies zu seiner Involvierung in die beiden kurz darauf ausgerufenen  
 bayerischen Räterepubliken, was zu seiner Absetzung, Verhaftung, Verurteilung  
 und Abschiebung nach Österreich führte.<sup>25</sup>

Die Transformation von Otto Neuraths Kriegswirtschaftslehre in eine Theo-  
 rie der Vollsozialisierung zeigte, dass sein ökonomisches Modell immer mehr war als  
 ein blosses Instrument der effizienten, wissenschaftlich unterstützten Kriegsführung.  
 Sie war Ausdruck eines umfassenden Vertrauens auf planerische Vernunft, auf  
 Machbarkeit und rationale Organisation. Mit ihrer Hilfe sollte dem Irrationalismus  
 der Geld- und Marktwirtschaft und den von ihr verursachten sozialen Verwerfungen  
 ein definitives Ende gesetzt werden. Durch ihre scheinbar unpolitisch-  
 wissenschaftliche Aura strahlte sie Attraktivität für recht unterschiedliche Zwecke  
 und Ziele aus. Auch die Sozialisierungsdebatten nach dem Ersten Weltkrieg waren  
 zunächst von einem solchen Planungsoptimismus getragen. Mit den Mitteln der Ge-  
 sellschaftstechnik sollte eine rationale Umgestaltung der wirtschaftlichen und politi-  
 schen Ordnung möglich sein. Gesellschaft war gestaltbar und Zukunft war machbar.  
 Mit den im Krieg entwickelten Instrumenten, so dachten viele, konnte der Sozialis-  
 mus aufgebaut werden. Da der Grosse Krieg an den Kapitalismus gebunden war und  
 folglich mit diesem verschwand, konnte nach seinem Ende eine friedliche, sozialisti-  
 sche Ordnung entstehen. „Um der Vernichtung willen wurde gezeigt, was Men-  
 schenkraft zu leisten vermag“, schrieb Neurath unmittelbar nach dem Weltkrieg: „Ist  
 es so unverständlich, wenn immer mehr Menschen die Frage aufwerfen, ob man  
 nicht in ähnlicher Weise *Friedensziele* erstreben könne, wie man so lange *Kriegsziele*  
 erstrebt habe?“<sup>26</sup>

### Von der Kriegswirtschaft zur Friedensutopie

Friedensziele: Neurath unterhielt auch eine Reihe von Kontakten zur Friedensbewe-  
 gung seiner Zeit. So wurde er etwa nach 1918 von Yella Hertzka und der Internatio-  
 nalen Frauenliga für Frieden und Freiheit mit der Erarbeitung einer Enzyklopädie  
 des Weltkrieges beauftragt. Als Grundlage legte er ein ausgesprochen ambitioniertes

---

<sup>25</sup> Johannes Merz, «Zur Sozialisierungsbewegung 1918/19. Konzeption und Wirksamkeit Otto Neu-  
 raths in Österreich, Sachsen und Bayern», in: *Historisches Jahrbuch* 121 (2001), S. 267-285, hier S.  
 277-278; Otto Neurath, *Bayrische Sozialisierungserfahrungen*, Wien 1920. Für eine ausführliche  
 Darstellung und Diskussion der Ereignisse in München verweise ich auf meine Biographie Otto  
 Neuraths (G. Sandner, *op. cit.*).

<sup>26</sup> Otto Neurath, Die Utopie als gesellschaftstechnische Konstruktion, in: Otto Neurath, *Durch die  
 Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft*, München 1919, S. 228-231, hier S. 230. Die Kursivsetzun-  
 gen sind im Original Sperrungen.

Konzept vor, das aus unbekanntem Gründen niemals realisiert wurde.<sup>27</sup> Im Jahr 1922 beteiligte er sich dann – unter anderem gemeinsam mit Karl Grünberg, Alfred Adler und Rudolf Goldscheid – an der Gründung einer Wiener Gruppe der von Henri Barbusse ins Leben gerufenen internationalen Vereinigung Clarté zur Bekämpfung des Krieges und seiner Ursachen.<sup>28</sup> Solche Friedensaktivitäten sind durchaus als biographische Kontinuität zu sehen. Schon als Studierender betrachtete Neurath die Frage des Friedens neben der sozialen Frage und der Frauenfrage als die zentrale Herausforderung des gerade beginnenden 20. Jahrhunderts.<sup>29</sup> Dennoch hatte er als Ökonom und Gesellschaftstechniker gegenüber der Friedensbewegung Einwände. Seiner Ansicht nach konnte man den Krieg nicht bekämpfen, indem man nur seine Grausamkeiten beklagte und diese verurteilte. Ob Krieg oder Frieden, so Neurath, werde nicht moralisch entschieden, sondern wissenschaftlich und politisch: auf dem Feld der Ökonomie. Wer den Frieden wolle, müsse die herrschende ökonomische Ordnung bekämpfen und den Aufbau einer neuen Wirtschaft unterstützen.<sup>30</sup>

Für den Aufbau einer solchen neuen Ordnung bediente sich Neurath des Begriffes der Utopie. Doch darunter verstand er keineswegs jene Träumereien, über die Realisten und Pragmatiker zu spotten pflegten. Für Neurath war die Utopie eine rational geplante Gesellschaftskonstruktion. Die Geringschätzung der Utopie war, zumindest in dieser Zeit, auch sein wesentlicher Vorbehalt gegenüber dem Marxismus, der utopisches Denken als ein Phänomen der Frühgeschichte des Sozialismus interpretierte. ‚Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft‘, so hieß ja auch das bekannte Werk von Friedrich Engels. Für Neurath aber waren Utopien in Gedanken und Bildern vorhandene Lebensordnungen, über deren Realisierungsmöglichkeiten durch den Begriff alleine noch gar nichts ausgesagt war. Utopien waren notwendige wissenschaftliche Vorarbeiten für die Gestaltung der Zukunft. Analog zu den Konstruktionen der Ingenieure in der Maschinenteknik bezeichnete Neurath sie als gesellschaftstechnische Konstruktionen.<sup>31</sup> Er war felsenfest davon überzeugt, dass gerade die Umgestaltungen des Krieges der Utopie neues Leben eingehaucht hatten, und er dachte am Beginn einer neuen Utopistik als Wissenschaft zu stehen. Die Menschen könnten schon bald, wenn auch Erziehung und Bildung ihren Beitrag dazu leisteten, verschiedene gesellschaftstechnische Konstruktionen, unterschiedliche künftige Lebensordnungen kennen lernen, miteinander vergleichen und entscheiden, welche davon ihren Wünschen und Glücksbedürfnissen am stärksten

---

<sup>27</sup> Hadwig Kraeutler, Corinna Oesch, Günther Sandner, Otto Neurath's ‚Encyclopedia of the World War‘: A Contextualisation, in: Brian McGuinness (Hg.), *Friedrich Waismann: Causality and Logical Positivism*, Dordrecht/ Heidelberg/ London 2011, S. 267-295.

<sup>28</sup> *Neue Freie Presse*, 18. Mai 1922, S. 7.

<sup>29</sup> Otto Neurath, Sozialwissenschaftliches von den Ferial-Hochschulkursen in Salzburg (1903), in: Rudolf Haller, Ulf Höfer (Hg.): *Otto Neurath. Gesammelte ökonomische, soziologische und sozialpolitische Schriften*, Bd. 1, Wien 1998, S. 1-7, hier S. 5.

<sup>30</sup> Otto Neurath, Probleme der Kriegswirtschaftslehre, in: R. Haller, U. Höfer, (Hg.): *Otto Neurath. Gesammelte ökonomische, soziologische und sozialpolitische Schriften*, Bd. 1, Wien 1998, S. 201-249, hier 248.

<sup>31</sup> Otto Neurath, Die Utopie als gesellschaftstechnische Konstruktion, *op. cit.*, S. 228-231.

entspreche. Die bewusste, planvolle und rationale Gestaltung des menschlichen Glücks: Das war der Kern der Neurathschen Utopie, und obwohl er – wie einer seiner Freunde zu Recht einmal betonte – ein skeptischer Utopist gewesen ist, sah er einen friedvollen Weltsozialismus damals als eine durchaus realistische Möglichkeit an.<sup>32</sup>

Die Geschichte kam jedoch anders. Nach einer überaus produktiven Zeit im Roten Wien der Zwischenkriegszeit musste Neurath im Februar 1934 vor dem klerikalen Faschismus in Österreich fliehen und entkam sechs Jahre später im Mai 1940 in den Niederlanden nur knapp den anrückenden deutschen Truppen auf einem Rettungsboot nach England. Dort widmete er sich in den letzten Jahren seines Lebens nicht zuletzt der Frage, wie seine visuelle Erziehungsarbeit oder Bildpädagogik einen wirkungsvollen Beitrag im Kampf gegen den Nationalsozialismus und für Demokratieerziehung und Re-Education leisten könnte. Durch seinen unerwarteten Tod am 22. Dezember 1945 blieben diese Bemühungen jedoch in ihren Anfängen stecken.

---

<sup>32</sup> Otto Neurath, *Weltsozialismus* (1922), in: Rudolf Haller, Heiner Rutte (Hg.), *Otto Neurath. Gesammelte philosophische und methodologische Schriften*, Wien 1981, S. 203-208.

## Die Debatte zwischen Charles Andler und Jean Jaurès über den Friedenswillen der deutschen Sozialdemokraten

Joseph Jurt

In der November/Dezember-Nummer 1912 der linken Zeitschrift *Action Nationale* veröffentlichte der prominente Germanist Charles Andler, ausgezeichnete Kenner des Marxismus und selber Mitglied der Sozialistischen Partei Frankreichs, einen umfangreichen Aufsatz über den imperialistischen Sozialismus im zeitgenössischen Deutschland.<sup>1</sup> Am Ende seiner Ausführungen kommt er auf den Kongress der Sozialistischen Internationale 1912 in Basel zu sprechen:

„Wir haben nie in Frage gestellt, dass es möglich war, 500 pazifistische Sozialisten aus allen Ländern als Delegierte nach Basel zu bringen. Aber eine Säuberung des deutschen Sozialismus fand nicht statt und eine wissenschaftliche Kritik an dessen neuen Methoden im Bereich der Aussen- und Kolonialpolitik wurde nicht einmal in Angriff genommen [...] Die Glocken von Basel können ‚die Lebenden rufen und die Toten beweinen‘. Das ist alles, was sie können.“<sup>2</sup>

In einem Artikel in der *Humanité* vom 3. April 1913 kam dann Jaurès auf Andlers Bemerkung zum Friedenskongress von Basel zurück. Er habe Freunden anvertraut, wie er die spöttelnde und abwartende Art empfand, mit der Andler über den Kongress von Basel gesprochen habe, wo alle Vorkämpfer des internationalen Sozialismus unter den dunklen Wolken eines Gewitters, das sie bedrohte, von einem ergreifenden und tragischen Gefühl der Verantwortung angesichts der künftigen Prüfungen erfüllt waren.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Der Artikel ist abgedruckt im Sammelband von Charles Andler, *Le socialisme impérialiste dans l'Allemagne contemporaine. Dossier d'une Polémique avec Jaurès (1912-1913)*, Paris 1918.

<sup>2</sup> Ibid., S. 129-130. „Nous n'avons jamais contesté qu'il fût possible d'envoyer à Bâle 500 délégués socialistes pacifistes, choisis dans tous les pays. Mais l'épuration du socialisme allemand n'est pas faite et la critique scientifique de nouvelles méthodes de politique étrangère et coloniale n'est même pas commencée [...] Mais les cloches de Bâle peuvent ‚appeler les vivants, et pleurer les morts‘, c'est tout ce qu'elles peuvent.“

<sup>3</sup> Ibid., S. 148: „Puisqu'il parle de nos amis communs, il en est auxquels j'ai dit (ce n'est point à un de ceux qu'il nomme) à quel degré je ressentais, pour notre Parti et pour nous-mêmes, la façon gouailleuse et amoindrissante dont il a parlé de ce Congrès de Bâle où tous les militants du socialisme international, sous la sombre nuée qui nous menaçait de l'orage, avaient le sentiment poignant et tragique des responsabilités et des épreuves qui, sans doute, les attendaient.“

Die Polemik zwischen Andler und Jaurès betraf aber keineswegs allein die Bewertung des Kongresses von Basel; der Dissens lag tiefer. Es ging um die unterschiedliche Einschätzung des Friedenswillens der deutschen Sozialdemokraten.

Wer aber war Charles Andler? Er stammte aus einer recht wohlhabenden Familie aus Strassburg; er besuchte dort bis 1879 das deutsche Gymnasium, war für zwei Jahre in einem Internat in Gray (Haute-Saône), um dann auf das *Lycée* Hoche in Versailles zu wechseln, wo er 1882 ein *baccalauréat ès lettres* absolvierte. Nach den Vorbereitungsklassen im *Lycée* Condorcet ab 1884 besuchte er die Elite-Institution der *École Normale Supérieure*<sup>4</sup>, wo er Philosophie studierte, wegen Meinungsverschiedenheiten mit den Prüfern aber bei der *agrégation* durchfiel. 1889 bestand er glanzvoll die *agrégation* im Fach Deutsch, hielt sich danach für zwei Jahre in Berlin auf und arbeitete, während er als Gymnasiallehrer in Nancy wirkte, an seiner Dissertation (*thèse*), die er 1897 unter dem Titel ‚*Les origines du socialisme d’État en Allemagne*‘ (Die Ursprünge des Staatssozialismus in Deutschland<sup>5</sup>) vorlegte.<sup>5</sup>

### Der Germanist in seiner Auseinandersetzung mit dem deutschen Sozialismus

Die Frage, von der Andler in seiner Dissertation, auch als engagierter Sozialist und Republikaner, ausging, war einerseits die nach den Gründen des Misserfolgs der Revolution von 1848 in Deutschland. Andererseits untersuchte er die Sozialgesetzgebung von Bismarck, die weit fortschrittlicher war als die des auf seine demokratischen Strukturen stolzen Frankreichs. Er ging diesen Fragen nach, indem er die philosophischen Voraussetzungen dafür zu ergründen versuchte, ausgehend von Fichte und Hegel.

Während man sich vor 1870 in Frankreich und Deutschland vor ähnlichen Problemen eines Gleichgewichts zwischen Liberalisierung und Protektionismus sah, so war dieses Gleichgewicht durch die Annexion des Elsasses und Teilen von Lothringen und der deutschen Einigung unter der Ägide von Preussen zerstört worden.<sup>6</sup> Wegen dieser Asymmetrie tendierte man nun in Frankreich generell dazu, die Unterschiede zu und die Rivalität mit Deutschland immer mehr zu akzentuieren.

Der Wille, die Erfolge Deutschlands mit einer radikalen Reform des französischen Hochschulwesens nach 1871 zu übertreffen, war ebenfalls dem Gedanken der Rivalität geschuldet. Der Germanistik wurde die Aufgabe übertragen, die *Unterschiede* zwischen Deutschland und Frankreich zu erklären und die Überlegenheit der fran-

<sup>4</sup> Siehe dazu Pascale Gruson, Charles Andler (1866-1933). Begründer der modernen französischen Germanistik, in: Gerhard Sauder (Hg.), *Germanisten im Osten Frankreichs*, St. Ingbert 2002, S. 23-40.

<sup>5</sup> Charles Andler, *Les origines du socialisme d’État en Allemagne*, Paris 1897.

<sup>6</sup> Pascale Gruson, La dimension géopolitique d’une germanistique dans l’enseignement supérieur français, in: Michel Espagne, Michael Werner (Hg.), *Philologiques I*, Paris 1990, S. 333-364, hier S. 355-356.

zösischen republikanischen Ordnung über die deutsche Autoritätshörigkeit zu belegen.<sup>7</sup>

Charles Andler war aufgrund seiner elsässischen Herkunft, die er mit vielen französischen Hochschulgermanisten teilte, die durch die Annexion des Elsasses durch Deutschland traumatisiert waren, sensibilisiert für die nationale Aufgabe, die man von seiner Disziplin erwartete. Seine perfekte Kenntnis des Deutschen ermöglichte ihm auch im Unterschied zu vielen französischen Kollegen, Marx und die deutsche marxistische Theorie im Original zu lesen.<sup>8</sup> Anlässlich eines Studienaufenthaltes in London hatte er sich mit Engels getroffen und diskutierte dort mit ihm die Thesen über die philosophischen Ursprünge des deutschen Sozialismus. Er hatte schon 1889 die beiden ersten Bände des ‚Kapitals‘ gelesen, fühlte sich aber den Anarchisten, mit denen er dank dem Schriftsteller Bernard Lazare in Kontakt gekommen war, näher. Im selben Jahr trat er dem *Parti ouvrier socialiste révolutionnaire* (POSR) von Jean Allemane bei, zusammen mit seinem grossen Freund Lucien Herr.

Charles Andler und Jaurès hatten beide die Eliteinstitution der *École Normale Supérieure* besucht; Jaurès, der aus dem südfranzösischen Castres stammte, hatte schon 1892 seine philosophische *thèse* zum Thema der ‚Realität der sinnlich wahrnehmbaren Welt‘ (*De la réalité du monde sensible*) verteidigt; seine *thèse complémentaire* galt dem Thema des ‚Ursprungs des deutschen Sozialismus bei Luther, Kant, Fichte, Hegel und Marx‘ (*Les linéaments du socialisme allemand chez Luther, Kant, Fichte, Hegel et Marx*)<sup>9</sup>, das gleiche Thema, das Andler in seiner *thèse principale* fünf Jahre später behandeln sollte, aber im Fach Germanistik. Der Ansatz war ähnlich, beide suchten in der Tradition der deutschen Philosophie die Quellen des Sozialismus. Aber das Untersuchungscorpus von Jaurès war nicht identisch mit jenem Andlers. Jaurès ging auf Luther, Kant, Fichte und Hegel zurück, Andler begann mit Hegel. Wie Pascale Gruson betont, ist der Unterschied bezeichnend. Jaurès unterstreicht die Bedeutung der Reformation Luthers sowie das Problem der praktischen Vernunft. Das Handeln in der Vernunft und auf einem Minimum an Reflexivität zu begründen, sei eine wichtige Forderung gegenüber der Komplexität der ökonomischen Entwicklung, die vom Liberalismus verkannt werde. Die französische Germanistik sollte aber im Gefolge von Andler die theologische Dimension und das Argument der praktischen Vernunft kaum beachten. Der Protestantismus wird hier schlicht mit dem Konservatismus verrechnet.<sup>10</sup>

Andler glaubte, die Idee eines Staatssozialismus könne die verschiedenen progressiven Elemente des politischen Lebens Frankreichs einen. So schrieb er 1897 in

<sup>7</sup> Ibid., S. 361. Siehe auch Claude Digeon, *La crise allemande de la pensée française*, Paris 1959.

<sup>8</sup> Siehe dazu Christophe Prochasson, «Sur la réception du marxisme en France: Le cas Andler (1890-1920)», in : *Revue de synthèse* 4, 1 (1989), S. 85-108. Wir folgen hier den Ausführungen dieses Artikels.

<sup>9</sup> Die *thèse complémentaire* war gemäss dem damaligen Vorgaben auf Lateinisch abgefasst. *De Primis socialismi germanici lineamentis apud Lutherum, Kant, Fichte, Hegel et Marx*. (1892); neue Übersetzung ins Französische in: Jean Jaurès, *Œuvres complètes*, Bd. 3, Paris 2000.

<sup>10</sup> P. Gruson 1990, *op. cit.*, S. 345.

einem Brief: „Ich bezeichne als Staatssozialismus eine Theorie, die glaubt, dass der soziale Bereich eine Angelegenheit der *Regierung* ist [...], obwohl es Doktrinen gibt, die jede soziale Regelung ablehnen oder die glauben (wie ein gewisser pseudo-Marxismus), dass sich die sozialen Veränderungen *von selbst* durchsetzen.“<sup>11</sup> Er plädierte vor allem für eine voluntaristische Politik, die aber ‚von unten‘ kommen und nicht ‚von oben‘ diktiert werden sollte. Seine Auffassung des Sozialismus war in einer französischen Strömung verankert, „die auf Saint-Simon zurückgeht und auf genossenschaftlichen und municipalistischen Werten beruht: in gewisser Weise ein Sozialismus ‚von unten‘, ein von der Gesellschaft ausgehender Sozialismus (*socialisme sociétal*), der sich jeder Machtübernahme im Staat widersetzt“<sup>12</sup>, und damit auch dem Staatssozialismus von Bismarck.

Jaurès ging auf den seit 1870 gegenüber dem Deutschen Reich gemachten Vorwurf eines Demokratiedefizits im Nachbarland ein. Er glaubte nicht, dass formale demokratische Strukturen allein Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu lösen vermögen.<sup>13</sup> Die differenzierte Arbeit von Jaurès über die philosophischen Grundlagen des deutschen Sozialismus fand in der französischen Fachöffentlichkeit nur ein schwaches Echo. Anders „Interpretation war stets der von Jean Jaurès diametral entgegengesetzt, mit dem er umso härter kämpfte, da dieser ein subtiler Kenner der deutschen Philosophie war. Aber Jaurès war ja kein Elsässer.“<sup>14</sup>

1901 übersetzte Charles Andler das ‚Kommunistische Manifest‘<sup>15</sup> ins Französische und gab es zusammen mit einem umfassenden Kommentar heraus, der nicht so sehr politisch als vielmehr wissenschaftlich orientiert war.<sup>16</sup> Er stellte vor allem das Konzept des Arbeits-Wertes als einzige Richtgröße in Frage. Die Bedeutung der Rohstoffe für ein Produkt werde von Marx und Engels verkannt, so Andler. Die beiden argumentierten zu ökonomistisch, konzentrierten sich zu sehr auf die Produktion und zu wenig auf den Austausch, der den Mehrwert schaffe und damit auch die Ausbeutung generiere. Man müsse die Aufmerksamkeit auf den Konsum richten und auf die Kaufkraft. Über Genossenschaften könne man so zur Emanzipation der Arbeiterklassen beitragen und eine friedliche soziale Revolution in Gang setzen. Andler anerkannte durchaus die luziden Analysen von Marx und Engels hinsichtlich der Haltung des Lumpenproletariats und der Mittelschicht. Er bejahte das Konzept des historischen Materialismus.

---

<sup>11</sup> „J’appelle socialisme d’État une théorie qui pense que les choses sociales sont affaire de *gouvernement* [...], tandis qu’il y a des doctrines qui rejettent toute règle sociale ou qui croient (comme un certain pseudo-marxisme) que tous les changements sociaux se font *d’eux-mêmes*.“ Brief von Charles Andler an G. Renard vom 2. August 1897. Zitiert bei C. Prochasson 1989, *op. cit.*, S. 103.

<sup>12</sup> Christophe Prochasson, Les configurations d’un vertige: Charles Andler und Deutschland, in: Frank Fürbeth, Pierre Krügel, Ernst E. Metzner, Olaf Müller (Hg.), *Zur Geschichte und Problematik der Nationalphilologien in Europa*, Tübingen 1999, S. 412.

<sup>13</sup> Pascale Gruson 1990, *op. cit.*, S. 359.

<sup>14</sup> Pascale Gruson 2002, *op. cit.*, S. 30.

<sup>15</sup> Karl Marx, Friedrich Engels, *Le manifeste communiste* (Übersetzung, historische Einleitung und Kommentar von Charles Andler) 2 Bde, Paris 1901.

<sup>16</sup> Wir folgen C. Prochasson 1989, *op. cit.*, S. 95-98.

Gleichzeitig relativierte er die Originalität des Ansatzes von Marx. Das Konzept des Klassenkampfes finde man schon bei Babeuf und Blanqui. Die Vorstellung des Aufstiegs der Bourgeoisie dank des Fortschrittes der Industrialisierung verdanke vieles Proudhon und Sismondi. Hier spielte die nationale Komponente wieder eine zumindest implizite Rolle.<sup>17</sup> Andler hegte in der Tat mehr Sympathie für Proudhon als für Marx. Er argumentierte, dass der Sozialismus in Frankreich sich auch auf die eigenen, teilweise libertären Traditionen stützen sollte und nicht wie das französische Marxisten täten, Marx die alleinige theoretische Hegemonie zuzuerkennen. Deren Analysen führten zu einer Blockade, weil sie von einem revolutionären geschichtlichen Prozess ausgingen, der sich mit innerer Notwendigkeit entwickeln werde und damit die Entstehung einer sozialen Republik verhinderte. Andler glaubte nicht an eine wissenschaftliche Legitimation des Marxismus. In seinen Augen musste man die wissenschaftliche Auseinandersetzung und das politische Handeln trennen. Die politische Aktion musste nach Andler auf einer Ethik beruhen. Wenn die Arbeiterklasse eine Chance habe, dann auch wegen des moralischen Verfalls der Bourgeoisie, der die Arbeiterklasse eine neue Moral entgegensetzen werde.

Dabei war er wohl auch von Nietzsches Individualismus beeinflusst. Seit der Jahrhundertwende beschäftigte er sich intensiv mit Nietzsche, dem er ein bedeutendes vierbändiges Werk widmete.<sup>18</sup> Nach Pascale Gruson handelte es sich dabei keineswegs um eine rein philosophische Auseinandersetzung. Nietzsches Analyse der Dekadenz der preussischen Universität und des Scheiterns des Luthertums mündeten in Andlers Lesart in eine starke Kritik Nietzsches am deutschen Staat.<sup>19</sup> Im Zusammenhang mit seinen Nietzsche-Studien war er 1907 nach Basel gereist, um sich mit dem Theologen Carl Albrecht Bernoulli, einem Kenner von Nietzsches Werk, auszutauschen.

---

<sup>17</sup> Siehe dazu Christophe Prochasson: „Auf theoretischem Gebiet konnte sich [nach Andler] der deutsche Sozialismus nicht vom deutschen Nationalcharakter freimachen und fand sich der intellektuellen Krise ausgesetzt, die der Germanist im Deutschland seiner Zeit auszumachen glaubte.“ (C. Prochasson 1999, *op. cit.*, S. 414).

<sup>18</sup> Charles Andler, *La jeunesse de Nietzsche*, Paris 1921; ders., *Nietzsche et le transformisme intellectualiste*, Paris 1922; ders., *La maturité de Nietzsche*, Paris 1928; ders., *La dernière philosophie de Nietzsche*, Paris 1931. Die Nietzsche-Monographie erschien 1979 in einer dreibändigen Neuausgabe bei Gallimard.

<sup>19</sup> Zur Nietzsche-Rezeption von Charles Andler siehe auch Louis Pinto, *Les Neveux de Zarathoustra. La réception de Nietzsche en France*, Paris 1999, S. 53-57. Louis Pinto situiert sehr präzise Andler im universitären und intellektuellen Feld, zu dem er zweifelsohne zählte. Dank seines Status als Gelehrter vermochte er Nietzsche nun auch eine gewisse Anerkennung im Milieu der Universitäts-Philosophie zu verleihen und darüber hinaus im kulturellen Feld generell. Andler unterstrich bei Nietzsche die Einheit von Leben und Denken, Kunst und Wissen und minderte dabei die irrationalen Aspekte im Denken Nietzsches, um ihm dem Lager der Kritik und der Vernunft zuzuordnen. Siehe dazu auch Joseph Jurt, Louis Pinto, *Les Neveux de Zarathoustra. La réception de Nietzsche en France*, in: *Lire les Sciences sociales*, Bd. 4 (1997-2004), Paris 2004, S. 29-42. Der Doppelbezug auf Nietzsche und Marx findet sich später auch bei Malraux, Drieu la Rochelle und Camus wieder. Siehe dazu: Horst Hina, *Nietzsche und Marx bei Malraux. Mit einem Ausblick auf Drieu la Rochelle und Albert Camus*, Tübingen, 1970.

Andler wurde 1904 auch dank seiner „militanten Entschiedenheit“<sup>20</sup> mit der Professur für Germanistik an der Sorbonne betraut; d.h. dank seines Konzepts einer Germanistik, die vor allem die Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich betonte, ein Konzept, das mittlerweile im französischen universitären Feld dominant geworden war. Pascale Gruson identifiziert bei Andler eine gewisse essentialistische Sicht Deutschlands.<sup>21</sup> Es sei ihm auch darum gegangen aufzuzeigen, dass Deutschland nicht den gleichen Grad an historischer Reife aufweise wie die anderen westlichen Kulturen. Die protestantische Tradition ist für Andler Ursache dieser Unreife; die daraus abgeleiteten religiösen Vorurteile hinderten die deutsche Philosophie (etwa bei Fichte und selbst bei Kant und Hegel), ein Instrument der Rationalität zu werden.<sup>22</sup>

### Der engagierte sozialistische Intellektuelle

An der Seite von Jaurès fand sich Andler indes bei der Verteidigung von Dreyfus im Jahre 1898. Er teilte die Idee einer Pflicht des Intellektuellen, sich auch politisch zu engagieren, vor allem mit seinem grossen Elsässer Freund Lucien Herr, der 1889 Bibliothekar an der *École Normale Supérieure* geworden war und der das Konzept eines kritischen Intellektuellen erarbeitet hatte.<sup>23</sup> Andler und Herr waren die ersten Absolventen der *École Normale Supérieure* gewesen, die einer Arbeiterpartei beitraten. Sie wussten sich einem wissenschaftlichem Ethos verpflichtet, fühlten sich aber auch verbunden mit den Arbeitern von Paris, den ersten Kämpfern für eine Republik im Jahre 1848. Beide orientierten sich nicht an der traditionellen klassischen Kultur, sondern an der Wissenschaft, die sich mit der zeitgenössischen Realität befasste: mit den Geschichts- und Sozialwissenschaften.

---

<sup>20</sup> P. Gruson 2002, *op. cit.*, S. 27.

<sup>21</sup> Siehe P. Gruson 2002, *op. cit.*, S. 31: In der Tat war es seine Absicht, die Fakten der Kultur als Elemente der ‚Dauer‘ zu erfassen, um die unmittelbare nationale Wirklichkeit in der Ewigkeit ihrer vorausgesetzten objektiven Tugenden zu verankern, eine Art Rechtfertigung einer nationalen Wesenheit, Prinzip der Ausdifferenzierung der Nationen. Dagegen bekam dieses Vorgehen die industrielle Entwicklung kaum in den Blick, die doch den nationalen französischen und deutschen Realitäten eine ganz neue politische Dimension verlieh. Der kulturgeschichtliche Bezug konnte so den Blick auf die gemeinsamen Probleme der Nationen versperren, ihn zumindest durch unangemessene Vergleiche trüben.

<sup>22</sup> *Ibid.*, S. 31-32. Andler glaubte auch, dass der deutsche Sozialismus stark durch den Protestantismus und die Bindung an den Staat geprägt sei, während der französische, ähnlich wie der Katholizismus, durch eine universelle Dimension bestimmt werde: „Le socialisme allemand est construit d’une façon luthérienne et frédéricienne. Il est lié à l’État par un lien de solidarité dans l’antagonisme [...] Le socialisme français est au contraire œcuménique par tradition, comme le catholicisme et comme l’humanisme dont il sort.“ (Charles Andler 1918, *op. cit.*, S. 40.)

<sup>23</sup> Siehe dazu Christophe Charle, *Naissance des intellectuels (1880-1900)*, Paris 1990, S. 82-93. Kurz vor seinem Tod widmete Andler sein letztes Werk seinem Freund Lucien Herr: Charles Andler, *Vie de Lucien Herr*, Paris 1932; wichtig ist auch der Briefwechsel zwischen den beiden Freunden: Antoinette Blum (Hg.), *Correspondance entre Charles Andler et Lucien Herr. 1891-1926*, Paris 1992.

Die Beschäftigung mit Nietzsche, die Andler innerhalb der Universität als ‚Modernen‘ erscheinen liess, ging einher mit seinem sozialistischem Engagement. 1899 hatte er zusammen mit seinem Freund Lucien Herr in Paris die *École socialiste* gegründet sowie die *Groupe de l'unité socialiste*, mit dem Ziel, die Theorie der sozialistischen Bewegung einem grösseren Kreis zu vermitteln. Er befürwortete im Prinzip den reformistischen Kurs von Jaurès, trat 1905 der Vereinigten sozialistischen Arbeiterpartei (SFIO) bei und wurde auch zu einem der wichtigsten Berater der 1909 wieder neugegründeten *École socialiste*. In diesem Rahmen hielt er im Juni 1910 einen seiner wichtigsten Vorträge ‚*La civilisation socialiste*‘, in dem er seine Konzeption eines ethischen und juristischen Sozialismus entwickelte.

Andler war nicht nur als Forscher, als engagierter sozialistischer Intellektueller, äusserst aktiv; er nahm auch seine pädagogische Funktion als germanistischer Hochschullehrer ernst. Er war sich nicht zu schade, ein Lehrbuch für die Oberstufe des Gymnasiums zu schreiben, das die Schüler mit dem modernen Deutschland vertraut machen sollte: ‚Das moderne Deutschland in kulturhistorischen Darstellungen. Ein praktisches Lesebuch für Sekunda und Prima‘.<sup>24</sup> 1908 reiste er mit einer Gruppe von Studenten nach Berlin, wo er zwei Vorträge hielt, unter anderem an der Technischen Hochschule Charlottenburg. Der Vize-Rektor der Sorbonne, Louis Liard, hatte ihn gebeten, die Studenten auf ihrer Studienreise zu begleiten.<sup>25</sup> Die Intention der Reise stand im Zeichen einer wirtschaftlichen Annäherung der beiden Länder. Die rechtsextreme *Action française* griff nun Andler äusserst heftig an. Die Reise sei eine „schuldhafte Abdankung“, ein „krimineller Verrat“. Aber auch andere konservative Blätter, wie ‚*L'Autorité*‘ und ‚*L'Éclair*‘ hetzten gegen den anscheinend so deutschfreundlichen Hochschullehrer: Die republikanische Universität pervertiere die studentische Jugend im Sinne des Pazifismus und der Vaterlandsvergessenheit. Die rechtsextremen Studenten störten demnach seine Vorlesungen. Die Demonstrationen arteten zu eigentlichen Strassenkämpfen aus. Barrès beschimpfte ihn als „humanitären Anarchisten“, der durch die Dreyfus-Affäre germanisiert worden sei.<sup>26</sup>

Die *Ligue des droits de l'homme* organisierte eine grosse Demonstration, an der 2'000 Personen teilnahmen, um Andler öffentlich zu verteidigen.<sup>27</sup> Die Redner bezogen sich auf die Werte der Französischen Revolution, die in der Dreyfus-Affäre erneut bestätigt worden seien und die die wirkliche Tradition Frankreichs darstellen würden. Die ganze Debatte um die Deutschland-Reise Andlers mit den Sorbonne-Studenten wurde schon damals als „Andler-Affäre“ bezeichnet; der Historiker Christophe Prochasson zählt Andlers Polemik mit Jaurès im Jahre 1912/13 zur zweiten

<sup>24</sup> Charles Andler, *Das moderne Deutschland in kulturhistorischen Darstellungen. Ein praktisches Lesebuch für Sekunda und Prima*, Paris 1905.

<sup>25</sup> Siehe dazu Antoinette Blum, «Charles Andler en 1908: un germaniste pris entre la France et l'Allemagne», in: *Revue germanique internationale* 4 (1995), S. 27-44.

<sup>26</sup> Maurice Barrès, «Le voyage des trente et un maladroits», in: *L'Echo de Paris*, 5. Mai 1908, zitiert nach A. Blum 1995, *op. cit.*, S. 33-34.

<sup>27</sup> *Ibid.*, S. 39.

Andler-Affäre.<sup>28</sup> In der ersten Polemik warf man Andler vor zu deutschfreundlich zu sein, in der zweiten erschien er zu deutschfeindlich; die Vorwürfe stammten allerdings aus zwei entgegengesetzten Lagern. Beide Polemiken belegen letztlich das leidenschaftliche Interesse Andlers für die deutsche Kultur und deren politische Denkschulen.

### Der imperialistische Sozialismus in Deutschland

Der politische Kontext von Andlers langem Aufsatz *Le socialisme impérialiste dans l'Allemagne contemporaine* von November/Dezember 1912 war durch die zweite Marokko-Krise bestimmt. Die erste Marokko-Krise, die mit dem spektakulären Besuch Wilhelm II. in Tanger im März 1905 ausgelöst worden war, endete 1906 mit der Algeciras-Schlussakte, die die allgemeine Handelsfreiheit in Marokko festschrieb und die Deutschland ein Beobachtungsrecht in Marokko, Spanien und Frankreich aber die Hafenzollfreiheit und die Gründung einer Staatsbank zugestand. Die 1904 vereinbarte Entente cordiale zwischen Frankreich und England wurde dadurch gestärkt und das Deutsche Reich erschien im Kreis der Grossmächte eher als isoliert. Nachdem Frankreich entgegen den Abmachungen der Algeciras-Akte 1911 mit seinen Truppen dem Sultan von Fès zu Hilfe kam, liess Wilhelm II. im Juli 1911 das Kanonenboot Panther vor Agadir auffahren („Panther-Sprung“ für die Deutschen, „*coup d'Agadir*“ für die Franzosen). Ziel der Aktion war die Abtretung von Kolonialgebieten Frankreichs an das Deutsche Reich als Gegenleistung für die Akzeptanz der französischen Herrschaft über Marokko. Grossbritannien schlug sich auf die Seite Frankreichs, da beide ihre Einflusszonen in Afrika schon aufgeteilt hatten. Das isolierte Deutschland drohte immer offener mit Krieg. Die Krise wurde im Marokko-Kongo-Vertrag vom 4. November 1911 beigelegt, in dem Deutschland auf Marokko verzichtete, das 1912 zu einem französischen Protektorat wurde, und dafür mit einem Teil der französischen Kolonien in Äquatorialafrika (Neukamerun) entschädigt wurde.<sup>29</sup>

Die Kriegsdrohungen hatten die Angst vor Deutschland und vor der Gefahr eines Weltkrieges angefacht. In vielen Staaten protestierten die Bürger. Die SPD, die mitgliederstärkste sozialistische Arbeiterpartei der Welt, zögerte zunächst zu Protesten aufzurufen, was von Rosa Luxemburg und dem linken Parteiflügel scharf kritisiert wurde. Das bewog dann die Partei massenhaft zu Protestversammlungen aufzurufen. Jaurès hatte im französischen Parlament am 19. Dezember 1911 erklärt, in seinen Augen hätte man besser an der Algeciras-Akte festgehalten, was einen internationalen Status für Marokko ermöglicht hätte. Er verstand auch nicht, warum man Deutsch-

<sup>28</sup> Christophe Prochasson, «Andler (affaires)», in: Jacques Julliard, Michel Winock (Hg.), *Dictionnaire des intellectuels français*, Paris 1996, S. 64-65.

<sup>29</sup> Zu den Marokkokrisen siehe Jean-Claude Allain, *Agadir 1911. Une crise impérialiste en Europe pour la conquête du Maroc*, Paris 1976; Emily Oncken, *Panthersprung nach Agadir: die deutsche Politik während der zweiten Marokkokrise 1911*, Düsseldorf 1981.

land zu ignorieren versuchte und er wies auf die Mässigung der deutschen Diplomatie seit 1870 hin.<sup>30</sup>

Andler geht in seinen Ausführungen (*Le socialisme impérialiste dans l'Allemagne contemporaine*) von seinen Beobachtungen der Reaktionen in Deutschland auf die Marokkokrise aus; er hatte 1911 wieder eine Studienreise nach Deutschland begleitet. Er sei überrascht gewesen über die wenigen Friedensdemonstrationen und über die Bewunderung, die Sozialisten für den Panther-Sprung von Agadir äuserten. Eine bedeutende Fraktion der SPD habe die Strategie der Erpressung geteilt. Ein bemerkenswertes Kontingent der deutschen Sozialisten hat sich nach seiner Einschätzung zum Kolonialismus, zum Militarismus, vielleicht sogar zum Kapitalismus bekehrt.<sup>31</sup> Er geht vor allem auf Gerhard Hildebrand ein, den Leiter der ‚Sozialistischen Monatshefte‘, der diese Position vertrete, der wohl als Bauernopfer auf dem Kongress von Chemnitz aus der SPD ausgeschlossen wurde, während man seine Parteigänger unbehelligt liess. Während die älteren Sozialdemokraten, die noch die Ausnahme Gesetze gekannt hatten, spontan wüssten, was einem sozialistischen Humanismus entspreche, bilde sich bei der jungen Generation ein militaristischer und kolonialistischer Handelssozialismus aus.

Andler kritisiert nicht Hildebrands Vorstellung, die erste Sorge müsse die der nationalen Einheit sein. Wenn Hildebrand bemerke, man müsse das in den Industriestaaten schrumpfende Agrarland durch Agrarflächen in den Kolonien ersetzen, so übertreibe dieser allerdings die Schnelligkeit dieser Entwicklung und schlage Massnahmen vor, die das Übel durch „barbarische Kriege“ vergrössere.<sup>32</sup> Auch aus einer sozialistischen Sicht sei, so Hildebrand, der Zugriff auf koloniale Bereiche für das heutige Deutschland zu einer Notwendigkeit geworden, nachdem Frankreich und England viele koloniale Bereiche schon aufgeteilt hätten. Wenn diese Prinzipien nicht befolgt würden, so fährt Hildebrand weiter, werde der Krieg zu einer Notwendigkeit, die auch die deutsche Arbeiterklasse einhellig unterstütze. Andler stellt indes die von Hildebrand vertretene These einer ökonomischen Umzingelung Deutschlands in Frage.

In einem zweiten Abschnitt geht Andler auf die Aussagen weiterer deutscher Sozialdemokraten zur Kolonialpolitik ein. Der Imperialismus werde bei diesen Autoren (Max Schnippel, Ludwig Quessel, Karl Leuthner) nicht als Rückschritt, sondern als Anpassung an die neuen Formen der Produktion und des Handels eingeschätzt. Max Schnippel vertrete in seinem 1912 in den ‚Sozialistischen Monatsheften‘ publizierten Aufsatz ‚Imperialismus und Manchestertum‘ die These, Handelsfreiheit habe nur innerhalb zivilisierter Nationen einen Sinn; den indigenen Völkern müsse man

---

<sup>30</sup> Georges Bonnefous, *Histoire politique de la Troisième République*, Bd. 1: L'Avant-guerre (1906-1914), Paris 1965, S. 266; Charles Andler wird in seiner Schrift zum *socialisme impérialiste* (S. 128) die Position von Jaurès herausheben: „[Jaurès] avait su élaborer un programme d'indépendance marocaine, qui aurait pu nous conserver le Congo et protéger nos possessions algériennes avec moins de sang versé et dépensé.“

<sup>31</sup> Ch. Andler 1918, *op. cit.*, S. 56.

<sup>32</sup> *Ibid.*, S. 70.

dieses Prinzip aufzwingen. Das ziehe die militärische und politische Intervention der Handelsmächte nach sich.<sup>33</sup> Schnippel, so die Analyse von Andler, könne sich Marokko sehr gut als deutsche Siedlungskolonie vorstellen, die man dann später als deutschsprachiges Land in die Unabhängigkeit entlassen werde.<sup>34</sup>

In einer Broschüre von 1898 habe der unter dem Pseudonym *Atlanticus* signierende Autor schon unterstrichen, dass der deutsche Kolonialbesitz ein entscheidender Faktor zur Lösung der sozialen Frage darstelle, und Bebel habe anlässlich des Kongresses von Jena behauptet, „Kolonialpolitik zu treiben, kann unter Umständen eine Kulturtat sein.“<sup>35</sup> Wenn *Atlanticus* vorschlägt, man müsse in den eroberten Kolonien zunächst die Zwangsarbeit der Eingeborenen einführen, so antwortet ihm Andler mit ironischem Unterton, „welch hübsches Beispiel einer sozialen Republik.“<sup>36</sup> Es sei so bezeichnend, dass die sozialistische Fraktion im Reichstag stets die Kolonialkredite unterstützt habe; die Fraktion habe sich auch dem Krieg gegen die Hereros, der „Auslöschung eines ganzen Volkes“, nicht widersetzt.<sup>37</sup>

Der dritte Abschnitt der Arbeit von Andler gilt der Haltung der SPD zur deutschen Aussenpolitik. In Bezug auf die Marokkopolitik habe sich die Partei durchaus forsch gezeigt. Anlässlich des Tanger-Coups warf Bebel der Regierung im Reichstag sogar Lauheit vor. Die ‚Leipziger Volkszeitung‘ betrachtete den „*coup d’Agadir*“ bloss als eine robuste Methode, um von Frankreich Kompensationen zu erzwingen, die der Tripel-Allianz (Frankreich, England, Russland) den Todesstoss geben sollten.

Wenn Andler den Patriotismus der deutschen Sozialdemokraten legitim findet, so glaubt er doch, sie würden nun einen Schritt zu weit gehen. So habe Bebel anlässlich des Kongresses von Jena erklärt: „Die Frage der Abrüstung wird uns in Zukunft nicht mehr trennen. Von Abrüstung ist fürderhin keine Rede mehr; nur noch von Aufrüsten.“<sup>38</sup> Die ‚Leipziger Volkszeitung‘ habe sich gleichzeitig über „Abrüstungsbrüderturn“ von Jaurès lustig gemacht.

Nach Karl Leuthners Aufsatz ‚Wozu-wohin?‘ in den ‚Sozialistischen Monatsheften‘, sei nicht die politische Form des Staates wichtig, sondern seine Wirtschaftsstruktur. So gebe es im kontinentalen Europa nur einen einzigen im Vollsinn des Wortes modernen Staat: Deutschland.<sup>39</sup> Der deutsche Sozialismus sei so mit der herrschenden deutschen Dynastie und der politischen Form des Reiches solidarisch.

Andler fasst dann seine Thesen zusammen, wenn er schreibt: Für den deutschen Sozialismus, Neo-Lasalle’scher Prägung, ist die Arbeiterklasse solidarisch mit dem Kapitalismus, solidarisch mit der Kolonialpolitik, solidarisch mit einer Aufrüs-

---

<sup>33</sup> Ibid., S. 89. „Voilà ce qui entraîne l’intervention militaire et politique des nations commerçantes.“

<sup>34</sup> Ibid., S. 91.

<sup>35</sup> Ibid., S. 97.

<sup>36</sup> Ibid., S. 101.

<sup>37</sup> Ibid., S. 104.

<sup>38</sup> Ibid., S. 111, 185.

<sup>39</sup> Ibid., S. 116.

tungspolitik, die im Prinzip defensiv, wenn nötig aber auch offensiv sei.<sup>40</sup> Andler befürchtet, dass der neue deutsche Sozialismus künftig auch für die Militärkredite stimmen werde. Jaurès hingegen habe mit seinem Buch ‚*L'Armée nouvelle*‘ (1911) gegen einen gefährlichen Nationalismus in Frankreich gekämpft, und sich für die demokratische Reform des Verteidigungswesens im Sinne eines defensiv einsetzbaren Milizsystems eingesetzt und sei für die Unabhängigkeit Marokkos eingetreten.

Jaurès reagierte zunächst nicht auf die Ausführungen von Andler. Nachdem die französischen und die deutschen Sozialisten am 1. März 1913 ein gemeinsames Friedensmanifest veröffentlicht hatten, polemisierten bürgerliche Presse-Organen (namentlich ‚*Le Temps*‘ und ‚*L'Éclair*‘) dagegen, stellten den Friedenswillen der deutschen Sozialdemokraten in Frage und beriefen sich dabei auf Andlers Aufsatz und insbesondere auf sein Bebel-Zitat, „von Abrüstung ist fürderhin nicht mehr die Rede“. Jaurès antwortete darauf mit dem Artikel ‚*Citation fausse*‘ (‚Falsches Zitat‘) in der ‚*Humanité*‘ vom 4. März 1913.<sup>41</sup> Das Wort von Bebel sei aus dem Kontext gerissen und überdies falsch zitiert. Bebel habe geschrieben „von der Abrüstung ist fürderhin für das bürgerliche Europa keine Rede mehr“.<sup>42</sup> Der Standpunkt des bürgerlichen Lagers und nicht der der Sozialisten sei damit gemeint gewesen. Der Vorwurf eines falschen Zitats musste Andler, den Kämpfer gegen die Dreyfus-Verurteilung, die gerade auf einer Fälschung beruhte, zutiefst treffen. Er ging der Sache nach und entdeckte, dass Bebels Zitat seiner Rede von Jena entsprach und auch so im ‚Vorwärts‘ vom 12. September 1911 wiedergegeben war<sup>43</sup>; Bebel hatte den einschränkenden Zusatz erst im offiziellen Protokoll der Kongress-Akten hinzugefügt.

Jaurès war nicht bereit, die Replik von Andler in der ‚*Humanité*‘ zu veröffentlichen, sondern verlangte zunächst eine Richtigstellung in der bürgerlichen Presse, der Andler mit seinem Brief an ‚*L'Éclair*‘ vom 6. April 1913 nachkam<sup>44</sup>, der aber in der ‚*Humanité*‘ nicht abgedruckt wurde. Andler wurde vielmehr am 13. April 1913 vor die Vollversammlung der sozialistischen Ortsgruppe in Montrouge zitiert (in eine „Exkommunikationskapelle“ wie er schrieb<sup>45</sup>) und trug hier sein Plädoyer vor.<sup>46</sup> Er berichtete vor allem den Eindruck, der bei gewissen Stellen seiner Ausführungen entstehen könne, er unterstelle der ganzen SPD und nicht bloss einer bestimmten Fraktion eine imperialistische Einstellung. Andler wurde nicht aus der Partei ausgeschlossen, aber das Vorgehen hatte ihn verletzt und entfremdete ihn von der SFIO, aus der er 1920 austrat.

Man könnte im Nachhinein sagen, Andler habe mit seiner Einschätzung recht gehabt. Denn in der Tat stimmten die deutschen Sozialdemokraten am 4. August 1914 den Kriegskrediten und einem Bündel von Ermächtigungsgesetzen zu.

<sup>40</sup> Ibid., S. 124.

<sup>41</sup> Abgedruckt in Ch. Andler 1918, *op. cit.*, S. 131-135.

<sup>42</sup> Ibid., S. 136.

<sup>43</sup> Ibid., S. 185.

<sup>44</sup> Ibid., S. 149-159.

<sup>45</sup> Ibid., S. 159.

<sup>46</sup> Ibid., S. 162-206: „Mon plaidoyer devant le parti socialiste unifié“.

Durch diese Tatsache wird aber der Friedenswille von Jaurès keineswegs gemindert. Er hatte seit der Jahrhundertwende eine aktive Antikriegspolitik betrieben, engagierte sich für die Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen sowie für die Abrüstung und für internationale Schiedsgerichte.<sup>47</sup> Er vertrat in einer Rede von 1912 die These, der Kapitalismus wolle den Krieg nicht, sei aber nicht fähig diesen zu verhindern. Nur die Arbeiterbewegung könne durch den Generalstreik oder die Androhung eines revolutionären Austandes die Regierungen zu einer Friedenspolitik zwingen. Die SPD hatte aber schon 1907 den Generalstreik als Mittel der Kriegsverhütung abgelehnt. Der Kongress von Basel endete mit einer flammenden Rede von Jaurès und verabschiedete ein Friedensmanifest – allerdings ohne konkrete Massnahmen.<sup>48</sup> Andler schrieb gerade in Bezug darauf, die Zweite Sozialistische Internationale arbeite für den Frieden; sie verfüge aber, so befürchte er, nur über geringe Mittel und könne keine konkreten Schritte vorschlagen.<sup>49</sup>

Während des Krieges entzog sich Andler nicht der Aufgabe, die ideologischen Anstrengungen Frankreichs zu unterstützen. Er tat dies in einem vierbändigen Werk über den deutschen Pangermanismus.<sup>50</sup> Jetzt akzentuierte er noch mehr die Differenztheorie. Der Marxismus sei darin deutsch, dass er der Demokratie misstrauere; so seien die deutschen Sozialisten in einem bürokratischen Sozialismus versandet und hätten auf jedes revolutionäre Ideal verzichtet. Dem deutschen Sozialismus habe beim Ausbruch des Krieges das Konzept des Rechts gefehlt; die Feststellung dieses Defizits, die man bei ihm schon vor dem Krieg fand, entsprach aber auch dem Imperativ der französischen Propaganda, die ihren Krieg als einen Krieg des Rechts und für das Recht bezeichnete.<sup>51</sup>

---

<sup>47</sup> Dieser intensive Friedenswille zeigte sich auch in der Rede an die Jugend, die Jaurès 1903 im Lycée von Albi hielt, wo er als Lehrer wirkte: „Maintenant la grande paix humaine est possible“; der Krieg sei ein „attentat monstrueux et une sorte de suicide collectif“. (Nach Gérard Lefort, «Jean Jaurès une ‚pensée d’avenir‘», in: *Libération*, 20./21. August 2011).

<sup>48</sup> Siehe dazu auch Joseph Jurt, *Frankreichs engagierte Intellektuelle. Von Zola bis Bourdieu*, Göttingen 2012, S. 64-65. In der Einleitung zu seinem Buch ‚*Le socialisme impérialiste*‘ (S. 16-28), die Andler 1918 schrieb, äusserte er sich noch kritischer über den Kongress von Basel, auf dem man zu illusionäre Vorstellungen gehabt habe.

<sup>49</sup> Charles Andler 1918, *op. cit.*, S. 208.

<sup>50</sup> Charles Andler, *Le pangermanisme philosophique*, Paris 1917; siehe dazu auch P. Gruson 2002, *op. cit.*, S. 34-35 sowie C. Prochasson 1999, *op. cit.*, S. 418-424.

<sup>51</sup> Nach C. Prochasson 1989, *op. cit.*, S. 103-108.

# Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Anliegen im Kampf gegen den Krieg 1911-1913

Annelies Laschitza

Die Aktivitäten Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts gegen Militarismus und Krieg sind nach wie vor für viele Menschen unbestritten. Rosa Luxemburg hatte bereits auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Paris 1900 mit ihrem Referat ‚Über den Völkerfrieden, den Militarismus und die stehenden Heere‘ für Furore gesorgt.<sup>1</sup> Auf dem Stuttgarter Internationalen Sozialistenkongress 1907 hatte sie zusammen mit Martow und Lenin die Präzisierung der Bebel'schen Resolution erreicht, wodurch die Möglichkeit des Ausbruchs eines Weltkrieges und die Ausnutzung der dadurch entstehenden Situation für die Beschleunigung der Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft ins Kalkül gezogen wurde.<sup>2</sup> Karl Liebknecht schliesslich war durch seine Schrift ‚Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung‘ von 1907, durch den gegen ihn inszenierten Hochverratsprozess und durch seine zeitweilige Präsidentschaft in der Jugendinternationale für Anregungen zu verstärktem Kampf gegen den Krieg prädestiniert.<sup>3</sup>

Während des Basler Sozialistenkongresses 1912 traten beide jedoch nicht so in Erscheinung, wie es ihr Engagement für Frieden hätte vermuten lassen. Sie gehörten nicht zu den 76 Delegierten der deutschen Sozialdemokratie. Rosa Luxemburg nahm mit dem Mandat der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (SDKPiL) teil,<sup>4</sup> als deren Vertreterin sie seit 1904 Mitglied des Internationalen Sozialistischen Büros (ISB) war. Karl Liebknecht reiste zum Kongress nicht an.

---

<sup>1</sup> Siehe Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke (GW)*, Bd. 1, Erster Halbband, 8. überarb. Auflage, Berlin 2007, S. 807-809. Die ausführlichere Version in Übersetzung aus dem Französischen siehe Rosa Luxemburg, *GW*, Bd. 6: 1893-1906, hg. und bearb. von Annelies Laschitza und Eckhard Müller, mit einem Vorwort von Annelies Laschitza, Berlin 2014, S. 304-307.

<sup>2</sup> Siehe *ibid.*, Bd. 2, 6. überarb. Auflage, Berlin 2004, S. 235-236.

<sup>3</sup> Siehe Karl Liebknecht, *Gesammelte Reden und Schriften (GRS)*, Bd. 1, 2. Auflage, Berlin 1983, S. 249-251, und Bd. 2, 2. Auflage, Berlin 1985, S. 81-83.

<sup>4</sup> Siehe Rosa Luxemburg an Leo Jogiches, [8. Februar 1913], in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Briefe (GB)*, Bd. 4, 3. überarb. Auflage, Berlin 2001, S. 262.

## Warum konnten beide auf dem Kongress in Basel 1912 nicht als Redner auftreten?

Sie hatten zu dieser Zeit persönlich bzw. familiär komplizierte Situationen zu bewältigen. Rosa Luxemburg hatte sich 1911 durch ihre Kritik am Verhalten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie in der Marokkokrise gegen Argwohn und Verleumdung zu erwehren. Autoren der ‚Sozialistischen Monatshefte‘ forderten sogar ihren Parteiausschluss. Zwischen der SDKPiL und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) und deren Strömungen spitzten sich die Auseinandersetzungen um Spaltungstendenzen und Intrigen zu. Neben ihrer Lehrtätigkeit an der Parteischule absorbierte ihr Forschungsprojekt ‚Die Akkumulation des Kapitals‘ ihre ganze Kraft. Sie lebte bei dieser Arbeit wie im Rausch und erschöpfte. Statt sich 1912 am Chemnitzer Parteitag und den Imperialismusdebatten beteiligen zu können, musste sie sich für 14 Tage ins Krankenhaus begeben, aus dem sie am 28. September 1912 geschwächt entlassen wurde.<sup>5</sup> Auch den in den ‚Baseler Nachrichten‘ für den 25. November 1912 angezeigten Auftritt in einer Frauenversammlung im Bernoullianum musste sie aus gesundheitlichen Gründen absagen.<sup>6</sup>

Karl Liebknecht war am 22. August 1911 plötzlich seine Frau Julia, geb. Paradies, die achtunddreissig-jährige Mutter seiner drei Kinder, Wilhelm, Robert und Vera, verstorben. Wider die Bedenken von Verwandten und Freunden hatte er sich am 1. Oktober 1912 zur Eheschliessung mit Sophie Ryss aus Rostow am Don entschieden, die er seit Anfang 1906 heimlich und innig liebte. Dass „Du nicht ehelos bleiben würdest, nahm ich an“, schrieb August Bebel. Er wünschte ihm, die passende Frau gewonnen zu haben. Sie werde keinen leichten Stand haben. „Erstens soll sie Dich an die Zügel nehmen, was Dir nicht schaden dürfte, und dann soll Dein Ältester ein schwer zu behandelnder Bursche sein. Mit zwei so obstinaten Burschen fertig zu werden wie Du und Dein Sohn, das ist ein Meisterstück.“<sup>7</sup> Nach aufregendem Wahlkampf hatte Karl Liebknecht im Januar 1912 in der Stichwahl seines Wahlkreises Potsdam-Spandau-Osthavelland über den konservativen Gegenkandidaten gesiegt. Seitdem war er Parlamentarier auf allen drei möglichen Ebenen: Stadtverordneter von Berlin seit 1902, Landtagsabgeordneter in Preussen seit 1908 und Reichstagsabgeordneter. In allen drei Gremien focht er unermüdlich um die Verbesserung des Lebens der Menschen, um Demokratie und für Frieden. In Hatz lebte er fast nur noch im Parlament, in Sitzungen und auf Versammlungen. Für die Familie blieb wenig Zeit.

<sup>5</sup> Siehe R. Luxemburg, *GB*, Bd. 4, S. 247, 243-249; Annelies Laschitzka, *Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie*, Berlin 1996, S. 376-378.

<sup>6</sup> Siehe *Basler Nachrichten* vom 24. und 27. November 1912, in: Bernard Degen, Heiko Haumann, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe, Frithjof Benjamin Schenk (Hg.), *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Basel 1912, S. 215.

<sup>7</sup> Zitiert in: Annelies Laschitzka, *Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie*, Berlin 2007, S. 189.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg liessen sich durch die persönlichen Probleme keineswegs von ihrem politischen Engagement abhalten. An der Vorbereitung des Basler Kongresses beteiligten sie sich aktiv. Karl Liebknecht sprach eine Woche vor dem Kongress, am 17. November 1912, in Budapest auf einer der Grosskundgebungen, die an diesem Tag auf Anregung des ISB in allen europäischen Hauptstädten stattfanden. Die Zeiten der Kabinettskriege seien vorbei, rief er in die unübersehbare Menschenmenge. Aus einem Krieg wie auf dem Balkan könne angesichts der Hochrüstung und der Einmischungsgelüste der Grossmächte rasch ein Weltbrand entstehen. Angesichts der auf Massenheere berechneten modernen Waffentechnik würde es für die Herrschenden allerdings immer aussichtsloser, Europa gegen den Volkswillen in Brand zu stecken. Wehe jenen, die es wagen!<sup>8</sup>

Rosa Luxemburg hatte am 28. Oktober 1912 in der Sitzung des ISB in Brüssel ihre Meinung zum Manifest des Kongresses in konkrete Forderungen gefasst:

„Wir müssen uns von der Stuttgarter Resolution inspirieren lassen. Mit blossen Protesten und Manifesten ist indes wenig getan. Wir müssen aussprechen 1., dass der jetzige Krieg der Einzelfall einer allgemeinen Tendenz der kapitalistischen Entwicklung ist, 2., dass die *Massenaktion* notwendig ist, 3., dass das Proletariat seine Aktion *verschärfen* muss, 4., dass das internationale Proletariat in allen Ländern die Pflicht hat, auf einen Krieg mit energischen Aktionen zu antworten. Wir müssen empfinden, dass wir in einer neuen geschichtlichen Epoche stehen und dies durch die Kühnheit unserer Beschlüsse zum Ausdruck bringen.“<sup>9</sup>

Ihr Verlangen stützte sich nicht zuletzt auf Erfahrungen, die sie 1911 in heftigen Debatten mit dem Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie und Vertretern des ISB über das verzögerte Reagieren auf die Marokkokrise gewonnen hatte. Nach ihrer Meinung müsse bei solchen Konflikten sofort über die drohende Kriegsgefahr und deren wahre Ursachen aufgeklärt und offensiv mit Massenaktionen protestiert werden. Sie warnte vor der Illusion, in „staatsmännischer“ Manier in die Geheimnisse der Diplomatie eindringen und imperialistische Rivalitäten durch Schiedsgerichte oder „Vereinigte Staaten von Europa“ eindämmen zu können. Appelle an die Vernunft und Moral der Regierenden seien nutzlos.<sup>10</sup> Da sie sich in ihrer Polemik auf Briefwechsel zwischen Vertretern der leitenden Gremien der deutschen und internationalen Sozialdemokratie bezog, wurde sie der Indiskretion bezichtigt und argwöhnisch diffamiert. Ihre leidenschaftlichen Attacken für die Steigerung des antimilitaristischen Kampfes und die Ergänzung der altbewährten Taktik durch neue Formen wie den politischen Massenstreik fanden bei den Autoritäten der Zweiten Internationale wenig Anklang.

<sup>8</sup> K. Liebknecht, *Gesammelte Reden und Schriften (GRS)*, Bd. 5, 3. Auflage, Berlin 1987, S. 431.

<sup>9</sup> *Vorwärts (Berlin)*, Nr. 254, 30. Oktober 1912; In R. Luxemburg, *GW*, Bd. 3, 6. überarb. Auflage, Berlin 2003, S. 177, wird eine schwächere Version aus der *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 253, 30. Oktober 1912 wiedergegeben. Hervorhebungen im Original.

<sup>10</sup> Siehe A. Laschitzka 1996, *op. cit.*, S. 381-391.

Auf dem Ausserordentlichen Internationalen Sozialistenkongress zu Basel 1912 hatten daher die tonangebenden Führer der Bewegung wie Hermann Greulich, Marie-Eduard Vaillant, Keir Hardy, Victor Adler, Jean Jaurès, August Bebel und Clara Zetkin das Sagen.<sup>11</sup> Als Mitbegründer der Zweiten Internationale und in den bisherigen Kämpfen erfahren und erfolgreich, verteidigten sie die altbewährte antimilitaristische Taktik und vertrauten fest auf die wachsende Kraft der internationalen Arbeiterbewegung. Dieser Stärke rechneten sie zugute, dass es in Europa bis dahin zu keinem Krieg zwischen den europäischen Grossmächten und deren Bündnissen gekommen war. Die Betonung ihrer Reden lag auf der Einigkeit der Antikriegskräfte. Einigkeit und Einmütigkeit zu demonstrieren, vertrug sich aber nicht mit Taktikdebatten, in denen die Vertreter unterschiedlicher Meinungen in Polemik geraten könnten. Rosa Luxemburg hatte folglich keine Aussicht, als Rednerin auf dem Kongress vorgesehen zu werden. Ihre Gedanken wurden zum Teil von Clara Zetkin mit ausgesprochen.<sup>12</sup>

Die Schwäche der Linken Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring und Clara Zetkin bestand darin, dass sie sich meistens als Einzelpersonlichkeiten positionierten und ihre Initiativen in entscheidenden Situationen nicht bündelten. Da sie, ausser Clara Zetkin, keinem Leitungsgremium angehörten, kein eigenes Presseorgan besaßen und ihr Einfluss auf die Mitglieder und Wähler nicht als konstante Grösse existierte, lag die Entscheidungshoheit über die Politik der deutschen Sozialdemokratie, auch über die Delegierten- und Rednerauswahl, bei den traditionell orientierten Kräften um den Parteivorstand, bei der Fraktion und bei der Presse. Es gibt jedoch auch keine Quellen, aus denen hervorgeht, ob Luxemburg und Liebknecht in Basel als Redner auftreten wollten.

Es vermag ausserdem verwundern, dass Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bis 1914 nicht gemeinsam agierten. Obwohl sie in ihrem antimilitaristischen Kampf objektiv weitgehend übereinstimmende Ansichten vertraten und dementsprechend konsequent tätig waren, bezogen sie sich in ihren Aktivitäten so gut wie nicht aufeinander. Ihre Charaktere, Freundeskreise, Kampfes- und Lebensgewohnheiten waren offensichtlich sehr verschieden. Durch ihre unterschiedliche Herkunft und die wenig vergleichbaren Tätigkeitsbereiche wich ihr Verhältnis zur Partei, deren Entwicklung und Tradition so voneinander ab, dass ein direktes Zusammenwirken erst nach Ausbruch des Krieges zustande kam.<sup>13</sup>

---

<sup>11</sup> Siehe *Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 25. November 1912*, Berlin 1912.

<sup>12</sup> Gemeint sind das Verhältnis von entfaltetem Kapitalismus und Krieg und die Notwendigkeit verstärkter Massenaktionen. Siehe *Ausserordentlicher Sozialisten-Kongress*, *op. cit.*, S. 34-36; auch in: Clara Zetkin, *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1, Berlin 1957, S. 564-569.

<sup>13</sup> Siehe Annelies Laschitzka, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ein biographischer Vergleich, in: Klaus Kinner, Helmut Seidel (Hg.), *Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes*, Berlin 2002, S. 215.

## Was war das Anliegen des Friedenskampfes von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht 1911 bis 1913?

Auf jeden Fall gingen ihre Vorstellungen über die bloße Manifestation von internationaler Einigkeit im Kampf um die Erhaltung des Friedens hinaus. Ihr Engagement zielte darauf ab, erstens tiefer die Ursachen der Militarisierung, des Wettrüstens und der zunehmenden Weltkriegsgefahr zu ergründen und zu entlarven; zweitens auch in aussenpolitischer Hinsicht mutiger auf Massenaktionen zu setzen und den Massenstreik nicht nur innenpolitisch in Erwägung zu ziehen, falls Wahlrechts- und Koalitionsrechte bedroht würden; drittens den Friedenskampf grundsätzlich international zu führen und sich jeglicher nationalistischer Verklärung zu erwehren. Dem internationalen Proletariat müsse geholfen werden zu begreifen, „dass es *zusammengehört* und der internationale Kapitalismus ein gemeinsamer Feind ist“.<sup>14</sup>

In einer bisher unbekanntenen Wahlkampfrede im Volkspark in Halle/Saale am 3. Dezember 1911 erklärte Rosa Luxemburg vor 2'000 Personen:

„Kolonialkriege sind seit den letzten 40 Jahren eigentlich eine ständige Erscheinung, und es gehört angesichts dieser Tatsache ein sonderbarer Optimismus dazu, von einem ‚40jährigen europäischen Frieden‘ zu reden, wie das sogar Sozialdemokraten tun. Zu den Vertretern dieser Ansicht gehört neben anderen sozialdemokratischen Führern namentlich der französische Genosse Jean *Jaurès*. Der Glaube, dass wir allmählich in den *Weltfrieden* ‚hineinwachsen‘, hat sich als eine kindliche *Illusion* erwiesen. Die Genossen, und vornehmlich *Jaurès*, die dem Köhlerglauben an einen europäischen Frieden huldigten, stützten ihre Meinung auf die bestehenden Bündnisse zwischen den Grossmächten Europas, den Dreibund und die Tripelallianz Frankreich-Russland-England und das *Haager Schiedsgericht*. Besonders ist es wieder *Jaurès*, der der letzten Institution gewaltige schwärmerische Verehrung entgegenbringt und in ihr neben den Bündnissen der Grossmächte eine Gewähr für den Weltfrieden sah.<sup>15</sup> Die durch die *Marokkoaffäre* in den letzten Monaten heraufbeschworene *drohende Kriegsgefahr* und der infame *Tripolisraubzug* der Italiener wird diese Genossen hoffentlich für immer von ihren Illusionen geheilt haben. Das Haager Schiedsgericht ist schon deshalb nicht *mehr* als ein *blutiger Witz*, da bekanntlich der blutige *Nikolaus* von Russland der Urheber dieser famosen Einrichtung war, die höchstens dafür bezeichnend ist, wie man heute noch die Völker an der Nase herumführen kann! [...] Die Annahme, dass sich Kapitalismus und ruhige, friedliche Zeiten vertragen, ist überhaupt nichts als ein *kindlicher Optimismus*. Im Gegenteil: alles deutet darauf hin,

<sup>14</sup> *Volksblatt (Halle a. S.)*, Nr. 284, 5. Dezember 1911. Hervorhebung im Original.

<sup>15</sup> Zur gegenteiligen Meinung Rosa Luxemburgs siehe «Ein neues zaristisches Rundschreiben», in: *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 20, 25. Januar 1899, inzwischen veröffentlicht in: R. Luxemburg, *GW*, Bd. 6, S. 255-260.

dass uns *eine Periode gewaltiger Erschütterungen* bevorsteht, wofür der brutale, grausame Tripoliskrieg nur *eine* Erscheinung ist.“<sup>16</sup>

Drei ihrer wichtigsten Anliegen waren: Erstens, jüngste Entwicklungstendenzen des Kapitalismus zu analysieren und mit bisherigen Ansichten über seine Praktiken und Perspektiven zu vergleichen; zweitens, auf den ökonomischen Entwicklungsstand in anderen Erdteilen und auf die weltweite Einmischung der europäischen Grossmächte aufmerksam zu machen; drittens, über das Phänomen „Imperialismus“ bzw. „imperialistische Weltpolitik“ immer wieder neu zu reflektieren und gründlich zu debattieren. Der Marxismus sei doch eine revolutionäre Weltanschauung, begründete sie ihre Anliegen, „die stets nach neuen Erkenntnissen ringen muss, die nichts so verabscheut wie das Erstarren in einmal gültigen Formen, die am besten im geistigen Waffengeklirr der Selbstkritik und im geschichtlichen Blitz und Donner ihre lebendige Kraft gewährt“.<sup>17</sup> Ausführlich und konkret versuchte sie das in ihrem Werk ‚Die Akkumulation des Kapitals‘, das im Januar 1913 erschien und an dem bis heute weltweit das Interesse nicht erloschen ist.

Das Hauptmerkmal des Imperialismus sah Rosa Luxemburg „in der Ausbreitung der Kapitalherrschaft aus alten kapitalistischen Ländern auf neue Gebiete und im wirtschaftlichen und politischen Konkurrenzkampf jener Länder um solche Gebiete“.<sup>18</sup> Der ihr unterstellte Gedanke eines automatischen Zusammenbruchs lag ihr fern. In ihrer ‚Einführung in die Nationalökonomie‘, aber auch in jetzt erst aufgefundenen bzw. entzifferten Notizen dazu, macht sie auf die vielen Reserven aufmerksam, über die der Kapitalismus verfügt bzw. die er auszunutzen weiss, um sich immer wieder aus seine Existenz bedrohenden Krisen herauszuwinden, solange die antikapitalistischen Kräfte nicht stark genug sind.<sup>19</sup>

Wider alle Verketzerung als „Revolutionsromantikerin“ und Verfechterin eines „Generalstreikunsinns“ liess sie nicht nach, für den politischen Massenstreik zu agitieren. Viele Artikel, Versammlungs- und Parteitagereden bezeugen, dass es ihr dabei um Klarheit über internationale Erfahrungen und über die notwendigen Voraussetzungen für dieses Kampfmittel ging. Ihre Auffassungen vom Massenstreik werden missdeutet, wenn ihr, auch noch nach hundert Jahren, unterstellt wird, sie habe ohne Beachtung der Situation und der Einsicht der Massen „als radikale Linke“ skrupellos zum Massenstreik aufgerufen.

In einem bisher unbekanntem Artikel ‚Der Massenstreik vor dem Reichstag‘ polemisierte sie Ende 1911 besonders aufschlussreich:

„Wenn sie behaupten, die Sozialdemokratie hätte beschlossen, die Mannschaften im Kriegsfall zur Dienstverweigerung aufzufordern, so ist das

<sup>16</sup> *Volksblatt (Halle a. S.)*, Nr. 284, 5. Dezember 1911. Hervorhebung im Original.

<sup>17</sup> R. Luxemburg, *GW*, Bd. 5, 4. Auflage, Berlin 1990, S. 523.

<sup>18</sup> *Ibid.*, S. 432.

<sup>19</sup> Siehe *ibid.*, S. 770-772; Manuskripte und Notizen [Handschriftliche Notizen zur Nationalökonomie u. Wirtschaftsgeschichte]. Bundesarchiv, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (BArch-SAPMO), NY 4002/75, Bl. 33-139.

offenbar eine blanke Lüge, die in keiner einzigen Resolution oder auch nur in einem Antrag eines sozialdemokratischen Parteitages oder internationalen Sozialistenkongresses einen Anhaltspunkt findet. [...] Eine Aufforderung von Partei wegen an die Soldaten zur Gehorsamsverweigerung wäre eine Torheit, nicht weil sie zum Konflikt mit dem Staatsanwalt führt, sondern weil sie unwirksam oder überflüssig ist, weil sie einer geschichtlichen Situation künstlich würde vorgreifen wollen, deren Reife nicht von uns allein bestimmt wird.“<sup>20</sup>

Da auf dem Basler Kongress kein Wort über den Massenstreik fiel, konnte Herr Wunderlich, der deutsche Konsul in Basel, beruhigt an Bethmann-Hollweg berichten, dass „der Kongress es nicht gewagt hat [...] im Falle eines Krieges offen zur Auflehnung gegen die Obrigkeit aufzufordern“.<sup>21</sup>

Noch gänzlich unveröffentlicht sind Polizeiberichte über drei Massenstreik-Reden Rosa Luxemburgs, über ihr Auftreten am 7. August 1913 in einer erweiterten Parteivorstandssitzung mit Gewerkschaftsvertretern, über ihre Ausführungen im September 1913 in einer nichtöffentlichen Sitzung mit über hundert Delegierten während des Jenaer Parteitages 1913 und über ihr Referat am 14. Januar 1914 in der Reichstagsfraktion. Sie zeigen, wie ernst Rosa Luxemburg 1913/14 genommen werden musste.<sup>22</sup> Am 14. Januar 1914 wurde sie in die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einem Vortrag über die Frage gebeten: „Kommt der Massenstreik als Verteidigungsmittel des Proletariats in einer veränderten politischen Konstellation in Betracht?“ Die Einladung in die Reichstagsfraktion war erstmalig und erklärt sich aus der Heftigkeit der Massenstreikdebatten 1913 im Kampf für ein demokratisches Wahlrecht in Preussen. Rosa Luxemburg, die wegen des fehlenden Frauenwahlrechts keine Abgeordnete sein konnte, sprach an diesem Tage vor einer Männerrunde von über hundert Parlamentariern, in der viele ihrer ärgsten Widersacher sassen.

Rosa Luxemburg stellte zunächst die These in den Raum, der Gedanke des politischen Streiks gegen die Staatsgewalt lebe in Haupt und Herz aller sozialistischen Arbeiter.<sup>23</sup> Fälschlicherweise werde ihr nachgesagt, sie missachte die Organisationen der Arbeiterbewegung und wiegle die Unorganisierten gegen die Organisierten auf. Sie aber wolle die Gefahr des politischen Streiks für die Arbeiterorganisationen angesichts der staatlichen Gegenwehr nicht verkleinern, aber zugleich betonen, dass er für die Arbeiterorganisationen nicht verderblich sei. Ihr Credo sei: „Ein mit Kraft und Solidarität durchgeführter Streik ist immer unverloren, weil er das ist, was er bezweckt, eine Machtentfaltung des Proletariats, bei der die Kämpfenden ihre Kraft

<sup>20</sup> *Leipziger Volkszeitung*, Nr. 264, 14. November 1911.

<sup>21</sup> Zitiert in: Frank Bauer, Jürgen Lampe, Helmut Otto, Karl Schmiedel, *Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Militärpolitik der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung 1830 bis 1917*, Berlin 1990, S. 342.

<sup>22</sup> Zu den ersten beiden Reden siehe Ottokar Luban, Rosa Luxemburg zum Massenstreik. Zwei unbekannte Reden vom Sommer 1913, in: Narihiko Ito, Annelies Laschitza, Ottokar Luban (Hg.), *Rosa Luxemburg, Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Werkes*, Berlin 2010, S. 80-82.

<sup>23</sup> Siehe den von Eckhard Müller entdeckten Polizeibericht in: Landesarchiv Berlin (LAB), A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 15910, Bl. 1.

und ihr Verantwortungsgefühl stählen und die herrschenden Klassen der Stärke des Gegners bewusst werden.“<sup>24</sup> Es sei unrichtig, den politischen Massenstreik ausschliesslich als den letzten und grossen Kraftakt anzusehen, der die Gesellschaft wie eine Revolution grundlegend erschüttern und umstürzen soll. Zur Vorbereitung eines solchen Entscheidungskampfes bedürfe es einer langen Periode von Massenkämpfen. Denn wie

„sollen plötzlich die preussischen Staatsarbeiter, die Eisenbahner, Postbeamten usw., die heute im Kadavergehorsam erstarrt sind, die Landarbeiter, die kein Koalitionsrecht haben, die breiten Schichten der Arbeiter, die noch in gegnerischen Organisationen, in christlichen, Hirsch-Dunckerschen, gelben Gewerkschaften stecken und die Masse des deutschen Proletariats, die weder der gewerkschaftlichen Organisation noch der sozialdemokratischen Agitation zugänglich war [...], mit einem Male für einen letzten Massenstreik, für einen Kampf auf Leben und Tod reif sein?“<sup>25</sup>

Nur durch entschlossene Kämpfe müssen und können diese Menschen „nach und nach aus ihrer Starrheit, ihrem Kadavergehorsam, ihrer Zersplitterung losgelöst und der Gefolgschaft der Sozialdemokratie angegliedert werden“.<sup>26</sup> Eine wirkliche Massenaktion grossen Stils für wichtige Ziele sei keine trockene Exerzierübung nach dem Taktstock und Gutdünken der Parteileitung, sondern müsse als Klassenkampf geführt werden,

„in dem alle bedeutenden wirtschaftlichen Konflikte ausgenutzt, alle Momente, die die Massen erregen, in den Strudel der Bewegung geleitet werden müssen und in dem man nicht einer steigenden Verschärfung der Situation und entscheidenden Kämpfen ausweicht, sondern ihnen mit einer entschlossenen konsequenten Taktik entgegengeht“<sup>27</sup>.

Die durch Rosa Luxemburg aufgewühlten Geister der Fraktion gerieten in Zwiespalt, wichen einer gründlichen Aussprache aus und bildeten zur Prüfung der Massenstreikfrage, nach echt parlamentarischem Brauch, eine fünfzehn-gliedrige Kommission. Rosa Luxemburg hatte in diesem Gremium gewiss nichts anderes erwartet.

### Was vollbrachte Karl Liebknecht zu dieser Zeit?

Es gehört zu den Glücksumständen eines Parlamentariers, wenn er an Dokumente herankommt, die ihm ermöglichen, in geheime Machenschaften der Kriegstreiber Einblick zu erhalten. In eine solche Situation kam Karl Liebknecht im November 1912. Es wurde ihm ein anonymes Schreiben und die Abschrift von vertraulichen Berichten mit militärischen Interna aus dem Kriegsministerium und der Heeresver-

---

<sup>24</sup> Ibid., Bl. 2, 2 R.

<sup>25</sup> Ibid., Bl. 2 R.

<sup>26</sup> Ibid.

<sup>27</sup> Ibid., Bl. 3.

waltung zugespielt. Der lange Zeit unbekannte Absender war Herr von Metzen. Der im September 1912 entlassene Direktor des Berliner Büros der Friedrich Krupp AG hatte Liebknecht ausgesucht, „als einen Vertreter derjenigen Partei, von der ich erwarte, dass sie ohne Rücksicht auf die Macht u. die soziale Stellung der Schuldigen für eine strenge Verfolgung dieses schmutzigen u. gemeingefährlichen Treibens eintritt“.<sup>28</sup> Karl Liebknecht liess offiziell die Echtheit der Dokumente prüfen und nahm die Sendung zum Aufhänger für einen Enthüllungsfeldzug gegen die Friedrich Krupp AG, einen der einflussreichsten Konzerne der Rüstungsindustrie, mit dem er 1913 im In- und Ausland für enormes Aufsehen sorgte. Zwietracht, Kriegsgefahr und Krieg seien die Nahrung für die Rüstungsindustrie, so seine Anklage. „Je mehr Völkerhass, umso mehr Profit!“<sup>29</sup> Auf entlarvende Geheimdokumente gestützt, zog er alle Register parlamentarischer Möglichkeiten und ausserparlamentarischer Taktik und fand vielseitig grosse Beachtung. Hellmuth von Gerlach empfand es als einen „wahren Segen“, dass es Sozialdemokraten wie Karl Liebknecht gab. Bertha von Suttner pries den Wert der Enthüllungen für die Erweiterung des Kreises der Friedenskräfte.<sup>30</sup> Die durch den Coup Aufgescheuchten versuchten vergeblich, aus dem Krupp-Skandal einen Fall Liebknecht zu konstruieren. Der öffentliche Druck erzwang „Krupp-Prozesse“, die allerdings zur Farce verkamen.

1913/14 dehnte Karl Liebknecht seine Angriffe gegen Krupp auf ebenso skrupellose Praktiken der Rüstungskonzerne Ehrhardt, Loewe, Goerz, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Daimler-Benz und Nobel-Dynamit AG aus. Er brauche ihm wohl nicht zu sagen, hiess es in einem Schreiben von Zsigmond Politzer (Csapo) aus Paris an Max Grunwald vom 4. Mai 1913, „welche Beachtung hier die Lieb-knecht'schen Enthüllungen gefunden haben. Meines Erachtens und ich glaube im Geiste unseres unvergesslichen Jules [Guesdes] zu handeln, wenn ich Ihnen sage, dass wir eigentlich die von Liebknecht gesammelten Daten vervollständigen müssten.“<sup>31</sup> Er nannte diverse Tatsachen.

Es entstand die Idee, mit Verbündeten wie Walton Newbold von der *Independent Labour Party* und André Morizet von der *Humanité* eine Anklageschrift gegen die „Internationale der Rüstungsindustrie“ zu verfassen. Ihre Recherchen gingen bis ins enthüllende Detail. Auf seinem Schreibtisch häuften sich Informationen, Statistiken, Exzerpte aus Hand- und Jahrbüchern, Zeitungsausschnitte, Gedankenskizzen. Ganze Manuskriptteile entstanden, blieben allerdings Fragment mit unterschiedlich ausformulierten Passagen.<sup>32</sup> Darin hielt er unter anderem fest: „Die Waffen- und Munitionsfabriken und ihr Anhang in Deutschland sind mit österreichischen, belgischen, französischen und russischen Firmen zusammengeschlossen, sie

<sup>28</sup> Zitiert in: A. Laschitza 2007, *op. cit.*, S. 200.

<sup>29</sup> K. Liebknecht, *GRS*, Bd. 6, S. 298.

<sup>30</sup> Siehe A. Laschitza 2007, *op. cit.*, S. 207-208.

<sup>31</sup> Zitiert in *ibid.*, S. 213-214.

<sup>32</sup> Siehe Karl Liebknecht, *GRS*, Bd. 7, 3. Auflage, Berlin 1985, S. 3-33.

haben den ganzen Erdball in Interessensphären zur Exploitation unter sich verteilt.“<sup>33</sup> Diese Räubergesellschaft sei international wie die Räubermoral und verkörpere die imperialistische Weltentwicklung.

Während der Reichstagsverhandlungen über den Militäretat am 11. Mai 1914 zeigte Karl Liebknecht die Verbindung der Rüstungsmonopole zu den Grossbanken, ihre Verflechtung mit der Sprengstoff-, Motoren- und optischen Industrie auf. Unter hasserfüllten Blicken seiner Gegner gab er Dutzende Namen von Ministern, Parlamentariern, Offizieren, Generalen und Admiralen preis, die in den Leitungsgremien der Rüstungskonzerne Sitz und Stimme hatten. Er deckte auf, wie viele ausländische Kapitalisten den Aufsichtsräten der „patriotischen“ Firmen der deutschen Waffen- und Sprengstoffindustrie, der Kriegswerften und Panzerplattenfabriken angehörten.<sup>34</sup> Alle Zwischenrufe gekonnt parierend, versicherte er, er könne die Strukturen dieses „Teufelstrusts“, der

„Rüstungsinternationale genau belegen: einmal insofern die einzelnen Rüstungsunternehmen selbst international ausgestaltet sind [...], weiter insofern sich die einheimischen Rüstungsunternehmen mit Kapital, mit Patenten usw. an ausländischen Rüstungsunternehmen beteiligen und schliesslich, indem die einzelnen deutschen Rüstungsunternehmen sich den internationalen Verbänden, Kartells, Trusts usw. anschliessen. Dazu tritt die Internationale des *Rüstungshandels* und die Internationale des Handels mit militärischen Konstruktionen, Patenten, Lizenzen, Erfindungen. Und schliesslich die Internationale des Finanzkapitals in der Rüstungsindustrie, die gewissermassen die Krönung bildet.“<sup>35</sup>

Die letzten 14 Tage des Juli 1914 arbeitete er noch einmal in der Schweiz an dem Manuskript über die Internationale der Rüstungsindustrie.<sup>36</sup> Kriegsverursacher und Kriegshetzer das erste Mal dokumentarisch so konkret angeprangert zu haben, war Karl Liebknechts Hauptverdienst 1912-1914.

### **Bleibe als letzte Frage: Gibt es Einschätzungen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht über den Basler Kongress?**

Von Karl Liebknecht sind keine direkten Äusserungen über den Basler Kongress 1912 erhalten geblieben. Rosa Luxemburg erinnerte 1915 ausdrücklich an die beschwörenden Reden auf dem Kongress in ihrer Schrift ‚Die Krise der Sozialdemokratie‘, um auf Ursachen des gegensätzlichen Verhaltens der meisten Parteien der Zweiten Internationale zu Beginn des Ersten Weltkrieges aufmerksam zu machen.<sup>37</sup> Sehr

<sup>33</sup> Fragment ‚Die Internationale der Rüstungsindustrie‘. BArch-SAPMO, NY 4001/64, Bl. 146-147 – zitiert in: A. Laschitza 2007, *op. cit.*, S. 215.

<sup>34</sup> Siehe Karl Liebknecht, *GRS*, Bd. 7, S. 243, 257.

<sup>35</sup> *Ibid.*, S. 258.

<sup>36</sup> Siehe A. Laschitza 2007, *op. cit.*, S. 225.

<sup>37</sup> Siehe R. Luxemburg, *GW*, Bd. 4, S. 59-61, 130, 141.

herbe Urteile fällt Rosa Luxemburgs in handschriftlichen fragmentarischen Notizen<sup>38</sup>, mit denen sie sich 1918 im Breslauer Frauengefängnis auf einen zweiten Teil ihres Buches über die Krise der Sozialdemokratie und auf die nach dem Krieg unbedingt notwendigen Auseinandersetzungen mit dem Versagen der deutschen Sozialdemokratie und dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale vorbereitete.<sup>39</sup>

Wie konnte sich die vermeintlich mächtige Zweite Internationale zu Beginn des Ersten Weltkrieges plötzlich so ohnmächtig erweisen? Das war eine der Fragen, die sie über die vier Kriegsjahre hinweg quälten. Auf dem ersten Blatt ihrer Notizen hielt sie wenige Stichworte fest: „Inter[nationale] u. ihre Geschichte. 1. 1864. 2. 1889.“ Neben 1889 schrieb sie „Maifeier“.<sup>40</sup> Danach heisst es: Der Beschluss des Pariser Kongresses von 1889 über die Maifeier sprach „das eigentliche geschichtliche Problem der zweiten Internationale lapidar aus: Die Internationale wird zur Massenbewegung, zur eigenen Aktion der Arbeitermassen in allen Ländern oder sie wird nicht sein“<sup>41</sup>. Und sie verstärkte ihre Feststellung noch, indem sie notierte:

„Die Maifeier war die *einzig*e Form der unmittelbaren Betätigung der proletarischen Massen im Geiste der internationalen Solidarität; was sonst von der zweiten Internationale übrig blieb, waren Kongresse u. Manifeste, d. h. Demonstrationen kleiner Häuflein von Vertretern *im Namen* der Massen, waren Worte, Instanzen u. Zeremoniell. Die Maifeier sollte die einzige internationale *Tat, eigene* Tat von Millionen sein.“<sup>42</sup>

Entsprechend scharf rechnete Rosa Luxemburg mit dem Schicksal der Maifeier am Beispiel des Umgangs mit ihr in der deutschen Sozialdemokratie ab. Deren Führer hätten sie zu einer leeren Demonstration degradiert. Führer der Gewerkschaften hätten sie in der Schlinge der Unterstützungsklausel erdrosselt. Verbittert hielt sie fest: Die Maifeierbeschlüsse vor dem Kriege

„schrieben bereits mit feurigen Lettern das Menetekel an die Mauern der Internationale. Als die einzige Massenaktion von internationalem Charakter aus offen ausgesprochener Angst vor Opfern kaltblütig abgewürgt wurde, war die Internationale innerlich eine Leiche, der prunkvolle Baseler Kongress war bereits ein unbewusster Leichenschmaus.“<sup>43</sup>

<sup>38</sup> Siehe Manuskripte und Notizen. BArch-SAPMO, NY 4002/75 Bl. 1-32. Einige Passagen (Bl. 20-22 und 24-26) wurden von mir zitiert in: A. Laschitza 1996, *op. cit.*, S. 580-582. Siehe ausserdem Annelies Laschitza, Über ein Fragment von Rosa Luxemburg zur Geschichte der I. und II. Internationale, in: Theodor Bergmann, Wolfgang Haible (Hg.), *Reform – Demokratie – Revolution. Zur Aktualität von Rosa Luxemburg*, S. 42-44.

<sup>39</sup> Siehe Mathilde Jacob an Clara Zetkin, 25. Januar 1919. BArch-SAPMO NY 4005/79, Bl. 19-23. Siehe Ottokar Luban, «Die ‚innere Notwendigkeit, mithelfen zu dürfen‘. Zur Rolle Mathilde Jacobs als Assistentin der Spartakusführung bzw. der KPD-Zentrale», in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 4 (1993), S. 452.

<sup>40</sup> Manuskripte und Notizen. BArch-SAPMO, NY 4002/75, Bl. 1.

<sup>41</sup> Ibid., Bl. 4.

<sup>42</sup> Ibid. Hervorhebungen im Original.

<sup>43</sup> Ibid., Bl. 5-6.

Auf weiteren Blättern ihrer handschriftlichen Notizen bemerkte sie: „Der Weltkrieg ist die Kritik u. der Abschluss der 2. Periode“ der Internationalen, d. h. der Zweiten Internationale.<sup>44</sup> Der äusserliche Bankrott habe sich am 4. August 1914 gezeigt, der innerliche schon seit Jahrzehnten, vor allem wegen Verkleisterung der Gegensätze und des Parlamentarismus als einzige Politik. Besonders symptomatisch sei die Scheu vor dem Massenstreik gewesen. Woran lag der Irrweg in der Entwicklung des Sozialismus, fragte sie sich abermals.

„Sie [die Internationale] hat eine Taktik, die ihr nur einige Jahrzehnte gute Dienste leistete, verewigen u. auch auf die Periode des Imperialismus erstrecken wollen. Sie wich einfach vor dem offenen Kl[assen]k[ampf] um den Soz[ialismus] zurück. Sie nahm ihr Endziel nicht ernst u. wollte nicht vom bürgerlichen Parlamentarismus ablassen, obwohl er schon geschichtl[ich] verjährt u. bankrott war mit dem Ausbruch des Krieges.“<sup>45</sup>

Auf einem weiteren Blatt formuliert sie zur Thematik nicht weniger kritisch:

„Die D[eutsche] Sozdem[okratie] – u. noch weniger die intern[ationale] – hatte irgendeine allgemeine Orientierung ihrer Politik. Sie lebte von der Hand in den Mund, von Wahl zu Wahl. Sie schwätzte vom kommenden Weltkrieg, ohne sich dabei was zu denken (Basel!) u. ging geflüchtig allen strittigen Fragen aus dem Wege. (so die intern[ationalen] Kongresse u. die d[eutschen] Parteitage.)“<sup>46</sup>

Mit der Vergangenheit müsse kritisch abgerechnet werden. Hauptaufgabe der revolutionären Kräfte jedoch bleibe, auf die Massen zu vertrauen, aus den Volksmassen zuverlässige und bewusste Mitstreiter zu gewinnen. Eine revolutionäre Taktik, die mit der Entwicklung Schritt hält, sei das einzige Mittel, Idealismus in den Massen zu erzeugen und die Kriegstreiber zu überwältigen.

Durch den grausamen Meuchelmord am 15. Januar 1919 wurde Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Chance genommen, im Umgang mit den kriegsmüden Massen und im Kampf gegen die Konterrevolutionäre erfolgversprechende Formen und Mittel für die Wiederbelebung eines solidarischen internationalen Zusammenwirkens zu finden und zu erproben.

---

<sup>44</sup> Ibid., Bl. 26.

<sup>45</sup> Ibid., Bl. 28.

<sup>46</sup> Ibid., Bl. 29.

**Friedensforschung,  
Konfliktforschung und  
Friedenspolitik damals und heute**



## Kriegsverhütung, damals und heute

Was hat uns der Basler Friedenskongress 1912 heute noch zu sagen?\*

Wolfram Wette

Die Veranstalter haben mich mit der interessanten Frage konfrontiert: Was hat uns der Basler Friedenskongress 1912 heute noch zu sagen? Das Thema klingt auf den ersten Blick eher unproblematisch. Jedenfalls kam es mir so vor, als ich die Aufgabe übernahm. Bei genauerem Hinsehen wurde allerdings klar, dass ein systematischer Vergleich des komplexen Phänomens Kriegsverhütungspolitik damals und heute anzustellen war. Es geht um Politiker und ihre Vorstellungen von Souveränität, Machtstaat, Militär, Rüstung und Krieg, es geht um strukturelle Rahmenbedingungen und aktuelle Konfliktlagen, es geht um den Kampf der europäischen Sozialdemokratie gegen den Krieg, um Chancen und Illusionen, es geht um Völkerrecht und Feindbilder – und schliesslich auch um die Rolle der Frauen in diesem existentiellen Politikfeld. So gesehen, stehen die Jahresdaten 1912 und 2012 symbolisch für die Aufgabe, ein ganzes Jahrhundert vergleichend in den Blick zu nehmen. Das ist eine grosse Herausforderung, wo doch, um mit dem Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler zu sprechen, „die vergleichende Problemanalyse zu den schwierigsten Künsten des Historikers gehört“.<sup>1</sup> Denn der Vergleichende muss sich im Umfeld des Jahres 1912 idealiter ebenso gut auskennen wie im Umfeld des Jahres 2012, also unserer nicht weniger komplizierten Gegenwart. Und diese wiederum ist ohne die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts nicht zu begreifen. Ich habe mich dazu entschlossen, Ihnen das Ergebnis meines vergleichenden Nachdenkens in der Gestalt von zehn Thesen vorzutragen, die ich jeweils mit einer Erläuterung versehe.

### **1. These: Der Basler Friedenskongress von 1912, veranstaltet von der Zweiten Sozialistischen Internationale, stellte den historischen Gegenentwurf zur domi-**

---

\* Plenarvortrag von Wolfram Wette am 24. November 2012 auf dem wissenschaftlichen Kongress „Krieg und Frieden. 100 Jahre Ausserordentlicher Kongress ‚Gegen den Krieg‘ der Sozialistischen Internationale von 1912 in Basel und die Frage des Friedens heute“, veranstaltet von der Universität Basel, Departement Geschichte, 22.-24.11.2012, in Basel. Vgl. auch den publizistischen Beitrag von Wolfram Wette zum gleichen Thema: «Letzter Appell an Europa. Krieg dem Kriege! Guerre à la guerre!», in: *Die Zeit*, Nr. 48, 22. November 2012, S. 24: Geschichte.

<sup>1</sup> Hans-Ulrich Wehler, *Entsorgung der deutschen Vergangenheit*, München 1988, S. 167.

nanten Strömung der kriegerischen Machtpolitik der europäischen Nationalstaaten jener Zeit dar, die zum Ersten Weltkrieg führte. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit demonstrierte der Kongress den unbedingten Friedenswillen der europäischen Arbeiterschaft. Allerdings idealisierte er diesen Friedenswillen, überschätzte die Bereitschaft der sozialdemokratisch denkenden Arbeiterschaft zu internationaler Solidarität und unterschätzte ihre nationalen Bindungen.

Die in Basel versammelten Vertreter der europäischen Sozialdemokratie präsentierten sich der internationalen Öffentlichkeit als die einzige machtpolitisch ernst zu nehmende Alternative zur vorherrschenden Politik des Wettrüstens, der Kriegsvorbereitung und des Spiels mit dem Feuer.<sup>2</sup> Sie wollten, ebenso wie die kleine, einflussarme Gruppe der bürgerlichen Pazifisten, einen drohenden Krieg verhindern.<sup>3</sup> Sie standen in Opposition zu den Regierungen der europäischen Nationalstaaten und den sie stützenden Eliten – den Generalstäben, Meinungsmachern und Rüstungsschmieden, für die der Krieg ein selbstverständliches und legitimes Mittel der Politik war. Allerdings war es primär das deutsche Kaiserreich, das nicht mehr auf Verhandlungen und Interessenausgleich setzte und sich anschickte, das bis dahin auf dem Status quo beruhende Mächtegefüge zu sprengen. Insofern war der Erste Weltkrieg vor allem und eigentlich nur in dem Land wirklich zu verhindern, von dem er ausging, in Kauf genommen oder angestrebt wurde. Festzuhalten ist: Nicht die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Pazifisten haben diesen Krieg zu verantworten, sondern in erster Linie ihre sehr viel mächtigeren politischen Gegenspieler, nämlich die traditionellen Eliten des wilhelminischen Reiches.

Die Arbeiter in den europäischen Ländern kämpften seinerzeit primär um eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse und um die Möglichkeit demokratischer Partizipation. Über Aussenpolitik waren sie in der Regel nur wenig informiert, und sie hatten wohl auch nur eine vage Vorstellung davon, wie ihre Arbeitswelt mit der internationalen Welt zusammenhing. Gleichwohl kann angenommen werden, dass die arbeitenden Menschen, die von den Delegierten des Basler Kongresses vertreten wurden, ebenso für den Erhalt des Friedens waren wie ihre in Basel tagenden Repräsentanten.<sup>4</sup> Sie hatten kein Interesse am Krieg. Damit unterschieden sie sich von den

<sup>2</sup> *Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress zu Basel am 24. und 26. November 1912* [Protokoll], Berlin 1912. Vgl. auch die Darstellung von Bernard Degen, *Krieg dem Kriege! Der Basler Friedenskongress der Sozialistischen Internationale von 1912*, Basel 1990; und den Sammelband von Bernard Degen, Heiko Haumann, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe, Frithjof Benjamin Schenk (Hg.), *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Basel 2012.

<sup>3</sup> Vgl. das Lexikon von Helmut Donat, Karl Holl (Hg.), *Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, Düsseldorf 1983.

<sup>4</sup> Der Sozialdemokrat und Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt, Hermann Blocher, sah den Kongress als „das Schauspiel einer Arbeiterschaft, die den Krieg aus innerster Überzeugung verabscheut und von ihren Vertrauensmännern erwartet, dass sie die gesammelte Macht der europäischen Arbeiterklassen jenen Mächten gegenüberstellen, die es versuchen sollten, aus frivoler Machtgier einen europäischen Krieg zu entfesseln“. Rede Blochers in: *Ausserordentlicher Sozialisten-Kongress*, *op. cit.*, S.10-12, hier S. 11.

nationalistisch eingestellten Bürgerlichen, die 1914 mit Begeisterung in den Krieg zogen.

Zur Zeit des deutschen Kaiserreiches konkurrierten in den Köpfen und Gefühlen der organisierten Arbeiterschaft nationale Prägungen und das Ideal der internationalen Solidarität miteinander. In Deutschland glaubten nicht wenige jener Arbeiter, die Veteranen des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 waren und sich hernach Kriegervereinen mit ihrer nach Millionen zählenden Mitgliedern angeschlossen hatten, zugleich an Bismarck und an Bebel.<sup>5</sup> In der gesamten Zeit des Deutschen Kaiserreiches gab es so etwas wie einen „Militarismus des kleinen Mannes“. Diesem war die Idee der Landesverteidigung keineswegs fremd.<sup>6</sup> August Bebel, der über die Landesgrenzen hinaus geachtete Parteivorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), unterstützte den allgemeinen Friedensappell des Basler Kongresses, fürchtete aber zugleich die absehbare Propagandabehauptung der innenpolitischen Gegner, die SPD sei antinational, und er hatte sich – ausweislich seiner Reichstagsreden – gleichzeitig längst der Idee der nationalen Landesverteidigung angenähert.<sup>7</sup>

**2. These: Das Eintreten des Kongresses für eine Politik der Kriegsverhütung im Kapitalismus war das Ergebnis eines Umdenkens in den sozialistischen Parteien Europas seit den 1890er Jahren. Hatten sie zuvor die politische Strategie „Frieden durch Revolution“ verfolgt, so vertraten sie nunmehr die revisionistische Vorstellung, dass das erreichte Gewicht der Sozialdemokraten in den Parlamenten ein allmähliches Hineinwachsen in die sozialistische Zukunftsgesellschaft mit sich bringen werde. Gleichzeitig vollzog sich auch ein Gesinnungswandel in Sachen Kriegsverhütung. Informationen über das enorme Zerstörungspotential eines industrialisierten Zukunftskrieges wirkten in die gleiche Richtung.**

Der Ausserordentliche Kongress in Basel 1912 mit seinem Motto „Krieg dem Kriege“ fügte sich in die Tradition dieser „friedlichen Wendung“ ein.<sup>8</sup> Angesichts der vorhersehbaren Zerstörungen eines Zukunftskrieges – wie sie etwa von Friedrich Engels, dem Russen Ivan Bloch und der Österreicherin Berta von Suttner beschrieben wurden – nahmen die Sozialisten von der Vorstellung Abstand, dass der Krieg auch sein

<sup>5</sup> Thomas Rohkrämer, *Der Militarismus der „kleinen Leute“*. Die Kriegervereine im deutschen Kaiserreich 1891-1914, München 1990. Dazu meine Besprechung: «Gesinnungsmilitarismus. Wie Kriege vorbereitet werden: 1914 und 1939 liefern uns immer noch reiches Anschauungsmaterial», in: *Die Zeit*, Nr. 5, 25. Januar 1991, S. 40.

<sup>6</sup> Siehe dazu Wolfram Wette, *Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur*, Frankfurt a. M. 2008, S. 72-75, und die dort zitierten Ausführungen über den Jenaer SPD-Parteitag von August Siemsen, *Preussen – Die Gefahr Europas* [1937], Berlin 1981, Kapitel „Die Sozialdemokratie“, S. 79-85.

<sup>7</sup> Siehe die Rede von August Bebel im Deutschen Reichstag am 24. April 1907. In: *Verhandlungen Reichstag*, Bd. 228, S. 1058-1068, zitiert nach Wolfram Wette, *Gustav Noske. Eine politische Biographie*, 2. Aufl., Düsseldorf 1967, S. 68-74.

<sup>8</sup> Ausserordentlicher Sozialisten-Kongress, *op. cit.*, Anhang.

Gutes haben könnte, indem er die Revolution beschleunigte. Jetzt betrieben sie eine Politik der Kriegsverhütung auf dem Boden des Gegenwartsstaats.<sup>9</sup> Von ihm verlangte man – anders als bislang und trotz seiner kapitalistischen Wirtschaftsstruktur –, einen kriegerischen Konfliktaustrag unbedingt zu vermeiden. Die Revolutionierung der Verhältnisse sollte fortan auf evolutionärem Wege erfolgen. Statt „Frieden durch Revolution“ galt nun die Devise „Frieden ohne Revolution“<sup>10</sup>.

Zwei Jahre vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges, also im Jahre 1912, als der Basler Kongress tagte, veröffentlichte der Hamburger Lehrer Wilhelm Lamszus eine wirklichkeitsnahe Vorausschau auf den industrialisierten Zukunftskrieg. Der provozierende Titel seines Romans lautete: ‚Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg‘.<sup>11</sup> Das Buch wurde sowohl zum Skandal als auch ein Bestseller. In wenigen Monaten erreichte es 70 Auflagen mit über 100'000 verkauften Exemplaren. Eine englische Ausgabe war ebenso erfolgreich.<sup>12</sup> Das bedeutet: Wer wissen wollte, wie der Zukunftskrieg voraussichtlich aussehen würde, der konnte es wissen.

**3. These: Das martialische Motto des Basler Kongresses von 1912 „Krieg dem Kriege“ verdeckte den Sachverhalt, dass der Sozialistischen Internationale keine Machtmittel zur Verfügung standen, auf die man sich hätte einigen können und die gegebenenfalls geeignet gewesen wären, ihrer Politik der Kriegsverhütung zum Erfolg zu verhelfen. Nicht wenige Delegierte wussten um die als schmerzlich empfundene Wahrheit, dass sich die Kampfparole „Krieg dem Kriege“ letztlich in einem Appell an die Regierungen erschöpfte. Nur eine Minderheit glaubte an die Kriegsverhinderung durch einen Generalstreik.**

Wer damals die im Münster zu Basel gehaltenen Reden hörte oder wer das Protokoll dieser grossen Friedensdemonstration heute nachliest, ist beeindruckt vom Selbstbewusstsein und vom Optimismus der Redner. Vollmundig erklärte etwa der Sprecher der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Regierungsrat Wullschleger, die Internationale sei „heute eine grosse, reelle und ideale Macht“, die sich Gehör zu verschaffen wisse.<sup>13</sup> Der deutsche Politiker und Ko-Parteivorsitzende Hugo Haase bezeichnete die internationale Sozialdemokratie „als Träger und Verkörperung der Friedensidee“, bemerkte aber auch skeptisch: „Wir verkennen die Grenzen unserer Macht nicht.“<sup>14</sup>

<sup>9</sup> Vgl. Friedrich Engels, *Kann Europa abrüsten?*, Nürnberg 1895.

<sup>10</sup> Friedhelm Boll, *Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918*, Bonn 1980.

<sup>11</sup> Wilhelm Lamszus, *Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg*, Hamburg/ Berlin 1912. Siehe auch die Kurzbiographie von W. Emmerich über Lamszus in: H. Donat, K. Holl, *op. cit.*, S. 246-247.

<sup>12</sup> Andreas Pehnke, «Grauen fällt uns an. Gespenstische Prophezeiung: Wilhelm Lamszus' Bestseller „Das Menschenschlachthaus“ nahm bereits 1912 die Schrecken des Ersten Weltkrieges vorweg», in: *Die Zeit*, Nr. 32, 2. August 2012, S. 18.

<sup>13</sup> Rede von Wullschleger, in: Ausserordentlicher Sozialisten-Kongress, *op. cit.*, S. 3-5, hier S. 5.

<sup>14</sup> Rede von Hugo Haase, in: *Ibid.*, S. 12-13, hier S. 13.

Der Londoner *Labour*-Politiker Keir Hardie, Verfechter einer Strategie des Massenstreiks gegen den Krieg, erklärte, der Kongress sei „eine gewaltige Macht zum Schutze des europäischen Friedens“, da er 15 Millionen sozialdemokratischer Wähler vertrete. Wenn die Diplomatie sich als unfähig erweisen sollte, den Kriegsausbruch zu verhindern, so werde sich die Arbeiterklasse nicht scheuen, vom Kampfmittel des „internationalen revolutionären Gegenkriegsstreiks“ Gebrauch zu machen.<sup>15</sup> Hermann Greulich aus Zürich, der für die Parteileitung der schweizerischen Sozialdemokraten sprach, verwies besonders auf „die 4 ¼ Millionen sozialdemokratische Stimmen im Zentralstaat des europäischen Militarismus, in Deutschland“. Das sei „eine herrliche Garantie für den Völkerfrieden“.<sup>16</sup>

Der Kongress verabschiedete schliesslich einstimmig eine wachsweiße Resolution, in welcher die Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale in einer allgemein gehaltenen Formulierung aufgefordert wurden, „alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern“ und, falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, „für dessen rasche Beendigung einzutreten“.<sup>17</sup>

Die Frage, ob der Generalstreik ein geeignetes Mittel zur Kriegsverhütung sein könne, hatte die Zweite Sozialistische Internationale auf ihren Kongressen zwischen 1889 und 1912 immer wieder beschäftigt.<sup>18</sup> In diesen Debatten hatte unter anderem der deutsche Parteivorsitzende August Bebel zu erkennen gegeben, dass die Führer der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften keine Sympathie für die Idee eines Massenstreiks gegen den Krieg hegten. Die SPD-Führer befürchteten, dass die um ihre Herrschaft kämpfende Staatsmacht in einem solchen Falle mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, auch denen des Belagerungszustandes und des Militäreinsatzes, gegen die Streikenden vorgehen werde. Es bestand die Gefahr, dass der grosse und empfindliche Partei- und Gewerkschaftsapparat zerschlagen würde. Ähnlich dachte man auch in einigen Schwesterparteien anderer Länder. Schon auf dem Stuttgarter Kongress 1907 hatte Bebel resigniert erklärt: „Wir können nichts tun als aufklären, Licht in die Köpfe bringen, agitieren und organisieren.“<sup>19</sup> Aus diesem Grund kam der Militärstreik in der Resolution des Basler Kongresses 1912 nicht vor.

Aber welche anderen Mittel der Kriegsverhütung standen den Parteien der Zweiten Sozialistischen Internationale zur Verfügung? Im Wesentlichen reduzierten sie sich auf Appelle an die eigenen Anhänger, „mit allen Kräften“ gegen das Wettrüsten zu kämpfen, die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung

---

<sup>15</sup> Rede von Keir Hardie, in: *Ibid.*, S. 13-14.

<sup>16</sup> Rede von Hermann Greulich, in: *Ibid.*, S. 14-15.

<sup>17</sup> Text der Resolution, im Protokoll als „Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage“ bezeichnet, in: *Ibid.*, S. 23. Die Resolution wurde eingebracht und begründet von Jean Jaurès.

<sup>18</sup> Siehe Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 1, 3. Aufl., Berlin/ Bonn 1978, S. 291-309, auch zum Folgenden.

<sup>19</sup> Zitiert nach J. Braunthal, *op. cit.*, S. 343.

und des Sozialismus zu erziehen, sich für die Abschaffung der Stehenden Heere, für die Schiedsgerichtsbarkeit und eine Aussenpolitik der Verständigung einzusetzen.<sup>20</sup>

Als sich die Kriegsgefahr zuspitzte, organisierten die sozialdemokratischen Parteien in Deutschland wie in Frankreich grosse Friedensdemonstrationen, an denen Hunderttausende von Menschen teilnahmen. Aber die mit Kriegsplanungen beschäftigten Regierungen und ihre Generalstäbe liessen sich von alledem nicht beeindrucken. In Deutschland kalkulierte die Regierung, dass von den Sozialdemokraten letztlich nichts zu befürchten sei, wenn es ihr im richtigen Moment gelang, in der Öffentlichkeit das eigene Land als das angegriffene hinzustellen. Das würde die vorhersehbaren nationalen Reflexe auslösen, die mit der – als legitim betrachteten – Landesverteidigung verknüpft waren.

**4. These: Zur Zeit des Basler Kongresses waren die Köpfe vieler Menschen in Deutschland beherrscht von dem Glauben an die Naturnotwendigkeit, die Gottgewolltheit oder die historische Unabänderlichkeit des Krieges. Solche Kriegsmetaphysik führte zu Fatalismus und lähmte den Willen zur Kriegsverhütung. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben sich die Deutschen von diesem Denken befreit. Sie erkannten, dass Kriege Menschenwerk sind, dass sie sowohl gemacht als auch verhindert werden können.**

Das Diktum des preussischen Generalstabschefs Helmut von Moltke d.Ä., dass „der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung“ sei<sup>21</sup> wurde im kaiserlichen Deutschland tausendfach nachgebetet. Die Menschen sollten glauben, „der Krieg“ sei ein Naturereignis, er breche aus wie ein Vulkan und könne von Menschen eben nicht gebändigt werden.<sup>22</sup> Die christlichen Kirchen segneten die Waffen und sprachen vom Krieg als „Gottesgericht“. In dem reichhaltigen Arsenal der Kriegsrechtfertigungen hat diese Kriegsmetaphysik jahrhundertlang eine grosse Rolle gespielt.<sup>23</sup> Wer an sie glaubte, mochte den jeweiligen Zukunftskrieg fürchten, ihn aber zugleich als unvermeidbar ansehen und ihm kompensatorisch den Charakter einer heroischen Bewährungsprobe abgewinnen.

Frei von solchem Fatalismus war der französische Parteiführer und Pazifist Jean Jaurès. Schon auf dem Kongress seiner Partei in Limoges 1906 hatte er erklärt:

„Wie die Wolke das Gewitter, so trägt der Kapitalismus den Krieg in sich. Aber Kriege entladen sich nicht wie Gewitter aus den Spannungen ele-

<sup>20</sup> Siehe das Erfurter Programm der SPD von 1891, in: Dieter Dowe, Kurt Klotzbach (Hg.), *Programmmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, Bonn/ Bad Godesberg 1973, S. 175-180.

<sup>21</sup> *Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Grafen Helmut v. Moltke*, Bd. 3, Berlin 1892/93, S. 154.

<sup>22</sup> Vgl. dazu die Analyse von Niklaus Meier, *Warum Krieg? Die Sinndeutung des Krieges in der deutschen Militärelite 1871-1945*, Paderborn u.a. 2012.

<sup>23</sup> Siehe: Reiner Steinweg (Hg.), *Der gerechte Krieg. Christentum, Islam, Marxismus*, Frankfurt a. M. 1980, und Wolfram Wette, *Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur*, Frankfurt a. M. 2008, S. 101-105.

mentarer Kräfte; sie entspringen einem menschlichen Willensakt und sind daher nicht unabwendbar. Sie können verhütet werden, wenn dem Willensakt der herrschenden Klasse ein Willensakt der Arbeiterklasse entgegengesetzt wird.“<sup>24</sup>

Ähnlich sprach er in Basel.

Aber es bedurfte vor allem in Deutschland noch zweier Weltkriege mit mindestens 72 Millionen Toten<sup>25</sup>, bis sich die Überlebenden dieses „Zeitalters der Extreme“ (Erich Hobsbawm)<sup>26</sup> in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu der Einsicht durchrangen, dass besagte Kriegsmetaphysik ein Trugbild ist, dass Kriege von Menschen gemacht werden und daher auch verhindert werden können, dass Kriegsverhinderung also prinzipiell möglich ist. Allerdings muss noch immer damit gerechnet werden, dass jene Regierungen und Politiker, die Kriege gar nicht verhindern wollen oder die unfähig sind, sie zu verhüten, sich die tradierten Erscheinungsformen der Kriegsmetaphysik zu Propagandazwecken zunutze machen.

In der Zeit des Kalten Krieges mit seiner ständigen Gefahr eines alles zerstörenden Atomkrieges sollte die Kriegsverhütung zur *Conditio sine qua non* jeder Politik der beiden Machtblöcke werden. 1971 ermittelte eine Forschergruppe um den deutschen Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker, dass in einem Atomkrieg in Mitteleuropa alles zerstört würde, was hätte verteidigt werden sollen, und dass angesichts dieser Kriegsfolgen nur noch eine Politik der Kriegsverhinderung verantwortbar sei.<sup>27</sup> Diese Erkenntnisse wurden nun, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von einer grossen Mehrheit der deutschen Bevölkerung geteilt. Die Massnahmen der Friedensbewegung von 1980/84, 1991 und 2003 haben dies gleich mehrfach unter Beweis gestellt.

---

<sup>24</sup> Jean Jaurès auf dem Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs in Limoges 1906. Zitiert nach J. Braunthal, *op. cit.*, S. 340. Zu Jaurès vgl. auch Ulrike Brummert (Hg.), *Jean Jaurès. Frankreich, Deutschland und die Zweite Internationale am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Tübingen 1989.

<sup>25</sup> Geschätzt werden 17 Millionen Kriegstote des Ersten Weltkrieges plus 20 Millionen Verwundete, siehe Ziff. 5 von: <[http://de.wikipedia.org/wiki/Erster\\_Weltkrieg](http://de.wikipedia.org/wiki/Erster_Weltkrieg)> [06.03.2014].

Geschätzt werden bis 56 Millionen Kriegstote des Zweiten Weltkrieges, siehe: <[http://de.wikipedia.org/wiki/Kriegstote\\_des\\_Zweiten\\_Weltkrieges](http://de.wikipedia.org/wiki/Kriegstote_des_Zweiten_Weltkrieges)> [06.03.2014].

<sup>26</sup> Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, 2. Aufl., München 1999.

<sup>27</sup> Carl Friedrich von Weizsäcker (Hg.), *Kriegsfolgen und Kriegsverhütung*, 2. Aufl., München 1971.

**5. These: Feindbilder und Kriegslügen waren vor dem Ersten Weltkrieg, während seines Verlaufs und in der Nachkriegszeit ein fester Bestandteil kriegerischer Machtpolitik der Nationalstaaten. Als Manipulationsinstrumente werden Feindbilder und Kriegslügen bis zum heutigen Tage benutzt, und zwar in Demokratien und Diktaturen gleichermaßen. Die Erkenntnis, dass im Kriege die Wahrheit das erste Opfer ist, gilt systemübergreifend.**

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg waren in Deutschland antifranzösische, antibritische und antirussische Feindbilder verbreitet. Sie wurden gebündelt in dem Propaganda-Schlagwort „Feinde ringsum!“ Unter dem Eindruck solcher Bedrohungsvorstellungen wurden in der deutschen Sozialdemokratie schon lange vor dem Ersten Weltkrieg die Fragen debattiert: Kann man in einem Konfliktfall überhaupt unterscheiden, ob es sich um einen Angriffs- oder Verteidigungskrieg handelt? Oder muss das entscheidende Kriterium zur Bewertung eines Konflikts das proletarische Interesse sein?

Wie bekannt, verbreitete Theobald von Bethmann Hollweg, Reichskanzler unter Kaiser Wilhelm II., in der Julikrise von 1914 durch geschickte Regie den Eindruck, Deutschland bleibe nichts anderes übrig, als auf die russische Generalmobilmachung zu reagieren und sich zu verteidigen. Mit dieser Manipulation drängte er die zögernde Sozialdemokratie, die noch kurz zuvor Friedensdemonstrationen organisiert hatte, dazu, eine Verteidigungssituation anzunehmen, in der sie sich nicht weigern wollte. Die SPD-Reichstagsfraktion bewilligte daraufhin die ersten Kriegskredite und schloss einen sogenannten Burgfrieden mit dem Kaiser und seiner Regierung. Der Chef des Marinekabinetts, Admiral Georg von Müller, freute sich über den gelungenen Coup. Er notierte: „Stimmung glänzend. Die Regierung hat eine glückliche Hand gehabt, uns als die Angegriffenen hinzustellen.“<sup>28</sup>

Das System der Kriegslügen hat die kriegerischen Auseinandersetzungen des 20. und 21. Jahrhunderts begleitet.<sup>29</sup> Obwohl die modernen Massenkommunikationsmittel eine rasche und umfassende Information über Ereignisse auf dem gesamten Globus ermöglichen, hat sich hinsichtlich des Einsatzes von Kriegslügen zur Vorbereitung und Rechtfertigung kriegerischer Handlungen sowie zur Vertuschung der Kriegsrealität seit 1912 nichts Grundlegendes geändert. Auch zukünftig werden wir den regierungsamtlichen Kriegslügen in hohem Masse ausgeliefert sein. Misstrauen ist hier grundsätzlich angesagt.

**6. These: Nur wenige Delegierte des Basler Kongresses waren Frauen, nämlich 18 von 555. In dem seit 1912 verflossenen Jahrhundert hat sich die Rolle der Frauen in der Politik und in der Wirtschaft nur graduell geändert. Seit 1918 ha-**

<sup>28</sup> Notiz Admiral v. Müllers vom 1. August 1914, zitiert nach Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt a. M./ Berlin/ Wien 1973, S. 672.

<sup>29</sup> Vgl. Wolfram Wette, «1939 bis 2009. Lügen im Dienste des Krieges», in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 54, 9 (2009), S. 83-94.

ben die Frauen in Deutschland das passive und aktive Wahlrecht. Seit 1949 ist die Gleichheit der Geschlechter in der deutschen Verfassung festgeschrieben. Aber die gesellschaftliche Praxis ist von der Gleichberechtigung noch immer weit entfernt. In Führungspositionen von Politik und Wirtschaft dominieren nach wie vor die Männer. Die angestrebte Steigerung des weiblichen Einflusses in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft gibt der Hoffnung Raum, dass das zur Kriegsverhütung tendierende Führungspersonal zukünftig allmählich stärkeren Einfluss gewinnt.

Um 1912 besetzten Männer sämtliche politischen und militärischen Positionen. Sie trafen die Entscheidungen über Krieg oder Frieden, schlossen Waffenstillstandsabkommen, handelten Friedensschlüsse aus und unterzeichneten Staatsverträge. Männer hielten auch Friedenskundgebungen wie den Basler Kongress von 1912 ab.

Hundert Jahre später zeichnet sich ab, dass künftig immer mehr Frauen in die Politik gehen werden, aber auch in die Vorstandsetagen der grossen Unternehmen. Ob dieser Megatrend zu einer friedlicheren Welt führt, ist zu hoffen, aber keineswegs ausgemacht. Der Zukunftsforscher Matthias Horx gibt zu bedenken: „Frauen sind anders. Sie üben Gewalt aus anderen Gründen als Männer aus. Wenn Frauen in den Krieg ziehen, wollen sie in der Regel etwas verhindern. Zum Beispiel, dass Männer sich gegenseitig (und Frauen und Kinder) umbringen. Frauen werden eher aus Sorge aggressiv.“ Sie führen keine Kriege zur Territorialerweiterung, sondern „Sorgenkriege“.<sup>30</sup>

In der internationalen Friedens- und Konfliktforschung spricht man ebenfalls von einem „relativen Pazifismus von Frauen“, der ihrer unterschiedlichen Sozialisation geschuldet sei. Daraus wird die Vermutung abgeleitet, „dass es bei einer stärkeren Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungen weniger militärische Konflikte geben sollte“.<sup>31</sup> Die zwar empirisch nicht bewiesene, aber durchaus plausible These lautet: Die Welt könnte also friedlicher werden, „wenn mehr Frauen an die Macht gelangten“.<sup>32</sup>

**7. These: Die Politik der Kriegsverhütung durch den Ausbau des Völkerrechts hat in den letzten 100 Jahren bemerkenswerte Erfolge vorzuweisen. Zur Zeit des Basler Friedenskongresses galt in den Beziehungen der souveränen Nationalstaaten noch das ungezügelte Recht zur kriegerischen Durchsetzung von Machtinteressen. Der Briand-Kellogg-Stresemann-Pakt von 1928 brachte lediglich ein verbindliches Verbot des Angriffskrieges. Seit der Verabschiedung der Charta der Vereinten Nationen im Jahre 1945 besteht ein allgemeines völkerrechtliches Kriegsverbot. Seitdem kann nur noch eine Politik der Kriegsverhütung als völkerrechtlich legitim angesehen werden.**

<sup>30</sup> Matthias Horx, *Das Megatrend-Prinzip*, München 2011, S. 109, 276-277.

<sup>31</sup> Einen Überblick über die zumeist angelsächsischen Forschungen zur Frage der Friedfertigkeit von Frauen bietet Margit Bussmann, «Quantitative Studien zu Geschlechtergleichheit und Frieden», in: *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung* 1 (2012), S. 141-154, Zitate S. 141-142.

<sup>32</sup> *Ibid.*, S. 150.

### kerrechtskonform gelten, ausgenommen die Selbstverteidigung und eine UN-mandatierte Gewaltausübung.

Während der beiden Haager Konferenzen von 1899 und 1907 wurde über Probleme einer Stabilisierung des Friedens zumindest nachgedacht.<sup>33</sup> Es zeigte sich jedoch, dass insbesondere die deutsche Regierung nicht willens war, ihre Souveränität und ihr Recht zum kriegerischen Konfliktaustrag zu beschränken. Damit war jeder Ansatz zu einer Politik der Vertrauensbildung zum Scheitern verurteilt. Was von diesen Konferenzen im Hinblick auf die Politik der Kriegsverhütung blieb, war die Einführung einer Schiedsgerichtsbarkeit, die allerdings nicht obligatorisch und nicht mit Sanktionen bewehrt war, sodass sie letztlich wirkungslos bleiben musste.<sup>34</sup> Einigen konnte man sich immerhin auf Regeln im Krieg. Sie gelten seitdem als verbindliches Kriegsvölkerrecht. Dagegen fanden die Beratungen über Abrüstung und Rüstungssteuerung keine Zustimmung. Insbesondere die deutsche Seite wollte sich alle Optionen offenhalten.

Als die Sozialistische Internationale 1912 in Basel tagte, befand sich das internationale System demnach – in völkerrechtlicher Hinsicht – im Zustand der Anarchie. Jeder Staat konnte das Recht auf Krieg für sich reklamieren. In Deutschland entschied Kaiser Wilhelm II. allein über Krieg und Frieden, und die Spitzenmilitärs waren nur ihm verpflichtet, nicht der Regierung und schon gar nicht dem Reichstag. Die oppositionellen Sozialdemokraten verfügten über keinen institutionalisierten Einfluss auf die Entscheidungsträger.

Unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges wurde noch im Jahre 1945 die Charta der Vereinten Nationen verabschiedet, die ein allgemeines Kriegsverbot enthält.<sup>35</sup> Auch die Androhung von Gewalt war jetzt völkerrechtlich verboten. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, das „Grundgesetz“, 1949 verabschiedet und bis zum heutigen Tage auch im vereinigten Deutschland gültig, atmet denselben Geist der Kriegsverhütung und des Friedens.<sup>36</sup> In der Präambel der 2007 verabschie-

<sup>33</sup> Jost Dülffer, *Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 in der internationalen Politik*, Berlin/ Frankfurt a. M./ Wien 1981, wertet die Konferenzen insgesamt als einen „Fehlschlag“, siehe S. 336.

<sup>34</sup> Siehe *ibid.*, Kap. „Die Anfänge des Haager Schiedshofs“, S. 205-226.

<sup>35</sup> Texte der wichtigsten Verträge zu Kriegsverbot und Gewaltverbot in Jost Delbrück (Hg.), *Friedensdokumente aus fünf Jahrhunderten. Abrüstung, Kriegsverhütung, Rüstungskontrolle. Erster Teilband*, Kehl/ Strassburg/ Arlington 1984, Dokumente 1-22, S. 48-72; Auszug aus der Satzung der Vereinten Nationen (26. Juni 1945), in: *Ibid.*, Dokument 9, S. 58-61, mit dem einschlägigen Gewaltverbot in Artikel 12, Absatz 4: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielsetzungen der vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

<sup>36</sup> Siehe dazu Dieter S. Lutz, Volker Rittberger, *Abrüstungspolitik und Grundgesetz. Eine verfassungsrechtlich-friedenswissenschaftliche Untersuchung*, Baden-Baden 1976, besonders Abschnitt 5: Das Friedensgebot des Grundgesetzes, S. 83-110. In der Präambel wird erklärt, das deutsche Volk sei von dem Willen beseelt, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Artikel 25 bestimmt, dass die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, also auch die Charta der Vereinten Nationen, Bestandteil des Bundesrechtes sind. Nach Artikel 26 sind Hand-

deten Charta der Grundrechte der Europäischen Union heisst es: „Die Völker Europas sind entschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden.“<sup>37</sup>

Die reale weltgeschichtliche Entwicklung hat sich an die Vorgaben der UN-Charta ebenso wenig gehalten wie die deutsche Politik an das Grundgesetz. In der Zeit des Ost-West-Konfliktes wurde eine Strategie der Kriegsverhütung durch Stärke verfolgt, indem die Kontrahenten sich gegenseitig einen alles vernichtenden Atomkrieg androhten. Im Gegenzug zu dieser Drohpolitik entwickelte die oppositionelle deutsche Sozialdemokratie, die 1969 in Regierungsverantwortung gelangte und mit Willy Brandt den Kanzler stellte, eine andere, präventive Kriegsverhütungspolitik. Sie setzte eher auf Vertrauensbildende Massnahmen, Abrüstung und Rüstungsbeschränkung, und sie war von der Idee einer Gemeinsamen Sicherheit der Konfliktpartner in einem Klima der Entspannung geprägt.<sup>38</sup> Man kann diese Politik in der Traditionslinie des Basler Kongresses von 1912 sehen. Insgesamt lässt sich im Rückblick auf das Jahrhundert seit 1912 jedenfalls feststellen, dass sich die völkerrechtlichen Voraussetzungen für eine Politik der Kriegsverhütung grundlegend zum Positiven hin verändert haben.

**8. These: Das Wettrüsten in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg stellte eine wesentliche Voraussetzung für das Projekt einer aktiven Kriegspolitik dar. In Deutschland entfaltete die Aufrüstung insoweit auch eine Eigendynamik, als sie die Entscheidungsträger dazu veranlasste, den Zeitpunkt zum kriegerischen „Griff nach der Weltmacht“ (Fritz Fischer)<sup>39</sup> von der eigenen Rüstungsüberlegenheit abhängig zu machen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gibt es zwar kein Wettrüsten der antagonistischen Feindlager in der nördlichen Hemisphäre mehr. Aber die Rüstungsproduktion geht gleichwohl ungebremst weiter. Nach wie vor stellen die Atomwaffen eine ständige Gefahr für den Weltfrieden dar, die im Alltag der Menschen allzu oft verdrängt wird. Ebenso wie vor 1914**

---

lungen verfassungswidrig, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, „insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten“. In dem später eingefügten Artikel 87 a wird im Hinblick auf das Militär unmissverständlich und eingrenzend erklärt: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Alle Zitate nach: Deutscher Bundestag (Hg.), *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe. Stand: Januar 2007*, Berlin 2007.

<sup>37</sup> Charta der Grundrechte der Europäischen Union in der Fassung vom 14. Dezember 2007, in: *Amtsblatt der Europäischen Union C 303/2 vom 14. Dezember 2007*, siehe: <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2007:303:0001:0016:DE:PDF>> [05.03.2014].

Die Charta ist seit dem 29. Oktober 2004 Teil der Verfassung der Europäischen Union. Siehe dazu die Abhandlung von Thomas Schmitz vom November 2004 ‚Die Verfassung der Europäischen Union‘:

<[http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/tschmitz/Downloads/Schulze\\_Grundrechtscharta\\_in\\_EU-Verfassung.pdf](http://lehrstuhl.jura.uni-goettingen.de/tschmitz/Downloads/Schulze_Grundrechtscharta_in_EU-Verfassung.pdf)> [05.03.2014].

<sup>38</sup> Siehe die entsprechenden Abschnitte in: J. Delbrück, *op. cit.*

<sup>39</sup> Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18*, Düsseldorf 1961 und 2009.

**können auch heute Rüstung, Waffenhandel und stets einsatzbereite Streitkräfte eine Eigendynamik entfalten und die Anstrengungen zur Kriegsverhütung und gewaltfreien Konfliktbearbeitung konterkarieren.**

Das internationale Wettrüsten vor 1914 wurde durch die selbstinduzierte deutsche Rüstungspolitik erst ausgelöst. Im deutschen Generalstab herrschte die Vorstellung, dass es nur ein schmales Zeitfenster gebe, in dem die eigene Rüstungsüberlegenheit für einen kurzen und siegreichen Krieg genutzt werden konnte.<sup>40</sup>

Und die Rüstungspolitik heute? Das Ende des Ost-West-Konflikts hat bei den Ländern der nördlichen Erdhälfte nicht zu einem Verzicht auf Militär und Rüstung geführt, sondern zu einer gross angelegten Umrüstung für weltweite „Krisenreaktionen“. Das Modell einer „Armee im Einsatz“, das in Deutschland seit einigen Jahren propagiert und praktiziert wird, nährt neuerlich die Vorstellung, Konflikte seien nicht mit politischen Mitteln zu lösen, sondern nur mit Gewalt. Militärische Gewaltausübung wird zur „Neuen Normalität“ erklärt, was den Historiker an das Denken und Verhalten der deutschen Führungsschichten um 1914 erinnert. Jedenfalls steht diese Vorstellung in Widerspruch zu einer konsequenten Politik der Kriegsverhütung.

Der heutige internationale Waffenhandel, an dem Deutschland, Grossbritannien und Frankreich massgeblich beteiligt sind, macht die Welt eher unsicher als dass er die Kriegsverhütung erleichtert. Denn die legalen und illegalen Waffenexporte machen Kriege und Bürgerkriege in vielen Teilen der Welt überhaupt erst möglich. Die „Geschäfte mit dem Tod“ werden nicht selten mit nationalen Sicherheitsinteressen bemäntelt. Aus ethischer Sicht stellen sie einen permanenten Skandal dar.

**9. These: Im Zeitalter des Imperialismus lag die Idee eines Zusammenschlusses der europäischen Nationalstaaten ausserhalb des Denkhorizonts der Regierungen. Erst nach zwei Weltkriegen konnte das – von den Sozialisten schon früh unterstützte – politische Projekt eines geeinten Europa als Friedensraum schrittweise realisiert werden. Heute versteht sich Europa als eine Friedensmacht, in welche Kriegsverhütung nach innen als ein Strukturprinzip eingewoben ist. Begleitet und garantiert wird die Pazifizierung Europas durch einen Mentalitätswandel der Menschen, die heute Frieden als zentralen Wert akzeptieren.**

Nach den zwei zerstörerischen Weltkriegen und nach der Ausschaltung des Kriegsfaktors Deutschland konnten die europäischen Nationen daran gehen, dieser Art des Konfliktaustrags für alle Zukunft eine Absage zu erteilen und sich auf den friedenspolitischen Wert der Zusammenarbeit zu besinnen. Zum Zwecke der dauerhaften Friedenssicherung schufen sie in mehreren Etappen einen Staatenbund, der voraussichtlich eines Tages die Form eines Bundestaates annehmen wird. Innerhalb der

---

<sup>40</sup> Zur illusionären Vorstellung von einem kurzen Krieg siehe Stig Förster, «Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges, 1871–1914. Metakritik eines Mythos», in: *Militärhistorische Mitteilungen (MGM)* 54 (1995), S. 61-95.

Europäischen Union (EU) sind die Nationalstaaten auf den Gebieten des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens so eng miteinander verflochten, dass man von einem – nach innen hin – strukturell abgesicherten Friedensbündnis sprechen kann. Die Nationen Europas wollen keine Kriege mehr gegeneinander führen; sie können es wegen der vielfältigen Verflechtungen vermutlich auch gar nicht mehr.

In der Aussensicht ist Europa daher, anders als die USA, „postheroisch“; damit ist gemeint, dass die Bevölkerungen der europäischen Länder, insbesondere die allermeisten Deutschen, keine militärischen Helden mehr sein wollen und daher kaum für einen kriegerischen Konfliktaustrag mobilisiert werden können.<sup>41</sup> Das grosse Thema des Internationalen Sozialistenkongresses von 1912 lautete, wie der Krieg zwischen den konkurrierenden europäischen Nationen verhindert werden könnte. Im Europa von 2012 stellt sich diese Frage nicht mehr. Im Jahrhundertvergleich kommt dieser fundamentale Unterschied gebührend in den Blick.

**10. These: Das idealisierte Modell „Friedensmacht Europa“ ist mit der Praxis allerdings nur teilweise in Einklang zu bringen. Denn das im Innenverhältnis realisierte Friedensversprechen gilt nicht für die Aussenbeziehungen. In Deutschland lässt sich seit dem Ende des Kalten Krieges eine Militarisierung der Aussenpolitik beobachten. Der Befund ist also ambivalent: Einerseits gibt es in der deutschen Regierung Ansätze, die Politik der Kriegsverhütung unter der Bezeichnung „zivile Krisenprävention“ zu institutionalisieren. Andererseits wird in den aussereuropäischen Beziehungen erneut eine militärisch gestützte Aussenpolitik betrieben. Man muss daher feststellen: In einer mit Waffen vollgepumpten Welt ist die Politik Kriegsverhütung keineswegs schon realisiert, sondern stellt nach wie vor eine zentrale Aufgabe der deutschen und der europäischen Politik dar.**

Die innere Pazifizierung des europäischen Kontinents wird heute im politischen und im wissenschaftlichen Sprachgebrauch mit wohlklingenden Begriffen wie „Friedensmacht Europa“ oder „Zivilmacht Europa“ gekennzeichnet.<sup>42</sup> Allerdings ist es fraglich, ob diese Begriffe ihren Gegenstand angemessen einfangen können. Mit der militärisch instrumentierten Aussenpolitik wurde das im Grundgesetz von 1949 festgeschriebene allgemeine Friedensgebot durchlöchert, ja tendenziell preisgegeben.<sup>43</sup>

---

<sup>41</sup> Siehe James Sheehan, *Kontinent der Gewalt. Europas langer Weg zum Frieden*, aus dem Englischen von Martin Richter, München 2008, und Wolfram Wette, Eine stille Revolution. Deutschlands Weg vom Militarismus zur zivilen Gesellschaft, in: Manfred Budzinski (Hg.), *Das Mass des Friedens ist der Frieden selbst. Konstruktiver Pazifismus im 21. Jahrhundert. Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll 27. bis 29. Juni 2008*, Bad Boll 2008, S. 14-38.

<sup>42</sup> Vgl. Peter Schlotter (Hg.), *Europa – Macht – Frieden? Zur Politik der „Zivilmacht“ Europa*, Baden-Baden 2003.

<sup>43</sup> Vgl. Sabine Jaberg, Abschied von der Friedensnorm? Urteile des Bundesverfassungsgerichts, verteidigungspolitische Grundsatzdokumente und friedenspolitische Substanz des Grundgesetzes, in:

Die europäischen Staaten haben es bislang nur ansatzweise zu einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik gebracht. In der Praxis agieren sie noch immer als Nationalstaaten. So besteht heute wie vor 100 Jahren das primäre Element der Kriegsverhütung im politischen *Willen* der Regierung, einen gewaltsamen Konflikt austrag zu verhindern und ihn durch andere Mittel zu ersetzen. Der vormalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros Boutros-Ghali gab im Jahre 1992 mit seiner „Agenda für den Frieden“<sup>44</sup> eine zeitgemässe Orientierung. Als Mittel der Kriegsverhütung favorisierte er vorbeugende Diplomatie, Friedensschaffung durch Verhandlungen und Kooperation, Friedenssicherung durch Blauhelme sowie die Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit.

Die Idee einer „zivilen Konfliktbearbeitung“ fand zur Zeit der rot-grünen Bundesregierung (1998-2005) Eingang in die deutsche Regierungspolitik. 2004 wurde ein ambitionierter Aktionsplan mit dem Titel „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ verabschiedet.<sup>45</sup> Auch wurde ein interministerieller „Ressortkreis zivile Krisenprävention“ gegründet, der allerdings keine öffentliche Aufmerksamkeit erregen konnte.<sup>46</sup> So ist die zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung bis heute ein „unscheinbares Nischenprojekt deutscher Aussenpolitik“ geblieben.<sup>47</sup> Wie es aussieht, befinden sich die Verfechter einer „zivilen Konfliktbearbeitung“ heute in einer kaum gewinnbaren Konkurrenz zu den traditionellen Praktiken der Aussenpolitik.

In der Summe lässt sich konstatieren, dass die innere Befriedung des europäischen Kontinents nach dem Ende der nuklearen Blockkonfrontation erfolgreich voran geschritten ist. In den Aussenbeziehungen Europas wird die Kriegsvermeidung seit 1990 allerdings nicht mehr als *die* zentrale Aufgabe der Politik angesehen. So befindet sich Deutschland heute in dem Zwitterzustand zwischen Friedensmacht und traditioneller Machtpolitik. Das bedeutet: Die politische Aufgabe der Kriegsverhü-

---

Peter Schlotter, Wilhelm Nolte, Renate Grasse (Hg.), *Berliner Friedenspolitik? Militärische Transformation – Zivile Impulse – Europäische Einbindung*, Baden-Baden 2008, S. 83-106.

<sup>44</sup> Boutros Boutros-Ghali, *Agenda für den Frieden. Vorbeugende Diplomatie, Friedensschaffung und Friedenssicherung*, Bonn 1992.

<sup>45</sup> Siehe die Homepage des Auswärtigen Amtes:  
<[http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Krisenpraevention/Grundlagen/Aktionsplan\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Krisenpraevention/Grundlagen/Aktionsplan_node.html)>  
[06.03.2014].

Siehe auch die zusammenfassende Information in:  
<[http://de.wikipedia.org/wiki/Aktionsplan\\_%E2%80%9EZivile\\_Krisenpr%C3%A4vention%E2%80%9C](http://de.wikipedia.org/wiki/Aktionsplan_%E2%80%9EZivile_Krisenpr%C3%A4vention%E2%80%9C)> [06.03.2014].

Vgl. auch den Beitrag ‚Stillschweigender Abschied vom Aktionsplan‘ (2010):  
<[http://www.dgyn.de/uploads/media/Stillschweigender\\_Abschied\\_vom\\_Aktionsplan\\_Zivile\\_Krisenpr%C3%A4sentation\\_-\\_Stellungnahme.pdf](http://www.dgyn.de/uploads/media/Stillschweigender_Abschied_vom_Aktionsplan_Zivile_Krisenpr%C3%A4sentation_-_Stellungnahme.pdf)> [06.03.2014].

<sup>46</sup> Christoph Weller, *Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung. Politische Herausforderungen und der Aktionsplan der Bundesregierung*, in: P. Schlotter u.a., *op. cit.*, S. 109-136, hier S. 118-119; sowie, aus der Sicht eines beteiligten Politikers, Gernot Erler, *Mission Weltfrieden. Deutschlands neue Rolle in der Weltpolitik*, mit einem Vorwort von Frank-Walter Steinmeier, Freiburg/ Basel/ Wien 2009, S. 74-78.

<sup>47</sup> Chr. Weller, *op. cit.*, S. 121.

tung stellt sich heute zwar nicht mehr in der gleichen, nämlich europazentrischen Weise wie im Vorfeld des Ersten Weltkrieges. Die internationale Mächtekonstellation ist heute eine völlig andere als 1912, zwei Jahre vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges. Aber es wäre ein Trugschluss, zu meinen, die Welt von 2012 sei rundum friedlicher geworden.<sup>48</sup> Noch immer leben wir in einer hoch gerüsteten Welt, die – aktuell vor allem im Nahen Osten – durch einen Funken entzündet werden kann.

Um zum Abschluss noch einmal die leitende Frage aufzugreifen: Was hat uns der Basler Friedenskongress von 1912 heute noch zu sagen? Wir können in Deutschland und in Europa hinsichtlich der politischen Träger der Kriegsverhütungspolitik einen Fortschritt erkennen. Anders als 1912 wird Kriegsverhütung heute nicht mehr als eine spezifische Aufgabe der – noch immer existierenden, aber nur noch selten politisch hervortretenden – Sozialistischen Internationale betrachtet. Vielmehr hat sich der Gedanke, dass Kriege verhütet werden müssen – zumindest in Europa –, auch im politisch konservativen Spektrum weitgehend durchgesetzt. Kriegsverhütung im europäischen Innenverhältnis wird heute als die Aufgabe aller politischen Kräfte angesehen. Im Aussenverhältnis dagegen hat sich die Ansicht, dass Krieg als ein normales Mittel der Politik zu betrachten sei, trotz aller historischen Erfahrungen längst wieder in den Köpfen vieler Politiker breit gemacht. Die Botschaft, die von der gescheiterten Kriegsverhütung von 1912 für die Gegenwart und Zukunft ausgeht, muss daher lauten: Die Politik der Kriegsprävention kann nur erfolgreich sein, wo der Wille zum Frieden existiert, wo das Recht geachtet wird, wo strukturelle Nichtangriffsfähigkeit organisiert wird und wo die Mentalität der Menschen auf Frieden hin orientiert ist.

---

<sup>48</sup> Vgl. unter anderem den Band: *Krieg im Abseits. „Vergessene Kriege“ zwischen Schatten und Licht oder das Duell im Morgengrauen um Ökonomie, Medien und Politik*, hg. vom Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung unter der Projektleitung von Thomas Roithner, Wien 2011.

# Der Basler Friedenskongress der Sozialistischen Internationale und die Entwicklung des Krieges und der Friedensbestrebungen im Jahrhundert danach\*

Egbert Jahn

Auf drei Fragen soll im Folgenden in aller gebotenen Kürze eingegangen werden: Erstens: Weshalb scheiterte die Antikriegspolitik der Zweiten Sozialistischen Internationale (SI)? Die Auseinandersetzung mit dieser Frage nimmt die Hälfte meiner Ausführungen ein, weil die Gründe für das Scheitern der SI auf die grundlegenden Probleme und Schwächen aller Antikriegs- und Friedensbewegung bis heute hinweisen. Zweitens: Gibt es wichtige Fortschritte bei der Verhinderung von Kriegen und der Bildung einer dauerhaften Weltfriedensordnung seit 1918 bis heute und welche Rolle spielte hierbei die Antikriegs- und Friedensbewegung? Drittens: Welche Vorstellungen der Basler Friedensmanifestation behalten Gültigkeit für eine denkbare multidimensionale Friedenspolitik in der Gegenwart und näheren Zukunft?

## Die eindruckvollste Friedenskundgebung vor dem Ersten Weltkrieg

Vor hundert Jahren, am 24./25. November 1912, fand in Basel ein kurzfristig einberufener Ausserordentlicher Kongress der Zweiten Sozialistischen Internationale statt, der sich ausschliesslich mit der kurz zuvor durch den Ersten Balkankrieg ausgelösten Weltkriegsgefahr auseinandersetzte. In den Jahren zuvor waren mehrere Krisen, die zu einem Krieg zwischen den Grossmächten zu eskalieren drohten (Annexion Bosnien-Herzegowinas durch Österreich-Ungarn, deutsch-französische Auseinandersetzung um Marokko, italienische Eroberung von Tripolis und Cyrenaica, Flottenrüstungswettbewerb zwischen Deutschland und Grossbritannien), diplomatisch beigelegt worden. Aber seit dem 17. Oktober 1912 hatte sich die internationale Lage durch den Angriff des Balkanbundes von Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro gegen das Osmanische Reich erneut zugespitzt, weil Österreich-Ungarn und Russland und damit auch ihre Bündnispartner Deutschland sowie Frankreich und Grossbritannien in ihn einzugreifen und ihn zum Weltkrieg auszuweiten drohten.

In Basel bekräftigten die 555 Delegierten aus 23 Nationen, die Bürger oder Untertanen von 17 europäischen Staaten<sup>1</sup> waren, in einem Manifest<sup>2</sup> die Beschlüsse

---

\* Der vorliegende Text umfasst nur etwa die Hälfte einer Studie, die ich zur Vorbereitung meines Einführungsvortrages auf der Tagung an der Universität Basel angefertigt hatte.

des Stuttgarter Kongresses von 1907 und des Kopenhagener Kongresses von 1910, alles zur Verhinderung eines drohenden Krieges bzw. zur raschen Beendigung eines Krieges, falls er dennoch ausbrechen sollte, zu tun. Der Kongress wurde durch eine internationale Demonstration mit rund 10 bis 15'000 Teilnehmern unterstützt. Die Sozialistinnen und Sozialisten diskutierten an den beiden Tagen keine zwischen ihnen strittigen Fragen. Die Versammlung wollte allein durch die einstimmige Akklamation des Manifests, das zuvor von einem internationalen Ausschuss verfasst worden war, die Einheit, die Macht und den Friedenswillen der internationalen Arbeiterklasse demonstrieren. An ihr nahmen fast alle führenden Vertreter der sozialistischen Arbeiterparteien in Europa teil, so August Bebel, Jean Jaurès, James Keir Hardie, Victor Adler, Fjodor Dan, Lew Kamenew, Rosa Luxemburg, Camille Huysmans. Der Basler Kongress war die letzte grosse, gemeinsame Friedensdemonstration der gesamten internationalen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg und sie ist es bis zum heutigen Tage geblieben. Während der Krisen des frühen 20. Jahrhunderts bis unmittelbar vor Kriegsausbruch fanden in zahlreichen Städten grosse Manifestationen mit jeweils Zehntausenden bis zu 300'000 Teilnehmern statt.

In der Zweiten Sozialistischen Internationale waren seit dem 14. Juli 1889, dem Jahrhundertjubiläum der Französischen Revolution, fast alle sozialistischen Parteien vereinigt, die sich in vielen Ländern sozialdemokratische (Arbeiter-)Parteien nannten. Damals gab es vorwiegend nur in Europa sozialistische Arbeiterparteien. Im Internationalen Sozialistischen Büro waren ausser europäischen nur US-amerikanische und argentinische Sozialisten vertreten. 1914 existierten ansonsten noch stärkere sozialistische Parteien in Australien und Japan, schwächere in mehreren lateinamerikanischen Ländern, in China und in Persien. In einigen Ländern gab es eine nationale Einheitspartei (Deutschland, Frankreich, Schweiz usw.), in anderen Ländern konkurrierten linke und rechte Flügelparteien (Bulgarien, Russland) mit gleichem Hauptnamen, in wieder anderen mehrere Parteien unterschiedlicher Orientierung (Grossbritannien, Italien). In Österreich-Ungarn entstanden ethnationally getrennte Parteien der Deutschen, Tschechen, Polen usw., in Russland der Polen, Finnen, Juden und der übrigen Russländer. Alle Parteien waren national völlig autonom, obwohl sich manche als Sektionen der Internationale bezeichneten. Der internationale Organisationsgrad war extrem niedrig, im Wesentlichen auf die Kongresse im Zwei- bis Vierjahresturnus beschränkt. Erst seit 1900 gab es ein Internationales

---

<sup>1</sup> Wegen der kurzen Einberufungszeit des Kongresses konnten nur Delegierte aus europäischen Staaten anreisen. Von den im November 1912 bestehenden 21 Flächenstaaten in Europa kamen lediglich aus den im Krieg befindlichen Ländern Griechenland, Osmanisches Reich, Montenegro und Serbien keine Delegierten. Eigene Delegationen entsandten sechs Länder ohne eigene unabhängige Staatlichkeit: Böhmen, Bosnien, Finnland, Kroatien, Polen und Ungarn, siehe in: *Ausserordentlicher Internationaler Sozialisten-Kongress am 24. und 25. November 1912*, Berlin 1912, S. 55.

<sup>2</sup> *Ausserordentlicher Kongress*, *op. cit.*, S. 23-27 und in: Jules Humbert-Droz, *Der Krieg und die Internationale. Die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal*, Wien/ Köln/ Stuttgart/ Zürich 1964, S. 11-16 sowie in: Bernard Degen, Heiko Haumann, Ueli Mäder, Sandrine Mayoraz, Laura Polexe, Frithjof Benjamin Schenk (Hg.), *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität*, Basel 2012, S. 176-182.

Sozialistisches Büro in Brüssel mit einem kleinen Sekretariat und einem unregelmäßig tagenden Exekutivkomitee, das äusserst geringe und unklare Entscheidungskompetenzen besass und nur einen „Briefkasten“ der sozialistischen Welt darstellte.<sup>3</sup>

Die gesamteuropäische Krise infolge des Ersten Balkankrieges wurde nochmals in regem diplomatischem Verkehr mit einem Friedensvertrag in London am 30. Mai 1913 entschärft. Aber in nur leicht geänderter internationaler Konstellation standen sich dieselben Mächte nach einem zweiten kurzen Balkankrieg ab August 1914 dann wirklich im Grossen Krieg gegenüber, der sich im April 1917 zum Weltkrieg ausweiten sollte.<sup>4</sup>

Trotz ihrer ständigen Warnungen vor einem Weltkrieg glaubten die führenden Sozialistinnen und Sozialisten noch Ende Juli 1914, dass es den Diplomaten wieder wie in den vorausgegangenen Krisen gelingen werde, den neuerlichen Balkankonflikt beizulegen oder zu begrenzen. Nach den Kriegserklärungen Österreich-Ungarns an Serbien, Deutschlands an Russland und Frankreichs und Grossbritanniens an Deutschland billigten die sozialistischen Parlamentsfraktionen in Deutschland und Frankreich ohne Absprache miteinander und im Widerspruch zu den Deklarationen der SI am 4. August die Kriegskredite. Die britischen Sozialisten folgten ihnen am 6. August. Die österreichisch-ungarischen und russländischen Parlamente wurden gar nicht erst um ihre Zustimmung zu Kriegskrediten gefragt. Noch gravierender war, dass die meisten Sozialisten auch die Kriegspolitik ihres Landes mit Erklärungen und Zeitungsartikeln unterstützten; von gemeinsamer Kriegsgegnerschaft war keine Rede mehr. Die Zweite Sozialistische Internationale war zerbrochen.

### Kontroverse sozialistische Vorstellungen vom Weg zum dauerhaften Weltfrieden

Die internationale sozialistische Arbeiterbewegung war zweifellos seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die stärkste gesellschaftliche Kraft, die einen dauerhaften Weltfrieden anstrebte und den drohenden Weltkrieg verhindern wollte. Sie war weit mächtiger als die traditionsreichere bürgerlich-aristokratische Friedensbewegung, deren Vertreter sich seit 1843 zu regelmässigen internationalen Friedenskongressen versammelten.<sup>5</sup> Die Parteien der SI fanden seit ihrer Gründung von Jahr zu Jahr enormen Zulauf. 1910 hatten sie 2,4 Millionen Mitglieder;<sup>6</sup> zur Zeit des Basler Kongresses waren es 3,3 Millionen<sup>7</sup> und 1914 waren es 4,2 Millionen; die Anzahl ihrer

<sup>3</sup> Georges Haupt, *Der Kongress fand nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914*, Wien/ Frankfurt/ Zürich 1967, S. 22.

<sup>4</sup> Eine neue Sicht auf die Entstehung des Krieges präsentiert Christopher Clark, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*, München 2013.

<sup>5</sup> Zur Geschichte der Friedensbewegung siehe Peter Brock, *Pacifism in Europe to 1914*, Princeton 1972; Karl Holl, *Pazifismus in Deutschland*, Frankfurt 1988; Dieter Riesenberger, *Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933*, Göttingen 1985; Ekkehart Krippendorff (Hg.), *Pazifismus in den USA*, 2 Bd., Berlin 1986.

<sup>6</sup> G. Haupt, *op. cit.*, S. 105.

<sup>7</sup> L. I. Subok (Red.), *Die Geschichte der Zweiten Internationale*, Bd. 2, Moskau 1983, S. 336.

Wähler bei den Parlamentswahlen war fast dreimal so hoch.<sup>8</sup> Hinzu kamen noch mehrere Millionen parteipolitisch nicht gebundene, teils aber sozialistisch gesinnte Gewerkschafter.

Demgegenüber versammelten die Organisationen der Friedensbewegung in den einzelnen Ländern kaum mehr als einige tausend oder zehntausend Mitglieder, strebten auch keine Massenmobilisierung gegen die Regierungspolitik an, sondern stellten sich eher in die modernisierte Tradition der Fürstenpädagogik, die seit der Renaissance die Herrschenden von ihren Friedensplänen zu überzeugen sucht. An die Stelle der Fürsten traten nunmehr Regierungen, Parteien und Machteliten. Nur wenige Friedensfreunde bemühten sich vor 1914 um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung mit dem Ziel, Druck auf die Regierungspolitik auszuüben.

Ihre grundsätzlichen Auffassungen zu Krieg und Frieden hatte die SI auf ihrem Stuttgarter Kongress 1907 dargelegt: „Kriege liegen [...] im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist [...]“.<sup>9</sup> Kriege seien vorwiegend aus dem Konkurrenzkampf kapitalistischer Staaten auf dem Weltmarkt zu erklären, bei dem die Unterjochung fremder Völker und Länder, also der Imperialismus, eine Hauptrolle spiele. Ausserdem würden im Interesse der herrschenden Klassen Vorurteile der Völker gegeneinander genährt, also Nationalismus und kriegsbereiter Patriotismus. Auf dem Wege zur Schaffung einer dauerhaften Weltfriedensordnung wollte die SI die Rüstungen zu Wasser und zu Lande bekämpfen, Rüstungsausgaben und -kredite verweigern, die stehenden Heere durch eine nationale Volksbewaffnung ersetzen, die Schiedsgerichtsbarkeit bei zwischenstaatlichen Konflikten einführen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklichen und die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung, der internationalen Klassensolidarität und des Antimilitarismus erziehen. Dadurch sollten Angriffskriege unmöglich und die Überwindung der nationalen Gegensätze erleichtert werden. Dies würde aber letztlich nur im Sozialismus möglich sein.

Zwischen den Vorstellungen der Arbeiterbewegung und denen der bürgerlich-aristokratischen Friedensbewegung bestand vor 1914 eine unüberwindbare Kluft, die nur spärliche Kontakte zwischen ihren Vertretern, etwa in der Interparlamentarischen Union, erlaubte.<sup>10</sup> Während letztere eine dauerhafte Friedensordnung auf der Grundlage der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnungen schaffen wollte, waren die Sozialisten überzeugt, dass Weltfrieden nur durch die Überwindung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich sei. Sie entwickelten aber keine genaueren, gemeinsamen Vorstellungen von der staatlichen und Staatenordnung im Sozialismus. Manche Sozialisten sahen allerdings in der Schweiz ein Muster des Völkerfriedens im kleinen, das etwa austromarxistischen Politikern als Anregung für eine Umgestaltung des Habsburger Reiches zur demokratischen Vielvölkerföderation diene. Ein solches Vielvölkerreich in der Mitte Europas wiederum

<sup>8</sup> G. Haupt, *op. cit.*, S. 105. Keir Hardie sprach in Basel von „15 Millionen sozialdemokratischen Wählern“, in: Ausserordentlicher Kongress, *op. cit.*, S. 13.

<sup>9</sup> Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 1, Berlin/ Bonn/ Bad Godesberg 1974, S. 370.

<sup>10</sup> Zu den Berührungspunkten siehe im einzelnen K. Holl, *op. cit.*, S. 89-94.

wurde als Experimentierfeld für den Zusammenschluss aller Völker in der ganzen Welt verstanden.<sup>11</sup>

Die Ideen zur Weiterentwicklung des Völkerrechts, zur Schaffung eines Staatenbundes (Völkerbundes) als Friedensbund und zur Förderung des Freihandels als Mittel zur Überwindung der Kriege hervorrufenden zwischenstaatlichen Anarchie, die im Zentrum der Bestrebungen der bürgerlich-aristokratischen Friedensbewegung standen, spielten in der SI so gut wie keine Rolle. Die SI propagierte lediglich eine vage Völkerverbrüderung und -solidarität. Sie machte auch keinerlei Anstalten, gemeinsame Vorstellungen von der Organisation einer sozialistischen Wirtschaft zu entwickeln, obwohl viele Sozialisten glaubten, die Abschaffung des Kapitalismus stünde unmittelbar bevor.

Formeln wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker verschleierten die Unfähigkeit oder die geringe Bereitschaft, sich mit konkreten nationalen Streitfragen wie Elsass-Lothringen, Bosnien-Herzegowina, Albanien, Mazedonien, Armenien und die staatliche Zugehörigkeit oder Unabhängigkeit dieser Gebiete eingehend zu befassen. Die meisten Sozialisten unterstellten den Proletariern aller Länder ein genuines Friedensinteresse, so wie schon zuvor viele liberale Demokraten ein solches gemeinsames Interesse der Bürger annahmen, da sie die Hauptlast des Krieges im Interesse der Herrschenden trügen. Beide begriffen unvereinbare nationale Interessen lediglich als Ideologie im Interesse einer herrschenden Minderheit, die das Volk, die Massen im Geiste des Völkerhasses und nationaler Gegensätze erziehen und indoktrinieren. Sie stellten sich also nicht der Frage, inwieweit die Herrschenden real existierende Gegensätze zwischen den nationalen Interessen, Bedürfnissen, Emotionen, historisch gewachsenen Vorurteilen und politischen Vorstellungen der Massen und Völker selbst zum Ausdruck bringen und lediglich im einzelnen politisch gestalten und überzeichnen, aber nicht erzeugen.

Auch wenn die SI erst in einer sozialistischen Gesellschaft ein Ende der Kriege für möglich hielt, so wollte sie schon in der bestehenden bürgerlichen Klassengesellschaft Kriege verhindern. Im Formelkompromiss der SI-Resolutionen seit dem Stuttgarter Kongress 1907 wurden nur die „am wirksamsten erscheinenden Mittel“<sup>12</sup> zur Kriegsverhinderung und gegebenenfalls der Kriegsbeendigung erwähnt. Konkret zogen die sozialistischen Parteien auf ihren internationalen Kongressen im wesentlichen sechs Mittel in Betracht: 1. Antikriegspropaganda auf Flugblättern und in der Parteipresse, 2. Massenkundgebungen gegen den drohenden Krieg, 3. parlamentarische Verweigerung von Kriegskrediten, 4. Generalstreik,<sup>13</sup> 5. Militärstreik, 6. Aufstand (Insurrektion). Die ersten beiden Mittel waren unumstritten. Das dritte Mittel setzte eine Kompetenz des Parlaments für die Billigung von Kriegskrediten voraus, die es 1914 in Russland und in Österreich-Ungarn nicht gab. Die übrigen drei Mittel waren höchst umstritten, da es den meisten Sozialisten klar war, dass ein General-

<sup>11</sup> Karl Renner, *Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in besonderer Anwendung auf Österreich, 1. Teil. Nation und Staat*, Leipzig/Wien 1918, S. 2 der Vorrede.

<sup>12</sup> Ausserordentlicher Kongress, *op. cit.*, S. 123, 149, 150.

<sup>13</sup> Ausführlicher hierzu Antonia Grunenberg (Hg.), *Die Massenstreikdebatte*, Frankfurt 1970.

streik und erst recht ein Militärstreik von jeder Regierung massiv mit Gewalt unterdrückt werden würde und beide nur erfolgreich sein könnten, wenn aus ihnen eine siegreiche Revolution, also ein Bürgerkrieg, hervorgehen würde. Aufgrund der gegebenen Kräfteverhältnisse war bei einem Generalstreik mindestens mit Massenverhaftungen – die entsprechenden Verhaftungslisten lagen der Polizei bereits vor – und der Auflösung der sozialistischen Organisationen zu rechnen, bei einem Militärstreik nach Verhängung des Kriegsrechts sogar mit standrechtlichen Erschiessungen.

Zu solchen Taten und Risiken waren die meisten Sozialisten vor 1914 eindeutig und bereits lange vor Kriegsausbruch klar erkennbar nicht bereit. Die öffentlichen Erklärungen der Internationale wie auch der nationalen Parteien waren durch einen revolutionär-ideologischen Überhang gekennzeichnet, der die tatsächlichen pragmatischen Denk- und Handlungsweisen der meisten Sozialisten und Arbeiter überdeckte und zur Selbsttäuschung führte.<sup>14</sup>

Sowohl die meisten Sozialisten als auch die meisten Mitglieder der Friedensbewegung waren im übrigen keine prinzipiellen Kriegsgegner, sondern lediglich Gegner eines imperialen Angriffskrieges zur Eroberung neuer Territorien und wirtschaftlich-militärischer Machtsphären. So befürworteten prominente Führer der Sozialistischen Internationale schon vor 1914 in aller Offenheit den nationalen Verteidigungskrieg zum Schutz des territorialen und völkerrechtlichen Status quo. Manche bezogen in ihr Verständnis von Verteidigungskrieg auch die offensive militärische Verteidigung berechtigter nationaler Interessen mit ein, also die Erringung eines eigenen Nationalstaates oder die irredentistische Befreiung fremden Staatsgebiets, das sie für den eigenen Nationalstaat beanspruchten, mit der oder ohne die Zustimmung der dort lebenden Bevölkerung.

Eine linke sozialistische Minderheit lehnte den nationalen Verteidigungskrieg in der weltpolitischen Situation des frühen 20. Jahrhunderts kategorisch ab, propagierte aber offen oder verdeckt den sozialrevolutionären Bürgerkrieg. So gab Karl Liebknecht ganz im Sinne Wladimir I. Lenins in seinem Brief an die kleine internationale Konferenz der Linksozialisten in Zimmerwald bei Bern vom 6.-8. September 1915 die Parole aus: „Bürgerkrieg, nicht Burgfriede!“<sup>15</sup> Die Devise des revolutionären Bellizismus wurde auch klar von der in Zimmerwald gebildeten Internationalen Sozialistischen Kommission im Dezember 1916 ausgedrückt: „Nur eine Macht kann die Regierenden zum Frieden bringen: die erwachende Kraft des internationalen Proletariats, sein entschlossener Wille, die Waffen des Krieges statt gegen den Bruder gegen den Feind im eigenen Land zu richten.“<sup>16</sup> Dass die Bürgerkriege nach dem Weltkrieg nochmals Millionen Menschen das Leben kosten sollten, sahen diese in der Zimmerwalder Linken vereinigten Sozialisten, die späteren Kommunisten, in der SI nicht voraus. Sie ahnten auch nicht, dass die Bürgerkriege nicht in eine sozialistische De-

<sup>14</sup> Zur Entstehung und auch zur Funktion dieses ideologischen Überhangs siehe Friedhelm Boll, *Frieden ohne Revolution? Friedensstrategien der deutschen Sozialdemokraten vom Erfurter Programm 1891 bis zur Revolution 1918*, Bonn 1980, S. 31-64.

<sup>15</sup> J. Humbert-Droz, *op. cit.*, S. 158.

<sup>16</sup> J. Humbert-Droz, *op. cit.*, S. 220.

mokratie, sondern in eine kommunistische Partei- und Führerdiktatur münden würden, die nochmals Zigmillionen Menschen in der Sowjetunion und dann unter anderem auch in China, Kambodscha mitten im Frieden das Leben kosten sollte.

Während es in der bürgerlichen Friedensbewegung eine Minderheit von prinzipiellen Gegnern jeglichen Krieges, etwa aus den Friedenskirchen (Quäker, Mennoniten), gab, waren solche unbedingte Pazifisten<sup>17</sup> in der Arbeiterbewegung nur eine verschwindende Minderheit.<sup>18</sup> Der erst im Jahre 1901 von Émile Arnaud geschaffene Terminus Pazifismus<sup>19</sup> wurde vor 1914 in der Arbeiterbewegung nur selten für die eigenen Friedensbestrebungen benutzt. Die sozialistische Linke zog den Ausdruck Antimilitarismus<sup>20</sup> vor, wobei sie unter Militarismus<sup>21</sup> lediglich die militärische Organisation, das stehende Heer und die kriegsbereite Gesinnung in der Klassengesellschaft verstand. Sie befürwortete aber gleichzeitig ein Volksheer, den revolutionären Bürger- und internationalen Missionskrieg. Nach der Oktoberrevolution 1917 war sie für die sozialistische Vaterlandsverteidigung und damit folgerichtig auch die sowjetische Aufrüstung.

### 1914 – eine vergebene Chance der sozialistischen Kriegsverhinderung?

Zunächst muss klar und deutlich gesagt werden, dass das Scheitern und Versagen der Sozialistischen Internationale nicht darin besteht, dass sie den Ersten Weltkrieg nicht verhindert und den erstrebten dauerhaften Weltfrieden nicht verwirklicht hat. Bei

<sup>17</sup> Man nannte sie zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Ländern auch extreme, absolute oder integrale Pazifisten. Für Ceadel sind sie allein wirkliche Pazifisten, so dass er die Pazifisten mit einem Kriegsvorbehalt Pazifizisten mit dem ursprünglichen, sprachlich korrekten Ausdruck für diejenigen nannte, die *pacem facere* oder *pacificare* wollen, siehe Martin Ceadel, *Pacifism in Britain 1914-1945. The Defining of a Faith*, Oxford 1980, S. 3. Pazifismus wurde später die gängige sprachliche Kurzform für unbedingte wie bedingte Friedensfreunde, wie man die Verfechter des Friedens noch im 19. Jahrhundert nannte. Für den Sprachgebrauch Ceadels plädiert Stefan Grotefeld, Pazifismus oder Pazifizismus. Replik auf Wolfgang Lienemann, in: Jean-Daniel Strub, Stefan Grotefeld (Hg.), *Der gerechte Friede zwischen Pazifismus und gerechtem Krieg. Paradigmen der Friedensethik im Diskurs*, Stuttgart 2007, S. 102.

<sup>18</sup> Dabei handelte es sich überwiegend um Sozialistinnen und Sozialisten aus christlicher Motivation, siehe M. Ceadel, *op. cit.*, S. 46-56. Zu den prominentesten unter ihnen gehörte die Niederländerin Henriette Roland Holst (1869-1952), siehe Gernot Jochheim, *Länger leben als die Gewalt. Der Zivilismus als Idee und Aktion*, Stuttgart 1986, S. 52, siehe auch S. 47, 204.

<sup>19</sup> K. Holl, *op. cit.*, S. 69; zur internationalen Einführung des Worts siehe: Norman Ingram, *The Politics of Dissent. Pacifism in France 1919-1939*, Oxford 1991, S. 6.

<sup>20</sup> Siehe zum Beispiel Karl Liebkecht, Militarismus und Antimilitarismus. Unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung (1907), Leipzig, Wiederabdruck in: ders., *Gesammelte Reden und Schriften*, Bd. 1, Berlin 1958, S. 247-256.

<sup>21</sup> Alfred Vagts (*A History of Militarism, Civilian and Military*, New York 1967, S. 17) sah den Begriff Bellizismus als eigentlichen Gegenbegriff zu Pazifismus, während er als Gegenbegriff zu Militarismus Zivilismus erwähnte, ihn jedoch nicht weiter ausführte. Zu dem Versuch, den Zivilismusbegriff als umfassenderen Begriff für eine gewaltfreie Gesellschaftspolitik einzuführen siehe Egbert Jahn, Zivilismus – Ein Projekt zur Zivilisierung des Konflikts in der menschlichen Gesellschaft, in: Marcel M. Baumann [u.a.] (Hg.), *Friedensforschung und Friedenspraxis. Ermutigung zur Arbeit an der Utopie*, Frankfurt 2009, S. 18-22.

aller eindrucksvollen Mitglieder-, Anhänger- und Wählerschaft der sozialistischen Parteien vertraten sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung und nicht einmal die der Arbeiter. In der Redeweise vom Klassenkampf zwischen zahlreicher Arbeiterklasse und minoritärer Bourgeoisie wurde meist völlig übersehen, dass die grosse Mehrheit der Bevölkerung in allen Ländern nicht aus Arbeitern, sondern aus Bauern bestand. Ausserdem verfügten die Sozialisten nicht über Regierungsmacht und über die staatlichen Gewaltapparate, um sie am Kriegführen zu hindern. Sie strebten auch keine Regierungsbeteiligung in der bestehenden internationalen kapitalistischen Gesellschaft an. Das einzige wirkliche Machtmittel der Sozialisten bestand darin, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, wie Hugo Haase am 15. November 1912 schrieb: „Ist ein Krieg unpopulär gemacht, ist die grosse Masse der Bevölkerung mit Widerwillen und Abscheu gegen ihn erfüllt, so hüten sich die Regierenden vor ihm; denn zum Siegen gehört Hurra-Stimmung, wie gerade der Balkankrieg von neuem gelehrt hat.“<sup>22</sup> Das Versagen der sozialistischen Parteien und der Internationale 1914 besteht auch nicht in dem Ausbleiben von Massenaktionen gegen die Mobilisierung für den Krieg (General- und Militärstreik), die, hätten sie stattgefunden, in allen Ländern rasch und erfolgreich unterdrückt worden wären, sondern in der politisch-moralischen Kapitulation der meisten Sozialisten vor dem nationalen Kriegspatriotismus. Rosa Luxemburg fasste dies treffend in der sarkastischen Parole zusammen: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch im Frieden, und schneidet Euch die Gurgel ab im Kriege.“<sup>23</sup>

Man hat oft von einem Stimmungsumschwung in der Arbeiterschaft als Folge der Regierungsentscheidungen zum Krieg gesprochen, der durch die kriegspatriotischen Äusserungen der rechten Sozialdemokraten allenfalls verstärkt, nicht verursacht worden ist. Dafür gab es auch manche plausible sozialpsychologische Erklärungen.<sup>24</sup> Eine Kehrtwende vom öffentlich bekundeten Protest gegen die Kriegsgefahr zur Kriegsbegeisterung<sup>25</sup> innerhalb weniger Stunden und Tage mag durchaus bei manchen Sozialisten und Arbeitern stattgefunden haben, aber insgesamt könnte es sich eher um einen Wechsel in der öffentlichen Hegemonie von Auffassungen durchaus unterschiedlicher Teile des Volkes und der Arbeiterschaft gehandelt haben. Beherrschten bis Ende Juli die Kriegsgegner mit ihren Kundgebungen die Strassen und Plätze der grossen Städte, so waren es nach den Kriegserklärungen die Kriegsbefürworter, die ja mehrheitlich keinen Angriffs- und Eroberungskrieg wollten, sondern überwiegend nur zum vermeintlichen Verteidigungskrieg bereit waren.

Für den Zusammenbruch der internationalen Solidarität der Sozialisten war nicht nur der Nationalpatriotismus, also die Identifikation mit dem eigenen Staat

---

<sup>22</sup> Zitiert nach G. Haupt, *op. cit.*, S. 67.

<sup>23</sup> Rosa Luxemburg, Der Wiederaufbau der Internationale (1915), in: dies., *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, 6. Aufl., Berlin 2000, S. 20-32.

<sup>24</sup> Zum unterstellten Meinungsumschwung und seinen Erklärungen siehe zum Beispiel bei G. Haupt, *op. cit.*, S. 172.

<sup>25</sup> Zur differenzierten Analyse der Kriegsbegeisterung siehe Jeffrey Verhey, *Der ‚Geist von 1914‘ und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000.

und der eigenen Nation schlechthin verantwortlich, sondern hinzu kam die traditionelle marxistische Legitimation des Krieges der (zumindest relativ) fortschrittlichen gegenüber der reaktionärer Kriegspartei.<sup>26</sup> Die meisten französischen Sozialisten verteidigten die freiheitliche Republik und die britischen Sozialisten die parlamentarischen und recht grossen Bürgerfreiheiten gegen die deutsche Militärmonarchie, dabei stillschweigend die Unterstützung des Zarismus in Kauf nehmend. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialisten verteidigten die Freiheiten ihrer Länder gegenüber dem russischen Despotismus und der Kosakengewalt, als deren Werkzeuge sie die französischen und britischen Armeen interpretierten. Nur die russischen Sozialisten hatten grösste Schwierigkeiten, ihre nationale Sache als Sache der gesellschaftspolitischen Freiheit auszugeben und mussten den besonders aggressiven Charakter des preussisch-deutschen Militarismus anprangern. Diese Situation begünstigte in Russland die radikale Position, alle Regime gleichermaßen für reaktionär zu erklären. So verteidigten fast alle Sozialisten subjektiv ab 1914 nicht nur die Sache ihres Vaterlandes und ihrer Nation, sondern auch die des relativen Fortschritts auf dem Wege zur sozialistischen Zukunft.

Sporadisch wurde das Grundsatzproblem jeglicher Kriegsgegnerschaft schon vor 1914 erkannt: Je fortschrittlicher und freiheitlicher ein Land und je stärker seine Antikriegsbewegung, desto mehr läuft es Gefahr, von dem Land besiegt zu werden, in dem jede Antikriegsbewegung rücksichtslos unterdrückt werden kann, weil entweder die Herrschenden zu mächtig oder die Antikriegsbewegung zu schwach ist. So konnte nach Auffassung des SPD-Parteivorstandes ein Generalstreik nur „die Niederlage desjenigen Landes herbeiführen, dessen Proletariat am besten organisiert ist und die Beschlüsse der Internationale am getreulichsten befolgt, zugunsten des am wenigsten sozialistischen und disziplinierten Landes.“<sup>27</sup> Dieses Problem der asymmetrischen Stärke von Antikriegs- und Friedensbewegungen in verfeindeten Staaten besteht unabhängig davon, was jeweils unter fortschrittlich und freiheitlich verstanden wird. Kriegsgegner gelten deshalb den Kriegführenden oft als Parteigänger oder als nützliche Idioten ausländischer, feindlicher Herrscher und ihrer inneren und äusseren Gewaltpolitik.

Das Problem der ungleichen Stärke und Durchsetzungsfähigkeit von Gegnern eines bestimmten oder jeglichen Krieges lässt sich nur lösen, wenn die Kriegsgegner ein Konzept des gleichgewichtigen Widerstands gegen beide einander gegenüberstehende Kriegsparteien oder ein effektives Konzept des gewaltfreien Widerstands gegen innere und äussere Gewaltpolitik entwickeln könnten. 1914 gab es jedenfalls nicht die geringsten Ansätze für eine Gleichgewichtigkeit der Kriegsgegnerschaft in der Arbeiterschaft und in der Friedensbewegung der kriegsbeteiligten Länder. Da alle diese Länder grössere oder kleinere imperiale Kriegsziele verfolgten, hiess

---

<sup>26</sup> Vgl. Wolfram Wette, *Kriegstheorien deutscher Sozialisten*. Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg. Ein Beitrag zur Friedensforschung, Stuttgart/ Berlin/ Köln/ Mainz 1971, S. 83, 87-88.

<sup>27</sup> G. Haupt, *op. cit.*, S. 132.

einseitig wirksame Kriegsgegnerschaft faktisch die Unterstützung von Fremdherrschaft.

In ihren Resolutionen vor 1914 warnten die führenden Sozialisten wiederholt die Regierungen und herrschenden Eliten, ein Krieg könne die Arbeiter in fürchterliche Not treiben und so zum bewaffneten Aufstand bewegen und ihre Herrschaft gefährden wie 1871 durch die Errichtung der Kommune in Paris und 1905 durch die russische Revolution.<sup>28</sup> So hatte schon Friedrich Engels 1887 weitsichtig geschrieben:

„Und endlich ist kein anderer Krieg für Preussen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen [...] Die Verwüstungen des Dreissigjährigen Kriegs zusammengefasst in drei bis vier Jahren und über den ganzen Kontinent verbreitet [...] Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Strassenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt.“<sup>29</sup>

Die Warnung der SI vor einer sozialistischen Revolution als Folge des Kriegselends übersah jedoch völlig, dass solche Revolutionen nur in den Ländern stattfinden, die einen Krieg verlieren. Nicht der Krieg erzeugt eine revolutionäre Situation, sondern die militärische Niederlage in einem Krieg, die zur Desorganisation der staatlichen Gewaltapparate und zur Zerstörung der Legitimität der Herrschenden führt, die die Bevölkerung in das Elend gestürzt haben. Die Revolutionsfurcht der Herrschenden musste also ihren Durchhaltewillen im Krieg befördern und sie daran hindern, sich mitten im noch unentschiedenen Krieg auf einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen einzulassen, der alle bisherigen Kriegsoffer desavouiert und das Aufgeben aller expansiven Kriegsziele sämtlicher Kriegsparteien erfordert hätte.<sup>30</sup>

Die meisten Sozialisten nahmen im August 1914 zudem an, dass das Eigeninteresse der Herrschenden diese von einem Kriegsabenteuer abhalten müsse. Die internationalen Kapitalverflechtungen hätten ein derart enges Interessennetz der Kapitalisten geschaffen, dass diese keinen Wunsch mehr besäßen, ihren Reichtum durch einen Krieg zerstören zu lassen. Karl Kautsky gab diesem Gedanken in seiner Theorie des Ultraimperialismus Ausdruck.<sup>31</sup> Das entsprach völlig den Vorstellungen der führenden Theoretiker der Friedensbewegung wie Alfred H. Fried über den „organisato-

<sup>28</sup> So im Basler Manifest, in: Ausserordentlicher Kongress, *op. cit.*, S. 26.

<sup>29</sup> Friedrich Engels, Einleitung zu Sigismund Borkheims Broschüre ‚Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten 1806-1807‘ (1887), in: *Marx Engels Werke (MEW)*, Bd. 21, Berlin 1972, S. 350-351.

<sup>30</sup> Zum Scheitern aller Friedensbemühungen vor dem November 1918 infolge sich ständig wandelnder militärischer Lagen und innenpolitischer Konstellationen in den politisch massgeblichen kriegführenden Staaten siehe zum Beispiel Manfred Rauchensteiner, *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914-1918*, Wien/ Köln/ Weimer 2013, S. 611-614, 725-730.

<sup>31</sup> Karl Kautsky, «Der Imperialismus», in: *Die Neue Zeit* 32, 2 (1914), S. 908-922.

rischen Pazifismus“ oder „wissenschaftlichen Pazifismus“.<sup>32</sup> So erklärt sich, weshalb fast alle führenden Sozialisten und Pazifisten vom Kriegsbeginn völlig überrascht waren und ungläubig und gelähmt zur Kenntnis nahmen, dass gerade die rückständigsten monarchischen Regime bereit waren, politischen Selbstmord zu begehen.

Auch von den Mitgliedern der Friedensbewegung, die seit Jahren vor einem drohenden Weltkrieg gewarnt hatten, aber gleichzeitig bis zum Kriegsbeginn glaubten, dass die Regierungen und Diplomaten ihn verhindern würden, gingen viele zum Kriegspatriotismus über. Das Internationale Friedensbüro in Bern blieb genauso handlungsunfähig wie das Internationale Sozialistische Büro in Brüssel bzw. danach in Den Haag.

### Die verheerenden Folgen des Versagens der Sozialistischen Internationale

Das politisch-moralische und intellektuelle Versagen der sozialistischen Parteien, die mit so hehren Bekundungen gegen den Staatenkrieg und die Massenelend produzierende kapitalistische Wirtschaftsordnung angetreten waren, hatte verheerende moralische und politische Folgen. War es der SI vor 1914 gelungen, die Arbeiterbewegung organisatorisch weitreichend zu einen und die unterschiedlichen politischen Strömungen immer wieder zu Kompromissen zu drängen, so zerbrach die Einheit im August schlagartig, und zwar nicht nur in kriegspatriotische nationale Sektionen, sondern auch gesellschaftspolitisch in zwei Hauptzweige und zahlreiche kleinere politische Gruppierungen. Wäre die sozialistische Arbeiterbewegung einig und mit einer konsistenten, gemeinsamen Haltung zum Krieg aus dem Völkergemetzel hervorgegangen, so hätte sie einen viel grösseren Gestaltungseinfluss auf die Nachkriegsordnung gehabt. So blieb es den bürgerlich-aristokratischen Kräften vornehmlich in Frankreich und Grossbritannien überlassen, Friedensverträge abzuschliessen, die den imperialen Hegemonieinteressen dieser beiden Grossmächte entsprachen.

Die sozialistische Linke radikalisierte sich zur bürgerkriegswilligen Partei und forcierte ihre endgültige Abspaltung vom sozialistischen reformistischen Zentrum und von der revisionistischen Rechten, ein Bruch, den sie durch die Übernahme der Namen Kommunistische Partei und Dritte Kommunistische Internationale symbolisch untermauerte. Im Januar 1918 brach die kommunistische Bewegung in Russland mit der parlamentarischen Demokratie, experimentierte wenige Monate mit der sozial selektiven Räte­demokratie und etablierte schliesslich seit März 1921 eine Einparteiendiktatur und im April 1934 schliesslich für zwei Jahrzehnte eine barbarische, alle gesellschaftlichen Bereiche und Lebensverhältnisse durchdringende Führerdiktatur, der Zigmillionen Menschenleben zum Opfer fielen.

Der sozialdemokratische Hauptzweig der SI entschied sich nach 1914 klar für die parlamentarische Demokratie. In einem jahrzehntelangen Prozess nahmen die meisten Sozialdemokraten Abschied vom sozialistischen Reformismus, also dem Ziel

---

<sup>32</sup> Alfred H. Fried, *Handbuch der Friedensbewegung*, 2 Bd., Berlin/ Leipzig 1911/13. Zur Bedeutung der Theorie Frieds siehe D. Riesenberger, *op. cit.*, S. 49-55 und K. Holl, *op. cit.*, S. 76-81.

der Umwälzung (Revolution) der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine Reihe von systemüberwindenden, parlamentarisch bzw. plebiszitär zu erwirkenden Reformen, die schliesslich in den Sozialismus münden sollten. Sie gingen erst praktisch, dann auch ideologisch zum Reformkapitalismus und zum Ausbau des Sozialstaates in der sozialen Marktwirtschaft über. Wesentliche Elemente der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sind heute selbstverständliche Bestandteile liberaler und konservativer, besitz- und bildungsbürgerlicher Politik geworden.

Die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung hat nicht nur über Jahrzehnte zur parteipolitischen und dann auch räumlichen Scheidung in einen kommunistischen „Osten“ und einen sozialdemokratisch mitgestalteten „Westen“ geführt. Schon bald nach 1917 standen sich Kommunisten und Sozialdemokraten manchenorts im Bürgerkrieg gegenüber, schliesslich nach 1949 auch in der atomar gerüsteten Staatenkonfrontation des Ost-West-Konflikts. Eine weitere Folge der Spaltung der Arbeiterbewegung war eine entscheidende Schwächung der gesellschaftspolitischen Kräfte, die sich in den 1920er und frühen 1930er Jahren dem Aufstieg der faschistischen und faschistoiden, den Angriffs- und Eroberungskrieg bejahenden Bewegungen und Parteien entgegenstellten.

Seit 1912 hat es niemals mehr eine so breite Opposition von Parlamentsparteien und Massenbewegungen in den Ländern gegeben, deren Regierungen einen Krieg gegeneinander vorbereiteten. In den meisten Fällen verhinderte eine Diktatur in einer oder in beiden kriegsbereiten Ländern oder Bündnissen, dass sich überhaupt ein nennenswerter Widerstand gegen einen bevorstehenden Krieg äussern konnte. In anderen Fällen waren die Friedensvorstellungen der Oppositionellen auf beiden Seiten der Konfliktfront unvereinbar, so dass es zu keinen vergleichbaren gemeinsamen Friedensbekundungen wie in Basel kommen konnte.

Allerdings standen sich die Sozialisten, die im Basler Münster noch gemeinsam dem Friedensmanifest applaudiert und die Hymne der Internationale gesungen hatten, zwei Jahre danach auf dem Schlachtfeld und wenige Jahre später in mehreren Ländern im Bürgerkrieg gegenüber. Nachdem die Kommunisten nur in wenigen Ländern siegreich geblieben waren, begegneten sie sich mit Sozialdemokraten auch im Staatenkrieg als Feinde und bedrohten sich schliesslich im Kalten Krieg mit der wechselseitigen Ausrottung durch Atomwaffen. Das hinderte die Sozialisten jeglicher Orientierung nicht, an dem politischen Ziel des dauerhaften Weltfriedens festzuhalten. Nur wurden die Friedensvorstellungen der Sozialdemokraten völlig unvereinbar mit denen der Kommunisten. Unbedingte Pazifisten, d.h. Gegner jeglichen Krieges, blieben in beiden Zweigen der Arbeiterbewegung nur eine winzige, meist religiös motivierte Minderheit.

Die Kommunisten hielten programmatisch an den Vorstellungen der Ersten und Zweiten Internationale fest, dass ein dauerhafter Weltfrieden nur im Sozialismus möglich sei. Nachdem für sie unerwartet die Weltrevolution in den Jahren 1917-1923 gescheitert war, die kommunistische Sowjetmacht sich aber dennoch in grossen Teilen des ehemaligen Russländischen Reiches behaupten konnte, wurde die Bereit-

schaft zur militärischen Verteidigung des vorgeblichen Vaterlandes aller Proletarier zur selbstverständlichen Pflicht aller Kommunisten auf der Welt. Umgekehrt sollte die Sowjetunion „brüderliche (militärische) Hilfe“ für die revolutionären Bewegungen in den noch kapitalistischen Ländern leisten, ein Grundsatz, der jedoch rasch durch pragmatische aussenpolitische Risikokalküle relativiert wurde, da die Sowjetunion nicht bereit war, ihre Existenz durch die Ausweitung jeden kommunistischen Aufstandes in einem internationalisierten Krieg aufs Spiel zu setzen. Dementsprechend instrumentalisierte die sowjetische Aussenpolitik die Dritte oder Kommunistische Internationale (1919-1943).<sup>33</sup>

Aus derselben Vorstellung von Weltfrieden als Weltsozialismus ergab sich die Aufgabe der kommunistisch beeinflussten Antirüstungsbewegung in den kapitalistischen Staaten, die Aufrüstung und Kriegsbereitschaft der kapitalistischen Staaten zu beeinträchtigen, um eine Verschiebung der militärischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Sowjetunion und ihrer Verbündeten im Interesse eines dauerhaften Weltfriedens zu begünstigen.<sup>34</sup>

Seit dem Ende der 1940er Jahre lebte ein Drittel der Menschheit in 15, später 16 Staaten unter nationalkommunistischer Herrschaft. Bei der mehrfachen Spaltung der kommunistischen Weltbewegung in einander sich bekämpfende und militärisch bedrohende Parteien und Staaten seit 1948 hielten zwar alle Kommunisten an ihrer Weltfriedensprogrammatik fest, faktisch wurde aber ihr Internationalismus zu einer Ideologie im jeweiligen Nationalinteresse.

Der sozialdemokratische Zweig der Arbeiterbewegung entwickelte nach Basel 1912 und der Entscheidung für den nationalen Kriegspatriotismus 1914 keine gemeinsame Friedensvorstellung mehr. Der rechte Flügel ging in allen Ländern zu einer pragmatischen Aussen- und Militärpolitik mit dem Kriegsvorbehalt für Fälle der Verteidigung des Vaterlands und gegebenenfalls auch seines kolonialen Besitzes über, ehe nach dem Zweiten Weltkrieg sozialdemokratische Parteien wichtige Beiträge zur Auflösung der Kolonialreiche leisteten.

Nach der Entscheidung der Sozialdemokraten für die parlamentarische Demokratie und bald darauf für den Reformkapitalismus übernahm der linke Flügel der Parteien zentrale Forderungen der Friedensbewegung: Errichtung eines Völkerbundes, Stärkung des Friedensvölkerrechts, Ausbau der internationalen Organisationen, Rüstungsverringerung und internationale (Schieds-)Gerichtsbarkeit. Er wurde damit zu einer zentralen Säule des Pazifismus,<sup>35</sup> also des gemässigten Teils der traditionellen, völkerrechtlich orientierten Friedensbewegung, der stets einen Kriegsvorbehalt

<sup>33</sup> J. Braunthal, *op. cit.*, Bd. 2, S. 275-283.

<sup>34</sup> W. W. Sagladin (Hg.): *Die internationale kommunistische Bewegung*, Berlin 1984, S. 120, 134-139.

<sup>35</sup> Karl Holl vermerkt, dass die kontinentaleuropäische Geschichtsschreibung die Ausdrücke Friedensbewegung und Pazifismus synonym verwende, während im angelsächsischen Bereich unter Pazifismus oft nur die unbedingte Kriegsgegnerschaft bezeichne, der völkerrechtliche Pazifismus hingegen Internationalismus genannt werde (K. Holl, *op. cit.*, S. 18-19). Sinnvoller ist wohl eine gemeinsame Terminologie, für die sich die Unterscheidung zwischen (unbedingtem) Pazifismus und bedingtem Pazifismus oder Pazifizismus (nach Martin Ceadel) empfiehlt. Siehe hierzu die Anmerkung 18.

für die nationale Vaterlandsverteidigung und den internationalen Sanktionskrieg beibehielt. Unbedingte Pazifisten blieben in der Sozialdemokratie eine verschwindende Minderheit, am auffälligsten betätigten sie sich in der britischen *Labour*-Partei mit ihren Wurzeln im christlichen Sozialismus.

Die bürgerliche Friedensbewegung engagierte sich nunmehr ebenfalls für die parlamentarische Demokratie, viele ihrer Verfechter auch für soziale Reformen. Damit konnten Liberale und Sozialdemokraten jetzt in denselben Friedensorganisationen zusammenarbeiten. Die Friedensbewegung mit einem starken linksliberal-sozialdemokratischen Charakter erkannte vollends die wichtige Bedeutung der öffentlichen Meinung neben der Beratung der Herrschenden. Sie konnte aber in den ihr nahestehenden Parteien oder gar in der Gesellschaft niemals Mehrheiten erlangen und den politischen Kurs bestimmen. Je mehr sozialdemokratische Parteien Regierungsverantwortung, also auch für Aussen-, Rüstungs- und Militärpolitik übernahmen, oft in Koalition und damit im Kompromiss mit bürgerlichen Parteien, desto mehr geriet die Friedensbewegung in Opposition zu ihnen.

Nach 1945 näherten sich viele sozialdemokratische und im geringerem Masse auch liberale Parteien wieder den Forderungen der Friedensbewegung an, in der jedoch Parteipolitiker weit weniger Einfluss nehmen konnten oder wollten als in der Zwischenkriegszeit. Die Friedensbewegung entwickelte sich immer mehr zu kurzlebigen ausserparlamentarischen Ad-hoc-Bündnissen von Individuen und kleinen Organisationen gegen einzelne Rüstungsprojekte und Kriege. Sie vermochte bislang keine auf Verbindlichkeit ausgerichtete konzeptionelle Debatte wie noch vor und nach dem Ersten Weltkrieg hervorzubringen.

### **Die Gleichzeitigkeit der Barbarisierung und der Zivilisierung der internationalen Gesellschaft seit 1914**

Die Bilanz der hundert Jahre Entwicklung seit dem Basler Kongress fällt höchst ambivalent aus. Zivilisierungsprozesse fanden gleichzeitig neben ungeheuren Barbarisierungsprozessen statt. Bis 1914 glaubten viele Menschen ganz unterschiedlicher politischer Orientierung an einen unaufhaltsamen Fortschritt von der Barbarei, d.h. gesellschaftlicher und ökonomischer Rückständigkeit und gewalttätiger Rohheit zu menschlicher Zivilisation und Gesittung. Die zunächst liberale, dann auch sozialistische Idee eines dauerhaften Weltfriedens begann sich gegenüber der statischen Weltansicht vom ewigen Krieg in der Menschengesellschaft in breiten Teilen der Bevölkerung durchzusetzen, so dass seit 1918 wichtige institutionelle Neuerungen zur Vorbereitung eines dauerhaften Weltfriedens erzielt werden konnten, oft auch von konservativen gesellschaftlichen Kräften.

In den Jahren 1900-1987 starben in zwei Weltkriegen und etwa 300-400 lokalen und regionalen Kriegen,<sup>36</sup> etwa 34 Millionen Menschen in bewaffneten Kämp-

---

<sup>36</sup> Die unterschiedlichen Zahlen in gängigen Kriegsstatistiken sind eher durch unterschiedliche Kriegsbegriffe als durch unklare empirische Befunde über die politische Gewaltanwendung verursacht, siehe Mir A. Ferdowsi, Kriege seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Knapp, Gert Krell

fen. In der gleichen Zeit ermordeten Kommunisten etwa 110 Millionen Menschen, Nationalsozialisten etwa 21 Millionen und Demokraten etwa 2 Millionen in ungezählten Gräueltaten an Zivilisten und Kriegsgefangenen.<sup>37</sup> Das waren in absoluten und vielleicht auch in relativen Zahlen weit mehr Opfer politischer Gewalt als in früheren Zeiten.<sup>38</sup> Die meisten Massenmorde fanden in Zeiten des Staaten- und Bürgerkrieges statt, aber einige auch in Friedenszeiten, zum Beispiel in der Sowjetunion in den 1930er Jahren. Diktaturen in vielen der kriegführenden Länder liessen in Japan und China, Deutschland, Frankreich und in der Sowjetunion nicht einmal im Ansatz gemeinsame politische Antikriegsbekundungen zu, wie sie 1912 in Basel noch möglich gewesen waren.

Von Abrüstung kann in den letzten hundert Jahren keine Rede sein. Der wissenschaftliche und technische Fortschritt sorgt für eine ständige Vermehrung und vor allem Verfeinerung der militärischen Vernichtungskapazitäten. Allerdings geht von den modernen Massenvernichtungswaffen eine gewisse Abschreckung zu ihrer Anwendung aus, im Frieden wie im Krieg. Wurden im Ersten Weltkrieg noch die Gaswaffen intensiv eingesetzt, konnte im Zweiten ihr Gebrauch fast völlig vermieden werden. Nukleare Abschreckung trug nachweislich wesentlich zur Verhinderung eines dritten Weltkrieges im Ost-West-Konflikt nach 1945 bei, besonders deutlich während der Kubakrise im Oktober 1962.<sup>39</sup>

Trotz der Barbarisierung im 20. Jahrhundert sind auch ermutigende Schritte in Richtung dauerhaften Weltfriedens gegangen worden, und zwar aufgrund friedenspolitischer Einsichten konservativer und liberaler Politiker, die in Folge eigener Auseinandersetzung mit der Geschichte, der Entwicklung des politischen Denkens und mit ihren Gegenwartsproblemen Institutionen zur Friedenssicherung und Friedensstiftung schufen. Sie ermöglichten die Errichtung des Völkerbundes und später der Vereinten Nationen, in denen auch im Kantschen Sinne nichtrepublikanische Regime Mitglieder sind. Die Völkerbund-Satzung erklärte Krieg zu einer Angelegenheit der gesamten Staatengemeinschaft und legte die Grundzüge der kollektiven Sicherheit fest. Die Ächtung des Angriffskrieges im Briand-Kellogg-Abkommen 1928 war ein bleibender völkerrechtlicher Fortschritt, auch wenn kurz darauf mit dem Eindringen Japans in die Mandschurei 1931 eine Ära neuer Angriffs- und Eroberungskriege einsetzte und das System der kollektiven Sicherheit versagte. Sie mündeten in den Zweiten Weltkrieg.

---

(Hg.), *Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch*, 3. Aufl., München/ Wien 1996, S. 308.

<sup>37</sup> Die Zahlen stammen aus den Berechnungen vom Rudolph J. Rummel, «Power, Genocide and Mass Murder», in: *Journal of Peace Research* 31, 1 (1994), S. 4-6. Zur Kritik an diesen Zahlen siehe Steven Pinker, *Gewalt. Eine neue Geschichte der Menschheit*, Frankfurt 2011, S. 478.

<sup>38</sup> Zum Zweifel an den relativen Vergleichszahlen anderer Jahrhunderte siehe St. Pinker, *op. cit.*, S. 296.

<sup>39</sup> Siehe den Brief Chruschtschows an Kennedy vom 26. Oktober 1962 und Kennedys Bemerkung, dass ein Fehler von ihm 200 Millionen Menschen das Leben kosten könne, nach Michael R. Beschloss, *The Crisis Years: Kennedy and Khrushchev 1960-1963*, New York 1991, S. 516-520, 523.

Nach 1945 machte die friedliche inter- und transnationale Organisation der Menschheit unübersehbare Fortschritte. War der Völkerbund noch eine Organisation der kapitalistischen Staaten gewesen, denen die Kommunisten das Projekt einer weltweiten internationalen Sowjetrepublik, deren Kern die UdSSR sein sollte, entgegenseetzten, so vereinigten die Vereinten Nationen kapitalistische Demokratien und Diktaturen sowie bürokratisch-sozialistische Diktaturen. Das Vetorecht der Ständigen Sicherheitsratsmitglieder beeinträchtigte zwar erheblich die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen, verhinderte aber auch ihr Auseinanderbrechen. Gleichwohl zeigten ausser der Kuba-Krise mehrere andere Krisen im Ost-West-Verhältnis, zum Beispiel 1948/49, 1961 und 1973, die reale Gefahr eines dritten Weltkrieges auf. In all diesen Krisen hatten die Arbeiter- und die Friedensbewegung so gut wie nichts zur Krisenbewältigung beizutragen. Sie war fast ausschliesslich eine Sache der Vernunft demokratischer wie kommunistisch-diktatorischer Regierungen.

Die nukleare Abschreckung war nur ein Faktor, der die erfolgreiche Weltkriegsverhütung seit 1945 ermöglichte. Zwei andere waren vermutlich viel bedeutender. Nach der Niederlage und dem Untergang der faschistischen und faschistoiden Regime in Italien, Deutschland und Japan haben sämtliche Grossmächte keine territoriale Expansionspolitik mehr betrieben. Sie begnügten sich mit der ökonomisch-politischen Penetration ihrer Einflussphären, die gelegentliche Interventionskriege einschloss. Das stabilisierte entscheidend die Vereinten Nationen im Vergleich zum Völkerbund mit seiner fluktuierenden Mitgliedschaft. Zwar waren sich faschistische und kommunistische Diktaturen in ihren grausamen Herrschaftstechniken sehr ähnlich, aber liberale Demokraten und Kommunisten hatten die Vision eines dauerhaften Weltfriedens gemein trotz ihrer unvereinbaren Friedensvorstellungen und ihres gesellschaftspolitischen Gegensatzes. Dies erleichterte ganz erheblich das gemeinsame Krisenmanagement in vielen Krisen wie auch im Oktober 1962. Was wäre geschehen, wenn in der Kubakrise der „Gegenspieler“ von Kennedy ein Hitler mit seiner Partei- und Militärführung gewesen wäre?

### Die Fraktionierung der Antikriegs- und Friedensbewegung

Noch weit mehr als die Arbeiterbewegung zerfiel die bürgerliche Friedensbewegung gleich nach Beginn des Ersten Weltkrieges entlang zahlreicher Bruchlinien. Dabei bildete sich ein breites Spektrum von manchmal völlig verfeindeten, manchmal auch kooperierenden Friedensorganisationen. Nun wurde Demokratie allgemein als ein konstitutives Element von Frieden angesehen, aber auch soziale Gerechtigkeit. Nur in wenigen Ländern bildeten sich lockere Dachverbände der Friedensorganisationen ohne aktionslenkende Funktionen.<sup>40</sup> Nur wenige Organisationen konnten internationale Verbände mit föderativer Struktur bilden.<sup>41</sup>

<sup>40</sup> So etwa das Deutsche Friedenskartell, das jedoch nur von 1920-1929 existierte und das an seinen inneren Gegensätzen zerbrach, siehe K. Holl, *op. cit.*, S. 189-196.

<sup>41</sup> So etwa das Internationale Friedensbüro, der Internationale Versöhnungsbund, die Internationale der Kriegsdienstverweigerer, die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit.

In den vergangenen Jahrzehnten entstanden immer wieder ephemere Protestbewegungen gegen einzelne Kriege oder Kriegstypen oder einzelne Rüstungsprojekte, ohne wirklich Einfluss auf die Entscheidungen über Kriege oder Rüstungsvorhaben nehmen zu können. Nur wenige Teilnehmer dieser auf einige Monate oder Jahre begrenzten Bewegungen entschieden sich zum langfristigen Engagement in den Organisationen einer Friedensbewegung, die auf eine dauerhafte Weltfriedensordnung hinarbeiten will. Eine Hauptbruchlinie in der Friedensbewegung trennt seit zwei Jahrhunderten die unbedingten, radikalen, extremen Pazifisten von den bedingten Pazifisten mit Kriegsvorbehalt, die manche Autoren Belli-Pazifisten oder mit Martin Ceadel Pazifizisten nennen. Unter den letzteren bilden, wie in der Sozialistischen Internationale, diejenigen eine Mehrheit, die ganz im Sinne der Satzung der Vereinten Nationen sowohl den nationalen Verteidigungskrieg – auch im Bündnis mit anderen Nationen – als auch den internationalen Sanktionskrieg für rechtlich und moralisch legitim hält.<sup>42</sup> Sie treten demgemäss auch nicht für allgemeine und vollständige Abrüstung ein, sondern für eine zur Verteidigung hinreichende Rüstung oder gar für eine minimale Atomrüstung, die zur Abschreckung vor Angriffskriegen ausreicht. Eine Minderheit bejaht den Bürgerkrieg zur Verteidigung bestehender, durch Verfassung oder Völkerrecht garantierter Rechte und Freiheiten gegen gesellschaftliche Kräfte, die diese drastisch beschneiden oder abschaffen wollen. Andere treten gar für Bürgerkriege als ein Mittel ein, Menschenrechte und -freiheiten in diktatorisch regierten Staaten durchzusetzen und halten auch internationale Interventionskriege zum Schutze vor schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen oder zum Sturze von Diktatoren für legitim, vor allem seit 1991, nachdem die Gefahr der Eskalation eines Interventionskrieges zum Weltkrieg gering geworden ist. Die Belli-Pazifisten oder Pazifizisten waren seit zwei Jahrhunderten stets die überwältigende Mehrheit in der Friedensbewegung, die unbedingten Pazifisten nur eine kleine Minderheit, wenn auch eine grössere als in der Sozialistischen Internationale.

Zwei fundamentale Änderungen sind seit 1914 in der Friedensbewegung bemerkenswert. Erstens die Ausbreitung von individueller Kriegsdienstverweigerung (KDV), die bereits von Mitgliedern der Friedenskirchen und zahlreicher christlicher Sekten bis 1918 praktiziert worden war. Mehrere nationale Organisationen der KDV gaben den Anstoss zur Gründung der Vorläuferorganisation der Internationale der Kriegsdienstgegner im Jahre 1921. KDV kann durch prinzipielle Gegnerschaft gegen jegliche Form des Krieges motiviert sein, sich aber auch gegen spezifische Kriege wenden, etwa imperiale Eroberungs- oder Interventionskriege. Die Ablösung der allgemeinen Wehrpflicht zugunsten hochspezialisierter Berufsarmeen mit gewaltigen Zerstörungskapazitäten entzog der individuellen Kriegsdienstverweigerung weitge-

---

<sup>42</sup> Von einem allgemeinen Gewaltverbot der Vereinten Nationen, das oft fälschlich behauptet wird, kann keine Rede sein. Nur eine spezifische Form der Gewalt wird nach Art. 2, Abs. 4 der Vereinten Nationen-Satzung verboten. Art. 51 und Art. 42 legitimieren sowohl den nationalen Verteidigungskrieg als Naturrecht als auch den internationalen Sanktionskrieg des Vereinten Nationen-Sicherheitsrates, auch wenn das Wort Krieg vermieden wird.

hend den Boden, da sich für die Berufsarmeen bislang überall ausreichend Rekruten finden.

Seit den 1920er Jahren trat zweitens eine neue Form des Widerstands in das Bewusstsein und in die Praxis der internationalen Friedensbewegung: gewaltfreie Aktionsformen wie insbesondere die Nichtzusammenarbeit (Non-Kooperation) und der zivile Widerstand (begrenzte Rechtsverletzung). Sie wurden von Mohandas K. Gandhi und seinen Anhängern in der indischen nationalen Befreiungsbewegung praktiziert und waren primär nicht gegen den Krieg, sondern gegen soziales und politisches, auch in Gesetzesform gefasstes Unrecht gerichtet, wurden aber von Teilen der Friedensbewegung auch als Kampfmittel gegen Rüstung, Kriegsdrohungen und Okkupationsregime propagiert. Insgesamt blieb die Resonanz der Vorbildwirkung Gandhis auf die Friedensbewegung in der Zwischenkriegszeit und auch nach 1945 sehr gering.<sup>43</sup>

Wie schon vor 1914, so gab es auch in der Zwischenkriegszeit mehrere Versuche, eine Friedenspartei zu gründen, die jedoch alle erfolglos blieben. Sie hatten den fatalen Effekt, den Einfluss der Friedensorganisationen auf die sozial- und liberaldemokratischen Parteien zu schwächen und führten zu Unvereinbarkeitsbeschlüssen dieser Parteien, etwa mit der Deutschen Friedensgesellschaft 1931, die sich eng an eine Partei gebunden hatte.<sup>44</sup> Das grundsätzliche Dilemma von Friedensparteien besteht darin, dass sie im Parlament auf ein ganzes Spektrum von gesellschaftspolitischen Themen eingehen müssen, über die die Anhänger von Antikriegs-, Antirüstungs- und Friedensbewegungen untereinander völlig uneinig sind, so dass sie sich nicht für eine gesellschaftspolitisch spezifische Friedenspartei einspannen lassen. Die Friedensbewegung wurde durch die Entstehung der kommunistischen und dann der faschistischen und nationalsozialistischen Diktatur vor schier unlösbare Probleme gestellt. Der Molotov-Ribbentrop-Pakt und das nationalsozialistisch-kommunistische Bündnis von 1939-1941 führte gar zur völligen Irritation sowohl der Antikommunisten wie der Antifaschisten in der Friedensbewegung in den westlichen Demokratien.<sup>45</sup>

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg währte die Nie-wieder-Krieg-Stimmung in breiten Teilen der Bevölkerung nur kurz. Der Kalte Krieg und der bereits in der Berlin-Krise 1948/49 drohende Krieg zwischen der diktatorischen Sowjetunion und den demokratischen Westmächten sowie die sowjetischen Versuche, die westliche Friedensbewegung für ihre Militärpolitik zu instrumentalisieren, erneuerten das alte Dilemma national asymmetrischer Wirkungsmöglichkeiten der Friedensbewegung. Je

---

<sup>43</sup> Zur recht unterschiedlichen Resonanz Gandhis in den gesellschaftlichen Gruppierungen in Deutschland siehe Beate Jahn, *Politik und Moral: Gandhis Herausforderung für die Weimarer Republik*, Kassel 1993; zur Rezeption in Grossbritannien siehe M. Ceadel, *op. cit.*, S. 29, 88-90, 128, 250-252.

<sup>44</sup> D. Riesenberger, *op. cit.*, S. 160.

<sup>45</sup> Martin Ceadel, *Semi-Detached Idealists. The British Peace Movement and International Relations*, Oxford 2000, S. 326; N. Ingram, *op. cit.*, S. 179-245. Zum Dissens in der französischen sozialistischen Partei siehe Richard Gombi, *Les socialistes et la guerre. La S.F.I.O. et la politique étrangère entre les deux guerres mondiales*, Paris/ La Haye 1970, S. 230-254.

relativ stärker die Friedensbewegung auf der einen Seite einer Konfliktfront ist, desto mehr profitiert die Kriegspartei auf der Gegenseite davon.

Vier Faktoren ermöglichten moralisch-intellektuell trotz der Unterbindung jeglicher Friedensbewegung im kommunistischen Osten eine westliche, demokratische Friedensbewegung mit neuen spezifischen Eigenschaften: Erstens: Die Erfahrung der militär-technologischen Führungsrolle des Westens, besonders auf dem Sektor der Atomwaffen, begünstigte Vorstellungen des Abrüstungsgradualismus und der Abrüstungsvorleistungen des Westens, die die grundsätzliche Verteidigungsfähigkeit des Westens nicht beeinträchtigen würden. Dies ermöglichte eine zeitweise starke Antinuklearrüstungsbewegung (Ostermarschbewegung)<sup>46</sup> in einigen westlichen Ländern. Zweitens: Die Deutung der Sowjetunion als defensive Grossmacht liess schon in den 1950er Jahren eine Friedensbewegung entstehen, die wichtige intellektuell-politische Wegbereiterfunktionen für die West-Ost-Entspannung seit der Kubakrise 1962 und insbesondere in Europa seit dem Ende der 1960er Jahre erfüllte. Drittens: Die Existenz einer wechselseitigen totalen nuklearen Vernichtungskapazität im Osten wie im Westen seit dem Ende der 1960er Jahre begünstigte einen weit verbreiteten Nuklearpazifismus, der teilweise auch gegen chemische und biologische Massenvernichtungsmittel gerichtet war. Viertens: Die enorme militärische Überlegenheit der Westmächte in ihren kolonialen und postkolonialen Konflikten ermöglichten im Westen eine Friedensbewegung gegen die Kriegspolitik ihrer eigenen Regierung, die in keiner Weise die eigene Landesverteidigung zu beeinträchtigen drohte. Die in den USA und im Westen stark angewachsene Bewegung gegen den Indochina-Krieg trug sicherlich massgeblich zur Verhinderung eines westlichen Siegfriedens bei. Ihr Erfolg hatte auch noch lange danach einen mässigen Einfluss auf die Bereitschaft der USA zu militärischen Interventionen. Insgesamt scheint viel zu wenig ins allgemeine Bewusstsein gerückt zu sein, dass eine ungezählte Anzahl von faschistoiden, kommunistischen, monarchisch-absolutistischen und militärdiktatorischen Regimen in den letzten vier Jahrzehnten durch gewaltlose Revolutionen gestürzt worden sind.

### Option einer multidimensionalen Friedenspolitik

Welche politischen Schlussfolgerungen lassen sich aus den historischen Erfahrungen von Krieg und Frieden, die hier nur knapp skizziert werden konnten, ziehen. Zunächst meine ich, dass der enge, oft als „negativ“ gescholtene Friedensbegriff der sinnvollste ist, weil er eine Übereinstimmung zwischen völlig unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Kräften ermöglicht, die in einem einig sind: der Vermeidung und Abschaffung des Krieges. Unter dauerhaftem Weltfrieden ist demnach eine internationale gesellschaftspolitische Ordnung zu verstehen, in der keine Kriege mehr stattfinden, gleichgültig, wie diese Ordnung gestaltet ist. Frieden ist hiernach Nichtkrieg und zunächst nichts als Nichtkrieg. In manchem Frieden existiert extreme Un-

---

<sup>46</sup> Karl A. Otto, *Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der ausserparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960-1970*, Frankfurt a. M./ New York 1979.

gerechtigkeit, Knechtschaft, Unterdrückung, Ausbeutung, Alltagsgewalt, Verbrechen, Armut, Hunger, Elend und moralische Verlüderung. Aber die Erfahrungen gewaltloser Bewegungen haben gezeigt, dass es möglich ist, gegen all dies Schreckliche auch ohne Waffengewalt erfolgreich zu kämpfen, auch wenn dieser Kampf oft viel länger währt als ein Krieg.

Doch hiervon gibt es eine wichtige Ausnahme: der Massen- oder Bevölkerungsmord (Demozid).<sup>47</sup> Es ist so gut wie ausgeschlossen, dass es Frieden geben kann, in dem nicht auch der gesellschaftspolitische Massenmord ausgeschlossen ist. Ein Frieden, in dem von der Staatsgewalt ein Massenmord verübt oder geduldet wird, ist der einzige Frieden, zu dessen Beendigung ein Krieg ethisch und zunehmend auch völkerrechtlich zu rechtfertigen ist.<sup>48</sup>

Gelingt es, einen Weltkrieg zu vermeiden, dann ist der Weltfrieden nur als für eine lange Zeit bewaffneter Frieden unter zum Verteidigungskrieg gerüsteten und bereiten Nationalstaaten denkbar, weil die meisten Menschen nach wie vor auf ihren Kriegsvorbehalt im Falle eines militärischen Angriffs auf ihren Nationalstaat und seine gesellschaftliche Ordnung nicht verzichten wollen und werden. Unter der Ägide des ständig zu reformierenden und auszubauenden Systems der Vereinten Nationen haben viele nationale Gesellschaften bereits gelernt, Angriffskriege ihres Staates zu vermeiden. In Zukunft gilt es, auch solche Situationen zu verhindern, in denen zwei Staaten oder Staatenbündnisse glauben könnten, sich in einen wechselseitigen Verteidigungskrieg einlassen zu müssen. Die Kubakrise war eine derartige Situation.

Unbestreitbar hat nukleare Abschreckung zur Verhinderung mancher Kriege und zur Mässigung der Kriegsführung bei einigen Kriegen beigetragen. Das wirft das Problem auf, dass eine vollständige nukleare Abrüstung, also nicht nur eine Reduzierung von nuklearen Waffenpotentialen, konventionelle Kriege wieder leichter führbar machen würde. Es unterstreicht die hier vertretene Grundthese, dass Frieden nicht durch unilaterale oder allgemeine Abrüstung herbeizuführen ist, sondern Abrüstung erst nach einem jahrzehntelangen Frieden möglich ist. Das schliesst nicht unilaterale und international vereinbarte Rüstungsbeschränkungen und -reduzierungen aus, die nicht die Verteidigungsfähigkeit der Staaten gefährden.

Im Unterschied zur Auffassung der führenden Vertreter der Arbeiterbewegung 1912 kann man heute nicht mehr von einer einzelnen Kriegsursache wie zum Beispiel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sprechen. Es gibt nur eine allgemeine Voraussetzung von Krieg, den Willen von Menschen, Krieg zu führen. Insofern

---

<sup>47</sup> Der Begriff des Demozids wurde durch Rudolph J. Rummel eingeführt. Zur begrifflichen Unterscheidung der drei Formen von Demozid: Genozid, Soziozid und Politizid siehe Egbert Jahn, «Der Holodomor im Vergleich. Zur Phänomenologie der Massenvernichtung», in: *Osteuropa* 54, 12 (2004), S. 22.

<sup>48</sup> Mit der Resolution 1674 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 28. April 2006 zur Schutzverantwortung (*responsibility to protect*) wurde seine Aufgabe zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens extensiver als bisher interpretiert und die militärische Intervention zum Schutz von Zivilpersonen vor massiven Menschenrechtsverletzungen legitimiert, siehe [https://www.un.org/depts/german/sr/sr\\_05-06/sr1674.pdf](https://www.un.org/depts/german/sr/sr_05-06/sr1674.pdf) (abgerufen am 20.5.2014).

geht es darum, solche gesellschaftspolitische Strukturen zu schaffen, in denen kein Wille zum Angriffskrieg oder zum wechselseitigen Verteidigungskrieg mehr entsteht.

Da unterschiedliche menschliche Grossgruppen unterschiedlichen Frieden wollen, bleibt es deshalb wie in den vergangenen hundert Jahren auch in Zukunft unwahrscheinlich, dass irgendwann eine Weltfriedenspartei oder eine einheitliche Organisation einer Weltfriedensbewegung entsteht, die in allen Ländern, auf die Mehrheit der Bevölkerung gestützt, die Macht erringt und den Weltfrieden gegen immer noch kriegswillige Minderheiten erzwingt. Weitaus wahrscheinlicher ist, dass Weltfrieden die Resultante ganz unterschiedlicher, und sich grossenteils auch widersprechender Friedensvorstellungen und Friedensbestrebungen sein wird, die sich lediglich darin einig sind, Frieden nicht mit Krieg zu erzeugen oder zu erhalten.

Daraus ergibt sich die Möglichkeit und Notwendigkeit einer multidimensionalen Friedenspolitik, die das Zusammenwirken höchst unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Akteure – von staatlichen wie Regierungen, Parlamenten, Gerichten, Militärs, Polizeien bis zu gesellschaftlichen aller Art wie Parteien, Verbänden, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Erziehern und Individuen vorsieht. Im Idealfalle könnte es sich dabei um eine koordinierte Politik der unterschiedlichen Akteure handeln, realiter wird es eher ein unbewusstes Zusammenwirken sein. Die Hauptverantwortung für Kriegsvermeidung und Friedensstiftung liegt nach wie vor bei denen, die über die Gewaltmittel zum Krieg verfügen, gleichgültig, ob sie durch demokratische Wahlen oder durch diktatorische Usurpation an die Macht in Regierungen oder zum Bürgerkrieg fähigen Organisationen gekommen sind. Andere Akteure, die nicht über den Einsatz der Gewaltmittel verfügen, müssen klären, ob sie die Entscheidungen der Gewalthaber friedenspolitisch beeinflussen oder diese durch andere Personen ersetzen können, die entschieden friedenswillig sind. Je nach gesellschaftspolitischer Stellung bestehen unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten kollektiver wie individueller Akteure.

Die Bereitschaft zum nationalen Verteidigungskrieg wird vermutlich auch in der absehbaren Zukunft nicht schwinden. Nur kleine gesellschaftliche Minderheiten sind bereit, nationale und soziale Freiheiten gegen fremde Eroberer ausschliesslich mit gewaltlosen Mitteln zu verteidigen. Es ist unwahrscheinlich, dass aus ihnen in den kommenden Jahrzehnten politisch durchsetzungsfähige Mehrheiten in einzelnen Ländern oder gar weltweit werden. Somit dürfte der bedingte Pazifismus oder Pazifismus nicht nur von Friedensbewegungen, sondern auch von Regierungen, Militärs und etablierten Verbänden eine ausschlaggebende Rolle bei der Stiftung eines dauerhaften Weltfriedens spielen, nicht der unbedingte Pazifismus.

Damit liegt die Hauptbedeutung gewaltloser Bewegungen wie in der Arabellion Ägyptens und Tunesiens darin, undemokratische Regime abzulösen, die nur noch von gesellschaftlichen Minderheiten unterstützt oder geduldet werden. Ausserdem sind sie in der Lage, bestehende soziale und politische Freiheiten gegen diktatorische Usurpatoren zu verteidigen. Die erfolgreiche Überwindung von Diktaturen aller Art seit den 1970er Jahren lässt hoffen, dass in Zukunft immer häufiger Bürgerkriege wie in Libyen und Syrien vermieden werden können.

Wie werden sich Krieg und Frieden in den kommenden Jahrzehnten vermutlich entwickeln? Seit 1991 ist die Gefahr eines dritten und nuklearen Weltkrieges beträchtlich gesunken, aber nicht beseitigt. Der wirtschaftliche und der politisch-militärische Aufstieg der Volksrepublik China könnte, falls die Kommunistische Partei noch lange an der Macht bleibt, zu einem neuen gesellschaftspolitischen Ost-West-Konflikt zwischen autokratischen Regimen unterschiedlicher Orientierung und den westlichen Demokratien führen, der grosse Teile der Welt einbezieht und die Gefahr eines dritten Weltkrieges wiederbelebt. Die wirtschaftliche und politisch-militärische Macht der USA dürfte weiter abnehmen. Zwar wurden die Atomarsenale der USA und Russlands erheblich reduziert, aber gleichzeitig ist die nukleare Proliferation vorangeschritten, sind weitere Atomkräfte entstanden (Indien, Pakistan, Nordkorea) oder vermutlich im Entstehen begriffen (Iran). Zahlreiche seit langem bekannte und heute noch nicht absehbare internationale Konflikte könnten sich zu eskalationsträchtigen regionalen Kriegen auswachsen. Der permanente Fortschritt der Rüstungswissenschaft und -technik wird primär nicht auf eine Vermehrung der Vernichtungskapazitäten, sondern des gezielten und begrenzten Einsatzes militärischer Zerstörungsfähigkeiten orientiert sein. Dies reduziert einerseits die Gefahr eines umfassenden Vernichtungskrieges, beinhaltet aber andererseits die Verstärkung der Institution des zeitlich, räumlich und waffentechnisch begrenzten Krieges. Ein dritter Weltkrieg ist somit vorerst unwahrscheinlich, lokal und regional sowie in der Anwendung vorhandener Waffen begrenzte Kriege bleiben jedoch weiterhin höchstwahrscheinlich und finden auch weiterhin täglich in manchen besonders kriegsträchtigen Teilen der Welt statt.

Die mediale Verflechtung der internationalen Gesellschaft macht Kriege und Massenmorde in Teilen der Welt weit mehr als 1912 zu Ereignissen, die den Protest von mittlerweile weit über zehn Millionen Menschen, wie am 15. Februar 2003 vor dem bevorstehenden Interventionskrieg der USA und anderer kriegswilliger Staaten, hervorrufen, so dass immer wieder sporadische Antikriegs- und Antirüstungsbewegungen entstehen werden. Ihre Verknüpfung zu einer steten und kontinuierlich arbeitenden Weltfriedensbewegung in allen 196 Ländern der Erde ist derzeit nicht absehbar, bleibt aber eine sinnvolle und mögliche Aufgabe. Sie bleibt das bleibende Vermächtnis des Basler Friedenskongresses der internationalen Arbeiterbewegung.

# Nachrüsten? Europäische Sozialdemokratie und Friedensfrage in den 1980er Jahren

Jan Hansen

Die Frage nach Krieg und Frieden hat die europäischen Sozialdemokraten während des gesamten 20. Jahrhunderts beschäftigt. Gegen die „Imperialisten“ und „Militaristen“ zu kämpfen gehörte zu den Erkennungszeichen der Arbeiterbewegungen, seitdem sie sich zur Mitte des 19. Jahrhunderts formiert hatten, und die Ablehnung von Krieg trieb sie auch um, nachdem Westeuropa 1945 in die Phase des „langen Friedens“ eingetreten war.<sup>1</sup> Trotzdem ist es erklärungsbedürftig, wenn über die Sozialdemokratie und die Friedensfrage in den 1980er Jahren gesprochen wird, wo doch eigentlich der Basler Friedenskongress von 1912 untersucht werden sollte. Warum also hier dieses Thema? Meine Antwort lautet: Weil die Frage von Krieg und Frieden in den achtziger Jahren so intensiv diskutiert wurde wie lange nicht mehr. Die achtziger Jahre waren zwar das letzte Jahrzehnt des Kalten Krieges, doch als es begann, war ein nahes Ende der Blockkonfrontation nicht zu erwarten. Nach einer Phase der internationalen Entspannung zwischen Ost und West traten die Supermächte am Übergang von den siebziger zu den achtziger Jahren in eine erneute Konfrontation ein.<sup>2</sup> Diese Zeit, die von den Historikern als „Zweiter Kalter Krieg“ oder als „Krise der Entspannungspolitik“ bezeichnet wird, minimierte die Hoffnungen auf eine baldige Überwindung der Teilung Europas.<sup>3</sup> Der NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979, mit dem die westliche Allianz die Stationierung neuer nuklearer Raketen in Westeuropa beschloss, wenn Verhandlungen mit der Sowjetunion scheitern sollten, die Invasion der Sowjetunion in das neutrale Afghanistan, die Wahl des Republikaners Ronald Reagan zum US-Präsidenten, die Krise um die polnische Gewerkschaft *Solidarność* und die schliesslich vollzogene Nachrüstung markieren einige Höhepunkte dieser multiplen Krise.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> John Lewis Gaddis, *The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War*, New York 1987.

<sup>2</sup> Siehe dazu Philipp Gassert, Tim Geiger, Hermann Wentker (Hg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011.

<sup>3</sup> Ibid.; Leopoldo Nuti, Introduction, in: Leopoldo Nuti (Hg.), *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, London/ New York 2006, S. 1-8.

<sup>4</sup> Vgl. überblicksartig Philipp Gassert, Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik, in: Philipp Gassert, Tim Geiger, Hermann Wentker (Hg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-*

Deshalb war es eigentlich nicht überraschend, dass die Frage von Krieg und Frieden zu einem der beherrschenden politischen Themen der europäischen sozialdemokratischen Parteien in diesem Jahrzehnt wurde. Dabei ging es nicht nur um das Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR, das auf eine kriegerische Auseinandersetzung zuzusteuern schien, sondern auch um den atomaren Rüstungswettlauf, die moralische Legitimität der Abschreckung und die Frage, ob ein zigfacher nuklearer Overkill tatsächlich dazu geeignet war, einen Krieg und damit das mutmassliche Ende der Menschheit zu verhindern. In meinem Beitrag möchte ich diese Debatten näher betrachten. Mein Untersuchungsgegenstand sind die europäischen Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale (SI) in den achtziger Jahren. Ich werde mich auf zwei besonders prominente Exponenten konzentrieren, nämlich die deutschen Sozialdemokraten und die französischen Sozialisten. Während die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) von schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen um den Frieden gezeichnet wurde und darüber die Regierungsverantwortung verlor, hielt der *Parti Socialiste* (PS) an seinen traditionellen sicherheitspolitischen Vorstellungen fest und konsolidierte während der Präsidentschaft François Mitterrands seine Vormachtstellung in Frankreich.<sup>5</sup> Ich gliedere meinen Beitrag in drei Teile. Erstens werde ich die Auseinandersetzung mit der Friedensfrage beleuchten, zweitens die Wandlung etablierter verteidigungspolitischer Konzepte analysieren und drittens darstellen, wie diese Debatten die manichäische Blockkonfrontation transzendierten und mit weltgesellschaftlichen Ordnungskonzepten zu überwinden versuchten.

## Die Auseinandersetzung mit der Friedensfrage

Die Bedeutung von Frieden, Rüstungskontrolle und Abrüstung für das Selbstbild der europäischen Sozialdemokraten kann kaum überschätzt werden.<sup>6</sup> Nicht erst seit der Implementation der Entspannungspolitik in den sechziger Jahren war es ihr Ziel, den

---

*Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011, S. 175-202, hier S. 187-192; zur Friedensbewegung auch sehr anregend Bernhard Gotto, «Enttäuschung als Politikressource. Zur Kohäsion der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014), S. 1-33; sowie die Beiträge des Sammelbandes Christoph Becker-Schaum [u.a.] (Hg.), „*Entrüstet Euch!*“ *Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung*, Paderborn 2012.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Jan Hansen, «Making Sense of Détente. The German Social Democrats and the Peace Movement in the Early 1980s», in: *Zeitgeschichte* 40 (2013), S. 107-121; Katrin Rücker, «Les gauches française et allemande dans la ‚guerre froide‘ des euromissiles et la course au pacifisme: entre malentendu et ‚Sonderweg‘», in: *Revue d'histoire diplomatique* 117 (2003), S. 35-62; Bernd Rother, *Between East and West – Social Democracy as an Alternative to Communism and Capitalism: Willy Brandt's Strategy as President of the Socialist International*, in: Leopoldo Nuti (Hg.), *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, London/ New York 2006, S. 217-229.

<sup>6</sup> Siehe dazu die Studie von Michael Longerich, *Die SPD als „Friedenspartei“ – mehr als nur Wahltaktik? Auswirkungen sozialdemokratischer Traditionen auf die friedenspolitischen Diskussionen 1959–1983*, Frankfurt a. M. 1990.

militärischen Konfliktaustrag aus den internationalen Beziehungen zurückzudrängen. In einer Erklärung der Sozialistischen Internationale aus dem Jahr 1977 wurde diese Prioritätensetzung mustergültig zum Ausdruck gebracht. Hier war zu lesen, dass nach sozialistischer Vorstellung nur im Frieden gesellschaftlicher Fortschritt realisierbar sei. Zur Entspannungspolitik gebe es deshalb keine Alternative. Die vielen Krisenherde in der Welt seien „ein dramatischer Beweis dafür, dass wir nicht unter zu viel, sondern [...] unter zu wenig Entspannung leiden“.<sup>7</sup> In einer Zeit, in der jeder Krieg zum Untergang der Menschheit führen könne, werde „das Bemühen um Rüstungskontrolle und Abrüstung zum kategorischen Imperativ“.<sup>8</sup> Das Ringen um den Abbau von Spannungen und der Versuch, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, gehörten im Selbstverständnis der Sozialistischen Internationale und ihrer europäischen Mitgliedsparteien in den achtziger Jahren also untrennbar zusammen.

Während die SPD die „Friedenssicherung“ in zahlreichen Deklarationen der achtziger Jahre als Prinzip ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik beschwor, warb auch der PS mit einem offensiv akzentuierten Friedensbegriff. So hiess es 1982, dass die französische Friedenspolitik auf der Überzeugung beruhe, dass die Verwandtschaft aller Menschen und Völker stärker sei als die Logik von Macht und Konkurrenz, und dass es möglich sein müsse, auf der Basis dieser Verbundenheit aller Menschen eine bessere, freiere und gerechtere Welt zu errichten.<sup>9</sup> Zugleich kann man feststellen, dass der semantische Rekurs auf „Frieden“ bei SPD und PS in dem Masse zunahm, in dem die internationale Situation schlechter wurde. Die SPD sprach angesichts der Sprachlosigkeit zwischen den Grossmächten in den achtziger Jahren häufiger von „Friedenspolitik“ als von „Sicherheitspolitik“<sup>10</sup> und bezeichnete sich selbst als „Friedenspartei“ oder sogar als „die eigentliche politische Friedensbewegung in unserem Land“.<sup>11</sup> Auch der PS warb mit der Selbstbezeichnung als „Friedenspartei“, wobei er jedoch stets betonte, dass der Friede in Europa nur bei einer gesicherten Verteidigungsfähigkeit realisierbar sei.<sup>12</sup>

Daneben war für die europäischen Sozialdemokratien charakteristisch, dass ihre Protagonisten versuchten, durch den semantischen Rekurs auf friedenspolitische Traditionsbestände politische Legitimität zu erzeugen – gegenüber dem politischen Gegner, der ausserparlamentarischen Friedensbewegung und der eigenen Mitglied-

<sup>7</sup> Willy Brandt, «Thesen zur Abrüstung. Vorgelegt vom Büro der Sozialistischen Internationale am 15. und 16. Oktober 1977 in Madrid», in: *Die Neue Gesellschaft* 24 (1977), S. 999-1001, hier S. 999-1000.

<sup>8</sup> Ibid.

<sup>9</sup> Siehe Déclaration sur la Paix, la Sécurité et le Désarmement. Texte adopté par le Bureau Exécutif du 25 Mai 1982, undatiert, S. 1. Centre d'Archives Socialistes, Fondation Jean Jaurès, Paris, Fond 70 RI, 6.

<sup>10</sup> Siehe als frühes Beispiel Alfons Pawelczyk, «Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedenspolitik», in: *Die Neue Gesellschaft* 27 (1980), S. 41-46.

<sup>11</sup> Willy Brandt, Vorwort, in: Vorstand der SPD (Hg.), *Die Friedenspartei SPD. Argumente, Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981 (Forum Frieden)*, Bonn 1981, S. 3.

<sup>12</sup> Vgl. Déclaration sur la Paix, la Sécurité et le Désarmement, *op. cit.*, S. 1-3.

schaft. Der finnische Premierminister und prominente Sozialdemokrat Kalevi Sorsa erklärte 1979:

„Als sich die sozialistische Arbeiterbewegung vor mehr als 100 Jahren international organisierte, setzte sie sich als eines ihrer zentralen Ziele die Schaffung eines permanenten Friedenszustands. [...] Die traumatischen Erfahrungen der beiden Weltkriege erschütterten nicht unsere Überzeugung, dass die Anwendung oder Drohung einer Anwendung von Gewalt als Instrument internationaler Politik unwiderruflich ausgeschlossen werden muss. Wir glauben, dass die Instrumente der Gewalt niedergerissen oder aber umgewandelt werden müssen, um der Wohlfahrt der Menschheit zu dienen.“<sup>13</sup>

Dieses Narrativ, das durch einen selektiven Rekurs auf die Geschichte ein wirkungsmächtiges Deutungsdispositiv erzeugte, in dem die Schaffung und Bewahrung des Friedens ureigenste Aufgabe der Arbeiterbewegung war, erfreute sich auch bei deutschen Sozialdemokraten einer grossen Beliebtheit. Insbesondere die SPD versuchte, ihre Politik durch die diskursive Aktualisierung friedenspolitischer Traditionsbestände zu legitimieren. So überschrieb die Parteizentrale eine offizielle Broschüre der SPD mit ‚Die Friedenspartei SPD. Argumente, Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981‘.<sup>14</sup> Diese Veröffentlichung zeichnete das Bild einer seit der Mitte des 19. Jahrhunderts dem Frieden und dem Anti-Militarismus verbundenen Partei. Gerade die historisch in den Parteiprogrammen häufig anzutreffenden Rekurse auf Anti-Militarismus und Anti-Imperialismus, die sich bis in die Formierungsphase der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert zurückverfolgen lassen, waren in der Deutung vieler Sozialdemokraten historische Verpflichtung, an der Verständigung der Völker mitzuarbeiten.<sup>15</sup> Die Konstruktion einer spezifischen friedenspolitischen Selbstdeutung war also ein wichtiges Legitimationsmuster in der SPD.

Gleichzeitig aber blieben diese historischen Anleihen nicht unwidersprochen. Dafür war verantwortlich, dass die Friedensdebatte ein für die SPD traditionell virulentes Spannungsfeld neu auflud. Neben der Bedeutung der Entspannung für das Selbstbild der Partei standen Traditionsstränge, in denen die Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Allianz und ihre Mitwirkung an einer Strategie des Gleichgewichts und der Abschreckung wesentlich waren. Entscheidend für diese Traditionslinie waren das Godesberger Programm der SPD von 1959 und die Bundestagsrede Herbert Wehners aus dem Jahr 1960, die die aussenpolitischen Grundsätze der Partei im Hinblick auf die Anerkennung des westlichen

---

<sup>13</sup> Kalevi Sorsa, «Sozialistische Internationale und Abrüstung», in: *Die Neue Gesellschaft* 26 (1979), S. 869-872, hier S. 869.

<sup>14</sup> SPD-Parteivorstand (Hg.), *Die Friedenspartei SPD. Argumente, Grundpositionen und Stellungnahmen zur deutschen Friedenspolitik 1981*, Bonn 1981.

<sup>15</sup> Siehe exemplarisch SPD-Parteivorstand (Hg.), *Bundesdelegierten-Konferenz und Ausserordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 19. November 1983 in Köln. Protokoll der Verhandlungen und Dokumentarischer Anhang*, Bonn [1983], S. 196-197.

Verteidigungsbündnisses veränderten.<sup>16</sup> Die Ablehnung von Krieg war in diesem Traditionsstrang, wenn überhaupt vorhanden, deutlich schwächer akzentuiert und mit Einschränkungen versehen. Der wichtigste Exponent dieses Flügels war Bundeskanzler Helmut Schmidt, der eine Strategie von militärischem Gleichgewicht und Rüstungskontrolle gegenüber dem Warschauer Pakt verfolgte und 1983 die Stationierung neuer nuklearer Raketen befürwortete.<sup>17</sup> In den frühen achtziger Jahren verhandelte die SPD die Friedensfrage deshalb im Spannungsfeld zwischen dem, was Teile der Partei als ihr historisches Erbe definierten, und dem, was während der sozial-liberalen Regierungszeit praktische Politik war.<sup>18</sup>

Ein Grund für die schwierige Situation, in der sich nicht nur die SPD, sondern auch zahlreiche andere europäische Sozialdemokratien befanden, war die Tatsache, dass sie innenpolitisch durch die Friedensbewegung unter Druck gesetzt wurden.<sup>19</sup> Frei von politischen Sachzwängen und Rücksichtnahmen, konnten die ausserparlamentarisch Protestierenden die Forderung nach Abrüstung sehr viel vehementer artikulieren, als das Parteien möglich war. Dies betraf vor allem die SPD, deren Mitgliedschaft zu einem nicht unerheblichen Teil in der Friedensbewegung aktiv war und die Parteiführung sukzessive zu einer Revision ihres sicherheitspolitischen Kurses zwang.

Eine Konsequenz der Friedensdiskussion in den achtziger Jahren war, dass die traditionelle Gleichgewichts- und Abschreckungsphilosophie, die bis in die späten siebziger Jahre hinein in der Sozialistischen Internationale weitgehend unhinterfragt geblieben war, in eine schwere Legitimationskrise geriet. In der Wahrnehmung zahlreicher europäischer Sozialdemokraten galt sie nicht länger als eine Strategie, die den Krieg in Europa verhinderte, sondern den ungebrochenen Rüstungswettlauf und die Anhäufung nuklearer Waffenarsenale ursächlich bedingte. Oskar Lafontaine, Oberbürgermeister von Saarbrücken und einer der wortmächtigsten Gegenspieler Helmut Schmidts in der SPD, schrieb in den ‚Blättern für deutsche und internationale Politik‘:

„Die 20 Jahre lang gehandelte Formel ‚Wir wollen Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau‘ hat sich als unbrauchbar erwiesen. Unter dem Dach dieser Formel sind die nuklearen Arsenale in den letzten 20 Jahren auf

---

<sup>16</sup> Siehe SPD-Parteivorstand (Hg.), *Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Ausserordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959 [Godesberger Programm]*, Bonn [1959]; *Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte*, III. Wahlperiode, 122. Sitzung, Bonn 30. Juni 1960, S. 7052-7061; dazu auch Christoph Meyer, *Herbert Wehner. Biographie*, München 2006, S. 231-236.

<sup>17</sup> Vgl. Hartmut Soell, *Helmut Schmidt. 1969 bis heute. Macht und Verantwortung*, München 2008, S. 709-711.

<sup>18</sup> Jan Hansen, «Zwischen Staat und Strasse. Der Nachrüstungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie (1979-1983)», in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 517-553, hier S. 517-518.

<sup>19</sup> Vgl. Susanne Schregel, *Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970-1985*, Frankfurt a. M. 2011; im Besonderen zum Verhältnis von Friedensbewegung und SPD siehe J. Hansen, *Making Sense of Détente*, *op. cit.*

unvorstellbare Grössenordnungen angewachsen. Diese Formel, auf die man sich ohne Mühe verständigen konnte, hat den Rüstungswettlauf nicht gestoppt, eher hat sie dazu beigetragen, ihn zu forcieren.<sup>20</sup>

Das nukleare Gleichgewicht und die Abschreckung wurden quer durch Europa skeptisch hinterfragt. Eine Ausnahme waren die französischen Sozialisten, die an den traditionellen Prioritäten der französischen Sicherheitspolitik festhielten. Jacques Huntzinger, der internationale Sekretär des PS, schrieb Anfang 1983 in der Parteizeitschrift *„P.S. Aujourd’hui“*, es bleibe Grundsatz seiner Partei, dass die Sicherheit Europas nur bei einem Gleichgewicht der Kräfte auf möglichst niedrigem Niveau gewährleistet werden könnte.<sup>21</sup> Er begründete diese Position mit der militärischen Überlegenheit der Sowjetunion auf dem Gebiet der konventionellen und nuklearen Mittelstreckenwaffen. Obwohl Frankreich seit Charles de Gaulle nicht mehr an der militärischen Integration der NATO teilnahm, hielten die Regierung unter François Mitterrand und der PS eindeutiger an den Prinzipien der westlichen Allianz fest, als dies die deutsche SPD tat.<sup>22</sup> In diesem Sinne trafen innerhalb der Sozialistischen Internationale diametral entgegengesetzte Deutungsansprüche aufeinander. Sowohl der PS wie auch die SPD nahmen dabei für sich in Anspruch, dass nur ihre Politik dem Frieden diene.

### Der Wandel etablierter Verteidigungskonzepte

Sieht man einmal von den französischen Sozialisten ab, machten sich die europäischen Sozialdemokraten in den frühen achtziger Jahren auf die Suche nach politischen Alternativen zu Gleichgewicht, Abschreckung und Rüstungswettlauf. Diese Diskussionen sind für die Fragestellung meines Beitrages von grösster Bedeutung. Zur treibenden Kraft des Nachdenkens über Alternativen entwickelte sich der schwedische Ministerpräsident Olof Palme und die von ihm geleitete „Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit“, die aus einem illustren Kreis prominenter *Elder Statesmen* bestand.<sup>23</sup> Es war der Abrüstungsspezialist der SPD Egon Bahr, der das aus der Kommissionsarbeit hervorgegangene, aber nicht unumstrittene Kon-

---

<sup>20</sup> Oskar Lafontaine, «Die Begriffe der heutigen Sicherheitspolitik stimmen nicht mehr. Über Null-Option, Gleichgewicht und die unterschiedlichen Sicherheitsinteressen von Amerikanern und Europäern», in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 26 (1981), S. 1323-1327, hier S. 1325.

<sup>21</sup> Jacques Huntzinger, «Paix, sécurité et désarmement», in: *P.S. Aujourd’hui*, 25. Januar 1983, S. 1.

<sup>22</sup> Vgl. Ulrich Lappenküper, *Mitterrand und Deutschland. Die enträtselte Sphinx*, München 2011, S. 154-156.

<sup>23</sup> Siehe dazu Independent Commission on Disarmament and Security Issues (Hg.), *Common Security: a Blueprint for Survival. Report of the Independent Commission on Disarmament and Security Issues*, Ann Arbor (MI) 1982; einordnend Bernd Rother, *Common Security as a Way to Overcome the (Second) Cold War? Willy Brandt’s Strategy for Peace in the 1980s*, in: Frédéric Bozo [u.a.] (Hg.), *Visions of the End of the Cold War in Europe, 1945–1990*, New York/ Oxford 2012, S. 239-252.

zept der „Gemeinsamen Sicherheit“ in Europa popularisierte.<sup>24</sup> Die zentrale Forderung von „Gemeinsamer Sicherheit“ war es, dass die Supermächte ihre Sicherheit nicht länger gegeneinander, sondern nur noch miteinander organisieren sollten. Bahr zielte auf die offiziöse NATO-Politik und bezeichnete die Doktrin der Abschreckung als eine „Übergangstheorie“, die durch „Gemeinsame Sicherheit“ abgelöst werden müsse:

„Mir scheint die Idee der Abschreckung eine Übergangstheorie zu sein. Sie will Kriegsverhinderung mit der Führbarkeit von Kriegen verbinden, falls doch Krieg nicht zu verhindern wäre. In diesem inneren Widerspruch liegt auch eine Gefahr. Man könnte überspitzt sagen: Nicht die Idee der Abschreckung, sondern der Schrecken der Waffen selbst hat den nuklearen Krieg verhindert. Wenn die Waffen durch die Begrenzbarkeit ihrer Zerstörungskraft den Schrecken vor sich mindern, wird auch die Wirksamkeit der Abschreckung gemindert werden. Im Zeitalter der gegenseitig gesicherten Zerstörung ist Sicherheit nicht mehr vor dem Gegner, sondern nur noch mit ihm zu erreichen. Die Gegner wären im Untergang vereint; sie können nur gemeinsam überleben. Das nukleare Zeitalter verlangt die Doktrin der gemeinsamen Sicherheit.“<sup>25</sup>

Dieses Konzept verlangte also die Bereitschaft, den Gegner, da er durch nukleare Gewaltanwendung kaum mehr zu besiegen sei, nicht länger als Feind, sondern als Partner zu akzeptieren. Weil es keine Sicherheit vor dem Gegner, sondern nur noch Sicherheit mit ihm gebe, müssten die atomar bewaffneten Grossmächte ihre Sicherheit gemeinsam organisieren. Voraussetzung dieser Idee war, dass die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion Vertrauen in die Rationalität ihres jeweiligen Gegenübers entwickelten, in seine Zuverlässigkeit und seine Friedensbereitschaft. Solche Vorstellungen waren ein entscheidender Schritt weg von der traditionellen Kalten-Kriegs-Konfrontation. Europäische Sozialdemokraten verlangten von den USA, die Sowjetunion als Partner zu akzeptieren und gemeinsam nach Wegen zur Sicherung des Friedens zu suchen. Dies verhalf Theorien zum Durchbruch, nach denen Vertrauen als immaterielle Ressource zur handlungsleitenden Kategorie in den internationalen Beziehungen werden sollte.

Das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“ stiess bei den französischen Sozialisten aber auf entschiedene Gegenwehr.<sup>26</sup> Insbesondere François Mitterrand kritisierte diese Idee, da sie in seiner Wahrnehmung den Zusammenhalt und die Vertei-

---

<sup>24</sup> Siehe exemplarisch Egon Bahr, Zehn Thesen über Frieden und Abrüstung, in: Hans Apel, Egon Bahr, Rudolf Bahro (Hg.), *Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedensbewegung*, Bonn 1981, S. 10-17.

<sup>25</sup> Egon Bahr, «Neuer Ansatz der gemeinsamen Sicherheit», in: *Die Neue Gesellschaft* 29 (1982), S. 659-668, hier S. 660.

<sup>26</sup> Vgl. Frédéric Bozo, *Mitterrand, la fin de la guerre froide et l'unification allemande. De Yalta à Maastricht*, Paris 2005, S. 32-35.

digungsfähigkeit der westlichen Allianz bedrohte.<sup>27</sup> Die französische Perzeption eines Abgleitens der Deutschen aus dem sicherheitspolitischen Konsens der Allianz führte zu massiven Spannungen innerhalb der Sozialistischen Internationale. Denn sowohl die französische Regierung wie auch die sozialistische Partei hielten an der NATO und ihren verteidigungspolitischen Prämissen als Garanten für den Status quo in Europa fest.<sup>28</sup> Sofern die Teilung Deutschlands französische Ängste vor dem Nachbarn beruhigte, weckte das Erstarren der Friedensbewegung, die abrüstungsfreundlichen Positionen der SPD und anderer europäischer Sozialdemokratien sowie die Suche nach einem Übereinkommen mit der Sowjetunion unter dem Stichwort der „Gemeinsamen Sicherheit“ in Paris die Furcht vor einer Renaissance des deutschen Nationalismus.<sup>29</sup> Dieser Nationalismus, so die französische Wahrnehmung, wollte durch ein Arrangement mit der Sowjetunion die Wiedervereinigung in einem neutralisierten Deutschland realisieren. Nach Jacques Huntzinger war nämlich nicht eigentlich ein nuklearer Krieg eine Bedrohung für Europa, sondern ein starkes Deutschland, das es zu verhindern galt.<sup>30</sup> So aktualisierte die Debatte um Krieg und Frieden in den achtziger Jahren alte französische Ängste vor dem deutschen Nachbarn. Die hier ihren Ausgang nehmenden Konflikte zwischen dem PS und der SPD dauerten noch Jahre an und belasteten das gegenseitige Verhältnis der Parteien schwer.<sup>31</sup> Die Friedensfrage wirkte also, so kann man zusammenfassen, nicht etwa konsensfördernd auf die europäischen Sozialdemokratien, sondern beförderte den Austrag divergierender Positionen und die Aushandlung unterschiedlicher Deutungsansprüche.

### Schlussfolgerungen: Das Ende der Blockkonfrontation in den Köpfen

Erstens: In der Verhandlung der Fragen von Krieg und Frieden kam in den achtziger Jahren ein neues Denken zum Vorschein, das die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes imaginierte. Zahlreiche europäische Sozialdemokraten artikulierten die

---

<sup>27</sup> François Mitterrand, «Ni Pershing, Ni SS 20: Le Désarmement. Intervention à l'Assemblée Nationale, le 20 Décembre 1979, à l'occasion de la motion de censure communiste sur l'installation de fusées Pershing en Europe», in: *Le Poing et la Rose. Special Responsables*, 20. Dezember 1979; ebenso François Mitterrand, «Une Politique Socialiste du Désarmement», in: *Défense nationale*, April 1980.

<sup>28</sup> Vgl. Georges-Henri Soutou, Mitläufer der Allianz? Frankreich und der NATO-Doppelbeschluss, in: Philipp Gassert, Tim Geiger, Hermann Wentker (Hg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011, S. 363-376.

<sup>29</sup> Ministère des Affaires Étrangères de la France, Neutralisme et pacifisme dans l'Europe, 8. Mai 1981. Centre d'Archives Socialistes, Fondation Jean Jaurès, Paris, Fond 70 RI, 21; Karl Kaiser, La RFA: Pacifisme, neutralisme et Anti-américanisme: Tentation passagère ou renaissance du nationalisme allemand? Groupe de travail sur la sécurité de l'Europe [Institut Français des relations internationales], 10. März 1982. Centre d'Archives Socialistes, Fondation Jean Jaurès, Paris, Fond 405 RI, 15.

<sup>30</sup> Dazu auch Jean-Paul Picaper, «Allemagne: trois congrès sur les euromissiles», in: *Le Figaro*, 19. November 1983.

<sup>31</sup> Vgl. dazu grundlegend K. Rücker, *Les Gauches*, *op. cit.*

Forderung, dass im nuklearen Zeitalter der von beiden Supermächten erhobene Anspruch auf ideologische Allgemeingültigkeit aufgegeben werden müsse. Derartige Äusserungen signalisierten nichts weniger als ein neuartiges Unbehagen gegenüber den traditionellen Perzeptionsmustern der Ost-West-Konfrontation. Egon Bahr argumentierte, dass die Realisierung divergierender Gesellschaftssysteme und Ideologien der Erhaltung des Friedens untergeordnet werden müsse. Kein politisches, wirtschaftliches oder kulturelles Ziel könne erreicht werden, wenn es Frieden nicht gebe. Deshalb zielte die Kritik an der gegenwärtigen Politik der NATO, an Gleichgewicht und Rüstungswettlauf auf die Prämissen des Kalten Krieges an sich. Der Gegensatz zwischen West und Ost, Demokratie und Kommunismus, Freiheit und Unterdrückung war im Zeichen der nuklearen Bedrohung für viele europäische Sozialdemokraten nicht länger die primäre Streitfrage. Und in der Tat lässt sich die Kontroverse um Krieg und Frieden in den achtziger Jahren auch als Indikator dafür lesen, dass der Kalte Krieg in den Köpfen vieler Menschen längst nicht mehr aktuell war. Für die als neu wahrgenommenen „grossen Probleme“ und „Herausforderungen“ lieferte das System des Kalten Krieges keinen Referenz- und Orientierungsrahmen mehr. Im Gegenteil, der Kalte Krieg war selbst zum Problem geworden.<sup>32</sup>

Zweitens: In der sozialdemokratischen Auseinandersetzung mit Krieg und Frieden wurden traditionelle Vorstellungen von Europa und der Welt neu ausgehandelt. Wie die Sozialistische Internationale in einer Erklärung formulierte, war die Atombombe eine globale Bedrohung, der niemand entinnen konnte. Deshalb verlor in den achtziger Jahren für viele europäische Sozialdemokraten die Idee des souveränen Staates an Überzeugungskraft. Einer globalen Bedrohung, so die Argumentation, könne nur mit internationalistischen Ansätzen begegnet werden. Gerade der SI-Vorsitzende Willy Brandt skizzierte als Ausweg aus der Konfrontation mit Problemlagen, von denen die ganze Menschheit betroffen war, ein Mehr an Interdependenz und Zusammenarbeit. Brandts Antwort auf die Herausforderung einer globalen Risikogemeinschaft war nicht der Rückzug auf nationalstaatliches Handeln, sondern die Intensivierung von supranationaler und internationaler Kooperation. Die hier ihren Ausgang nehmenden weltgesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen, die für die achtziger Jahre charakteristisch waren, transzendierten den nationalen Raum vor dem Hintergrund ubiquitärer Unsicherheitswahrnehmungen.<sup>33</sup>

Ich fasse meine Argumentation zusammen. Die Friedensfrage beschäftigte die europäischen Sozialdemokratien in den achtziger Jahren so intensiv wie lange nicht mehr. Die Ursache dafür waren die sich verschärfende Ost-West-Konfrontation, der sich beschleunigende Rüstungswettlauf und die Perspektive eines nuklearen Krieges in Europa. Die Parteien der Sozialistischen Internationale waren sich jedoch höchst uneinig, wie auf diese Gefahren zu reagieren sei. Während die französischen Sozialisten an den Prinzipien der traditionellen Sicherheitspolitik festhielten, gerieten das Gleichgewichtsdenken, die Abschreckungsdoktrin und die Rüstungskontrollidee in

---

<sup>32</sup> Vgl. J. Hansen, *Zwischen Staat und Strasse*, *op. cit.*, S. 543.

<sup>33</sup> Vgl. *Ibid.*, S. 545-547.

der deutschen Sozialdemokratie in eine elementare Legitimationskrise. Vor allem das Konzept der „Gemeinsamen Sicherheit“, das Vertrauen als Ressource in den internationalen Beziehungen zu etablieren versuchte, stiess in Paris auf vehemente Ablehnung. Trotz aller Gegensätze blieb der semantische Bezug auf Frieden in den achtziger Jahren ein wichtiges Erkennungszeichen sozialdemokratischer Debatten. Denn der Rekurs auf historische Traditionsbestände sollte Legitimität in unterschiedlichen nationalen Kontexten stiften. Wie ich abschliessend thesenartig skizziert habe, verhalf die Friedensfrage in einer langfristigen Perspektive Deutungsansprüchen zum Durchbruch, die die Überwindung des Kalten Krieges in weltgesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen imaginierten.

# Nachhaltige Entwicklung bedingt soziale Gerechtigkeit und Frieden: Rolle und Potenziale der Zivilgesellschaft im Entwicklungsprozess

Ruth Daellenbach

Wo Kriege, mangelnde Rechtsstaatlichkeit oder Ungerechtigkeit vorherrschen, bleiben die Menschen in Armut und Perspektivlosigkeit gefangen. Frieden, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung bedingen und verstärken sich gegenseitig.

Die Zivilgesellschaft<sup>1</sup> ist eine zentrale Akteurin im Entwicklungsprozess: Sie steht für die Stärkung demokratischer Prozesse und politischer Partizipation und setzt sich ein für Menschenrechte und Umwelt, für soziale Gerechtigkeit und Gendergerechtigkeit. Organisationen der Zivilgesellschaft vertreten die Menschen an der Basis und bringen deren Stimme in den politischen Prozess ein.

Die Handlungsräume für die Zivilgesellschaft werden jedoch in vielen Ländern und Regionen zunehmend enger und insbesondere die politische Arbeit wird durch restriktive Gesetzgebungen massiv eingeschränkt.

Die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) trägt dazu bei, die Rolle der Zivilgesellschaft zu stärken. In den Partnerländern engagieren sich lokale und internationale Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Organisationen der Zivilgesellschaft (CSO) in Projekten und Kampagnen, um vor Ort an sozialen Veränderungen zu arbeiten. Auf globaler Ebene beteiligen sich Netzwerke und Allianzen von NGO / CSO am Politik-Dialog und bringen ihr Gewicht ein um entwicklungsfördernde Rahmenbedingungen zu gestalten.

## Einleitung

Die EZA will dazu beitragen, die Armut zu bekämpfen und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Dafür unterstützt sie den Aufbau von demokratischen Strukturen und Rechtsstaatlichkeit. Sie fördert den Zugang zu Bildung und Gesundheitswesen sowie eine ökonomische Entwicklung, welche die Bedürfnisse von armen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen integriert.

---

<sup>1</sup> Zivilgesellschaft: Der Bereich des freiwilligen und kollektiven Handelns einer Gesellschaft, welches nicht von Staat, Wirtschaft oder Familie bestimmt ist. Die Zivilgesellschaft strukturiert sich in nicht-profitorientierte Vereinigungen; vor allem Nichtregierungsorganisationen (NGO) respektive Zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSO).

Die grössten Hindernisse für Entwicklung sind auf der einen Seite fragile Staaten, schlechte Regierungsführung, Konflikte und Korruption. Auf der anderen Seite sind es Wirtschafts- und Finanzsysteme, die Gewinner und Verlierer produzieren, die weltweit wie auch innerhalb der Länder soziale Ungleichheit fördern und für ihre Gewinnmaximierung auch die Ausbeutung von Menschen und Umwelt in Kauf nehmen.

Während lange Zeit die Reduktion der weltweiten Armut als oberstes Entwicklungsziel gesehen wurde, rückt heute der Kampf gegen die zunehmende soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit in den Fokus der Entwicklungspolitik. Soziale Verwerfungen und anscheinend unüberwindbare Gräben zwischen einer reichen Elite und Massen von Menschen in Armut zerstören den sozialen Zusammenhalt und behindern Prozesse, die zu nachhaltiger Entwicklung führen sollen.

Der folgende Beitrag beleuchtet die internationale Zusammenarbeit im Kontext von Frieden und Gerechtigkeit und reflektiert die Rolle der Zivilgesellschaft in diesem Prozess. Kapitel eins gibt einen Überblick über Entwicklungspolitisches Engagement einerseits konkret auf der Handlungsebene in verschiedenen Konfliktphasen, andererseits auf der Ebene der *Policy*-Diskussion. Kapitel zwei fokussiert auf die Frage der Zivilgesellschaft als Akteure für Entwicklung und auf deren Rolle im Komplementarität zu anderen Akteuren und spezifisch in Krisensituationen. Kapitel drei befasst sich mit dem Phänomen des „*shrinking space*“, also der abnehmenden Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliches Handeln. Ein letzter Abschnitt fasst die wichtigsten Erkenntnisse abschliessend zusammen.

## 1. Internationale Zusammenarbeit und Frieden

Frieden und Sicherheit sind zentrale Fragen für Entwicklung. Die Internationale Zusammenarbeit ist immer in einem Kontext engagiert, der von direkter physischer oder struktureller Gewalt geprägt ist und in dem ungenügende Sicherheitsperspektiven jede Entwicklung beeinflussen und behindern.

Dabei orientieren wir uns am Verständnis von Frieden, der mehr ist als die Abwesenheit von Krieg und gewaltsamen Konflikten, nämlich eine Situation, in der Gleichberechtigung und Gerechtigkeit herrschen und so Entwicklung stattfinden kann.

Entsprechend bedingt Sicherheit nicht nur physische Sicherheit und den Verzicht auf Gewaltandrohung, sondern menschliches Wohlbefinden mit der Möglichkeit von politischer Teilhabe, Schutz vor Ausbeutung und Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung oder lebensnotwendigen Ressourcen.

So verstanden sind Frieden und Sicherheit unauflösbar verflochten mit Entwicklung und Gerechtigkeit.

### *Konkretes Engagement im Kontext von Gewalt und Konflikten*

In der operativen Arbeit ist die Internationale Zusammenarbeit (IZA) – Entwicklung und Humanitäre Hilfe – mit Projekten und Interventionen in unterschiedlichen Phasen von Konfliktsituationen engagiert. Sie arbeitet in oder während Konfliktsituationen, in post-Konflikt Phasen sowie an Konflikten selber.

*Die Arbeit in der Konfliktsituation* konzentriert sich auf humanitäre Hilfe. Sie leistet Nothilfe an Flüchtlinge und Vertriebene oder unterstützt Länder und Gastfamilien, die Flüchtlinge aufnehmen. Nach Möglichkeit engagiert sie sich für den Schutz und die psychosoziale Betreuung der Opfer, insbesondere von Frauen und Kindern.

Diese Arbeit orientiert sich an den geltenden humanitären Prinzipien von Humanität, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit. Allerdings werden diese Prinzipien in Realität sehr oft untergraben, und zwar immer dort, wo die Humanitäre Hilfe ein Instrument von politischen Interessen oder Kriegsführung wird. Dies passiert zum Beispiel in Syrien, wo der Zugang zu Opfern massiv eingeschränkt ist. Oder in Afghanistan, wo vor allem die USA militärische Missionen mit humanitären Aufgaben betrauten, um „Hearts and minds“ (Herzen und Köpfe) der Bevölkerung zu gewinnen. Die humanitäre Hilfe wird für politische Ziele vereinnahmt und entfernt sich von ihrem eigentlichen Zweck.

*Post-Konflikt:* Die Arbeit nach Kriegerischen Auseinandersetzungen startet oft als humanitäre Hilfe im Rahmen von Wiederaufbau und geht dann in längerfristige Entwicklungsarbeit über. Dabei sollen insbesondere auch Strukturen geschaffen werden, welche die Basis sind für eine künftige Entwicklung im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich.

Eine klassische Aufgabe der IZA ist *die Arbeit an Konflikten*. Im Vordergrund stehen hier zum Beispiel Rechte für Minderheiten, Konflikte um Zugang zu Land und Ressourcen für ärmere Bevölkerungsschichten, die Respektierung von Arbeitsrechten und vieles mehr. Es gehört zu den Kernaufgaben von zivilgesellschaftlichen Organisationen CSO, die Bedürfnisse und die Rechte der Bevölkerung – respektive ihrer *Constituencies*<sup>2</sup> – in den Policyprozess einzubringen und deren Respektierung einzufordern.

### *Entwicklungspolicies auf internationaler Ebene*

Die aktuelle Entwicklungszusammenarbeit orientiert sich an der Milleniumsagenda (MDG), welche 2000 in der UNO verabschiedet wurde und bis 2015 die Armut abbauen und Lebensbedingungen für die Menschen verbessern will. Aktuell laufen die Vorbereitungen für die Post-2015 Agenda, welche die bisherigen MDG ablösen

---

<sup>2</sup> Trägerschaft einer CSO respektive Bevölkerungsgruppe, welche durch die CSO vertreten wird.

und einen künftigen Zielrahmen für nachhaltige Entwicklung formulieren will. Am Aushandlungsprozess beteiligt sind die Mitgliedsländer, internationale Organisationen, die internationale Zivilgesellschaft und der Privatsektor.

*Bisheriger Fokus auf Armut:* Die vorläufige Bilanz der internationalen Entwicklungsagenda „Millenniumsziele MDG“ stellt 2013<sup>3</sup> fest, dass die Armut seit 1990 um rund 700 Millionen Menschen reduziert werden konnte. Dies geht vor allem auf die Entwicklungen in asiatischen Schwellenländern zurück, während auf globaler Ebene weiterhin rund 1,2 Milliarden Menschen extrem arm sind. Besonders betroffen sind afrikanische Länder südlich der Sahara, wo der Anteil der in extremer Armut lebenden Bevölkerung 2012 weiterhin über 45% betrug.<sup>4</sup>

*Verstärkter Fokus auf soziale Ungerechtigkeit:* Hingegen haben weltweit vor allem seit den 1980er Jahren die sozialen Gräben zugenommen, dies insbesondere auch in Länder mit rasch wachsenden Märkten. Insbesondere die BRICS Staaten Südafrika, Brasilien und China gehören gemäss dem Gini Index<sup>5</sup> zu der Gruppe der 30 Länder mit den extremsten Einkommensunterschieden. Von den westlichen Industriestaaten zeigen vor allem die USA, Grossbritannien und Japan die grössten Gräben zwischen arm und reich.<sup>6</sup> Die Krise seit 2008 hat diese Gräben weiter vertieft und das globale Wirtschafts- und Finanzsystem viel von seiner Glaubwürdigkeit verloren. So rückte nebst der reinen Armutsbekämpfung auch die Frage der sozialen Gerechtigkeit vermehrt in den Fokus der Entwicklungspolitik und gewinnt an Bedeutung im Blick auf nachhaltige Entwicklung.

*Fragile Länder:* Als fragil werden Länder eingestuft, in denen schwache staatliche Institutionen ihre Aufgaben und Grundfunktionen wie Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit oder öffentliche Dienstleistungen nicht gewährleisten können. Die Bevölkerung leidet unter grosser Armut, Gewalt, Korruption, politischer Willkür und Machtkämpfen. Die Zivilgesellschaft ist in solchen Systemen oftmals ebenfalls schwach ausgebildet – und dennoch übernehmen CSO wichtige Aufgaben, zum Beispiel in den Bereichen Bildung oder Gesundheit, die an sich in der Verantwortung des Staates wären. Auf der Liste der 30 fragilsten Länder weltweit gehören zwei Drittel zur Gruppe der ärmsten Länder (*Last developed countries*).<sup>7</sup> In diesen Ländern, haben die Menschen kaum Chancen auf Entwicklung und Fortschritte werden durch politische Krisen und Naturkatastrophen immer wieder zunichte gemacht.

Dies wird künftig die Entwicklungspolicies stärker prägen: Die Botschaft für die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit 2013-2016 setzt einen Schwerpunkt auf

---

<sup>3</sup> *The Millennium Development Goals*, UN Report 2013.

<sup>4</sup> Menschen mit weniger als 1,25 \$ pro Tag gelten gemäss UN-Definition als extrem arm.

<sup>5</sup> Der Gini Index zeigt das Mass von Gleichheit oder Ungleichheit der Verteilung von Vermögen und Einkommen.

<sup>6</sup> Weltbank, Daten, Gini index 2013. Verfügbar über <<http://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.GINI>>.

<sup>7</sup> OECD, DAC (Hg.), *Fragile States 2013*, Paris 2013. Verfügbar über <[www.oecd.org/dac/incaf/FragileStates2013.pdf](http://www.oecd.org/dac/incaf/FragileStates2013.pdf)>.

die Kooperation mit fragilen Ländern. Die Post-2015 Agenda wird ebenfalls einen neuen und verstärkten Akzent auf die Arbeit in fragilen Kontexten setzen.

### *Neue Herausforderung*

Das verstärkte Engagement in fragilen Ländern und der vermehrte Einbezug von Fragen zu sozialer Gerechtigkeit fordern die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit neu heraus. Entwicklung und Friedensförderung gehen Hand in Hand. Dabei ist klar, dass Entwicklung und soziale Veränderungen nur dann eine Chance auf Nachhaltigkeit haben, wenn sie von den lokalen Akteuren vor Ort getragen sind. Die Staaten sind in der Verantwortung für ihre Entwicklung und der Zivilgesellschaft kommt dabei eine tragende Rolle zu.

Entsprechend liegt auch in der Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Partnern aus dem Süden und aus dem Norden<sup>8</sup>, zwischen Entwicklungs-, Schwellen und Industriestaaten grosses Potenzial, wenn es gelingt, echte Partnerschaften auf der Basis von Gleichberechtigung und Solidarität aufzubauen.

## **2. Die Zivilgesellschaft als Akteurin im Entwicklungsprozess**

Traditionelle Akteure der Entwicklungszusammenarbeit sind westliche Staaten<sup>9</sup>, internationale Organisationen sowie Nichtregierungsorganisationen NGO.

### *Neue Akteure in der Internationalen Zusammenarbeit*

Seit einigen Jahren positionieren sich zunehmend sogenannte neue Akteure in der internationalen Zusammenarbeit: BRICS und andere Schwellenländer, die Golfstaaten, die Türkei. Sie arbeiten oft aus einer eigenen Logik und Interessenlage und konzentrieren ihre Kooperation tendenziell auf Regionen ihres direkten Umfeldes oder Einflussbereiches. Ihre Interventionen verbinden sich oft mit aussenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen. Bedingungen wie Menschenrechte oder gute Regierungsführung, wie sie traditionell an Entwicklungshilfe gekoppelt sind, treten in den Hintergrund. Für westliche Akteure sind dies bedenkliche Tendenzen, die Entwicklung behindern. Für die Empfängerländer<sup>10</sup> hingegen können dadurch neue Alternativen entstehen: Sie können sich ein Stück weit aus der Abhängigkeit von traditionellen Gebern lösen respektive mehr wählen, mit wem sie zusammenarbeiten und auf welche Art Bedingungen sie sich einlassen wollen.

---

<sup>8</sup> Nord / Süd: Gemäss der Begrifflichkeit „globaler Norden“ für Industrieländer und „globaler Süden“ für Entwicklungs- und Schwellenländer.

<sup>9</sup> Länder im Entwicklungsausschuss DAC der OECD: 26 Mitglieder, davon 20 europäische Länder, die EU sowie Australien, Japan, Kanada, Korea und die USA.

<sup>10</sup> Empfängerländer: Länder, die Gelder für Entwicklung und humanitäre Hilfe erhalten.

Dabei ist die Instrumentalisierung der Hilfe (wie oben in Kapitel 1 aufgezeigt) nicht ein ausschliessliches Charakteristikum von neuen Gebern, sondern prägt auch westliche Agendas.

Neuen Einfluss in internationaler Kooperation haben zunehmend auch philanthropische Stiftungen und Unternehmen der Privatwirtschaft. Genauso wie neue staatliche Akteure arbeiten auch sie oftmals ausserhalb von Kriterien und Standards, wie sie traditionelle Akteure vereinbart haben, und setzten ihre eigenen Agendas um.

Unter der Perspektive von „neuen globalen Partnerschaften“ sollen insbesondere auch Schwellenländer und der Privatsektor in die Entwicklungsdebatte eingebunden werden.<sup>11</sup>

Teil der globalen Entwicklungs-Partnerschaften ist auch die Zivilgesellschaft, die als eigenständige Akteurin anerkannt ist. NGO / CSO fördern Entwicklungsprojekte vor Ort und engagieren sich in Sensibilisierung und *Advocacy*-Arbeit, um die Bedürfnissen von armen und marginalisierten Menschen in die politische Agenda einzubringen. Internationale NGO-Netzwerke engagieren sich auf globaler und regionaler Ebene für entwicklungsfördernde Rahmenbedingungen und Themen.

#### *Die Rolle der Zivilgesellschaft in der Internationalen Zusammenarbeit*

„A well-functioning civil society and politically involved citizenry are the backbone of longer term sustainable development.“ (Eine gut funktionierende Zivilgesellschaft und politisch involvierte BürgerInnen sind das Rückgrat von nachhaltiger Entwicklung).<sup>12</sup>

Die Zivilgesellschaft als „Dritte Kraft“ nebst Staat und Wirtschaft soll im Entwicklungsprozess eine gestaltende wie auch eine kritische Rolle übernehmen. In der Internationalen Zusammenarbeit sind darum NGO aus Geberländern<sup>13</sup> und NGO / CSO in den jeweiligen Zielländern die sogenannten natürlichen Kooperationspartner. Dabei ist Klarheit über die jeweiligen Rollen, Potenziale und Grenzen eine zentrale Voraussetzung für eine wirkungsvolle Kooperation.

NGO und CSO sind Organisationen der Zivilgesellschaft ihrer Herkunftsländer und so grundsätzlich Teil von deren System.

Auf nationaler Ebene sind die NGO / CSO Gesprächspartner ihrer Regierungen und mischen sich in ihren jeweiligen Ländern in den politischen Prozess ein. Sie beteiligen sich am Politik-Dialog und haben als „*Watchdog*“ auch die Rolle der kritischen Beobachter von Regierungs- und Wirtschaftstätigkeit. Sie decken Missstände auf, fordern Transparenz und setzen sich für soziale und ökologische Standards ein. NGO / CSO bieten aber auch sehr konkrete Dienstleistungen an, die ih-

<sup>11</sup> Viertes Highlevel-Forum über Wirksamkeit der Entwicklungshilfe, *Busan Partnership for Effective Development Co-Operation*, Busan 2011.

<sup>12</sup> Dambisa Moyo, *Dead Aid: Why Aid is not Working and how There is a Better Way for Africa*, New York 2009.

<sup>13</sup> Geberländer: Länder, die im Rahmen der ODA (Offizielle Entwicklungshilfe) Finanzen für Entwicklung und Humanitäre Hilfe zu Verfügung stellen.

ren jeweiligen Zielgruppen zugute kommen respektive Entwicklungsprojekte umsetzen. In fragilen Kontexten übernehmen CSO gelegentlich Aufgaben, um die sich an sich der Staat kümmern müsste.

Im Rahmen der IZA kommt den NGO aus dem Norden die Rolle einer partnerschaftlichen Unterstützung zu, sowohl in Bezug auf politische Partizipation als auch in konkreten Projekten. Die Arbeit der Nord-NGO<sup>14</sup> konzentriert sich idealerweise im Wesentlichen auf finanzielle Beiträge, auf *capacity development* sowie auf die institutionelle Entwicklung und Stärkung der Partnerorganisation. Die „Ownership“ und Verantwortung für die Projekte und Kampagnen vor Ort bleibt dabei beim lokalen Akteur, bei der lokalen NGO / CSO, die nahe an der Basis arbeitet, die Bedürfnisse der Menschen kennt und deren Anliegen in den Entwicklungsprozess einbringt.

Eine Kernaufgabe von Nord-NGO ist darüber hinaus ihrerseits das Engagement im Politik-Dialog im eigenen Land. Hier geht es nicht nur darum, Unterstützung für entwicklungspolitische Anliegen zu mobilisieren, sondern insbesondere auch darum, politische Kohärenz einzufordern mit dem Ziel, dass sämtliche Politikbereiche – Handel, Wirtschaft, Sicherheit, Aussenpolitik etc. – entwicklungspolitischen Zielen und Menschenrechten Priorität einräumen vor kurzfristigen innenpolitischen oder gewinnorientierten Interessen.

Anders präsentieren sich die Rollen und Handlungspotenziale von NGO / CSO auf internationaler Ebene, wo sie sich in regionalen und internationalen Netzwerken treffen. Und dies ist auch das Momentum der Solidarität zwischen Nord- und Süd-NGO / CSO. Hier stehen sie sich nicht mehr als „Entwicklungshelfer“ und „Empfänger“ gegenüber, sondern sind Partner in Netzwerken, deren inhaltliche Anliegen Nord und Süd betreffen, so zum Beispiel der Abbau von sozialen Gräben, die Respektierung der Arbeitsrechte oder einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt.

Oft gehen die Arbeit vor Ort, in Entwicklungs- und Schwellenländern, mit internationalen Kampagnen Hand in Hand und es entstehen wichtige Synergien. Dazu im Kasten das Beispiel zur Hausarbeit.

### **Wirkungsvolles Engagement der Zivilgesellschaft: Beispiel Hausarbeit**

Die Arbeit in privaten Haushalten figuriert weltweit unter den prekärsten Arbeitsplätzen. Hausangestellte sind zum grossen Teil Wanderarbeiterinnen, vom Land in die Stadt, von armen in reichere Regionen. Dort sind sie ihren Arbeitgebern oft auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und von deren Willkür abhängig – ohne geregelte Arbeitszeiten, anständige Unterbringung oder einen angemessenen Lohn.

Auf nationaler und lokaler Ebene arbeiten Gewerkschaften an dieser Problematik. Sie versuchen die – in der Regel sehr isolierten – Hausangestellten zu erreichen, sie zu informieren und zu organisieren. Gegenüber den lokalen Behörden plädieren sie für eine bessere Gesetzgebung zum Schutz der Hausangestellten. Im Rahmen von Entwicklungsprogrammen wurden die Tätigkeiten dieser Gewerkschaften vielerorts von

<sup>14</sup> Nord-NGO: NGO aus Industrieländern respektive aus Geberländern.

Süd-NGO: NGO aus Entwicklungs- und Schwellenländern resp. aus Empfängerländern.

Nord-NGO unterstützt. Auf internationaler Ebene wurde 2011 eine Konvention für Hausangestellte verabschiedet.<sup>15</sup> Über internationale Netzwerke und Gewerkschaftsverbände beteiligten sich Gewerkschaften, NGO und CSO an den intensiven Vorbereitungen und Lobbyarbeit, damit die Konvention zustande kam; seither führen sie Kampagnen für deren Ratifizierung.

### *Rollen der Zivilgesellschaft in humanitären Krisen*

In humanitären Krisensituationen sind die Menschen vor Ort jeweils die Helfer der ersten Stunde – und sie bleiben auch, wenn die internationalen Helfer wieder abgezogen sind. Auch hier gilt: Lokale Akteure sind vor Ort verankert, verfügen über eigenen Kompetenzen und kennen die Situation und ihren Kontext am besten. Sie schaffen die Voraussetzungen dafür, dass humanitäre Projekte nachhaltig und in der Bevölkerung verankert sind. Nach Naturkatastrophen mit grossen Schäden an Mensch und Umwelt mobilisiert sich in der Regel rasch eine weltweite Hilfs-Karawane, die Helfer, Material, medizinische Versorgung und vieles mehr ins Katastrophengebiet bringt. Zweifelsfrei wird hier wichtige Hilfe geleistet.

So eindrücklich diese Solidarität ist, so schädlich kann sie hingegen sein, wenn die Hilfe das Wichtigste ausser Acht lässt: die lokale Verankerung ihrer Arbeit, basierend auf sehr genauen Kenntnissen von lokaler Kultur und Kontext und darum die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren von Anfang an. Gerade Haiti stand als Negativ-Beispiel dafür, wie nach dem Erdbeben 2010 eine Vielzahl von Kleinstorganisationen und Privatinitiativen das Land überschwemmte – mit viel Geld und beschränkten Kompetenzen – und so dazu beitrugen, die an sich schon schwachen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen zusätzlich auszuhebeln.

Interventionen in humanitären Krisen und insbesondere im Umfeld von Konfliktsituationen und fragilen Ländern erfordern eine besondere Sensibilität in der Kooperation mit der lokalen Zivilgesellschaft. Gerade in instabilen Situationen und fragilen Kontexten haben die Menschen und auch die ärmsten Bevölkerungsgruppen das Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit. Wobei – wie oben erwähnt – gerade hier auch Sicherheit in einem umfassenden Sinn zu sehen ist und nebst physischer Sicherheit aber auch politische Teilhabe, Schutz vor Ausbeutung und Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung oder lebensnotwendigen Ressourcen beinhaltet. Lokale CSO / NGO haben in solchen Kontexten grosse Handlungspotenziale. Ihre Verankerung vor Ort erleichtert richtige Kontextanalysen und sie sind es, welche die Stimme der Bevölkerung in den Prozess einbringen können.

In Konfliktsituationen können sie als nichtstaatliche Akteure zudem Freiräume haben, um ausserhalb der Konfliktdynamik zu agieren und Verbindungen zu schaffen zwischen Religionen, Ethnien oder Gruppen, wo die Gespräche zwischen Regierungen blockiert sind.

---

<sup>15</sup> Auf ihrer Jahreskonferenz im Juni 2011 verabschiedete die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) eine neue Konvention zum Schutz von Hausangestellten sowie eine Empfehlung zur Umsetzung dieser Normen.

Erleichtert wird diese Verständigungsarbeit insbesondere auch durch die Konzentration auf gemeinsame Themen und Aufgaben. Organisationen mit einer klaren thematischen Profilierung haben die Chance, sehr pragmatisch über das gemeinsame Thema Verbindungen zu schaffen und Kooperation über Grenzen hinweg aufzubauen. Gewerkschaften und Arbeitsrechtorganisationen zum Beispiel treffen sich dann nicht mehr als „Repräsentanten einer Konfliktpartei“, sondern als Kompetenzträger im Dienste des gemeinsamen Anliegens Arbeitsrechte. Das gleiche gilt zum Beispiel für Frauenorganisationen, für Gesundheits-NGO oder für Kinderhilfswerke. Erfahrungsgemäss erleichtert dieser pragmatische Ansatz auch in der Kooperation zwischen Nord- und Süd-NGO die Verständigung und Zusammenarbeit in Bezug auf Entwicklung und soziale Veränderung.

### 3. Zivilgesellschaft unter Druck

Das Ende des Kalten Krieges und die Neoliberale Agenda führten in den neunziger Jahren zu einem Bedeutungswandel für NGO / CSO. Sie wurden auf globaler und nationaler Ebene als eigenständige Akteure für Entwicklung anerkannt und sollten entsprechend unterstützt werden. In den letzten Jahren und vor allem seit 9/11 setzte wiederum eine Trendwende ein; der globale Krieg gegen den Terror hat Tür und Tor geöffnet für die Einschränkung von zivilgesellschaftlicher Tätigkeit. NGO / CSO gerieten vielerorts unter Generalverdacht von staatsfeindlicher oder terrorismusnaher Tätigkeit. Durch restriktive Gesetzgebungen werden ihr Handlungsspielraum eingeschränkt und oftmals ihre Tätigkeiten kriminalisiert.

Dieser Trend hat bis heute fortgesetzt. Das Internationale *Center for Not-for-Profit Law* (Internationales Zentrum für Gesetzgebung in Non-Profit-Bereich) stellt in seinem Bericht 2012 fest, dass zwischen 2005 und 2012 über 50 Länder restriktive Massnahmen zur Einschränkung der Zivilgesellschaft und NGO geplant oder umgesetzt haben. Die Einschränkungen laufen über verschiedene Instrumente und Kanäle<sup>16</sup>: Im Administrativen Bereich sind NGO mit hohem Aufwand für Registrierungen oder Visaanträge konfrontiert oder haben Auflagen in Bezug auf ihre Trägerschaften. Nicht registrierte Organisationen dürfen nicht arbeiten respektive wird ihre Arbeit rasch kriminalisiert und unterbunden.

Auf der operativen Ebene verlangen Länder die Übereinstimmung von NGO-Projekten mit der nationalen Politik oder reduzieren diese auf bestimmte Bereiche. Die Behörden nehmen überbordende Kontrollen vor und die Mitarbeiter der NGO werden ungenügend geschützt.

Sehr gross sind die Einschränkungen insbesondere in Bezug auf politische Arbeit: Die Meinungsfreiheit ist eingeschränkt, es gilt Zensur, Dissens wird kriminalisiert, Demonstrationen und öffentliche Versammlungen sind verboten. Und notabene werden Finanzflüsse kontrolliert und eingeschränkt.

---

<sup>16</sup> International Centre for Not-for-Profit-Law (Hg.), *„Defending Civil Society“ Report*, 2012. Verfügbar über: <[www.icnl.org/research/resources/dcs/DCS\\_Report\\_Second\\_Edition\\_English.pdf](http://www.icnl.org/research/resources/dcs/DCS_Report_Second_Edition_English.pdf)>.

## Zur Illustration Beispiele von restriktiven Gesetzen in Bezug auf NGO / CSO seit 2005

### *Administrative Hürden:*

- In *Katar* müssen die Gründer einer Organisation Staatsbürger sein und „Good conduct and reputation“ nachweisen.
- In *Kuba* riskieren Personen wegen Tätigkeit in nicht registrierten Organisationen Gefängnis.
- *Argentinisches* Gesetz erlaubt die Schliessung einer NGO, wenn dies „im öffentlichen Interesse“ ist; klare Kriterien fehlen.

### *Einschränkungen in Bezug auf die Tätigkeit:*

- In *Somaliland* und weiteren Ländern muss jede formal registrierte NGO garantieren, dass ihre Programme in Übereinstimmung sind mit dem nationalen Entwicklungsplan.

### *Politische Tätigkeit:*

- Gesetze in mehreren Ländern, darunter *Ägypten* und *Russland* verbieten die Beteiligung in politischen, extremistischen oder terroristischen Aktivitäten ohne diese Begriffe zu klären und einzugrenzen. Die vage Definition erlaubt dem Staat jederzeit, eine CSO Aktivität zu verbieten und die Organisation oder ihre Mitarbeiter als terroristisch zu qualifizieren.
- *Algerien* verlangt, dass NGO-Publikationen erst nach Prüfung und Bewilligung durch eine staatliche Stelle veröffentlicht werden.
- *Äthiopien* sieht für Aktionen, welche Terrorismus unterstützen (*encourage*) können, bis zu 20 Jahren Gefängnis vor; Terrorismus ist unklar definiert.
- In *Oman* müssen CSO für öffentliche Veranstaltungen die Erlaubnis des Ministeriums für Soziale Angelegenheiten einholen.

Dies sind exemplarisch ausgewählte Beispiele. Eine vollständige Liste für die Zeit seit 2005 findet sich im erwähnten Report.

Betroffen ist der ganze zivilgesellschaftliche Sektor und insbesondere jene NGO / CSO, die sich für demokratische Partizipation, für Menschenrechte und Umwelt oder für soziale Gerechtigkeit engagieren, und damit nicht nur ihre Regierungen herausfordern, sondern auch multinationale Unternehmen in die Pflicht nehmen.

## **Fazit**

Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Frieden bedingen sich gegenseitig. Nur wenn die Zivilgesellschaft als eigenständige Akteurin beteiligt ist, können Strukturen für nachhaltige Entwicklung aufgebaut werden.

NGO / CSO aus den Norden und Süden sind natürliche Kooperationspartner. Vor Ort engagieren sie sich in gemeinsamen Projekten, wobei hier Rollenklarheit besonders wichtig ist: Die *Ownership* und Verantwortung für die Arbeit vor Ort bleibt beim lokalen Partner – die Aufgabe der Nord-NGO ist Unterstützung der Süd-Partner und *Advocacy*-Arbeit im eigenen Land.

In NGO / CSO-Netzwerken trifft sich eine globale Zivilgesellschaft, die für entwicklungsfördernde Rahmenbedingungen sowie für soziale und ökologische Standards in Politik und Wirtschaft kämpft. Weiter engagieren sich die Netzwerke von NGO / CSO für eine starke Rolle der Zivilgesellschaft als eigenständige Akteurin im Entwicklungsprozess und für den entsprechenden Handlungsspielraum. Diese Netzwerke sind eine eigentliche Plattform der Solidarität: Die Organisationen der Zivilgesellschaft treffen sich als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe, im Dienste des gemeinsamen Anliegens und sie arbeiten auf der Basis von Grundwerten, für die sie universelle Gültigkeit beanspruchen.

# Der Trieb zum Krieg

Kathy Zarnegin

Keiner will den Krieg, aber die Geschichte der Menschheit ist bisher nie ohne ihn ausgekommen. Es gibt ihn tagtäglich auf verschiedenen Schauplätzen dieser Welt, es gibt ihn unentwegt auf mikroskopischer Ebene im Alltag. Die Psychoanalyse hat sich von Beginn an auch mit den zerstörerischen Aspekten unserer unbewussten Wünschen und Fantasien befasst. Ihr Beitrag in präventiver Hinsicht mag zwar marginal sein, die von ihr offen gelegten Strukturen liefern hingegen die entscheidenden Stichworte und Einsichten für eine ethisch motivierte Konfrontation mit der Faszination für Gewalt. Der Vortrag bezieht sich auf die Arbeiten von Freud und Lacan.

## Psychoanalyse

Lassen Sie mich mit einem pessimistischen Geständnis beginnen: Mit grösster Wahrscheinlichkeit liefert die Psychoanalyse als Kriegsprävention nicht die geeignetsten Instrumente! Sie ist eine Wissenschaft, die vor allem das einzelne Subjekt und seine Interessen in den Vordergrund stellt und, was immer wieder vergessen wird: Sie unternimmt den Versuch, dieses Subjekt von seiner irrationalen Seite zu verstehen. Das Subjekt der Geschichte im psychoanalytischen Sinne ist das Subjekt des Unbewussten. Dieser Standpunkt lässt mit Sicherheit nur einseitige Aussagen zu, aber das Gewicht dieser Einseitigkeit wiegt schwer.

Auch für Freud war es klar, dass der Krieg ein Phänomen ist, zu dessen Aufklärung – im präventiven Sinne – die Psychoanalyse nur einen bescheidenen Beitrag leisten kann. Und trotzdem unternahm er einige Male den Versuch, eine Erklärung dafür zu finden.

Als Albert Einstein ihm die berühmte Frage stellte: „Warum Krieg?“, ersetzte Freud in seiner Antwort das von Einstein in seinem Brief gebrauchte Wort Macht durch Gewalt.<sup>1</sup> Freud übernahm *dieses* Wort, weil für ihn am Anfang der Gemeinschaftsbildung mit dem Vaternord Gewalt stand.

„Vaternord“ bzw. die „Macht der Muskelkraft“, wie Freud an anderer Stelle seines Briefes an Einstein schreibt, stehen nicht nur am Anfang der Gemeinschaftsbildung. Freud versteht die Beziehung der Menschen unter einander, wie vor ihm

---

<sup>1</sup> Sigmund Freud, Warum Krieg?, in: Sigmund Freud, *Fragen der Gesellschaft. Ursprünge der Religion*, hg. von Alexander Mitscherlich [u.a.], Studienausgabe Bd. 9, Frankfurt a. M. 1994, S. 275-276.

Georg Simmel, als Interessenkonflikt, der nicht selten durch Anwendung von Gewalt gelöst wird.

Dieser ursprüngliche Kampf auf Leben und Tod – wie es von Hegel als Anerkennungsstruktur in seiner Phänomenologie des Geistes in Anspruch genommen wird – unterstreicht die Funktion des Mangels. Der eine hat etwas, was dem anderen (für sein Überleben) fehlt. Ohne dieses Konzept wäre es nicht verständlich, weshalb Gewalt auch in Gemeinschaften fortwirken kann, die nicht mehr ums Überleben kämpfen müssen.

Die Achse des Mangels organisiert den Kampf auf Leben und Tod und strukturiert das individuelle wie auch das gemeinschaftliche Leben der Menschen. Simone Weil, die engagierte französische Philosophin, die sich in vielen Essays mit den Themen Krieg und Gewalt, vor allem aus marxistischer Sicht, auseinandergesetzt hat, spricht etwas Ähnliches an, wenn sie die Konkurrenz als das Basisinteraktionsfeld unter den Menschen annimmt.<sup>2</sup> Doch der Konkurrenz geht noch etwas voraus, was die Philosophin ausser Acht lässt: die Annahme eines Mangels bzw. die Angst davor. Wobei diese Annahme durchaus und oft sogar einer imaginären Kategorie entspringt. Daraus ergeben sich unterschiedliche Weltbezüge, nämlich je nach dem, auf welcher Achse sich ein Subjekt seinen Bezug zum Mangel definiert bzw. inszeniert. Konkret: Diese Beziehung ist es, die ausschlaggebend sein wird für die Art und Weise, wie ein Subjekt sein Begehren zu befriedigen versucht.

Freud leitet in Anlehnung an Nietzsche auch das Recht von der Gewalt ab: Das Recht ist die Macht einer Gemeinschaft (Vereinigung mehrerer Schwachen gegen die Gewalt des Einzelnen). Was sich mit der Gemeinschaftsbildung im Rechtsbegriff ändert, ist, dass die Gewalt nur überwunden, nicht aber abgeschafft wird. Die Gewalt bleibt latent erhalten, sie wird seitens der Herrschaft monopolisiert. Das ist, wenn man so will, die Freudsche Strukturhypothese, für die Erklärung der Gewalt.

### Triebhypothese

Das Freudsche Triebssystem ist, wie allgemein bekannt, dual konzipiert. Für Freud gehen die Erscheinungen des Lebens aus dem Zusammen- und Gegeneinanderwirken des Sexual- und des Todestriebes hervor. Dabei ist zu beachten: Eros bedeutet nicht inflationärer Sex wie auch der Todestrieb nicht gleichzusetzen ist mit einem Wutanfall. Menschliche Handlungen basieren auf dem Zusammenwirken von Liebe und Hass. Die Liebe betont die Bindung, der Hass die Zerstörung, wobei diese „Gewaltentrennung“ in der Praxis so gut wie nie lupenrein gegeben ist. Wo Liebe ist, ist auch oft der Hass am Werk, wo der Hass am Werk ist, lauert nicht selten eine verdeckte Bewunderung oder Zuneigung.

Liebe allein kann nicht der Kern des Friedenswunsches sein. Im Gegenteil: Wo eine grosse Liebe bedroht ist, ist die Kampf- und Kriegsbereitschaft umso leidenschaftlicher, was erklärt, warum Kriegsbereitschaft eine libidinöse Komponente hat

---

<sup>2</sup> Vgl. Simone Weil, *Krieg und Gewalt, Essays und Aufzeichnungen*, Zürich 2011.

und inwiefern Gruppen- und Clanbildungen nicht immer zum Frieden führen müssen. Die Liebe kann also gleichermaßen zum Krieg treiben wie zum Frieden. Und aus demselben Grund können Kriege eine kollektive Identität verstärken. Ich komme später auf diese Thematik nochmals zurück, um zu versuchen, die Liebe irgendwie doch noch zu retten!

Nehmen wir ein anderes Beispiel für die Kohabitation von den gegensätzlichen Trieben: Der Selbsterhaltungstrieb steht primär im Dienste des Eros allein. Dieser aber kann nicht auf die Dienste des Aggressionstriebes verzichten, wenn er seine Selbsterhaltung durchsetzen will. Der Widerstreit bzw. die Verzahnung der beiden Triebe lässt sich immer und überall registrieren.

Der Destruktionstrieb ist in seinem Kern Todestrieb und arbeitet innerhalb jedes lebenden Wesens und hat zum Ziel, „das Leben zum Zustand der unbelebten Materie zurückzuführen“ (siehe Konsumwahn!). Der Todestrieb wird also zum Destruktionstrieb, wenn er zum Zweck der Selbsterhaltung seine Kräfte nach aussen wendet, das fremde Leben zerstört, und auf diese Weise glaubt, den Tod aus dem eigenen Leben zu verbannen: Der Kampf ums Dasein ist ein Kampf des Lebens gegen den Tod.

Diese Grundlage verleitet Freud zur pessimistischen Diagnose, „dass es keine Aussicht hat, die aggressiven Neigungen der Menschen abschaffen zu wollen“. Allerdings räumt er die Möglichkeit ein, dass „man versuchen kann, diese Neigungen soweit abzulenken, dass sie nicht ihren Ausdruck im Krieg finden“.

Dazu macht Freud zwei konkrete Vorschläge, die die aggressiven Neigungen der Menschen zügeln könnten: Erstens Kulturarbeit; zweitens die Liebe, Nächstenliebe.

### **Kulturarbeit und Nächstenliebe**

Die Kulturarbeit könnte zwar in dieser Hinsicht etwas leisten. Vergegenwärtigt man sich jedoch das Involviert sein von vielen Intellektuellen und Kulturschaffenden und Bildungsinstitutionen in verbrecherischen Machenschaften wie Nationalsozialismus, dann wird Freuds skeptische Haltung, Kulturleistung als eine ultimative Kriegsprävention anzunehmen, nachvollziehbar. In ‚Zeitgemässes über Krieg und Tod‘ kommt Freuds Enttäuschung unverblümt zum Ausdruck, wenn er schreibt: „[E]s sind nicht die unkultivierten Rassen und zurückgebliebenen Schichten der Bevölkerung“<sup>3</sup>, die noch nicht so weit sind, den Krieg zu vermeiden, sondern es sind die „Kulturvölker“, die ihren friedlichen Austausch vergessen, „fremd“ und „feindlich“ gleichsetzen und einander von der Kulturgemeinschaft ausschliessen. Sublimierung durch Kulturleistung kann also nicht der letzte Garant gegen aggressive Triebe sein. Was bleibt uns noch übrig?

---

<sup>3</sup> Sigmund Freud, *Zeitgemässes über Krieg und Tod*, in: Sigmund Freud, *Fragen der Gesellschaft. Ursprünge der Religion*, hg. von Alexander Mitscherlich [u.a.], Studienausgabe Bd. 9, Frankfurt a. M. 1994, S. 36.

Was die Gewalt nicht ausmerzen, ihr aber die Stirn bieten kann, ist für Freud noch mehr als die Kulturarbeit die Liebe.<sup>4</sup> Die Nächstenliebe geht weit über die Liebe hinaus, weil sie eine Liebe zum anderen verlangt, die scheinbar ohne Nutzen ist. Aber warum sollte ich meinen Nächsten lieben, auch wenn er es nicht verdient? Die Nächstenliebe ist also eine problematische Liebe, und Freud argumentiert in der Tradition der Religionen, weil er vorschlägt, die Selbstliebe zum Vorbild zu nehmen (liebe deinen Nächsten wie dich selbst!).

Das Problem der Nächstenliebe ist mit dieser Formel nicht gelöst, sondern sogar verschärft. Weil, wenn die Selbstliebe zum Vorbild erklärt wird, dann ist die Nächstenliebe keine selbstlose Liebe mehr, sondern deren Gegenteil.

Freud ist überzeugt: Die menschliche Natur ist die Ursache für Gewalt und Destruktion. Die menschliche Natur im freudschen Sinne ist die Triebnatur des Menschen, die sich stets im Kampf mit den Anforderungen der Gesellschaft findet. Die Nächstenliebe ist problematisch, weil sie nach dem greift, was das Ich des Menschen in seinem Innersten zusammenhält und ihm am Kostbarsten ist: die Selbstliebe. Fragen wir also nach der Selbstliebe.

Die Selbstliebe setzt eine spiegelbildliche Beziehung voraus. Sie erlaubt mir, die, die ich bin, mit dem Bild zusammen zu bringen, das im Auge des Betrachters von mir erscheint. Das kann aber nur gelingen, wenn es eine Stimme gibt, die mir sagt, was ich sehe (die mir zum Beispiel sagt, das bist du). Die Selbstliebe funktioniert also nicht ohne die Intervention eines anderen, d.h. einer Drittinanz. Daraus lernen wir, dass die erste, ursprüngliche Liebe, die Liebe des anderen ist. Die Liebe des anderen ist der Referenzpunkt der Selbstliebe. Indem ich im anderen, der mir im Spiegel erscheint, mich selbst erkenne, vollzieht sich die Selbstliebe. Und damit diese Selbstliebe ist, schliesse ich gleichzeitig den Anderen des Referenzpunktes aus. Mit anderen Worten: Die Selbstliebe ist an die Negation gekoppelt. Und die Liebe ist der Klebstoff wie Lacan sagen wird, des Ich, der mir erlaubt, ein- und auszuschliessen. Was dabei vergessen geht, bzw. verdrängt wird, ist der Ursprung der Selbstliebe aus der Liebe des anderen.

Wenn ich also nach dem Vorbild der Selbstliebe liebe, befinde ich mich am Platz des Dritten, von dem aus es mir möglich ist, den nächsten als ein anderes Ich zu erkennen.

Für den Nächsten bin ich der Andere, jener Referenzpunkt, von dem aus er sich selbst als Ich erfassen kann. Die Selbstliebe wäre daher der Angelpunkt für die Anerkennung des anderen als anderes Subjekt. Konkret: Der Nächste, der im Gebot der Nächstenliebe angesprochen wird, ist der Dritte, der in der Liebe zu mir selbst verdrängt wird. Die Nächstenliebe bezieht sich auf die Differenz des Subjektes, auf dieses ursprünglich verdrängte soziale Band, die Sprache, aus der das menschliche Subjekt hervorgeht. Nächstenliebe ist eine Forderung der Sprache, sie gehört zu den

---

<sup>4</sup> Der Psychoanalytiker Michael Schmid hat diese Problematik des Freudschen Vorschlags luzid und konsequent herausgearbeitet. Ich werde mich im Folgenden auf seine Anregungen stützen. Vgl. Michael Schmid, «Make Love not War?», in: *RISS, Zeitschrift für Psychoanalyse* 1 (2004), S. 87-107.

Gesetzen der Sprache. Das heisst aber auch, dass die Forderung der Nächstenliebe zugleich eine Paradoxie ist, weil ich auch die Nächstenliebe instrumentalisieren kann wie die Liebe selbst.

Die versteckte Realität des Subjekts hinter dem Bild, in dem es seine eidetische Identität im selben Akt erkennt und sich von ihr abhebt, ist diejenige des Todes, wie dies Narzissens Geschichte beibringt. Das Subjekt ist in *statu nascendi* eine tödliche Realität. Es ist nicht so, dass das Böse nur im anderen, mir fremden aufblitzt, im so genannten nächsten, sondern im innersten Kern des Menschen, im Innersten des Geniessens pocht die Aggressivität. Die Einsicht in die eigenen aggressiven Wünsche und Abwehrmanöver gibt uns immerhin die Möglichkeit, von einer manichäischen Teilung der Welt in Gut und Böse Abschied zu nehmen. Die Erkenntnis der Kräfte, die in uns wirken, und die von anderen – egal bewusst oder unbewusst – bedient werden, enthebt uns aber nicht unserer Verantwortung.

### Prävention

Man muss wissen, dass jede Utopie zugleich auch eine Alptrauminszenierung ist (Platon, Thomas More, George Orwell) und man muss auch wissen, welchen Frieden man will. Von diesem Moment an, kann die Psychoanalyse wenig anrichten, aber ihr Subjekt schon. Damit ist gesagt, dass der Kampf um den Frieden keineswegs auf ideologischer Basis fussen darf.

Ich werde die Schlussworte meines Beitrages aus dem Blickwinkel eines solchen Subjekts formulieren. Der Krieg hat verschiedene Gesichter und hat zu vielen heterogenen Phänomenen latenten Bezug: Der Chefplaner der Nazideportationen hatte einen Bürojob und bezeichnete Immanuel Kant als seinen Lieblingsautor, jeden Abend werfen etliche Cafés in fast allen europäischen Städten ihre nicht verkaufte Ware im Wert von Tausenden von Franken weg, zahlreiche Menschen werden krank, verlieren ihre Arbeit oder bringen sich um, weil die Situation an ihrem Arbeitsplatz unzumutbare Züge trägt. Viele Menschen haben mehr Angst vor einem Altersheim als vor einem Atomkrieg und Fleischkonsum erzeugt mehr Empörung als das Abfeuern einer Rakete. Gleichmacherische Ansprüche: Der Reiche sollte (...), weil er den Mangel nicht kennt, oder der Arme sollte, weil er (...) kennt – greifen nicht. – Wir leben in einer Welt, in der die Mechanismen der Wirtschaft uns längst überholt und versklavt haben: Es gilt daher, Vorsicht walten zu lassen, was den Umgang mit unseren Idealen betrifft. Das heisst: Wie setzen wir sie ein? Wie verteidigen wir sie? Welche Massnahmen ergreifen wir für deren Verbreitung? Kennen wir Grenzen, wenn es um unsere Ideale geht? Oder sind die Entscheidungen, Linien, schon immer getroffen und jedes Mittel recht? – Der Krieg hat seinen Ursprung in kleinsten menschlichen Interaktionen, in denen längst nicht jemand physisch vernichtet, sondern die Würde seiner Existenz übergangen wird. Der Krieg findet dort statt, wo jemand gesichtslos gemacht wird. Auf dieser Mikroebene ist eine echte, wahrhaftige Kriegsprävention denkbar, alles andere liefe Gefahr, in gewinnbringende Formen von westlicher Verwaltungs- und Bürokratieapparatur zu verschwinden.

# Durch (Un-)Sicherheit und Zirkulationsfreiheit regieren

## Zur Rationalität der Schweizer Sicherheitspolitik

Michael Mülli

„Der Terrorismus“ sei für die Schweiz eine „allgegenwärtige Bedrohung“, schreibt in alarmiertem Ton die Schweizer Regierung in ihrem sicherheitspolitischen Bericht aus dem Jahr 2010.<sup>1</sup> Angesichts dieses und weiterer Bedrohungsszenarien ergibt sich für die Regierung (Bundesrat) die Notwendigkeit von „Sicherheitspolitik“ mit dem Ziel, „die Handlungsfähigkeit, Selbstbestimmung und Integrität der Schweiz und ihrer Bevölkerung sowie ihrer Lebensgrundlagen“<sup>2</sup> zu schützen. In seinem Bericht verknüpft der Bundesrat also die Themen Sicherheit und Bevölkerung. Dieser Verknüpfung spüre ich im Folgenden nach. Sie hat bereits den französischen Philosophen Michel Foucault in seinen Analysen der Macht prominent beschäftigt.<sup>3</sup> Bei Foucault gehört diese Verknüpfung zum Machttyp der liberalen Regierung der Bevölkerung, die sich ab dem 18. Jahrhundert neben die Machtformen der Souveränität und der Disziplin schiebt. Machttypen zeichnen sich nach Foucault primär dadurch aus, dass sie Macht auf je spezifische Weise rationalisieren und ausüben. Sie zielen dabei auf eine bestimmte „Hauptzielscheibe“, berufen sich auf ein spezifisches Wissen über die Welt und bringen ebenso spezifische „Sicherheitsdispositive“ zum Einsatz.<sup>4</sup> Die selbst gestellte Herausforderung liberaler Sicherheitspolitik besteht darin, in der Bevölkerung, „eine Zirkulation von Interessen, Gütern oder Informationen gegen Gefahren abzusichern ohne die Zirkulation lahm zu legen“.<sup>5</sup> Weil diese Prozesse der wirtschaft-

---

<sup>1</sup> Bundesrat, *Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz*, Bern 2010, <<http://www.vbs.admin.ch/internet/vbs/de/home/themen/security/sipol09/bericht09.html>> [25.09.2012].

<sup>2</sup> Ibid., S. 8.

<sup>3</sup> Michel Foucault, *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Vorlesung am Collège de France 1977-1978*, Frankfurt a. M. 2006; Michel Foucault, *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Vorlesung am Collège de France 1978-1979*, Frankfurt a. M. 2006.

<sup>4</sup> M. Foucault 2006, *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, *op. cit.*, S. 162.

<sup>5</sup> Sven Opitz, *Zwischen Sicherheitsdispositiven und Securitization: Zur Analytik illiberaler Gouvernementalität*, in: Patricia Purtschert, Katrin Meyer, Yves Winter (Hg.): *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*, Bielefeld 2008, S. 213-214.

lichen Zirkulation als permanent bedroht vorgestellt werden, müssen zu ihrer Sicherung Interventionen der Sicherheitsdispositive erfolgen.

Ich begreife die im sicherheitspolitischen Bericht unternommene Lageanalyse und die darin vorgeschlagenen Strategien und Instrumente als Repräsentation der Schweizer Sicherheitspolitik. Angelehnt an Foucaults Überlegungen lautet meine Fragestellung: Was bedeutet Sicherheit in der Schweizer Sicherheitspolitik überhaupt? Oder genauer gefragt: Wer oder was gilt im Szenario des sicherheitspolitischen Berichts als schützenswert, was als Bedrohung? Wie wird dieses Schützenswerte, wie das Bedrohliche konstruiert? Welche Interventionen und Instrumente schliessen an diese Konstruktionen an, mit welchen Zielen? Meinen Fragen gehe ich in dieser Reihenfolge nach.

Die Schweiz und ihre Bevölkerung durch Sicherheitspolitik zu regieren, so meine These, ist ohne Beschwörungen permanenter Unsicherheit und die Konstruktion der Bevölkerung als Gefährdungsgemeinschaft undenkbar. Das lässt sich beispielsweise an der sicherheitspolitischen Bearbeitung des sogenannten Terrorismus zeigen. In diese Bearbeitung ist ein Ensemble von Techniken eingeschrieben, welches – nicht ohne Schattierungen durch weitere Machttypen – tendenziell auf die Herstellung und Aufrechterhaltung von Zirkulationsfreiheit, Wettbewerb und Markt gerichtet ist.

### **Eine „allgegenwärtige Bedrohung“ des „kontinuierlichen Flusses“: Terrorismus und Bevölkerung**

Mit dem 2010 erschienen sicherheitspolitischen Bericht richtet sich der Schweizer Bundesrat (Exekutive) an das nationale Parlament (Legislative). Der Bericht hat Doppelcharakter: Aus der Sicht des Bundesrates beschreibt er einerseits Entwicklungen der letzten zehn Jahre und analysiert das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz. Andererseits gibt er der zukünftigen Sicherheitspolitik Leitlinien.<sup>6</sup> Der sicherheitspolitische Bericht ist also Analyseresultat und Strategiepapier zugleich. Als durch Sicherheitspolitik zu schützen werden „Handlungsfähigkeit, Selbstbestimmung und Integrität der Schweiz und ihrer Bevölkerung sowie ihre Lebensgrundlagen“<sup>7</sup> angegeben. Diese Formulierung legt einen doppelten Bezug auf Integrität nahe: Einerseits bezieht sich Integrität im Völkerrecht auf das Territorium. Völkerrechtlich geschützt sind die Unverletzlichkeit des Territoriums bzw. die Grenzen souveräner Staaten. In der Biologie andererseits bezieht sich Integrität auf die ungestörte Funktionsweise eines biologischen Organismus. Die Metaphorik des biologischen Organismus strukturiert die Vorstellung der Bevölkerung im sicherheitspolitischen Bericht. Die Bevölkerung erscheint als lebendiger Körper bzw. Kollektivkörper mit biologischen Prozessen. Der Sicherheitsbericht beschreibt die Bevölkerung als Organismus, in welchem durch einzelne Ereignisse „Kettenreaktionen (eine Störung in einem Be-

---

<sup>6</sup> Ibid., S. 2.

<sup>7</sup> Ibid.

reich verursacht Störungen in anderen Bereichen, die sich ihrerseits fortpflanzen)<sup>8</sup> ausgelöst werden. Der Karikaturenstreit in Dänemark habe gezeigt, wie schnell sich für die Sicherheit eine „Kettenreaktion“<sup>9</sup> ergeben könne. Das skizzierte Bild der mit kleinstem Aufwand induzierbaren Kettenreaktion erinnert an die Ansteckung eines Organismus mit einem Krankheitserreger und dessen anschliessend im Körperinnern ablaufende Reproduktion. Die Metaphorik des organischen Körpers, der physiologischen Zirkulation und ihren Störanfälligkeiten findet sich bereits im Analyseansatz des Berichts, welcher die „Anfälligkeit“ und die „potenzielle Verwundbarkeit der Schweiz“<sup>10</sup> aufzeigen soll. Das „Funktionieren“<sup>11</sup> von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hängt laut Bundesrat von einer Reihe „kritischer Infrastrukturen“<sup>12</sup> wie Energie-, Informations- oder Verkehrsinfrastruktur ab. Der Bericht prophezeit, die Verwundbarkeit der Gesellschaft werde weiter zunehmen, vor allem jene des „kontinuierlichen Flusses“<sup>13</sup> von Informationen, Energie, Waren und Personen. Aus der Sicht des Bundesrates erscheinen diese kritischen Infrastrukturen als lebensnotwendige Systeme des kollektiven Lebens. Sind sie in Gefahr, so lautet die Botschaft, ist die gesamte Bevölkerung an ihrem lebendigen Körper existenziell bedroht.<sup>14</sup>

Die Bevölkerung und ihre Prozesse gelten dem sicherheitspolitischen Bericht vor allem durch „den Terrorismus“<sup>15</sup> bedroht. In TABELLE 1 sind alle Bereiche kursiv gesetzt, in denen die Bedrohung durch Terrorismus nach Ansicht des Bundesrates direkt oder indirekt eine wichtige Rolle spielt.<sup>16</sup> Aufgrund dieser Häufung untersuche ich das Szenario des Terrorismus genauer. Was versteht der sicherheitspolitische Bericht unter Terrorismus? Der Bericht erläutert:

„Unter Terrorismus sind Anschläge auf Personen und Objekte zu verstehen, die von nichtstaatlichen Gruppierungen aus politisch-ideologischen Motiven verübt werden. Die Gefährdung durch ethnisch oder nationalistisch motivierten Terrorismus ging in den letzten Jahren in der Schweiz zurück. Besondere Bedeutung hat aber der Dschihadismus, eine weltweite, auch dem Terrorismus der Al Qaida zugrunde liegende islamistische Strömung. Bisher waren die Schweiz oder Schweizer Interessen im Ausland nicht direktes Ziel von Angriffen von Dschihadisten. Die Schweiz liegt jedoch in der westeuro-

---

<sup>8</sup> Ibid., S. 10.

<sup>9</sup> Ibid.

<sup>10</sup> Ibid., S. 18.

<sup>11</sup> Ibid.

<sup>12</sup> Ibid.

<sup>13</sup> Ibid.

<sup>14</sup> Zur Genealogie der Sicherheit kritischer Infrastrukturen als „lebensnotwendige Systeme“ siehe: Stephen J. Collier, Andrew Lakoff, *The Vulnerability of Vital Systems. How ‚Critical Infrastructure‘ Became a Security Problem*, in: Myriam Dunn Cavelty, Kristian Soby Kristensen (Hg.), *Securing ‚the Homeland‘. Critical Infrastructure, Risk and (In)security*, London 2008, S. 17-39.

<sup>15</sup> Bundesrat, *op. cit.*, S. 6.

<sup>16</sup> Ibid., S. 10-16, 18, 64-65, 67.

päischen Gefahrenzone des Dschihadismus und wird in der Propaganda wie andere europäische Länder als feindlich betrachtet. Obwohl sie weiterhin nicht als primäres Anschlagziel islamistisch motivierter Terroristen gilt, kann sie als Ausgangspunkt für terroristische Umtriebe missbraucht oder selbst zum Ziel werden.“<sup>17</sup>

Die homogenisierende und undifferenzierte Bezeichnung des Dschihadismus dient hier zur Herstellung eines unberechenbaren Anderen. Herausgestellt wird „der Dschihadismus“ als „weltweite [...] islamistische Strömung“ und Grundlage des „Terrorismus der Al Qaida“. In der Zeitdimension zeigt das Adverb „bisher“ an: Zwar wurde bis zum heutigen Tag kein terroristischer Anschlag in der Schweiz verübt. Wenn ein solcher aber ständig möglich ist, müssen wir heute präventiv handeln. Neben der Zeitdimension macht der Bericht die terroristische Bedrohung auch in der Raumdimension unmittelbar. Obwohl kein bisheriger Anschlag „Personen und Objekte“ im Territorium der Schweiz tangiert habe und diese „weiterhin nicht als primäres Anschlagziel“ gelte, könne sie als „Ausgangspunkt für terroristische Umtriebe missbraucht“ oder selbst zum „Ziel“ werden. Mit den Figuren der Schweiz als Ausgangspunkt und potentielles Ziel wird das Szenario der Bedrohungslage gegenwärtig gemacht und lokal verankert. Im Gegensatz zu dieser die Bedrohung lokalisierenden Bewegung dehnt eine zweite Argumentationsstrategie die Oberfläche der Verwundbarkeit räumlich aus: Über die leere Figur der „Schweizer Interessen im Ausland“ wird die Schweiz als nahezu überall auf dem Globus verwundbar dargestellt. Alle weltweit verübten Anschläge gelten nun potentiell auch der Schweiz: „In der Zwischenzeit [seit 1999, M. M.] haben Anschläge in New York und Washington, Bali, Istanbul, Madrid, London, Moskau und Mumbai stattgefunden; der Terrorismus bleibt allgegenwärtige Bedrohung.“<sup>18</sup> Der sicherheitspolitische Bericht setzt weit verstreute Ereignisse äquivalent. Das Ausbleiben von Differenzierungen und Spezifikationen der einzelnen Ereignisse ist aber kaum ein Fehler oder ein Versäumnis des sicherheitspolitischen Berichts. Vielmehr würden Differenzierungen die Verknüpfung der Ereignisse und damit ein einheitliches Bedrohungsszenario namens Terrorismus nicht zulassen.

Auffallend ist, wie wenig sich offenbar über die der Schweiz jederzeit und überall drohenden terroristischen Anschläge sagen lässt. Im Bericht ist zu lesen, die Welt sei heute zwar nicht grundlegend anders als vor zehn Jahren, doch sie habe sich „in verschiedener Hinsicht geändert“. „Das hat sie zwar nicht unbedingt gefährlicher gemacht, wahrscheinlich aber unberechenbarer.“<sup>19</sup> Es falle den Staaten zunehmend schwer, alle für ihre Sicherheit wichtigen Faktoren zu erkennen, deren Bedeutung einzuschätzen und so zu handeln, dass unbeabsichtigte Nebenwirkungen nicht die erwünschte Hauptwirkung in Frage stellten.<sup>20</sup> Der sicherheitspolitische Bericht ent-

---

<sup>17</sup> Ibid., S. 14.

<sup>18</sup> Ibid., S. 6.

<sup>19</sup> Ibid., S. 8.

<sup>20</sup> Ibid., S. 10.

wirft ein Szenario der Unberechenbarkeit, ohne etwas Konkretes wissen und sagen zu können. Trotz des Eingeständnisses, seine Lagebeschreibung müsse angesichts der „unübersichtlichen Gemengelage“ von Bedrohungen und Akteuren „diffus und abstrakt“<sup>21</sup> bleiben, hält der Bundesrat an Berichten dieser Art fest und strebt sogar an, seinen Bericht nun in kürzeren Abständen zu überarbeiten oder neu zu verfassen. Diese Konstellation von Wissen/Nichtwissen zeitigt Machteffekte: Das Parlament als Adressat des Berichts wird dazu angehalten, die Bevölkerung, ihr Leben, ihre Gegenwart und Zukunft als Träger von terroristischen Gefahren zu sehen. Die Bevölkerung der Schweiz wird als permanente und homogene „Gefährdungsgemeinschaft“<sup>22</sup> beschrieben.

Anhand dieser Beispiele ist ersichtlich, wie der sicherheitspolitische Bericht einerseits die Bevölkerung als bedroht und schützenswert, andererseits den Terrorismus als allgegenwärtige Bedrohung der Bevölkerung und ihrer Prozesse rahmt. Die permanente Bedrohung der Bevölkerung durch Terrorismus geht der Sicherheitspolitik also nicht einfach voraus – wobei der sicherheitspolitische Bericht bloss auf diese Bedrohung reagieren würde – vielmehr wird das Bedrohungsszenario im sicherheitspolitischen Bericht selber entworfen, d.h. konstruiert. Im Falle der Schweizer Sicherheitspolitik können wir daher mit Filippa Lentzos und Nikolas Rose von „Regieren von Sicherheit durch Unsicherheit“<sup>23</sup> sprechen.

### „Das Funktionieren dieses Systems“. Zur Sicherung der Zirkulation

Im sicherheitspolitischen Bericht werden acht Massnahmen der Sicherheit genannt. Einerseits finden sich darunter solche, welche wie Armee oder Nachrichtendienst eher dem Alltagsverständnis von Sicherheitsinstrumenten entsprechen. Andererseits werden auch Menschen- und Völkerrecht, Entwicklungszusammenarbeit, Neutralitätspolitik, Wirtschaftspolitik und Zivildienst unter die Instrumente der Sicherheitspolitik eingereiht. Auffällig ist beispielsweise die Einordnung des Zivildienstes unter die Sicherheitsinstrumente. Aufgrund seiner Entstehungsgeschichte, die in enger Verbindung mit den Bewegungen der Kriegsdienstverweigerer und des Pazifismus steht, würde man ihn hier nicht vermuten, zumal sein Vollzug dem Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung und nicht etwa dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport obliegt. Ebenso wenig würde man die Wirtschaftspolitik als Instrument der Sicherheitspolitik erwarten. Die Aneignung von Zivildienst und Wirtschaftspolitik als Techniken der Sicherheitspolitik können als

---

<sup>21</sup> Ibid., S. 18.

<sup>22</sup> Brian Massumi zitiert nach Thomas Lemke, «Dispositive der Unsicherheit im Neoliberalismus», in: *Widerspruch* 46 (2004), S. 93.

<sup>23</sup> Filippa Lentzos, Nikolas Rose, Die Unsicherheit regieren. Biologische Bedrohungen, Notfallplanung, Schutz und Resilienz in Europa, in: Patricia Purtschert, Katrin Meyer, Yves Winter (Hg.): *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*, Bielefeld 2008, S. 82.

Indiz der „zentrifugalen“<sup>24</sup> Ausdehnungstendenz gelesen werden, welche Michel Foucault der Sicherheit zuschreibt.<sup>25</sup> Sicherheitspolitik gilt dem Bundesrat denn auch als „Querschnittsaufgabe“: „Letztlich tragen alle politischen Bereiche in unterschiedlicher Intensität zur Sicherheit bei und sind für Massnahmen in ihrem Bereich verantwortlich.“<sup>26</sup> Politik wird im sicherheitspolitischen Bericht zwar nicht nur, aber immer auch zu Sicherheitspolitik. Zieht man in Betracht, dass Foucault Interventionen zur Sicherung der „Wirtschaftsprozesse oder für die Bevölkerung wesentlichen Phänomene“ als „Hauptziel“<sup>27</sup> der liberalen Regierung und ihrer Sicherheitsdispositive herausarbeitet, drängt sich die Untersuchung einer als Instrument der Sicherheitspolitik auftretenden Wirtschaftspolitik in besonderem Masse auf. Im Wesentlichen lassen sich in den bundesrätlichen Ausführungen zur Wirtschaftspolitik sechs Techniken der Sicherheit ausmachen.<sup>28</sup> Kursiv gesetzt sind jeweils die von mir dafür gewählten Bezeichnungen:

- *Standort- und Wettbewerbspolitik*: Wirtschaftspolitik meint für den Bundesrat die Stärkung der „Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Volkswirtschaft“ und die Förderung des „Wirtschaftsstandorts Schweiz“. Dies soll über die Schaffung rechtlicher „Rahmenbedingungen“ geschehen. Ziel der Wirtschaftspolitik sei ein langfristiges Wirtschaftswachstum, welches Arbeitsplätze schaffen, die Umwelt berücksichtigen sowie sozialen Ausgleich und gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherstellen soll.
- *Öffnung der Märkte*: Die Attraktivität der Schweiz für Investitionen und qualifizierte Arbeitskräfte soll erhöht werden. Über die Öffnung der Märkte soll die Zirkulation von Exporten, Importen und Investitionen verbessert werden.
- *Internationale Zusammenarbeit und Regelwerke*: Mit den Zielen der globalen Stabilität und eines Welthandelssystems offener Märkte strebt der Bundesrat völkerrechtliche Vereinbarungen und die internationale Zusammenarbeit zur Schaffung verbindlicher Regeln für die Weltwirtschaft an.
- *Verhinderung von Diskriminierung und Protektionismus*: Wo aus Sicherheitsüberlegungen der Handel eingeschränkt werde, müsse die Schweizer Wirtschaftspolitik dafür sorgen, dass die Auswirkungen dieser Einschränkungen so wenig handelsverzerrend wie möglich und nicht diskriminierend wirken. Namentlich Sicherheitsüberprüfungen bei Waren, Fi-

---

<sup>24</sup> M. Foucault 2006, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, *op. cit.*, S. 73.

<sup>25</sup> Ein weiterer Beleg für diese Interpretation findet sich unter den „Interessen und Zielen“ der Sicherheitspolitik (Bundesrat, *op. cit.*, S. 8). Dort werden zwar wirtschaftliche Prosperität, Wohlstand, eine freiheitliche Gesellschaft, die Förderung von Chancengleichheit und Zusammenhalt usw. als nationale Interessen definiert, welche „nicht *Sicherheitsinteressen* im engeren Sinn“ (Hervorhebung im Original) seien. Es sei nicht Aufgabe der Sicherheitspolitik, dafür zu sorgen, dass die politischen Institutionen funktionierten. Im selben Atemzug wird hingegen gesagt, Sicherheitspolitik habe die Aufgabe zu verhindern, „dass das Funktionieren dieser Institutionen durch Machtpolitik oder Kriminalität beeinträchtigt wird“.

<sup>26</sup> Bundesrat, *op. cit.*, S. 29.

<sup>27</sup> M. Foucault 2006, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, *op. cit.*, S. 506.

<sup>28</sup> Bundesrat, *op. cit.*, S. 63-67.

nanztransaktionen und im Geschäftsreiseverkehr dürften nicht zu protektionistischen Zwecken missbraucht werden.

- *Wirtschaftliche Landesversorgung*: Diese konzentrierte sich auf Versorgungsengpässe. Der Markt soll durch Angebotslenkungsmassnahmen solange wie möglich zu hundert Prozent mit lebenswichtigen Gütern wie Energie, Nahrungs- und Heilmitteln versorgt werden. Zur Not würden Massnahmen der Nachfragenlenkung wie Kontingentierung und Rationierung eingeführt.
- *Exportkontrollen und Wirtschaftssanktionen*: Durch die Beteiligung an international abgestützten Sanktionen werde auch die Sicherheit der Schweiz erhöht.

Die drei erstgenannten Massnahmen der Standort- und Wettbewerbspolitik, der Öffnung der Märkte sowie der internationalen Zusammenarbeit und der Bereitstellung von Regelwerken sind Techniken zur Herstellung von rechtlichen Rahmenbedingungen für Markt und Wettbewerb. Sie lassen sich als Techniken der „Rahmenpolitik“<sup>29</sup> bezeichnen. Die Verbindung von Rahmen- und Wettbewerbspolitik entspricht dem Neoliberalismus der ordoliberalen Freiburger Schule. Der Markt stellt darin nicht wie im klassischen Liberalismus eine natürliche ökonomische Realität dar, deren Eigengesetzlichkeiten die Regierung beachten und respektieren muss. Umgekehrt kann der Markt überhaupt nur durch politische Interventionen konstituiert und stabilisiert werden. Eine solche Vorstellung von Ökonomie erfordert eine Gesellschafts- oder Rahmenpolitik, welche die sozialen und rechtlichen Bedingungen für Wettbewerb und Markt laufend aktiv herstellt. „Man muss [...] nicht die Mechanismen der Marktwirtschaft beeinflussen, sondern die Bedingungen des Marktes.“<sup>30</sup> So sehr das Eingreifen der Regierung auf der Ebene der wirtschaftlichen Prozesse zurückhaltend sein soll, soll es im Gegensatz massiv sein, „sobald es um diese Gesamtheit von technischen, wissenschaftlichen, rechtlichen, demographischen, vereinfachend gesagt gesellschaftlichen Gegebenheiten geht“<sup>31</sup>. Ziel der politischen Strategie der ordoliberalen Gesellschafts- bzw. Rahmenpolitik ist eine Vervielfachung und Ausweitung von Unternehmensformen. Was man zu erreichen versucht, ist eine Gesellschaft der Unternehmen, eine „Unternehmensgesellschaft“<sup>32</sup>. Diese Rahmenpolitik für den Markt fasst die ordoliberale Schule unter das Programm der sozialen Marktwirtschaft.<sup>33</sup>

Meines Erachtens schliesst die Wettbewerbs- und Rahmenpolitik, welche der Bundesrat in seinem sicherheitspolitischen Bericht formuliert, wenn auch nicht in Reinform, so doch massgeblich an dieses ordoliberale Modell an. Wie wir im ersten Abschnitt gesehen haben, richtet sich die im Bericht skizzierte Bedrohung durch den Terrorismus auf den kontinuierlichen Fluss der Prozesse der Bevölkerung, der Zirkulation von Waren, Personen, Energie, Information und Verkehr. Dass diese Zirkulation als wettbewerbsförmig affirmiert wird, wird in weiteren Ausführungen des Bun-

<sup>29</sup> M. Foucault 2006, Geburt der Biopolitik, *op. cit.*, S. 199.

<sup>30</sup> Ibid., S. 197.

<sup>31</sup> Ibid., S. 201.

<sup>32</sup> Ibid., S. 208.

<sup>33</sup> Ibid., S. 205.

desrates deutlich. Denn mit der Globalisierung der Weltwirtschaft gehe eine deutliche Verstärkung des weltweiten Wettbewerbs einher, der die Wirtschaftssubjekte zu Innovation, Kosteneinsparung und Spezialisierung zwingt. Diese Form der wirtschaftlichen Zirkulation gelte es heute sicherzustellen: Voraussetzung für „das Funktionieren dieses Systems“<sup>34</sup> sei ein weitgehend störungsfreies Umfeld. Die Schweiz muss in der Sichtweise des sicherheitspolitischen Berichts aber nicht nur den Unternehmen Wirtschaftsstandort mit guten Rahmenbedingungen sein, sie soll sich auch selber unternehmerisch verhalten. Der sicherheitspolitische Bericht reduziert die Schweiz auf einen „Wirtschaftsstandort“<sup>35</sup> und sieht das Land als unternehmerische Teilnehmerin in einem globalen Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte, Exporte, Importe und Investitionen. In Anlehnung an Foucault formuliert, wird die Schweiz hier zur Unternehmerin ihrer selbst.<sup>36</sup>

Die im Nachgang zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA ergriffenen Kontrollmassnahmen bei Warenströmen, Finanztransaktionen und Geschäftsreiseverkehr stellen nun aber genau diese Weise der Zirkulation in Frage. Die Schweizer Sicherheitspolitik ist daher auch mit der Verhinderung von Diskriminierung und Protektionismus befasst. Laut dem Bundesrat geht es darum, dass Auswirkungen von Sicherheitsmassnahmen „so wenig handelsverzerrend wie möglich sind und die Massnahmen nicht diskriminierend umgesetzt werden“, ebenso sei zu verhindern, dass diese Vorkehrungen „zu protektionistischen Zwecken missbraucht“<sup>37</sup> werden. Sicherheit der Zirkulation wird damit auch in der internationalen Dimension operationalisiert: Internationale Zusammenarbeit und Regelwerke sollen die rechtlichen Bedingungen für den Markt bereitstellen und diesen durch Koordination und Gerichtsbarkeit durchsetzen und aufrechterhalten. So wird auch die „Aussenwirtschaftspolitik“<sup>38</sup> zu einem Element des rahmenpolitischen Sicherheitsdispositivs. Nichts weniger als die wettbewerbsgesteuerte Marktwirtschaft steht für den Bundesrat also auf dem Spiel.

Scheinbar kann die Wettbewerbspolitik aber doch nicht ganz auf Protektionismus – und damit auf eine Sicherheitstechnik der Souveränität – verzichten. Wo verbinden sich protektionistische Techniken mit der ansonsten eher ordoliberal formulierten Sicherheitspolitik? Erstens soll Standortpolitik zugunsten der Schweiz und den „massgebenden Handelsmächten“ betrieben werden; etwa bei internationalen Regelwerken, an deren Einhaltung diese Handelsmächte „ein gemeinsames Interesse“<sup>39</sup> hätten. Zwar werden diese Interessen im Rahmen überstaatlicher Organisationen wie etwa der Welthandelsorganisation (WTO), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Europäischen Union (EU)

---

<sup>34</sup> Bundesrat, *op. cit.*, S. 65.

<sup>35</sup> *Ibid.*, S. 63.

<sup>36</sup> M. Foucault 2006, Geburt der Biopolitik, *op. cit.*, S. 314.

<sup>37</sup> Bundesrat, *op. cit.*, S. 64.

<sup>38</sup> *Ibid.*, S. 63.

<sup>39</sup> *Ibid.*, S. 64.

über nationalstaatliche Territorien hinweg verknüpft, jedoch nur bis an die Grenzen neugebildeter Interessenblöcke. Zweitens schreiben sich mit der wirtschaftlichen Landesversorgung in Notlagen und den Exportkontrollen protektionistische Sicherheitsmechanismen in die Sicherung der Zirkulation ein. Zusätzlich sind im Sicherheitsdispositiv Vorschriften und Normen enthalten, die mit Foucault als disziplinarische Instrumente gelesen werden können und daher wie die zuvor erwähnten protektionistischen Massnahmen einer anderen als dem ordoliberalen Sicherheitsdenken entstammen: Die Schweizer Sicherheitspolitik behält sich für den Fall der „Störung“ der wirtschaftlichen Landesversorgung sogar direkte „Angebotslenkungsmassnahmen“ vor, um die Norm einer Marktversorgung „zu 100 Prozent“<sup>40</sup> aufrechtzuerhalten. Obwohl sie lediglich von Lenkung spricht, greift die Sicherheitspolitik damit in die Mechanismen des Marktes selber ein: „Pflichtlagervorräte würden rasch freigegeben, gleichzeitig Importe gezielt gefördert und allenfalls die Produktion gelenkt.“<sup>41</sup> Im Falle einer trotz Angebotslenkungsmassnahmen fortgesetzten Versorgungskrise sieht das Sicherheitsdispositiv der Landesversorgung auch die Nachfragelenkung durch Kontingentierung und Rationierung vor.

### Durch (Un-)Sicherheit und Zirkulationsfreiheit regieren

Grundsätzlich will die Sicherheitspolitik, wie sie im sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates vorgesehen ist, Investitionen und Waren über die nationalen Grenzen hinweg zirkulieren lassen. Doch bei der internationalen Zusammenarbeit und der Landesversorgung in Notlagen orientiert man sich auch an der nationalstaatlichen Souveränität über territoriale Grenzen und an disziplinarischen Normen. Es lässt sich also sagen, dass das skizzierte Sicherheitsdispositiv auch souveräne und disziplinarische Mechanismen vorsieht. Dies allerdings ohne die „Dominante“ im „Korrelationsystem“<sup>42</sup> ausser Kraft zu setzen: das ordoliberale Sicherheitsdispositiv der Sicherung der Zirkulationsfreiheit und des wettbewerbsförmigen Prozessierens der Bevölkerung. Diese dürfen in der Sicht des Bundesrates nicht beeinträchtigt werden. Man müsse „sorgfältige Güterabwägungen“<sup>43</sup> vornehmen, denn die sicherheitspolitischen Instrumente der Wirtschaftspolitik würden „Kosten und unternehmerische Einschränkungen“<sup>44</sup> mit sich bringen. Der Bundesrat erkennt daher auch Grenzen etwa der nachrichtendienstlichen Mittel: Der Versuch, einen systematischen Überblick über alle denkbaren Verwundbarkeiten der Bevölkerung zu geben, würde „ins Uferlose“ abzugleiten drohen. Dies wäre nicht nur „der Übersichtlichkeit abträglich“, sondern sei „sicherheitspolitisch möglicherweise gar nicht wünschbar“.<sup>45</sup> Auch wirksame Mass-

---

<sup>40</sup> Ibid., S. 65.

<sup>41</sup> Ibid.

<sup>42</sup> M. Foucault 2006, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, *op. cit.*, S. 23.

<sup>43</sup> Bundesrat, *op. cit.*, S. 14.

<sup>44</sup> Ibid., S. 64-65.

<sup>45</sup> Ibid., S. 19.

nahmen gegen Terrorismus könne es nicht geben, ohne gleichzeitig die individuellen Rechte einzuschränken oder das Funktionieren von Gesellschaft und Wirtschaft zu beeinträchtigen. In die Sicherheitsdispositive eingelassen ist also das Wissen um den Preis von Sicherheitsinterventionen. Die Zirkulation verlangt ein ständiges Abwägen und Justieren, was Alex Demirovic einen „Prozess der Feinabstimmung“<sup>46</sup> von Freiheit und Sicherheit nennt. Daher widerspricht sich der Bericht nicht selbst, wenn er die beschriebenen protektionistischen Massnahmen einerseits negativ als unternehmerische Einschränkungen bewertet, sie andererseits aber positiv als Beitrag zur „Risikominderung“<sup>47</sup> betrachtet. Es scheint, als würden hier Freiheit und Sicherheit miteinander und aneinander arbeiten, um eine „zukunftssichernde, langfristige Form der Regierung der Gesellschaft zu gewährleisten“.<sup>48</sup> Das beschriebene Sicherheitsdispositiv ist durchaus machtförmig, zielt aber nicht auf die Etablierung eines umfassenden Überwachungs-, Kontroll- oder Sicherheitsstaates. Auf diese Weise würde Sicherheit die Zirkulation gerade gefährden. Im Gegenteil geht es der Schweizer Sicherheitspolitik in der Fassung des sicherheitspolitischen Berichts zwar nicht nur, aber primär um die Aufrechterhaltung des wettbewerbsgesteuerten Marktes.

Meine Analyse des sicherheitspolitischen Berichts deutet darauf hin, dass die Schweiz massgeblich durch (Un-)Sicherheit und Zirkulationsfreiheit regiert wird. Dabei ist die Sicherung der Zirkulationsfreiheit auf Sicherheitspolitik angewiesen. Die Sicherheitspolitik reagiert aber nicht bloss auf Unsicherheit, sondern stellt diese Unsicherheit auch selbst her: Die Sicherheitsdispositive arbeiten gerade mit Beschwörungen der Bedrohtheit der Zirkulationsfreiheit. Sicherheitstechnische Interventionen müssen erfolgen, weil die Prozesse der wirtschaftlichen Zirkulation als permanent bedroht vorgestellt werden. Es ist also der sicherheitspolitische Bericht selbst, welcher die terroristische Bedrohungslage rahmt und so ein zu bearbeitendes Bedrohungsszenario postuliert. Um das Jahr 2010 nimmt dieses Bedrohungsszenario Namen und Merkmale des Terrorismus an.

---

<sup>46</sup> Alex Demirovic, Liberale Freiheit und das Sicherheitsdispositiv. Der Beitrag von Michel Foucault, in: Patricia Purtschert, Katrin Meyer, Yves Winter (Hg.), *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*, Bielefeld 2008, S. 248.

<sup>47</sup> Bundesrat, *op. cit.*, S. 64-65.

<sup>48</sup> A. Demirovic, *op. cit.*, S. 248.

## Tabellen

**TABELLE 1: Bedrohungen und Gefahren**

<b>Direkte</b>	<b>Indirekte</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Natur- und zivilisationsbedingte Katastrophen und Notlagen</li> <li>• Versorgungsstörungen infolge von Konflikten</li> <li>• Militärische Angriffe mit konventionellen oder Massenvernichtungswaffen auf Territorium und Luftraum</li> <li>• <i>Angriffe mit Fernwaffen grösserer Reichweite in den Händen terroristischer Gruppen</i></li> <li>• Nötigung mit wirtschaftlichen Mitteln</li> <li>• Verbotener Nachrichtendienst</li> <li>• <i>Angriffe auf die Informatik- und Kommunikationsinfrastruktur</i></li> <li>• <i>Ethnisch-nationalistisch und dschihadistisch motivierter Terrorismus</i></li> <li>• <i>Gewalttätiger Extremismus</i></li> <li>• <i>Organisiertes Verbrechen</i></li> <li>• Gewalt gegen Leib und Leben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen längerer Reichweite</i></li> <li>• <i>Zerfall staatlicher Strukturen</i></li> <li>• Migrationsprobleme</li> <li>• Klimawandel</li> <li>• Pandemien</li> <li>• Demographische Entwicklung</li> <li>• Ressourcenknappheit</li> </ul>

**TABELLE 1:** Übersicht der „Bedrohungen und Gefahren“ für die Schweiz gemäss dem sicherheitspolitischen Bericht (Bundesrat, *op. cit.*, S. 10-16, eigene Darstellung). Alle kursiv gesetzten Bereiche handeln von der direkten oder indirekten Bedrohung durch Terrorismus.

# Der „Krieg gegen den Terror“ – Bilanz einer Katastrophe

Josef Lang

Nach dem Kalten Krieg gab es eine UNO, die stärker war denn je, und eine NATO, deren *raison d'être* in Frage gestellt war. Die UNO und ihre OSZE genossen dank der friedlichen Auflösung des „Ostblocks“ ein hohes Ansehen. Die NATO, die ihre Existenz immer mit dem Warschauer Pakt begründet hatte, ging ihrer Legitimität verlustig. Gleichzeitig bot die Implosion der Sowjetunion den USA die Chance, die militärische Macht imperial auszuweiten. Damit jene Gefahr gebannt und diese Chance gepackt werden konnte, bot sich der grossserbische Tyrann Slobodan Milošević gleichsam als *diabolus ex machina* an. Am Ende des letzten Jahrzehnts des letzten Jahrhunderts standen im Frühjahr 1999 der völkerrechtswidrige Kosovokrieg und die Verwandlung der NATO in ein Offensivbündnis mit globaler Mission.<sup>1</sup>

## Vorgeschichte: globaler Neomilitarismus statt Friedensdividende

Die 1990er Jahre werden in die Geschichte eingehen als das Jahrzehnt, in der es dem anfänglich geschwächten Sonderbund des reichen Nordwestens gelungen ist, den anfänglich starken Bund der Völker politisch zu marginalisieren und militärisch auszubooten. Der US-amerikanische Sicherheitsexperte Robert Kagan schrieb in seinem 2003 erschienenen neokonservativen Kultbuch ‚Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung‘, dass die „Existenzfähigkeit des Bündnisses“, zu den „Hauptzielen der amerikanischen Intervention“ im Kosovo gehört habe, „so wie die Erhaltung der Allianz ein Hauptmotiv der früheren Intervention der USA in Bosnien“ gewesen war.<sup>2</sup>

Der globale Neomilitarismus, an dem sich die Schweiz über eine sogenannte „Allianz der Vernunft“ beteiligen wollte, was dann durch eine sogenannte „Unheilige

---

<sup>1</sup> Andreas Zumach, Die Geschichte der Sieger. Zur neuen Strategie der Nato, in: Stefan Reinecke (Hg.), *Die neue Nato. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht?*, Hamburg 2000, S. 48-56; Stefan Luzi, *Unilateral oder in der UNO: Über den Willen der Staaten Frankreich, Grossbritannien und USA zur Etablierung eines funktionierenden Systems kollektiver Sicherheit nach dem Ende des Kalten Krieges*, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit, Universität Zürich 2005, S. 46-47, 90-94; Andreas Zumach, „Gerechter Krieg“ oder „Gerechter Frieden“. Die UNO im Spannungsfeld zwischen Präventivkriegsoperationen und der Bewahrung des Völkerrechts, in: Georg Kreis (Hg.): *Der „gerechte Krieg“*. Zur Geschichte einer aktuellen Denkfigur, Basel 2006, S. 113-129.

<sup>2</sup> Robert Kagan, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003, S. 58.

Allianz“ (an der ich ausser- und innerparlamentarisch aktiv beteiligt war) verhindert wurde, also: der globale Neomilitarismus verfolgte sechs Hauptziele: Erstens die Sicherung der Rohstoffquellen und –routen. Zweitens die strategische Kontrolle über die aufsteigenden Wirtschaftsmächte China und Indien. Drittens das militärische Abfangen von Migrationsströmen, die insbesondere durch die Klimaerwärmung ausgelöst werden. (Das ist übrigens das Motiv, das die Schweizer Militärs am stärksten betonten.) Viertens ging es darum, Armeen, die nach dem friedlichen Ende des Kalten Krieges unter einem grossen Sinndefizit litten, gegenüber Gesellschaften, welche eine Friedensdividende einforderten, zu relegitimieren. (Für diese Aufgabe waren „Linke“, welche – ähnlich wie 1914 – mit idealistischen Argumenten den neuen militärischen Aktivismus unterstützten, unersetzlich.) Fünftens ging es darum, die Profiteure der Rüstungsindustrie zu sichern. (In den 1990er Jahren wurde der für die NATO-Osterweiterung zuständige US-Ausschuss vom Vizepräsidenten des Rüstungskonzerns Lockheed Martin präsiert.) *Last but not least* dienten die Militarisierung der Aussenpolitik und die damit verbundene Spannungsstrategie der innenpolitischen Disziplinierung von Gesellschaften, die immer komplexer und unübersichtlicher wurden. Die Angst vor dem Zerfall der Gesellschaft und der Drang, ihn über die Heraufbeschwörung starker Feindbilder zu bannen, gehört zu den konservativen Urreflexen. Das wichtigste neue Feindbild nach dem Untergang der Sowjetunion ist der Islam.<sup>3</sup>

### Afghanistan – der erste der „9/11 wars“

Da kam der 11. September 2001. Die Funktion des *diabolus ex machina* übernahm im neuen Jahrzehnt Al Kaida. Ohne ihr spektakuläres Attentat wäre es unmöglich gewesen, die militärisch-imperialen Errungenschaften der 1990er derart offensiv und – mindestens anfänglich – mit derart geringem Widerstand auf einem globalen Niveau umzusetzen. Es begann das, was George W. Bush den „*War on Terror*“, Donald Rumsfeld zusätzlich den „long and global war“ nannte und heute als „the war formerly known as the global war on terrorism“ bezeichnet wird. Die dritte Bezeichnung steht für einen Krieg, der zwar verloren ist, aber nicht als verlorener akzeptiert und deshalb weitergeführt wird – immer mehr mit Drohnen.<sup>4</sup>

<sup>3</sup> Ernst-Otto Czempel, *Kluge Macht. Aussenpolitik für das 21. Jahrhundert*, München 1999, S. 104; Karim El-Gawhary, Das Mittelmeer als neue Front? Die arabische Welt und die neue Nato-Doktrin, in: S. Reinecke, *op. cit.*, S. 92; Todd Sandler, Keith Hartley, *The Political Economy of Nato. Past, Present and into the 21<sup>st</sup> Century*, Cambridge 1999, S. 166; Claude Serfati, *La mondialisation armée. Le déséquilibre de la terreur*, Paris 2001, S. 88-99; Robert Cooper, The Post-Modern State, in: Mark Leonard (Hg.), *Re-Ordering the World*, London 2002, S. 11-20; Jürgen Wagner, «Neoliberaler Kolonialismus», in: *Widerspruch* 53 (2007), S. 144-155.

<sup>4</sup> Albert Stahel, «Quadrennial Defense Review Report», in: *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift (ASMZ)* 6 (2006), S. 12-13; Josef Lang, „The long global war“ und die Schweizer Linke, in: *Denknetz. Jahrbuch 2006*, S. 5-12; Andrew Bacevich, «Der American Way of War», in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6 (2012), S. 91-96.

Der beste Begriff für all die Kriege, die mit 9/11 legitimiert wurden, stammt vom britischen *Guardian*-Journalisten Jason Burke: „*The 9/11 Wars*“. Denn bei den 9/11 folgenden kriegerischen Ereignissen handelt es sich nicht um einen einzigen Krieg, sondern um eine Vielzahl von Kriegen in unterschiedlichsten Ländern weltweit.<sup>5</sup>

Bereits Anfang Oktober 2001 begannen die Luftangriffe der USA unter dem Label „Enduring Freedom“ auf Taliban-Stellungen. Dieser im Bündnis mit der afghanischen Nordallianz, aber ohne UNO-Mandat geführte Krieg wurde im Dezember als gewonnen erklärt. Mit der darauf folgenden Einsetzung der UNO-mandatierten NATO-Operation ISAF (International Security Assistance Force) begann ein immer stärker werdendes militärisches Engagement. Heute befinden sich noch über 100'000 Soldaten im Einsatz. Aber das Land kam trotzdem, genauer: deswegen nicht zur Ruhe. In den letzten Jahren haben sich die Auseinandersetzungen verstärkt. Mindestens 30'000 Tote, mehr als die Hälfte Zivilisten, sind zu beklagen. Allein die USA hat der Afghanistan-Krieg bislang 550 Milliarden Dollar gekostet. Das ist aufgeteilt auf die elf Jahre das Dreifache des Bruttoinlandprodukts. Der westliche Interventionismus und die grassierende Korruption der Bündnispartner haben aus den Taliban, einer ursprünglich ausserhalb der paschtunischen Stammlanden kaum verankerten islamistischen Sekte, eine nationalistische Bewegung gemacht. Zudem hat die ISAF mit ihrer bedingungslosen Unterstützung von Präsident Hamid Karzai und zahlreicher Warlords trotz all der Klagen über Folter, Menschenrechtsverletzungen und Korruption nicht nur die Glaubwürdigkeit der NATO, sondern auch die der UNO völlig untergraben.<sup>6</sup>

Zudem hat sich im Windschatten des Krieges Afghanistan zum weltgrössten Opium-Produzenten entwickelt. War der Anbau von Opium in den letzten Jahren der Taliban-Herrschaft wegen deren Verbot massiv zurückgegangen, ist er seit 2002 wieder dramatisch gestiegen. Die afghanischen Behörden wie die ISAF zeigen sich unwillig, bzw. unfähig, den Bauernfamilien Alternativen für eine landwirtschaftliche Produktion anzubieten. Im Drogenhandel mischen viele Gruppen mit, allen voran der Karzai-Clan. Aber auch die Taliban sind trotz theologischer Bedenken wieder eingestiegen, um so ihre Waffen und Bewaffneten zu finanzieren.<sup>7</sup>

Diese Entwicklung trifft auch den Nachbarstaat Pakistan, die Haupttransportroute des afghanischen Heroins. Als Nebenfolge gibt es heute in Pakistan über 500'000 Schwerstabhängige. Geopolitisch bedeutender ist die Stärkung der pakistanischen Taliban – in einem der wichtigsten Partnerländer der USA und der NATO. Dank ihnen konnte sich die 1999 durch einen Putsch an die Macht gelangte Militär-

---

<sup>5</sup> Jason Burke, *The 9/11 Wars*, London 2011.

<sup>6</sup> Ahmed Rashid, *Descent into Chaos. The World's Most Unstable Region and the Threat to Global Security*, London 2009, S. 171-218, 349-373; Bob Woodward, *Obama's Wars*, New York/ London/ Toronto/ Sidney 2010; Ulrich Ladurner, *Eine Nacht in Kabul. Unterwegs in eine fremde Vergangenheit*, Salzburg 2010, S. 166-245.

<sup>7</sup> A. Rashid, *op. cit.*, S. 317-337; B. Woodward, *op. cit.*, S. 66; Anatol Lieven, «Afghanistan. The Way to Peace», in: *The New York Review of Books (NYRB)* 6 (2013), S. 24-30.

diktatur bis vor kurzem halten. So wurden Kampfhelikopter aus den USA ab 2004 für die blutige Niederschlagung der Autonomiebewegung in Belutschistan eingesetzt. Erstaunt es jemanden, dass die sogenannten Neo-Taliban hier besonders stark sind?<sup>8</sup>

### **Irak – der grösste der „9/11 wars“**

Der zweite grosse Krieg fand nur zwei Jahre nach dem 11. September 2001 statt. Trotz einem gigantischen Propagandafeldzug durch Bush und Blair über das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen und über irakische Angriffsabsichten verweigerte eine wieder selbstbewusster gewordene UNO die Mandatierung. Schliesslich führte eine „Koalition von Willigen“ unter der Führung der USA und Grossbritanniens den illegalen Angriffskrieg. Dieser wurde zwar nach wenigen Wochen als erfolgreich abgeschlossen erklärt. Dem Sieg folgte eine Eskalation mit über 100'000 Toten. Zurückgelassen hat die Invasion eine irakische Gesellschaft, welche konfessionell und ethnisch stärker gespalten ist denn je. So gibt es im einstmals stark gemischten Bagdad praktisch nur noch ethnisch oder konfessionell gesäuberte Nachbarschaften. Gemäss Joseph Stiglitz beliefen sich die Gesamtkosten des Krieges bereits Ende 2007 auf drei Billionen Dollar.<sup>9</sup>

### **„Terrorismus“ – ein handliches Feindbild**

Neben diesen zwei grossen gab und gibt es viele weitere Schlachtfelder. Die „9/11 wars“ wurden auch deshalb zu einem „globalen Krieg“, weil zahlreiche Regimes sich des Antiterrorismus bedienten, um ihren Staatsterrorismus so richtig zu entfalten. Das machten unter anderen der Grossrusse Putin gegen die Tschetschenen, Israel gegen den Libanon und die Palästinenser, die singhalesischen Nationalisten gegen die Tamilen, die indischen Neoliberalen gegen die Naxaliten, die chinesischen Zentralisten gegen die Uiguren usw. Die Nordiren können von Glück reden, kam es bereits 1998 zum Karfreitagsabkommen. Der „War on Terror“ hat überall die Mächtigen, die mit bewaffnetem Widerstand konfrontiert waren, zu besonders unnachgiebigen und rücksichtslosen Haltungen ermuntert. Das Schlagwort des „Terrorismus“ war gerade wegen seiner Inhaltslosigkeit besonders handlich und leicht anschlussfähig. Aber Terror ist keine Substanz, sondern eine Methode und Terrorismus ist kein Subjekt, sondern eine Kampfform.

In anderen Staaten des globalen Südens erleichterte der „War on Terror“ die Einführung oder Verschärfung von Anti-Terror-Gesetzen, die Einschränkung der

---

<sup>8</sup> Joshua Hammer, «Der Pakistanische Freund. Kann der Militärstaat eine islamistische Revolution verhindern?», in: *Lettre Internationale (Lettre)* 79 (2007), S. 34-38; A. Rashid, *op. cit.*, S. 84-124, 145-168, 265-292, 374-401; B. Woodward, *op. cit.*, S. 3-8, 25-47, 62-64, 86-87, 99-107, 357, 362-369.

<sup>9</sup> Patrick Cockburn, «Scheitern nach Plan. Wie der kleine Krieg im Irak einer Supermacht grossen Schaden zufügt», in: *Lettre* 77 (2007), S. 14-19; Joseph Stiglitz, «Der Drei-Billionen-Krieg», in: *Die Zeit*, 20. Februar 2008.

freien Meinungsäusserung sowie die polizeiliche wie auch militärische Repression gegen oppositionelle Bewegungen, die in aller Regel nichts mit Al-Qaida zu tun hatten. Mussten die Herrschenden früher häufig mit Kritik aus dem Westen rechnen, wurden sie nun mit Waffen, Beratern und Geldern belohnt.<sup>10</sup>

### Abbau von Bürgerrechten – Aushöhlung des Völkerrechts

Auch die westlichen Gesellschaften erlebten einen Abbau von demokratischen und liberalen Rechten. Nachdem in den USA über die Resolution ‚*Authorization for Use of Force against Terrorists*‘ die aussenpolitische Achtung des Völkerrechts aufgehoben und die rechtlichen Grundlagen für Guantanamo geschaffen worden waren, wurde der *Patriot Act* in Kraft gesetzt. Dieser ermöglicht unter anderem die unbeschränkte Inhaftierung von Immigranten, Hausdurchsuchungen ohne die Präsenz der Betroffenen, Abhörung von Telefonen, Überwachen von E-Mails und weiteren Kommunikationsmitteln sowie die Beschaffung persönlicher Informationen ohne richterliche Ermächtigung. Abgesehen von einigen Teilen, welche unterdessen als verfassungswidrig eingestuft wurden, sind diese ursprünglich als kurzfristig bezeichneten Rechtsgrundlagen weiterhin in Kraft und werden regelmässig um mehrere Jahre verlängert. Europäische Staaten eiferten den USA nach. In der Schweiz hatte das Damoklesschwert der direkten Demokratie eine hemmende Wirkung. Zudem blieb sie dank der Verhinderung von militärischen Ausland-Abenteuern von Anschlägen verschont.<sup>11</sup>

Wie stark der „*War on Terror*“ die Menschenrechte auch in westlichen Institutionen erodieren liess, zeigen die Behandlung der Gefangenen in Guantanamo, der Skandal von Abu Ghraib oder der Unterhalt von CIA-Geheimgefängnissen in mehreren Ländern. Auch die offizielle Schweiz machte mit – indem sie beispielsweise Überflüge mit Gefolterten zuließ. Dick Marty sprach von „servilem Gehorsam“ des Bundesrates gegenüber dem CIA. Heute noch werden 200 Häftlingen in Guantanamo und weiteren 1'700 im afghanischen Bagram die geltenden Rechte als Kriegsgefangene verweigert. Sowohl das Völkerrecht als auch die Menschenrechte haben in den letzten elf Jahren unermesslichen Schaden erlitten.<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Heinz Krummenacher, *An der Schwelle zu einer neuen Ära des internationalen Terrorismus?*, Swisspeace 2004, auf:

<<http://heinzkrummenacher.ch/artikel/wissenschaftlich/AdSzenAdiT.pdf>> [27.06.2014].

Ottfried Nassauer, 10 Jahre Krieg – Veränderungen in der Sicherheitspolitik nach dem 11. September, in: Bund für soziale Verteidigung (Hg.), *Den Kreuzzug durchkreuzen – 10 Jahre Krieg gegen den Terror*, Minden 2011, S. 7-14.

<sup>11</sup> Corinna Hauswedell, «Erweiterte Sicherheit und militärische Entgrenzung», in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6 (2006), S. 723-732; Eike Steven, Nebenwirkungen – Auf und Ab der gesellschaftlichen Militarisierung, in: Bund für soziale Verteidigung, *op. cit.*, S. 15-22; Alfred McCoy, «Überwachungsbumerang. Die Formierung des US-Amerikanischen Sicherheitsregimes, 1898-2020», in: *Lettre* 102 (2013), S. 11-14; James Bamford, «What the NSA Really Knows», in: *NYRB* 13 (2013), S. 4-8.

<sup>12</sup> Sandro Brotz, Beat Jost, *CIA-Gefängnisse in Europa. Die Fax-Affäre und ihre Folgen. Mit einer Analyse von Dick Marty*, Zürich 2006, S. 135-152; Roger Willemsen, *Hier spricht Guantanamo*, Frank-

## Erhöhung der Militärausgaben und Privatisierung der Kriegsführung

Weltweit haben sich die Rüstungsausgaben zwischen 2001 und 2011 praktisch verdoppelt – auf 1'700 Milliarden Dollar. Mit einem Zwanzigstel dieses Betrages könnte das Millenniumsziel der UNO, Halbierung der Armut bis 2015, erreicht werden. In den USA stiegen die Militärausgaben im fraglichen Zeitraum von 312 auf 712 Milliarden Dollar (2011). Das sind 42 Prozent der globalen Ausgaben.<sup>13</sup>

Von diesen 712 Milliarden geht mehr als ein Siebentel an private Sicherheitsdienstleister. Die Privatisierung des Krieges ist eine weitere Folge des „*War on Terror*“. Gleichzeitig symbolisiert sie die enge Verbindung von militaristischem Neokonservatismus und neoliberalen Marktradikalismus. Die bekanntesten Beispiele privater Militärfirmen sind Blackwater (heute XE), DynCorp oder Aegis Defence Services mit Holding-Sitz in der Schweiz. Die Anzahl an *Private Military Contractors* (PMC) ist derart in die Höhe geschwellt, dass in Afghanistan wie im Irak mehr Söldner als Soldaten im Einsatz waren (und noch sind). Die Privaten übernehmen heutzutage praktisch alle militärischen Aufgaben, von der Versorgung, über den Personenschutz und die Auswertung kritischer nachrichtendienstlicher Informationen bis zu eigentlichen Kampfhandlungen. Besondere Bekanntheit erlangte die Firma Blackwater, nachdem am Nisour Square in Bagdad 17 Zivilisten durch deren Söldner erschossen worden waren.

Söldner habe für die „Masters of Wars“ (Bob Dylan leicht aktualisiert) zwei Vorteile: Erstens haben ihre Verbrechen nicht die gleichen nachteiligen Folgen wie die von Soldaten. Und zweitens sind tote Söldner politisch viel weniger belastend.<sup>14</sup>

## Bewaffnete Drohnen und aussergerichtliche Tötungen

Eine weitere negative Entwicklung des „*War on Terror*“ ist der Einsatz bewaffneter Drohnen. Nachdem solche schon länger der Aufklärung gedient hatten, begannen ab 2004 die Drohnen auch Raketen abzuschiessen. Gesteuert werden sie über riesige Entfernungen von einem sicheren Arbeitsplatz aus – via Joystick und Bildschirm. Bewaffnete Angriffe erfolgten bisher vor allem in Pakistan, aber auch in Jemen. Laut der Studie ‚Living under Drones‘ der Universitäten Stanford und New York wurden in Pakistan zwischen Juni 2004 und September 2012 zwischen 2'500 und 3'300 Menschen durch Drohnen getötet. Davon waren geschätzte 500-900 Zivilisten, 176 von ihnen Kinder. Schlagzeilen machten auch die gezielten Tötungen von mindes-

---

furt a. M. 2006; Mark Danner, «Stimmen aus dem Dunkel. Zum Bericht des Roten Kreuzes zur Folter in geheimen US-Gefängnissen», in: *Lettre* 85 (2009), S. 20-30.

<sup>13</sup> Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) (Hg.), *Yearbooks* 2002 und 2012: <<http://www.sipri.org/yearbook/2002/06>> [27.06.2014], Kapitel 6, und <<http://www.sipri.org/yearbook/2012/files/SIPRIYB12SummaryDE.pdf>>, [27.06.2014], S. 8-10.

<sup>14</sup> Bundesamt für Justiz (Hg.), *Bericht zu einer möglichen Regelung betreffend private Sicherheitsfirmen, die von der Schweiz aus in Krisen- und Konfliktregionen tätig sind*, Bern, 30. Dezember 2010; SIPRI (Hg.), *The Private Military Services Industry*, <<http://www.sipri.org/research/armaments/production/researchissues/pmsc>>, [27.06.2014.]

tens drei amerikanischen und sechs britischen Staatsbürgern durch Drohnen im Jemen wie in Pakistan. Diese waren ohne Anklage oder Gerichtsverfahren mit Raketen beschossen worden.

Die deutsche Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ veröffentlichte am 15. November 2012 einen Artikel über den Drohnenkrieg. Der Untertitel lautete: „Kampfroboter als moralisches Problem: Wo kein Soldat sein Leben riskiert, wird Krieg zum Terror.“ Ich zitiere aus dem Beitrag von Byung-Bul Chan:

„Die gezielte Tötung per Mausclick gleicht einer Menschenjagd, die brutaler und rücksichtsloser ist als die Jagd von Wild. In der Jägersprache bedeutet das ‚Ansprechen‘ die Identifizierung des Tieres nach Alter, Geschlecht und Gesundheit. Man ‚spricht‘ das Tier ‚an‘, bevor man es tötet. Töten ohne Ansprache ist Mord. [...] Auch im Krieg ist die Tötung ohne Ansprache ein Mord. [...] Die Drohnen oder Kampfroboter, die bald per Algorithmen autonom Entscheidungen treffen werden, sind schon gar nicht in der Lage, Menschen anzusprechen, das heisst, sich in eine Beziehung zu ihnen zu setzen. Allein aus diesem Grund wären sie zu verbieten.“

Neben den USA setzt vor allem Grossbritannien bewaffnete Drohnen ein. In einigen Ländern wie Deutschland steht ihre Beschaffung zur Diskussion.<sup>15</sup>

### Eskalation der Muslimfeindlichkeit

Eine besonders belastende Folge des „*War on Terror*“ oder des „*long and global war*“ oder der „*9/11 wars*“ ist die Eskalation der Muslimfeindlichkeit. Sie hat starke inhaltliche und sozialpsychologische Ähnlichkeiten mit der Judenfeindlichkeit. Bei beiden handelt es sich um die wohl schwerwiegendsten abendländische Erblasten. Die heutigen Hauptträger der Islamophobie sind die klassischen Träger des Antisemitismus. Ihre Ideologie ist in aller Regel eine Verbindung von christlichem Nationalismus und abendländischem Konservativismus. Allerdings gibt es – wie übrigens auch beim modernen Antisemitismus – die Variante des muslimfeindlichen „Aufklärichts“. Er oder sie meinen, Minarette oder Burkas oder Knabenbeschneidungen zu verbieten, bedeute, den Laizismus oder die Geschlechtergleichheit oder das Kindeswohl zu verteidigen.<sup>16</sup>

Die Schweiz selber wurde vom „*War on Terror*“ vor allem auf zwei Ebenen erfasst: Die Rüstungsexporte schnellten in die Höhe und die zwei geplanten Minarette wurden verboten. Dass über beiden Fragen am gleichen Sonntag, am 29. November

<sup>15</sup> A. Bacevich, *op. cit.*, S. 94-96; Heathcoate Williams, «Der Herr der Drohnen. Der Präsident und die Fliege im Weissen Haus», in: *Lettre* 98 (2012), S. 7-12; Malise Ruthven, «The Thistle and the Drone: How America's War on Terror became a Global War on Tribal Islam», in: *NYRB* 16, 2013, S. 20-25; Wolfgang Bauer, «Tod aus dem Nichts», in: *Zeit-Magazin*, 29. Mai 2013, S. 13-24.

<sup>16</sup> Patrick Bahners, *Die Panickmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam*, München 2011, S. 262-308; Wolfgang Benz, *Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet*, München 2012, S. 39-59, 71-125.

2009, abgestimmt wurde, war ein Zufall. Dass die gleichen Leute, welche aus Angst vor dem Islam gegen zwei neue Minarette stimmten, gleichzeitig dafür waren, dass das Mutterland des islamischen Fundamentalismus, Saudi Arabien, weiterhin mit Schweizer Waffen versorgt wird, illustriert den tiefen politischen und moralischen Fall, der der „*War on Terror*“ bedeutet.<sup>17</sup>

Was in einem Land, das etwas abseits der Weltpolitik agiert, grotesk wirkt, hat global katastrophale Folgen.

---

<sup>17</sup> Josef Lang, «Vom jüdischen zum muslimischen Feindbild. Die Minarett-Abstimmung erinnert an das Schächtverbot», in: *Tagesanzeiger*, 3. Dezember 2009; Josef Lang, «Für eine Aufhebung des Minarettverbots», in: *WochenZeitung*, 11. August 2011.

## Herausgeberin und Herausgeber

**Sandrine Mayoraz, MA:** Projektassistentin am Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte der Universität Basel. Forschungsschwerpunkte: russische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Geschichte und Kultur der Juden in Osteuropa, Geschichte der russisch-jüdischen Arbeiterbewegung. Koautorin und Mitherausgeberin des Buches *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität* (Christoph Merian Verlag, Basel 2012) und des Sammelbandes *East European Jews in Switzerland* (De Gruyter, Berlin 2013).

Kontakt: sandrine.mayoraz@unibas.ch

**Prof. Dr. Frithjof Benjamin Schenk:** Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Basel. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte Russlands und der Sowjetunion im 19. und 20. Jahrhundert, Geschichte Ostmitteleuropas. Publikationen (Auswahl): *Russlands Fahrt in die Moderne: Mobilität und sozialer Raum im Eisenbahnzeitalter* (Steiner Verlag, Stuttgart 2014), Mitherausgeber des Bandes *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität* (Christoph Merian Verlag, Basel 2012).

Kontakt: benjamin.schenk@unibas.ch

**Prof. Dr. Ueli Mäder:** Professor für Soziologie an der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz. Arbeitsschwerpunkt: Soziale Ungleichheit. Leitung des MAS Friedens- und Konfliktforschung. Publikationen (Auswahl): Koautor und Mitherausgeber des Sammelbandes *Krieg* (Seismo, Zürich 2009) und des Buches *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität* (Christoph Merian Verlag, Basel 2012).

Kontakt: ueli.maeder@unibas.ch

## Autorinnen- und Autorenverzeichnis

**Dr. Ruedi Brassel:** Historiker, Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Basel-Land. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, Geschichte der Friedensbewegung. Autor von: *Dissonanzen der Moderne* (Chronos, Zürich 1994); *Das Schweizerhaus muss sauber sein* (Verlag des Kantons Basel-Landschaft, Liestal 1999); Koautor von: *Für die Freiheit des Wortes. Neue Wege durch ein Jahrhundert im Spiegel der Zeitschrift des religiösen Sozialismus* (TVZ, Zürich 2009).

Kontakt: r.brassel@teleport.ch

**Ruth Daellenbach:** Sekundarlehrerin und Expertin für internationale Zusammenarbeit (Nachdiplomstudium), Zürich. Schwerpunktthemen: Entwicklung und humanitäre Hilfe mit Fokus auf die Rolle der Zivilgesellschaft, Bildung und „Linking Relief and Rehabilitation to Development“ (LRRD) sowie Gender als Querschnittsthema in der internationalen Zusammenarbeit. Felderfahrung aus Südosteuropa und Westafrika; NGO Erfahrung Schweiz und Europa.

Kontakt: ruth.daellenbach@gmail.com

**Dr. Walter Dausch:** Lehrbeauftragter am Lehrstuhl für Geschichte und Kulturen Osteuropas der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Forschungsschwerpunkte: transnationale Geschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas, soziale Bewegungen. Veröffentlichungen (Auswahl): Koautor von *Fremd in der Heimat. Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa unterwegs nach Deutschland* (Laumann-Verlag, Dülmen 1990, 2. Aufl. 1993); Verfasser/wissenschaftlicher Redaktor: *Die Albertina. Universität in Königsberg 1544-1994. Al'bertina. Königsbergskij universitet 1544-1994. Katalog zur Ausstellung im Museum für Geschichte des Gebiets Kaliningrad, Kaliningrad 17. August bis 8. Oktober 1994* (Westkreuz Verlag, Berlin/Bonn 1994); *Internationalismus und Organisation. Studien zur Entstehung und Entwicklung der serbischen Sozialdemokratie* (Gabriele Schäfer Verlag, Herne 2008).

Kontakt: dausch@phil-fak.uni-duesseldorf.de

**Dr. Bernard Degen:** Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Departement Geschichte der Universität Basel. Forschungsschwerpunkte: schweizerische Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Wichtigste Publikationen: Koautor und Mitherausgeber der Bücher *Gegen den Krieg. Der Basler Friedenskongress 1912 und seine Aktualität* (Christoph Merian Verlag, Basel 2012); *Robert Grimm. Marxist, Kämpfer, Politiker* (Chronos, Zürich 2012); *Vom Wert der Arbeit. Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten* (Rotpunktverlag, Zürich 2006).

Kontakt: bernard.degen@unibas.ch

**Prof. Dr. Markus Furrer:** Dozent an der Pädagogischen Hochschule Luzern und Titularprofessor an der Universität Fribourg. Forschungsschwerpunkte: schweizerische und europäische Zeitgeschichte (Politik-, Kultur- und Sozialgeschichte sowie Geschichtsvermittlung). Wichtigste Publikationen: Koautor und Mitherausgeber des Buches *Jan Bloch und das Internationale Kriegs- und Friedensmuseum in Luzern* (Lit Verlag, Wien/ Zürich [u.a.] 2010) und des Sammelbandes *Fürsorge und Zwang: Fremdplatzierung von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz 1850-1980* (Schwabe Verlag, Basel 2014).

Kontakt: markus.furrer@phlu.ch

**Dr. des. Jan Hansen:** Post-Doc am Lehrstuhl für die Geschichte Westeuropa und der transatlantischen Beziehungen der Humboldt-Universität zu Berlin. Forschungsschwerpunkte: Geschichte von alten und neuen sozialen Bewegungen (insbesondere Sozialdemokratie und Friedensbewegung), Wissensgeschichte im digitalen Zeitalter. Wichtigste Veröffentlichungen: „Making Sense of Détente. German Social Democrats and Peace Activists in the early 1980s“, in: *Zeitgeschichte* 40 (2013), S. 107-121; „Zwischen Staat und Strasse. Der Nachrüstungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie (1979-1983)“, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012), S. 517-553; „Parteien“, in: Christoph Becker-Schaum, Philipp Gassert, Martin Klimke, Wilfried Mausbach, Marianne Zepp (Hg.), „*Entrüstet Euch!*“: *Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung* (Schöningh, Paderborn 2012), S. 103-117.

Kontakt: jan.hansen@gmx.info

**Dr. Peter Huber:** Privatdozent für Neuere Allgemeine und Schweizer Geschichte am Departement Geschichte der Universität Basel. Forschungsschwerpunkte: freiwilliger Kriegsdienst im 19. und 20. Jahrhundert, Geschichte des internationalen Kommunismus (Komintern), Geschichte Spaniens und Lateinamerikas. Ausgewählte Publikationen: Autor von *Die Schweizer Spanienfreiwilligen. Biografisches Lexikon* (Rotpunkt-Verlag, Zürich 2009) und von *Schweizer Fremdenlegionäre im Indochina- und Algerienkrieg* (im Druck, Chronos-Verlag, Zürich 2014).

Kontakt: peter.huber@unibas.ch

**Prof. Dr. Egbert Jahn:** Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, Lehrbeauftragter am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Forschungsschwerpunkte: nationale Bewegungen und Nationalstaatsbildung, Friedenspolitik seit dem 19. Jahrhundert. Wichtigste Publikationen: Autor der Bücher *Politische Streitfragen, 4 Bände* (Verlag für Sozialwissenschaften/ Springer, Wiesbaden 2008, 2012, 2014, engl. 2015) und *Frieden und Konflikt* (Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2012). Herausgeber der drei Bände *Nationalismus im spät- und postkommunistischen Europa* (Nomos, Baden-Baden 2008/2009, auch engl. und russ. Rosspen 2010).

Kontakt: e.jahn@soz.uni-frankfurt.de

**Prof. Dr. Joseph Jurt:** Emeritierter Professor für französische Literaturwissenschaft an der Universität Freiburg im Breisgau. Forschungsschwerpunkte: Rezeptionsforschung, Literatursoziologie (Bourdieu), deutsch-französische Beziehungen, Intellektuellengeschichte. Neueste Veröffentlichungen: *Frankreichs engagierte Intellektuelle. Von Zola bis Bourdieu* (Wallstein Verlag, Göttingen 2012); *Sprache, Literatur und nationale Identität. Die Debatten über das*

*Universelle und das Partikuläre in Frankreich und Deutschland* (De Gruyter, Berlin/ Boston 2014).

Kontakt: joseph.jurt@romanistik.uni-freiburg.de

**Dr. Fabian Klose:** Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Universalgeschichte am Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG) Mainz. Forschungsschwerpunkte: Geschichte des Humanitarismus und der Menschenrechte im 19. und 20. Jahrhundert, Geschichte der Dekolonisation, Geschichte internationaler Organisationen und transnationaler Bewegungen. Veröffentlichungen: *Human Rights in the Shadow of Colonial Violence. The Wars of Independence in Kenya and Algeria* (University of Pennsylvania Press, Philadelphia 2013); (Hg.), *The Emergence of Humanitarian Intervention: Ideas and Practice from the Nineteenth Century to the Present*, (erscheint 2015 bei Cambridge University Press); Mitherausgeber (zusammen mit Johannes Paulmann) des Wissenschaftsblogs *Research on the Entangled History of Humanitarianism and Human Rights*, <<http://hhr.hypotheses.org>>.

Kontakt: klose@ieg-mainz.de

**Prof. Dr. Christian Koller:** Direktor des Schweizerischen Sozialarchivs und Titularprofessor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich. Forschungsschwerpunkte: Geschichte von Rassismus und Nationalismus, historische Semantik, Geschichte des Kolonialmilitärs, soziale Bewegungen, Sportgeschichte. Veröffentlichungen (Auswahl): *Fremdherrschaft. Ein politischer Kampfbegriff im Zeitalter des Nationalismus* (Campus, Frankfurt a. M. 2005); *Streikkultur. Performanzen und Diskurse des Arbeitskampfes im schweizerisch-österreichischen Vergleich (1860–1950)* (Lit-Verlag, Wien 2009); *Die Fremdenlegion. Kolonialismus, Söldnertum, Gewalt, 1831–1962* (Ferdinand Schöningh, Paderborn 2013).

Kontakt: koller@sozarch.uzh.ch

**Prof. Dr. Georg Kreis:** Emeritierter Professor für Geschichte der Universität Basel, ehemaliger Leiter des interdisziplinären Europainstituts. Forschungsschwerpunkte: Geschichte der europäischen Integration, internationale Beziehungen, Fragen der Identität, Nationalismus, Minderheitenfragen und Migration, Genozid, kollektive Erinnerungen. Publikationen (Auswahl): (Hg.), zusammen mit Pim den Boer, Heinz Duchardt und Wolfgang Schmale, *Europäische Erinnerungsorte*, 3 Bde (Oldenbourg, München 2012); *Insel der unsicheren Geborgenheit. Die Schweiz in den Kriegsjahren 1914-1918* (NZZ-Libro, Zürich 2013); (Hg.), *Die Geschichte der Schweiz* (Schwabe Verlag, Basel 2014).

Kontakt: georg.kreis@unibas.ch

**Dr. Josef Lang:** Freischaffender Historiker, Forschungsschwerpunkte: Kulturkampf, Katholizismus und Antisemitismus, Nationalismus, Militarismus. Wichtigste Publikationen: Dissertation: *Das baskische Labyrinth. Die nationale und soziale Bewegung im spanischen Baskenland unter dem Frankismus (1937-1977)* (ISP Verlag, Frankfurt a. M., 1. Auflage 1983, 2. Auflage 1988); *Die Seele der Nation. Die Bedeutung einer Schweiz ohne Armee* (ISP, Frankfurt a. M. 1989); „Ultramontanismus und Antisemitismus in der Urschweiz“, in: Olaf Blaschke, Aram Mattioli (Hg.), *Katholischer Antisemitismus im 19. Jahrhundert* (Orell Füssli, Zürich 2000).

Kontakt: josef.lang@bluewin.ch, [www.joseflang.ch](http://www.joseflang.ch)

**Prof. Dr. Annelies Laschitza:** Seit Anfang der 1980er Jahre Mitglied der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, wissenschaftliche Beraterin der Rosa-Luxemburg-Films von Margarethe von Trotta. Forschungsschwerpunkt: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Publikationen (Auswahl): Mitherausgeberin der *Gesammelten Werke* und der *Gesammelten Briefe Rosa Luxemburgs* in insgesamt bisher 12 Bänden; Rosa-Luxemburg-Biographie *Im Lebensrausch, trotz alledem* (Aufbau-Verlag, Berlin 1996); *Die Liebknechts. Karl und Sophie – Politik und Familie* (Aufbau-Verlag, Berlin 2007).

**Ottokar Luban:** geb. 1937 in Berlin, Studium unter anderem der Geschichte, der Politischen Wissenschaften, Pädagogik, Psychologie. Schulische Erziehung behinderter Kinder und Jugendlicher an der Pädagogischen Hochschule und der Freien Universität in Berlin (West), Lehrer in Berlin (West) seit 1960, unterdessen pensioniert. Ehrenamtlicher Sekretär der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft. Publikationen (Auswahl): *Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919* (Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2008); „Die politischen Massenstreiks in den letzten Weltkriegsjahren und die Haltung der Freien Gewerkschaften“, in: Karl Christian Führer, Jürgen Mittag, Axel Schildt, Klaus Tenfelde (Hg.), *Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920* (Klartext-Verlag, Essen 2013); Mitherausgeber (zusammen mit Narihiko Ito und Annelies Laschitza) von *Rosa Luxemburg: Ökonomische und historisch-politische Aspekte ihres Werkes* (Dietz, Berlin 2010).

Kontakt: oluban@gmx.de

**Christian Mielenz, MA:** MA für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Neuere Geschichte und Philosophie (Schwerpunkt: Industrielle Revolutionen, Arbeiterbewegung, Marxismus, Aufklärung); Rettungssanitäter. Promotion auf dem Gebiet der Geschichte der Arbeit. Publikationen: „Wie die Karnickel. Biologisierung und Naturalisierung kapitalistischer Phänomene am Beispiel der These einer ‚Überbevölkerung‘“, in: *EXIT! 5* (2008), S. 105-107; Holger Ziegler, Udo Seelmeyer, Hans-Uwe Otto (Hg.), „Arbeitslos mit Kindern.“ – Bewältigungsstrategien und institutionelle Unterstützung, Endbericht (Bielefeld 2010); *Die Privatisierung der Gewalt*, <<http://www.exit-online.org/link.php?tabelle=autoren&posnr=335>> [publiziert am 9. November 2007].

Kontakt: cmielenz@googlemail.com

**Michael Mülli, BA:** Masterstudent der Soziologie und Philosophie an der Universität Basel und der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau. Ehemaliger Hilfsassistent am Seminar für Soziologie der Universität Basel. Forschungsschwerpunkte: Kulturosoziologie, Studies of Governmentality, soziologische Theorie.

Kontakt: michael.muelli@stud.unibas.ch

**Dr. des. Kathrin Pavić:** Selbstständige Soziologin und Historikerin, ehemalige Doktorandin am Institut für Soziologie der Universität Basel. Forschungsschwerpunkte: Migration aus dem postjugoslawischen Raum in die Schweiz, serbische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Konflikt- und Ungleichheitsforschung. Autorin von Artikeln („Serbien“ und „Jugoslawien“) für das *Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa* (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) und Koautorin der Chronik des Alterszentrums Lindenhof (Bürgerspital Basel).

Kontakt: kathrin.pavic@gmail.com

**PD Dr. Erik Petry:** Wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Leiter des Zentrums für Jüdische Studien der Universität Basel. Hauptarbeitsgebiete: Geschichte der Juden und Jüdinnen in Deutschland und der Schweiz in der Neuzeit, Zionismus, Geschichte des Antisemitismus, Sportgeschichte, Oral History und Gedächtnisgeschichte. Wichtigste Publikationen: *Ländliche Kolonisation in Palästina. Deutsche Juden und früherer Zionismus am Ende des 19. Jahrhunderts* (Böhlau, Köln 2004); Mitherausgeberschaft und Koautor von: *Orte der Erinnerung. Menschen und Schauplätze in der Grenzregion Basel 1933-1945* (Christoph Merian Verlag, Basel 2008); *Gedächtnis und Erinnerung. Das „Pack“ in Zürich* (Böhlau, Köln 2014).

Kontakt: erik.petry@unibas.ch

**Jörg Plass, MA:** Leiter Strategie und Kommunikation Cassidian Optronics GmbH, Oberkochen (Deutschland). Forschungsschwerpunkte: Friedens- und Kriegstheoretische Forschung vor dem Ersten Weltkrieg, der Erste Weltkrieg im Nahen und Mittleren Osten. Veröffentlichungen: *Krieg und Kriegsvermeidung. Die Vision des Zukunftskriegs im Werk von Johann von Bloch* (Hamburg, Univ. der Bundeswehr, Magisterarbeit, 2004).

Kontakt: joe.plass@web.de

**Dr. Sabine Rutar:** Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg. Forschungsschwerpunkte: vergleichende europäische Sozial- und Kulturgeschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts, unter anderem Arbeit (im habsburgischen Triest, NS-Arbeitseinsatz in Jugoslawien, Hafen- und Werftarbeiter in Jugoslawien im Kalten Krieg), Kriege (Balkankriege, Zweiter Weltkrieg, Jugoslawienkriege) und Grenzen (vor allem nordöstliche Adriaregion). Herausgeberin von *Beyond the Balkans. Towards an Inclusive History of Southeastern Europe* (Lit Verlag, Wien/ Zürich [u.a.] 2014).

Kontakt: rutar@ios-regensburg.de

**Dr. Günther Sandner:** Research Fellow am Institut Wiener Kreis und Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Intellectual History, Sozialismus und Arbeiterbewegung, politische Bildung. Wichtigste Publikationen/Bücher: *Die Natur und ihr Gegenteil. Politische Diskurse der sozialdemokratischen Kulturbewegung bis 1933/34* (Peter Lang, Frankfurt a. M. 1999); *Engagierte Wissenschaft. Austromarxistische Kulturstudien und die Anfänge der britischen Cultural Studies* (Lit Verlag, Wien/ Zürich [u.a.] 2006); *Otto Neurath. Eine politische Biographie* (Zsolnay, Wien 2014).

Kontakt: guenther.sandner@univie.ac.at

**Dr. Bruno Schoch:** Senior Researcher an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt. Forschungsschwerpunkte: Nationalismus und Demokratisierung, Minderheitenkonflikte. Bücher: *Marxismus in Frankreich seit 1945* (Campus Verlag, Frankfurt a. M. 1980); *Die internationale Politik der italienischen Kommunisten* (Campus Verlag, Frankfurt a. M. 1988). Seit 1995 Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens.

Kontakt: schoch@hsfk.de

**Dr. des. Svetlana Stefanović:** Studium Archäologie und Geschichte an der Philosophischen Fakultät Zagreb und Belgrad. Magisterarbeit zum Thema „Die Frauenfrage in Belgrader Presse und Periodika 1918-1941“. Promotion zur Nation und Geschlecht in Serbien von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg an der Universität in Leipzig. Veröffentlichungen (Auswahl): „Die rechtliche Unterwerfung der Frauen in Serbien im 19. Jahrhundert“, in: Mihai-D. Grigore, Radu Harald Dinu, Marc Živojinović (Hg.), *Herrschaft in Südosteuropa. Kultur- und sozialwissenschaftliche Perspektiven* (V&R unipress, Göttingen 2012, S. 119-131); „Nation und Geschlecht. Isidora Sekulićs Engagement als Patriotin, Frauenrechtlerin und Pädagogin“, in: Tatjana Petzer, Angela Richter (Hg.), *„Isochimenen“: Kultur und Raum im Werk von Isidora Sekulić* (Verlag Otto Sagner, München 2012, S. 205-215).

Kontakt: sstefanovic@gmx.de

**Prof. Dr. Jürg Ulrich:** geb. 1930, ursprünglich Arzt, ausserordentlicher Professor für Neuropathologie. Emeritierung 1995. Nachher Osteuropastudium am Historischen Seminar der Universität Basel unter der Leitung von Prof. Dr. Heiko Haumann. Hauptthema: Die Entwicklung der Sowjetunion. Wichtigste Publikationen: „Trotzkis ‚Wiener Pravda‘. Eine Anwendung der Fleck’schen Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv“, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* 39, 3 (2003), S. 342-362; *Kamenew, der gemässigte Bolschewik* (VSA, Hamburg 2006); *Trotzki als junger Revolutionär* (VSA, Hamburg 2010).

Kontakt: juerg.ulrich@unibas.ch

**Prof. Dr. André Vanoncini:** Ehemaliger Dozent für neuere Französische Literatur an der Universität Basel. Forschungsschwerpunkte: französischer Roman des 19. und 20. Jahrhunderts, Balzac, Cendrars, Simenon, Kriminalroman. Ausgewählte Publikationen: Autor von *Figures de la modernité. Essai d'épistémologie sur l'invention du discours balzacien* (José Corti, Paris 1984); *Simenon et l'affaire Maigret* (Champion-Slatkine, Paris 1990); *Le roman policier* (Presses Universitaires de France, collection «Que sais-je?», Paris 1998 / 2003).

Kontakt: andre.vanoncini@unibas.ch

**Prof. Dr. Regina Wecker:** emeritierte Professorin für Frauen und Geschlechtergeschichte an der Universität Basel bis 2009 und Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte (SGG) bis 2013. Forschungsschwerpunkte sind Geschichte der Frauenarbeit, Rechtsgeschichte, Geschichte von Psychiatrie und Eugenik sowie Geschlechtertheorie. Neuere Publikationen: Koautorin (mit Sabine Braunschweig, Gabriela Imboden und Hans Jakob Ritter) von *Eugenik und Sexualität. Die Regulierung reproduktiven Verhaltens in der Schweiz, 1900-1960*, (Zürich Chronos-Verlag 2013); „Neuer Staat – neue Gesellschaft. Bundesstaat

und Industrialisierung (1848-1914)“, in: Georg Kreis (Hg.), *Geschichte der Schweiz* (Schwabe Verlag, Basel 2014), S. 430-481.

Kontakt: Regina.Wecker@unibas.ch

**Prof. Dr. Wolfram Wette:** 1971-1995 Historiker im Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) Freiburg im Breisgau, dann Historisches Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Mitbegründer der Historischen Friedensforschung in Deutschland. Ehrenprofessor der russischen Universität Lipezk. Autor unter anderem von: *Gustav Noske. Eine politische Biographie* (Droste, Düsseldorf 1987); *Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden* (S. Fischer, Frankfurt a. M. 2002); *Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur* (Primus, Darmstadt 2008).

Kontakt: wolfram.wette@t-online.de

**Dr. Rolf Wörsdörfer:** Privatdozent an der Technischen Universität Darmstadt. Forschungsschwerpunkte: Migrationsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, südosteuropäische Geschichte, Italien, Nationalismus. Publikationen (Auswahl): *Arbeiterbewegung und Sozialisten in einer städtischen Gesellschaft Süditaliens* (ISP-Verlag, Frankfurt a. M. 1988); *Krisenherd Adria. 1915-1955. Konstruktion und Artikulation des Nationalen im italienisch-jugoslawischen Grenzraum* (Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2004); „Das adriatische Exempel. Zur ethnisch-politischen ‚Bereinigung‘ einer europäischen Grenzregion“, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 62, 3-4 (2011), S. 159-175.

Kontakt: rolf.woersdoerfer@unibas.ch

**Dr. Kathy Zarnegin:** Psychoanalytikerin, Autorin. Forschungsschwerpunkte: Schnittstellen Soziologie und Psychoanalyse, Liebestheorien, Popkultur, Lyrik. Veröffentlichungen (Auswahl): (Hg.), *Erklär mir, Liebe* (Turia & Kant, Wien 2013); (Hg.), *Die Wissenschaft des Unbewussten* (Königshausen & Neumann, Würzburg 2010); (Hg.), *Buchstäblich traurig* (Schwabe Verlag, Basel 2004).

Kontakt: mail@kathyzarnegin.ch